Wechselbeziehungen zwischen der wirtschaftlichen Struktur und dem Kommunalbereich

Untersuchungen zur kommunalen Strukturforschung und Entwicklungsplanung Dargestellt am Beispiel der Stadt Schwäbisch Hall

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades einer
Hohen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
(Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung)
der Eberhard - Karls - Universität zu Tübingen

vorgelegt von

Diplom-Volkswirt Hans Kistenmacher
aus Heilbronn

1962

7175

Wechselbeziehungen zwischen der wirtschaftlichen Struktur und dem Kommunalbereich

Untersuchungen zur kommunalen Strukturforschung und Entwicklungsplanung
Dargestellt am Beispiel der Stadt Schwäbisch Hall

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades einer
Hohen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
(Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung)
der Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen

vorgelegt von

Diplom-Volkswirt Hans Kistenmacher
aus Heilbronn

1962

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Obmann: Prof. Dr. Erich A r n d t

Erstberichterstatter: Prof. Dr. Gerhard I s e n b e r g

Zweitberichterstatter: Prof. Dr. Rudolf J o h n s

Tag der mündlichen Prüfung: 23. Februar 1962

Vorwort

In der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, die gesamtwirtschaftlichen und einzelwirtschaftlichen Vorgänge in ihrer Auswirkung auf die Wirtschaft einer Stadt zu analysieren. Die Durchführung der Untersuchungen, insbesondere der verschiedenen Berechnungen und Vergleiche war nur möglich durch die Unterstützung verschiedener Behörden und Institute, die die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung stellten.

Im Besonderen sei Herrn Professor Dr. Isenberg gedankt, der die Arbeit angeregt und betreut hat und den Verfasser dabei an die aktuellen Probleme heranführte. Der Max-Kade-Foundation gebührt Dank für die Förderung der Arbeit.

Für die Zurverfügungstellung von Unterlagen und für wertvolle Hinweise sei folgenden Institutionen gedankt:

Stadtverwaltung Schwäbisch Hall
Landesplanungsstelle beim Innenministerium von Bad.-Württ.
Landesplanungs-Referate bei den Regierungspräsidien Süd- und Nordwürttemberg
Statistisches Landesamt Stuttgart; insbesondere die Abteilungen Finanzstatistik, Industriestatistik, Landwirtschaftsstatistik und Bevölkerungsstatistik
Statistisches Bundesamt Wiesbaden
Württembergischer Gemeindetag Stuttgart
Institut für Raumforschung Bad Godesberg
Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung Köln
Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41549608_0005

Ohne den ernsten Hang nach der Kenntnis des Einzelnen kann alle große und allgemeine Weltanschauung nur ein Luftgebilde sein.

Alexander v.Humboldt in der Vorrede zum Kosmos 1844.

Einleitung: Problemstellung und Zielsetzung

Der im Verlauf der Industrialisierung eingetretene Wandel in der fachlichen Struktur der Wirtschaft hat auch sehr früh in die räumliche Verteilung der Menschen eingegriffen. Wirtschaftlichen Aktivräumen mit zunehmender Expansion stehen heute Gebiete gegenüber, deren wirtschaftliche Leistungskraft stagniert und teilweise sogar zurückgeht. Gleichzeitig vollzieht sich in den sog. Ballungsräumen eine zunehmende Bevölkerungskonzentration durch Zuzug von außen und die ländlichen Gegenden, die schon bisher eine verhältnismäßig geringe Bevölkerungsdichte aufgewiesen haben, verlieren immer mehr Menschen[1]. E.W.Buchholz schreibt darüber: "Mit der Mobilisierung von Menschen, Gütern und Kapital im Gefolge der Industrialisierung bauen sich völlig neue Kraftfelder auf: an bevorzugten Stellen ballen sich Produktionseinrichtungen und Menschenmassen. Dagegen unterliegen agrarische Räume, in denen sich keine Industrialisierung vollzieht, einem umgekehrten Vorgang: sie geben Menschen an die undustriellen Zentren ab" [2]. In der Bundesrepublik haben sich im Verlauf dieses Prozesses 9 Ballungsräume herausgebildet: Hamburg, Bremen, Hannover, Rhein-Main, Rhein-Neckar, Stuttgart, Nürnberg, München und Rhein-Ruhr[3]. Es leben dort etwa 40% der Einwohner der Bundesrepublik. Etwas mehr als die Hälfte der industriellen Arbeitsplätze (54%) sind in diesen Räumen konzentriert.

---

1) Man verwendet zur Kennzeichnung der industriellen Konzentrationsgebiete heute Begriffe wie: Ballungsraum, Agglomeration, Wirtschaftsbezirk, Stadtregion, Großkreis oder Industriekreis.
Ipsen definiert "Ballung" wie folgt:"Unter dem Begriff Ballung versteht man den Zustand großstädtischer Verdichtung als Ergebnis einer Entwicklung u. den sich ständig weiterentwickelnden Ballungsvorgang als einen nach bestimmten Gesetzen ablaufenden Prozess".
G.Ipsen:"Standort und Wohnort", Forschungsber. des Wirtsch.-u.Verk.-Minist.Nordr.-Westf., Nr.365, Köln u.Opladen 1957, S.18.

2) E.W.Buchholz:"Die Sozialplanung als eine Grundlage der Landesplanung", in: Raumforsch.u.Raumordn., Heft 2/3, 1954, S.91
Lenort bemerkt dazu:"Das Siedlungsgefüge der Bundesrepublik ist gekennzeichnet durch das Nebeneinander von wirtschaftlichen Aktiv-u.Passivräumen,... die stets auch erhebliche Unterschiede in den verschiedenen Lebenslagen der räumlich verteilten Bevölkerung bedeuten".
N.J.Lenort: "Kommunalsteuern und Siedlungsstruktur" in: "Neue Heimat", Mai 1959, S.20. Diese Entwicklung wurde nicht zu Unrecht auch als "Raumunordnung" bezeichnet. Vgl. dazu: G.Kessler:"Die Aktivierung der Raumordnung", in: Der Betriebsberater, 1955, S.1065.

3) Vgl. dazu G.Isenberg:"Die Ballungsgebiete in der Bundesrepublik", Vorträge des Instituts für Raumforsch. Nr.6, Bad Godesberg, 1957.

Im Rahmen dieser Entwicklung treten vielfältige Probleme in Erscheinung, sowohl in den wirtschaftlich schwächeren Gebieten, die ihre Bevölkerung nicht halten können, als auch in den schnell wachsenden Ballungsräumen, in denen es immer schwieriger wird, Raum für den Bevölkerungszuwachs zu schaffen, der bei einer geringen eigenen Geburtenquote ausschließlich durch Zuzug entsteht[1]. Gleichzeitig bilden sich vielfältige Wechselbeziehungen zwischen beiden heraus. Es wäre übertrieben und würde den Zugang zu den tatsächlichen Problemen erschweren, wollte man diese Entwicklung, wie es gelegentlich geschieht, schlechthin als falsch und widernatürlich bezeichnen. Die Industrie und die verschiedenen Dienstleistungszweige, wie sie heute die wirtschaftliche Struktur der Länder mit einem hohen Entwicklungsstand prägen, bedürfen einer Schwerpunktbildung in bevorzugten Gebieten und Orten. Die räumlichen Konzentrationstendenzen der vergangenen Jahrzehnte haben darin eine legitime Begründung und es wäre anachronistisch, weiterhin an einem Leitbild festzuhalten, das den Agrarwirtschaften adäquat war. C. Thalheim erhebt mit Recht die Forderung, die Raumordnung habe sich "von einer unfruchtbaren Sozialromantik fernzuhalten, die mehr als vieles andere geeignet ist, richtige und realisierbare Ziele zu diskreditieren"[2]

Die Erkenntnis der ökonomischen Notwendigkeit dieses Prozesses darf jedoch auf der anderen Seite nicht dazu führen, alle diese Vorgänge kritiklos als "naturnotwendig" hinzunehmen. Es kommt darauf an, in welchem Maße und mit welchen Begleiterscheinungen eine solche Entwicklung vor sich geht. Räumliche Schwerpunktbildung muß nicht unbedingt zu unübersichtlichen Ballungsräumen mit wachsenden Reibungen und zusätzlichen Mehraufwendungen führen[3]. Auch hier gibt es einen optimalen Bereich, dessen Überschreitung vielfältige, kaum lösbare Probleme aufwirft. Die Schwierigkeit besteht jedoch darin, daß es bisher noch nicht gelang, ein solches Optimum auch nur annähernd zu

1) Vgl. dazu G. Ipsen: "Sozialfragen der industriellen Ballung", in: Die industriellen Ballungsräume, Schriften des deutschen Verbandes f. Wohnwesen... Köln 1955, S. 6

2) C. Thalheim: "Marktkonforme Mittel der Raumordnung", in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 4, 1954, S. 195/196

3) "Das Mißverhältnis zwischen den tatsächlichen Bedürfnissen des städtischen Lebens und dem heutigen Raumgefüge unserer großen Städte kann auch die höchstentwickelte Technik nicht ändern. Wir müssen für ihre Raum-unordnung mit einer unaufhörlichen Verschwendung von menschlicher und technischer Kraft büßen".
Göderitz-Rainer-Hoffmann: "Die gegliederte und aufgelockerte Stadt", Tübingen 1957, S. 14

umreissen; hinzu kommt, daß die wachsenden Schwierigkeiten, die im Gefolge einer einseitigen Entwicklung auftreten, bei der vielfältigen Wirtschaftsstruktur nur teilweise von den eigentlichen Verursachern zu tragen sind, so daß regulative Kräfte kaum zur Wirkung kommen.

In vielerlei Aufsätzen und Büchern wurde die Problematik dieser Vorgänge bereits erörtert. Bei den verschiedenen Autoren ist eine weitgehende Übereinstimmung darüber festzustellen, daß ein Gleichgewicht in der räumlichen Struktur erforderlich ist und daß die Ballungstendenzen nicht ins uferlose auswachsen dürfen. Es sei hier auf Briefs, Boustedt, Bülow, Dittrich, Dörpmund, Egner, Ipsen, Isenberg, Lenort, Preiser, Röpke, Thalheim, Umlauf, Wilke u.a., sowie auf das Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium "Möglichkeiten und Grenzen regionaler Wirtschaftspolitik" vom 23.1.1955 verwiesen. Trotzdem ist festzustellen, daß den räumlich-strukturellen Problemen während der vergangenen Jahrzehnte von Seiten der vorwiegend makroökonomisch orientierten Wirtschaftswissenschaft insgesamt gesehen nicht die Aufmerksamkeit zuteil wurde, wie den Ablaufvorgängen und insbesondere den Konjunkturschwankungen[1]. Die Konjunkturpolitik wurde bereits ein fester Bestandteil der Wirtschaftspolitik und man ist heute in weiten Wirtschaftskreisen konjunkturbewußt, obwohl damit keineswegs die Gewähr dafür gegeben ist, daß konjunkturelle Schwankungen auch immer gemeistert werden. Die Raumordnung als räumliches Gestaltungssystem kann der Konjunkturpolitik als zeitlichem Gestaltungssystem gegenübergestellt werden.

Die Eingliederung der Grundsätze einer Raumordnung in die marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik ist bisher nur teilweise gelungen. Eine wesentliche Ursache dafür ist u.a. darin zu sehen, daß führende Vertreter der sozialen Marktwirtschaft eine - im Grunde auf einem Mißverständnis beruhende - Aversion gegenüber den in ihrer Vorstellung mehr oder weniger zwangsläufig damit verbundenen planwirtschaftlichen Maßnahmen hegen. Die der Städteplanung verwandten Begriffe, "Landesplanung" und "Raumplanung" haben viel zu diesem Mißverständnis beigetragen. Es wird in diesem Zu-

---

1) Es hat den Anschein, daß in unserer schnellebigen Zeit kurzfristige Vorgänge wie Konjunkturschwankungen allgemein mehr Beachtung finden als langfristige Zusammenhänge, wie sie sich insbesondere im räumlichen Bereich darbieten.
Lenort bemerkt dazu: "So sehr sich die Wissenschaft bei dem Versuch, soziale Strukturen und Prozesse zu erkennen, um den Faktor Zeit bemüht hat, so sehr hat sie den Faktor Raum vernachlässigt".
N.J.Lenort, "Strukturforschung und Gemeindeplan", Köln u.Opladen, 1960, S.15.

sammenhang vielfach übersehen, daß auch raumordnerische Ziele mit marktkonformen Mitteln der leichten Hand erreicht werden können. Die vorhandenen Möglichkeiten blieben, weil sie vielfach verkannt wurden, bisher weitgehend ungenützt[1]. Dabei ist zu beachten, daß eine Enthaltsamkeit auf demGebiete der Raumordnung keinesfalls als raumneutrales Verhalten gewertet werden kann, denn die verschiedenen Maßnahmen, wie sie tagtäglich getroffen werden, beeinflussen gewollt oder ungewollt die räumliche Wirtschafts- und Sozialstruktur. Räumlich-strukturelle Gesichtspunkte können bei solchen Entscheidungen aber erst dann berücksichtigt werden, wenn durch entsprechende Untersuchungen die Zusammenhänge klargelegt wurden. Nach dem 2. Weltkrieg stand zunächst verständlicherweise der Wiederaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft und die Befriedigung der dringendsten Lebensbedürfnisse im Vordergrund. Bei steigendem Wohlstand gewinnen jedoch, neben der Höhe des Sozialprodukts die strukturellen Verhältnisse in wachsendem Maße an Bedeutung[2].

Die Gesamtproblematik der räumlichen Wirtschafts- und Sozialstruktur stellt im Grunde nichts anderes dar, als eine Zusammenfassung der vielen Einzelzusammenhänge und Zustände, wie sie sich in den verschiedenen Gemeinden und Städten eines Landes der Wirtschaft und den Einwohnern darbieten."Die Gemeinden sind die Zellen des räumlichen Sozialgefüges.

---

1) Es sei in diesem Zusammenhang insbesondere verwiesen auf:
C. Thalheim: "Marktkonforme Mittel der Raumordnung", in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 4, 1954. Er schreibt dort u.a.: "So ist also Raumordnung nicht etwa ein Gegensatz zur Marktwirtschaft, sondern im Gegenteil ein unentbehrlicher Bestandteil sozialer Marktwirtschaft". (S.194) bzw. "auch wenn wir die möglichen Mittel der Raumordnung unter dem strengen Gesichtspunkt ihrer Vereinbarkeit mit dem heutigen marktwirtschaftlichen System betrachten, so zeigt sich, daß das Arsenal der "systemadäquaten" Mittel beträchtlich ist". (S. 201).
Vgl. ferner: E. Dittrich: "Marktwirtschaft u. Raumordnung", in Raumforschung u.Raumordnung, Heft 1, 1953.
Institut für Raumforschung: "Zur Frage regionaler Wirtschaftspolitik" -Denkschrift, Bad Godesberg 1954
Schriften des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau u. Raumplanung, Heft 27: "Raumordnung und Wirtschaftspolitik", Käln 1957.

2) "Eine Wirtschaftspolitik, die kein anderes Ziel kennt als die Maximierung des Sozialprodukts, verkennt in gefährlicher Weise die Interdependenz von Wirtschafts- und Sozialordnung; ebenso aber würde eine Raumordnung, die ohne Rücksicht auf Produktivität u. Kostengestaltung Standortspolitik betreibt, die materiellen Grundlagen zerstören, die für die Herstellung eines sozialen Gleichgewichts nicht weniger notwendig sind".
C. Thalheim: "Marktkonforme Mittel der Raumordnung", in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 4, 1954, S. 196.

In ihnen vollzieht sich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung" [1]. Die wissenschaftliche Erforschung der räumlich-strukturellen Probleme sollte deshalb u.E. mehr als bisher an diesen Kristallisationspunkten ansetzen, in denen die wechselseitige Verflechtung zwischen Wirtschafts- und Sozialbereich besonders eng ist und bei denen sich die allgemeinen Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft für den Einzelnen direkt auswirken, sei es durch eine Änderung seiner bisherigen Tätigkeit oder seines Lebensraumes [2]. Bei der gegenwärtigen Dynamik vielschichtiger Vorgänge wird es für die Stadtverwaltung immer wichtiger, ein möglichst genaues Bild von den Grundlagen der Wirtschaftskraft ihrer Stadt zu besitzen und sich eine begründete Vorstellung über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten zu bilden. Eine sinnvolle stadtplanerische Konzeption , in welcher der Rahmen für die weitere Entwicklung geschaffen werden soll, und eine richtige Dimensionierung neuer Anlagen ist sonst kaum möglich. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen zunächst geeignete Wege gefunden werden, nach denen die wesentlichen Komponenten der kommunalen Struktur in ihrem Zusammenwirken analysiert werden können. Bei näherer Betrachtung der verschiedenen Zusammenhänge, wie sie sich hier darbieten, ist deutlich zu erkennen, daß die Gesamtsituation einer Stadt und die in ihr wirksamen Kräfte in entscheidender Weise durch die räumlich-strukturellen Vorgänge innerhalb der gesamten Volkswirtschaft geprägt werden. Umgekehrt wirkt die kommunale Dynamik selbst auf die großräumigen Veränderungen ein. Aus diesen Überlegungen kann zweierlei gefolgert werden:

+ Untersuchungen zur Klarlegung der für kommunalpolitische Entscheidungen wesentlichen strukturellen Zusammenhänge und evolutorischen Vorgänge einer Stadt, wie sie immer dringlicher erforderlich werden, müssen die innerhalb der Gesamtwirtschaft sich vollziehenden räumlichen Verschiebungen berücksichtigen.

+ Eine Beurteilung der räumlich-strukturellen Gliederung eines Landes bedarf kommunaler Analysen, um die relevanten Beziehungsfelder aufzuzeigen und die Ansatzpunkte zur Verhinderung von Fehlentwicklungen und Verzerrungen zu ergründen.

---

1) N.J. Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln u. Opladen, 1960, S. 17.

2) Nach C. Thalheim können wir als Struktur den inneren Aufbau einer Stadt, ihr Gefüge und die darin wirkenden Kräfte bezeichnen. Eine Strukturanalyse soll uns zeigen, "wie die Teile eines Ganzen untereinander und zu diesem Ganzen verbunden sind".
Vgl. dazu C. Thalheim: "Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre", in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1939, S. 467.

Von der Stellung einer Stadt im räumlichen Wirtschaftsgefüge ausgehend hat die vorliegende Arbeit einer doppelten Aufgabenstellung zu dienen:

+ Es soll hier der Versuch unternommen werden, die für die Beurteilung der Situation einer Stadt und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten wesentlichen Zusammenhänge und Vorgänge herauszuarbeiten, um damit eine Grundlage für die Entscheidungen im Bereich der Kommunalpolitik zu schaffen, "die wegen der Vielschichtigkeit des in ständiger Entwicklung befindlichen Gemeindeorganismus in zunehmendem Maße auf detaillierte, vorbereitende Analysen angewiesen ist, bevor sie ihren wesentlich schöpferischen Akt konkreter Gestaltung mit hinreichender Erfolgssicherheit einleiten kann". 1)

+ Gleichzeitig soll als Beitrag zur Frage der räumlich-strukturellen Entwicklung innerhalb einer Volkswirtschaft gezeigt werden, wie sich strukturelle Verzerrungen und ein mangelndes räumliches Gleichgewicht im kommunalen Bereich niederschlagen. Die Lösung vieler kommunaler Aufgaben hängt daher von der Entwicklung des räumlichen Strukturgefüges der Gesamtwirtschaft ab, bzw. Maßnahmen zur Beeinflussung der Wirtschafts- und Sozialstruktur müssen primär in den Städten und Gemeinden ansetzen.

Neben grundsätzlichen Erörterungen ist das Bestreben insbesondere dahin gerichtet, nicht bei mehr oder weniger unverbindlichen theoretischen Überlegungen stehen zu bleiben, sondern zu einer praktischen Anwendung zu gelangen und konkrete Ergebnisse zu erarbeiten; dabei kann angesichts der vielfältigen Schwierigkeiten der Materialbeschaffung und der Materialbearbeitung allerdings nicht in allen Teilen die gleiche Gründlichkeit erreicht werden.

Die Auswahl von Schwäb.Hall als Kreisstadt, die von einem wirtschaftlich schwach entwickelten Gebiet umgeben ist, erfolgt deshalb, weil ihr im Rahmen dieser Vorgänge und Wechselbeziehungen eine besondere Bedeutung zukommt. Sie hat eine exponierte Stellung im Spannungsfeld zwischen den Abwanderungsgebieten und den Ballungsräumen, denn für die weitere Entwicklung wirtschaftlich zurückgebliebener Gebiete und damit auch für die Frage, inwieweit ihre Bevölkerung abwandern muß, ist letztlich entscheidend, inwieweit sich dort wirtschaftliche Schwerpunkte bilden können. Eine wirtschaftliche Belebung solcher Gegenden kann nicht durch eine möglichst weite Streuung von Industriebetrieben in kleinen Landgemeinden erreicht werden. Wie im Verlauf dieser Arbeit noch näher zu erörtern sein

---

1) N.J. Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln u.Opladen 1960, Vorbemerkung.

wird, ist eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungskraft in solchen Gebieten nur über die Entwicklung kleiner und mittlerer Zentren zu erreichen. Der Ballung im Großen kann nur durch eine Konzentration im Kleinen entgegengewirkt werden. "Der Landkreis wird damit zu einem Partner, der der großstädtischen Ballung begegnen kann"[1]. Nur so kann eine weitere Bevölkerungskonzentration mit ihren wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen verhindert werden. [2]

Zusammen mit den angrenzenden nordbadischen Kreisen gehört Hohenlohe zu den am schwächsten industrialisierten Gebieten von Baden-Württemberg. Eine Polarität im oben bezeichneten Sinne besteht hier gegenüber dem Stuttgarter Wirtschaftsraum und in abgeschwächter Weise gegenüber Heilbronn-Neckarsulm. Die alte Reichsstadt Schwäb.Hall war lange Zeit hindurch wirtschaftlicher und kommerzieller Mittelpunkt eines weiten Umlandes. Obwohl Schwäb.Hall in seiner Entwicklung während der letzten 100 Jahre zum Teil erheblich hinter vergleichbaren Orten in Baden-Württemberg zurückgeblieben ist, ist es auch heute noch der größte Zentralort des ganzen Gebietes und deshalb in vieler Hinsicht dafür prädestiniert, dem Hohenloher Land als wirtschaftliches und kulturelles Zentrum neue Impulse zu geben. Von wesentlicher Bedeutung für die Wahl Schwäb.Halls als Untersuchungsobjekt war auch das Interesse der Stadtverwaltung an diesen Fragen und ihre Bereitschaft, die Durchführung der Arbeit zu fördern. Hinzu kam, daß auf Betreiben der Stadtverwaltung von der Landesplanungsstelle in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Sondererhebungen durchgeführt wurden, die es erlaubten, in die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge einer Kreisstadt tiefer einzudringen, als es sonst möglich ist.

In der Literatur über Regionalforschung wird immer wieder davor gewarnt, bei wirtschaftlichen oder sozialen Analysen eine Stadt innerhalb ihrer administrativen Grenzen zu erfassen, da dadurch im Zeitalter eines schnellen Städtewachstums das Wesen der Stadt als sozialökonomischer Raum-

---

1) G.Ipsen: "Standort und Wohnort", in: "Forschungsberichte des Wirtschafts-u.Verkehrsministeriums Nordrhein-Westfalen, Nr.365, Köln und Opladen 1957, S.333.

2) G.Ziegler bemerkt dazu: "Das Gerüst für die Sanierung unseres Gebietes («Nordost-Württ.,d.Verf.) kann nur der energische Ausbau der "zentralen Orte" bilden. In ihnen trifft sich in bestmöglicherweise Stadt und Land. Hier summieren sich die Vorteile beider. Jeder gut ausgebaute Zentrale Ort bedeutet einen Segen auch für das ganze Umland."
G.Ziegler:"Geordneter Ausbau der Nordostgebiete Bad.-Württ.", in: "Das Beispiel", Ausgabe Nordost-Württ., Darmstadt 1956, S.20

einheit nicht erfaßt werden könne[1]. Dittrich bemerkt in diesem Zusammenhang: "Es scheint wohl notwendig, schon an dieser Stelle den Satz zu wagen, daß eine Identität der bestimmenden administrativen Einheit mit den von den verschiedenen Lebensbereichen gebildeten Grenzen heute im allgemeinen nicht mehr gegeben ist, daß also ein Kompromiß in der Praxis gesucht werden muß"[2]. Dazu ist jedoch zu bemerken, daß eine Stadt von der politisch-verwaltungsmässigen Seite her und im finanziellen Bereich eine Eigenständlichkeit besitzt. Damit ist, wie im Verlauf der Ausführungen noch gezeigt wird, trotz der vielfältigen Verflechtung zu den umliegenden Gebieten in vieler Hinsicht ein gemeinsamer Lebensraum und eine Interessengemeinschaft der Einwohner gegeben [3]. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß bei Schwäb.Hall, im Gegensatz zu Ballungsgebieten, wo die Städte mit ihren Vororten zu Agglomerationen zusammenwachsen, nicht von einer verstädterten Zone gesprochen werden kann. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß Schwäb.Hall noch weit davon entfernt ist, die städtischen Siedlungen bis zu den umliegenden Orten vorzuschieben und diese zu "verschlucken".

Ziehen wir aus der skizzierten Aufgabenstellung und den angestellten Vorüberlegungen Folgerungen auf die Konzeption unserer Arbeit, so kann gesagt werden, daß sich die Analyse der Stellung einer Stadt im Gefüge

---

1) Vgl. dazu: "Der Großwirtschaftsraum Stuttgart in der Schau des 23. Internationalen Kongresses für Wohnungswesen und Städtebau", in: Raumforschung u.Raumordnung, Heft 2, 1957.

M. Irle:" Gemeindesoziologische Untersuchungen zur Ballung Stuttgart" Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 42, S. 56.

2) E.Dittrich: "Stadt-Umland eine Aufgabe der Raumpolitik", in: Vorträge des Instituts f.Raumforschung Nr. 5, S. 6.

3) R.König bezeichnet die Gemeinde bzw.Stadt: "als einen Zusammenhang, der sich u.a. dadurch auszeichnet, daß alle Menschen, die in ihm einbeschlossen sind, ein Bewußtsein dieses Zusammenhanges, sowie seiner Grenzen und seiner Verschiedenheit von anderen ähnlichen Zusammenhängen haben".
R. König: "Grundformen der Gesellschaft, Die Gemeinde" (Rohwolts deutsche Enzyklopädie, Bd.79), Hamburg 1958, S. 29.

Vgl. dazu auch G. Ipsen: Stadt IV (Neuzeit), Aufsatz im HdSW, 9.Bd. S.786 f., insbes. Abschn.4: "Ordnungsformen städtischen Lebens" und Abschnitt 9: "Stadt als Einheit einer Daseinsform".

der Gesamtwirtschaft nicht auf isolierte Teilbereiche beschränken darf, wie es bei der gegenwärtigen Dominanz der Industrie und des Gewerbesteueraufkommens nur allzuoft geschieht. Nur über eine Zusammenschau der wesentlichen Wirtschafts- und Sozialbereiche wie sie hier eng ineinandergreifen, ist dieser bisher vernachlässigte Forschungsbereich in den Griff zu bekommen und nur so können die zur Bewältigung der gestellten Aufgabe erforderlichen Erkenntnisse gewonnen werden. Um der Interdependenz zwischen Wirtschaftskraft, Sozialstruktur und Kommunalbereich einer Stadt gerecht zu werden, soll in den folgenden Untersuchungen die Situation der Stadt Schwäb.Hall von drei Seiten her beleuchtet werden:

+ Die Stadt als Wirtschaftsstandort, ihre wirtschaftliche Struktur- und Leistungskraft.
+ Die Stadt als Sozialstandort[1], die soziale Struktur der Wohnbevölkerung
+ Die Stadt als finanzielle Einheit, Struktur und Probleme der Kommunalwirtschaft.

Diese Bereiche stehen in enger Wechselwirkung zueinander. Die Ausstattung einer Stadt als Sozialstandort ist z.B. weitgehend von ihrer Finanzkraft abhängig. Diese steht ihrerseits wieder in enger wechselseitiger Verbindung zur Wirtschaftskraft etc. Bei den Wechselbeziehungen zwischen Wirtschafts- und Sozialstandort kommt also der Kommunalwirtschaft eine zentrale Bedeutung zu. "Produktionsstandort und Wohnungsstandort werden in gleicher Weise geprägt durch Art und Umfang der institutionellen Voraussetzungen für ihre Funktionsfähigkeit, die von der Kommunalpolitik zu gewährleisten ist"[2], Eine Gemeinde kann die ihr obliegenden öffentlichen Leistungen der Versorgung und der Ausstattung mit Investitionen der Infrastruktur nur erfüllen, wenn sie entsprechende Steuereinnahmen

---

1) Die Bezeichnung:"Sozialstandort" wurde von E.W. Buchholz geprägt. Er schreibt dazu: "Wenn wir vom Individuum in seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation her denken, so ergeben sich 2 große Bereiche seiner unmittelbaren Raumabhängigkeit: erstens die Lage seines Wohnplatzes zu den Betriebspunkten der Wirtschaft, zweitens die Lage zu den Versorgungseinrichtungen, die durch eine allgemeine Hebung der Lebensnorm im Laufe der letzten 100 Jahre stark an Bedeutung gewonnen haben".
Vgl. dazu E.W. Buchholz:"Die Sozialplanung als eine Grundlage der Landesplanung", in:Raumforschung u. Raumordnung, Heft 2/3, 1954, S.91.

2) N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln u.Opladen 1960, S. 126.

erzielt[1]. Ein klarer Zusammenhang ist dann gegeben, wenn Wirtschafts- und Sozialstandort identisch sind. Vielfältige Probleme treten jedoch auf, wenn, wie es bei dem wachsenden Pendelverkehr häufig der Fall ist, Wirtschaft- und Sozialstandort räumlich auseinanderfallen und damit die Pflicht zur Erfüllung gemeindlicher Aufgaben und die Möglichkeiten steuerlicher Einnahmenerzielung getrennt sind, so "verfügt der bevorzugte Standort über Teile des Arbeitsertrages von Menschen, deren öffentliche Bedürfnisse anderswo - nämlich an ihrem Wohnort - entstehen"[2]. Schließlich ist auch die Städteplanung , durch die ja im wesentlichen die räumliche Ordnung eines Landes bestimmt wird, in die Betrachtungen mit einzubeziehen. Ihr obliegt es, die wirtschaftlichen, sozialen, technischen und kulturellen Kräfte, die lange Zeit isoliert voneinander betrachtet wurden, zu einer neuen Einheit zusammenzufassen[3]. Wenn dies bisher noch nicht in gewünschtem Maße geschah, so sind die Gründe dafür vor allem darin zu sehen, daß städtebauliche Gesichtspunkte zu sehr im Vordergrund standen, wogegen den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhängen verhältnismäßig wenig Beachtung zuteil wurde [4]. Sie werden erst dann in gebührender Weise Berücksichtigung finden können, wenn entsprechende Vorarbeiten geleistet sind. Da sowohl die Städteplanung als auch die kommunale Entwicklungsplanung in die Zukunft gerichtet sind, muß besonderer Wert auf die Ermittlung der Wirkkräfte gelegt werden, die die weitere Entwicklung bestimmen.

---

1) Lenort bemerkt dazu u.a.:"Von hier eröffnet sich eine neue Sicht der unternehmerischen Standortentscheidungen, die als private Akte zu bedeutsamen Einbruchsstellen der ... Gemeindeentwicklung werden können. Sie beeinflussen Strukturgefüge sowie Richtung und Intensität der Dynamik; sie führen zudem zu besonders deutlichen Nebenwirkungen auf kommunale Ausgaben (Social costs) und Einnahmen (Gewerbesteuer)". Ebenda, S. 153.

2) G.Ipsen: "Standort und Wohnort", Forschungsberichte des Wirtschafts- u.Verkehrsminist.Nordrhein-Westfalen Nr. 365, Köln u. Opladen 1957, S. 13.

3) Vgl. dazu F. Schumacher: "Vom Städtebau zur Landesplanung und Fragen städtebaulicher Gestaltung", Tübingen 1951 (Archiv für Städtebau u. Landesplanung Nr. 2), S. 51 f.

4) R.König schreibt dazu treffend: "Noch immer scheint das Gebiet der Stadtplanung ein eigentlicher Tummelplatz für soziologische Dilettanten zu sein".
R.König: "Grundformen der Gesellschaft, Die Gemeinde".
(Rohwolts deutsche Enzyklopädie, Bd.79), Hamburg 1958,S. 142.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend kann der Aufbau der Arbeit wie folgt umrissen werden: Zunächst gilt es, die strukturelle Gliederung der Stadt im wirtschaftlichen, sozialen und kommunalwirtschaftlichen Bereich zu untersuchen. Anhand der analytisch aufgegliederten Zusammenhänge soll hierbei ein Überblick darüber gegeben werden, wie sich die einzelnen Faktoren in ihrem Zusammenwirken zu Komponenten der Gebildestruktur entwickeln[1]. Es stellt sich dabei insbesondere auch die Aufgabe, geeignete Methoden zur Anwendung zu bringen und miteinander zu kombinieren, wozu theoretische Erörterungen erforderlich sind.
Das letzte Kapitel dieser Arbeit ist der Aufgabe gewidmet, aufgrund der besonderen strukturellen Verhältnisse und der allgemeinen Entwicklungstendenzen eine Vorausschau auf die Entwicklungsmöglichkeiten von Schwäb.Hall zu geben und aufzuzeigen, welchen Bereichen dabei ein besonderes Augenmerk zu schenken ist. "In der Struktur zeichnen sich bereits die Entwicklungstendenzen ab; mit den bestimmenden Faktoren der strukturellen Verflechtungen sind auch die Determinanten der Dynamik bekannt. Die Wissenschaft hat darum die legitime Aufgabe, aus der Kenntnis der Entwicklungstendenzen prognostische Aussagen über den nach menschlichem Ermessen zu erwartenden Verlauf dieser Entwicklung abzuleiten"[2].

Das Gefüge einer Stadt und die weitere Entwicklung werden insbesondere vom Ablauf des Wirtschaftslebens bestimmt. Wir legen das Schwergewicht unserer Untersuchung daher auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge.

---

1) "Die Qualität des ... Lebensraumes Gemeinde hängt entscheidend von den geschaffenen Voraussetzungen für Wohnen, Arbeiten, Bildung, Erholung, Gemeinschaftspflege und den anderen Bedürfnissen und Interessen ab". N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln u. Opladen 1960, S. 126/127.

2) N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln u. Opladen 1960, S. 47.

Inhaltsverzeichnis

Seite:

Teil A: Die Wirtschaftsstruktur und ihre wesentlichen Bestimmungsfaktoren

1. Theoretische Voruntersuchungen zur Frage des methodischen Ansatzes bei der wirtschaftlichen Analyse einer Stadt 1

1.1 Vorbemerkung 1

1.2 Regionale und interregionale Input-Output-Analysen und Gesamtrechnungen 2

1.3 Regionale Sozialproduktsberechnungen 5

1.31 Die Bedeutung regionaler Sozialproduktsberechnungen als Maßstab für die Wirtschaftskraft und das Erwerbsleben einer Stadt 5

1.32 Die Anwendung einer ursprünglich makroökonomischen Methode auf kleine Gebietseinheiten 6

1.33 Das Problem der Erfassung der Aussenbeziehungen einer Stadtwirtschaft 7

1.34 Grenzen der Aussagekraft von Sozialproduktsberechnungen über die Wirtschaft einer Stadt 9

1.4 Regionale Kaufkraftuntersuchungen 11

1.5 Analyse der Wirtschaft einer Stadt nach ihrer räumlich-funktionalen Verflechtung 14

1.51 Grundgedanken der Methode 14

1.52 Die fernbedarfstätigen Leistungsträger 18

1.521 Die Zusammensetzung der fernbedarfstätigen Leistungsträger 18

1.522 Die Ferndienstleistungen und die Probleme ihrer Abgrenzung 21

1.523 Die Steigerung der Existenzgrundlagen durch die Geldströme, die von aussen zufliessen 22

1.53 Die nahbedarfstätigen Leistungsträger 23

1.531 Die Zusammensetzung der nahbedarfstätigen Leistungsträger 23

1.532 Die Abhängigkeit der nahbedarfstätigen von den fernbedarfstätigen Leistungsträgern 23

1.533 Folgerungen für den Ansatz von Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft einer Stadt 23

1.54 Faktoren, die den Verwendungseffekt der aus fernbedarfstätigen Wirtschaftsbereichen entstandenen Einkünfte für die Nahbedarfstätigen einer Stadt bestimmen 24

1.541 Die Ausstattung einer Stadt mit nahbedarfstätigen Leistungsträgern 24

1.542 Der Ab- oder Zufluß von Einkünften 25

1.543 Die Art der Einkommensverwendung (die Verhaltensweise der Bevölkerung) 25

1.544 Der Verwendungseffekt der von fernbedarfstätigen Leistungsträgern herrührenden Einkünfte für die Nahbedarfstätigen 25

1.55 Räumlich-funktionale Gliederung und fachliche Gliederung 27

1.551 Zweiteilung der Wirtschaftsbereiche als Grundlage einer räumlich-funktionalen Analyse 27

1.552 Gliederung der Wirtschaftsbereiche nach den Auswirkungen des technischen Fortschritts durch Fourastié 28

1.553 Fundamentale und derivative Wirtschaftsbereiche als Bezeichnungen einer räumlich-funktionalen Gliederung 29

1.56 Die besonderen Aussagemöglichkeiten einer räumlich-funktionalen Analyse 29

1.561 Die gegenseitige Ersetzbarkeit fundamentaler Wirtschaftsgruppen 29

1.562 Die Forderung nach Vielseitigkeit 30

1.57 Ergebnisse der Berechnungen der räumlichen Wertschöpfung und der regionalen Sozialproduktsberechnungen 31

1.571 Vergleich mit den Berechnungen des Netto-Sozialprodukts 31

1.572 Vergleich mit den Berechnungen des Netto-Inlandprodukts 32

1.573 Probleme einer dynamischen Analyse 33

1.574 Der Ansatz von Tragfähigkeitsuntersuchungen 35

1.58 Probleme und Grenzen einer räumlich-funktionalen Analyse 36

1.6 Die Notwendigkeit von Hilfsanalysen 37

1.61 Typisierungsverfahren 38

1.62 Funktionale Verflechtungsforschung 39

1.63 Verwendung von Indikatoren 41

1.7 Die räumliche Abgrenzung der Untersuchungen 42

1.71 Die Bedeutung der Stadt-Umland-Beziehungen für die Situation einer Stadt 43

1.72 Die Abgrenzung des zentralörtlichen Einflußbereiches von Schwäb. Hall 46

Seite

2. Die räumliche Lage der Stadt Schwäb. Hall und die bisherigen Entwicklungstendenzen 49

2.1 Die Lage im grösseren Raum 50

2.2 Grundzüge der Entwicklung bis zum 2. Weltkrieg 53

2.21 Die Bevölkerungsentwicklung im Jagstkreis 53

2.22 Die wirtschaftlichen Hintergründe der Bevölkerungsentwicklung 54

2.23 Die Stellung der Stadt Schwäb. Hall im Rahmen der Entwicklung des hohenloher Raumes 55

2.3 Die Bevölkerungsentwicklung im letzten Jahrzehnt 57

2.31 Grundzüge der Bevölkerungsbewegung im hohenloher Raum 57

2.32 Die Stellung der Stadt Schwäb. Hall im Rahmen des Abwanderungsprozesses 60

2.4 Die Funktion der Stadt Schwäb. Hall im Netz der Pendelwanderung 62

2.41 Die Bedeutung der Pendelwanderung für den Ausgleich zwischen wirtschaftlich verschieden entwickelten Gebieten 62

2.42 Umfang und Art der Pendelwanderung im hohenloher Raum 63

2.43 Die Pendlerbilanz von Schwäb. Hall 65

2.44 Auswirkungen der Pendelwanderung - positive und negative Faktoren 67

3. Analyse der Schwäb. Haller Wirtschaft nach ihrer räumlich-funktionalen Gliederung 69

3.1 Gesamtbetrachtung der wirtschaftlichen Leistungskraft und Struktur 69

3.11 Ergebnisse der Nettoproduktsberechnungen 69

3.12 Ergebnisse der Umsatzsteuer-, der Lohn- und der Einkommensteuer-Statistik 72

3.13 Strukturelle Gliederung nach den Beschäftigtenzahlen 74

3.2 Umfang und Bedeutung der fernbedarfstätigen (fundamentalen) Wirtschaftsbereiche 79

3.21 Produzierendes Gewerbe (Industrie und Handwerk) 79

3.211 Zur Frage der Unterlagenbeschaffung 79

3.212 Industrialisierungsgrad und branchenmäßige Gliederung 79

3.213 Der Grad der Frauenbeschäftigung 82

3.214 Umsätze, Lohn- und Gehaltssummen 83

3.215 Der Anteil der Einpendler 84

3.216 Die Situation im Handwerk 85

Seite

3.217 Versuch einer Berechnung der fundamentalen Einnahmen, die der Stadt Schwäb. Hall über das produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) zufliessen 86

3.218 Die Bedeutung der Industrie als Existenzgrundlage für die Schwäb.Haller Bevölkerung 88

3.22 Fernbedarfstätiges Baugewerbe 89

3.23 Ferndienstleistungen 90

3.231 Öffentliche Dienstleistungen und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse 90

3.232 Private Dienstleistungen 91

3.233 Fremdenverkehr 92

3.234 Handel 94

3.235 Evangelische Diakonissenanstalt 96

3.236 US-Streitkräfte 98

3.237 Banken, Geld- und Versicherungswesen 98

3.238 Verkehrsunternehmen, Spedition 99

3.24 Zentrale Leistungen für das Umland 100

3.241 Probleme und Möglichkeiten der Ermittlung zentralörtlicher Leistungen 100

3.242 Abgrenzung des Ausstrahlungsbereiches 101

3.243 Zentrale Leistungen für den Kreis entsprechend der Zentralitätsstufe II 103

3.244 Zentrale Leistungen der Stadt Schwäb.Hall für die nähere Umgebung entsprechend der Zentralitätsstufe I 106

3.25 Land- und Forstwirtschaft 108

3.26 Gegenwertlose Fernbezüge 109

3.27 Das Abströmen fundamentaler Einnahmen über den Einpendlerüberschuß 110

3.28 Zusammenfassende Betrachtung der wirtschaftlichen Grundlagender Stadt Schwäb. Hall 112

Teil B: Soziale Schichtung und Veränderungstendenzen bei räumlicher Mobilität

1. Vorbemerkung 115

2. Analyse der sozialen Struktur 115

2.1 Einige begriffliche Erörterungen 115

2.2 Methodische Probleme einer Schichtanalyse 118

2.3 Die soziale Schichtung der Schwäb.Haller Bevölkerung 121

2.31 Schichtanalyse der Unselbständigen 121

2.311 Allgemeine Probleme der Aufgliederung 121

Seite

2.312 Gliederung der Beamten 121

2.313 Gliederung der Angestellten 122

2.314 Gliederung der Arbeiter 124

2.32 Schichtanalyse der Selbständigen 125

2.321 Selbständige Unternehmer, Gewerbetreibende, freie Berufe, Handwerker, Händler 125

2.322 Landwirtschaftliche Betriebe 126

2.323 Selbständige Berufslose 127

2.33 Ergebnisse: Soziale Schichtung und Bevölkerungsstruktur nach Berufsgruppen 128

3. Die sozialen Bewegungsvorgänge 133

3.1 Räumliche und soziale Mobilität 133

3.2 Zur Frage einer sozialen Erosion 134

3.3 Trend zur ungegliederten Massengesellschaft? 139

Teil C: Die Bedeutung der Kommunalfinanzen

1. Die Gewerbesteuer als wichtigste kommunale Einnahmequelle und die daraus resultierenden Unterschiede der kommunalen Leistungskraft 145

1.1 Der wachsende Anteil der Gewerbesteuer am kommunalen Steueraufkommen 145

1.2 Die Auswirkungen auf die Steuerkraft der Stadt Schwäb. Hall 147

1.3 Der Gewerbesteuerausgleich 150

2. Die staatlichen Finanzzuweisungen 152

2.1 Die raumordnerische Bedeutung des öffentlichen Finanzausgleichs 152

2.2 Der mangelnde Ausgleichseffekt des gegenwärtigen Zuweisungssystems und seine Auswirkungen auf Schwäb. Hall 155

2.3 Die raumordnerische Problematik der progressiv steigenden Kommunallasten in Ballungsräumen und in den Abwanderungsgebieten 158

2.4 Die Schlüsselzuweisungen nach dem Finanzbedarf 164

2.5 Staatsbeiträge im Rahmen des Förderprogramms Hohenlohe 165

2.6 Die Wirkungen der räumlichen Ausgleichsvorgänge im Rahmen der öffentlichen Finanzwirtschaft 165

3. Schuldenstand und kommunale Investitionsaufgaben in Schwäb. Hall 166

4. Der Wettbewerb der Gemeinden um Industrieansiedlung 172

4.1 Siedlungsstrukturelle und gemeindewirtschaftliche Probleme kommunaler Industrieansiedlungspolitik 172

Seite

4.2 Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen kommunaler Wirtschaftsförderung 181

5. Vorschläge und Möglichkeiten einer Reform des kommunalen Finanzsystems 186

Teil D: Zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten aus gesamtwirtschaftlicher Schau

1. Aufgabenstellung und Problematik einer Vorausschau auf die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten einer Stadt 198

2. Die Bedeutung der räumlich-funktionalen Analyse für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklungsaussichten 200

3. Grundtendenzen gesamtwirtschaftlicher Strukturveränderungen bei steigendem Wohlstand 201

4. Die Chancen der Stadt Schwäb.Hall im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 205

4.1 Allgemeine Gesichtspunkte 205

4.11 Folgerungen aus den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen für die nah- und fernbedarfstätigen Wirtschaftszweige 205

4.12 Vielseitigkeit und Krisenfestigkeit als Leitgedanken einer strukturellen Gliederung 208

4.13 Faktoren des Wirtschafts- und des Sozialstandorts und die Wirksamkeit räumlicher Regulativkräfte 209

4.14 Bestimmungsfaktoren der regionalen Arbeitsmärkte 212

4.141 Die Bedeutung der Arbeitskraftreserven 212

4.142 Weibliche Arbeitskraftreserven 212

4.143 Die Qualifikation der Arbeitskräfte 216

4.144 Regionale Lohn- und Gehaltsunterschiede 217

4.145 Regionale Unterschiede der Lebenshaltungskosten und der Wohnverhältnisse 221

4.146 Zusammenfassende Betrachtung 228

4.2 Die Entwicklungsmöglichkeiten im industriellen Bereich 230

4.21 Faktoren, die eine Dezentralisierung begünstigen 230

4.22 Die ballungsfördernde Wirkung der Fühlungsvorteile 232

4.23 Folgerungen hinsichtlich der weiteren industriellen Entwicklung in Schwäb. Hall 233

4.3 Entwicklungsmöglichkeiten bei den Ferndienstleistungen 237

4.31 Ausweitung des Fremdenverkehrs und des Kurbetriebs 238

4.32 Die weitere Entwicklung der Bausparkasse und der Diakonissenanstalt 240

Seite

4.33 Die Stationierung von US-Streitkräften 241

4.34 Intensivierung zentraler Handelsfunktionen 241

4.35 Wohnsitz von Rentnern und Pensionären 243

4.4 Die Landwirtschaft des Umlandes und ihre Probleme 244

5. Die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in Schwäb. Hall 248

5.1 Zur Frage des methodischen Ansatzes 248

5.2 Die großräumigen Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung 249

5.3 Versuch einer Vorausschau auf die Bevölkerungsentwicklung von Schwäb. Hall bis 1980 251

6. Die Gestaltung der künftigen Flächennutzung 252

Teil A: Die Wirtschaftsstruktur und ihre wesentlichen Bestimmungsfaktoren

1. Theoretische Voruntersuchungen zur Frage des methodischen Ansatzes bei der wirtschaftlichen Analyse einer Stadt.

1.1 Vorbemerkung

Bevor wir uns praktischen Untersuchungen zuwenden, soll die Frage erörtert werden, nach welchen Methoden die Analyse der wirtschaftlichen Situation einer Stadt im Sinne der im einleitenden Abschnitt dargelegten Problemstellung durchgeführt werden kann. Es geht also zunächst um eine grundsätzlich-methodische Orientierung. Die Bemühungen der Kommunalwirtschaft und der Städtestatistik um die Erarbeitung eines wirtschaftlichen Gesamtbildes einer Stadt sind schon alt. Die vielfältigen Schwierigkeiten, die sich dabei ergeben, verhinderten jedoch lange Zeit die Ermittlung brauchbarer Methoden. So wählte man vielfach den Weg enzyklopädischer Gesamtdarstellungen. Als eines der wenigen Beispiele, bei dem im Rahmen einer umfassenden Analyse auch die wirtschaftliche Verflechtung Beachtung fand, seien die Untersuchungen von W. Morgenroth über "Die Quellen des Münchener Wirtschaftslebens" im Jahre 1930 genannt.[1] Die Entwicklung der wirtschaftlichen Regionalforschung in den vergangenen Jahrzehnten wirkte sich auch auf die Methoden zur Analyse einer Stadtwirtschaft befruchtend aus, ohne daß sich daraus aber bis jetzt ein allgemein anerkanntes System zur wirtschaftlichen Analyse einer Stadt herausgebildet hätte. Die Ursache dafür dürfte u.a. darin zu suchen sein, daß sich die Problematik einer kommunalen Wirtschaftsanalyse in den Städten verschiedener Größe, verschiedener Lage und verschiedener Struktur in unterschiedlicher und oft entgegengesetzter Weise stellt und eine entsprechende Anpassung bei der Auswahl und Anwendung von Methoden erforderlich macht. Hinzu kommt, daß diese Zusammenhänge im Rahmen der Wirtschaftsentwicklung dauernden Änderungen unterworfen sind, was bei dem zu wählenden methodischen Ansatz jeweils zu berücksichtigen ist. Die Durchführung von Untersuchungen wird außerdem dadurch entscheidend bestimmt, welcher Art die verfügbaren Unterlagen sind und in wieweit zusätzliche Erhebungen über bestimmte Zusammenhänge durchgeführt werden können.

Die Art unserer Aufgabenstellung grenzt die Zahl der in Betracht kommenden Methoden von vornherein ab. Uns geht es darum, die Wirtschaft einer Stadt in ihrer Gesamtheit in den Griff zu bekommen und ihre Gliederung und die

---

1) W.Morgenroth: "Die Quellen des Münchener Wirtschaftslebens." Einzelschrift des Statistischen Amtes der Stadt München, 1930.

wesentlichen Bestimmungsfaktoren herauszuarbeiten. Es bedarf deshalb der Anwendung einer möglichst umfassenden Methode, bei der im Rahmen der Gesamtanalyse die Grundzüge der Struktur und die relevanten Faktoren sichtbar werden und ein vollständiger Überblick über die wirtschaftlichen Voraussetzungen als Grundlage kommunalpolitischer Entscheidungen vermittelt werden kann. Schließlich muß sie sich auf eine Stadt wie Schwäb. Hall anwenden lassen. Die verschiedenen Methoden für Partialanalysen, wie sie heute vielfach verwendet werden, können deshalb nicht die Grundlage unserer Untersuchungen bilden. Wir werden sie am Ende der theoretischen Erörterungen lediglich kurz streifen um festzustellen, in wieweit sie für vorbereitende oder ergänzende Analysen im Rahmen unserer Arbeit in Frage kommen.

1.2 Regionale und interregionale Input-Output-Analysen und Gesamtrechnungen

In Weiterentwicklung der auf der Kreislauftheorie aufbauenden Modelle hat Leontief die sog. Input-Output-Analyse zunächst als Instrument zur Erforschung der interindustriellen Verflechtung entwickelt.[1] Sie wurde dann von ihm und Isard zur Anwendung für die regionale und interregionale Verflechtungsforschung erweitert.[2] Diese Arbeiten sind allerdings noch nicht als abgeschlossen anzusehen. Es handelt sich bei dieser Methode um eine Kombination fachlicher und räumlicher Verflechtungsforschung. Ein solches System zur quantitativen Erfassung der verschiedenen Leistungs- und Güterströme kann umfassende Ergebnisse liefern und die für die wirtschaftliche Leistungskraft eines Gebietes oder einer Stadt wesentliche Verflechtung detailliert offenlegen. Eine entscheidende Voraussetzung für die Anwendung dieser Methode ist jedoch die Durchführung umfangreicher Einzelerhebungen. Es sind dabei Zusammenhänge zu erfassen, die von der amtlichen Statistik für kleinere Gebietseinheiten bisher nocht nicht erhoben wurden. Input-Output-Analysen lassen sich deshalb im allgemeinen nur auf grössere Regionen anwenden und zwar erst dann, wenn durch vorausgehende Analysen eine zweckmässige Abgrenzung der Teilgebiete in der Weise vorgenommen wurde, daß sich ein möglichst großer Teil der Produktions- und Absatzbeziehungen innerhalb dieses Raumes abspielt.

Das neueste Beispiel einer regionalen Input-Output-Analyse bietet eine für 1958 durchgeführte Gesamtrechnung für die sizilianische Wirtschaft als Teil der italienischen Volkswirtschaft. Es konnte dabei "eine organische

1) Vgl. dazu E. Schneider: " Einführung in die Wirtschaftstheorie", 3. Teil, Tübingen 1955, S. 170 f.

W. Leontief: "Einsatz-Ausstoß-Analyse", Aufsatz im HdSW., 28. Lieferg. 1960, S. 83 f.

Fortsetzung der Fußnoten S. 3

Gesamtschau des Systems von Strömen, in denen die Regionalwirtschaft zirkuliert".[1] u. der Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Sektoren der sizilianischen Wirtschaft und der jeweiligen Verflechtung mit dem übrigen Italien und mit dem Ausland gegeben werden. Fachlich-funktionale und räumlich-funktionale Analysen sind hier miteinander kombiniert und liefern ein umfassendes Bild der wirtschaftlichen Verflechtung. Die Ergebnisse sind in einer Matrix zusammengefasst, aus der die verschiedenen Ströme in ihrer quantitativen Bedeutung abgelesen werden können. Ausgesprochen fernbedarfsorientierte Wirtschaftszweige wie z.B. die sizilianische Nahrungsmittelproduktion sind dabei genauso zu erkennen, wie die typischen nahbedarfstätigen Dienstleistungen im Wohnungswesen, Nahverkehr, Handel etc. Diese Untersuchung ist als ein wesentlicher Schritt zur allgemeinen Anwendung von Input-Output-Modellen für regionalwirtschaftliche Analysen anzusehen. Es sei in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, daß die Input-Output-Analyse auch eine Grundlage für Vorausberechnungen der Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftsbereiche unter Berücksichtigung der jeweiligen Verflechtung bietet. Wir kommen darauf zurück bei der Frage der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten von Schwäb. Hall in Teil D in dieser Arbeit.

Andere Wege der regionalen Verflechtungsforschung wurden über verschiedene Gleichungssysteme gewählt, so z.B. die Verflechtungsmodelle von Hile-Stolper und Vining;[2] aber auch hierfür kommen nach dem bisherigen Stand der Arbeiten nur grössere Regionen in Betracht.

Ein Beispiel der Anwendung einer vereinfachten Gesamtrechnung auf eine Stadt liefert die Berechnung der interregionalen Wirtschaftsbeziehungen

---

Fortsetzung von Seite -2-

2) Vgl. dazu W. Leontief: "Interregional Theory" in: "Studies in the Structure of the American Economy," Oxford, University Press, 1953

W. Isard: "Interregional and Regional Input-Output-Analysis: A Model of Space Economy" in: "The Review of Economics and Statistics," Bd. 33, 1951, S. 318-328

1) G. Mirabella u. C. Pinna: "Die strukturellen Wechselbeziehungen der sizilianischen Wirtschaft im Jahre 1958," in: Statistische Informationen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften, Nr. 2, Luxemburg 1961, S. 183 f.

2) G.J. Hile u. W. Stolper: "Regional Economic Development in the United States," in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 69, 1952, Nr. 1, S.41 f.

R. Vining: " The Region as a Concept in Business-Cycle Analysis", in: Econometrica, Bd. 14, Nr. 3, Juli 1946, S. 201-218

von Amsterdam durch P. de Wolf und P.E. Venekamp.[1] Zur Vereinfachung der Analysen wurden in der Berechnung nur die Beziehungen zwischen der Stadt Amsterdam und den übrigen Niederlanden erfasst. Die Berechnung erfolgte mit Hilfe einer Bilanzgleichung in Anlehnung an das Konten-System der OEEC und der UN. Es wurden dabei folgende Konten gebildet:

Produktionskonto der Unternehmen
Einnahmen und Ausgaben der Haushalte
Konto der öffentlichen Hand
Kapitalkonto
Zahlungsverkehr mit dem übrigen Gebiet der Niederlande
Zahlungsverkehr mit dem Ausland
Gesamtbilanz = Zahlungsbilanz der Stadt Amsterdam gegenüber den übrigen Gebieten der Niederlande.

Bei der konkreten Durchführung dieser Berechnung gelang es jedoch nur zum Teil, die einzelnen Einnahme- und Ausgabebewegungen in der erforderlichen Weise aufzugliedern. Wo es nicht möglich war, wurde als weitere Vereinfachung angenommen, daß es sich um wirtschaftliche Vorgänge zwischen Amsterdam und den übrigen Niederlande handle. Eine derart weitgehende Vereinfachung macht die teilweise Berechnung der Güterströme etc. weitgehend illusorisch und lässt das gewonnene Ergebnis sehr zweifelhaft erscheinen, sodaß ihm nur ein geringer praktischer Erkenntniswert beigemessen werden kann. Die Schwierigkeiten einer Anwendung makroökonomischer Methoden auf mikroökonomische Zusammenhänge treten hier deutlich zutage und eine gewisse Unsicherheit bei der Handhabung regionalwirtschaftlicher Probleme ist unverkennbar. Man wird auch hier nicht darum herumkommen, die bestehenden Lücken, die durch Totalerhebungen nicht erfasst werden können, durch die Verwendung von Richtzahlen, Durchschnittswerten etc. zu schliessen.[2] Die dabei in Kauf zu nehmenden Ungenauigkeiten mindern die Aussagekraft in der Regel kaum. Wenn jedoch aus einem übertriebenen Genauigkeitsstreben heraus nur da quantifiziert wird, wo lückenloses Material zur Verfügung steht, bleibt der Erkenntniswert derartiger Analysen gering und man wird bei ihrer Anwendung auf kleinere Gebietseinheiten und Städte nicht weiter vorankommen.

---

1) P. de Wolf u. P.E. Venekamp: "On a System of Regional Social Accounts for the City of Amsterdam," vervielfält. Manuskript, 1955. Zitiert nach Boustedt-Ranz. "Regionale Struktur u. Wirtschaftsforsch." 1957, S. 146/147

Für Berlin wurden ebenfalls schon derartige Berechnungen angestellt, vgl. dazu Rolf Krengel: "Volkswirtschaftliche Input-Output-Rechnung, Sozialprodukt, Beschäftigung u. Produktivität, Einkommensverteilung u. Einkommensschichtung in Westberlin," Berlin 1953

2) "Weder das Rechnungswesen noch die allgemeine Statistik bieten Handhaben dafür, den tatsächlichen zwischengemeindlichen Leistungstausch zu erkennen."
N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung," Köln u. Opladen 1960, S. 72

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Input-Output-Analysen ein methodisches Instrumentarium liefern, das der Regionalforschung und insbesondere auch der Kommunalforschung neue Möglichkeiten eröffnet. Ihr besonderer Erkenntniswert ist darin zu sehen, daß dabei die fachliche Verflechtung und die räumlich-funktionale Verflechtung in ihrer gegenseitigen Wechselwirkung aufgezeigt werden können. Es ist mit bedeutenden Fortschritten auf diesem Gebiet in absehbarer Zeit zu rechnen. Die grössten Schwierigkeiten dürfte die Entwicklung eines geeigneten Ansatzes bieten, der den besonderen, von grösseren Wirtschaftsräumen abweichenden Zusammenhängen einer Stadt gerecht wird. Vorarbeiten für kommunale Analysen liegen neben der u.E.unglücklichen Untersuchung über Amsterdam noch kaum vor.Wir müssen auf einen Versuch,im Rahmen unserer Arbeit Untersuchungen nach der Input-Output-Methode durchzuführen, verzichten, da das dafür erforderliche statistische Material nicht zur Verfügung steht.

1.3 Regionale Sozialproduktsberechnungen

1.31 Die Bedeutung regionaler Sozialproduktsberechnungen als Maßstab für die Wirtschaftskraft und das Erwerbsleben einer Stadt.

Seit Anfang der 50er Jahre werden in der Bundesrepublik Versuche unternommen, Sozialproduktsberechnungen auf Städte und kleinere Gebietseinheiten anzuwenden.[1] In Frankfurt werden, als bisher einziger Stadt des Bundesgebietes, vom dortigen Statistischen Amt seit 1950 regelmässig Sozialproduktsberechnungen durchgeführt. Ergebnisse liegen vor bis zum Jahre 1957.[2] In München wurden lediglich für 1952 eine Sozialproduktsberechnung vorgenommen, weitere Berechnungen erfolgten bisher nicht. Für die Hanse-Städte Hamburg und Bremen werden derartige Berechnungen im Rahmen der Sozialproduktsberechnungen für die Bundesländer seit 1957 durchgeführt. Auch für Westberlin wurden bereits Berechnungen angestellt. Ein erster Versuch zur Berechnung wirtschaftlicher Leistungswerte im Sinne des Sozialprodukts für sämtliche Stadt- und Landkreise eines Bundeslandes wurde in Bad.-Württ. von J. Griesmeier für das Jahr 1952 durchgeführt.[3] Ähnliche Berechnungen wurden für das Jahr 1955 von G. Ander wiederholt.[4]

---

1) Boustedt-Ranz stellen in diesem Zusammenhang fest: "Grundsätzlich verlangt die statistische Erfassung der regionalen Wirtschaftskraft bei konsequenter Durchführung umfassende Erhebungen über die Wertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen".
Boustedt-Ranz: "Regionale Wirtschafts- und Strukturforschung, Bremen-Horn 1957, S. 119

2) Vgl. dazu Sonderhefte 3 u. 4 der "Statistischen Monatsberichte" Frankf. 1955 u. Sonderheft 12 der"Stat. Monatsberichte", Frankfurt 1960

3) Vgl. dazu "Jahrbücher f. Statistik u. Landeskunde v. Bad.-Württ." 1954/55, 2. Heft, S. 232-240

4) Vgl. dazu "Statistik v. Bad.-Württ.", Bd. 48, Stuttgart 1958

Das Ziel, auf diesem Wege zu einer Gesamtanalyse und damit zu einer objektiven Gesamtbetrachtung zu gelangen, wird in den verschiedenen Arbeiten immer wieder zum Ausdruck gebracht. So schreibt z.B.R.Gunzert u.a.: "Ein großer Vorteil besteht darin, daß die Gliederung des gesamten Sozialprodukts nach Wirtschaftsbereichen die Gefahren einer isolierten Betrachtung einzelner Wirtschaftszweige zu verhindern geeignet ist,"[1] oder "das Gewicht einzelner wirtschaftlicher Bereiche wird so in objektiver Art und Weise erkennbar".[2] G.Ander äußert sich in ähnlicher Weise: "Diesen äußerst komplizierten und umfangreichen Berechnungen lag der Gedanke zugrunde, anstelle der bisher verwendeten sehr unterschiedlichen Anhaltspunkte, die als Ausdruck oder als Indikatoren der wirtschaftlichen Struktur und Leistungen in den Kreisen gewertet worden sind, einen Maßstab zu setzen, mit dem das gesamte Erwerbsleben dieser Gebietseinheit erfasst wird."[3] Die Bedeutung derartiger Gesamtanalysen für Städte und Kreise stellt R. Gunzert sehr deutlich heraus: "Vielleicht ist es für die Städte sogar noch wichtiger, objektive und qualifizierte Grössenordnungen für ihre Wirtschaft zu kennen. Die engere Bindung der Kommunalverwaltung an ihren Wirtschaftsraum kann nämlich leichter zu subjektiven Irrtümern in der Beurteilung der Wirtschaftslage führen als dies in den grösseren Dimensionen von Ländern der Fall ist."[4]

.32 Die Anwendung einer ursprünglich makroökonomischen Methode auf kleine Gebietseinheiten.

Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wollten wir uns mit den vielfältigen methodischen Problemen regionaler Sozialproduktsberechnungen im einzelnen beschäftigen. Wir beschränken uns darauf, einige spezielle Fragen zu erörtern, die für unsere Untersuchung von besonderer Bedeutung sind.

Bei der Durchführung regionaler Sozialproduktsberechnungen handelt es sich, wie bereits angedeutet, um die Anwendung einer makroökonomischen, für die Analyse einer Volkswirtschaft entwickelten Methode,auf kleine Gebietseinheiten innerhalb einer Gesamtwirtschaft. Um eine weitgehende vertikale Vergleichbarkeit mit den Berechnungen für eine Volkswirtschaft zu ermöglichen, geht das Bestreben dahin, jeweils mit den gleichen Methoden zu arbeiten. Von einigen Unterschieden abgesehen, mit denen wir uns in den nächsten Ab-

---

1) Sonderheft 3 der "Statistischen Monatsberichte," Fankfurt 1955, S. 10
2) ebenda S. 9
3) "Statistik von Bad.-Württ.", Bd. 48, Stuttgart 1958, S. 19
4) Sonderheft 3 der "Statistischen Monatsberichte," Frankfurt 1955, S. 10

-schnitten näher zu beschäftigen haben, wird daher bei den regionalen Sozialproduktsberechnungen nach den gleichen Begriffen und Methoden vorgegangen, wie bei der Sozialproduktsberechnung für die Bundesrepublik und für die Bundesländer.[1] Die Beschaffung der für die Berechnungen erforderlichen Unterlagen ist mit vielerlei Schwierigkeiten verbunden. Es werden deshalb verschiedene Wege beschritten, um die Leistungswerte zu ermitteln. Angesichts des meist sehr lückenhaften statistischen Materials ist es häufig notwendig, den Weg einer retrograden Ableitung von Bundes- oder Landesziffern auf Kreisergebnisse durch Zurechnung über Schlüsselzahlen, z.B. mit Hilfe der nach Wirtschaftsbereichen gegliederten Beschäftigten-Statistiken, zu wählen. Diese Methode hat u.a. J. Griesmeier bei seinen Berechnungen in Bad.-Württ. für 1952 angewandt.[2] Die Berechnungen für die Stadt Frankfurt erfolgen dagegen unmittelbar aus dem statistischen Material. Bei derartigen Berechnungen konnte bisher noch nicht die Genauigkeit erzielt werden wie auf Bundes- oder Landesebene.[3]

1.33 Das Problem der Erfassung der Außenbeziehungen einer Stadtwirtschaft.

Bei der Anwendung der am Modell einer vollentwickelten Gesamtwirtschaft erarbeiteten Methode der Sozialproduktsberechnungen auf kleinere Raumeinheiten wie z.B. eine Stadt, zeigen sich verschiedene Probleme grundsätzlicher Art. Am schwerwiegendsten erscheint dabei die Frage der Außenbeziehungen und die Art ihrer Erfassung. Wir wollen deshalb diesen Zusammenhängen weiter nachgehen.

Eine Volkswirtschaft kann trotz umfangreicher Außenbeziehungen zu anderen Ländern in vielerlei Hinsicht als ein geschlossenes Wirtschaftssystem im Sinne eines Binnenmarktes angesehen werden. Sie stellt einen einheitlichen

---

1) In den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt werden aufschlußreiche Vergleiche mit Landes- und Bundesziffern vorgenommen. Seitdem für die Stadt-Staaten Hamburg und Bremen ebenfalls Sozialproduktsberechnungen vorgenommen werden, können derartige Vergleiche auch zwischen verschiedenen Städten durchgeführt werden. Neben den Vergleichen der relativen Anteile der verschiedenen Wirtschaftsbereiche wurde hier auch der Anteil der Frankfurter Wirtschaftsbereiche an der Wertschöpfung im Land Hessen berechnet.

2) Eine Darstellung seiner Methoden gibt J. Griesmeier in dem Aufsatz: "Berechnung wirtschaftlicher Leistungswerte für kleinere Gebietseinheiten" in: Allgemeines statistisches Archiv, 39. Bd. 1955, Heft 1, S. 17-34. Im Hinblick auf die Zurechnung bemerkt er: "Als einzig brauchbarer Generalnenner bot sich von selbst die "beschäftigte Person" an, die bedeutsamste Trägerin der wirtschaftlichen Leistung".

3) "Darüber hinaus können die Frankfurter Berechnungen trotz intensiver Bemühungen und weitgehend gleicher Unterlagen nicht die gleiche Zuverlässigkeit erreichen wie die der Länder."
Sonderheft 12 der "Statistischen Monatsberichte", Frankfurt 1960, S. 11

Währungsraum dar, die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzgesetzgebung ist hier einheitlich, der Außenhandel wird durch Zölle und Kontingente begrenzt bzw. in bestimmte Bahnen gelenkt etc. Die Wirtschaftsbeziehungen über die Grenzen in Form von Güter- und Leistungsströmen werden aus handelspolitischen Gründen exakt erfasst und finden in der Zahlungsbilanz ihren Niederschlag bzw. bilden ein Teil der Sozialproduktsberechnung. Die Gesamtberechnungen der Wertschöpfung lassen sich je nach dem Ansatz im Wirtschaftskreislauf als Entstehungs-, Verteilungs- oder Verwendungsrechnungen durchführen, die Summe ist dabei jeweils dieselbe.

Bei regionalen Sozialproduktsberechnungen für Städte und kleinere Gebietseinheiten innerhalb einer Volkswirtschaft stellt sich das Problem der Außenbeziehungen in verstärktem Maße und gleichzeitig unter schwierigeren Bedingungen, denn es eröffnet sich hier eine grundsätzlich verschiedene Problematik, da sich die räumlich-wirtschaftlichen Beziehungen hier vorwiegend auf Gebiete innerhalb derselben Volkswirtschaft erstrecken. Im Rahmen unserer Problemstellung kommt es gerade auf diese Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlich verschieden strukturierten und verschieden entwickelten Gebieten an.

Da die Erfassung der Wirtschaftsverflechtung innerhalb einer Volkswirtschaft mit vielfältigen methodischen und praktischen Schwierigkeiten verbunden ist, hat man sich bei den regionalen Sozialproduktsberechnungen, sofern sie direkt erstellt und nicht abgeleitet werden, bisher auf die Erfassung des sog. Netto-Inlandsprodukts zu Faktorkosten beschränkt. Es wird dabei nur die Summe der innerhalb eines bestimmten Gebietes, etwa der Gemarkungsgrenze einer Stadt entstandenen Wertschöpfung nach der Entstehungsrechnung erfasst. Die Berechnung erfolgt ausschliesslich nach dem Ort der Entstehung, man spricht deshalb in diesem Zusammenhang auch von der lokalen Methode, Das auf diese Weise berechnete Netto-Inlandsprodukt einer Stadt ist jedoch nicht mit der tatsächlichen Leistung der Bevölkerung dieser Stadt identisch. Die Einwohner können von außerhalb Einkünfte beziehen, etwa als Auspendler oder aus Vermögensbesitz oder als Pensionäre, Rentner oder Unterstützungsempfänger etc. Diese Einkünfte aufgrund von Gegenleistungen in Form von Arbeit oder bestimmten Rechten können bei dieser Berechnungsart nicht erfasst werden. Umgekehrt sind dabei jedoch die Leistungen auswärtiger Einpendler in der Wertschöpfung einer Stadt enthalten. Im Gegensatz zur Berechnung des Netto-Sozialprodukts zu Faktorkosten auf Bundesebene, das mit dem Volkseinkommen für das Bundesgebiet nach der Verteilungsrechnung identisch ist, darf das

sogenannte Netto-Indlandsprodukt einer Stadt nicht mit dem Gesamteinkommen der Bevölkerung dieser Stadt gleichgesetzt werden. "Bei der regionalen Berechnung des Volkseinkommens müssen die eigentumsbedingten Verflechtungen berücksichtigt werden, während das Netto-Inlandsprodukt ausschliesslich von der Wertschöpfung an dem Ort der Wertschöpfung ausgeht. Das Inlandsprodukt kann deshalb auch nicht Ausgangspunkt einer Ermittlung des "Lebensstandards" sein. Regional kann dieser nur aus der Verteilungsrechnung gefunden werden." [1)]

Eine teilweise räumliche Bereinigung kann vorgenommen werden, wenn die Pendlerverflechtung in die Analyse mit einbezogen wird. So werden z.B. die Ergebnisse der regionalen Sozialproduktsberechnungen in Bad.-Württ. für 1955 einmal je Kopf der Wohnbevölkerung und zum anderen je Kopf der davon abhängigen Bevölkerung berechnet.[2)] Eine entsprechende Bereinigung des Gesamtbetrages der Wertschöpfung konnte dabei allerdings nicht vorgenommen werden. Die Erweiterung der regionalen Netto-Produktsberechnungen durch entsprechende Verteilungs- und Verwendungsrechnungen zu einem geschlossenen System mit übereinstimmenden Endsummen, wie es auf Bundesebene geschieht, würde die räumlichen Zusammenhänge klarer beleuchten. Ein derartiges Vorhaben erscheint jedoch beim gegenwärtigen Stand der statistischen Erhebungen ausgeschlossen.[3)]

34 Grenzen der Aussagekraft von Sozialproduktsberechnungen über die Wirtschaft einer Stadt

Neben den direkt von außen bzw. nach außen fliessenden Einkommensströmen werden die Wirtschaftsstruktur und die Wertschöpfung einer Stadt in wesentlichem Maße durch die wirtschaftlichen Beziehungen ihrer Wirtschaftszweige zu anderen Gebieten der Volkswirtschaft bestimmt. Sie ist in ihrer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung von der Art und dem Ausmaß dieser Beziehungen abhängig. Eine Ermittlung des Sozialprodukts etwa im Sinne des Nettoprodukts und seine Aufgliederung nach den verschiedenen Bereichen fachlicher Art wie Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, Handel und Verkehr, öffentliche und private Dienstleistungen, liefert für die spezifische Analyse der Wirtschaft einer Stadt nur eine unvollkommene Ausgangsbasis. Sie zeigt lediglich einen bestimmten räumlichen Ausschnitt der vielfältigen fachlich-

1) Sonderheft 3 der "Statistischen Monatsberichte", Frankf. 1955, S. 13

2) Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 48, Stuttg. 1958, S. 30

3) R. Gunzert schreibt dazu u.a.: "Für die Städte und auch die Länder wird ein geschlossenes System außerhalb des Bereichs des Möglichen" liegen. Sonderheft 3 der "Statistischen Monatsberichte," Frankf. 1955, S. 13

funktionalen Beziehungen innerhalb der Volkswirtschaft, ohne jedoch die Art der jeweiligen Außenverflechtung zu erhellen, d.h. wie die Wirtschaft einer Stadt räumlich-funktional in die Gesamtwirtschaft eingebettet ist.

Bei dem hohen Grad der Arbeitsteilung und der dadurch hervorgerufenen Funktionsaufteilung innerhalb einer modernen Volkswirtschaft, kann keine Stadt isoliert leben. Die Steigerung der Produktivität erfordert eine immer stärkere Spezialisierung im Produktionsprozess und teilweise eine stärkere Zusammenfassung in grössere Betriebseinheiten. Beide Vorgänge, zunehmende Spezialisierung und Massenproduktion in grösseren Betrieben drängen auf weite Absatzräume. Aus der Fülle des großen Sortiments der Wirtschaftszweige kann für die einzelne Stadt nur ein kleiner Ausschnitt in Betracht kommen. Das bedeutet, daß auch nur ein Teil des vielfältigen Bedarfs der Bevölkerung aus der eigenen Gegend gedeckt und andererseits auch dort nur ein kleiner Teil der eigenen Erzeugung Absatz finden kann. Jede Stadt und jedes Gebiet innerhalb einer Volkswirtschaft sind auf die Verflechtung mit anderen Gebieten des Wirtschaftsraumes angewiesen. Mit den Erlösen aus dem Absatz nach auswärtigen Gebieten wird die Bevölkerung in die Lage versetzt, die für den eigenen Bedarf erforderlichen Güter und Leistungen von auswärts zu beziehen. Bei der mit steigendem Wohlstand verbundenen zunehmenden Differenzierung des Bedarfs wird der Anteil der direkten Eigenversorgung aus den eigenen Leistungen einer Stadt relativ zurückgehen.

Aus diesen Überlegungen ist zu schließen: Je kleiner das Gebiet ist, das einer Analyse unterzogen werden soll, desto schwieriger ist es, dabei die allgemeinen Methoden der makroökonomischen Wirtschaftsforschung anzuwenden. Boustedt-Ranz bemerken treffend: "Die Wirtschaft einer Gemeinde ... ist eben nicht das verkleinerte Spiegelbild einer Volkswirtschaft, sondern eine Wirtschaftseinheit eigener Art. Wenn man also ökonomische Untersuchungen in kleinen, regionalen Einheiten durchführt, wird man von Kreislaufmodellen auszugehen haben, die der jeweiligen regionalen und funktionalen Ebene adäquat sind."[1] Es wäre deshalb zu überprüfen, in wieweit Berechnungen des Netto-Inlandprodukts für eine Stadt durch Methoden ergänzt werden können, mit deren Hilfe sich die jeweiligen Außenbeziehungen quantifizieren lassen. Im Vergleich zur Input-Output-Analyse sei auch darauf hingewiesen, daß Sozialproduktsberechnungen nur die Ergebnisse des Wirt-

---

1) Boustedt-Ranz: "Regionale Wirtschafts- und Strukturforschung", Bremen-Horn, 1957, S. 13-14

-schaftsgeschehens, nicht aber die kausalen Verflechtungen im Wirtschaftsprozeß aufzeigen können.

Trotz dieser Probleme sind die regionalen Sozialproduktsberechnungen heute als eine wesentliche Grundlage der Regionalforschung anzusehen. Sie stellen bisher die einzige Methode dar, mit deren Hilfe in der Bundesrepublik schon in grösserem Maße regionale Ergebnisse erzielt werden konnten. Dies dürfte auch für die nahe Zukunft so bleiben. Eine Arbeitsgruppe der Statistischen Landesämter beschäftigt sich unter der Leitung des Direktors des Hessischen Statistischen Landesamtes schon seit einiger Zeit mit der Ausarbeitung einer einheitlichen, auf Bundesebene anzuwendenden Schemas für regionale Sozialproduktsberechnungen auf Kreisebene, die einen Vergleich mit Landes- und Bundesergebnissen erlauben. Die ersten Ergebnisse einer solchen Berechnung für alle Stadt- und Landkreise der Bundesrepublik für das Jahr 1957 sind im Frühjahr 1962 zu erwarten. Für unsere Untersuchungen bilden die von G. Ander für 1955 berechneten Zahlen eine wesentliche Hilfe, die allerdings dadurch gemindert wird, daß dabei für Schwäb. Hall als kreisangehöriger Stadt keine gesonderten Werte ausgewiesen wurden. Eine Ermittlung des Nettoprodukts von Schwäb. Hall durch eigene Berechnungen kann bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht in Betracht gezogen werden.

1.4 Regionale Kaufkraftuntersuchungen

Die Erörterung der regionalen Sozialproduktsberechnungen in der Form des Nettoinlandsprodukts zeigte, daß hier die Wirtschaftskraft eines Ortes an einer ganz bestimmten Stelle im Wirtschaftskreislauf, nämlich bei der Entstehung gemessen wird und daß entsprechende Berechnungen nach der Verteilungs- und Verwendungsseite für kleinere Gebietseinheiten kaum möglich sind. Die regionalen Kaufkraftuntersuchungen zielen unter dem Gesichtspunkt der potentiellen Nachfrage auf die verfügbaren Einkünfte ab. Diese sind nicht nur von der Entstehung der Wertschöpfung, sondern auch von der Art ihrer Verteilung und ihrer Verwendung abhängig. Es erscheint deshalb eine Untersuchung darüber angebracht, in wieweit eine Ermittlung der Kaufkraft einer Stadt oder eines Kreises als Ergänzung zu den Berechnungen des Nettoinlandprodukts, etwa im Sinne einer Verteilungsrechnung, herangezogen werden kann.[1]

1) "Erst die Verteilungsrechnung gibt Auskunft darüber, welche Teile des Nettosozialprodukts als Einkommen des Staates, die unverteilten Gewinne der privaten Kapitalgesellschaften, die direkten Steuern und schließlich die verfügbaren Einkünfte der natürlichen Personen bilden. Rückschlüsse auf den Wohlstand der Bevölkerung, ihre Konsumkraft und ähnliche Größen können aber nur gezogen werden, wenn die verfügbaren Einkünfte der natürlichen Personen bekannt sind".
Sonderheft 12 der "Statistischen Monatsberichte", Frankf. 1960, 22. Jahrg., S. 9

Bei derartigen Berechnungen sind insbesondere zwei Fragen von Bedeutung:

+ Was steht der Bevölkerung einer Stadt an Einkünften zur Verfügung? d.h. welche Einkünfte erzielt die ortsansässige Bevölkerung aus der innerhalb der Stadt entstandenen Wertschöpfung, was floss über Einpendler, auswärtige Kapitalbesitzer etc. nach außen ab bzw. was floss auf diese Weise und über Pension- Rentenzahlungen herein? Wie sind die Einkünfte grössenmässig strukturiert?

+ Eng damit verknüpft ist die Frage: wie wirkt sich die Verausgabung dieser Einkünfte auf die betreffenden Wirtschaftsbereiche der Stadt aus? Aus der Art der Einkommensverteilung, der Kenntnis ihrer Entstehung, dem Sparvolumen etc. lassen sich darauf Schlüsse ziehen.

Eine Analyse dieser Zusammenhänge, wie sie für eine exakte Kaufkraftuntersuchung notwendig ist, würde vielfältige Erkenntnisse im Rahmen unserer Problemstellung vermitteln.[1] Da statistische Unterlagen für kleinere Raumeinheiten kaum vorliegen, und besondere Erhebungen im Sinne der dargestellten Fragestellung mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sind, kam die Marktforschung bisher über die Zusammenstellung von Indikatoren[2] bzw. über die Berechnung verhältnismässig grober Kaufkraftkennziffern nicht hinaus. Seit 1958 wird von der Gesellschaft für Konsumforschung eine Formel zur Berechnung von Kaufkraftkennziffern angewandt, bei der die Absatzkennziffer aus der Lohn- und Einkommensteuer, der Umsatzsteuer vom Einzelhandel und vom Handwerk in Bezug auf die Bevölkerung berechnet wird.[3] Bei der Zusammenfassung aller Einkommen und der Summe der Umsätze zu einer generellen Kennziffer werden beide paritätisch behandelt, Indem man die Lohn- und Einkommensteuer und die Umsatzsteuer zusammen analysiert, wird berücksichtigt, daß in einer Stadt das erreichbare Absatzvolumen unter Umständen höher ist, als die direkten Einkommen aller Einwohner dieser Stadt, wenn sie z.B. viel Fremdenverkehr aufweist oder ein grosses Einzugsgebiet hat. Bei diesen Kaufkraftberechnungen werden keine absoluten DM-Beträge, sondern nur Kennziffern über die relative Höhe der vorhandenen Kaufkraft zum Vergleich mit anderen Gebieten ausgewiesen. Die Kennziffern werden dabei in zweifacher Weise ausgedrückt, einmal als Kennziffern pro Kopf der Bevöl-

---

1) G. Isenberg hat bereits 1939 unter dem Titel: "Was verdienen unsere deutschen Großstadt-Einwohner?" Untersuchungen über die unterschiedliche Kaufkraft der Großstadtbevölkerung veröffentlicht. Vgl. dazu: "Die Werbung", 1939, S. 1289-1297

2) Vgl. dazu Abschnitt 1.63: "Verwendung von Indikatoren".

3) Vgl. dazu in: "Raumforschung und Raumordnung", 1957, Heft 2, S. 101 f. E. Ott: "Regionale Unterschiede der Kaufkraft". Der genaue Berechnungsvorgang wird von der Gesellsch. für Konsumforsch. nicht veröffentlicht. und:
"Kaufkraftkarte 1960, Absatz-Kennziffern der Stadt- und Landkreise in den Bundesländern", Gesellsch. f. Konsumforsch., Nürnberg, Dez. 1959

-kerung, zum andern als Gesamtkaufkraft eines bestimmten Gebietes. (Kennziffer x Bevölkerung).[1)]

Die kleinste Gebietseinheit, für die Ziffern berechnet werden, ist in der Regel der Kreis. Weitere räumliche Aufgliederungen werden nach der Verteilung der Bevölkerungszahl vorgenommen, was allerdings nur ein sehr grobes Bild vermittelt. Man erhält dadurch lediglich Annäherungswerte, die einer weiteren Korrektur bedürfen. Bei einem Vergleich der Ergebnisse der Kaufkraftberechnungen für 1955 mit den regionalen Sozialproduktsberechnungen im Reg.-Bez. Nordwürtt. zeigt sich, daß bei den Kaufkraftkennziffern nur eine relativ globale Klassifizierung getroffen wird. Betrachten wir die Kaufkraftkennziffern für verschiedene nordwürtt. Kreise:[2)] Der Kreis Schwäb. Hall liegt hier inmitten eines relativ kaufkraftschwachen Gebietes. Lediglich beim Kreis Mergentheim zeigt sich eine besondere Aussage der Kaufkraftberechnungen gegenüber den regionalen Sozialproduktsberechnungen. Die Kaufkraftkennziffer liegt hier gegenüber dem Sozialprodukt relativ höher als in den übrigen hohenloher Kreisen, was auf den Kurbetrieb und den Fremdenverkehr in Bad Mergentheim zurückzuführen sein dürfte. In der Kaufkraftkarte für 1960 erscheinen die Kreise Schwäb.Hall und Crailsheim mit den niedrigsten Ziffern innerhalb Nordwürttembergs. Die anderen hohenloher Kreise sind dagegen mit den Kreisen Aalen, Backnang und Heilbronn in einer Gruppe. Eine Sonderstellung von Bad Mergenheim ist kaum mehr ersichtlich.[3)]

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Berechnungen von Kaufkraftkennziffern nach dem jetzigen Stand kaum Ergebnisse liefern, die über die Aussagemöglichkeiten regionaler Sozialproduktsberechnungen hinausgehen. Die bisher berechneten Kennziffern stellen kein Pendant zu den Sozialproduktsberechnungen nach der Entstehungsrechnung dar, da keine Gesamtsummen im Sinne des Volkseinkommens ausgewiesen werden. Die Berechnungen der Kaufkraft bauen auf statistischen Unterlagen auf, die auch für regionale Sozialproduktsberechnungen herangezogen werden. Erfolgt bei letzteren eine Bereinigung hinsichtlich der Pendlerverflechtung, wie es in Bad.-Württ. geschehen ist, so erscheint es fraglich, ob Kaufkraftkennziffern, wie sie bisher berechnet wurden, überhaupt zusätzliche, darüber hinausgehende Erkenntnisse liefern.

1) "Kaufkraftkarte 1960, Absatz-Kennziffern der Stadt- und Landkreise in den Bundesländern", Gesellsch. f. Konsumforsch., Nürnberg, Dez.1959,S.4

2) Vgl. dazu E. Ott: "Regionale Unterschiede der Kaufkraft" in:"Raumforsch. u. Raumordnung", Heft 2, 1957, S. 101 f.

3) "Kaufkraftkarte 1960, Absatz-Kennziffern der Stadt- u. Landkreise in den Bundesländern", Gesellsch. f. Konsumforsch., Nürnberg, Dez. 1959 S. 4

1.5 Analyse der Wirtschaft einer Stadt nach ihrer räumlich-funktionalen Verflechtung

1.51 Grundgedanken der Methode

Die bisherigen Untersuchungen zeigten, daß bei der Analyse der Wirtschaftsstruktur und der Wirtschaftskraft einer Stadt und ihrer jeweiligen Verflechtung nach außen, vielfältige Detail-Zusammenhänge zu beachten sind, die sich nur zum Teil exakt erfassen lassen. "Die Analyse der ökonomischen Zusammenhänge unterstellt entweder die Irrelevanz der interregionalen Beziehungen und läuft Gefahr, Fehlschlüsse zu ziehen,"[1] dies gilt für die regionalen Sozialproduktsberechnungen im Sinne des Netto-Inlandproduktes, "oder aber sie sieht von der geschlossenen Darstellung ab und versucht nur, in aufgelockerter Form, ein Bild der Interdependenzen und Kausalitäten zu entwerfen,"[2] was insbesondere für die Einzel-Analysen der Stadt-Umland-Verflechtung zutrifft. Von entscheidender Bedeutung ist deshalb, in wieweit man die wesentlichen Zusammenhänge durch einen entsprechenden methodischen Ansatz in ein System einbauen kann.

Die sog. "Economic Base Theory" bietet die Grundlage für die Analyse der Wirtschaft einer Stadt nach räumlich-funktionalen Gesichtspunkten.[3] Ausgangspunkt dieser Konzeption ist die Verflechtung der Wirtschaft einer Stadt mit der gesamten Volkswirtschaft. Entsprechend der räumlichen Verteilung der verschiedenen Wirtschaftsbereiche schlägt sich die durch den Produktions- und Absatzprozess bedingte fachlich-funktionale Verflechtung zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen auch in einer räumlich-funktionalen Verflechtung zwischen den Städten und Regionen einer Volkswirtschaft nieder; der fachlichen Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Produktionszweigen entspricht also auch eine räumliche Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Gebieten und Städten. Die Stellung, die eine Stadt im Rahmen dieser räumlich-funktionalen Verflechtung innerhalb einer Volkswirtschaft inne hat, ist entscheidend für die Beurteilung ihrer wirtschaftlichen Situation und ihrer Entwicklungsaussichten. Von diesen Überlegungen ausgehend, kann man zwischen einem inneren Kreislauf innerhalb der Wirtschaft einer Stadt und den Wechselbeziehungen der räumlich abgegrenzten Stadt-Wirtschaft zum großräumigen, gesamtwirtschaftlichen Kreislauf unterscheiden.

---

1) Boustedt-Ranz: "Regionale Struktur- und Wirtschaftsforschung", Bremen-Horn, 1957, S. 149

2) ebenda, S. 149

3) Vgl. dazu N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln u. Opladen 1960, S. 97

"Im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft sind die kommunalen Wirtschaftskreisläufe relativ klein, aber erheblichen Einflüssen durch den Gesamttrend ausgesetzt".[1] Die wirtschaftlichen Grundlagen einer Stadt beruhen also auf den Leistungen, die über die Grenzen der Stadt hinaus erbracht werden. Dadurch wird sie an den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf angeschlossen und kann von dort die benötigten Leistungen und Güter beziehen. Man unterscheidet daher zwischen den sog. fernversorgenden bzw. fernbedarfstätigen Wirtschaftsgruppen, die nach aussen tätig sein können und den sog. eigenversorgenden bzw. nahbedarfstätigen Zweigen der Wirtschaft einer Stadt, die für die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung sorgen und sich somit nur im inneren Kreislauf bewegen.[2] Beide Bereiche stehen in einer bestimmten Relation zueinander. "Die strukturellen Verflechtungen dieser beiden Hauptkategorien der im Gemeinwesen wirksamen wirtschaftlichen Kräfte, ihre gegenseitigen Entsprechungen, den Ablauf ihres Zusammenwirkens bei der Werteschöpfung und der Verteilung, ihre Bedeutung für die Lebenslage des Einzelnen sowie für die Wirtschafts- und Finanzkraft der Gemeinde zu erkennen, das ist die zentrale Aufgabe der Analyse." [3]

Die Grundgedanken dieser räumlich-funktionalen Unterscheidung wurden bereits von Sombart entwickelt. In seinem Werk "Der moderne Kapitalismus", 1. Buch: "Die vorkapitalistische Wirtschaft".,[4] beschäftigt er sich mit der Frage, wovon die in den mittelalterlichen Städten dicht beeinanderwohnenden Menschen ihren Lebensunterhalt bezogen, d.h. auf welche Weise Einnahmen in diese Städte flossen. Bei seinen Untersuchungen unterscheidet er zwischen den "Subjekten der Städtebildung" oder wie er es auch ausdrückt, den "Gründern" bzw. "Städtebildnern" einerseits und den "Objekten der Städtebildung", den sog. "Städtefüllern" andererseits.[5] Sombart bezeichnet

1) N.J.Lenort: "Strukturforschung u. Gemeindeplanung", Köln u. Opladen 1960, S. 180

2) ebenda S. 112

Vgl. dazu auch: Boustedt-Ranz: "Regionale Struktur- und Wirtschaftsforschung", Bremen-Horn, 1957, S. 53. Es wird dort nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer solchen Abgrenzung hingewiesen und zwar im Zusammenhang mit Überlegungen über die Erfassung von wirtschaftlichen Vorgängen in kleinen Räumen zum Zweck einer wirtschafts-räumlichen Gliederung: "Wenn man aber daran ginge, die Systematik der Wirtschaftszweige nach ihrer Reichweite in nah- und fernbedarfsorientierte Gruppen zu gliedern, so käme man schon ... weiter".

3) N.J.Lenort: "Strukturforsch. u. Gemeindeplanung",Köln u.Opladen 1960,S.97

4) W. Sombart: "Der moderne Kapitalismus", 1. Buch: "Die vorkapitalistische Wirtschaft", München u. Leipzig 1928, S. 142 f.

5) ebenda S. 142-145

als wichtigste Städtebildner der hochmittelalterlichen Stadt, was zunächst irritieren mag, die Konsumenten, und als davon abgeleitet und abhängig die Produzenten. Daraus geht jedoch sehr deutlich die räumlich-funktionale Betrachtungsweise hervor, die an der Frage ansetzt, wie und durch wen Einnahmen in die Stadt fliessen.[1] Im Hochmittelalter, in der ersten Phase der Stadtentwicklung waren es die in den Städten residierenden Könige, Fürsten, Bischöfe und sonstige Grundherren, die von einem weiten Bereich aufgrund ihrer Rechtsansprüche Einnahmen heranzogen, damit handwerkliche Produkte und Dienstleistungen in Anspruch nahmen und auf diese Weise Erwerbsmöglichkeiten für die städtische Bevölkerung schafften. Die Städtebildner lassen sich nach den Ausführungen Sombarts etwa wie folgt einteilen:

Könige, Fürsten Bischöfe etc.
mittlere und kleinere Grundrentenbezieher
die Produzenten
das Exportgewerbe für einen weiteren Bereich
der Abbau von Bodenschätzen
der Handel. 2)

Die sog. Städtefüller teilt Sombart in:

unmittelbare Brotnehmer, die direkt im Dienste der Städtebildner stehen und mittelbare Brotnehmer, die als unabhängige Handwerker und Händler für die Städtebildner tätig waren. 3)

Diese Konzeption wurde, wie auch die Bezeichnungen "Economic Base Theory" bzw. "basic-nonbasic-Systeme" zeigen, vornehmlich von amerikanischen Forschern weiterentwickelt und hat dort schon in vielen Untersuchungen ihren Niederschlag gefunden.[4] Hinsichtlich der fern- und nahbedarfstätigen Wirtschaftszweige wird dabei in Bezug auf die Arbeitskräfte, von "basic employment" und "local service employment" gesprochen.[5]

---

1) "Die Konsumenten sind in diesem Falle die Selbständigen, die Leute mit eigener Lebenskraft, während die Produzenten die Abhängigen sind, deren Existenzmöglichkeit durch die Grösse des Anteils bestimmt wird, den die Konsumentenklasse ihnen von ihrem Konsumtionsfond gewähren will". W. Sombart: "Der moderne Kapitalismus", 1. Buch: "Die vorkapitalistische Wirtschaft," München u. Leipzig 1928, S. 143

2) ebenda S. 147-157

3) ebenda S. 160

4) Lenort nennt dabei vor allem den amerikanischen Forscher R.B.Andrews, seine wesentlichen Arbeiten auf diesem Gebiet entstanden zwischen 1953 und 1958. N.J.Lenort:"Strukturforsch. u. Gemeindeplanung", Köln u. Opladen, 1960, S. 97
Vgl. dazu auch: E. Lauschmann: "Standorttheorie u. Raumwirtschaftslehre in der neueren amerikanischen Literatur", in:Raumforsch. u. Raumordnung, Heft 1, 1958, S. 96 f.

5) N.J.Lenort: "Strukturforsohung u. Gemeindeplanung", Köln u. Opladen 1960 S. 111 u. S. 287/288.

Da uns die entsprechenden Publikationen nicht zugänglich waren, können wir darauf nicht näher eingehen.

In der Bundesrepublik wurde nach ähnlichen Grundgedanken u.a. von H. Koenig in den "Beiträgen zur Soziographie Münchens", die Anfang der 50er Jahre vom Wiederaufbaureferat der Stadt München veröffentlicht wurden, verfahren.[1] Es wird dabei u.a. erwähnt: "Die eigentlichen Schöpfer des Wirtschaftslebens der Stadt München sind naturgemäss die ursprünglichen, wahren Einkommensquellen; die aus ihnen wieder abgeleiteten Einkommensquellen vieler städtischer Erwerbszweige sind in ihrer ganzen Existenz von den ersteren abhängig."[2] In diesem Zusammenhang ist auch die Arbeit von W. Bosch über "Die wirtschaftlichen Existenzgrundlagen der Wiesbadener Bevölkerung" zu nennen.[3] Lenort bemerkt zu dieser basic-nonbasic-Methode u.E. zu optimistisch: "Sie ist nahezu Allgemeingut der Forschung unseres Fachgebietes geworden, so daß unterstellt werden darf, die sorgfältige Prüfung der Wirtschaftsstruktur unter diesen Aspekten gehöre grundsätzlich zur Aufgabenstellung der Strukturanalyse."[4]

Das räumlich-funktionale Gliederungsprinzip kann variiert werden. Es kann auf diesem Wege in verhältnismässig einfacher Weise ein Überblick über die wesentlichen Strukturzüge einer Stadt gewonnen werden oder es lässt sich eine detaillierte Gliederung, etwa nach den Beschäftigtenzahlen herausarbeiten, schliesslich kann nach diesem Gliederungssystem auch die Wertschöpfung einer Stadt ermittelt werden. Gegenüber den Input-Output-Analysen ergibt sich hier insbesondere der Vorteil, daß auch mit vergleichsweise spärlichem statistischem Material auszukommen ist. Wesentliche Zusammenhänge, die es dort mit Hilfe eingehender Analysen zu ermitteln gibt, sind hier bereits im methodischen Ansatz enthalten. Der umfassende Charakter dieser Konzeption, wodurch sie regionalen Sozialproduktsberechnungen und Input-Output-Analysen sehr ähnlich ist, kommt auch darin zum Ausdruck, daß sie mit fast allen Methoden kommunaler Strukturanalysen Berührungspunkte aufweist.

---

1) "Beiträge zur Soziographie Münchens", bearbeitet im Wiederaufbaureferat der Landeshauptstadt München von Dr. Helmut Koenig, 1949/1950

2) ebenda S. 58

3) Gutachten des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, Mainz 1952

4) N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln und Opladen 1960, S. 97

Während der vergangenen Jahre hat sich insbesondere G. Isenberg um die methodische Weiterentwicklung und um die praktische Anwendung des räumlich-funktionalen Gliederungssystems in der Bundesrepublik bemüht. Wir wollen uns daher anhand seiner Arbeiten mit dieser Methode näher beschäftigen.
Ein grober Überblick lässt erkennen, daß angesichts der für Schwäb. Hall zur Verfügung stehenden Unterlagen, auf die wir später noch näher zu sprechen kommen werden, eine praktische Anwendung im Rahmen unserer Aufgabenstellung möglich sein dürfte. Zunächst soll die Aussagekraft dieser Methode, insbesondere im Vergleich zu den im wachsenden Maße Verbreitung findenden regionalen Sozialproduktsberechnungen, analysiert werden. Im Anschluß daran wollen wir uns kurz mit verschiedenen, für Hilfsanalysen in Frage kommenden Methoden beschäftigen. Schliesslich wird der Versuch unternommen, die Strukturanalyse der Stadt Schwäb. Hall nach dieser Konzeption durchzuführen. Dabei wird zu erproben sein, ob das verfügbare Unterlagenmaterial dazu ausreicht, um mit Hilfe der von G. Isenberg entwickelten Richtzahlen eine Berechnung der Wertschöpfung vorzunehmen oder ob wir uns mit einfacheren Berechnungen, etwa einer räumlich-funktionalen Gliederung der Beschäftigten begnügen müssen.

.52 Die fernbedarfstätigen Leistungsträger

.521 Die Zusammensetzung der fernbedarfstätigen Leistungsträger

Zu den fernbedarfstätigen Leistungsträgern sind nach dem räumlich-funktionalen Gliederungssystem die Wirtschaftszweige zu zählen, die nach Art ihrer Leistung bzw. Produktion in der Lage sind, für einen weiten Bereich tätig zu sein. Es kann hierbei nicht danach abgegrenzt werden, ob die Güter und Leistungen nun tatsächlich nach außen geliefert werden, entscheidend ist, ob sie dafür geeignet sind oder nicht. Der überregionale Charakter eines Gutes oder einer Leistung wird nicht dadurch vermindert, daß der eigene Wirtschaftsbereich mitversorgt wird, denn es wird dadurch der Bezug entsprechender Leistungen von außen entbehrlich. Diese Unterscheidung bildet den Ausgangspunkt der Methode. Sie ist notwendig, um "die Grenzen zwischen den Folgeerscheinungen, in denen sich die Struktur eines Wirtschaftsgebietes äußert und den wesentlichen Bestimmungsgründen zu ziehen." [1] Nach diesem Einteilungsmodus gehören dazu ohne Einschränkung: die Wirtschaftsgruppen der Urproduktion und der Verarbeitung: der Bergbau, die Land- und Forstwirtschaft, die Industrie und das sonstige Gewerbe, soweit es für den Fernbereich liefert. Zu den fernbedarfstätigen Leistungen der Industrie

1) G. Isenberg: "Die Existenzgrundlagen von Heidelberg", Gutachten erstattet im Auftrag der Stadt Heidelberg, 1955, S. 9

sind auch diejenigen Vorleistungen z.B. von Handwerksbetrieben zu rechnen, die direkt in das Produkt eingehen. Diese sind dann als Bestandteil der fernbedarfsorientierten Industrieproduktion zu werten. Will man die Wertschöpfung der Wirtschaft einer Stadt unter dem Gesichtspunkt der Fernbedarfstätigkeit quantifizieren, so müssen dabei die Vorleistungen von Unternehmungen aus anderen Gebieten berücksichtigt werden. Es darf also nicht am Brutto-Wert bzw. -Umsatz angesetzt werden, sondern es kommt hier auf den Netto-Betrag an, der nach Abzug der Aufwendungen für die aus anderen Gebieten stammenden ferntransportablen Vorleistungen verbleibt. In der Terminologie des Außenhandels könnte man dies auch als Nettozufluß von Devisen bezeichnen.

Die Problemstellung, der wir uns hier gegenübersehen, die Einkommenswirkung der verschiedenen fernbedarfstätigen Unternehmen einer Stadt für die Einwohnerschaft dieser Stadt insgesamt zu ermitteln, kann auch in Einzelanalysen für die betreffenden Firmen zerlegt werden, aus denen nachher das Gesamtergebnis zusammengesetzt wird. Sofern die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung stehen, können bei einem solchen Vorgehen die Wechselbeziehungen viel genauer untersucht werden als bei einer zusammengefassten Betrachtung der verschiedenen fernbedarfstätigen Wirtschaftszweige. Dieser Weg ist für uns jedoch nicht gangbar, da die materiellen Voraussetzungen fehlen. Trotzdem wollen wir uns aber mit dem methodischen Ansatz beschäftigen, da auf diese Weise wesentliche Zusammenhänge, die für die quantitativen Ermittlungen von Bedeutung sind, theoretisch geklärt werden können. Als Ausgangspunkt der Überlegungen erscheint es zweckmäßig, vereinfachend zwischen dem Wirtschaftskreislauf der Stadt und dem Kreislauf der betreffenden Unternehmung zu unterscheiden. B.Barfod hat in einer Untersuchung über "Örtliche wirtschaftliche Auswirkungen einer großräumigen industriellen Unternehmung" am Beispiel der Aarhus Oliefabrik (Dänemark) darauf aufbauend eine Methode zur quantitaviten Ermittlung der Wechselbeziehungen zwischen beiden Bereichen entwickelt.[1] Das Gesamteinkommen aller Einwohner einer Stadt bezeichnet er als Lokaleinkommen (E). Die Summe der Nettoeinkünfte, die direkt oder indirekt aus dieser Firma den Einwohnern der Stadt zufließen, wird mit (e) bezeichnet. Die Wirkung der von der Firma stammenden Einkünfte für die Bevölkerung der Stadt kann dann wie folgt angegeben werden: $x = \frac{e}{E}$

1) B.Barfod:" Örtliche wirtschaftliche Auswirkungen einer großräumigen industriellen Unternehmung", Veröffentlicht durch: The Economic Research Department of Aarhus Oliefabrik A/S, Dänemark.

Die weitestgehenden Angaben, die von einer Firma bezogen werden können, sind eine räumliche Aufgliederung sämtlicher Zahlungen eines bestimmten Zeitraumes. In dem vorliegenden Beispiel standen die entsprechenden Zahlen für die Stadt Aarhus gesondert zur Verfügung. Die örtlichen Zahlungen (u), auf die es hier ankommt, konnten in drei Gruppen eingeteilt werden: Gehälter (s), Löhne (w), sonstige Zahlungen (v). Daraus ergibt sich: $u = s + w + v$. Aus diesem Betrag ist nun zu ermitteln, was davon für die Bevölkerung der Stadt auf direkte oder indirekte Weise einkommenswirksam wird. Eine Reihe von Faktoren bewirken nämlich, daß die der städtischen Bevölkerung tatsächlich zufliessenden Nettoeinkünfte zum Teil größer oder kleiner als die ursprünglichen örtlichen Zahlungen sind, je nachdem, wohin die Beträge weiterfliessen. Sehr unterschiedlich sind auch die Auswirkungen einer Veränderung des Beschäftigtenstandes einer Firma auf das Gesamteinkommen der Einwohner einer Stadt. Entscheidend dafür ist, was und wo die betreffenden Arbeitnehmer vorher bzw. nachher arbeiteten. Erfolgt die Entlassung der Beschäftigten, so verringert sich die Lohnsumme um einen bestimmten Betrag und das Gesamteinkommen der städtischen Bevölkerung wird sich dann in gleicher Weise vermindern, wenn diese Arbeitskräfte wegziehen bzw. arbeitslos werden. Im letzteren Fall erfolgt ein Rückgang der Gesamteinkünfte aber nur um die Differenz gegenüber der Höhe der Arbeitslosenunterstützung, sofern diese von außerhalb bezogen wird. Das Gesamteinkommen der städtischen Bevölkerung wird sich dagegen nicht verändern, wenn diese Arbeitskräfte in einen anderen Betrieb der Stadt überwechseln und dort dieselbe Zahlung erhalten. Ähnliches gilt in symetrischer Weise, wenn die Zahl der Beschäftigten einer Unternehmung erhöht wird. Bei den Zahlungen an ortsansässige Zulieferer (v) hängt die örtliche Einkommenswirkung davon ab, wie hoch die Wertschöpfung dieser Betriebe ist, welche Nettoverdienste dabei entstehen und wohin sie fliessen. Ein entsprechender Koeffizient kann nur durch Zusammenfassung der jeweiligen Einzelkoeffizienten mit Hilfe von Schätzungen ermittelt werden. Bezeichnet man die Koeffizienten für die örtlichen Gehalts-, Lohn- und sonstigen Zahlungen mit α, β und γ, so kann das aus den örtlichen Zahlungen einer Firma resultierende primäre Elementareinkommen nach der Darstellung von B.Barfod wie folgt umschrieben werden:

$$p = \alpha \cdot s + \beta \cdot w + \gamma \cdot v \qquad 1)$$

---

1) B.Barfod:"Örtliche wirtschaftliche Auswirkungen einer großräumigen industriellen Unternehmung", Veröffentlicht durch: The Economic Research Department of Aarhus Oliefabrik A/S, Dänemark, S.10

1.522 Die Ferndienstleistungen und die Probleme ihrer Abgrenzung

In vielen Gebieten setzen sich die Leistungen der Fernbedarfstätigen fast ausschließlich aus der Erzeugung der Landwirtschaft und der Industrie einschliesslich eines Teils des Handwerks und Gewerbes zusammen. In den Städten spielen aber auch die sogenannten Ferndienstleistungen eine erhebliche Rolle. Es handelt sich hierbei vor allem um Einnahmen aus dem Geschäfts- und Durchgangsverkehr sowie aus dem Fremdenverkehr; ferner um Verkehrsbetriebe, die für einen größeren Bereich tätig sind, um kulturelle Einrichtungen von überregionaler Bedeutung, um Behörden, Institutionen des Gesundheitswesens und private Unternehmen des Handels und des Geld-, Bank- und Versicherungswesens, deren Tätigkeitsbereich über die Stadt hinausreicht, ebenso auch um Einrichtungen der alliierten bzw. deutschen Streitkräfte.

Der Dienstleistungsbereich muß also im Rahmen einer räumlich-funktionalen Analyse in fern- und nahbedarfstätige Leistungsträger aufgegliedert werden, d.h. in solche, die selbst Einnahmen schaffen für die Stadt und in diejenigen, die in ihrer Tätigkeit davon abhängig sind, was über die fernbedarfstätigen Wirtschaftsgruppen an Einnahmen in die Stadt hereinströmt. Es sind jeweils verhältnismässig viele Arbeitskräfte im Dienstleistungsbereich tätig. Die Aufgliederung in Fern- und Nahbedarfstätige zeigt nun die unterschiedliche Bedeutung der verschiedenen Dienstleistungsträger für den materiellen Wohlstand einer Stadt. Die einen ziehen Einnahmen von außen heran, die anderen werden davon für ihre Leistungen bezahlt. Es wird dadurch ersichtlich, daß ein umfangreicher Dienstleistungsbereich nicht ohne weiteres als strukturbestimmend angesehen werden kann, sondern daß ein großer Teil davon von den fernbedarfstätigen Wirtschaftsbereichen abhängig ist. das bedeutet na-

-türlich nicht, daß die nahbedarfstätigen Dienstleistungen für das Leben in einer Stadt nicht sehr wichtig wären. Eine solche Unterteilung des Dienstleistungsbereichs wirft vielerlei Probleme auf. So kommt es vor allem auf eine exakte Abgrenzung des Untersuchungsraumes an. Gehen wir bei einer Stadt von der Gemarkungsgrenze aus, dann sind alle Leistungen die darüber hinausreichen, von der Stadt her gesehen, fernbedarfstätig. Der Umfang dieser Ferndienstleistungen hängt einmal davon ab, was die Stadt an derartigen Institutionen und Unternehmen besitzt, zum andern davon, welchen Einzugsbereich diese aufweisen bzw. in wieweit sie dabei in Konkurrenz stehen mit ähnlichen Einrichtungen anderer Städte oder Gemeinden und schliesslich, welche Verhältnisse das zum Einflußbereich gehörige Umland aufweist. Daraus ergibt sich, daß eine wirtschaftliche Analyse des Umlandes und insbesondere eine Untersuchung der Stadt-Umland-Verflechtung als Vorarbeiten durchgeführt werden müssen. Angesichts dieser vielfältigen Zusammenhänge werden wir die Frage der Aufgliederung des Dienstleistungsbereichs im Zusammenhang mit der räumlichen Abgrenzung in einem besonderen Abschnitt erörtern.[1)]

1.523 Die Steigerung der Existenzgrundlagen durch Geldströme, die von außen zufliessen.

Ein weiterer Faktor, der im Hinblick auf seine Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation einer Stadt den fernbedarfstätigen Wirtschaftszweigen entspricht, sind die Einkommensströme, die Einwohnern der Stadt von außen zufliessen, so insbesondere die Einkünfte von Auspendlern, die Dividenden und Zinsen von Kapitalbesitzern und schliesslich Pensionen, Renten, Unterstützungen etc. In gleicher Weise sind auch die Zahlungen zu betrachten, welche die Stadt im Rahmen des Finanzausgleichs erhält. Diese Vorgänge spielen im grösseren Rahmen einer Volkswirtschaft kaum eine Rolle, da sie sich dort weitgehend ausgleichen. Bei der Analyse kleinerer Wirtschaftsräume zeigen sich hierbei jedoch oft beträchtliche Unterschiede. Die Zinsen und Dividenden fliessen nur in die Orte, wo die entsprechenden Bevölkerungskreise wohnen, ebenso kommen die Renten- und Pensionszahlungen den jeweiligen Wohnorten dieser Personengruppen zugute, und die Finanzzuweisungen, die die einzelnen Orte erhalten, sind verschieden groß. Gleichzeitig werden aber auch in den meisten Orten Zinsen und Dividenden erwirtschaftet, Sozialversicherungsbeiträge etc. gezahlt und Steuern aufgebracht. Entscheidend dabei ist jeweils der Saldo, d.h. die Differenz zwischen den einströmenden und den ausströmenden Beträgen. Dies hängt u.a. vom Pendler-Saldo und von der Sozialstruktur der Bevölkerung einer Stadt ab.

1) Vgl. dazu Abschnitt 1.7

1.53 Die nahbedarfstätigen Leistungsträger

1.531 Die Zusammensetzung der nahbedarfstätigen Leistungsträger

Zu den Nahbedarfstätigen rechnen nach dem System der räumlich-funktionalen Analyse grundsätzlich alle die Leistungsträger, die ihre Güter und Dienstleistungen nur auf geringe Entfernungen darbringen können. Es sind dies vor allem der Einzelhandel, die Dienstleistungsberufe, die Darbietung von Wohnungen, das Handwerk und das Baugewerbe, soweit sie nicht direkt oder indirekt durch Leistungen an die Industrie etc. fernbedarfstätig sind; ferner die Behörden und Institutionen von lokaler Bedeutung. Wie bereits im vorhergehenden Abschnitt bei der Erörterung der Ferndienstleistungen zum Ausdruck kam, ist die Abgrenzung des Untersuchungsraumes für die jeweilige Zuordnung sehr wesentlich. Betrachten wir nur eine Stadt, so sind z.B. die Behörden, die für das Umland tätig sind, als fernbedarfstätig zu betrachten. Fassen wir jedoch die Stadt ohne Umland bei einer solchen Betrachtung zusammen, so erscheinen dieselben Behörden als nahbedarfstätig, da ihre Leistungen über die Grenzen des Untersuchungsgebietes nicht hinausreichen.

Die verschiedenen nahbedarfstätigen Leistungsträger werden von einer Grenzziehung je nachdem betroffen, wie groß ihr Absatzbereich ist. Bestimmte Gruppen wie z.B. der Nahrungsmittel-Einzelhandel und ähnliche, die nur einen räumlich eng begrenzten Tätigkeitsbereich aufweisen, zählen dabei stets zu den Nahbedarfstätigen.

1.532 Die Abhängigkeit der nahbedarfstätigen von den fernbedarfstätigen Leistungsträgern.

Die nahbedarfstätigen Wirtschaftsbereiche müssen überall vertreten sein, wo Menschen wohnen. Sie können aber nur insoweit wirtschaftlich tätig werden und Absatz finden, wie Einnahmen durch die fernbedarfstätigen Wirtschaftsbereiche und über den Nettozufluß in die Stadt hereinströmen. "Ohne den äußeren Zufluß würden die Erwerbsquellen der Nahbedarfstätigen alsbald austrocknen, etwa aufgrund der Stillegung des führenden Industriebetriebes."[1] Dies zeigte sich sehr deutlich während der Weltwirtschaftskrise in monoindustriellen sächsischen Industrieorten.

1.533 Folgerungen für den Ansatz von Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft einer Stadt.

Aus diesen Überlegungen heraus lassen sich auch Schlüsse ziehen hinsichtlich des Ansatzes einer regionalen Wirtschaftsförderung. Die Wirtschaftskraft

1) G. Isenberg: "Die Existenzgrundlagen von Heidelberg", S. 10, Gutachten erstattet im Auftrag der Stadt Heidelberg, 1955

schwach entwickelter Städte oder Gebiete kann nur gehoben werden durch eine Förderung ihrer fernbedarfstätigen Wirtschaftsbereiche wie z.B. der Industrie und des Fremdenverkehrs, denn dadurch werden die Austauschmöglichkeiten im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf verbessert. Auch die Erwerbsgrundlagen der Nahbedarfstätigen werden auf diese Weise erhöht. Der umgekehrte Weg einer Förderung der Nahbedarfstätigen kann jedoch nicht beschritten werden. Damit würden lediglich Kapazitätserweiterungen durchgeführt, ohne daß sich aber die entsprechenden Erwerbsgrundlagen gleichzeitig erhöhten.

1.54 Faktoren, die den Verwendungseffekt der aus fernbedarfstätigen Wirtschaftsbereichen entstandenen Einkünfte für die Nahbedarfstätigen einer Stadt bestimmen.

Das Ausmaß, in dem die aus fernbedarfstätigen Wirtschaftsbereichen entstandenen Einkünfte im Wirtschaftskreislauf einer Stadt bleiben und den nahbedarfstätigen Wirtschaftszweigen zugute kommen, hängt vor allem von folgenden Faktoren ab:

1.541 Die Ausstattung einer Stadt mit nahbedarfstätigen Leistungsträgern

Die Ausstattung mit nahbedarfstätigen Einrichtungen bildet einen Faktor, der den Grad der Auswertung des durch die fundamentalen Leistungen gezogenen Rahmens innerhalb einer Stadt wesentlich bestimmt. Wie bereits dargelegt wurde, hängt bei den zentralen Dienstleistungen die Abgrenzung zwischen Nah- und Fernbedarfstätigen weitgehend von der räumlichen Ausdehnung des Untersuchungsgebietes ab. Eine genaue Aufgliederung läßt sich erst anhand konkreter Einzeluntersuchungen vornehmen. Im Rahmen dieser grundsätzlichen Überlegungen können wir davon ausgehen, daß eine Stadt mit zentralen Diensten ausgestattet ist, die einen grösseren Bereich versorgen und damit einen fernbedarfstätigen Charakter tragen. Umgekehrt werden diese Einrichtungen aber auch von der Bevölkerung der Stadt wahrgenommen, sie üben also gleichzeitig eine nahbedarfstätige Funktion aus. Je mehr die Träger von zentralen Funktionen innerhalb einer Stadt vertreten sind, ein desto grösserer Teil der Einkünfte findet hier Verwendung und desto höher ist damit die innerstädtische Verwendungsquote.

Die zentralen Dienste stehen in einer gewissen Hierarchie. Je häufiger sie beansprucht werden, desto enger ist ihr Einzugsbereich und desto gleichmässiger sind sie verbreitet. Je spezialisierter dagegen die Dienste sind und je seltener sie beansprucht werden, desto grösser muß ihr Einzugsbereich sein. Für eine Stadt ist es deshalb auch sehr wichtig, über spezialisierte zentrale Dienste zu verfügen.

1.542 Der Ab- oder Zufluß von Einkünften

Von erheblicher Bedeutung für die Verdienste der Nahbedarfstätigen ist auch, wie bereits in Abschnitt 1.523 angedeutet wurde, das Ab- oder Zuströmen von Einkünften. Beide Vorgänge stehen in engem Zusammenhang mit den Eigentumsverhältnissen. Je mehr die wirtschaftlichen Einrichtungen einer Stadt in den Händen der eigenen Bewohner sind, desto weniger wird von außen abgeschöpft und umgekehrt, je größer der Überfremdungsgrad ist, desto weniger kommt vom Unternehmensgewinn etc. der örtlichen Wirtschaft zugute. Die Abschöpfungen können in ihren Auswirkungen dadurch gemildert werden, daß ein großer Teil der Erträge wieder innerhalb der Stadt investiert wird, etwa bei Neubauten. Das sind aber nur Prozesse, die auf Zeit wirksam sind, auf die Dauer ist es für eine Stadt wertvoll, wenn über die Eigentums- und Besitzverhältnisse keine Einnahmen abströmen.

1.543 Die Art der Einkommensverwendung (die Verhaltensweise der Bevölkerung)

Ein weiteres Moment, das maßgebend ist für den Erwerbsspielraum der Nahbedarfstätigen, ist die Art der Einkommensverwendung der am Ort ansässigen Bevölkerung. Es spielt dabei eine Rolle, ob z.B. eine besondere Neigung besteht, das Geld auswärts auszugeben, indem etwa auswärtige Großstädte beim Einkauf bevorzugt werden u.ä.-

1.544 Der Verwendungseffekt der von fernbedarfstätigen Leistungsträgern herrührenden Einkünfte für die Nahbedarfstätigen.

Schliesslich ist die Frage zu erörtern, wie groß der Anteil ist, der aus der Verwendung der von fernbedarfstätigen Leistungsträgern herrührenden Einkünfte an den Nahbedarfstätigen hängen bleibt. Ausgangspunkt ist die Nettoleistung der Fernbedarfstätigen, also nach Abzug der von außen stammenden Vorleistungen. Den Anteil, der aus der Verwendung von Einkommen aus dem Bereich der Fernbedarfstätigen den Nahbedarfstätigen zugute kommt, bezeichnet G. Isenberg als "innergebietliche Verwendungsquote". Es bedarf besonderer Strukturuntersuchungen, um eine solche Verwendungsquote für eine Stadt berechnen zu können. Gehen wir von einer innergebietlichen Verwendungsquote von 45 % aus, so lassen sich die Auswirkungen auf die nahbedarfstätigen Wirtschaftsbereiche folgendermaßen darstellen: Aus der Verwendung eines Einkommens von 100 DM fliessen in der ersten Ausgabephase DM 45.- den Nahbedarfstätigen zu. Das ist jedoch nicht der Gesamtverdienst der Nahbedarfstätigen. Ihr Verdienst wird weiterverwendet und erbringt ihnen erneut Einkünfte. Wir gehen hierbei ebenfalls von einer innergebietlichen Verwendungsquote von 45 % aus; d.h. durch die Weiterverausgabung der in der erstenPhase

erzielten Einnahme von 45 DM durch Waren- oder Betriebsmitteleinkauf, Auszahlung von Löhnen und Gehältern, Zinsen, Steuern, Mieten etc. entstehen in der zweiten Ausgabephase den Nahbedarfstätigen abermals Einkünfte in Höhe von 45% der verausgabten Beträge. Es entsteht ein Multiplikatoreffekt! Verfolgen wir zunächst die multiplikative Wirkung der Verausgabung eines Verdienstes aus dem Bereich der Ferndienstleistungen von 100 DM.:

Verausgabung des Verdienstes	Einkünfte der Nahbedarfstätigen nach der 1.Ausgabephase	nach der 2. Phase	- 3. Phase	- 4. Phase	- 5. Phase
100 DM	45 DM	20,25	9,11	4,1	1,84

Die zusätzlichen Einkünfte der Nahbedarfstätigen werden nach jeder Ausgabephase relativ kleiner.

Die Verausgabung von Verdiensten aus Fernbedarfstätigkeit geschieht in der Realität fortwährend. Gehen wir der Einfachheit halber davon aus, daß die Phasen bei der Verausgabung in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen übereinstimmen, so läßt sich dies vereinfacht folgendermaßen darstellen:

						Gesamteinkünfte der Nahbedarfstätigen
1. Ausg.phase:	45					45,--
2. " "	45	20,25				65,25
3. " "	45	20,25	9,11			74,36
4. " "	45	20,25	9,11	4,1		78,46
5. " "	45	20,25	9,11	4,1	1,84	80,30

In jeder Umschlagperiode nehmen die Einkommen der Nahbedarfstätigen degressiv zu, bis ein neues Gleichgewichtseinkommen erreicht ist. Dies ist theoretisch nach unendlich vielen, praktisch nach wenigen Perioden der Fall. Algebraisch läßt sich die multiplikative Wirkung der Verausgabung fernbedarfstätiger Verdienste auf die Nahbedarfstätigen folgendermaßen darstellen:

Der Multiplikator K ist in seiner allgemeinen wirtschaftstheoretischen Verwendungsweise = dem reziproken Wert der marginalen Sparquote:

$$K = \frac{1}{1 - \frac{dC}{dE}} = \frac{1}{\frac{dS}{dE}}$$

in unserem Fall der reziproke Wert der Differenz zwischen dem Einkommen der Fernbedarfstätigen und dem daraus den Nahbedarfstätigen zufließenden Einkünften. Da die expansive Wirkung für die Nahbedarfstätigen erst bei der Verausgabung der fernbedarfstätigen Einkommen entsteht, (nicht bereits bei der Entstehung dieser Einkommen, wie bei der konjunkturtheoretischen Betrachtungsweise), ist er mit der innergebietlichen

Verwendungsquote der fernbedarfstätigen Einkommen (=45%) zu multiplizieren. Der Gesamt-Einkommeneffekt der Nahbedarfstätigen läßt sich dann berechnen:

$$e_D = q_1 \cdot \frac{1}{(1 - q_2)} = \frac{q_1}{(1 - q_2)} = \frac{45}{1 - 0{,}45} = 0{,}8181$$

(q_1 = innergebietliche Verwendungsquote der fernbedarfstät.Einkommen)

(q_2 = innergebietliche Verwendungsquote bei der weiteren Verausgabung durch die Nahbedarfstätigen etc.)

Der innergebietliche Verwendungseffekt und damit der Einkommeneffekt der Nahbedarfstätigen beträgt also insgesamt rd. 82%. Diese Berechnung zeigt, warum die nahbedarfstätigen Wirtschaftsbereiche einen erheblichen Umfang aufweisen. Bei steigendem Wohlstand wird dieser Anteil noch wachsen.[2)]

Wenn es gelingt, die Größenordnung der innergebietlichen Verwendungsquote hinreichend genau zu ermitteln, hat man ein Instrument geschaffen, mit dessen Hilfe der Verdienst, der den Nahbedarfstätigen durch die Verausgabung von Einkommen aus dem Bereich der Fernbedarfstätigen zufließt, in etwa ermittelt werden kann.

Wie die nahbedarfstätigen Wirtschaftszweige, so sind auch die Gemeindefinanzen in erster Linie von den Fernbedarfstätigen abhängig. Befindet sich z.B. die Industrie eines Ortes in einer guten Ertragslage, so kommt diese auch den Nahbedarfstätigen zugute. Von beiden Wirtschaftsbereichen erhält die Gemeinde Steuern, deren Aufkommen von der jeweiligen Wirtschaftslage abhängt. Erleiden z.B. die fernbedarfstätigen Wirtschaftsbereiche einen Rückschlag, dann wirkt sich dies auf die Nahbedarfstätigen aus und das Steueraufkommen beider Gruppen geht zurück.

1.55 Räumlich-funktionale Gliederung und fachliche Gliederung

1.551 Zweiteilung der Wirtschaftsbereiche als Grundlage einer räumlich-funktionalen Analyse

Nach den Gedankengängen der räumlich-funktionalen Analyse, wie wir sie in den vorhergehenden Abschnitten dargelegt haben, entstehen die Leistungen der Nahbedarfstätigen bei der Verwendung der aus fernbedarfstätigen Wirtschaftsbereichen stammenden Einkünfte. Inwieweit diese Einkünfte den Nahbedarfstätigen zugute kommen, hängt, wie gezeigt wurde, von verschiedenen Faktoren ab. "Man kann also von zwei Verwendungsquoten sprechen. Von einer für Fernleistungen und von einer für sonstige Leistungen." [1)]

---

1) G.Isenberg:"Die Existenzgrundlagen der Stadt", vervielfält.Manuskript, Köln 1957, S.21

2) Vgl. dazu B.Barfod:"Örtliche wirtschftl.Auswirkungen einer großräumigen industriellen Unternehmung", veröffentl.durch: The Economic Research Department of Aarhus Oliefabrik A/S Dänemark (ohne Jahreszahl)

Dieses System der räumlich-funktionalen Analyse beinhaltet eine Zweiteilung, die sich auch folgendermaßen ausdrücken lässt:
Die Fernbedarfstätigen entsprechen unter räumlichen Gesichtspunkten dem Leistungsbereich einer Stadt, denn es werden nach außen Leistungen erbracht. Die Nahbedarfstätigen entsprechen in diesem Rahmen dem Verwendungsbereich, hier werden die durch Leistungen nach außen erzielten Einnahmen teilweise zur Versorgung mit ortsgebundenen Leistungen verwendet.

1.552 Gliederung der Wirtschaftsbereiche nach den Auswirkungen des technischen Fortschritts durch Fourastié

Im Verlauf der vergangenen Jahre haben die Bezeichnungen primär, sekundär, tertiär im Rahmen eines von Fourastié entwickelten fachlichen Gliederungssystems in zunehmendem Maße an Bedeutung gewonnen.[1] Fourastié geht dabei von den Auswirkungen des technischen Fortschrittes und der Produktivitätssteigerung auf die verschiedenen Wirtschaftszweige aus. "Indessen ist der technische Fortschritt nicht in allen Produktionszweigen gleich stark; meiner Meinung nach kennzeichnet diese Verschiedenheit in erster Linie die Struktur der modernen Wirtschaft. Sie zwingt zu einer Aufteilung der gesamten Volkswirtschaft in grundlegend verschiedenartige Sektoren mit verschieden starkem technischen Fortschritt."[2] Er bezeichnet dementsprechend als primäre Zweige alle diejenigen, mit mittelmässigem technischen Fortschritt, insbesondere die Landwirtschaft, als sekundäre Wirtschaftszweige diejenigen, mit starkem technischen Fortschritt, insbesondere die Industrie und als tertiäre die Bereiche mit einem geringen technischen Fortschritt, so vor allem den Handel, die Verwaltung, freie Berufe, Dienstleistungsberufe etc.[3] Fourastié kennzeichnet diese Gruppen gleichzeitig auch nach den Absatzmöglichkeiten: "Sättigung des Verbrauchs tritt zuerst bei den primären Gütern ein, später bei den sekundären, Hingegen bleibt die Erzeugung der tertiären Güter, die nicht vom technischen Fortschritt profitieren, immer so gering, daß keinerlei Erscheinungen der Verbauchssättigung zu befürchten sind: die Nachfrage immer breiterer Volksschichten nach tertiären Gütern und Dienstleistungen nimmt unaufhörlich zu."[4] Im Gegensatz zum

---

1) "Diese Aufteilung der wirtschaftlichen Tätigkeiten und Erzeugungen in drei Sektoren (primär, sekundär, tertiär) hat in den letzten Jahren große Verbreitung gefunden ... Diese Terminologie ist damit auf dem besten Wege, in den Sozialwissenschaften klassisch zu werden."
J. Fourastié: "Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts", Köln-Deutz 1954, S. 30/31
2) ebenda S. 30
3) ebenda S. 30
4) ebenda S. 32
G. Isenberg hat bereits 1932 in anderem Zusammenhang eine solche Aufgliederung der Wirtschaft in drei Bereiche nach den Absatzmöglichkeiten bei wachsendem Wohlstand vorgenommen. Vgl. dazu G. Isenberg: "... Die Produktionsbedingungen als Bestimmungsgrund für die internationalen Unterschiede des Lohn- u. Preisniveaus", Tübinger wirtsch.wiss.Abhandl. 3. Folge, Stuttgart 1933

System der räumlich-funktionalen Analyse, bei dem es darum geht, die Wirtschaftszweige nach ihrer räumlichen Wirkungsweise zu gliedern, um die Auswirkungen gesamtwirtschaftlicher Vorgänge auf die Wirtschaft einer Stadt in den Griff zu bekommen, zielen die Überlegungen Fourastiés auf die gesamtwirtschaftlichen Strukturveränderungen im Zuge der weiteren Wohlstandssteigerung ab. Die Dreiteilung erscheint dabei nicht zwangsläufig aus der Problemstellung zu erwachsen, es liesse sich nach den von Fourastié verwendeten Merkmalen auch eine stärkere Differenzierung vornehmen. Für die Beurteilung der Wirtschaftsstruktur einer Stadt und ihrer Entwicklungsaussichten sind diese Untersuchungen als Ergänzung zu räumlich-funktionalen Analysen von grossem Wert. Wir werden bei der Erörterung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten von Schwäb. Hall darauf zurückkommen.

1.553 Fundamentale und derivative Wirtschaftsbereiche als Bezeichnungen einer räumlich-funktionalen Gliederung.

Gegenüber diesen fachlich-funktionalen Gliederungen weist das System der räumlich-funktionalen Analyse eine zwingende Zweiteilung auf. G. Isenberg hat dabei zunächst dieselben Begriffe verwendet und die Fernbedarfstätigen als Primäre, die Nahbedarfstätigen als Sekundäre bezeichnet. Da sich mehr und mehr, insbesondere auch unter dem Einfluß des Werkes von Fourastie die Bezeichnungen primär - sekundär - tertiär für eine Dreiteilung nach der fachlichen Stufung eingebürgert haben, wurden zur begrifflichen Abgrenzung und insbesondere um Verwechslungen auszuschliessen, für die räumlich-funktionale Analyse erstmals im Rahmen der Untersuchungen für das Oberrheingebiet andere Bezeichnungen eingeführt. Es werden jetzt die fernbedarfstätigen Leistungsträger statt primär wie bisher als fundamental (=Grundlage bildend) und die nahbedarfstätigen Leistungsträger statt sekundär als derivativ (= abgeleitet) bezeichnet.

Um begriffliche Unklarheiten zu vermeiden, wurde für die Summe der nach räumlich-funktionalen Gesichtspunkten berechneten Wertschöpfung die Bezeichnung "räumliche Wertschöpfung" gewählt.

1.56 Die besonderen Aussagemöglichkeiten einer räumlich-funktionalen Analyse

1.561 Die gegenseitige Ersetzbarkeit fundamentaler Wirtschaftsgruppen

Bei der Erörterung des Systems der räumlich-funktionalen Analyse, wurde bereits gezeigt, daß der fundamentale Wirtschaftsbereich von großer Wichtigkeit für die Wirtschaftskraft einer Stadt ist. Aus den Grundgedanken dieses Systems geht weiter hervor, daß die verschiedenen Gruppen des fun-

-damentalen Bereiche einander ersetzen können,d.h.daß der Mangel,der wegen einer schwach entwickelten fundamentalen Gruppe besteht,durch eine andere, stärker entwickelte Gruppe ausgeglichen werden kann. So spielt z.B. die Landwirtschaft in einer Stadt nur eine geringe Rolle. Ihre Einbeziehung in den fundamentalen Wirtschaftsbereich besagt nicht, daß die Landwirtschaft eine fundamentale Voraussetzung des Wohlstandes einer Stadt sei.Ein Gebiet mit komparativen Kostenvorteilen im industriellen Sektor kann unter ökonomischen Gesichtspunkten ohne weiteres auf eine eigene Landwirtschaft verzichten und agrarische Erzeugnisse einführen.Dies gilt erst recht für eine Stadt. Durch die volle Ausschöpfung der höheren industriellen Produktivität kann der Wohlstand sogar noch höher steigen. Die Möglichkeit der Austauschbarkeit gilt grundsätzlich auch zwischen der Industrie und den Ferndienstleistungen. Wichtig dabei ist, daß bestimmte Zweige der Industrie oder der Ferndienstleistungen, die z.B. durch strukturelle Veränderungen zurückgehen, durch andere ersetzt werden, damit die wirtschaftliche Leistungskraft der Stadt erhalten bleibt bzw. steigt. Wird z.B. der führende Industriezweig einer weitgehend monoindustrielle ausgerichteten Stadt von einer strukturellen Krise betroffen, so hängt die wirtschaftliche Situation der Stadt davon ab, in wieweit ein Ersatz durch andere Industriezweige bzw. durch eine stärkere Entwicklung des Ferndienstleistungsbereichs geschaffen werden kann. Eine ähnliche Situation ergibt sich, wenn z.B. eine Verwaltungs- oder Militär-Stadt durch politische Veränderungen diese Institutionen verliert. In begrenztem Rahmen ist auch eine Austauschbarkeit der fundamentalen Wirtschaftsgruppen durch Zufluß von Einkommen (im Sinne des Nettozuflusses) möglich. Es gibt Auspendler-Gemeinden, sog. "Schlaf-Gemeinden", bei denen der Nettozufluß die übrigen fundamentalen Einnahmen überwiegt. Es handelt sich dabei aber meist um Orte, die im engeren Einzugsbereich einer Großstadt liegen und deren wirtschaftliche Situation nur im Zusammenhang mit dieser Großstadt gesehen werden kann. In einer selbständigen Stadt ist der Nettozufluß gegenüber den Einnahmen aus der Industrie und den Ferndientsleistungen jeweils von untergeordneter Bedeutung.

1.562 Die Forderung nach Vielseitigkeit

Diese Überlegungen zeigen, daß eine vielseitige Struktur der fundamentalen Wirtschaftsbereiche sehr wesentlich ist. Auch im Hinblick auf konjunkturelle Schwankungen ist eine Vielseitigkeit innerhalb der fundamentalen Wirtschaftsbereiche anzustreben. Der Dienstleistungsbereich ist seiner Tätigkeit entsprechend an jedem grösseren Ort verhältnismässig vielseitig

vertreten. Diese Vielseitigkeit ist jedoch im Hinblick auf eine Krisenfestigkeit ohne Bedeutung, da sie derivativen Charakter trägt. Durch eine räumlich-funktionale Analyse können wir den Dienstleistungsbereich entsprechend aufgliedern. Darin liegt gegenüber der fachlichen Gliederung eine wesentliche Erweiterung der Möglichkeiten, die Wirtschaft einer Stadt zu analysieren und zu beurteilen.

1.57 Ergebnisse der Berechnungen der räumlichen Wertschöpfung und der regionalen Sozialproduktsberechnungen.

1.571 Vergleich mit den Berechnungen des Netto-Sozialprodukts

Die Gliederung des Sozialprodukts ist aus der Systematik der Arbeitsstättenzählung abgeleitet worden. Sie geschieht also nach fachlich-funktionalen Gesichtspunkten entsprechend der produktionstechnischen Zusammenhänge. Die in den vorhergehenden Abschnitten dargestellten Unterschiede zwischen der fachlich- und der räumlich-funktionalen Stufung gelten hier also in vollem Maße.

Bei der Berechnung der "räumlichen Wertschöpfung" werden die Einnahmen der fundamentalen und derivativen Wirtschaftsbereiche erfasst und zwar als Netto-Einnahmen unter Abzug der Vorleistungen anderer Wirtschaftsbereiche. "Hier wird jedoch anstelle der Bezeichnung "Einkommen" die Bezeichnung "Einnahmen"gewählt, um zum Ausdruck zu bringen, daß der Weg der Berechnung ein anderer sein muß als der beim Sozialprodukt".[1] Die Berechnung der räumlichen Wertschöpfung kann nicht in das Schema der von makroökonomischen Kreislaufmodellen abgeleiteten Gesamtberechnungen nach der Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsseite eingeordnet werden. Der Ausgangspunkt ist hier die räumliche Verflechtung innerhalb einer Volkswirtschaft. Die Zusammenfassung aller fundamentalen und derivativen Einnahmen entspricht etwa dem Volkseinkommen einer Stadt i.S. des Netto-Sozialprodukts zu Marktpreisen, wenn die indirekten Steuern und Subventionen mit enthalten sind. Es läßt sich auch die räumliche Wertschöpfung i.S. des Brutto-Sozialprodukts berechnen, wenn die dementsprechenden Verwendungsquoten ermittelt werden können. Da die Berechnung der räumlichen Wertschöpfung also nicht i.S. der Entstehungsrechnung des Sozialprodukts zu verstehen ist, wäre es begrifflich klarer, hier von einer "räumlich-funktionalen Einnahmenberechnung" zu sprechen.

In dem folgenden Schaubild wurde der Versuch unternommen, die wesentlichen Unterschiede zwischen der Berechnung der räumlichen Wertschöpfung und des

1) G. Isenberg: "Die Existenzgrundlagen der Stadt," Köln 1957, vervielfält. Manuskript, S. 16

Vergleichende Gegenüberstellung der fachlichen Gliederung (Sozialproduktberechnung) und der räumlich-funktionalen Gliederung (räumliche Wertschöpfung).

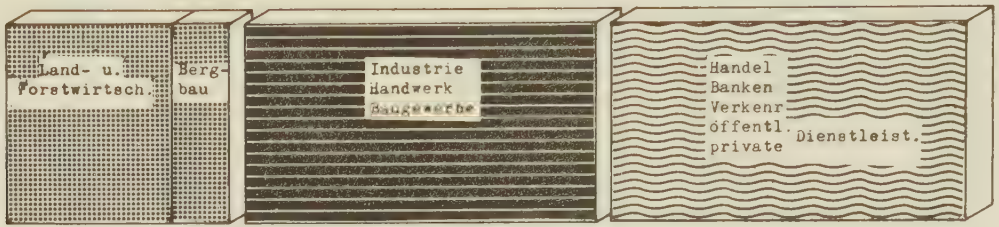
primärer W.bereich
- Urproduktion -

sekundärer W.bereich
- Be- und Verarbeitung -

tertiärer W.bereich
- Dienstleistungen u. übrige Bereiche

Fachliche Gliederung

Nettosoz.prod. nach der Entstehungsrechn. = Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche.

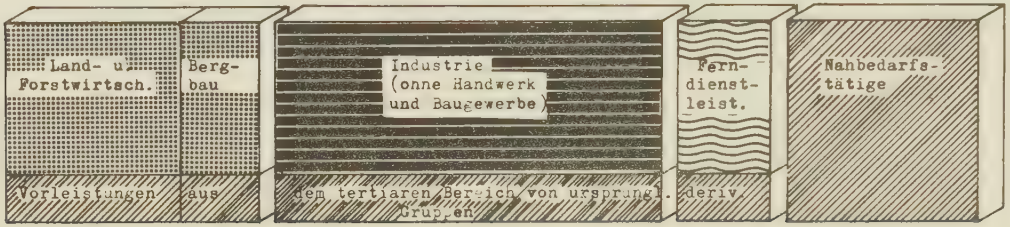


(Die Vorleistungen der Tertiären sind hier nicht enthalten)

fundamentale Existenzgrundlagen
- ferntransportable Leistungen mitüberreg. Charakter -

derivative Existenzgrundlagen
- Nahleist. mit regionalem Charakt.-

Räumlich-funktionale Gliederung



Sozialprodukts darzustellen. Wie bereits erörtert wurde, enthält die Nettoleistung der Fundamentalen bei der räumlich-funktionalen Berechnung auch die Vorleistungen aus dem Dienstleistungsbereich (einschl. des Handwerks und des Baugewerbes). Daher ist der Verdienst, der hier der Landwirtschaft und der Industrie angerechnet wird, größer als ihr Beitrag im Rahmen der Sozialproduktsberechnungen. Auf der anderen Seite wird dieses Mehr ausgeglichen durch das Weniger, das im Gegensatz zur fachlichen Gliederung nach der funktionalen Zurechnung den derivativen Gruppen aufgrund des innergebietlichen Verwendungseffektes angerechnet wird. Für die Sozialproduktsberechnung ist der sachliche Gesichtspunkt maßgebend, gleichgültig, ob die Leistungen nun für betriebliche Zwecke der Industrie und Landwirtschaft oder für die Verwendung des Einkommens erfolgen. Demgegenüber werden bei der Berechnung der räumlichen Wertschöpfung die Leistungen des Dienstleistungsbereichs (einschl. des Handwerks und des Baugewerbes) nach ihrer räumlichen Wirkungsweise aufgegliedert.

1.572 Vergleich mit den Berechnungen des Netto-Inlandsprodukts

Wie bereits erörtert, werden Sozialproduktsberechnungen für kleinere Gebiete und Städte bisher nur i.S. des sog. Netto-Inlandsprodukts durchgeführt, also als Entstehungsrechnung nach der lokalen Methode ohne Berücksichtigung der Außenbeziehungen.[1] Die Berechnung der räumlichen Wertschöpfung hat demgegenüber einen breiteren Umfang, da hier die Verflechtung nach aussen voll erfaßt wird. Dies spielt vor allem dort eine Rolle, wo den Zahlungsströmen von außen ein größeres Gewicht zukommt, wie z.B. bei Auspendler-Gemeinden. Bei der Berechnung des Netto-Inlandsprodukts finden diese Zahlungsströme teilweise einen Niederschlag in grösseren Leistungen der Derivativen. Dies kann jedoch bei der Beurteilung der Wirtschaftskraft einer Stadt zu falschen Schlüssen führen. So kann z.B. eine wirtschaftlich schwach entwickelte Stadt, die aufgrund dieser Situation hohe gegenwertlose Zuflüsse von außen erhält, durch die Wirkung dieser Geldströme auf die Derivativen ein verhältnismässig hohes Sozialprodukt aufweisen, das die tatsächlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten kaum erkennen lässt. Nichtsdestoweniger sind regionale Sozialproduktsberechnungen auch i.S. des Netto-Inlandsprodukts ein wichtiges Instrument für die wirtschaftliche Erforschung kleinerer Gebietseinheiten. Wurden derartige Zahlen für eine Stadt ermit-

---

1) "Bei der regionalen Berechnung des Volkseinkommens müssen die eigentumsbedingten Verflechtungen berücksichtigt werden, während das Netto-Inlandsprodukt ausschliesslich von der Wertschöpfung an dem Ort der Wertschöpfung ausgeht."
Sonderheft 3 der "Statistischen Monatsberichte", Frankf. 1955, S. 13

-telt, so erleichtern sie die Berechnungen nach der räumlich-funktionalen Wirkungsweise erheblich, bzw. können zur Überprüfung der dabei gewonnenen Ergebnisse herangezogen werden. Wenn G. Ander schreibt: "Es ist vielleicht die wesentlichste Leistung der hier vorgenommenen Schätzungen des Nettoprodukts, daß sie in der Aufgliederung nach Wirtschaftsbereichen gewissermaßen neue Möglichkeiten einer mehr quantitativ-ökonomischen Beschreibung der Wirtschaftsstruktur erschliessen,"[1] so kann diese Feststellung hinsichtlich der Berechnung der räumlichen Wertschöpfung in der Weise erweitert werden, daß durch diese Methode auch die funktionalen Zusammenhänge erfasst werden.

1.573 Probleme einer dynamischen Analyse

Regionale Sozialproduktsberechnungen sind in ihrer Anlage statischer Natur. Sie liefern ein Gesamtbild für einen bestimmten Zeitraum ohne Berücksichtigung der evolutorischen Vorgänge, d.h. des Entwicklungsverlaufs in seiner kausalen Bedingtheit. Bewegungsvorgänge können hier nur im Rahmen einer komparativ-statischen Betrachtungsweise erfasst werden. Hinsichtlich einer dynamischen Analyse erhebt sich also die Frage, inwieweit die für gesamtwirtschaftliche Betrachtungen entwickelten Methoden der Konjunkturforschung und der Wachstumsforschung auf kleinere Gebietseinheiten anwendbar sind.

Eine Stadt müsste dabei als eine selbständige Volkswirtschaft betrachtet werden. Boustedt nennt vor allem zwei Bedingungen, die hierfür erfüllt sein müßten:

+ daß die Stadt oder Region ein eigenständiges konjunkturelles Verhalten zeigt und
+ daß sie zu eigenem wirtschaftspolitischem Handeln befugt und befähigt ist.

Die zweite Bedingung kann innerhalb einer Volkswirtschaft nicht erfüllt werden. Bei der heutigen Wirtschaftsverflechtung kann einer Stadt kein eigenes konjunkturelles Verhalten beigemessen werden, so daß auch diese Forderung nicht erfüllt ist. Partielle Analysen zur Feststellung der Auswirkungen der konjunkturellen Entwicklung in den verschiedenen Regionen eines Landes werden vielfach angewandt, so z.B. Ermittlungen der Arbeitslosenanteile in ihrer räumlichen Verteilung etc. Dies ist aber keine konjunkturelle Analyse eines Raumes sondern nur eine isolierende regionale

---

1) Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 48, 1958, S. 32

Konjunkturbeobachtung. Versuche konjunktureller Analysen für die Bundesländer wurden schon angestellt,[1] die Arbeiten befinden sich jedoch noch im Versuchsstadium.

Die Wachstumsforschung ist im gesamtwirtschaftlichen Rahmen noch nicht so weit entwickelt wie die Konjunkturforschung. Für eine regionale Analyse bilden sich deshalb dort noch weniger Ansatzpunkte als hier.

Die Berechnungen der räumlichen Wertschöpfung haben ebenfalls statischen Charakter. Sie schaffen aber über die Gliederung in Fundamentale und Derivative einen Ansatz für eine dynamische Betrachtungsweise. Wenn nämlich der Umfang und die Gliederung der Fundamentalen bekannt sind, dann lassen sich gesamtwirtschaftliche Vorgänge konjunktureller und struktureller Art in ihrer Auswirkung auf die Wirtschaft einer Stadt ermessen und besser beurteilen als anhand regionaler Sozialproduktsberechnungen. Dadurch schafft die räumlich-funktionale Analyse gleichzeitig einen Ansatz für eine Prognose hinsichtlich der weiteren Entwicklung einer Stadt.

Die Entwicklung einer Stadt hängt im einzelnen davon ab, wie sich die allgemeinen Tendenzen, die sich innerhalb der Volkswirtschaft in den verschiedenen Sachbereichen abzeichnen und sich dort auch erfassen lassen, auf ihre besonderen Verhältnisse auswirken. Die gesamtwirtschaftlichen Tendenzen treten dabei in der Bevölkerungsentwicklung und -Struktur, in Technik und Produktion, im Verbrauch privater und öffentlicher Art und im Gesellschaftlich-Politischen in Erscheinung. Alles steht dabei in enger Wechselwirkung. Die Auswirkungen dieser Tendenzen auf eine Stadt richten sich in erster Linie danach, wie diese in die Gesamtwirtschaft eingebunden ist, und hier bilden die Fundamentalen den Ansatzpunkt. Aus ihrer Struktur und aus ihrem Umfang können die Möglichkeiten abgeleitet werden, die sich aufgrund der großräumigen Entwicklungstendenzen in West-Europa und in der Bundesrepublik für eine Stadt ergeben.

Da eine große Zahl kommunalpolitischer Maßnahmen im Hinblick auf die weitere Entwicklung getroffen werden muß, ist die Erarbeitung einer Prognose im Rahmen einer räumlich-funktionalen Analyse von großer Bedeutung. Dies gilt insbesondere auch für die Stadtplanung, für den Ausbau des kommunalen Versorgungs- und Verkehrsnetzes, für den Bau neuer Schulen etc. Eine richtige Abschätzung der Kapazitäten ist dabei besonders wichtig, da es

---

1) Vgl. dazu Boustedt-Ranz: "Regionale Struktur- und Wirtschaftsforschung", Bremen-Horn 1957, S. 153/154

sich um hohe Investitionsaufwendungen handelt und eine nachträgliche Korrektur von Fehlinvestitionen nicht mehr möglich ist, bzw. sehr hohe zusätzliche Kosten erfordert.

Die Ableitung von Vorausschätzungen aus den Berechnungen der räumlichen Wertschöpfung einer Stadt stellt im Kleinen eine Parallele dar zu den sog. "National-Budget"-Berechnungen, wie sie im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung schon in verschiedenen Ländern durchgeführt wurden,[1] bei der verschiedenartigen Aufgabenstellung allerdings mit einem entsprechend andersartigen methodischen Ansatz.

1.574 Der Ansatz von Tragfähigkeitsuntersuchungen

Wenn nach den Methoden der räumlichen Wertschöpfung die Gesamteinnahmen der Stadtbevölkerung berechnet sind, so lassen sich darauf auch Berechnungen über die Tragfähigkeit aufbauen. "Tragfähigkeit ist die Volkszahl, die unter bestimmten Voraussetzungen auf längere Sicht eine Existenz finden kann."[2] Bei steigendem Wohlstand und zunehmender Differenzierung des Wirtschaftsprozesses werden derartige Untersuchungen aber immer schwieriger. Es kommt nämlich dann nicht mehr so sehr darauf an, wieviel Menschen aufgrund der vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten überhaupt in einer Stadt leben können, sondern bei welchem Lebensstandard dies möglich ist. Es muß daher bei solchen Untersuchungen für die Gegenwart ein mittleres Einkommen je Kopf der Bevölkerung angenommen werden. Die Art der Einkommensverteilung bildet bei praktischen Analysen einen erheblichen Unsicherheitsfaktor, da es nämlich weitgehend auch davon abhängt, wieviel Menschen in einer Stadt bei einem bestimmten Umfang der Erwerbsmöglichkeiten und bei einer entsprechenden Wertschöpfung insgesamt leben können. Es ist also damit die umfangreiche Problematik der Einkommensverteilung verknüpft.

---

1) Vgl. dazu E. Schneider: "Nationale Buchführung und Nationalbudget" in: Wirtschaftsdienst, Juli 1949, S. 19 f.

2) G. Isenberg: "Die Existenzgrundlagen von Heidelberg", Gutachten erstattet im Auftrag der Stadt Heidelberg, 1955, S. 14, und

G. Isenberg: "Tragfähigkeit und Wirtschaftsstruktur", Veröffentl. der Akademie für Raumforschung u. Landesplanung, Bd. 22, Bremen-Horn, 1953

K. Scharlau: "Bevölkerungswachstum und Nahrungsspielraum, Geschichte, Methoden u. Probleme der Tragfähigkeitsuntersuchungen", Veröffentl. d. Akad. f. Raumforsch. u. Landesplanung, Bd. 24, Bremen-Horn 1953.

H.D. Griesau: "Die Isenberg'sche Tragfähigkeitsforschung" in: Berichte über die Landwirtschaft", Bd. 32, 1954, H.1, S. 1 f.

Durch die Berechnung verschiedener Varianten können auch hier gewisse Aussagen erzielt werden, "die Tragfähigkeit ist dabei keine feste Grösse, sie kann je nach den Annahmen variiert werden" [1].

1.58 Probleme und Grenzen einer räumlich-funktionalen Analyse

Obwohl auch bei einer regionalen Sozialproduktsberechnung vielerlei Schwierigkeiten zu überwinden sind, läßt sie sich in der Regel leichter vornehmen, als eine Ermittlung der räumlichen Wertschöpfung. Bei regionalen Sozialproduktsberechnungen kann in vielen Bereichen auf Statistiken zurückgegriffen werden, deren Gliederung der fachlichen Stufung entspricht und die deshalb für derartige Berechnungen direkt verwendbar sind. Es besteht ferner die bereits erwähnte Möglichkeit einer retrograden Ableitung von Zahlen aus entsprechenden Berechnungen für grössere Gebiete. Außerdem können die gewonnenen Ergebnisse durch vertikale Vergleiche überprüft werden. Die Aufgliederung der Berechnungen lässt sich variieren, schwierige Gliederungsprobleme können so durch die Bildung grösserer Gruppen umgangen werden.[2] Demgegenüber weist die Ermittlung der räumlichen Wertschöpfung besondere Probleme auf. Berechnungen für grössere Gebietseinheiten gibt es nicht, sodaß hier keine vertikalen Vergleichsmöglichkeiten bestehen. Die Abgrenzung kann nur in sehr beschränktem Maße variiert werden; die Unterscheidung fundamental - derivativ, durch die insbesondere der Dienstleistungsbereich durchschnitten wird, muß durchgeführt werden, da sie von grundlegender Bedeutung für dieses System und seiner Aussagekraft ist. Es zeigt sich, daß die Abgrenzung in jedem Ort entsprechend seiner wirtschaftlichen Struktur und seiner Verflechtung mit dem Umland in verschiedener Weise vorzunehmen ist. Die Einteilung fundamental - derivativ ist relativ, sie hängt von dem jeweiligen räumlichen Beziehungspunkt ab. Ferner ist zu beachten, daß die Gliederung in fundamentale und derivative Wirtschaftsbereiche im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung dauernden Änderungen unterworfen ist. Aus diesen Gründen kann bei der räumlich-funktionalen Analyse, im Gegensatz zu regionalen Sozialproduktsberechnungen kein festes Gliederungssystem entworfen werden, nach der das statistische Material zu gliedern ist. Die Unterlagen der fachlich gegliederten Statistik können deshalb nur zum Teil direkt verwendet werden. Wesentliche Zusammenhänge lassen sich nur durch die Verwendung von Richtzahlen und Durchschnittswerten in den Griff bekommen, dadurch wird aber auf der anderen Seite die

1) G. Isenberg: "Die Existenzgrundlagen von Heidelberg", Gutachten erstattet im Auftrag der Stadt Heidelberg, 1955, S. 13

2) Vgl. dazu Statistik von Bad.-Württ. Bd. 48. Die Berechnung des Netto-Inlandprodukts für die bad.-württ. Kreise wird hier in vier Gruppen aufgegliedert.

Genauigkeit der Ermittlungen vermindert. Es wird angesichts dieser Probleme auch nicht möglich sein, für die räumliche Wertschöpfung ein bundeseinheitliches Rechnungsschema zu entwickeln, wie dies jetzt für regionale Sozialproduktsberechnungen geschieht. Obwohl die vorangegangenen Erörterungen zeigten, daß der Erkenntniswert einer räumlich-funktionalen Analyse für die Untersuchung bestimmter Orte oder Gebiete innerhalb einer Volkswirtschaft erheblich über denjenigen regionaler Sozialproduktsberechnungen hinausgeht, können derartige Analysen vorläufig nur vereinzelt, in Ergänzung zu regionalen Sozialproduktsberechnungen durchgeführt werden. Es ist deshalb auch für die Durchführung räumlich-funktionaler Analysen sehr wichtig, daß künftighin für die Stadt- und Landkreise des Bundesgebietes in gewissen Abständen Sozialproduktsberechnungen durchgeführt werden. Lenort äußert sich dazu wie folgt: "Auch die "basic-nonbasic"-Methoden (=räumlich-funktionale Analyse, d.Verf.) beanspruchen nicht, allein ausreichende Instrumente der Analyse und Prognose zu sein. Sozialproduktsberechnungen können sie nicht ersetzen, aber erläutern; dem Aussagewert von Input-Output-Analysen erreichen sie nicht, vermitteln aber zweifellos brauchbare Vorstellungen von den Wirkkräften des gemeindlichen Wirtschaftslebens."[1)]

1.6 Die Notwendigkeit von Hilfsanalysen

Da die Zahlen und die verschiedenen Angaben, die,wie bereits im vorhergehenden Abschnitt dargelegt wurde, für eine Berechnung der räumlichen Wertschöpfung erforderlich sind, nur teilweise aus den vorhandenen Statistiken und Unterlagen entnommen werden können, sind die komplexen Tatbestände in speziellen Einzelanalysen zu durchleuchten.[2)] Ein derartiges Vorgehen ist auch deshalb notwendig, weil die Methode der räumlichen Wertschöpfung in ihren Grundzügen über das rein ökonomische hinausreicht und die Wechselbeziehungen wirtschaftlicher und sozialer Vorgänge mit erfasst; so ist z.B. die Bevölkerungsstruktur von wesentlicher Bedeutung für die Gliederung der räumlichen Wertschöpfung. Einige bedeutsame Methoden und Schemata, die für Hilfsanalysen geeignet sind, sollen deshalb in diesem Abschnitt kurz erörtert werden.

1.) N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln und Opladen, 1960, S. 114/115

2) "Nach dem heutigen Stand der Statistik ist somit die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung immer noch weitgehend das Ergebnis eines Zusammensetzspiels, das von den Ergebnissen der zufällig vorliegenden Statistiken abhängt."
H.J.Schneider: "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Raumforsch. ein Versuch zu einer Grundlegung", in: Raum u. Wirtschaft", Bd. III der Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforsch. u. Landesplanung, Bremen-Horn 1952, S. 7

1.61 Typisierungsverfahren

Die Typisierungsverfahren dienen dem Ziel, Orte oder Regionen nach bestimmten Gesichtspunkten zu gruppieren. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei die jeweilige Auswahl der Merkmale. Die Typisierung wurde während der vergangenen Jahrzehnte vor allem von der Geographie und der Landeskunde aus vorwärtsgetrieben. Die meisten Typisierungsversuche sind heute auf das Ziel gerichtet, die Orte nach ihrer wirtschaftlichen Struktur zu klassifizieren, hierbei sind insbesondere die Typisierungsverfahren von Hettner, Gradmann und Huttenlocher zu nennen.[1] In ähnlicher Weise werden Typisierungsversuche hinsichtlich der sozialen Struktur der Bevölkerung angestellt. Ihr Anliegen ist es, die sozialen Schichten, die das Leben eines Ortes bestimmen, zu ermitteln und danach zu klassifizieren. Als Ausgangspunkt dient dabei meist die berufliche Stellung des Haushaltsvorstands.[2] In enger Verbindung zu den wirtschaftlichen und sozialen Merkmalen stehen die Typisierungsverfahren nach funktionalen Gesichtspunkten. Man gliedert dabei u.a. in Handels-,Verkehrs-und Verwaltungsgemeinden.[3][4] Typisierungsver-

---

1) A. Hettner: "Die wirtschaftlichen Typen der Ansiedlung" in: Geographische Zeitschrift, Jg. 8, 1902, S. 92 f. (zitiert nach: Forsch.-u. Sitzungsberichte der Akad. f. Raumforsch. u. Landesplanung Bd. III, Raum u. Wirtschaft, 1952, S. 61

R. Gradmann: "Das ländliche Siedlungswesen des Königreichs Württemberg", in: Forschungen zur deutschen Landes- u. Volkskunde, 29. Bd., Stuttgart 1913, S. 1 f.

F. Huttenlocher: "Funktionale Siedlungstypen" in: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 7, 1949, S. 76 f.

W. Hüfner: "Wirtschaftliche Gemeindetypen in: Forschungs- u. Sitzungsberichte der Akad. f. Raumforsch. u. Landesplanung, Bd. III, Raum und Wirtschaft, Bremen-Horn, 1952, S. 43 f.

2) M. Schwindt: "Typisierung der Gemeinden nach ihrer sozialen Struktur als geographische Aufgabe" in: Berichte zur deutschen Landeskunde 1958, Heft I.

H.A.Finke: "Soziale Gemeindetypen" in: Zeitschrift für Raumforschung, 1950, Sonderheft, S. 116 f.

3) W. Christaller: "Die zentralen Orte in Süddeutschland", Jena 1933

Vgl. dazu auch H. Linde: "Grundfragen der Gemeindetypisierung " in: Forschungs- u. Sitzungsberichte der Akademie f. Raumforsch. u. Landesplanung Bd. III, "Raum u. Wirtschaft", 1952, S. 84

4) Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung hat zur weiteren Entwicklung der Typisierung einen Arbeitskreis für Gemeindetypisierung gebildet. Dieser hat ein Modell der Gemeindetypisierung ausgearbeitet, das sich ebenfalls nach drei Gesichtspunkten gliedert:
Wirtschaftsstruktur des Ortes nach Zahl u. Art derjenigen, die im Ort erwerbstätig sind.
Sozialstruktur des Ortes nach der wirtschaftlichen Struktur der Wohnbevölkerung.
Funktionen des Ortes als Betriebs-, Wohn- oder Marktgemeinde.
Vgl. dazu Boustedt-Ranz: "Regionale Struktur- u. Wirtschaftsforschung" S. 106/107

-fahren sind ihrer Art nach auf grössere Räume anzuwenden. Sie vermitteln eine Übersicht über die Verteilung verschiedenartiger Orte in einem Gebiet. Dadurch schaffen sie eine Basis für Vergleiche, was für die Untersuchung einer Stadt von großer Bedeutung ist, denn die besonderen Verhältnisse können hier nur durch Vergleiche sichtbar gemacht werden. Bevor aber ein Vergleich angestellt werden kann, muß geklärt werden, wie das Vergleichsobjekt zum Untersuchungsobjekt steht. Manche Vergleiche sind zwischen Orten derselben oder eines ähnlichen Strukturtyps durchzuführen, andere haben dagegen eine grundsätzliche Verschiedenheit zur Voraussetzung. Die Typisierungsverfahren leisten für eine Stadtanalyse im Wesentlichen zweierlei:

+ Sie liefern je nach Auswahl der Merkmale einen Überblick über die Struktur und Lage einer Stadt im Vergleich mit anderen Städten.
+ Sie schaffen damit die Grundlage für die Durchführung von Vergleichen zur Kenntlichmachung bestimmter Strukturzüge einer Stadt.
+ Sie bilden eine Voraussetzung für die Anwendung von Richtzahlen, Durchschnittswerten etc., die jeweils nur für Orte einer bestimmten Gruppe Gültigkeit haben.

Es erscheint deshalb zweckmässig, solche Typisierungen, soweit sie für das hohenloher Gebiet vorliegen, hinzuzuziehen bzw. selbst vorzunehmen.

1.62 Funktionale Verflechtungsforschung

Ein weiterer Zweig der Regionalforschung, der zum Teil auch in entsprechenden Typisierungsverfahren seinen Ausdruck findet, ist die funktionale Verflechtungsforschung, Da eine Stadt in vielfältiger Weise mit den umliegenden Gebieten verbunden ist, kommt derartigen Analysen im Rahmen unserer Arbeit eine besondere Bedeutung zu. Wegweisend für die Untersuchungen räumlich-funktionaler Beziehungen war die Arbeit Christallers über "Die zentralen Orte in Süddeutschland"[1] Er hat dabei den Begriff "Zentraler Ort" für die, die wie es Boustedt-Ranz ausdrücken "Gravitationspunkte einer funktionalen Raumgliederung", die zentrale Einrichtungen aufweisen, geprägt.[2] Christaller gliederte als Vorstufe einer räumlich-funktionalen Zuordnung die verschiedenen Kultur-,Dienstleistungs- und Wirtschaftsbereiche nach ihrer Bedeutung und nach ihrem Wirkungsbereich auf.[3] Um die Zentralität der verschiedenen Orte vergleichen zu können, bemühte er sich darum, sie durch eine Quantität auszudrücken. Er wählte dafür die Zahl der Telefonanschlüsse und setzte sie zu der Einwohnerzahl des

1) W. Christaller: "Die zentralen Orte in Süddeutschland", Jena 1933

2) Boustedt-Ranz: "Regionale Struktur- u. Wirtschaftsforschung," Bremen-Horn, 1957, S. 84

3) W. Christaller: "Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena 1933, S. 139/140

betreffenden Ortes in Beziehung. Darauf aufbauend entwickelte er ein System "realer Typen der zentralen Orte in Süddeutschland":

Typ:	Einwohnerzahl:	Telefonanzahl:
H (hilfszentraler Ort)	um 800	5 - 10
M (Marktort)	" 1 200	10 - 20
A (Amtshauptort)	" 2 000	10 - 50
K (Kreishauptort)	" 4 000	50 - 150
B (Bezirkshauptort)	" 10 000	150 - 500
G (Gauhauptort)	" 30 000	500 - 2 500 1)

Die Schwäche dieser Methode ist darin zu sehen, daß die Zentralität nur nach einem Kriterium gemessen wird.

Schwäb. Hall erscheint als B-Ort, was nach den Ausführungen Christallers besagen soll: Bezirkshauptort u.a. mit Arbeitsamt, vollständiger höherer Lehranstalt, Spezialärzten, täglich spielenden Lichtspielhäusern, Spezialgeschäften und Spezialhandwerkern, kleinen Warenhäusern, täglich erscheinenden Zeitungen, Banken, einer Zentralbanknebenstelle etc. Christaller bemerkt dazu: "Erst dieser B-Typus verdient die Bezeichnung Stadt in vollem Umfang." [2] In Weiterentwicklung dieser Überlegungen wurden vielfältige experimentelle Studien unter Anwendung der verschiedensten Methoden durchgeführt.[3] Es wurde dabei u.a. versucht, anhand des Anteils zentraler Berufe an der Gesamtbevölkerung oder nach der Einzelhandelsdichte den zentralen Charakter der einzelnen Orte zu bestimmen. Einen weiteren Ansatzpunkt bietet der Verlauf der Verkehrslinien. Dabei können Abgrenzungen nach den jeweiligen Verkehrskosten vorgenommen werden. Von wesentlicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch die Analyse von Pendlereinzugsbereichen. Es darf nicht übersehen werden, daß derartige Funktionalbeziehungen zwischen Stadt und Umland im Zuge der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung vielerlei Veränderungen unterworfen sind. Die Ergebnisse derartiger Analysen haben deshalb nur für eine relativ kurze Zeit Gültigkeit und müssen immer wieder überprüft werden. Boustedt-Ranz unternahmen den Versuch, für die bislang mehr oder weniger isoliert durchgeführten Verflechtungsanalysen ein System zu entwickeln, das alle wesentlichen Bereiche umfasst. Für die Untersuchung des Einzugsgebietes einer Stadt wurden dabei fünf Bereiche gebildet.

---

1) W. Christaller: "Die zentralen Orte in Süddeutschland", Jena 1933, S. 155

2) ebenda S. 155

3) Vgl. dazu R. Klöpper: "Methoden zur Bestimmung der Zentralität von Siedlungen", in: Geographisches Taschenbuch 1953, S. 512 f

Das Absatzgebiet der Stadt
Das Einkaufsgebiet der Stadt
Die Bestimmung des sanitären Versorgungsbereichs.
Die Bestimmung des kulturellen Bereichs.
Die Bestimmung der Reichweite des Arbeitsmarktes. [1]

Es ist jedoch zu beachten, daß damit nur ein Teilbereich, der für eine Stadt wesentlichen Zusammenhänge beleuchtet wird, der nicht, wie es bei derartigen Analysen gelegentlich geschieht, überschätzt werden darf.

1.63 Verwendung von Indikatoren

Eine weitere Methode der Regionalforschung, die auch vielfach bei Typisierungen angewandt wird, ist die Bestimmung von Indikatoren. Es geht hier darum, mit Hilfe weniger Kennziffern, Struktur und Wirtschaftskraft einer Stadt zu umreissen. Dabei werden verschiedene Daten, denen eine repräsentative Bedeutung beigemssen wird, in verschiedenen Kombinationen als Indikatoren zusammengefasst. Wesentlich für die jeweilige Aussagekraft ist die Auswahl der Kennziffern. [2] Als Ausdruck der Wirtschaftskraft von Gemeinden werden vielfach die Meßbeträge der Gewerbesteuer und der Grundsteuer A (für die Landwirtschaft) herangezogen. In grösserem Rahmen wurde dies vom Niedersächsischen Amt fürLandesplanung und Statistik 1952 für etwa 4 200 Orte des Landes durchgeführt.[3] Die Annahme einer direkten Beziehung zwischen dem Aufkommen an Kommunalsteuernund der Wirtschaftskraft eines Ortes erscheint u. E. jedoch problematisch. Die vielfältigen Änderungen der Steuergesetzgebung, die unter den verschiedensten Gesichtspunkten durchgeführt werden, so z.B. die Ausgestaltung mit Freibeträgen, liessen in zunehmendem Maße Unterschiede zwischen dem tatsächlichen Steueraufkommen und der Wirtschaftskraft entstehen.[4] Bei der Anwendung derartiger Indikatoren kommt es ferner darauf entscheidend an, in wieweit zusätzliche Merkmale zur Bereinigung von Verzerrungen herangezogen werden. Ohne solche Ergänzungen liefern z.B. Steuerkraftzahlen nur ein grobes Bild der Wirtschaftskraft einer Stadt, wobei eine erhebliche Schwankungsbreite nach beiden Seiten zu berücksichtigen ist. Im Rahmen unserer Problemstellung erscheint die Heranziehung von Steuerkraftzahlen zu diesem Zweck nicht angebracht, denn es bleiben dabei die Wirtschaftsstruktur und die Wirtschaftsverflechtung unberücksichtigt und damit wird die Betrachtungsweise eingeengt.

---

1) Boustedt-Ranz: "Regionale Struktur- u. Wirtschaftsforschung" , Bremen-Horn 1957, S. 100 u. 101

2) Vgl. dazu auch Abschnitt 1.4; dort wird die Verwendung von Kaufkraft-Indikatoren erörtert.

3) Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik: "Die regionalen Unterschiede der Wirtschaftskraft in Niedersachsen 1950", Hannover 1952

4) Vgl. dazu Teil C.

Ein weiterer grösserer Versuch zur Anwendung von Indikatoren wurde in der Bundesrepublik vom Institut für Raumforschung 1954 im Rahmen der "Denkschrift zur Frage regionaler Wirtschaftspolitik" durchgeführt. Eine Fortsetzung fand diese Arbeit in der sog. "Kreismappe". Es werden hier regelmässig alle wesentlichen Daten über die Wirtschafts- und Sozialstruktur der Kreise zusammengestellt. Dadurch wird eine wertvolle Grundlage geschaffen für die Analyse von Kreisen und Städten, deren wir uns bei den folgenden Untersuchungen bedienen werden.[1] Das Problem, die verschiedenen Merkmale so zusammenzufassen, daß sich dadurch mit einiger Sicherheit die Wirtschaftskraft einer Stadt ermitteln lässt, wird sich wohl nie vollkommen zufriedenstellend lösen lassen. G. Ander erwähnt in diesem Zusammenhang: "Als besonders schwierig erwies sich dabei die hier zur Erlangung eines Gesamtausdruckes für notwendig angesehene indexmässige Bündelung."[2] Eine absolute Grösse, die sich in einer bestimmten Summe ausdrükken lässt, ist auf diesem Wege sowieso nicht zu erhalten. Es sind nur relative Unterschiede darstellbar. Im Rahmen unserer Fragestellung können Indikatoren nur Vorstufe oder Nebenergebnis umfassender Analysen sein.

1.7 Die räumliche Abgrenzung der Untersuchungen

In der Einleitung wurde bereits dargelegt, daß wir unseren Untersuchungen die Stadt Schwäb. Hall innerhalb ihrer Verwaltungsgrenzen zugrunde legen werden. Die Einteilung in Fundamentale und Derivative ist damit an dieser Grenze zu messen. Alles, was von der Stadt über die Stadtgrenze hinaus geliefert und geleistet wird, ist in diesem Falle als fundamental zu betrachten. Der fundamentale Bereich ist bei dieser Abgrenzung relativ grösser als wenn wir auch die nähere Umgebung in die Analyse mit einbeziehen würden, weil nun alle die Leistungen, die für die umliegenden Orte erbracht werden, auch fundamentalen Charakter tragen. Umfang und Art derartiger Leistungen hängen in wesentlichem Maße davon ab, wie das Umland wirtschaftlich strukturiert und entwickelt ist. Daraus ergibt sich, wie bereits in Abschnitt 1.522 angeklungen ist, daß eine Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Umlandes für die Beurteilung der Situation einer Stadt unumgänglich ist.

1.) Vgl. dazu G. Müller: "Die Stadt- und Landkreise in der Statistik - Zugleich Erläuterungen zur Kreismappe des Instituts für Raumforschung", Bad Godesberg 1959.

2) Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 48, S. 19

1.71 Die Bedeutung der Stadt-Umland-Beziehungen für die Situation einer Stadt.

Vielfältige Wechselbeziehungen verbinden Stadt und Umland. Die Stadt ist auf der einen Seite Marktort und Konsumtionszentrum, in dem das Umland seine Erzeugnisse absetzen kann, umgekehrt ist die Stadt Lieferant von Gütern und Dienstleistungen und übt die Funktion eines Kultur- und Verwaltungszentrums aus. Viele Erwerbstätige des Umlandes haben in der Stadt ihren Arbeitsplatz.[1] Bevor wir uns mit den Fragen einer zweckmässigen räumlichen Abgrenzung der Stadt-Umland-Beziehungen beschäftigen, sollen zunächst einige allgemeine Überlegungen angestellt werden.

Die Stadt-Umland-Beziehungen können als eine der ältesten Formen räumlicher Arbeitsteilung angesprochen werden. Die vor- und frühindustrielle Zeit war gekennzeichnet durch eine enge funktionale Verflechtung zwischen der Stadt und ihrem Umland.[2] In der Stadt waren Handwerk und Gewerbe ansässig, die die Bauern der Umgebung mit gewerblichen Erzeugnissen versorgten. Die Stadt war ferner Marktort und Handelsplatz für landwirtschaftliche Produkte und fremde Einfuhrartikel. Eine weitere enge Verbindung, auf die insbesondere Sombart hinwies, bestand darin, daß die weltlichen und geistlichen Grundherren, denen das Land der Umgebung gehörte, in den Städten ihren Sitz hatten.[3] "Die mittelalterlichen Städte sind umso grösser, je grösser und reicher das Gebiet ist, dessen Hauptstädte sie sind,"[4] bzw. "man muß mehr ... darauf achten, daß für die Entwicklung der Städte im Mittelalter viel weniger ihre sog. Verkehrslage, als die Fruchtbarkeit und die Bevölkerungsdichte ihrer Landschaft bestimmend waren".[5] Der Anteil der überregiona-

---

1) Boustedt ordnet den verschiedenen Beziehungsbereichen bestimmte Begriffe zu, so spricht er im ersten Fall "vom Einzugsbereich", im 2. Fall vom "Versorgungsbereich" und als weitergefassten Oberbegriff verwendet er die Bezeichnung "Wirkungs- oder Einflußbereich".
Vgl. dazu O. Boustedt: "Die Stadt und ihr Umland", in Raumforsch. u. Raumordnung 1953, Heft 1, S. 21

Diese Bezeichnungen werden im Schrifttum jedoch vielfach gemischt verwendet. Wir wählen den Begriff "Einflußbereich" als allgemeinen Ausdruck für den Raum, der in den verschiedenen Wirtschafts- und Sozialbereichen in enger Beziehung zu einer Stadt steht.

2) Vgl. dazu H. Tessenow: "Die kleine und die große Stadt", München 1961, S. 70 f.

3) Vgl. dazu W. Sombart: "Der moderne Kapitalismus" 1. Bd. Abschnitt: "Die vorkapitalistische Wirtschaft", München-Leipzig 1928, S. 147 f.

4) ebenda S. 146

5) ebenda S. 150
Ipsen schreibt in ähnlicher Weise: "Die Zentralität der alten Stadt bestand im Verhältnis zu dem agraren Umland, das seine Stadt trug."
G. Ipsen: "Standort u. Wohnort", Forschungsber. d. Wirtschafts- u. Verkehrsministeriums Nordr.-West., Nr. 365, S. 334

-len Leistungen einer Stadt war demgegenüber in der Regel verhältnismässig klein. Wollte jedoch eine Stadt über den Charakter einer Landstadt hinauswachsen und Bedeutung erlangen, so war es notwendig, daß sie überregionale Leistungsträger in ihren Mauern beherbergte. Dies war gegeben, wenn ein Königs- oder Bischofssitz am Ort war oder wenn bestimmte gewerbliche Erzeugnisse für ein weites Absatzgebiet geliefert wurden oder Bodenschätze gewonnen wurden, z.B. wie Münzen und Salz in Schwäb. Hall oder Silber in Freiberg oder große Handelshäuser hier ihren Sitz hatten,wie z.B. in Nürnberg oder in Augsburg.

Im Zuge der Industrialisierung und der Verbesserung der Verkehrsbeziehungen erfuhren die Stadt-Umland Beziehungen eine weitgehende Veränderung.[1] Viele Zweige handwerklicher Fertigung wurden durch die industrielle Produktion abgelöst. Spezialisierte Industriebetriebe, die von wenigen Standorten aus grössere Gebiete belieferten, brachen in vielen Branchen in die bislang engen Stadt-Umland-Beziehungen ein. Auf der anderen Seite wurde die Nahrungsmittelversorgung des Zentralortes von der landwirtschaftlichen Produktion der Umgebung unabhängiger. Die ursprüngliche Bindung des Umlandes an die Stadt durch die dort wohnenden Grundbesitzer löste sich auf. Für die wirtschaftliche Weiterentwicklung einer Stadt wurde es nun von immer grösserer Wichtigkeit, Industriebetriebe und Ferndienstleistungsunternehmen zu bekommen, um den Rückgang beim Handwerk und Gewerbe auszugleichen und an der weiteren Entwicklung teilhaben zu können.[2] Im Zuge der wirtschaftlichen Umstrukturierung und des wachsenden Wohlstandes entstanden aber auch neue Stadt-Umland Beziehungen. Der Zentralort gewann eine wachsende Bedeutung für die Umgebung als Einkaufszentrum für Waren des gehobenen Bedarfs, als Sitz von Vertretungen, Kundendienst und Reparaturstellen; ferner durch die Inanspruchnahme städtischer Einrichtungen der Infrastruktur wie Krankenhäuser, Schulen etc. Hinzu kommt die wachsende Verflechtung über den Pendlerverkehr. Einem zentralen Ort, der selbst kaum Industriebetriebe besitzt,

---

1) Vgl. dazu G. Keil: "Entwicklungstendenzen der Siedlungsstruktur in ländlichen Räumen", in: Raumforschung - 25 Jahre Raumforschung in Deutschland, Bremen-Horn 1960, S. 267 f.

2) Vgl. dazu: W.A. Lewis: "Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums" (übersetzt von E.V.Beckerath), Tübingen-Zürich, 1956, insbes. Abschnitt 3, 2b: "Die Ausdehnung des Marktes".

kann auf diese Weise die Wirtschaftskraft ausgeprägter Industrieorte der Umgebung zugute kommen, wenn deren Bevölkerung dort Einkäufe tätigt und sonstige Dienstleistungen in Anspruch nimmt, ist dagegen das Umland wirtschaftlich schwach entwickelt, so erbringt auch ein verhältnismässig grosser Einflußbereich einen kleinen Einnahmenstrom für die Stadt.

In neueren Arbeiten zeigt sich das Bestreben, dieser veränderten Situation Rechnung zu tragen. So versuchte Hallbauer die durch die Industrialisierung hervorgerufenen räumlichen Veränderungen in der Wirtschaft zu umreissen, und spricht in diesem Zusammenhang von einem "Aufwachsen neuer Wirtschaftsräume", die er durch drei verschiedene Wirtschaftseinheiten als "eigentliche Kernzellen unseres heutigen Lebensraumes" gegliedert sieht:

+ Die "alten Wirtschaftslandschaften wie Uhren-, Tabak-, Textilindustrie, Weinbau- und Fremdenverkehrslandschaften", also wirtschaftlich einseitig ausgeprägte Gegenden wie z.B. Alb- oder Schwarzwaldtäler.
+ Die Wirtschaftsbezirke der zentralen Orte.
+ "Die großen Betriebs- und Menschenballungen als das ureigenste Kind der industriellen Entwicklung", mit ihrem weiten Einzugs- und Ausstrahlungsbereich. 1)

In der Realität überschneiden sich diese typischen räumlichen Wirtschaftsbeziehungen in vielfältiger Weise, sodaß sie bei konkreten Untersuchungen nur als vorwiegende Merkmale zu erkennen sind. Die Verhältnisse im Raum Schwäb. Hall sind nach einer allgemeinen Betrachtung der zweiten Gruppe (Wirtschaftsbezirke eines zentralen Ortes) zuzuordnen. Die Untersuchungen werden zeigen, ob und in welchem Maße dies zutrifft.

Klöpper sieht die Auswirkungen der neueren Entwicklung auf Städte wie Schwäb. Hall verhältnismässig ungünstig. Im Hinblick auf die durch die Ausweitung des Kraftfahrzeugverkehrs gegebenen neuen Möglichkeiten, meint er: "Schwerpunkte des Angebotes von alltäglich und dringend benötigten Gütern und Diensten sind im Zuge des gesteigerten Bedarfs mehr und mehr die großen Dörfer selbst geworden, während seltener benötigte, meistens zugleich kostspieligere Dienste mehr und mehr in den großen Städten erworben werden. Die Klein- und Mittelstädte haben hierbei in der Regel das Nachsehen, wo für sie die Umlandsbeziehungen mangels eigenen Gewerbelebens wirtschaftlich im Vordergrund stehen und wo Großstädte in der Nähe sind, geraten sie in eine ernste Krisis." 2) In diesem Sinne von einer allge-

---

1) W. Hallbauer: "Strukturwandel in Stadt un Umland", Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 34, S. 70 Bremen-Horn 1958

2) R. Klöpper: "Der Einzugsbereich einer Kreisstadt", in: Raumforsch. u. Raumordnung. 1953, Heft 2, S. 73

-meinen Erscheinung zu sprechen, erscheint u. E. gewagt. Es liegen keine umfassenden Untersuchungen vor, aus denen gefolgert werden könnte, daß die Klein- und Mittelstädte in dieser Weise zu kurz kämen. Die jeweiligen Auswirkungen hängen vor allem von der wirtschaftlichen Struktur der Stadt und ihrer Lage im Raum ab. Wie später noch zu zeigen sein wird, hat Schwäb. Hall als größter hohenloher Zentralort unter diesen Gesichtspunkten eine relativ günstige Lage. Bei der Dynamik der modernen Wirtschaftsentwicklung und der grösseren Beweglichkeit weiter Bevölkerungskreise, besteht für eine Stadt jedoch die Gefahr, daß ihr Einflußbereich erheblich zusammenschrumpft, wenn der Einzelhandel und die Infrastruktur nicht gut ausgebaut sind und mit der Entwicklung Schritt halten können.

Fassen wir diese Erörterungen zusammen, so können wir die gegenwärtige Situation folgendermassen skizzieren: Die Stadt-Umland-Beziehungen in der ursprünglichen Weise des engen Aufeinanderangewiesenseins haben sich weitgehend aufgelöst. Im Zuge der vielfältigen Arbeitsteilung und der engeren Verkehrsverflechtung wurden die Beziehungen ersetzt durch eine Intensivierung der Beziehungen zwischen den komplementären Wirtschaftszweigen innerhalb der gesamten Volkswirtschaft und darüber hinaus. Es entstanden so neue Beziehungsräume, die schwerer zu übersehen sind und die sich dauernd in Veränderung befinden. Dabei bestehen weiterhin vielfältige Wechselbeziehungen zwischen der Stadt und ihrem Einzugsbereich und gleichzeitig aber auch zwischen der Stadt und den übrigen Gebieten der Volkswirtschaft.

1.72 Die Abgrenzung des zentralörtlichen Einflußbereiches von Schwäb. Hall

Aus den Erörterungen des vorhergehenden Abschnittes ergibt sich für Schwäb. Hall vor allem die Frage: Wie weit reicht der Einflußbereich der Stadt? d.h. innerhalb welchen Bereichs sind die Verhältnisse des Umlandes für die Lage der Stadt von Bedeutung? Ausgehend von der grundlegenden Arbeit Christallers: "Die zentralen Orte in Süddeutschland", wurden verschiedene Methoden einer funktionalen Regionalanalyse entwickelt mit dem Ziel, den gesamten Raum in ein System solcher Beziehungsfelder einzuteilen. Anhand der Ergebnisse derartiger Untersuchungen wird vielfach die Forderung erhoben, die administrativen Kreisgrenzen durch eine Grenzziehung zu ersetzen, die durch eine funktionale Verflechtungsforschung zentralörtlicher Bereiche ermittelt wurde.[1] Bei derartigen Überlegungen ist jedoch zu berücksichtigen, daß die zentralörtlichen Funktionalbeziehungen

---

1) Vgl. dazu E. Dittrich: "Stadt-Umland, eine Aufgabe der Raumpolitik", in Vorträge des Inst.f. Raumforschung, Nr. 5, S. 12

wie bereits erwähnt, dauernden Veränderungen unterworfen sind, sodaß eine entsprechende Neuabgrenzung nach einigen Jahren wieder revidiert werden müßte. Es sei in diesem Zusammenhang auch auf einen Gesichtspunkt verwiesen, den Dittrich u.a. anführt: "Die retardierende Haltung, die grundsätzlich gegenüber territorialen wie organisatorischen Änderungen eingenommen wird, entspringt dem Gesichtspunkt der Erhaltung einer gewissen Stetigkeit in der Verwaltung, einer Übersichtlichkeit der Verwaltungsakte, einer leichteren Auffindbarkeit und Orientierung, die gegeben sind, wenn auch eine räumliche Konstanz gewahrt ist."[1] Etwaige Änderungen würden auch erhebliche statistische Probleme aufwerfen, die Möglichkeiten zeitlicher Vergleiche gingen dadurch weitgehend verloren oder man wäre gezwungen, die Erhebungen und Aufbereitungen jeweils nach kleinsten Gebietseinheiten, etwa Gemeinden, vorzunehmen, denn nur dann könnten die Zahlen der jeweiligen Abgrenzung entsprechend umgerechnet werden.[2]

In der Bundesrepublik wurde, abgesehen von einer Auszählung der Volkszählung von 1950 nach Naturräumen, bei statistischen Erhebungen von den administrativen Grenzen bisher nicht abgewichen. So beschränkt sich die regionale Aufgliederung der Statistik in Bad.-Württ. auf die 1937/38 im Rahmen der verwaltungsmässigen Neugliederung gebildeten Kreise. Nur in verhältnismässig engem Rahmen werden auch Ergebnisse für Gemeinden ausgewiesen.[3]

Beispiele einer statistischen Erfassung nach Raumeinheiten, unabhängig von den jeweiligen Verwaltungsgrenzen, liefern die angelsächsischen Länder. Die Neuabgrenzung bezieht sich dabei auf die Bestimmung von Stadtlandschaften. So werden in den USA für statistische Zwecke durch eine Zusammenfassung der Städte mit den verstädterten Aussenbereichen sog. "Metropolitan Districts", "Urbanized Areas", "Standard Metropolitan Areas" und "State Economic Areas" gebildet.[4] In England gibt es sog. "Conurbations".[5] Dies erscheint jedoch nur zweckmässig, wenn ein allgemeines Bewußtsein der Zugehörigkeit vorhanden ist. Auf die Problematik solcher Abgrenzungen soll hier nicht näher eingegangen werden. In Anlehnung an die dort gemachten Erfahrungen wurden in Deutschland verschiedene Untersuchungen unternommen,

---

1) Vgl. dazu E. Dittrich: "Stadt-Umland, eine Aufgabe der Raumpolitik", in Vorträge des Instituts für Raumforschung, Nr. 5, S. 12

2) Lenort weist in diesem Zusammenhang mit Recht darauf hin, "daß die Abgrenzung wie immer gearteter Räume stets problematisch ist, weil die soziale Wirklichkeit scharfe Grenzen nicht kennt. Jede Aufteilung muß also letztlich willkürlich sein."
N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung" Köln u. Opladen, 1960, S. 66

3) Vgl. dazu G. Müller: "Zur Frage regionalstatistischer Analysen des Bundesgebietes", in Raumforschung und Raumordnung, Heft 2, 1953, S. 85

in entsprechender Weise Methoden zu erarbeiten, die den deutschen Verhältnissen angepasst sind. So hat u.a. Boustedt am Beispiel des Landes Bayern eine Methode zur Abgrenzung von Stadtlandschaften nach statistischen Merkmalen entwickelt.[1] Zur Anwendung derartiger Abgrenzungen bei statistischen Erhebungen ist es in der Bundesrepublik aber noch nicht gekommen. Die Landesplanungsstelle beim Bad.-Württ. Innenministerium hat Untersuchungen über eine räumliche Abgrenzung nach Zentralortbereichen durchgeführt. Es wurde dafür der Begriff "Raumschaft" gewählt.[2] In ähnlicher Weise wurde auch in einem Gutachten der Bundesanstalt für Landeskunde über: "Rheinland-Pfalz in seiner Gliederung nach zentralörtlichen Bereichen" vorgegangen. Bei der Abgrenzung der "Raumschaften" in Bad.-Württ. wurden vor allem berücksichtigt: die Pendlerverflechtung, die Einkaufs- und Absatzbeziehungen,[3] die Herkunft der Schüler der höheren Schulen und Fachschulen, ferner die Grenzen der Ämter-Zuständigkeiten, der Anteil der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräfte und die topografischen Verhältnisse. Die Abgrenzung erfolgte nicht im Rahmen eines bestimmten statistischen Systems mit Schwellenwerten, sondern anhand statistischer Untersuchungen

---

Fortsetzung der Fußnoten von Seite 45

4) F. Hoffmann:"Die "State Economic Areas" der USA, ein Versuch zur Gliederung von Verwaltungsbezirken nach funktionalen Gesichtspunkten," in: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 12, 1954, S. 265 f.

Vgl. dazu auch O. Boustedt: "Neue Wege der regionalen Gliederung der Statistik der USA", in: Allgemeines statistisches Archiv, 1950, S. 162 f.

N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln u. Opladen, 1960, S. 82 f.

5) A. Kühn: "Conurbations in Großbritannien", in: Allgemeines statistisches Archiv, 1953, S. 225-229

---

1) O.Boustedt: "Die Stadt und ihr Umland", in:Raumforsch. u. Raumordnung, 1953, Heft 1, S. 21 f.
Von der Bezirksplanungsstelle des Reg.-Präs. in Darmstadt wurde eine Untersuchung über die Abgrenzung des Umlandes von Darmstadt durchgeführt, wobei als Abgrenzungskriterien der Kraftfahrzeugverkehr und die Pendlerverflechtung herangezogen wurden. Vgl. dazu: Archiv für Raumforschung in Hessen: "Methoden zur Abgrenzung des Stadt-Umlandes nach Merkmalen des Kraftfahrzeugverkehrs und der Pendelwanderung", herausgeg. vom hessischen Ministerium des Innern, Landesplanung, Juli 1959

2) Vgl. dazu: Erläuterungstexte zur Karte "Raumschaften und Zentralorte", die "Raumschaft" wird dabei definiert als Gliederung "nach der funktionalen Zusammengehörigkeit der Gemeinden im System der zentralen Orte und ihrer Einzugs- und Ausstrahlungsbereiche".
Vgl. dazu auch: "Strukturschwache Landesteile nach der Bevölkerungsverteilung in Bad.-Württ.", Gutachten der Landesplanungsstelle, 1957

3) Vgl. dazu auch die Ausführungen von Lenort über die Abgrenzung u. Gliederung von Absatzgebieten, Einkaufsquellen und der Reichweite des Arbeitsmarktes in: "Strukturforsch. u. Gemeindeplanung", Köln und Opladen 1960, S. 77-79

und Befragungen der beteiligten Bürgermeister und Landräte. Das Bestreben der Landesplanungsstelle ist darauf gerichtet, Regionalanalysen auf diese "Raumschaften" und deren weitere räumliche Unterteilung, die sog. Nahbereiche zu beziehen.[1] Es kann sich dabei aber nur um kurzfristige Lösungen handeln, die den Veränderungen jeweils angepasst werden müssen. Nach diesem Gliederungsschema deckt sich die "Raumschaft Schwäb. Hall" mit dem Kreis Schwäb. Hall bis auf zwei zum Kreis gehörende Gemeinden, die anderen Raumschaften zugerechnet werden. Wir können also davon ausgehen, daß eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den administrativen Grenzen des Kreises Schwäb. Hall und dem Einflußbereich der Stadt Schwäb. Hall vorliegt. Als Arbeitshypothese für die Umlandanalysen, soweit sie im Rahmen unserer Untersuchungen erforderlich sind, wählen wir deshalb den Kreis Schwäb. Hall.

2. Die räumliche Lage der Stadt Schwäb. Hall und die bisherigen Entwicklungstendenzen

Für eine Beurteilung der Entwicklung in den verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Bereichen sind für das Untersuchungsobjekt isoliert betrachtete Zahlen wenig aussagekräftig. Da es hier keinen allgemein gültigen Maßstab gibt, ist es notwendig, durch Vergleiche eine Beurteilungsgrundlage zu schaffen. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Auswahl der Vergleichsobjekte. Um die strukturellen Besonderheiten von Schwäb. Hall aufzuzeigen, vergleichen wir die Stadt mit anderen württembergischen Städten ähnlicher Größe, so vor allem mit verschiedenen oberschwäbischen Kreisstädten, die ähnlich, wie Schwäb. Hall ein vorwiegend agrarisches Umland aufweisen. Biberach erscheint dabei in vielerlei Hinsicht als Pendant zu Schwäb. Hall. Es werden ferner Vergleiche mit stärker industrialisierten Städten wie Nürtingen, Aalen, Heidenheim etc. und mit den näher beim Ballungsraum Stuttgart liegenden Kreisstädten Backnang und Waiblingen angestellt. Zur Herausarbeitung der Stellung von Schwäb. Hall im engeren hohenloher Raum ziehen wir die übrigen hohenloher Kreisstädte in die Vergleiche mit ein und beschäftigen uns auch mit den besonderen Problemen dieses Gebietes, die in vielfältiger Hinsicht die Situation der Stadt Schwäb. Hall mit beeinflussen. Art und Umfang der Vergleiche werden weitgehend durch die vorhandenen Unterlagen bestimmt. Da Schwäb. Hall keine kreisfreie Stadt ist, müssen dabei teilweise auch Kreiszahlen herangezogen werden. Die Untersuchungen werden dadurch gegenüber ähnlichen Arbeiten bei kreisfreien Städten erheblich erschwert.

1) 1960 wurde von der Landesplanungsstelle beim Bad.-Württ. Innenministerium eine Untersuchung über die künftige Bevölkerungsentwicklung bis 1980 für Zentralorte und Nahbereiche in Bad.-Württ. veröffentlicht.

Die Analysen erstrecken sich sowohl auf räumliche wie auch auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge. Teilweise sind Daten greifbar, die mit den wesentlichen Strukturmerkmalen identisch und deshalb direkt aussagekräftig sind, wie z.B. Bevölkerungszahlen oder Flächenangaben. Über bestimmte Fakten können jedoch nur mit Hilfe von Ersatzdaten, Surrogaten etc. Aussagen gewonnen werden. Was die Genauigkeit der verhältnismässig kleinen statistischen Massen anbetrifft, wie sie bei mittleren und kleineren Städten auftreten, so ist einzuräumen, daß mit einem Fehlerausgleich hier nicht in dem Maße gerechnet werden kann wie bei grösseren Räumen. Es besteht aber die Möglichkeit, die Zahlen anhand der Kenntnis der überschaubaren strukturellen Verhältnisse zu überprüfen. Überdies geht es bei derartigen Untersuchungen weniger darum, unterschiedliche Nuancen aufzuspüren, die ohnedies kaum eine Aussagekraft besitzen, sondern wesentliche Strukturzüge und Verschiedenheiten herauszuarbeiten, wobei geringe Fehlerquoten den Erkenntniszweck nicht beeinträchtigen. Es muß aber auf der anderen Seite auch als Vorteil angesehen werden, daß sich hier die nivellierende Wirkung der Durchschnitte kaum bemerkbar macht, sodaß sozialökonomische Zusammenhänge besonders augenscheinlich zutage treten.

2.1 Die Lage im grösseren Raum

"Die Chancen der Entwicklung einer Gemeinde werden wegen ihrer Verflechtung mit dem grösseren Siedlungsraum zunächst objektbegrenzt durch die Lage und die Bedeutung dieser Gemeinde im großräumigen Gefüge."[1] Schwäb. Hall liegt im südwestlichen Teil einer grösseren, wirtschaftlich schwach entwickelten Agrarzone, die sich über badisch-württembergische und bayrische Gebiete erstreckt und etwa folgendermassen abgegrenzt werden kann: im Südwesten durch den Stuttgarter Ballungsraum mit den östlich angrenzenden Industriekreisen bis Aalen, im Westen durch Heilbronn - Neckarsulm und durch den Wirtschaftsraum Mannheim-Ludwigshafen. Im Norden durch den Wirtschaftsraum Aschaffenburg- Frankfurt und im Nordosten durch Würzburg - Schweinfurt. Im Osten reicht dieses Gebiet, unterbrochen von Ingolstadt und Nürnberg bis an die Grenzen der Bundesrepublik.[2] (Vgl. dazu die folgenden Karten). Die besonderen Verhältnisse dieses Raumes lassen sich durch nachstehende Merkmale umreissen:

+ Die Bevölkerungsentwicklung ist seit 1950 rückläufig, was angesichts

1) N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln u. Opladen, 1960, S. 212

2) Statistisches Landesamt Bad.-Württ.: "Der Landkreis Crailsheim - Kreisbeschreibung, Stuttgart 1953

E. Seyfried: "Versuch einer planmässigen Wirtschaft und Siedlung in Württemberg", Heidelberg 1936

der während der Kriegs- und Nachkriegszeit erfolgten Zuwanderungen teilweise auch als Gesundungsprozeß anzusehen ist.

+ Die Bevölkerungsdichte beträgt zwischen 60 und 120 Einw./km² und entspricht damit etwa dem Eiffel-Hunsrück-Gebiet, den niedersächsischen Gegenden zwischen Hannover und Cuxhaven bzw. weiten Teilen Bayerns.

+ Die Zahl der Industriebeschäftigten ist bisher verhältnismässig gering und die Landwirtschaft stellt insgesamt gesehen noch die wichtigste Erwerbsgrundlage dar.

Dieser Raum ist vergleichbar mit wirtschaftlich ähnlich strukturierten Gebieten in Niederbayern und Nordhessen. Begrenzen wir unser Gesichtsfeld auf Bad.-Württ. so zeigt sich, daß das hohenloher Land und die angrenzenden nordbadischen Kreise neben verschiedenen Gegenden der Schwäb. Alb die geringste wirtschaftliche Leistungskraft aufweisen und am schwächsten industrialisiert sind.[1] Es geht daraus sehr deutlich hervor, daß sich die hohenloher Kreise zusammen mit den angrenzenden nordbadischen Kreisen von den wirtschaftlich stärker entwickelten Gebieten Baden-Württembergs merklich abheben.[2][3] Die Kreise Mergentheim, Crailsheim und Öhringen sowie die angrenzenden nordbadischen Kreise zählen zu den offiziellen Fördergebieten in Baden-Württemberg. Nur der Kreis Schwäb. Hall bildet neben dem Kreis Künzelsau eine Ausnahme.

Schwäb. Hall ist mit Abstand die größte Stadt des hohenloher Landes und der angrenzenden nordbadischen Gebiete. Die Kreisstädte dieses Raumes weisen nach dem Stand vom 31.12.1959 folgende Bevölkerungszahlen auf:

Schwäb. Hall	:	21 458
Crailsheim	:	14 143
Künzelsau	:	7 663
Mergentheim	:	11 309
Öhringen	:	9 561
Tauberbischofsheim	:	6 221
Mosbach	:	10 935
Buchen	:	4 546

---

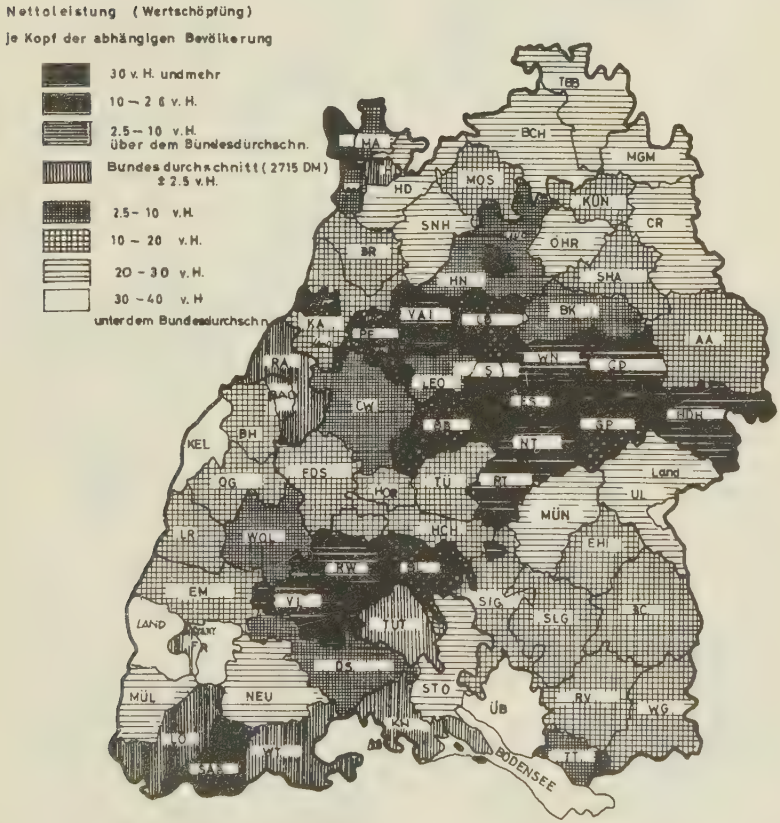
1) Vgl. dazu die Karten: "Die Nettoleistung der Kreise je Kopf der von ihr abhängigen Bevölkerung in Bad.-Württ. 1955" und "Beschäftigte in der baden-württembergischen Industrie 1959".

2) Vgl. dazu auch F. Huttenlocher: "Bad.-Württ. kleine geographische Landeskunde", (Schriftenreihe der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Bad.-Württ., Heft 2), Karlsruhe 1960, S. 162 f. u. S. 172 f.

3) Vgl. dazu W. Neutz: "Die Wirtschaft im Raume Neckar - Hohenlohe - Franken", in: "Bad.-Württ.", Heft 9, Stuttgart 1958, S. 49 f.

Die Nettoleistung der Kreise je Kopf der von ihr abhängigen Bevölkerung in Baden-Württemberg 1955

Unterschiede der Leistungskraft unter Berücksichtigung des Saldos der Ein- bezw. Auspendler

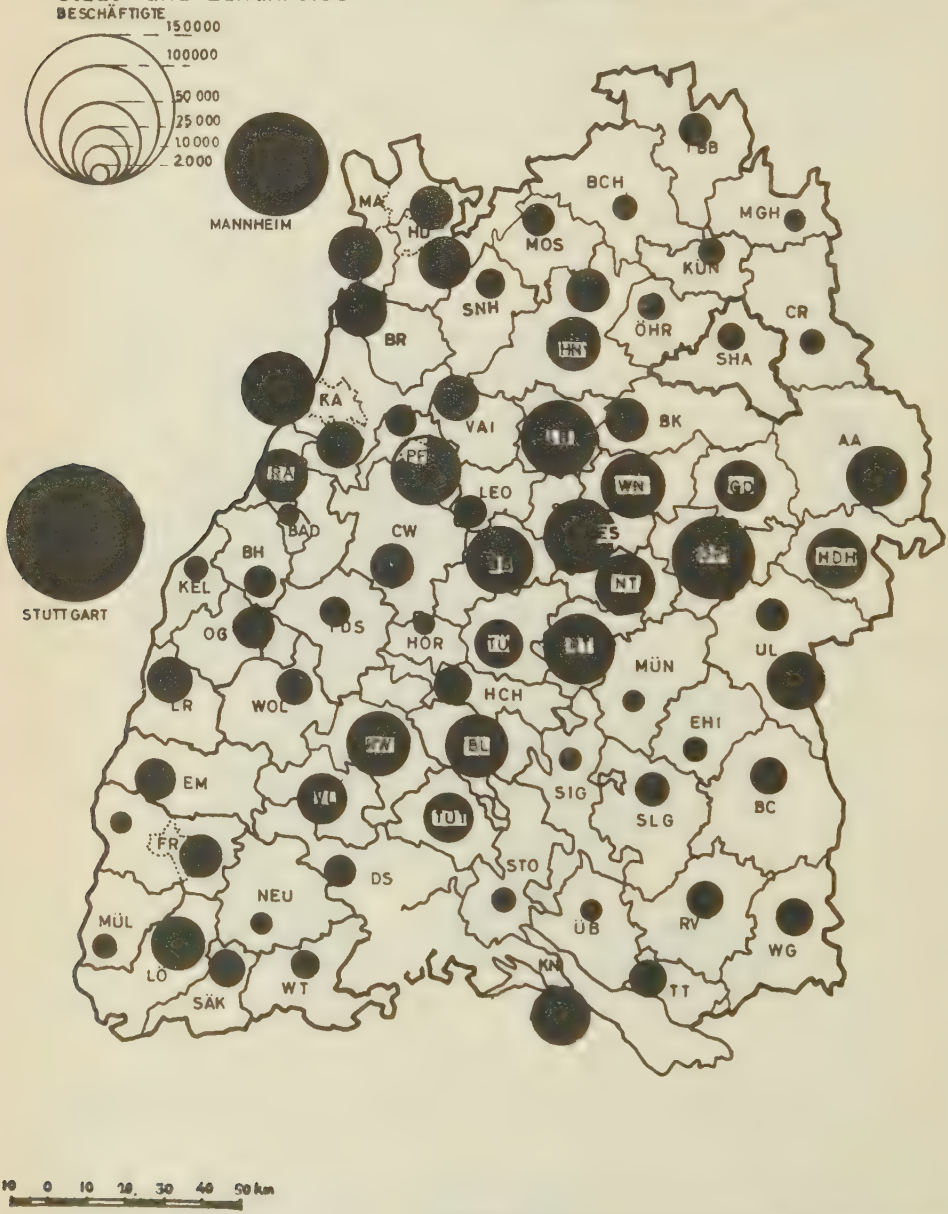


NACH EINER DARSTELLUNG DES STATISTISCHEN LANDESAMTES BADEN-WÜRTTEMBERG

BADEN-WÜRTTEMBERG

Stadt- und Landkreise

Beschäftigte in der baden-württembergischen Industrie
Stand: 1. 2. 59



NACH EINER DARSTELLUNG DES STATISTISCHEN LANDESAMTES BADEN-WÜRTTEMBERG

Um die jeweilige Stellung der hohenloher Kreisstädte innerhalb ihrer Kreise zu kennzeichnen, vergleichen wir sie mit den nächst grösseren Orten:

Kreis Schwäb. Hall:	Schwäb. Hall	: 21 458	Die Relation Kreisstadt zu nächst grösserem Ort beträgt demnach: 11:1	
	Bühlertann	: 2 063		
	Michelbach	: 1 723		
Kreis Crailsheim :	Crailsheim	: 14 143		
	Schrozberg	: 2 303		
	Gerabronn	: 2 090	=	6:1
Kreis Künzelsau :	Künzelsau	: 7 663		
	Niedernhall	: 2 475		
	Ingelfingen	: 2 346	=	3:1
Kreis Mergentheim :	Mergentheim	: 11 309		
	Weikersheim	: 2 884		
	Niederstetten	: 1 968	=	4:1
Kreis Öhringen :	Öhringen	: 9 561		
	Neuenstein	: 2 717		
	Pfedelbach	: 2 565	=	3:1 1)

Die dominierende Stellung von Schwäb. Hall als wichtigstem Zentralort des Kreises kommt hier klar zum Ausdruck. Der Kreis Schwäb. Hall weist die Form eines Dreiecks auf.[2] Die Stadt Schwäb. Hall hat darin eine zentrale Lage. Diese wird noch verstärkt durch den radialen Lauf der Verkehrslinien. Die Eisenbahnlinien laufen von den Seiten des Dreiecks sternförmig nach Schwäb. Hall. Es sind die Strecken Schwäb. Hall - Nürnberg, Schwäb. Hall - Stuttgart, bzw. Aalen, Schwäb. Hall - Heilbronn. Bei den beiden ersteren handelt es sich um Hauptlinien, während die Strecke nach Heilbronn nur von regionaler Bedeutung ist. Die Bundesstrassen verlaufen ebenfalls strahlenförmig nach Schwäb. Hall. Die Stadt ist Kreuzungspunkt der Bundesstrassen 14 und 19. Die Omnibuslinien sind verhältnismässig dicht und gehen insbesondere über die Spitzen des Dreiecks in Richtung Künzelsau, Mainhardt - Löwenstein, Bühlertann - Ellwangen, Ilshofen - Kirchberg und nach Gaildorf.[3] Querverbindungen innerhalb des Kreises bestehen kaum. Die einzelnen Orte sind durch den Verlauf der Verkehrslinien eindeutig nach Schwäb. Hall hin ausgerichtet. In keinem der übrigen hohenloher Kreise ist die zentrale Lage der Kreisstadt so ausgeprägt wie hier. Aus diesen Analysen geht hervor, daß Schwäb. Hall in doppelter Weise Bedeutung und Aufgaben zufallen, als größter Stadt des wirtschaftlich schwach entwickelten hohenloher Landes und als zentralem Ort des Kreises.

1) Statistik von Bad.-Württ., Bd. 68: "Amtliches Gemeindeverzeichnis Bad.-Württ. 1960".

2) Vgl. dazu die beiliegende Kreiskarte

3) Vgl. dazu die beiliegende Kreiskarte

nach einer Darstellung der Landesplanungsstelle

Schweigern
BOXBERG
Markelsheim
Laudenbach
Niederstetten
Krautheim
Dörzbach
Assamstadt
Bartenstein
Schrozberg
Blaufelden
Forchtenberg
Ingelfingen
Niedernhall
Künzelsau
Langenburg
Gerabronn
Kirchberg
Öhringen
Neuenstein
Kupferzell
Waldenburg
Ilshofen
Schwäb. Hall
Vellberg
Obersontheim
Gaildorf
Murrhardt
Sulzbach a. d. M.
Onolzheim
Merchingen
Bieringen
Pfedelbach
Mainhardt
Sulzdorf

2.2 Grundzüge der Entwicklung bis zum 2. Weltkrieg

Die gegenwärtigen Verhältnisse können nur dann richtig verstanden und beurteilt werden, wenn die Vorgänge der jüngeren Vergangenheit wenigstens in den Grundzügen bekannt sind. Es soll daher untersucht werden, in wieweit die bisherige Entwicklung Vorgänge aufweist, deren Auswirkungen bis in die Gegenwart hereinreichen und deshalb bei der Beurteilung der jetzigen Verhältnisse mit zu berücksichtigen sind. Zahlen über die frühere Entwicklung in Württemberg werden nach den damaligen Landesbezirken, dem Nekkarkreis, dem Schwarzwaldkreis, dem Jagstkreis und dem Donaukreis ausgewiesen. Das hohenloher Gebiet, auf das es uns hier ankommt, wird dabei mit den jetzigen Kreisen Aalen, Heidenheim, Schwäb. Gmünd und Backnang im Jagstkreis zusammengefasst. Diese vier Kreise weichen in ihrer strukturellen Entwicklung von den hohenloher Gebieten teilweise ab, was bei den Untersuchungen berücksichtigt werden muß.[3)]

2.21 Die Bevölkerungsentwicklung im Jagstkreis:

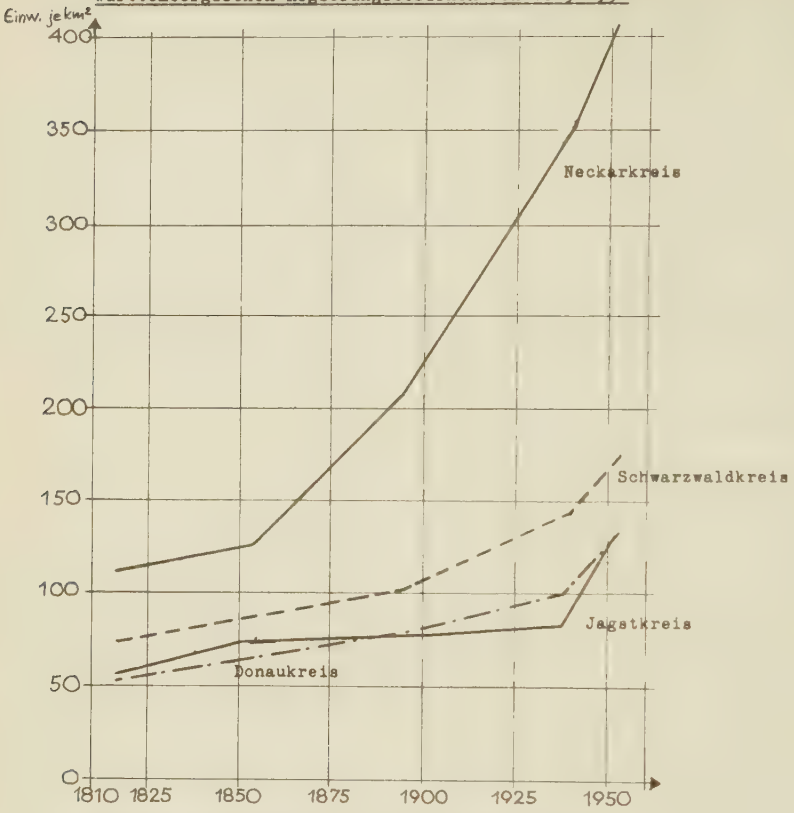
Die Tabelle über die Wanderungs- und Geburtenbewegung in den früheren württembergischen Landesbezirke zwischen 1856 und 1939 zeigt, daß die Gebiete des Jagstkreises von Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zu Beginn des 2. Weltkrieges fast immer den höchsten Wanderungsverlust des gesamten württembergischen Raumes aufwiesen.[1)] Für die hohenloher Kreise allein würde das noch viel stärker zum Ausdruck kommen. Ein besonders hoher Wanderungsverlust vollzog sich im Jagstkreis zwischen 1880 und dem 1. Weltkrieg als z.B. im Neckarkreis bereits ein leichter Wanderungsgewinn zu verzeichnen war. Sehr deutlich zeigt sich die wachsende Menschenkonzentration im industrialisierten Neckarraum seit Beginn dieses Jahrhunderts. Der Geborenenüberschuß des Jagstkreises entsprach während jener Zeitspanne etwa dem mittleren Niveau in Württemberg, sodaß von 1880 bis 1933 die Bevölkerungszahl insgesamt zurückging.[2)] Zusammen mit dem Donaukreis wies der Jagstkreis auch die geringste Bevölkerungsdichte in Württemberg auf. Aus dem beiliegenden Schaubild ist deutlich zu sehen, wie demgegenüber der angrenzende Neckarkreis seine Bevölkerungsdichte bis zur Mitte dieses Jahrhunderts verdreifachte. Parallel zu dieser Entwicklung vollzog sich eine zunehmende Bevölkerungskonzentration in den grösseren Städten. 1852 lebten 10,7 % der württ. Bevölkerung in Orten mit mehr als 5 000 Einwohnern, 1875 waren es bereits 18,9 %, 1910 - 35,7 % und 1939 - 48,2 %.

1)Vgl. dazu Tabelle I: Bevölkerungsentwicklung bis zum 2. Weltkrieg

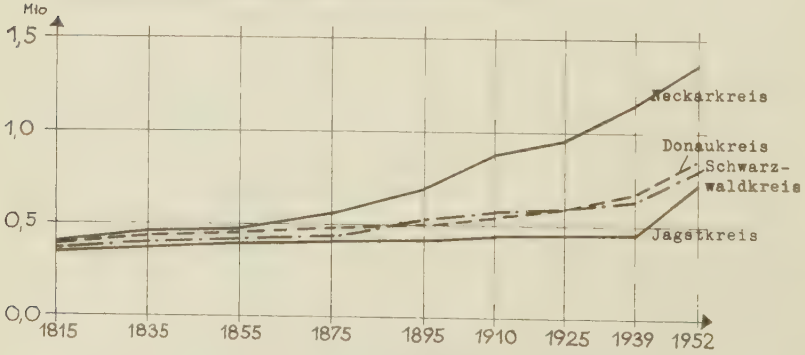
2)Vgl. dazu das Schaubild über die Bevölkerungsentwicklung.

3)Vgl.dazu G.Ziegler:"Geordneter Ausbau der Nordostgebiete Bad.-Württ.",in:"Das Beispiel",Ausgabe Nordost-Württ.,Darmstadt 1956

Entwicklung der Bevölkerungsdichte in den früheren württembergischen Regierungsbezirken von 1815-1952



Bevölkerungsentwicklung in den früheren württembergischen Regierungsbezirken von 1815-1952



Quelle: Jahrb. für Statistik u. Landeskunde von Bad.-Württ.
1. Jahrg., 2. Heft, 1954, S. 222

2.22 Die wirtschaftlichen Hintergründe der Bevölkerungsentwicklung

J. Griesmeier gibt in den Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde, 2. Heft 1954, einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung von Baden und Württemberg, worauf wir in diesem Zusammenhang zurückgreifen. Die dort veröffentlichten Zahlen über die Beschäftigungsdichte in Industrie und Gewerbe im Jahre 1861 zeigen, daß schon damals Fabriken, Handwerk, Handel und Verkehrsgewerbe im Jagskreis erheblich schwächer vertreten waren als in den übrigen württembergischen Bezirken.[1] Dabei sind die Ziffern für die hohenloher Kreise noch niedriger anzunehmen als wie sie für den Jagstkreis insgesamt ausgewiesen werden, da die ebenfalls zum Jagstkreis zählenden Landkreise Schwäb. Gmünd und Heidenheim sehr früh an der industriellen Entwicklung beteiligt waren. Die Textilindustrie, die bereits um die Mitte des letzten Jahrhunderts in Württemberg eine weite Verbreitung gefunden hatte, entwickelte sich im Jagstkreis nur gering.[2] Eine gewisse Bedeutung erlangten dort lediglich die von der Landwirtschaft geförderten Betriebe für Nahrungsmittelverarbeitung.[3] Die Gewerbezählung von 1875 ergibt ein ähnliches Bild und lässt erkennen, daß die Industrie auch bis dahin im hohenloher Gebiet kaum Fuß fassen konnte.[4] Auch in den für das Jahr 1907 ermittelten Zahlen über Industrie und Gewerbe für Württemberg ergab sich im Jagstkreis bei fast allen Branchen eine niedrigere Beschäftigungsdichte als im übrigen Württemberg. "Von einer Verstärkung der Maschinenindustrie vornehmlich in den Ämtern Heidenheim und Aalen abgesehen, sind im Jagstkreis in diesem Zeitabschnitt wiederum keine neuen Industrien neben der schon früh vorhandenen Verarbeitung von edlen Metallen und der Textilindustrie von Heidenheim angesiedelt worden, sodaß der Bezirk im ganzen seinen landwirtschaftlichen Charakter auch über die Jahre intensivster Industrialisierung hinweg beibehalten hat."[5] Die Ergebnisse des Generalzensus von 1936 zeigen deutlich die wirtschaftliche Konzentration im mittleren Neckarraum und in der Umgebung von Mannheim. J. Griesmeier veröffentlicht für dieses Jahr bereits Nettoproduktionswerte.[6] Da hierbei

1) Vgl. dazu Tabelle II: Beschäftigungsdichte 1861

2) Vgl. dazu J. Griesmeier: "Die Entwicklung der Wirtschaft und der Bevölkerung von Baden und Württemberg im 19. u. 20. Jahrhundert", in Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Bad.-Württ., Heft 2, 1954, S.137

3) ebenda S. 138

4) Vgl. dazu Tabelle II: Stand des Gewerbelebens 1875

5) Vgl. dazu Tab. II: Gewerbliche Struktur 1907

6) Vgl. dazu Tab. II: Absatz u. Nettoproduktionswerte 1936

die Ziffern für die nicht zum hohenloher Raum gehörenden Kreise Heidenheim, Backnang und Aalen besonders ausgewiesen werden, lässt sich ein deutlicheres Bild über das geringe Produktionsvolumen im hohenloher Raum gewinnen. Nach diesen Angaben kann der Nettoproduktionswert der hohenloher Kreise auf jeweils 7-9 Mio RM geschätzt werden gegenüber beispielsweise rd. 30 Mio RM allein im Kreis Aalen oder im Kreis Backnang. Die Entwicklung bis 1939 brachte für den gesamten Jagstkreis eine industrielle Belebung und die Unterschiede der Industriebeschäftigtendichte verminderten sich gegenüber den übrigen württembergischen Verwaltungsbezirken.[1] Der Rückstand der hohenloher Kreise in der Industrialisierung kommt aber weiterhin zum Ausdruck.

Die verschiedenen Vergleiche zeigen, daß die starke Abwanderung aus dem hohenloher Raum, insbesondere zwischen 1880 und dem 1. Weltkrieg darauf zurückzuführen ist, daß dort, im Gegensatz zu den übrigen württembergischen Gebieten, die industrielle Entwicklung kaum zur Entfaltung kam. Die im hohenloher Gebiet weiterhin eindeutig dominierende Landwirtschaft hatte in diesen Jahrzehnten häufig unter Mißernten zu leiden und war der Konkurrenz billiger landwirtschaftlicher Importe aus dem Ausland ausgesetzt. Bei dem in diesem Raum allgemein verbreiteten Anerbenrecht und den fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten in Industrie und Gewerbe waren viele Bauernsöhne gezwungen, das Gebiet zu verlassen.[2] Erst in den 20er und 30er Jahren erfolgte eine industrielle Belebung, die sich aber in bescheidenen Grenzen hielt und nicht dazu ausreichte, den erheblichen Rückstand gegenüber den anderen württembergischen Gebieten auszugleichen.[3]

2.23 Die Stellung der Stadt Schwäb. Hall im Rahmen der Entwicklung des hohenloher Raumes

1852 war Schwäb. Hall bei einer Einwohnerzahl von 7 035 Personen die neuntgrößte Stadt im damaligen Württemberg. Ausgangs des Mittelalters hatte es bereits 5 000 Einwohner.[4] Die allgemeinen Tendenzen des Städtewachstums machten sich in Schwäb. Hall bis etwa 1880 bemerkbar.[5] Die

---

1) Vgl. dazu Tabelle II: Gewerbliche Struktur 1939

2) Vgl. dazu H. Wagener: "Der sozialökonomische Charakter der landwirtsch. Betriebe u. soziale Verhaltensweisen der Landbevölkerung in Gebieten mit verschiedenartiger Erbgewohnheit", Diss. Hohenheim 1959

3) Vgl. dazu H. Müller: "Schwäb. Hall - Zielstrebige Aufbauarbeit" in: Bad.-Württ. und seine Wirtschaft", Heidelberg 1955, S. 198

4) Vgl. dazu W. Matti: "Der Haller Salzhandel im 17. u. 18. Jahrhundert" in: "800 Jahre Schwäb. Hall", Stuttg. 1956, S. 43 f. und
E. Nau: "Haller Münzen und Medaillen", ebenda S. 64 f.

5) Vgl. dazu Tabelle I: Bevölkerungsentwicklung bis zum 2. Weltkrieg.

Stadt konnte bis dahin ihre Einwohnerzahl um etwa 2 000 erhöhen. Von 1880 bis 1925, in einem Zeitraum, in dem in fast allen württembergischen Städten, auch in den grösseren Orten des Jagstkreises, die Bevölkerung weiter anstieg, sie verdoppelte sich z.B. in Aalen, Göppingen und Heilbronn und verdreifachte sich in Heidenheim, Geislingen und Kornwestheim, stagnierte in Schwäb. Hall die Bevölkerungszahl bzw. ging, insgesamt gesehen, leicht zurück. Schwäb. Hall fiel dadurch bis 1925 auf den 23. Platz unter den württembergischen Städten ab.[1] Da gerade zwischen 1895 und 1925, als die Entwicklung von Industrie und Gewerbe in Württemberg sehr schnell voranschritt, die Einwohnerzahl von Schwäb. Hall stagnierte, während sie in den zum Jagskreis zählenden Städten, Schwäb. Gmünd und Heidenheim, Aalen und Backnang erheblich anstieg und auch in den hohenloher Kreisstädten Crailsheim und Mergentheim eine Steigerung erfuhr, lässt sich die Folgerung ziehen, daß die damalige Industrialisierungswelle Schwäb. Hall kaum berührte und keine zusätzlichen Arbeitsplätze entstehen ließ, sodaß die überschüssigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte der Umgebung hier keine neuen Erwerbsmöglichkeiten finden konnten und gezwungen waren, abzuwandern. In fast allen Gemeinden des jetzigen Landkreise Schwäb. Hall ging die Bevölkerungszahl zwischen 1880 und 1925 zurück. Auf die heutigen Kreisgrenzen umgerechnet, hatte der Landkreis Schwäb. Hall 1880: 46 681 Einwohner; bis 1925 sank diese Zahl auf 41 286 Einwohner. Die Arbeitskräfte wanderten teilweise in die Industriezentren im Neckarraum ab, so war z.B. die Einwohnerschaft des ehemaligen Heilbronner Arbeitervororts Böckingen während der ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts vorwiegend hohenloher Abstammung; in vielen Fällen erfolgte auch die Auswanderung nach Amerika.

Erst während der 30er Jahre hatte die Stadt einen Aufschwung zu verzeichnen, Steinbach und Hessental wurden eingemeindet und durch die Erschliessung der Höhengebiete konnte neuer Raum für die Entwicklung der Wirtschaft und für die Bevölkerung gewonnen werden. Belebende Impulse gingen vom Bau des Flugplatzes in Hessental aus, der eine starke Bautätigkeit nach sich zog, ferner von der Einrichtung einer Garnison und von der Belegung des Solbadhotels mit Kurgästen der Bundesanstalt für Angestelltenversicherung. Während dieser Zeit hatte Schwäb. Hall auch eine verhältnismässig grosse Bevölkerungszunahme zu verzeichnen und erreichte 1939 den 19. Platz unter den württembergischen Städten.

---

1) Vgl. dazu Tabelle I: Bevölkerungsentwicklung bis zum 2. Weltkrieg

Betrachten wir die Entwicklung der Stadt Schwäb. Hall von 1852 bis 1939 im Zusammenhang, so zeigt sich, daß die Stadt während dieser Zeitspanne ihre Einwohnerzahl lediglich verdoppeln konnte, während sich in den meisten übrigen württembergischen Städten die Einwohnerzahl erheblich stärker steigerte, so z.B. in Schwäb. Gmünd, das 1852 gleich groß war wie Schwäb. Hall, um das dreifach, in Göppingen und Heilbronn etwa um das sechsfache, in Geislingen und Kornwestheim sogar um das acht- bzw. um das zwölffache. Schwäb. Hall büßte dadurch seine Stellung als eine der bedeutendsten württembergischen Städte, die es bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts inne hatte, ein. Der dynamische Industrialisierungsprozess, wie er während dieser Zeit in fast allen grösseren württembergischen Orten wirksam war, kam in Schwäb. Hall nicht zum Zuge und Industrie und Gewerbe erfuhren lediglich eine Zunahme, die nur etwas grösser war, um den gleichzeitig eintretenden Rückgang in anderen Wirtschaftsbereichen auszugleichen.

Es würde über den Rahmen dieser Untersuchungen hinausführen, wollte man der Frage weiter nachgehen, warum Schwäb. Hall an der gewerblichen und industriellen Gründungsphase in Württemberg nicht in stärkerem Maße Anteil hatte.[1] Wir begnügen uns hier mit der Feststellung, daß die Ursachen des verhältnismässig niedrigen Industrialisierungsgrades bereits in der Gründerperiode liegen.[2] Es stellt sich hier also nicht, wie in vielen anderen Fällen das Problem, daß eine Stadt ihre Wirtschaftskraft teilweise einbüßt, weil ihre bisher dominierenden, aus früheren Industrialisierungsepochen stammenden Industriezweige im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung vom Markt verdrängt wurden, wie z.B. Webereien oder Betriebe der Tabakverarbeitung, sondern hier war die Entwicklung von Anfang an schwach.

2.3 Die Bevölkerungsentwicklung im letzten Jahrzehnt

Wir beschäftigen uns hier mit den rein mengenmässigen Vorgängen der Bevölkerungsentwicklung; die Probleme der damit verbundenen qualitativen Veränderungen werden in Teil B erörtert.

2.31 Grundzüge der Bevölkerungsbewegung im hohenloher Raum

Die Einwohnerzahl des hohenloher Raumes erfuhr während der Kriegs- und Nachkriegszeit eine Steigerung. Die Abwanderung aus der Landwirtschaft hatte aufgehört, Evakuierte und Flüchtlinge strömten herein. Der Abstand

---

1) Als Faktoren, die dabei unter anderem von Bedeutung waren, können genannt werden: das Großbauerntum, die einer Industrialisierung eventuell feindlich gegenüberstehenden Fürsten und die Mentalität der Bevölkerung
Vgl. dazu Tabelle IV: Die Bevölkerungsbewegung im hohenloher Raum 1939-50 und 1950-57

2) Vgl. dazu auch Th. Hartmann: "Die alte Reichsstadt in der Gegenwart", in: "800 Jahre Stadt Schwäb. Hall", Stuttgart 1956, S. 67 f.

gegenüber den dichter besiedelten übrigen nordwürttembergischen Kreisen, die ebenfalls Flüchtlinge und Evakuierte aufnahmen, blieb dabei jedoch erhalten bzw. vergrößerte sich noch mehr. In den Jahren 1950-1955 erfolgte teilweise ein Bevölkerungsrückgang, der aber zwischen 1955 und 1959 wieder in eine leichte Bevölkerungssteigerung überwechselte. Dem stand in den übrigen nordwürttemberischen Gebieten, insbesondere in den Stadtregionen, während der ganzen Zeit ein erheblicher Bevölkerungszuwachs gegenüber.[1)]

Für die weiteren Überlegungen ist vor allem von Bedeutung, wie sich die Bevölkerungsbewegung zusammensetzte. Von 1939 - 1950 hatten die hohenloher Kreise neben einem Geburtenüberschuß größtenteils auch einen Wanderungsgewinn zu verzeichnen, der jedoch hinter dem Durchschnittssätzen für Nordwürttemberg und Baden-Württemberg erheblich zurückblieb. Nach 1950 änderte sich die Situation: gegenüber den zwischen den einzelnen Gebieten des Landes nur wenig differierenden Geburtenquoten gewann die Wanderungsbewegung immer mehr an Bedeutung und wurde ausschlaggebend für die Bevölkerungsentwicklung. Die hohenloher Kreise hatten von da ab erhebliche Wanderungsverluste zu verzeichnen; sie verloren zwischen 1950 und 1958 auf diese Weise rd. 14 500 Menschen. Der Geburtenüberschuß von 11 800 während desselben Zeitraumes konnte dafür nur einen teilweisen Ausgleich schaffen.[2)] Der Kreis Schwäb. Hall wies gegenüber den anderen hohenloher Kreisen eine verhältnismässig niedrige Abwanderungsquote auf, die den Geburtenüberschuß nicht ganz erreichte, sodaß die Bevölkerungszahl etwas anstieg.

Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, in wieweit die Abwanderung aus dem hohenloher Raum in erster Linie auf das Abströmen der dort eingewiesenen Flüchtlinge zurückzuführen ist, oder ob auch die einheimische Bevölkerung in stärkerem Maße daran beteiligt war. Aus den verschiedenen Statistiken läßt sich hierzu folgendes entnehmen: Die Berechnung des Anteils der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung der einzelnen Kreise im Jahre 1950 zeigt, daß der hohenloher Raum mit Flüchtlingen schwächer besetzt war als die meisten übrigen nordwürttembergischen Kreise. Die folgende Tabelle zeigt eine Aufgliederung der Wanderungsbilanz während der Jahre 1950-1955 in Flüchtlinge und Einheimische, aus der hervorgeht, daß jeweils mehr Einheimische als Flüchtlinge an der Abwanderung aus dem hohenloher Raum beteiligt waren.

1) Vgl. dazu Tabelle III: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsdichte im hohenloher Raum 1939, 1950, 1955 und 1959 im Vergleich mit anderen württembergischen Landkreisen.

2) Zahlen über die Aufgliederung der Bevölkerungsbewegung in Wanderungsbewegung und natürlich Bewegung sind z.Zt. nur bis Ende 1957 greifbar.

Wanderungsbilanz der hohenloher Kreise von 1950-1955 [1]

Kreis:	Gesamtbevölkerung 1950/52	1954	1955	davon: Flüchtlinge 1950/52	1954	1955	Einheimische 1950/52	1954	1955
Schw.Hall	- 803	+186	+ 44	- 161	+ 86	- 59	-642	-219	-131
Crailsheim	-1435	-298	-160	- 439	-101	-253	-996	-492	-192
Mergentheim	-2159	-377	-658	-1335	-354	-299	-824	-160	-496
Künzelsau	- 966	-199	- 83	- 396	-113	- 79	-570	-177	-132
Öhringen	-1276	-577	-214	- 408	-193	-243	-868	-417	-112

Diese Entwicklung zeigt, daß nicht nur die Zuweisung von Flüchtlingen die wirtschaftliche Tragfähigkeit des hohenloher Raumes überstieg, sondern daß die vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten auch nicht dazu ausreichten, der gesamten einheimischen Bevölkerung bei steigendem Wohlstand weiterhin eine angemessene Existenzgrundlage zu bieten.[2]

Anhand der Zahlen von 1957 lassen sich auch Aussagen über die Richtung des Wanderungsstromes aus dem hohenloher Raum machen. Es zeigt sich dabei, daß die Wanderungsverluste dieses Gebietes fast ausschliesslich auf die Binnenwanderung innerhalb von Baden-Württemberg zurückzuführen sind. Als Aufnahmegebiete erscheinen dabei neben den grösseren Städten insbesondere die um Stuttgart gelegenen Kreise Leonberg, Böblingen, Waiblingen, Esslingen und Ludwigsburg; ähnliches geht aus den Untersuchungen über die Wanderungsbewegung 1952 hervor.[3] Gegenüber den außerhalb von Bad.-Württ. gelegenen Gebieten, insbesondere den angrenzenden bayrischen Kreisen, hatten die hohenloher Kreise dagegen einen leichten Wanderungsgewinn zu verzeichnen.[4]

---

1) Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Bad.-Württ., Heft 2/3, 1957, S. 55

2) Im Rahmen der von der Regierung durchgeführten Binnenumsiedlung zogen 1216 Flüchtlingsfamilien vom hohenloher Land in andere Gebiete, davon etwa 85 % in den Stuttgarter Raum.

3) Vgl. dazu: Statistische Monatshefte von Bad.-Württ., 1954, Heft 1, S. 4
In diesem Zusammenhang erscheint auch ein Ergebnis von Interesse, das M. Irle aus einer repräsentativen Untersuchung der Stuttgarter Bevölkerung gewann: "2/3 der Wohnbürger Stuttgarts sind im Verlaufe ihres Lebens in diese Stadt zugewandert; mehr als die Hälfte dieser Zuwanderer hat unmittelbar von Kleinstädten und Dörfern den Weg in die Großstadt gefunden."
M. Irle: "Gemeindesoziologische Untersuchungen zur Ballung Stuttgart ", Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 42, S. 61

4) Vgl. dazu Stat. Handbuch Bad.-Württ., 2. Ausgabe, 1958, S. 56

2.32 Die Stellung der Stadt Schwäb. Hall im Rahmen des Abwanderungsprozesses

Um die wesentlichen Zusammenhänge aufzuzeigen, ist es erforderlich, die Stadt und den Kreis getrennt zu betrachten. Von 1950 - 1957 hatten fast alle Gemeinden des Kreises einen Wanderungsverlust zu verzeichnen. Für den Kreis, ohne die Stadt Schwäb. Hall, ergibt sich folgendes Bild:

Wanderungsverlust	:	- 2 635
Geburtenüberschuß	:	+ 2 080
Bevölkerungsabnahme	:	- 555

7 % der Bevölkerung des Kreises (ohne die Stadt) wanderten von 1950-1957 ab. In der Stadt Schwäb. Hall erfolgten während derselben Zeit nachstehende Bevölkerungsbewegungen:

Wanderungsgewinn	:	+ 840
Geburtenüberschuß	:	+ 674
Bevölkerungszunahme	:	+ 1 514

Die Salden zeigen, daß bei den vielfältigen Bevölkerungsbewegungen zwischen 1950 und 1957 die Stadt Schwäb. Hall etwa ein Drittel der Bevölkerung aufnahm, die aus dem Kreis abwanderte.[1] Dadurch konnte der Kreis (einschl. der Stadt) im Gegensatz zu den übrigen hohenloher Kreisen die Bevölkerungszahl insgesamt etwas steigern. Die überwiegende Mehrzahl der Abwanderer verließ jedoch das Kreisgebiet. Ein Blick auf die Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Kreises zeigt, daß die an Schwäb. Hall angrenzenden und mit der Bahnlinie verbundenen Gemeinden im Gegensatz zu den übrigen Orten eine Bevölkerungssteigerung zu verzeichnen hatten.[2]

Betrachten wir zum Vergleich die Verhältnisse in den übrigen hohenloher Kreisen. Der Kreis Crailsheim (ohne die Stadt Crailsheim) hatte von 1950 - 1958 einen Wanderungsverlust von 5 673 Personen = 11 % der Bevölkerung von 1950; die Stadt Crailsheim konnte durch ihren Wanderungsgewinn diesen Bevölkerungsverlust etwa zur Hälfte ausgleichen. Im Kreis Mergentheim (ohne die Stadt) betrug in dieser Zeit der Wanderungsverlust 5 269 Personen = 17 % der Bevölkerung von 1950, nur 7 % dieses Wanderungsverlustes konnte Mergentheim durch eine Bevölkerungssteigerung ausgleichen. Für Stadt und Kreis Künzelsau lautet die gleiche Ziffer 12 % und für Öhringen

1) Zur Berechnung der Füllungs- oder Entleerungstendenz eines Ortes oder eines Gebietes haben Seiler-Hildebrandt folgende, auch als Landfluchtziffer bezeichnete Formel entwickelt:

$$\frac{WB - (Wa - \text{Geburtenübersch.} \times (a - b)}{\text{Geburtenübersch.}(a - b)} \times 100$$

Zeitraum: a - b
Wohnbev. = W

Wir wollen hier auf derartige Berechnungen verzichten, da eine weitere Vertiefung dieser Zusammenhänge im Rahmen unserer Aufgabenstellung nicht angebracht erscheint.
Vgl. dazu Karl Seiler, Walter Hildebrandt: "Die Landflucht in Franken", Leipzig 1940 S. 21

2) Vgl. dazu das beiliegende Schaubild

BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG von 1950-1957

LANDKREIS SCHWÄB. HALL

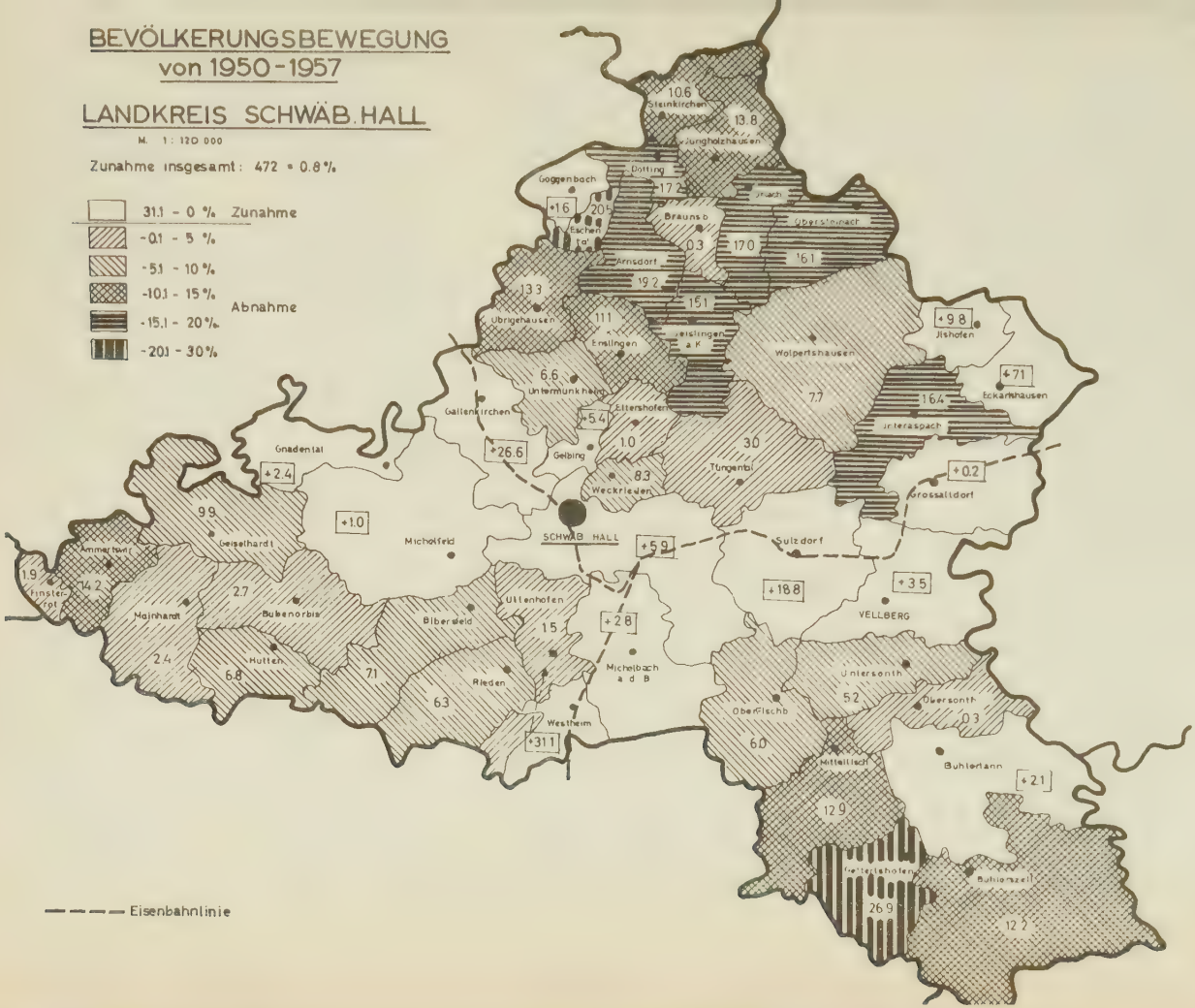
M. 1 : 120 000

Zunahme insgesamt: 472 = 0.8 %

- 31.1 - 0 % Zunahme
- -0.1 - 5 %
- -5.1 - 10 %
- -10.1 - 15 %
- -15.1 - 20 %
- -20.1 - 30 %

Abnahme

Eisenbahnlinie



9 %. Diese Gegenüberstellung zeigt, daß von den hohenloher Kreisstädten Schwäb. Hall neben Crailsheim durch seinen Bevölkerungszuwachs den Wanderungsverlust des Kreises am relativ stärksten ausgleichen konnte. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Abwanderungsquote im Kreis Schwäb. Hall von allen hohenloher Kreisen am geringsten war. Aus dem relativ höheren Anteil des Crailsheimer Wanderungszuwachses an der höheren Abwanderungsquote kann geschlossen werden, daß Crailsheim während dieser Zeit stärker wuchs als Schwäb. Hall. Dies zeigt sich auch, wenn wir die Bevölkerungsentwicklung beider Städte vergleichen. Schwäb. Hall hatte als nicht zerstörte Stadt über die Kriegs- und Nachkriegszeit seine Einwohnerzahl erheblich gesteigert: vom 14 964 im Jahre 1939 auf 19 266 im Jahre 1950. Von 1950 bis zum Beginn des Jahres 1960 war die Bevölkerungssteigerung der Stadt dagegen verhältnismässig gering, der Vergleich der prozentualen Zunahme von 1950 - 1959 zeigt, daß Schwäb. Hall zusammen mit Mergentheim die relativ geringste Bevölkerungssteigerung aller hohenloher Kreisstädte zu verzeichnen hatte.[1)]

Die räumlichen Bevölkerungsbewegungen stellen eine Anpassung an die verschieden verteilten Erwerbsmöglichkeiten und damit auch eine Art der Sanierung wirtschaftlich schwach entwickelter Gebiete dar. Die Bevölkerungsentwicklung kann daher als aufschlußreiches Indiz für die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt angesehen werden.[2)] Es zeigt sich, daß die Verteilung der Bevölkerung in erster Linie durch die räumliche Verteilung der Produktionseinrichtungen bestimmt wird. Die Forderung nach Dezentralisation ist danach also in erster Linie auf die Wirtschaft zu beziehen. Hierbei zeigt sich aber aus vielerlei Gründen, die wir später noch näher zu erörtern haben werden, daß die moderne Wirtschaft einer gewissen Schwerpunktbildung bedarf. Wenn sich in bestimmten Räumen und Orten Unternehmungen und Menschen stärker konzentrieren, so müssen ihnen zwangsläufig Gebiete gegenüberstehen, die Menschen abgeben, bzw. deren Bevölkerungsentwicklung stagniert.[3)] Entscheidend ist, in welchem Ausmaß sich ein solcher

1) Vgl. dazu Tabelle V: Die Bevölkerungsentwicklung in Schwäb. Hall im Vergleich mit anderen württ. Städten ähnlicher Größe.

2) J. Griesmeier schreibt dazu: "In besonders eindrucksvoller Weise reagieren im Gegenspiel der Kräfte die Daten der Bevölkerungsentfaltung. Wirtschaftlich gute Zeiten bewirken ein Steigen der Zahlen, ungünstige halten das Anwachsen zurück oder können, je nach dem Grade der wirtschaftlichen Stagnation, ein mehr oder minder langes Verharren, ja ein Abfallen der Zahlen auslösen."
J. Griesmeier: "Die Entwicklung der Wirtschaft und der Bevölkerung von Baden-Württemberg im 19. und 20. Jahrhundert" in: Jahrb. für Stat. u. Landeskunde von Bad.-Württ., 1954, Heft 2, S. 123

3) Vgl. dazu auch E.W. Buchholz: "Die Sozialplanung als Grundlage der Landesplanung" in: Raumforsch. u. Raumordnung, Heft 2/3, 1954, S. 91

Prozess vollzieht und welche wirtschaftlichen und sozialen Probleme dabei auftauchen. Diesen Fragen werden wir uns in späteren Abschnitten zuwenden. Hier kam es zunächst darauf an, einen Überblick darüber zu verschaffen, welche Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegung sich während der letzten 10 Jahre in der Stadt Schwäb. Hall und im hohenloher Raum insgesamt vollzogen haben. Als Ergebnis können wir festhalten, daß Schwäb. Hall in seiner Entwicklung während der vergangenen Jahrzehnte gegenüber den meisten anderen baden-württembergischen Städten in gleicher Weise zurückblieb, wie das gesamte hohenloher Land als Region. Aber selbst innerhalb Hohenlohes hatte Schwäb. Hall nur eine relativ geringe Bevölkerungssteigerung zu verzeichnen und vermochte nur eine schwache Anziehungskraft auf die abwandernde Bevölkerung der engeren und weiteren Umgebung auszuüben. Die übrigen hohenloher Kreisstädte, insbesondere Crailsheim, konnten während dieser Zeit gegenüber Schwäb. Hall etwas aufholen. Im Hinblick auf das Erfordernis, daß in wirtschaftlich schwach entwickelten Abwanderungsgebieten eine Konsolidierung nur über eine wirtschaftliche Schwerpunktbildung an bestimmten Orten zu erreichen ist, kann festgestellt werden, daß Schwäb. Hall dieser ihm im hohenloher Raum zufallenden Aufgabe bisher nur zum Teil gerecht werden konnte.

2.4 Die Funktion der Stadt Schwäb. Hall im Netz der Pendelwanderung

2.41 Die Bedeutung der Pendelwanderung für den Ausgleich zwischen wirtschaftlich verschieden entwickelten Gebieten.

Die Bevölkerungsbewegung zeigt nur einen Teilaspekt der Reaktion und Anpassung der Einwohner an die räumlich verschieden entwickelten Erwerbsmöglichkeiten, nämlich die sog. Definitiv-Wanderung. Ein weiteres Mittel der Kompensation zwischen der unterschiedlichen Tragfähigkeit der Sozialstandorte ist die Pendelwanderung. Die Untersuchungen über die Bevölkerungsentwicklung sind daher durch eine Analyse der Pendelwanderung zu ergänzen. Die Pendelwanderung, Abe definiert sie als "den meist täglich aber auch wöchentlich oder sonstigen regelmässigen Verkehr von Berufstätigen zwischen Wohnort und Erwerbsort,"[1] hat während des vergangenen Jahrzehnts im Zuge der stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung erheblich an Bedeutung gewonnen. Im Gegensatz zur Bevölkerungsbewegung läßt sich hierbei die räumlich-funktionale Verflechtung weit besser erkennen, da die Pendlererhebungen die verschiedenen Pendlerströme nach Umfang und Richtung detailliert

1) E.C. Abe im Handwörterbuch des Städtebaues, Wohnungs- und Siedlungswesens, Bd. II, Stuttgart 1959, S. 1188 f.

ausweisen, während die Statistik der Wanderungsbewegung, insbesondere hinhinsichtlich der jeweiligen Wanderungsrichtung keine Angaben liefert, ferner ist der funktionale Zusammenhang bei der Pendlerverflechtung klar gegeben, nämlich als Beziehung zwischen Arbeitsort und Wohnort, demgegenüber ist die Wanderungsbewegung von vielerlei Faktoren abhängig und deshalb mit grösseren Vorbehalten zu interpretieren. Eine Analyse der Pendelwanderung liefert aus diesen Gründen besonders aufschlußreiche Hinweise auf die Stellung einer Stadt im Kräftespiel der modernen Wirtschaft. Aber auch die Pendlerbilanz einer Stadt darf nicht isoliert betrachtet werden. Die Lage der Stadt im räumlichen Kräftespiel und insbesondere auch ihre Bevölkerungsentwicklung sind dabei mit zu berücksichtigen; so kann z.B. ein Ort einen hohen Auspendlerüberschuß aufweisen, der jedoch nicht darauf zurückzuführen ist, daß die vorhandenen Arbeitsplätze für die ursprüngliche Bevölkerung nicht ausreichten, sondern seine Ursache darin hat, daß er eine günstige Lage am Ballungsrand aufweist und daher von zuziehenden Bevölkerungskreisen bevorzugt als Wohnsitz gewählt wird. Dies gilt z.B. für die meisten Kreisstädte in der näheren Umgebung von Stuttgart. Ipsen spricht in diesem Zusammenhang von "Saumbewohnern des großen Standorts" bzw. von "Randexistenzen der Stadtluft." [1]

42 Umfang und Art der Pendelwanderung im hohenloher Raum

Um ein Bild von der Bedeutung der jeweiligen Pendelwanderung für eine Stadt oder ein Gebiet zu gewinnen, kann die sog. Pendelintensität, d.h. der Aus- oder Einpendlerüberschuß in % der Erwerbstätigen berechnet werden.[2] Da Ziffern über die Zahl der Erwerbstätigen nicht vorliegen, wählen wir als Bezugsgrösse die Bevölkerungszahl. In Tabelle VI wird die Pendelintensität der hohenloher Kreise mit der anderer württemberg. Kreise in den Jahren 1955, 1957 und 1959 verglichen. Es zeigt sich dabei, daß die Pendelintensität im hohenloher Raum weit geringer ist als in den Kreisen, die direkt an die Wirtschaftszentren angrenzen wie z.B. dem Kreis Waiblingen oder in etwas abgeschwächter Weise dem Kreis Backnang.[3] Das Aus-

---

1) G. Ipsen: "Standort und Wohnort", in: Forschungsberichte des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums von Nordrhein-Westfalen Nr. 365, Köln und Opladen 1957, S. 12

2) Vgl. dazu O. Boustedt: "Die Stadt und ihr Umland", in: Raumforsch. u. Raumordnung 1953, Heft 1, S. 25 und

H. Linde: "Grundfragen der Gemeindetypisierung" in: Raum u. Wirtschaft, Bremen-Horn 1952, S. 58 f.

3) Vgl. dazu Tabelle VI: Die Entwicklung des Pendlerverkehrs von 1955-1959 nach Kreisen.

(Fortsetzung S. 64)

-pendlervolumen ist dort im Verhältnis zur Bevölkerungszahl meist doppelt so hoch wie im hohenloher Raum. Bei den Einpendlern sind die Unterschiede etwas geringer. Es ergibt sich also bei der Pendlerbewegung das entgegengesetzte Bild wie bei der Wanderungsbewegung. In Hohenlohe überwiegt bei niedrigen Auspendlerziffern die Bevölkerungsabwanderung und in den näher bei den wirtschaftlichen Schwerpunkten gelegenen Kreisen tritt bei hohen Wanderungsgewinnen eine Zunahme des Auspendlerüberschusses ein. Der hohenloher Raum liegt von den Wirtschaftszentren so weit entfernt, daß ein tägliches Pendeln dorthin einen Geld- und Zeitverlust verursacht, der in den meisten Fällen kaum als zumutbar angesehen werden kann. Eine ähnliche Lage weisen die zum Vergleich herangezogenen oberschwäbischen Kreise Biberach, Ehingen, Ravensburg, Saulgau und Wangen auf. Die Pendelintensität ist dort noch etwas geringer als in Hohenlohe. Den höchsten Auspendleranteil haben im hohenloher Raum der Kreis Öhringen, der dem Wirtschaftsraum Heilbronn am nächsten liegt und der Kreis Schwäb. Hall, der die relativ geringste Entfernung zum Stuttgarter Ballungsraum aufweist. Umgekehrt hat der am weitesten vom zentralen württembergischen Industrieraum entfernt gelegene Kreis Mergentheim trotz rückläufiger Bevölkerungszahl sogar einen beträchtlichen Einpendlerüberschuß, insbesondere aus den angrenzenden bayrischen Kreisen. Für das wirtschaftlich schwach entwickelte hohenloher Land besteht also kaum die Möglichkeit, die unzureichenden Erwerbsgrundlagen durch eine Intensivierung des Auspendlerverkehrs zu erweitern. Es überwiegt hier im Gegensatz zu den Kreisen mit einem hohen Pendlervolumen die Kreisbinnenpendelwanderung. Da kein Ort in der näheren Umgebung in der Lage ist, in grösserem Maße Einpendler aufzunehmen, ist bei den nach außerhalb der Kreise zur Arbeitsstätte

---

Fortsetzung der Fußnote von Seite 63:

3) "Die neu angeworbenen Beschäftigten kommen von auswärts und finden in der Stadt keinen ihnen zusagenden Wohnort. Sie dehnen ihre Suche auch auf die angrenzenden Landgemeinden aus und besiedeln immer entferntere Orte". G. Ipsen: "Standort und Wohnort", Forschungsberichte des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums Nordrh.-Westfalen, Nr. 365, Köln und Opladen 1957, S. 127

J. Griesmeier bemerkt in diesem Zusammenhang: "Im zentralen Industrieraum von Göppingen bis Heilbronn pendeln von nahezu 1/2 Mill. Industriebeschäftigter mindestens 300 000 über die Kreisgrenzen. Es ist ein verwirrendes Durcheinander im gegenseitigen Kräfteaustausch von Kreis zu Kreis gegeben."

J.Griesmeier: "Strukturelle Wandlungen der gewerblichen Wirtschaft des Landes Bad.-Württ.", herausgeg. vom Institut für südwestdeutsche Wirtschaftsforschung, Stuttgart 1960, S. 81

fahrenden Arbeitskräften der Anteil der Fern- und Wochenpendler verhältnismässig hoch. Diesem Personenkreis stellt sich meist die Alternative, entweder lange Fahrtzeiten mit einem entsprechenden Geldaufwand in Kauf zu nehmen oder den Wohnort zu wechseln, sodaß darin vielfach die Vorstufe einer Definitivwanderung zu sehen ist. Der Kreis Schwäb. Hall weist einen Auspendlerüberschuß auf. Die Analyse zeigt ferner, daß grössere Gebiete des Kreise Schwäb. Hall ebenso wie des Kreises Crailsheim im Pendlereinzugsbereich von Stuttgart liegen, der nach Nordosten am weitesten ausgreift mit ein Zeichen dafür, daß es in diesem Raum an entsprechenden Anziehungspunkten fehlt. Von großer Bedeutung ist dabei die Eisenbahnlinie Crailsheim-Schwäb. Hall-Backnang-Stuttgart. Die Auspendler in den Stuttgarter Raum stammen vorwiegend aus Orten, die an dieser Bahnlinie liegen. Da die Bundesbahn nach wie vor der wichtigste Verkehrsträger des Pendelverkehrs ist, geht daraus auch hervor, welche Bedeutung ihrer Fahrplan- und Tarifgestaltung in diesem Zusammenhang zukommt.

2.43 Die Pendlerbilanz von Schwäb. Hall

Die Stadt Schwäb. Hall ist das einzige grössere Einpendlerzentrum des Kreises mit einem Einpendlerüberschuss von 2 879 Personen im Jahre 1959.[1] Was bereits bei der Bevölkerungsanalyse zum Ausdruck kam, zeigt sich hier ebenfalls: Schwäb. Hall steht als Zentralort im Kreis völlig allein, kleinere Nebenzentren, wie in anderen Kreisen, existieren hier nicht. Lediglich 4 Gemeinden des Kreises hatten 1959 neben Schwäb. Hall einen Einpendlerüberschuß, der jedoch völlig unbedeutend ist. Folgende Zahlen verdeutlichen die Situation: 1959 kamen bei 3 566 Einpendlern nach Schwäb. Hall 3 132 aus dem Kreis und 434 von außerhalb. 59 % aller Auspendler aus den Gemeinden des Kreise fuhren 1959 zu ihrem Arbeitsplatz nach Schwäb. Hall, 1957 waren es 53 %. Die Pendlerbilanz des Kreises wies einschl. der Stadt einen Minussaldo von 534 auf, ohne die Stadt - 3 413.[2] Von den 687 Haller Auspendlern gingen im Jahr 1959 316 in Orte des Kreises und 371 nach außerhalb, davon allein 128 nach Stuttgart, dem wichtigsten Zentrum der Haller Auspendler.[3] Die Entwicklung der Pendlerbilanz in Schwäb. Hall und in den übrigen Orten des Kreises weist zum Teil beträchtliche Schwankungen auf, die insbesondere auf Neugründungen

---

1) Vgl. dazu Tabelle VII: Die Entwicklung des Pendlerverkehrs der Stadt Schwäb. Hall von 1955-1959

2) Vgl. dazu Tabelle VI: Die Entwicklung des Pendlerverkehrs von 1955-1959 nach Kreisen.

3) Vgl. dazu J. Henry: "Die Wohnsiedlung und ihre Beziehungen zum Arbeitsort", in: Bauen+Wohnen, Heft 3, 1959, S. 99 f.

und Stillegungen kleinerer Gewerbebetriebe zurückzuführen sein dürften, wie es während der letzten 10 Jahre in diesem Gebiet sehr häufig zu beobachten war.[1] Die Analyse der Pendlerverflechtungen im Kreis lässt erkennen, daß die Einpendlerströme nach Schwäb. Hall vorwiegend den Eisenbahn- und Omnibuslinien folgen und daß der Pendlereinzugsbereich von Schwäb. Hall im Nordwesten des Kreises die größte Intensität aufweist.[2] In den Grenzgebieten des Kreises macht sich teilweise auch der Einzugsbereich anderer Zentralorte bemerkbar, so im Raum Ilshofen das nahegelegene Crailsheim, im nördlichen Zipfel Künzelsau, in den westlichen Gemeinden Heilbronn und an der südöstlichen Grenze Gaildorf. Die Pendlerverflechtung zwischen den Gemeinden des Kreises ist verhältnismässig gering. Von außerhalb kommen insbesondere aus den Kreisen Öhringen, Backnang und Crailsheim Einpendler nach Schwäb. Hall.

Obwohl Schwäb. Hall mit Abstand der größte Zentralort im hohenloher Raum ist, nimmt es, im Vergleich zu den übrigen hohenloher Kreisstädten, den relativ geringsten Anteil an Einpendlern auf.[3] Nach den absoluten Zahlen liegt es mit seinem Einpendlervolumen nur knapp vor Mergentheim und Crailsheim. Sehr deutlich tritt der Unterschied zutage, wenn wir den Einpendlerüberschuß auf die Bevölkerung beziehen: Schwäb. Hall weist hier 1955, 1957 und 1959 jeweils mit Abstand die geringsten Ziffern aller hohenloher Kreisstädte auf. Es bietet also im Verhältnis zu seiner Grösse die wenigsten zusätzlichen Arbeitsplätze für die Umgebung. Dies zeigt auch ein Vergleich mit dem ähnlich gelegenen Biberach, das 1959 insgesamt 5 257 Einpendlern einen Arbeitsplatz bot und einen Einpendlerüberschuß von 24,8 auf 100 Einwohner aufwies. In Backnang und Waiblingen ist der Einpendlerüberschuß geringer als in Schwäb. Hall, da sich dort die Nähe Stuttgarts in einem hohen Auspendlervolumen bemerkbar macht.[4] Betrachten wir die Entwicklung von 1955-1959, so ist zu erkennen, daß Schwäb. Hall neben Öhringen die relativ geringste Zunahme seines Einpendlerüberschusses zu verzeichnen hatte. Selbst nach der absoluten Zahl blieb es hinter Mergentheim und Crailsheim zurück.[5]

---

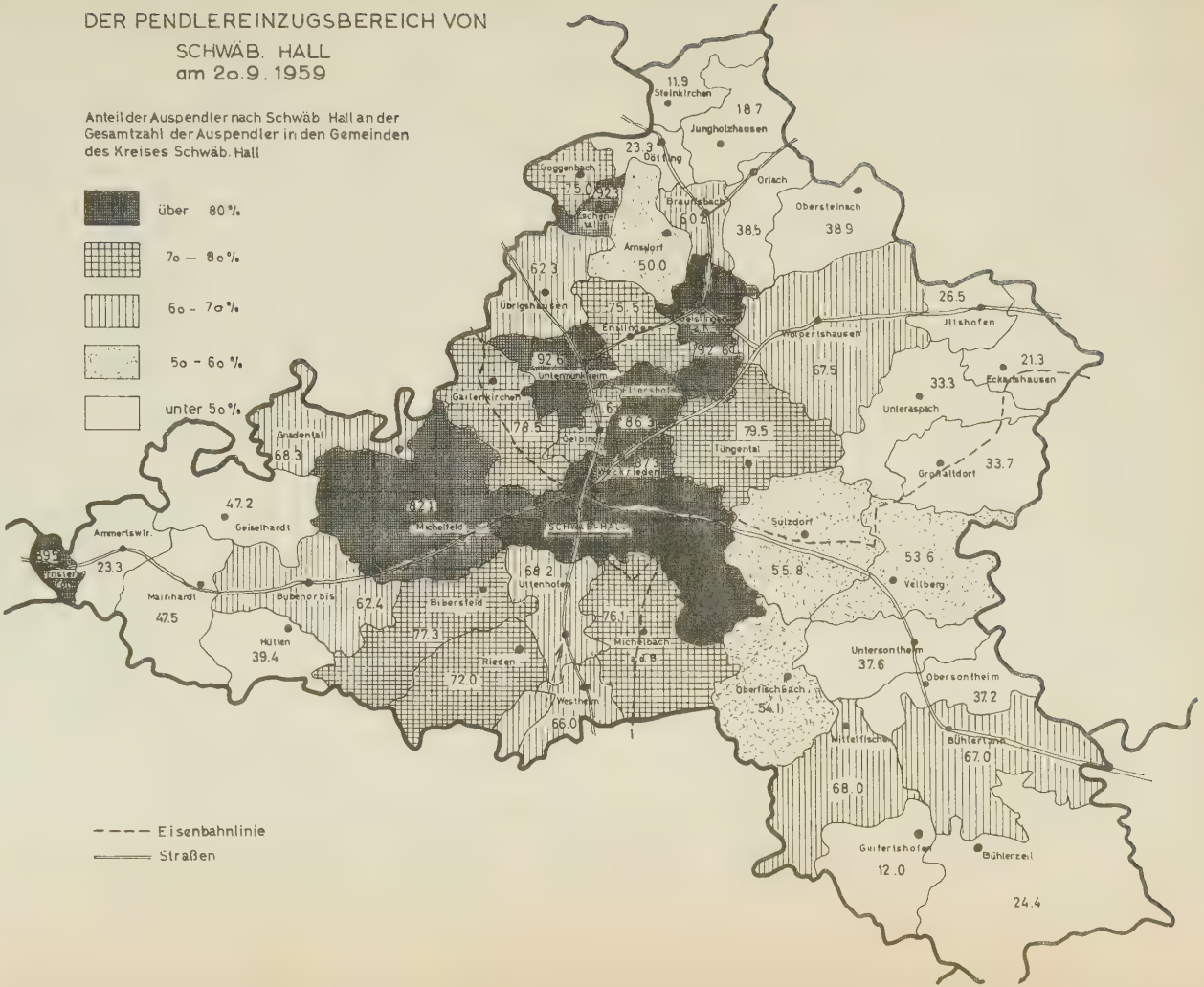
1) Vgl. dazu Teil C, Abschnitt 1.3: Der Gewerbesteuerausgleich

2) Vgl. dazu das folgende Schaubild

3) Vgl. dazu Tabelle VII: Die Entwicklung des Pendlerverkehrs der Stadt Schwäb. Hall von 1955 - 1959 im Vergleich mit anderen württ. Städten.

4) ebenda

5) ebenda


DER PENDLEREINZUGSBEREICH VON
SCHWÄB. HALL
am 20.9.1959
Anteil der Auspendler nach Schwäb. Hall an der Gesamtzahl der Auspendler in den Gemeinden des Kreises Schwäb. Hall
über 80 %
70 – 80 %
60 – 70 %
50 – 60 %
unter 50 %
Eisenbahnlinie
Straßen
SCHWÄB. HALL
Steinkirchen
Jungholzhausen
Oetting
Oriach
Obersteinach
Braunsbach
Arnsdorf
Übrigshausen
Ensingen
Wolpertshausen
Jlshofen
Eckartshausen
Unteraspach
Gaisbach
Gelbingen
Tüngental
Großaltdorf
Gaildorf
Gaisenkirchen
Gnadental
Ammertswir.
Geiselhardt
Michelfeld
Sulzdorf
Mainhardt
Bubenorbis
Bibersfeld
Uttenhofen
Vellberg
Hütten
Rieden
Michelbach a. B.
Untersontheim
Obersontheim
Westheim
Oberlischbach
Mittelfischach
Bühlertann
Gaildorf
Bühlerzell
11.9
18.7
23.3
75.0
92.3
60.2
38.5
38.9
62.3
50.0
75.5
92.6
92.6
67.5
26.5
33.3
21.3
78.5
86.5
79.5
68.3
87.3
33.7
47.2
82.1
39.5
23.3
68.2
55.8
53.6
62.4
47.5
76.1
77.3
39.4
72.0
37.6
37.2
66.0
54.1
67.0
68.0
12.0
24.4

2.44 Auswirkungen der Pendelwanderung - positive und negative Faktoren

In Ergänzung zur Analyse der Pendlerverflechtung erscheint es angebracht, die verschiedenen Auswirkungen und Zusammenhänge der Pendelwanderung kurz zu erörtern. An negativen Auswirkungen sind insbesondere zu nennen:

+ Zusätzliche Einkommensbelastung durch Beförderungskosten (entspr.zusätzliche volkswirtschaftl.Leistungen für Transport). Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein Teil dieser Lasten über die Sozialtarife der Bundesbahn und durch die steuerliche Abzugsfähigkeit vom Staat getragen wird.
+ Zusätzlicher Zeitaufwand (etwa 34% der Stuttgarter Einpendler sind täglich mehr als 12 Stunden von daheim weg).
+ Zusätzlicher Kraftaufwand, nervliche Anstrengung etc.
+ Erhöhtes Gefahrenmoment im Verkehr. 1)

Die positiven Faktoren lassen sich nicht scharf umreissen, da es von der jeweiligen Betrachtungsweise abhängt, wie man die verschiedenen Vorgänge beurteilen will. So ist es fraglich, ob die Tatsache, daß ein Arbeitnehmer einen geeigneten Arbeitsplatz bekommen hat, weil er eine längere Entfernung zum Arbeitsplatz auf sich nimmt, als günstig anzusehen ist, oder ob dies gerade als negatives Moment zu betrachten ist, weil es ihm nur möglich war, einen geeigneten Arbeitsplatz zu bekommen, indem er die Mühen des Pendelns auf sich nahm. Man kann die positiven Auswirkungen des Pendelns so formulieren, daß sich dadurch verschiedene Vorteile miteinander kombinieren lassen, die bei den gegebenen Verhältnissen nur an bestimmten Orten wahrgenommen werden können. Der positive Effekt einer solchen Kombination verschiedener Vorteile wird jedoch durch die Mühe und den Aufwand des Pendelns gemindert. Unter rein ökonomischen Gesichtspunkten wird ein Arbeitnehmer so lange pendeln, solange der Mehrnutzen, der ihm durch die Kombination verschiedener Vorteile seines Wohn- und Arbeitsortes erwächst, größer ist, als die Mühe und der Aufwand des Pendelns. In der Realität sind vor allem auch subjektive Faktoren zu berücksichtigen.[2] Aufschluß über die wahrscheinliche Verhaltensweise der Pendler, die neben der objektiven Datenkonstellation insbesondere auch von subjektiven Wertschätzungen geprägt wird, kann nur über besondere Befragungen erzielt werden. Eigene Befragungen waren nicht möglich, wir greifen daher auf die Ergebnisse von Befragungen zurück, die im Rahmen der Arbeiten "Standort und Wohnort" und "Die Großstadt Stuttgart aus der Sicht ihrer Bürger" veröffentlicht wurden.[3] Die Ergebnisse beider Untersuchungen zeigen an den Beispielen Darmstadt und Stuttgart übereinstimmend, daß

1) Vgl.dazu G.Isenberg:"Entfernungsaufwand im Personenverkehr und Raumordnung im Ballungsgebiet", in: Forsch.-u.Sitz.ber.d.Akad.f.Raumforsch.u.Landesplan. BD.XII, Raum u.Verkehr 4: "Verkehrsprobleme in Ballungsräume", Bremen-Horn 1959, S.16
2) Vgl.dazu Arbeitsamt Stuttg.: Jahresbericht 1959, S.23
3) M.Irle:"Gemeindesoziolog.Untersuchungen zur Ballung Stuttgart", Mitteilungen aus dem Institut f.Raumforsch, H.42, Bad Godesberg 1960. G.Ipsen:"Standort u.Wohnort", Forsch.-Ber.d.Wirtschafts-u.Verk.-Min. Nordrh.-Westf. Nr.365, Köln u. Opladen, 1957.

die Mehrzahl der Pendler nicht an den Arbeitsort in der Großstadt ziehen will. Es wurden dafür insbesondere folgende Gründe genannt:

+ Nach den Befragungen und nach unseren Analysen in Schwäb. Hall verfügen 1/4 bis 1/3 der Pendler über ein eigenes Haus, bzw. über Grundbesitz.
+ Die Pendler wohnen schöner und naturnaher als es in der Großstadt möglich wäre.
+ Sie leben in ihren Wohnungen weniger gestört als es dort der Fall ist. Es findet sich z.B. in Stuttgart keine Bevölkerungsgruppe, die in ihren Wohnungen so wenig gestört ist, wie die Stuttgarter Einpendler
+ Es bestehen familiäre Bindungen an den bisherigen Wohnort
+ Die Pendler fühlen sich mit der Heimat besonders verbunden und vertreten vielfach die Auffassung, daß der jetzige kleinere Wohnort gesünder sei, als Großstadt und Ballung.

Die meisten möchten aber das Pendlerdasein aufgeben. Als wichtigster Gesichtspunkt wird dabei eine Verkürzung der Arbeitswegzeiten genannt. Nur 18 % sind mit ihrem Pendlerdasein zufrieden. 54 % der Pendler würden lieber an ihrem jetzigen Wohnort arbeiten und 28 % würden lieber in der Großstadt arbeiten und wohnen.[1)]

Wenn der am häufigsten genannte Wunsch der Pendler, am jetzigen Wohnort einen Arbeitsplatz zu erhalten, erfüllt werden sollte, müssten in den wirtschaftlich schwach entwickelten Gebieten neue Betriebe in großer Zahl entstehen. Wollte man dies etwa mit Hilfe staatlicher Förderung beschleunigt vorwärtstreiben, so würden dadurch den Ballungsgebieten in erheblichem Maße Arbeitskräfte entzogen, ein Teil der Arbeitsplätze wäre nicht mehr zu besetzen und Kapazitäten würden brachliegen. Es zeigt sich also, daß solche Veränderungen nur langfristig möglich sind. Die Mehrzahl der Pendler ist sich dessen auch bewußt, " 69 % aller Einpendler nach Stuttgart sehen in absehbarer Zeit keine realisierbare Chance, weder sich als Arbeitsbürger aus Stuttgart zurückzuziehen noch umgekehrt sich auch als Wohnbürger in die Stuttgarter Gemeinde einzufügen. Sie glauben in einer Situation ausharren zu müssen, die nur wenigen von ihnen behagt oder für ihre Lebensführung angemessen erscheint." [2)] Mit einer Abwanderung in die Ballungsräume wäre zwangsläufig ein Verlust vieler Dinge verbunden, denen die meisten Pendler eine besondere Wertschätzung beimessen und die im Rahmen der gegenwärtigen Sozialpolitik unter

---

1) M. Irle: "Gemeindesoziologische Untersuchungen zur Ballung Stuttgart", Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 42, Tabelle 112 und 113

2) ebenda S. 60

Einsatz öffentlicher Mittel gefördert werden, wie das Eigenheim, eine weite Eigentumsstreuung, die Familie etc. Selbst wenn wir diese Faktoren unberücksichtigt lassen, zeigt es sich, daß es in den Ballungsräumen kaum möglich ist, in entsprechendem Maße neuen Wohnraum zu schaffen, um die Einpendler aufnehmen zu können. Eine langfristige Lösung dieses Problems dürfte darin zu sehen sein, daß sich im ganzen Land ein Netz mittlerer Zentren herausbildet, in denen Industrie und Dienstleistungen in verschiedener Verteilung konzentriert sind. Diese könnten eine grössere Zahl von Einwohnern aus den Landgemeinden aufnehmen; gleichzeitig würden viele Nahpendlerbereiche geschaffen, sodaß die meisten Arbeitskräfte weiterhin an ihrem bisherigen ländlichen Wohnort bleiben könnten, da sich die Pendelwege im Bereich der Zumutbarkeit hielten. Schwäb. Hall könnte und sollte ein solches Zentrum für den ganzen Kreis in weit stärkerem Maße bilden, als wie es bisher der Fall ist. Die Auspendler aus Landgemeinden würden dann für ihre Wohnorte eine positive Funktion in der von Ipsen beschriebenen Form ausüben: "Der Pendler vertritt ja überdies in seiner Wohngemeinde häufig das fortschrittliche Element ... er ist gewissermassen der Motor, um das Leben im Dorf in technischer und kultureller Hinsicht dem in der Stadt anzunähern oder anzugleichen. Es wäre zu bedauern, wenn der Pendler aus den Dörfern ganz verschwinden würde."[1)]

3. Analyse der Schwäb. Haller Wirtschaft nach ihrer räumlich-funktionalen Gliederung

3.1 Gesamtbetrachtung der wirtschaftlichen Leistungskraft und Struktur

3.11 Ergebnisse der Nettoproduktberechnungen.

Wie bereits in Abschnitt 1.31 erörtert wurde, hat das Statistische Landesamt von Baden-Württemberg Berechnungen des Nettoinlandsprodukts der bad.-württ. Kreise für 1955 veröffentlicht.[2)] Neuere Zahlen liegen nicht vor. Nettoproduktberechnungen für 1957 gelangen voraussichtlich erst im Frühjahr 1962 zur Veröffentlichung. Die Berechnungen wurden jeweils für die Stadt- und Landkreise vorgenommen. Gesonderte Zahlen für die Stadt Schwäb. Hall liegen deshalb nicht vor. Trotzdem beschäftigen wir uns damit zu Beginn der wirtschaftlichen Strukturanalyse, weil dadurch ein Überblick über die Wirtschaftskraft zu gewinnen ist, der anhand weiterer Untersuchungen ausgebaut werden kann.

1) G. Ipsen: "Standort u. Wohnort", Forschungsberichte des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums Nordr.-Westf., Nr. 365, Köln u. Opladen 1957, S. 254

2) Vgl. dazu: Statistik von Bad.-Württ. Bd. 48: "Die Wirtschaftskraft des Landes Bad.-Württ. und seiner Stadt- und Landkreise", Stuttg. 1958

Die Ergebnisse der Sozialproduktsberechnungen werden vielfach nicht nur als Gradmesser der Wirtschaftskraft, sondern auch als Ausdruck des Wohlstandsniveaus schlechthin betrachtet. Eine solche Ausweitung der Interpretation von Sozialproduktsberechnungen erscheint u.E. jedoch nicht angebracht. Die Wirtschaftskraft setzt sich aus den verschiedenen quantitativ messbaren Leistungen eines Gebietes, die in einer bestimmten Zeitspanne erbracht werden, zusammen. Wohlstand ist begrifflich vielschichtiger und lässt sich nur teilweise quantitativ fassen. Wichtig sind dabei nicht nur die Summen der Wertschöpfung, sondern auch die Umstände, unter denen dies geschah. So vollzieht sich z.B. die Entfaltung starker Wirtschaftskräfte in Ballungsgebieten oft unter harten und für die Bevölkerung unangenehmen und ungesunden Bedingungen. Man denke dabei z.B. an die vielfach chaotischen Verkehrsverhältnisse, an die Lärmbelästigung, an die Verschmutzung von Luft und Gewässer, an schlechte Wohnverhältnisse ohne Grün und ohne Sonne etc. Diese Vorgänge kommen in der Wertschöpfung nicht zum Ausdruck, sind aber von großer Bedeutung für den Wohlstand. Hinzu kommt, daß ungünstige strukturelle Verhältnisse vielfach zusätzliche Leistungen erforderlich machen, z.B. umfangreiche Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse oder zur Beseitigung der Luft- und Gewässerverschmutzung, zur Schaffung von Erholungsflächen etc. Maßnahmen zur Beseitigung derartiger Schwierigkeiten erscheinen damit als Steigerung der Wirtschaftskraft, obwohl sie nur deshalb erbracht werden müssen, um die negativen Auswirkungen anderer Wirtschaftszweige abzuwenden, was bei einer ausgewogenen Struktur vielfach nicht notwendig wäre. Es ist also die Situation möglich, daß bei niedrigeren wirtschaftlichen Leistungswerten ein relativ höheres Wohlstandsniveau herrschen kann als bei einer höheren Wertschöpfung. Wir werden uns bei den folgenden Vergleichen auf die regional unterschiedliche Leistungskraft beschränken. Die Probleme des Wohlstandsniveaus bleiben dabei zunächst außer acht.

Betrachten wir die wirtschaftliche Leistungskraft des hohenloher Raumes insgesamt, so zeigt sich, daß hier die Leistungswerte je Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt nur ca. 75 % des Landesdurchschnittes von Bad.-Württ. erreichen. Klammern wir aus dem Landesdurchschnitt die Stadtkreise Mannheim und Stuttgart aus, die mit ihrer Wirtschaftskraft weit über das übrige Gebiet hinausragen, so erreicht Hohenlohe 83 % des Landesdurchschnitts.[1] Da der hohenloher Raum einen Auspendlerüberschuß

1) Vgl. dazu Tabelle VIII: Die Gliederung des Netto-Inlandprodukts und die Leistungswerte der Kreise für 1955

aufweist, liegen die Leistungswerte pro Kopf der vom Nettoprodukt abhängigen Bevölkerung etwas höher. Hohenlohe übertrifft mit dieser Leistungskraft zwar die angrenzenden nordbadischen Gebiete , liegt aber erheblich schlechter als beispielsweise das Oberrheingebiet. Innerhalb des hohenloher Raumes hat der Kreis Schwäb. Hall mit einem Leistungswert je Kopf der Wohnbevölkerung in Höhe von 81 % des Landesdurchschnitts und ca. 90 % des Landesdurchschnitts ohne Stuttgart und Mannheim neben dem Kreis Künzelsau die stärkste Wirtschaftskraft zu verzeichnen. Er liegt damit etwa auf gleicher Stufe mit dem Kreis Wangen, etwas schlechter als die Kreise Biberach und Ravensburg, dagegen etwas besser als die Kreise Saulgau und Ehingen.[1] Da Schwäb. Hall mit weitem Abstand das wichtigste Wirtschaftszentrum des Kreises darstellt, haben diese Leistungswerte auch eine Aussagekraft für die Stadt selbst. Nach den Zahlen über die wirtschaftliche Entwicklung seit 1955 ist allerdings anzunehmen, daß die übrigen hohenloher Kreise gegenüber dem Kreis Schwäb. Hall aufgeholt haben. In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß die Wertschöpfung je Einwohner in Bad.-Württ. 1958 nur um etwa 2 % über dem Bundesdurchschnitt lag. Sie war niedriger als in den Hansestädten und in Nordrhein-Westfalen.[2] Es zeigt sich dabei, daß nach der Höhe des Sozialprodukts die Vorstellungen über einen besonders ausgeprägten Wohlstand in Bad.-Württ. kaum gerechtfertigt sind. Offensichtlich wird bei derartigen Betrachtungen vor allem auch die Sozial- und Siedlungsstruktur betrachtet; Verhältnisse, wie sie anderswo durch die wachsende Menschen- und Wirtschaftskonzentration in vielerlei Hinsicht gefährdet erscheinen.

Die Gliederung der Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen läßt erkennen, daß der Anteil der Landwirtschaft an der Wertschöpfung im hohenloher Raum 3-mal so hoch ist als im Landesdurchschnitt. Industrie und Gewerbe sind entsprechend schwächer entwickelt, der tertiäre Bereich weicht dagegen nur geringfügig vom Landesdurchschnitt ab. Der Kreis Schwäb. Hall unterscheidet sich von der für das hohenloher Gebiet typischen Wirtschaftsstruktur in verschiedenen Punkten: Der Anteil der Landwirtschaft an der Wertschöpfung ist hier von allen hohenloher Kreisen am geringsten, aber immer noch mehr als doppelt so hoch als im Landes-

1) Vgl. dazu Tabelle VIII: Die Gliederung des Netto-Inlandsprodukts und die Leistungswerte der Kreise für 1955 und das Schaubild in Abschnitt 2.1: Die Nettoleistungen der Kreise je Kopf der von ihr abhängigen Bevölkerung in Bad.-Württ. 1955

2) Vgl. dazu: "Statistische Unterlagen zur Beurteilung der Bevölkerungsstruktur u. der Wirtschaftskraft der Bundesländer", 1950-1959", herausgegeben vom Statistischen Bundesamt

-durchschnitt. Demgegenüber sind der tertiäre und der produzierende Bereich etwas stärker entwickelt. Die besondere wirtschaftliche Struktur des Kreises Schwäb. Hall kommt auch bei einem Vergleich mit dem Kreis Biberach zum Ausdruck. Landwirtschaft und produzierendes Gewerbe sind dort stärker entwickelt, dagegen hat der tertiäre Bereich einen geringeren Umfang.[1)]

G. Ander klassifizierte die baden-württembergischen Kreise nach ihrem Leistungsniveau und nach ihrer Wirtschaftsstruktur. Der Kreis Schwäb. Hall wurde dabei zusammen mit den Kreisen Tauberbischofsheim, Sinsheim, Öhringen, Ulm-Land, Biberach, Saulgau, Wangen etc in einer Gruppe folgendermaßen charakterisiert: "Kreise mit etwas stärker hervortretenden Leistungen der Land- und Forstwirtschaft, etwa 1/4 - 1/3 der Wertschöpfung und einem verarbeitenden Gewerbe von ungefähr gleicher Bedeutung, etwa 50 - höchstens 100 Industriebeschäftigte auf 1000 Einwohner."[2)] Eine derartige Klassifizierung erscheint u.E. nicht sehr glücklich, da hier ohne Berücksichtigung der Verkehrslage und der Verflechtung mit den umliegenden Gebieten etc. nur nach statistischen Merkmalen vorgegangen wurde.

3.12 Ergebnisse der Umsatzsteuer, der Lohn- und der Einkommensteuer-Statistik

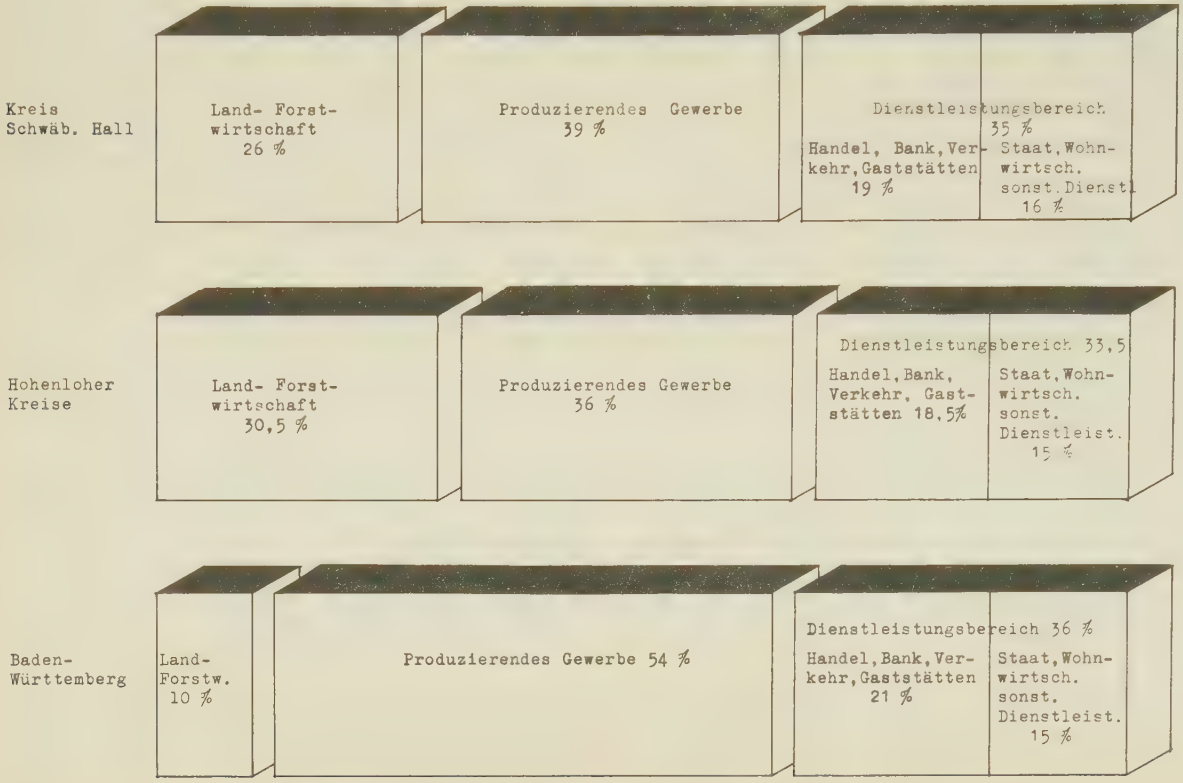
Die Umsatzsteuer-Statistik ist von den gegenwärtig greifbaren Unterlagen als einer der wichtigsten Gradmesser zur Beurteilung der regionalen Wirtschaftskraft anzusprechen. Trotzdem sind auch hier verschiedene Momente zu beachten, die die Verwendungsmöglichkeiten beeinträchtigen: Es werden nur Kreisergebnisse ausgewiesen, die Umsatzsteuer-Statistik bezieht sich nach der Umstellung auf die Organschaftsbesteuerung nicht mehr auf die örtlichen Betriebseinheiten, sondern auf die Unternehmen. Filialbetriebe auswärtiger Firmen kommen dabei in dem Kreis, in dem sie ansässig sind, nicht mehr zum Ausdruck; es ist ferner zu beachten, daß nur Umsätze über 8 000 DM jährlich erfasst werden. Diese Abgrenzung dürfte jedoch das Bild kaum verfälschen. Der besondere Wert der Umsatzsteuer-Statistik liegt darin, daß dadurch vor allem ein genauer Einblick in die Bedeutung der verschiedenen Dienstleistungszweige gewonnen werden kann, wofür die Beschäftigtenzahlen nur von begrenzter Aussagekraft

---

1) Vgl. dazu Tabelle VIII und das folgende Schaubild: Aufgliederung des Nettoprodukts nach Wirtschaftsbereichen.

2) Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 48, S. 33

Aufgliederung des Nettoprodukts nach Wirtschaftsbereichen 1955



sind. Wir wollen uns hier mit einer knappen Interpretation der Tabellen, soweit sie als Ergänzung zu den bisherigen Strukturanalysen angebracht sind, begnügen und werden bei der Erörterung der fernbedarfstätigen Wirtschaftsbereiche wieder darauf zurückkommen.

Nach den Umsatzzahlen ist die Leistung des produzierenden Gewerbes in Schwäb. Hall und im hohenloher Raum gegenüber dem Landesdurchschnitt noch geringer als bei einem Vergleich nach den Beschäftigtenzahlen. Dies läßt darauf schließen, daß es sich hier überwiegend um arbeitsintensive Branchen mit einer geringeren Wertschöpfung je Arbeitskraft handelt und daß hier teilweise Zweigwerke von auswärtigen Firmen vorhanden sind. Der Kreis Schwäb. Hall liegt mit den Umsätzen je Kopf der Bevölkerung zwar über dem Durchschnitt von Hohenlohe, erreicht aber nur etwa die Hälfte des Landesdurchschnittes von Bad.-Württ und bleibt auch weit hinter dem Landesdurchschnitt ohne Stuttgart und Mannheim zurück. Bemerkenswert erscheint, daß der Kreis Biberach erheblich höhere Werte aufweist. Die Vergleiche im Dienstleistungsbereich zeigen dagegen, daß Schwäb. Hall hierbei im Gegensatz zu anderen Orten ähnlicher Größe wie z.B. Biberach, verhältnismässig stark entwickelt ist.[1] Dies würde noch klarer zum Ausdruck kommen, wenn die Bausparkasse und die Diakonissenanstalt in den Umsatzzahlen mit enthalten wären, was wegen der Steuerbegünstigung nicht der Fall ist. Die Gruppe Geld- und Versicherungswesen bleibt dadurch im Kreis Schwäb. Hall hinter dem Landesdurchschnitt zurück. Besonders deutlich kommt auch die Bedeutung der öffentlichen Dienstleistungen und der Dienstleistungen im öffentlichen Interesse innerhalb des Wirtschaftsgefüges von Schwäb. Hall zum Ausdruck. Ziemlich stark ist das private Speditionsgewerbe vertreten.[2] Verfolgen wir die Entwicklung zwischen 1954 - 1958, so zeigt sich, daß sich diese strukturellen Besonderheiten gegenüber dem Landesdurchschnitt bis dahin kaum verändert haben.[3]

Neben der Umsatzsteuer-Statistik wurden auch die vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellten Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuer-Statistik herangezogen. Da es wegen der Umstellung auf eine Repräsentativerhebung seit 1954 bzw. 1955 keine neueren Zahlen mehr gibt, haben sie für uns nur noch begrenzten Wert. Sie wurden bei der Ermittlung der räumlichen Wertschöpfung mit herangezogen.[4]

---

1) Vgl. dazu Tabelle IX/1: Ergebnisse der Umsatzsteuer-Statistik 1958
2) Vgl. dazu Tabelle IX/2: Aufgliederung im Bereich "Sonstige Dienstleistungen" 1958
3) Vgl. dazu Tabelle IX/2: Die Entwicklung im Dienstleistungsbereich von 1954 - 1958
4) Vgl. dazu Tabelle X: Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1955 und der Einkommensteuerstatistik 1954 für den Kreis Schwäb. Hall

3.13 Strukturelle Gliederung nach den Beschäftigtenzahlen

Bei der Beurteilung von Beschäftigtenzahlen muß besonders die unterschiedliche Wertschöpfung je Arbeitskraft in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen berücksichtigt werden. Die Beschäftigten werden von der amtlichen Statistik nur alle 10 Jahre im Rahmen der Berufs- und Arbeitsstättenzählung erfasst. Die Ergebnisse der Zählung von 1961 werden erst im Verlauf der nächsten Jahre zur Verfügung stehen. Es war deshalb erforderlich, auf die Beschäftigtenstatistik der Arbeitsämter zurückzugreifen. Hierbei werden aber nur die zur Kranken- oder Rentenversicherung angemeldeten oder durch ein Arbeitsamt vermittelten Arbeitskräfte erfasst, es ist deshalb anzunehmen, daß berufstätige Frauen und mithelfende Familienangehörige darin nicht vollständig enthalten sind. Eine weitere Begrenzung der Verwendungsmöglichkeiten ergibt sich daraus, daß die Arbeitsamtsstatistik aufgegliederte Zahlen in der Regel nur für die gesamten Arbeitsamtsbezirke liefert, die meist mehrere Kreise umfassen.[1] Wir verwenden bei unseren Analysen die Statistiken für 1958. Da auch bei der Arbeitsamtsstatistik keine gesonderten Zahlen für Schwäb. Hall ausgewiesen sind, wurden aus den Unterlagen der von der Landesplanungsstelle in Verbindung mit den Bürgermeisterämtern durchgeführten Enquête vom Mai 1958 für Schwäb. Hall die Zahl der Beschäftigten nach der gleichen Abgrenzung aufbereitet, wie sie die Arbeitsamtsstatistik aufweist. Dadurch wurde die Möglichkeit geschaffen auch die wirtschaftliche Struktur der Stadt selbst zu analysieren.[2] Ein Vergleich mit anderen Städten ähnlicher Größe läßt sich dabei aber nicht vornehmen, da die Enquête nur für Schwäb. Hall und die ländlichen Bezirke des hohenloher Raumes durchgeführt wurde . Es wurden deshalb auch Landesdurchschnitte zum Vergleich herangezogen, obwohl daraus nur in begrenztem Masse Erkenntnisse gezogen werden können. Da über die Beschäftigtenzahl nicht alle Wirtschaftsbereiche in gleicher Weise zu erfassen sind, wurden für die Stadt Schwäb. Hall außerdem auch die Zahlen über sämtliche Erwerbstätige in ihrer Verteilung auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche aufbereitet. Bei diesen Aufbereitungen war das Bestreben dahin gerichtet, mit Hilfe von Vergleichen etc. möglichst genaue

---

1) Der Arbeitsamtsbezirk Schwäb. Hall umfaßt die Kreise Schwäb. Hall, Crailsheim, Künzelsau, Öhringen und die angrenzenden Gemeinden des Kreises Backnang. Die Gesamtzahlen können deshalb als repräsentativ für den hohenloher Raum angesehen werden.

2) Da die Enquête von den Familien ausgeht und nach sozialen Gruppen gegliedert ist, mußten die Zahlen nach der Einteilung der Arbeitsamtsstatistik neu aufbereitet werden.

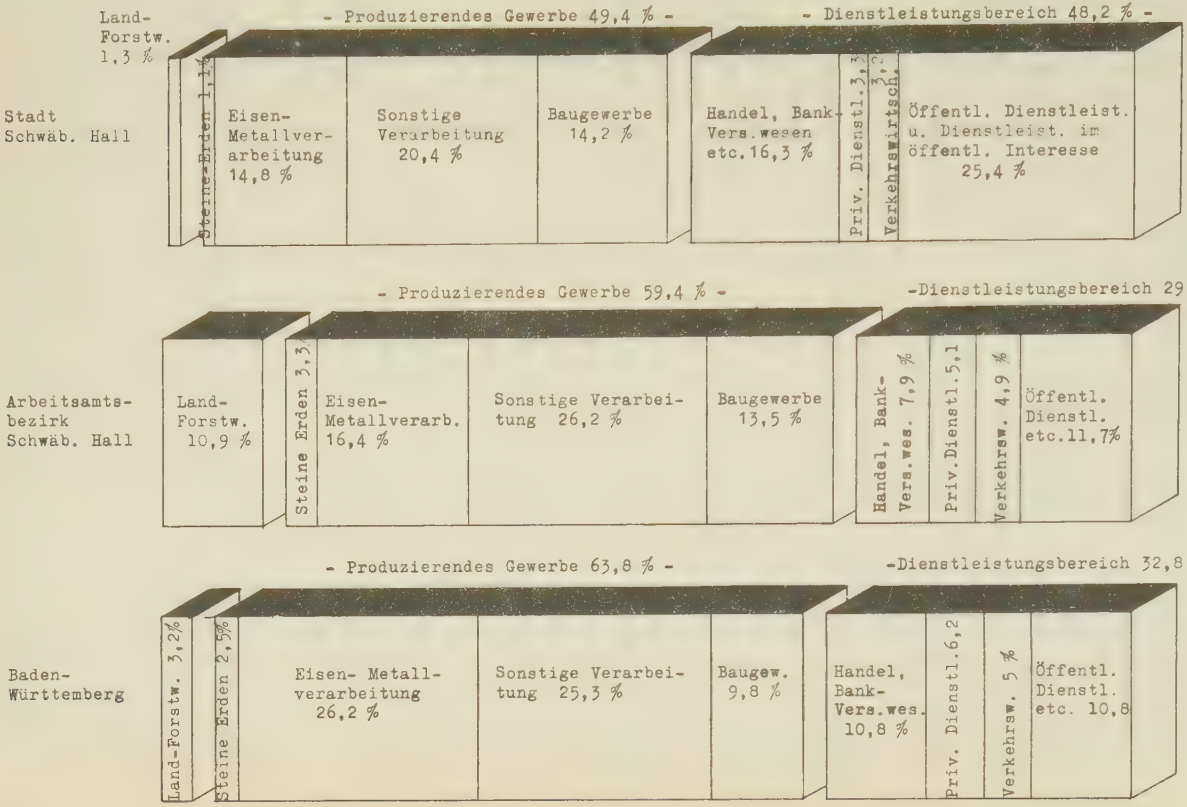
Ergebnisse zu erzielen, trotzdem können diese Zahlen nur mit einigen Vorbehalten wiedergegeben werden, da die Erhebungen außerhalb der amtlichen Statistik vorgenommen wurden und deshalb wahrscheinlich mit höheren Fehlerquoten behaftet sind. Die mithelfenden Familienangehörigen dürften hier jedoch fast vollständig erfaßt worden sein, sodaß in der Landwirtschaft, im Einzelhandel, im Handwerk und in den Dienstleistungsberufen die Beschäftigtenzahlen etwas höher zu liegen kommen als bei der Arbeitsamtsstatistik. Da bei unseren Untersuchungen sowieso nur größere Unterschiede Beachtung finden, dürften die Vergleichsmöglichkeiten dadurch kaum beeinträchtigt werden.

In den Tabellen XI-XIV ist die Gliederung der Beschäftigtenzahlen für den Arbeitsamtsbezirk Schwäb Hall, für den Kreis und für die Stadt Schwäb. Hall im Vergleich zu den Arbeitsamtsbezirken Tauberbischofsheim und Biberach für 1952 und 1958 dargestellt. Gegenüber der Gliederung des Netto-Inlandsprodukts ist der Anteil der Landwirtschaft hier weit geringer, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß in diesem Wirtschaftsbereich der Anteil fremder Arbeitnehmer verhältnismässig klein ist und nicht vollständig erfaßt werden kann. Der Anteil der Beschäftigten im produzierenden Bereich erreicht im hohenloher Raum ca. 60 % des Landesdurchschnitts. Die entsprechenden Werte für den Arbeitsamtsbezirk Tauberbischofsheim liegen noch etwas niedriger, die für den Arbeitsamtsbezirk Biberach dagegen etwas höher. Die Landwirtschaft erweist sich auch nach dieser Aufgliederung etwa als 3-mal so stark wie im Landesdurchschnitt. Das produzierende Gewerbe ist etwas schwächer und der Dienstleistungsbereich entspricht etwa dem Landesdurchschnitt. Ein Vergleich mit dem angrenzenden Arbeitsamtsbezirk Tauberbischofsheim zeigt, daß das produzierende Gewerbe dort noch schwächer entwickelt ist, demgegenüber hat aber der Dienstleistungsbereich vor allem wegen Mergentheim insgesamt eine grössere Bedeutung als im Arbeitsamtsbezirk Schwäb. Hall. Im Arbeitsamtsbezirk Biberach sind der produzierende Bereich etwas stärker und der Dienstleistungsbereich dagegen beträchtlich schwächer entwickelt.[1] Die für Bad.-Württ. typische Eisen- und Metallfeinverarbeitung ist im hohenloher Raum nur sehr schwach vertreten, sowohl im Arbeits-

---

1) Vgl. dazu Tabelle XI/1: Die Entwicklung der Beschäftigtenstruktur von 1952-1958 in den Arbeitsamtsbezirken Schwäb. Hall und Tauberbischofsheim, Tabelle XI/2: Die Entwicklung der Beschäftigtenstruktur von 1952-1958 im Arbeitsamtsbezirk Biberach und im Landesdurchschnitt von Bad.-Württ. und das folgende Schaubild: Wirtschaftsstruktur nach den Beschäftigtenzahlen 1958

Wirtschaftliche Struktur nach den Beschäftigtenzahlen 1958



-amtsbezirk Schwäb. Hall als auch im Arbeitsamtsbezirk Tauberbischofsheim. Auch im Arbeitsamtsbezirk Biberach ist ihr Anteil unter dem Landesdurchschnitt.[1] Demgegenüber hat hier das Baugewerbe eine relativ größere Bedeutung als im Landesdurchschnitt und im Arbeitsamtsbezirk Biberach. Erwähnenswert erscheint auch, daß im Dienstleistungsbereich der Anteil der öffentlichen Dienstleistungen und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse den Landesdurchschnitt übersteigt, was insbesondere auf Schwäb. Hall und Bad Mergentheim zurückzuführen ist.

Die Entwicklung von 1952 - 1958 läßt für den hohenloher Raum folgende Tendenzen erkennen: Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ging hier erheblich stärker zurück als im Landesdurchschnitt und im Arbeitsamtsbezirk Biberach. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten war 1958 nur noch halb so groß wie 1952. Da die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten, wie schon dargelegt, nicht vollständig erfasst werden kann, ist anzunehmen, daß die absolute Zahl derjenigen, die in einen anderen Wirtschaftsbereich übergewechselt sind, tatsächlich noch höher ist. Es handelte sich dabei vorwiegend um familienfremde Arbeitskräfte, welche die Landwirtschaft verließen. Dadurch vollzog sich eine Entwicklung zum Familienbetrieb, wobei im Gegensatz zu den Realteilungsgebieten die landwirtschaftlichen Familien erhalten blieben und der Rückgang deshalb insgesamt gesehen nicht so stark war als dort.[2] Die Eisen- und Metallverarbeitung entwickelte sich etwa im gleichen Maße wie im Landesdurchschnitt, so daß die Unterschiede unverändert blieben. Bei den Zweigen der sonstigen Verarbeitung (ohne Metall) verlief die Entwicklung etwas stärker als im Landesdurchschnitt. 1957 wurde auch die Beschäftigtenstruktur nach Arbeitsamtsnebenstellen ermittelt, dabei zeigt sich, daß im Kreis Schwäb. Hall gegenüber den übrigen Gebieten (ohne Bad Mergentheim) insbesondere der Dienstleistungsbereich entwickelt ist.[3]

Werfen wir nun einen Blick auf die Wirtschaftsstruktur von Schwäb. Hall. Da Vergleiche mit anderen Städten, wie bereits erwähnt, nicht vorgenommen

---

1) Vgl. dazu Tabelle XI/1 und Tabelle XI/2, ferner das Schaubild: Wirtschaftsstruktur nach den Beschäftigtenzahlen 1958

Vgl. dazu auch: E. Preiser: "Die württembergische Wirtschaft als Vorbild", Stuttgart 1937, S. 48 f.

2) Vgl. dazu Tabelle XI/1 und Tabelle XI/2.

3) Vgl. dazu Tabelle XII: Beschäftigtenstruktur in den Nebenstellenbezirken des Arbeitsamtes Schwäb. Hall am 30.9.1957

werden können, wird eine Beurteilung der Verhältnisse sehr erschwert. Die Tabellen zeigen deutlich, daß der Dienstleistungsbereich in Schwäb. Hall sehr stark ausgeprägt ist. Er erreicht hier fast den Umfang des produzierenden Gewerbes. Der für das ganze hohenloher Gebiet typische geringe Anteil der Eisen- und Metallverarbeitung tritt auch in Schwäb. Hall zutage. Das in der ganzen Gegend gut entwickelte Baugewerbe ist hier besonders stark vertreten. Die öffentlichen Dienstleistungen und die Dienstleistungen im öffentlichen Interesse weisen einen bemerkenswerten Umfang auf, der insbesondere durch die Krankenpflege, die Verwaltung und die ausländischen Verteidigungsstellen geprägt wird. Die Gruppe Handel, Geld- und Versicherungswesen ist ebenfalls sehr gut entwickelt; der Anteil des Handels ist dabei jedoch geringer als im Landesdurchschnitt. Dagegen bleiben überraschenderweise die Anteile der privaten Dienstleistungen und des Verkehrswesens (hier insbesondere bei der Bundesbahn) nicht nur hinter dem Landesdurchschnitt, sondern auch hinter dem Durchschnitt des Arbeitsamtsbereichs Schwäb. Hall zurück, obwohl die Stadt Eisenbahn- und Bundesstrassen-Knotenpunkt ist und der Gesamtumfang des Dienstleistungsbereichs darauf hindeutet, daß Schwäb. Hall im beträchtlichen Maße zentralörtliche Funktionen ausübt. Die Landwirtschaft spielt in der Stadt selbst nur eine untergeordnete Rolle.[1)] Die Berechnung der Zahl der Erwerbstätigen (Beschäftigte + Selbständige) und ihre Aufgliederung nach Wirtschaftsbereichen ergibt keine neuen Aspekte, lediglich die Landwirtschaft und der Einzelhandel treten dabei etwas stärker hervor.

Werfen wir einen Blick auf die Gliederung der verschiedenen Schwäb. Haller Wirtschaftsbereiche, so zeigt sich, daß die wirtschaftliche Struktur der Stadt durch einige größere Institutionen und Unternehmen im wesentlichen Maße geprägt wird. Der hohe Anteil der Gruppe öffentlicher Dienste und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse ist auf die teilweise überregionale Funktionen erfüllenden Behörden mit ca. 1 000 Beschäftigten, auf die Diakonissenanstalt mit ca. 850 Beschäftigten und auf die US-Streitkräfte mit ca. 450 Beschäftigten zurückzuführen. Der Anteil der in der Verwaltung Beschäftigten beträgt in Schwäb. Hall 9,3 % gegenüber 4,5% im Landesdurchschnitt. Bei den ausländischen Verteidigungsstellen ist die Relation 4,1 % : 1,1 % und bei der Krankenpflege 9,6 % : 1,9 %. Der Umfang der Gruppe Handel und Geldwesen wird durch die Bausparkasse mit

---

1) Vgl. dazu: Tabelle XIV: Gliederung der in der Stadt Schwäb. Hall beschäftigten und erwerbstätigen Personen.

Vgl. dazu Tabelle XIII: Gliederung der Beschäftigten und Erwerbstätigen der Stadt Schwäb. Hall nach Wirtschaftsbereichen 1958

ca. 800 Beschäftigten bestimmt. Diese Gruppe hat dadurch in Schwäb. Hall einen Anteil von 8,4 % der Beschäftigten gegenüber 1,8 % im Landesdurchschnitt. Der überdurchschnittliche Anteil des Baugewerbes ist in erster Linie auf die Bauunternehmung Härer zurückzuführen, die in einem weiten Bereich tätig ist und ca. 800 Arbeitnehmer beschäfitgt. Beim produzierenden Gewerbe stehen die Firma Faßfabrik Kurz mit ca. 600 Beschäftigten und Gross AG. mit ca. 500 Beschäftigten an der Spitze. Die genannten Firmen und Institutionen beschäftigen ca. 5 200 Arbeitnehmer, das ist annähernd die Hälfte aller in Schwäb. Hall beschäftigten Personen. Damit sind die Grundpfeiler der Wirtschaft von Schwäb. Hall aufgezeigt und damit ist auch ein Überblick gewonnen über die wesentlichen Komponenten des fundamentalen Wirtschaftsbereichs der Stadt Schwäb. Hall, mit dem wir uns in den nächsten Abschnitten näher zu beschäftigen haben.

In Ergänzung zu dieser Analyse soll kurz die Frage erörtert werden, in welchen Wirtschaftsbereichen insbesondere Schwäb. Haller Arbeitskräfte beschäftigt werden und wo die Einpendler aus der Umgebung, vor allem erwerbstätig sind. Nach unseren Berechnungen sind ca. 30 % der in Schwäb. Hall beschäftigten Arbeitnehmer Einpendler. Der überwiegende Teil davon, nämlich ca. 67 % sämtlicher Einpendler, arbeitet im produzierenden Gewerbe, davon 22,7 % in der Eisen- und Metallverarbeitung, 26,4 % in der sonstigen Verarbeitung und 16,8 % im Baugewerbe. In diesen Wirtschaftszweigen setzt sich die Arbeitnehmerschaft zu mehr als einem Drittel aus Einpendlern zusammen. Im Dienstleistungsbereich ist der Anteil der Einpendler entsprechend niedriger. Eine grössere Bedeutung haben sie hier lediglich im Verkehrswesen, insbesondere bei der Bundespost, wo etwa 36 % der Beschäftigten Einpendler sind; beim Bank- und Sparkassenwesen (Bausparkasse) erreicht der Anteil der Einpendler 30 %.[1] Die Beschäftigten in der Diakonissenanstalt lassen sich in diesen Vergleich nicht mit einbeziehen, da sie zum größten Teil in Kost und Logie untergebracht sind. Diese Aufgliederung zeigt, daß sich die Erwerbsgrundlagen der Haller Bevölkerung in noch stärkerem Maße als es aus der Gliederung der Beschäftigtenzahlen an sich schon hervorgeht, in den Dienstleistungsbereichen befinden und zwar in den Dienstleistungsbereichen fernbedarfstätiger, (fundamentaler) und nahbedarfstätiger (derivativer) Art. Der verhältnismässig schwach entwickelte produzierende Bereich dient auch unter Berücksichti-

1) Vgl. dazu Tabelle XIV: Gliederung der in der Stadt Schwäb. Hall beschäftigten und erwerbstätigen Personen.

-gung der Selbständigen der Schwäb. Haller Bevölkerung nur zu etwa 45 % als Erwerbsgrundlage. Aus diesen Untersuchungen lassen sich auch Schlüsse auf die Sozialstruktur der Schwäb. Haller Bevölkerung ziehen. Wir werden uns damit in Teil B beschäftigen.

3.2 Umfang und Bedeutung der fernbedarfstätigen (fundamentalen) Wirtschaftsbereiche

3.21 Produzierendes Gewerbe (Industrie und Handwerk)

3.211 Zur Frage der Unterlagenbeschaffung

Die Industrie ist der einzige Wirtschaftsbereich über den auch zwischen den großen Berufs- und Arbeitsstättenzählungen regional aufgegliederte Statistiken geliefert werden. Wegen der bestehenden Geheimhaltungsvorschriften werden jedoch für Gemeinden und nicht kreisfreie Städte kaum Zahlen veröffentlicht, sodaß das Material der amtlichen Statistik für Industrieanalyse einer Stadt wie Schwäb. Hall unzureichend ist.[1] Die regelmässig zur Veröffentlichung gelangende Industrieberichterstattung liefert nur Kreisergebnisse. Neuere Gemeindezahlen wurden vom Reg.-Präs. Nordwürttemberg, Referat Landesplanung bis 1959 veröffentlicht. Aus den Unterlagen der Enquête konnte die Zahl der Industriebeschäftigten von Schwäb. Hall für 1958 aufbereitet werden. Eine Kontrolle dieser Zahlen wurde in der Weise vorgenommen, daß auch die Industriebeschäftigten der Kreisgemeinden ausgezählt wurden und beide Summen mit der Gesamtzahl der Industriebeschäftigten des Kreises nach der Industrieberichterstattung verglichen wurden. Dabei konnte, von geringfügigen Abweichungen abgesehen, eine Übereinstimmung erzielt werden. Die Gegenüberstellung der verschiedenen Beschäftigtenzahlen zeigt, daß die vom Reg.-Präs. Nordwürtt. veröffentlichten Ziffern jeweils etwas zu niedrig liegen. Die aus der Enquête aufbereiteten Werte dürften dagegen um 1-2 % zu hoch liegen, was bei den verschiedenen Berechnungen durch Abrunden ausgeglichen werden kann.

3.212 Industrialisierungsgrad und branchenmässige Gliederung

Als Kennziffer für den Industrialisierungsgrad von Schwäb. Hall berechnen wir die Industriebeschäftigtendichte als Relation Industriebeschäftigte auf 100 Einwohner. Die Industriebeschäftigten werden bei dieser Berechnungsart jeweils nach dem Arbeitsort, ohne Berücksichtigung der Pendler-

---

1) Vgl. dazu O. Boustedt: "Aufgaben und Bedeutung der Industriestatistik für die regionale Wirtschaftsforschung," in: Informationen des Inst. f. Raumforschung 1957 Nr. 15, S. 387 f.

-verflechtung erfasst. Der Industrialisierungsgrad ist deshalb in diesem Falle exakt als Ind.Arbeitsplätze je 100 Einw. zu definieren. Vergleichen wir die Ind.Beschäftigtendichte von Schwäb.Hall mit anderen Städten, so wird bestätigt, was schon die Analyse der Wirtschaftsstruktur zeigte: Schwäb.Hall zählt zu den am schwächsten industrialisierten Städte seiner Größenklasse. 1956/57 lag der Industrialisierungsgrad mit 16,5 Ind.Beschäftigten auf 100 Einw. unter dem Landesdurchschnitt mit 18,2 (ohne Stuttg.u.Mannh. 16,9) und wurde von allen Vergleichsstädten nur noch von Crailsheim mit 15,9 unterboten. Nach den Zahlen des Reg.-Präs.Nordwürtt. ergibt sich für Schwäb.Hall von 1956 an eine rückläufige Tendenz der Ind.Besch.-Dichte. Selbst wenn wir die aus eigenen Berechnungen für 1958 ermittelte Ind.Besch.-Dichte von rd. 16 je 100 Einw. einsetzen, die etwa der vom Statist.Bundesamt veröffentlichten Zahl von 16,3 entspricht, ändert sich am Gesamtbild nichts. Schwäb.Hall weist 1958 und 1959 nach der Besch.-Zahl zus. mit Mergentheim den geringsten Ind.Grad auf und wurde inzwischen von Crailsheim überflügelt.[1] Die Zunahme der industriellen Arbeitsplätze konnte mit der Bevölkerungsentwicklung der Stadt nicht Schritt halten.[2] Der Kreis Schwäb.Hall ist dagegen im Vergleich zu den übrigen hohenloher Kreisen zus. mit dem Kreis Künzelsau relativ besser industrialisiert. Dies kommt auch in den Dichte-ziffern für den gesamten Kreis Schw.Hall zum Ausdruck. Sie betrugen 1959: 8,9 gegenüber 6,5 im Kreis Crailsheim, 16,6 im Kreis Künzelsau, 6,6 im Kreis Mergentheim und 9,9 im Kreis Öhringen.[3] Verschiedene Gemeinden des Kreises konnten ihren Industrialisierungsgrad nach Angaben des Reg.-Präs. zwischen 1956 u. 1959 erheblich steigern. 1959 hatten Westheim, Vellberg, Michelbach, Mainhardt und Ilshofen eine höhere Ind.Besch.-Dichte als Schwäb.Hall. Die Ind.Besch.-Dichte entwickelte sich im Durchschnitt des Kreises in den Jahren 1956 bis 1959 von 8,7 über 8,8, 9,3 auf 8,9; auch hierin spiegelt sich die industrielle Stagnation von Schwäb.Hall wider. Der Kreis blieb dabei weit unter dem Landesdurchschnitt mit 17,7.[4] Einen Überblick über die Entwicklung der Ind.Besch.-Dichte, der Ind.Besch. und der Wohnbevölkerung im hohenloher Raum von 1953 bis 1958 gibt Tabelle XV. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß es sich

---

1) Statist.Bundesamt Wiesbaden: Die Industrie der Bundesrepublik, Reihe 4, Heft 25; "Verteilung der Industrie auf die Gemeinden im September 1958", Stuttg.u.Mainz 1960, S.56 f.
Von den vergleichbaren südwürtt.Kreisstädten wiesen nach den Angaben des Statist.Bundesamtes Biberach eine Ind.Besch.-Dichte von 29,1, Ehingen von 15,6, Ravensburg von 17,6, Saulgau von 28,5 u.Wangen von 27,6 auf. Es zeigt sich also, daß Ehingen u.Ravensburg in ähnlicher Weise industrialisiert sind wie Schwäb.Hall.

2) Vgl. dazu Tab.XV

3) Vgl. dazu Statistik von Bad.-Württ.Bd.66: Ergebnisse der Industrieberichterstattung 1959, S.84

4) ebenda S.84

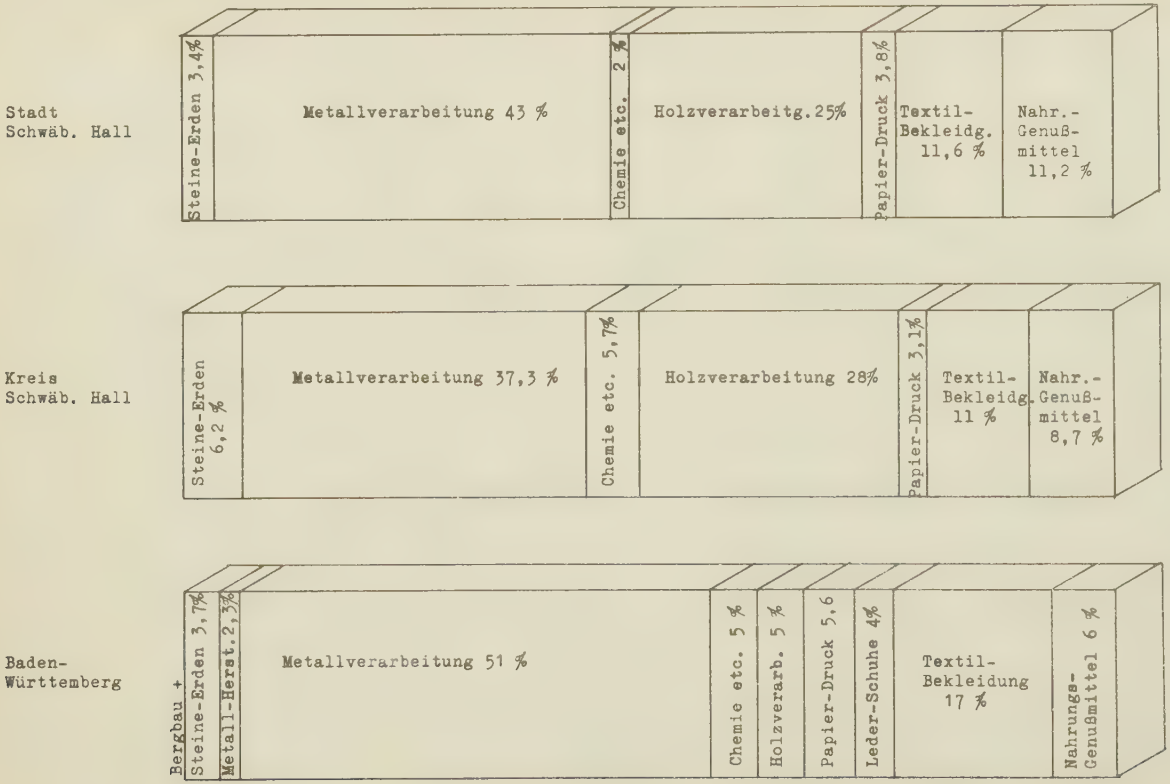
teilweise um sehr niedrige Grundzahlen handelt, bei denen bereits verhältnismässig geringe Steigerungen zu hohen Relativzahlen führen. J. Griesmeier weist darauf hin, daß für Bad.-Württ. im allgemeinen angenommen werden könne, daß eine Industriebeschäftigtendichte bis herab zu zehn ein laufendes Anwachsen der Bevölkerung in Höhe des natürlichen Geborenenüberschusses erlaube.[1] Wenden wir diese Richtzahl auf die hohenloher Kreise an, so können wir die Abwanderungsbewegung aus diesem Gebiet in direktem Zusammenhang mit dem geringen Industrialisierungsgrad bringen.

In dem beigefügten Schaubild und in Tabelle XVI ist die industrielle Gliederung für die Stadt Schwäb. Hall, für den Kreis Schwäb. Hall und für Bad.-Württ. wiedergegeben. Es zeigt sich hier noch deutlicher, was bereits anhand der Beschäftigten-Statistik zu erkennen war, daß insbesondere für Bad.-Württ. typische Metallfeinverarbeitung und Textilindustrie in Schwäb. Hall verhältnismässig schwach entwickelt ist. Unter dem Gesichtspunkt der Rohstoff- und Lageabhängigkeit können wir die Industriegruppen Steine-Erden, Holzverarbeitung und Nahrungs- Genußmittelherstellung zusammenfassen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Industriebeschäftigten beträgt in der Stadt Schwäb. Hall 39,6 %, im Kreis Schwäb. Hall (einschl. Stadt) 42,9 % und im Landesdurchschnitt dagegen nur 15 %. Die Relation Schwäb. Hall zu Landesdurchschnitt lautet hier also 40 : 15. Rechnen wir zur weiteren Vertiefung des Vergleichs die Industriebeschäftigten in diesen Branchen auf 100 Einwohner, so ergeben sich für die Stadt Schwäb. Hall 6,6 und für den Landesdurchschnitt 2,5. Wir können daraus die Folgerung ziehen, daß die branchenmässige Gliederung der Haller Industrie als atypisch im Veredelungsland Baden-Württemberg anzusprechen ist. Vergleichen wir die Haller Industrie mit den übrigen hohenloher Kreisen, so ist festzustellen, daß die dortige Gliederung dem Landesdurchschnitt mehr entspricht. Holzverarbeitung, Nahrungs- und Genußmittelindustrie sind dort nicht so häufig vertreten, dagegen ist die Textilindustrie stärker entwickelt. Der Anteil der Metallindustrie liegt jedoch wie in Schwäb. Hall beträchtlich unter dem Landesdurchschnitt. Die branchenmässige Gliederung der Industrie im Kreis Biberach kommt dem Landesdurchschnitt etwas näher, die Holzverarbeitung ist dort schwächer, dagegen weist die Textilindustrie einen grösseren Umfang auf.[2]

1) Institut für südwestdeutsche Wirtschaftsforschung: Strukturelle Wandlungen der gewerblichen Wirtschaft des Landes Bad.-Württ. ..., Stuttgart 1960, S. 94

2) Vgl. dazu Tabelle XVI: Industrielle Struktur und das folgende Schaubild: Branchenmässige Gliederung der Industrie nach Beschäftigten 1958

Branchenmässige Gliederung der Industrie nach Beschäftigten 1958



Werfen wir einen Blick auf die bedeutendsten Industrieunternehmen: In der Gruppe Eisen-Metallverarbeitung ist die Gross-AG. (elektrotechnische Erzeugnisse) mit ca. 490 Beschäftigten dominierend; von Bedeutung sind hier außerdem drei Unternehmen, die Abfüllmaschinen für feste und flüssige Stoffe herstellen und hohe Exportziffern aufweisen. Die Holzverarbeitung wird durch Sägewerk und Faßfabrik Karl Kurz mit ca. 810 Beschäftigten repräsentiert. Diese Firma ist nach der Beschäftigtenzahl der größte Industriebetrieb von Schwäb. Hall. Das Produktionsprogramm umfasst insbesondere die Herstellung von Packfässern nach eigenen Patenten für die chemische Industrie. Im Sektor Textil - Bekleidung steht die Baumwollspinnerei Held & Teufel an der Spitze mit ca. 290 Beschäftigten. Daneben gibt es eine Weberei und verschiedenen kleinere Betriebe des Bekleidungsgewerbes. Neu hinzugekommen ist ein Filialbetrieb einer Strickwarenfabrik. Bei der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sind die drei Schwäbisch Haller Brauereien vorherrschend, wobei insbesondere der Löwenbräu eine überregionale Bedeutung hat. Daneben gibt es noch einige typisch zentralörtliche Unternehmen: ein Obstverwertungsbetrieb und eine Bezirksmilchverwertungsstelle. Die Unternehmen des Druckereigewerbes und der Papierverarbeitung sind in erster Linie durch die zentralörtliche Stellung von Schwäb. Hall bedingt und aus der reichsstädtischen Entwicklung heraus zu erklären. Der Verlag des Haller Tagblattes hat hier die größte Bedeutung.

Insgesamt gesehen weist die Schwäbisch Haller Industrie eine verhältnismässig vielseitige Struktur auf. Eine ausgesprochene Abhängigkeit von einer Branche ist nicht gegeben; Verflechtungen über Zuliefer-Beziehungen zwischen den einzelnen Industriezweigen bestehen kaum. Unter konjunkturellen Gesichtspunkten kann daher die Gliederung der Schwäb. Haller Industrie als günstig angesprochen werden. Dasselbe kann auch im Hinblick auf die strukturelle Gliederung festgestellt werden: In jeder Branche ist ein grösserer Betrieb neben einigen kleineren vertreten, dabei ist aber der Gesamtumfang insgesamt zu klein.

3.213 Der Grad der Frauenbeschäftigung

Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Industriebeschäftigten betrug 1958 in Schwäb. Hall 29 % gegenüber 37 % im Landesdurchschnitt. Dieser verhältnismässig geringe Anteil ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Textilindustrie in Schwäb. Hall bisher schwach vertreten ist und daß die Metallindustrie, obwohl die Elektrotechnik dabei eine bedeutsame Rolle spielt, einen verhältnismässig geringen Anteil

weiblicher Beschäftigter aufweist, 1958 nur 17 %. Von den wichtigeren Industriezweigen hat dagegen die Nahrungs- und Genußmittelindustrie einen Frauenanteil von 38 % gegenüber 23 % im Landesdurchschnitt. Nach diesen Berechnungen hätte Schwäb. Hall, wenn wir den Landesdurchschnitt als Maßstab nehmen, unabhängig von der Zahl der tatsächlich gemeldeten Arbeitslosen, eine weibliche Arbeitskraftreserve von 200 bis 300 Personen. Dabei ist aber mit in Betracht zu ziehen, daß in Schwäb. Hall vor allem auch im Dienstleistungsbereich sehr viele Frauen beschäftigt sind; ferner ist zu berücksichtigen, daß die Industrie der Kreisgemeinden einen verhältnismässig hohen Anteil weiblicher Beschäftigten aufweist, er dürfte sich dort etwa auf 44% der Beschäftigten belaufen. Die Industriebetriebe mit einem hohen Frauenanteil sind im Kreis ziemlich gleichmäßig verteilt, so insbesondere in Vellberg (Asbestwerke), Obersontheim, Braunsbach, Mainhardt, Michelbach und Westheim. Auch die Arwa-Strumpffabrik in Unterrot zieht weibliche Arbeitskräfte an. Aus diesen Verhältnissen kann geschlossen werden, daß mit einem Zustrom weiblicher Arbeitskräfte aus dem Kreis nur in beschränktem Maße zu rechnen ist.

3.214 Umsätze, Lohn- und Gehaltssummen

Zahlen über die Umsätze der Industrie werden sowohl bei der Umsatzsteuerstatistik als auch bei der Industrieberichterstattung nur nach Kreisen ausgewiesen. Wir wählen für unsere Untersuchungen die Zahlen der Industrieberichterstattung, weil die Umsätze hier nach den örtlichen Betriebseinheiten erfasst werden. Da dabei lediglich die Grössenordnungen umrissen werden sollen, können wir uns mit Durchschnittswerten begnügen. Für den Kreis Schwäb. Hall werden die Industrie-Umsätze des Jahres 1958 mit ca. 76 615 000 DM angegeben.[1] Zur Ermittlung der Industrieumsätze in Schwäb. Hall bleibt nur der Weg der Aufgliederung nach den Beschäftigtenanteilen. Da sich die branchenmässige Gliederung der Industrie des Kreises und der Stadt Schwäb. Hall hinsichtlich der Umsatzhöhe je Beschäftigten größtenteils entsprechen, erscheint eine derartige Zurechnung durchführbar. Der Umsatz der Schwäb. Haller Industrie betrug nach dieser Berechnung 1958 ca. 51 Mio DM, was einem durchschnittlichen Jahresumsatz je Beschäftigten von ca. 15 000 DM entspricht; gegenüber dem Landesdurchschnitt von 25 200 DM und dem Stadtkreis Heilbronn mit 26 800 DM. Die unterschiedliche Wertschöpfung, d.h. die Arbeitsproduktivität der einzelnen Branchen kann durch die Berechnung des Nettoumsatzes je geleistete Arbeiterstunden erfasst werden. Regional aufgegliederte Zahlen

1) Statistik von Bad.-Württ. Bd. 60; Ergebnisse der Industrieberichterstattung 1958, S. 63

liegen darüber nicht vor. Bringen wir die hierüber für das ganze Land berechneten Durchschnittswerte mit der branchenmässigen Gliederung der Schwäb. Haller Industrie in Zusammenhang, so zeigt sich, daß ihre Wertschöpfung je Arbeiterstunde den Landesdurchschnitt nicht erreicht.

Die im Rahmen der Industrieberichterstattung für den Kreis Schwäb. Hall veröffentlichten Lohn- und Gehaltssummen teilen wir in gleicher Weise auf wie die Umsätze. Die Lohn- und Gehaltssumme der Schwäb. Haller Industrie belief sich 1958 dann auf ca. 15 Mio DM.[1] Pro Kopf eines Beschäftigten ergibt dies ca. 4 400 DM jährlich, gegenüber 4 970 DM im Landesdurchschnitt und 5 270 DM in Heilbronn.[2] Die Relation Lohn-zu Gehaltssumme war 1958 im Kreis Schw.Hall 3,6 zu 1;in Stuttgart dagegen 1,8 zu 1.

3.215 Der Anteil der Einpendler

Wie bereits in Abschnitt 3.13 dargelegt wurde, sind in der Schwäb. Haller Industrie, auf die nur etwa ein Drittel aller in Schwäb. Hall vorhandenen Arbeitsplätze entfällt, ca. 50 % der Einpendler beschäftigt. Die Schwäb. Haller Industrie (ohne Baugewerbe) beschäftigte 1958 insgesamt 1 541 Einpendler; ca. 45 % der industriellen Arbeitsplätze in Schwäb. Hall wurden damit von Einpendlern besetzt. Der Anteil der Einpendler ist bei den verschiedenen Industriezweigen sehr unterschiedlich. Am relativ stärksten vertreten sind auswärtige Arbeitskräfte in der Holzverarbeitung mit ca. 50 % der Beschäftigten, in der Metallverarbeitung mit 45 % der Beschäftigten, in der Gruppe Textil - Bekleidung mit 38 % und in der Nahrungs-- Genußmittelindustrie mit 27 %. Da sich die Einpendler ziemlich gleichmässig auf die Industriegruppen mit höherem und niedrigerem Lohnniveau verteilen, können wir ihnen die durchschnittlichen Lohn- und Gehaltssummen zurechnen. Es bleibt dabei unberücksichtigt, ob sich die Einpendler mehr in höheren oder mehr in niedrigeren Lohn- und Gehaltsstufen befinden; derartige Untersuchungen können anhand der verfügbaren Unterlagen nicht durchgeführt werden. Bei einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von DM 4 400.- entfielen damit 1958 ca. 6 783 500 DM der von der Schwäb. Haller Industrie gezahlten Löhne und Gehälter auf Einpendler. Von der ursprünglichen Lohn- und Gehaltssumme von 15 204 420 DM verblieben damit nur 8 420 900 DM in Schwäb. Hall. Ein Teil der Pendlereinkommen kam freilich trotzdem der Schwäb. Haller Wirtschaft zugute, da die Pendler in der Regel einen Teil ihrer Ausgaben am Arbeitsort tätigen, zumal wenn es der Zentralort einer grösseren Umgebung ist. Wir werden darauf bei der Erörterung der zentralen Leistungen von Schwäb. Hall zurückkommen.

---

1) Vgl. dazu Statistik von Bad.-Württ. Bd. 60: Ergebnisse der Industrieberichterstattung 1958, S. 63

2) Ursachen und Wirkungen der Unterschiede im regionalen Lohn- und Gehaltsniveau werden in Teil D, Abschnitt 4.144 erörtert.

216 Die Situation im Handwerk

Es ist in diesem Zusammenhang auch erforderlich, das Schwäb. Haller Handwerk kurz zu analysieren und zu überprüfen in wieweit es fundamentale Leistungen erbringt. Wir stützen uns dabei vorwiegend auf die Ergebnisse der Handwerkszählung von 1956. Zunächst ein Vergleich der Handwerksdichte: Sowohl nach der Zahl der Handwerksbetriebe je 1000 Einwohner als auch nach den Handwerksbeschäftigten liegt der Kreis Schwäb. Hall über dem Landesdurchschnitt und über dem Durchschnitt von Nordwürtt. Zusammen mit dem Kreis Mergentheim weist der Kreis Schwäb. Hall auch im hohenloher Raum die größte Handwerksdichte auf. In den stärker industrialisierten nordwürttembergischen Kreisen ist die Betriebs- und Beschäftigtendichte des Handwerks jeweils geringer.[1] Auch hinsichtlich der durchschnittlichen Betriebsgröße liegt der Kreis Schwäb. Hall an der Spitze der hohenloher Kreise. Er erreicht damit aber den Landesdurchschnitt nicht.[2]
Die Bedeutung des Handwerks gegenüber der Industrie geht aus der Relation Industriebeschäftigte auf 100 Handwerksbeschäfitgte hervor.[3] 1956 war im Kreis Schwäb. Hall die Zahl der Handwerksbeschäftigten noch grösser als die Zahl der Industriebeschäftigten. Im Vergleich zur Relation 0,9 : 1 im Kreis Schwäb. Hall, sind es in Nordwürtt. 2,3 : 1 und in Bad.-Württ. 2,1 : 1. Eine noch grössere Bedeutung des Handwerks gegenüber der Industrie zeigt sich in den Kreisen Crailsheim und Mergentheim; in den Kreisen Künzelsau und Öhringen überwiegt dagegen die Industrie. Ein Vergleich der Handwerksdichte mit den Gemeinden des Kreises zeigt, daß in der Stadt Schwäb. Hall das Handwerk eine relativ geringere Bedeutung hat als dort.

Die Entwicklung der einzelnen Handwerkszweige zwischen 1949 und 1956 lässt erkennen, daß verschiedene Branchen im Rahmen der strukturellen Änderung der Wirtschaft immer weiter zurückgedrängt werden. Dies gilt insbesondere für Schneider und Schuhmacher, ferner für Küfer und Wagner. Der Rückgang der Schmiedewerkstätten geht aus der vorliegenden Statistik nicht hervor, da sich im Zuge der fortschreitenden Mechanisierung der Landwirtschaft neue Spezialhandwerkszweige der Metallbearbeitung ausbreiten. Bei den Handwerkszweigen der Metallbranche macht sich in zunehmendem Maße eine Steigerung der Handelsumsätze bemerkbar, sie erreichen

---

1) Vgl. dazu Tabelle XVII: Die handwerkliche Struktur im Kreis Schwäb. Hall

2) ebenda

3) ebenda

dort teilweise eine Steigerung von über 40%.[1] Beachtenswert erscheint die Ausweitung im Bauhandwerk, was auf Fernbedarfstätigkeit schließen läßt. Auch das Fleischer- und Bäckerhandwerk konnte sich im Zuge der zurückgehenden Eigenversorgung der Bevölkerung und des wachsenden Wohlstandes vergrössern.[2] Ausgesprochene Fernleistungen sind beim Schwäb. Haller Handwerk, vom Bauhandwerk abgesehen, kaum festzustellen. Es werden jedoch Vorleistungen für die fernbedarfstätige Industrie, für das Baugewerbe und für die Ferndienstleistungen erbracht, zum Teil erfolgen auch zentrale Leistungen für das Umland. Die Einnahmen aus diesen Tätigkeiten werden bei den Berechnungen für die verschiedenen fundamentalen Wirtschaftsbereiche miterfasst.

3.217 Versuch einer Berechnung der fundamentalen Einnahmen, die der Stadt Schwäb. Hall über das produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) zufliessen.

Die in den vorhergehenden Abschnitten erörterten Beschäftigtenzahlen, Umsätze, Lohn- und Gehaltssummen, gaben bereits Aufschlüsse über die Bedeutung der Industrie für die Schwäb. Haller Wirtschaft. Diese Untersuchungen sollen nun zusammengefasst werden durch die Ermittlung des Betrages, der der Stadt als fundamentale Einnahme aus der industriellen Produktion zufliesst. Im Vergleich mit entsprechenden Berechnungen für die übrigen fundamentalen Wirtschaftsbereiche kann dann gezeigt werden, wie sich die Gewichte verteilen. Zu den Leistungen der Industrie sind auch die Vorleistungen zu rechnen, die von anderen Wirtschaftszweigen der Stadt erbracht wurden.[3] Die Vorleistungen sind jedoch in Abzug zu bringen bzw. nicht zu berücksichtigen, wenn sie von außerhalb der Stadt stammen. Dasselbe gilt in analoger Weise für Zinsen, Dividenden, und Gewinnanteile, die von den ortsansässigen Betrieben erwirtschaftet wurden. Die industriellen Nettoeinnahmen einer Stadt sind aufgrund dieser Abgrenzung (d.R.) etwas niedriger als die industrielle Nettoproduktion, wie sie im Rahmen der Industriestatistik teilweise ausgewiesen wird .

Ausgangspunkt einer Aufgliederung ist der Umsatz der Industrie. Als fundamentale Einnahmen fliessen den Einwohnern der Stadt zu:

Löhne und Gehälter
Unternehmerlöhne
Gewinne, Zinsen, Dividenden
Vorleistungen, die in der Stadt erbracht werden u.a. Bauinvestitionen
Reinvestitionen, bzw. Abschreibungen, abzügl. der dabei in Anspruch genommenen Leistungen von außen

1) Vgl. dazu F. Abb: "Handelndes Handwerk - fast ein Viertel des Umsatzes entfällt auf die Handelstätigkeit", in: Der Volkswirt Nr. 39, 1961 S. 2036 f.
2) Vgl. dazu Tabelle XVII: Die handwerkl. Struktur im Kreis Schwäb. Hall
3) Vgl. dazu Abschnitt 1.521

kommunale Steuern
Rückfluß von bezahlten Landes- und Bundessteuern über den vertikalen Finanzausgleich und durch öffentliche Investitionen und Behördenleistungen.

Da die verschiedenen Geldströme in ihrem tatsächlichen Verlauf nicht verfolgt werden können, ist nur eine überschlägige Berechnung mit Hilfe von Richtzahlen möglich. Es müssen dabei entsprechend der jeweils zur Verfügung stehenden Unterlagen verschiedene Wege beschritten werden. Wir gehen von den Personalkosten aus. Die Summe der Löhne und Gehälter der Schwäb. Haller Industrie (ohne Baugewerbe) betrug nach den im vorhergehenden Abschnitt durchgeführten Berechnungen 1958 ca. 15,2 Mio DM. Die sonstigen fundamentalen Einnahmen, die der Stadt aus der Industrie zufliessen, können nicht besonders erfasst werden. Nach Untersuchungen von G. Isenberg beträgt ihr Umfang den unterschiedlichen Verhältnissen entsprechend zwischen 40 und 80 % der Lohn- und Gehaltssumme. Bei der Wahl eines prozentualen Ansatzes für Schwäb. Hall ist vor allem folgendes zu berücksichtigen:

+ Der Anteil auswärtiger Eigentümer ist verhältnismässig gering. Unternehmerlöhne, Gewinne etc. bleiben daher weitgehend in der Stadt.

+ Es gibt in der Stadt kaum Zweigbetriebe auswärtiger Unternehmen. Solche Betriebe weisen hinsichtlich des Umfangs der dadurch der Stadt zufliessenden fundamentalen Einnahmen gegenüber ortsansässigen Unternehmen vielerlei Nachteile auf: die Vorleistungen werden meist von aussen erbracht, das leitende Personal wohnt in der Regel nur teilweise am Ort, sodaß neben den Einpendler-Einkünften auch höhere Gehälter nach auswärts fliessen; schliesslich ist auch das Gewerbesteueraufkommen relativ niedriger, als wenn der Sitz der Unternehmung am Ort ist.

+ Die strukturelle Gliederung der Industrie zeigt, daß kapitalintensive Betriebe (wie z.B. Chemie etc.) kaum vorhanden sind. Der Nettoumsatz je Arbeitskraft liegt, wie bereits gezeigt wurde, unter dem Landesdurchschnitt.

+ Die grössenmässige Struktur der Haller Industrie lässt erkennen, daß nur ein relativ geringer Teil der Vorleistungen in den jeweiligen Betrieben selbst oder von am Ort ansässigen Zulieferern erbracht werden kann.

Die sonstigen fundamentalen Einnahmen, die durch die Industrie nach Schwäb. Hall fliessen, können angesichts dieser Verhältnisse nur in Höhe von etwa 40 % der Lohn- und Gehaltssumme angenommen werden.

Nachdem die Ansätze geklärt sind, lassen sich die fundamentalen Nettoeinnahmen des industriellen Wirtschaftsbereichs der Stadt wie folgt berechnen (zunächst ohne Berücksichtigung der Einpendler)

Lohn- und Gehaltssumme	ca. 15 Mio DM
sonstige fundamentale Nettoeinnahmen (40 %)	ca. 6 Mio DM
Fundamentale Nettoeinnahmen der Industrie insgesamt	ca. 21 Mio DM

3.218 Die Bedeutung der Industrie als Existenzgrundlage für die Schwäb. Haller Bevölkerung.

Nachdem sich in den vorhergehenden Analysen bereits gezeigt hat, daß der größte Teil der Schwäb. Haller Einpendler in der Industrie tätig ist, soll hier, unter teilweiser Vorwegnahme der zusammenfassenden Berechnungen, versucht werden, die Zahl der Haller Einwohner überschlägig zu ermitteln, die direkt oder indirekt von der Industrie leben. Es ist dabei erforderlich, die Analyse über den fundamentalen Bereich hinaus auszudehnen und auch die Auswirkungen der Verausgabung fundamentaler Einnahmen auf die Derivativen, die daraus Erwerbsmöglichkeiten erhalten, mit in Betracht zu ziehen. Diese Vorgänge spielen sich in der Realität als vielfältiges Geflecht von Wechselwirkungen ab und lassen sich nicht direkt erfassen. Auch hier besteht nur die Möglichkeit,mit Hilfe von Richtzahlen die Grössenordnungen in etwa zu bestimmen. Die Art der vorhandenen Unterlagen macht es erforderlich, bei diesen Berechnungen von vornherein einen anderen Weg einzuschlagen, als bei der Ermittlung der fundamentalen Nettoeinnahmen. Ausgangspunkt der Überlegungen ist hier das sog. "Gesetz vom doppelten Stellenwert", das besagt, "daß eine Stelle in den Grundleistungen nicht allein gedacht werden kann, sondern immer eine weitere Stelle der Folgeleistungen mitsetzt."[1] Im Bereich der Zulieferer und der Derivativen, die ihre Einkünfte aus der Verausgabung fundamentaler Einnahmen beziehen, entfallen auf einen Industriebeschäftigten ein oder mehrere Erwerbstätige, Wenn wir die Angehörigen mit berücksichtigen, dann kann man heute auf einen Arbeitsplatz in der Industrie drei bis vier Einwohner rechnen.[2] Die tatsächliche Zahl der Personen, die durch die Industriebetriebe direkt oder indirekt Arbeit finden, ist vor allem davon abhängig, wie hoch das Lohn- und Gehaltsniveau der ortsansässigen Industrie ist und wieviel davon am Ort selbst verwendet

1) G. Ipsen: "Bevölkerungslehre", Artikel im: Handwörterbuch des Grenz- und Auslanddeutschtums, Bd. 1, Breslau 1933, S. 437

2) Vgl. dazu G. Isenberg: "Die Existenzgrundlagen der Stadt." vervielfält. Manuskript, Köln 1957, S. 39

wird; ferner davon, in welchem Maße industrielle Vorleistungen erbracht werden. Unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse in Schwäb. Hall können hier im Durchschnitt nur drei Einwohner auf einen industriellen Arbeitsplatz gerechnet werden. Das Jahreseinkommen der in der Haller Industrie beschäftigten Personen nehmen wir unter Berücksichtigung der branchenmässigen Gliederung anhand der Lohn- und Gehaltsstrukturerhebung für 1958 mit ca. 6 000 DM an.[1] Dies ergibt ca. 2 000 DM je davon abhängigen Einwohner. Die Lohn- und Gehaltssumme beträgt, um die Einpendler gekürzt, 8,42 Mio DM. Gehen wir von einem Durchschnittssatz von 2 000 DM je Einwohner aus, dann ergibt sich, daß ca. 4 210 Haller Einwohner direkt von der Industrie der Stadt leben. Da Schwäb. Hall der wichtigste Zentralort für die Einpendler ist, nehmen wir an, daß 45 % ihrer Einkünfte den Derivativen in Schwäb. Hall zugute kommen. Das sind ca. 3,1 Mio DM, dem entsprechen etwa 1 550 Einwohner. Schliesslich gilt es noch den Unternehmerlohn, die Gewinne, Zinsen etc. zu schätzen, die in der Stadt wirksam werden. Nach einer für jeden Betrieb anhand der Zahl der Miteigentümer der im Betrieb tätigen Angehörigen durchgeführten vorsichtigen Schätzungen wurde ein Betrag von ca. 1,9 Mio DM ermittelt, dem ca. 1 000 Einwohner entsprechen. Nach diesen Einzelschätzungen beträgt die Gesamtzahl der Haller Einwohner, die direkt und indirekt von der Industrie leben ca. 6 760 Personen. Das ist ca. ein Drittel der Haller Einwohnerschaft. Die Haller Industrie liefert also auch unter Berücksichtigung der indirekten Auswirkungen nur für etwa ein Drittel der Schwäb. Haller Bevölkerung eine Existenzgrundlage. Vergleiche mit anderen Städten, die hier besonders aufschlußreich wären, können nicht durchgeführt werden, da keine entsprechenden Unterlagen zur Verfügung stehen.

3.22 Fernbedarfstätiges Baugewerbe

Da dem Baugewerbe, wie die Strukturanalyse zeigte, in Schwäb. Hall eine besondere Bedeutung zukommt, wird es gesondert untersucht. Es trägt in der Regel derivativen Charakter, da aber der Tätigkeitsbereich verschiedener Baugeschäft über Schwäb. Hall und sein Umland hinausreicht, die Bauunternehmung Härer hat Filialen in ganz Nordwürttemberg, ist es erforderlich, die fundamentalen Einnahmen, die dadurch nach Schwäb. Hall hereinströmen, gesondert zu ermitteln. Zu den Fernbedarfstätigen rechnen

---

1) Vgl. dazu Statistik von Bad.-Württ. Bd. 57: Die Verdienste der Arbeiter und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft in Bad.-Württ.

wir von den vier Bauunternehmungen und den drei größten Ausbaubetrieben der Stadt, die zusammen über mehr als 1 200 Beschäftigte verfügen, ca. 800 Arbeitnehmer. Um diese Zahl übersteigt auch die Anzahl der Bauarbeiter den Durchschnittssatz von 3 Bauarbeiter je 100 Einwohner. Das übrige Baugewerbe trägt derivativen Charakter oder es erbringt Vorleistungen für Industrie und Ferndienstleistungen. Gehen wir von einem durchschnittlichen Jahreseinkommen der Bauarbeiter von ca. 4 800 DM für das Jahr 1958 aus, so ergibt sich eine Lohnsumme von ca. 3,8 Mio DM. Da ein großer Teil dieser Arbeitskräfte in der Regel längere Zeit auswärts tätig ist, kann angenommen werden, daß davon nur etwa 70 % nach Schwäb. Hall fliessen, das sind 2,6 Mio DM. Die sonstigen fundamentalen Einnahmen, die durch die fernbedarfstätigen Baubetriebe der Stadt zufliessen, können auf knapp 20 % der Lohnsumme = 0,5 Mio DM beziffert werden. Die fundamentalen Einnahmen aus dem Baugewerbe der Stadt Schwäb. Hall belaufen sich somit auf ca. 3,1 Mio DM.

3.23 Ferndienstleistungen

3.231 Öffentliche Dienstleistungen und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse.

Die öffentlichen Dienstleistungen und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse (nach der Gliederung der Arbeitsamtsstatistik) umfassen vor allem Sozialversicherungsträger, Verwaltung, Verteidigungsstellen, Bildungswesen, Kirche, Krankenpflege, Apotheken und freie Berufe. Hinsichtlich ihrer räumlich-funktionalen Wirkungsweise zeigen diese Institutionen und Berufsgruppen ein sehr vielschichtiges Bild. Es sind in diesem Wirtschaftsbereich in Schwäb. Hall 2 675 Personen tätig, das sind 25 % sämtlicher in Schwäb. Hall beschäftiger Personen; einschliesslich der Inhaber ergibt sich eine Gesamtzahl von 2 772 Erwerbstätigen.[1)] Die Bedeutung für die Wirtschaftskraft der Stadt Schwäb. Hall ist daraus klar ersichtlich. Fundamentalen Charakter tragen insbesondere der Flugplatz Hessental und das Diakonissenkrankenhaus, beide werden in gesonderten Abschnitten analysiert. Die Gruppen Bildungswesen, Kirche, freie Berufe, Apotheken und Sozialversicherungsträger sind insgesamt gesehen nur für die Stadt und den Kreis Schwäb. Hall tätig. Sie sind daher teilweise zu den Derivativen zu rechnen und teilweise bei den zentralen Leistungen

1) Vgl. dazu Tabelle XIII und Tabelle XIV

für das Umland zu erfassen. Im Bereich der Verwaltung erfolgen auch Leistungen über die Kreisgrenze hinaus. Die verschiedenen Behörden und Institutionen wurden jeweils einzeln auf ihren räumlichen Wirkungsbereich hin untersucht. Es konnten dabei drei Gruppen unterschieden werden:

+ Behörden und Institutionen mit örtlichen Funktionen, insbesondere die Stadtverwaltung etc. mit zusammen 404 Beschäftigten. Sie tragen ausschliesslich derivativen Charakter.
+ Behörden und Institutionen, die zentrale Funktionen auf Kreisebene ausüben (Landratsamt etc.) mit zusammen 614 Beschäftigten.
+ Behörden und Institutionen, deren zentrale Funktion über die Kreisgrenze hinausragen mit zusammen 371 Beschäftigten.

Die beiden letzten Gruppen sind sowohl den Fundamentalen als auch den Derivativen zuzurechnen. Sofern sie sich auf den Landkreis beziehen, werden sie bei der Berechnung der Einnahmen aus den zentralen Leistungen erfasst. Hier kommt es nur darauf an, die über die Kreisgrenzen hinausreichenden Fernleistungen zu ermitteln. Die Jugendstrafanstalt ist voll zu den Fernleistungen zu rechnen. Bei den übrigen Behörden und Institutionen kann der Anteil, der über die Kreisgrenze hinausreicht mit ca. 20 % angesetzt werden. Eine Berechnung der Leistungen öffentlicher Institutionen und Behörden kann nur über die Zahl der Beschäftigten und deren Einkünfte durchgeführt werden. Es sind hier ca. 164 Beschäftigte den Fernleistungen zuzurechnen. Bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von ca. 600 DM ergeben sich daraus jährlich etwa 1,2 Mio DM. Die dadurch zusätzlich nach Schwäb. Hall hereinströmenden Einnahmen dürften 10 % nicht übersteigen und somit ca. 0,12 Mio DM betragen. Der Gesamtbetrag der fundamentalen Einnahmen aus öffentlichen Ferndienstleistungen kann somit auf 1,3 Mio DM geschätzt werden.

3.232 Private Dienstleistungen

Die privaten Dienstleistungen der Stadt Schwäb. Hall: fotografisches Gewerbe, Friseurgeschäfte, Färbereien, Kunstgeschäfte, Film, Theater, häusliche Dienste etc. zählen, ohne das Gaststättengewerbe, das beim Fremdenverkehr mit erfasst wird, einschl. der mithelfenden Familienangehörigen ca. 280 Beschäftigte; zusammen mit den Geschäftsinhabern sind es ca. 320 Erwerbstätige.[1] Es handelt sich hierbei vorwiegend um nahbedarfstätige Wirtschaftszweige, sofern fundamentale Leistungen erbracht werden, erfolgen sie für Fremde oder für Bewohner des Umlandes und werden daher beim Fremdenverkehr bzw. bei den zentralen Leistungen mit erfasst.

1) Vgl. dazu Tabelle XIV

3.233 Fremdenverkehr

Schwäb. Hall hat nach Bad Mergentheim das größte Fremdenverkehrsvolumen aller hohenloher Orte. Im Fremdenverkehrsjahr 1958/59 betrug die Zahl der Übernachtungen insgesamt 51 200.[1] Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß ein Hotelunternehmen mit etwa 40 Betten keine Meldungen abgibt. Die tatsächliche Zahl der Übernachtungen liegt daher höher als wie es in der Statistik ausgewiesen wird. Bringen wir für den Betrieb, der keine Meldungen abgibt den durchschnittlichen Auslastungsgrad der Haller Betten in Ansatz, so muß die Gesamtzahl der Übernachtungen um etwa 2 000 höher angenommen werden. Berechnen wir die Fremdübernachtungen je Einwohner als Ausdruck der Fremdenverkehrsintensität, so erreicht Schwäb. Hall nach den abgegebenen Übernachtungsmeldungen 2,4 Fremübernachtungen je Einwohner. Die tatsächliche Fremdenverkehrsintensität kann auf ca.2,6 geschätzt werden.Der Abstand gegenüber Bad Mergentheim mit 84 kommt hier deutlich zum Ausdruck. Schwäb. Hall liegt dabei aber vor Künzelsau mit 2,3 und Crailsheim mit 1,9 und weist eine erheblich höhere Intensitätsziffer auf, als die industriell stärker entwickelten Städte Waiblingen, Nürtingen, Backnang etc. Biberach verfügt dagegen mit 3,6 über ein grösseres Fremdenverkehrsvolumen. Im Kreis Schwäb. Hall verfügt der Luftkurort Mainhardt mit ca. 25 000 Fremdübernachtungen und einer Intensitätsziffer von 18,3 Fremdübernachtungen je Einwohner über einen bedeutsamen Fremdenverkehr; daneben spielt Vellberg mit 3,1 noch eine gewisse Rolle.[2]

Die Relation Sommer- zu Winterübernachtungen von 2:1 ist bei dem Übernachtungsvolumen der Stadt Schwäb. Hall als verhältnismässig günstig anzusehen. In Mainhardt beträgt das Verhältnis 4:1, in Vellberg 2:1. Im Winterhalbjahr 1958/59 entfielen in Schwäb. Hall durchschnittlich 1,9 Übernachtungen auf einen Gast und im Sommerhalbjahr 1959 2,1.[3] Diese verhältnismässig niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer zeigt, daß in Schwäb. Hall zur Zeit nur der Durchgangsverkehr eine Rolle spielt. Bemerkenswert hoch ist der Anteil von Ausländern, Niederländer und Belgier liegen dabei an der Spitze. Die Auslastung der Bettenkapazität betrug im Winterhalbjahr 1956/57 12 % und im Sommerhalbjahr 1956/57 21,5 %. 1958/59 erreichte sie etwa 11 % und 20 %. In den übrigen hohenloher Kreisstädten ist,mit Ausnahme von Mergentheim,der durchschnittliche Auslastungsgrad noch geringer. Der Bundesdurchschnitt beträgt etwa 38 %.

---

1) Vgl. dazu Tabelle XVIII: Daten über den Fremdenverkehr

2) ebenda

3) ebenda

Die Rentabilitätsgrenze liegt nach verschiedenen Untersuchungen bei Auslastungsziffern zwischen 30 und 50 %. Die schwierige Lage des Gastwirtsgewerbes geht daraus deutlich hervor und es erscheint fraglich, ob die vorhandene Bettenkapazität bei diesen unzureichenden Rentabilitätsverhältnissen weiterhin aufrecht erhalten wird. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß der Beherbergungsbetrieb vielfach nebenberuflich durchgeführt wird, daher kommt die mangelnde Auslastung nicht so stark zur Auswirkung. Schwäb. Hall wird nach der amtlichen Fremdenverkehrsstatistik noch zu den Heilbädern gerechnet. Der Kurbetrieb ist aber zur Zeit überaus gering. Verschiedene Maßnahmen lassen jedoch in absehbarer Zeit eine Intensivierung erkennen. Die im Eigentum des Landes stehende Solequelle, der sog. Haalquell wurde neu gefasst und speist bereits das Kindersolbad der evang. Diakonissenanstalt.

Der Fremdenverkehr zählt zu den Ferndienstleistungen, bei denen es verhältnismässig schwierig ist, die Grössenordnungen ihrer regionalwirtschaftlichen Bedeutung zu bestimmen. Diese Materie läßt sich schwer erfassen, sodaß die vorhandenen Unterlagen sehr lückenhaft sind. Schwäb. Hall zählt drei Hotels und 34 Gaststätten, die teilweise über Fremdenzimmer verfügen. Die Zahl der Beschäftigten beträgt einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen ca. 90, zusammen mit den Inhabern sind es 127 Erwerbstätige.[1] Im Rahmen der Aufgliederung nach der räumlich-funktionalen Wirkungsweise erscheinen die Leistungen der Hotels und Gaststätten beim Fremdenverkehr, bei den zentralen Leistungen für das Umland und im derivativen Bereich. Der Fremdenverkehr wirkt sich, wie im nächsten Abschnitt näher erörtert wird, auch auf die Einnahmen des Einzelhandels aus.[2] Nach Der Zahl der Übernachtungen kann geschlossen werden, daß 1/2 bis 1/3 des Umsatzes des Gaststättenwesens des Kreises auf die Stadt Schwäb. Hall entfällt, das sind jährlich etwa 3 Mio DM. Im Fremdenverkehrsjahr 1958/59 hatte Schwäb. Hall nach den abgegebenen Meldungen 51 200 Übernachtungen zu verzeichnen, davon entfallen 44 349 auf Inländer und 6 851 auf Ausländer. Die offiziellen Richtsätze lauten für Übernachtung und Tagesverkehr bei Inländern 30 DM und bei Ausländern 40 DM. Wir bringen für Schwäb. Hall bei Inländern 25 DM und bei Ausländer 40 DM in Ansatz. Diese Ziffern scheinen aber für die Schwäb. Haller Verhältnisse etwas zu hoch gegriffen, deshalb bleiben zum Ausgleich die der amtlichen Statistik nicht gemeldeten ca. 2000 Übernachtungen in einem Schwäb. Haller Hotel und der reine Tagesverkehr unberücksichtigt. Nach diesen Ansätzen

1) Vgl. dazu Tabelle XIV

2) Nach den Angaben von A.Mallebrein in dem Aufsatz:"Die Landkreise im deutschen Fremdenverk." in:Die Landkreise in der Bundesrepublik, Stuttg. 1955,S.171 verteilen sich die Ausgaben eines Gastes wie folgt: 35% für Beherberg.u.Verpflegung,35% auf den Einzelhandel,11% für kulturelle Darbietungen,12% auf den Sektor Verkehr und 7% auf Sonstiges.

kann folgende Berechnung durchgeführt werden:

44 349	Übernacht. von Inländern	x 25 DM	= 1,109 Mio DM
6 851	" " Ausländern	x 40 DM	= 0,274 Mio DM
	zusammen		1,383 Mio DM

Die zentrale Verwendungsquote ist bei einer Stadt wie Schwäb. Hall mit der Zentralitätsstufe II, was in dem Abschnitt für die zentralen Leistungen für das Umland noch näher erörtert wird, mit etwa 66 2/3 % anzunehmen.[1] danach ergeben sich ca. 1 Mio DM als fundamentale Einnahme der Stadt Schwäb. Hall aus dem Fremdenverkehr.

3.234 Handel

Nach Berechnungen anhand der Enquête- Unterlagen betrug die Einzelhandelsdichte der Stadt Schwäb. Hall 1958 ca. 87 Einwohner je Einzelhandelsbetrieb. Im Kreis insgesamt waren es ca. 122. Zum Vergleich die Verhältnisse in den übrigen hohenloher Kreisen: Stadt Mergentheim 75 Einwohner je Einzelhandelsbetrieb, Kreis Mergentheim insgesamt 118; Stadt Crailsheim 86, Kreis Crailsheim 127; Stadt Künzelsau 81, Kreis Künzelsau 141; Stadt Öhringen 72, Kreis Öhringen 145; die Stadt Schwäb. Hall hat also von den hohenloher Kreisstädten die relativ geringste Einzelhandelsdichte. Der Kreis Schwäb. Hall liegt dagegen nach dem Kreis Mergentheim an zweiter Stelle, daraus kann geschlossen werden, daß Schwäb. Hall für das Kreisgebiet nicht die Bedeutung als Einkaufszentrum hat wie die Kreisstädte der übrigen hohenloher Kreise. Vergleichen wir die Einzelhandelsumsätze je Einwohner, dann liegt der Kreis Schwäb. Hall insgesamt mit Abstand an der Spitze der hohenloher Kreise. Daraus ist zu schliessen, daß der Umsatz je Einzelhandelsbetrieb in Schwäb. Hall etwas höher ist als in den umliegenden Kreisstädten.[2] Nach den Ermittlungen, die anhand des Landesadressbuches durchgeführt wurden, befinden sich kleinere Schwerpunkte des Einzelhandels in Ilshofen, Mainhardt, und Braunsbach. Etwa 80 % der Einkäufe der Bevölkerung des Kreises Schwäb. Hall werden innerhalb des Kreisgebietes getätigt. Einkäufe des gehobenen Bedarfs erfolgen zum Teil in Stuttgart. Im Textil- und Bekleidungshandel sind Schwäb. Hall und Mergentheim die Zentren für den gesamten hohenloher Raum. Die Einzelhandelsumsätze des Kreises Schwäb. Hall liegen insgesamt unter dem Landesdurchschnitt. Die höheren Umsätze gegenüber dem ähnlich

1) Vgl. dazu Abschnitt 3.24

2) Vgl. dazu Tabelle IX/1: Ergebnisse der Umsatzsteuer-Statistik 1958

strukturierten Kreis Biberach deuten darauf hin, daß eine zusätzliche Nachfrage von außen, durch den Fremdenverkehr und durch US-Personal vorhanden ist.[1] Von 1954-1958 hatten die Einzelhandelsumsätze im Kreis Schwäb. Hall die relativ größte Steigerung von allen hohenloher Kreisen; mit einer Zunahme um ca. 50 % blieben sie knapp hinter der Steigerung im Landesdurchschnitt von 52 % zurück.[2] Der Einzelhandel, der Stadt Schwäb. Hall zählte 1958 insgesamt ca. 160 Betriebe. Davon für Lebensmittel und Gemüse 54 und für Textil, Bekleidung, Schuhe 33. Die Gesamtzahl der Beschäftigten umfasst 583 Personen = 5,5 % der Schwäb. Haller Beschäftigten. Davon waren im Lebensmittel- Gemüseeinzelhandel 193 Personen und bei Textil, Bekleidung, Schuhe 159 tätig. Der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte betrug etwa 70 %. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen des Schwäb. Haller Einzelhandels belief sich auf 797 = 7 % sämtlicher Schwäb. Haller Erwerbstätiger.[3] Der Anteil der Einpendler ist hier etwas niedriger als bei den übrigen Wirtschaftsbereichen.

Die Großhandelsgeschäfte sind innerhalb des Kreises fast ausschliesslich in Schwäb. Hall konzentriert. Die Relation Einzelhandels- zu Großhandelsumsätze ist etwa 1:1, daraus geht hervor, daß der Schwäb. Haller Großhandel keine überregionalen Funktionen ausübt und insgesamt gesehen nur für den Kreis tätig ist. Demgegenüber haben die Großhandelsgeschäfte in Künzelsau und Mergentheim überregionale Bedeutung. Die durchschnittlichen Großhandelsumsätze des Kreises Schwäb. Hall weichen vom Landesdurchschnitt noch erheblich stärker ab als die des Einzelhandels.[4] Der Schwäb. Haller Großhandel zählte 1958 insgesamt 25 Betriebe mit 217 Beschäftigten und insgesamt 250 Erwerbstätigen. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten betrug ca. 30 %.[5] Von 1954 - 1958 hatte der Kreis Schwäb. Hall mit einer Steigerung um 29,6 % neben dem Kreis Künzelsau die geringste Zunahme der Großhandelsumsätze aller hohenloher Kreise zu verzeichnen und blieb damit auch hinter der Steigerung im Landesdurchschnitt von 34,2 % zurück.[6]

Die Untersuchungen lassen erkennen, daß der Einzel- und Großhandel der Stadt Schwäb. Hall Ferndienstleistungen für Fremde und US-Personal er-

1) Vgl. dazu Tabelle IX/1: Ergebnisse der Umsatzsteuer-Statistik 1958

2) Vgl. dazu Tabelle IX/2: Die Entwicklung im Dienstleistungsbereich von 1954 - 1958

3) Vgl. dazu Tabelle XIII: Gliederung der Beschäftigten und Erwerbstätigen der Stadt Schwäb. Hall nach Wirtschaftsbereichen 1958

4) Vgl. dazu Tabelle IX/1

5) Vgl. dazu Tabelle XIII

6) Vgl. dazu Tabelle IX/2

-bringen. Diese Dienste werden bei der Schätzung der Gesamtleistungen im Fremdenverkehr und für die US-Streitkräfte mit erfasst. Die Tätigkeit des Groß- und Einzelhandels für das übrige Kreisgebiet wird bei den zentralen Leistungen für das Umland berücksichtigt.

3.235 Evangelische Diakonissenanstalt

Das einzige Krankenhaus der Stadt Schwäb. Hall ist die evangelische Diakonissenanstalt. Ihr Tätigkeitsbereich reicht über den engeren Bezirk von Schwäb. Hall hinaus und umfasst weite Teile Nordwürttembergs. Die Ermittlung der daraus in die Stadt fliessenden Einnahmen gestaltet sich schwierig, da es sich nicht um ein Krankenhaus in üblichem Sinne handelt, sondern um eine Institution besonderer Art: Diakonissen-Mutterhaus und Krankenhaus bilden eine Einheit; sie verfügen über eigene Besitzungen und einen eigenen Versorgungsapparat. Angesichts dieser Verhältnisse war es notwendig, durch eine Einzeluntersuchung in die Zusammenhänge weiter einzudringen. Die Ferndienstleistungen der ev. Diakonissenanstalt erfolgen in zweifacher Art: Kranke von anderen Orten kommen in das Krankenhaus, gleichzeitig werden Schwestern und Diakonissen, die hier ausgebildet wurden und dem Mutterhaus angehören, in auswärtige Gemeinden und Krankenhäuser geschickt. Diese Institutionen müssen dafür pro Schwester monatlich zwischen 250 DM und 350 DM an das Mutterhaus nach Schwäb. Hall entrichten. Von hier wird die Schwester bezahlt und hat hier auch ihre Altersversorgung. Die Diakonissenanstalt verfügt über ein eigenes Altersheim. Die Altersversorgung bildet hier einen weitgehend geschlossenen Kreislauf innerhalb der Anstalt.

Die Zahl der in der Diakonissenanstalt Schwäb. Hall Beschäftigten gliedert sich etwa wie folgt:

39	Chef-, Ober- und Assistenzärzte
179	Diakonissen
47	Verbandschwestern
61	Schwesternhelferinnen
18	Helferinnen im diakonischen Jahr
200	Hausgehilfinnen
40-50	Putzfrauen (meist halbtags)
90	Angestellte, Handwerker etc.

Im Altersheim sind 122 Diakonissen untergebracht. Auswärts sind 241 Diakonissen und 77 Verbandschwestern tätig.

Die Lohn- und Gehaltssumme betrug 1958 ca. 5 Mio DM, das sind rd. 2/3 der Gesamtausgaben. 1/6 entfällt auf Sachaufwand und ein weiteres 1/6 auf Abschreibungen und Instandhaltung. Um daraus den Betrag zu schätzen, der als fundamentale Einnahmen für Schwäb. Hall anzusehen ist, muß noch geklärt werden, wie sich die Leistungen der Diakonissenanstalt räumlich

aufgliedern, Soweit sie für Schwäb. Haller Einwohner erbracht werden, tragen sie derivativen Charakter, die Leistungen für Einwohner des Kreises werden bei den zentralen Leistungen für das Umland mit erfasst. Als Ferndienstleistungen kommen daher nur die Leistungen in Betracht, die über die Kreisgrenze hinaus erbracht werden. Nach der Patientenzahl kommen jährlich ca. 45 % von außerhalb des Kreises, nach Pflegetagen sind es sogar 55 %. Die Gliederung nach Pflegetagen erscheint am geeignetsten als Basis für eine Aufgliederung. Bei den außerhalb der Diakonissenanstalt tätigen Schwestern entfällt der größte Teil (etwa 70-80 %) auf andere Kreise. Es muß dabei jedoch berücksichtigt werden, daß sie dort auch den größten Teil ihrer bescheidenen Einkünfte verausgaben. Die Diakonissenanstalt erzielt jedoch von jeder auswärts tätigen Schwester einen Mehrbetrag von monatl. ca.100 DM für Ausbildung,Altersversorgung etc.Rechnen wir davon ca. 75% auf außerhalb des Kreises,so entspricht dieser Betrag etwa 5 % der Lohn- und Gehaltssumme. Es erscheint daher angebracht, insgesamt ca. 60 % der Lohn- und Gehaltssumme der Diakonissen als fundamentale Einnahme für Schwäb. Hall anzusetzen, das sind etwa 3 Mio DM.

Die sonstigen fundamentalen Einnahmen, die über die Diakonissenanstalt nach Schwäb. Hall strömen, sind verhältnismässig bescheiden. Es werden fast ausschliesslich eigene Handwerker beschäftigt, ferner sind eine eigene Bäckerei und Metzgerei, ein techn. Büro, ein Baubüro und ein eigener Fuhrpark vorhanden. Spezialgeräte werden vorwiegend von außerhalb bezogen. Eine eigene Vollapotheke wird bald eingerichtet sein, z.Zt. bestehen noch Verträge mit Schwäb. Haller Apotheken. Für Medikamente werden jährlich ca. 400 000 DM ausgegeben. Der Nahrungsmittelaufwand beläuft sich auf ca. 1,8 Mio DM, hierin ist auch die Produktion von 3 eigenen Gutsbetrieben im Kreis- und Stadtgebiet enthalten. Die bedeutendsten Nahrungsmittelzulieferer sind die landwirtschaftliche Genossenschaft (Velag) und die Bezirksmilchverwertungsstelle. Daraus ist die Bedeutung der Diakonissenanstalt als Abnehmer landwirtschaftlicher Erzeugnisse des Kreises ersichtlich. Die sonstigen fundamentalen Einnahmen, die über die Diakonissenanstalt nach Schwäb. Hall einströmen, werden angesichts dieser Verhältnisse 10 % der fundamentalen Personaleinkommen nicht erreichen, sie können anhand der verschiedenen Zahlen auf ca. 200 000 DM geschätzt werden. Als fundamentale Einnahmen aus Ferndienstleistungen sind somit für die evang. Diakonissenanstalt insgesamt 3,2 Mio DM in Ansatz zu bringen.

3.236 US-Streitkräfte

Die auf dem Flugplatz Hessental stationierten US-Streikräfte beschäftigen ca. 440 deutsche Arbeitskräfte. Das US-Personal umfasst ca. 1 200 Soldaten, ferner wohnen hier 288 amerikanische Familien mit zusammen 733 Personen. Es leben also insgesamt 1 930 Amerikaner in Schwäb. Hall. Auch hier treten eine Reihe von Unsicherheitsfaktoren auf, die eine Erfassung der dadurch nach Schwäb. Hall strömenden Einnahmen erschweren. Nehmen wir an, daß die Einkommen der deutschen Arbeitskräfte den durchschnittlichen Industrieeinkommen für 1958 entsprechen also jährlich ca. 4 400 DM betragen, so erzielten sie 1958 Gesamteinkünfte von ca. 1,94 Mio DM. Weitere fundamentale Einnahmen fliessen der Schwäb. Haller Wirtschaft durch Investitionen und Sachausgaben der Streikräfte und insbesondere über die Konsumausgaben der US-Familien und der US-Soldaten zu. Anhand der Gesamtzahl der in Schwäb. Hall lebenden US-Soldaten und Familienangehörigen kann der Betrag der dadurch 1958 in die Schwäb. Haller Wirtschaft floß auf ca. 3,3 Mio DM geschätzt werden. Der Gesamtbetrag der fundamentalen Einnahmen, die der Schwäb. Haller Wirtschaft über die US-Streitkräfte zufliessen, beläuft sich somit auf ca. 4,9 Mio DM.

3.237 Banken, Geld- und Versicherungswesen

Von den 896 Beschäftigten dieses Wirtschaftsbereichs gehörten im Jahre 1958 778 Beschäftigte = 86 % zur Bausparkasse Schwäb. Hall AG., der Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenkassen, die 1944 ihren Sitz von Berlin nach Schwäb. Hall verlegte. Die Beschäftigtenzahl hat sich inzwischen auf über 850 erhöht, damit sind 7,5 % sämtlicher Schwäb. Haller Arbeitnehmer in der Bausparkasse beschäftigt. Die Bausparkasse Schwäb. Hall ist nach der Bausparkasse GdF Wüstenrot die zweitgrößte private Bausparkasse in der Bundesrepublik u. hat einen Marktanteil von rd. 11 %. Der Vertragsbestand beträgt etwa 6,3 Mrd. DM.[3] Ihre Bedeutung geht aus folgenden Vergleichen hervor: Der durch die Bausparkasse geprägte Wirtschaftsbereich Geld- Bank- und Versicherungswesen umfaßt in der Stadt Schwäb. Hall 8,4% der Beschäftigten und im Landesdurchschnitt von Bad.-Württ. dagegen nur 1,8 %.[1] Die Bausparkasse beschäftigt etwa je zur Hälfte Männer und Frauen, der Anteil der Einpendler beträgt ca. 31 % und liegt damit knapp über dem durchschnittlichen Einpendleranteil bei der gesamten Schwäb. Haller Wirtschaft.[2]

---

1) Vgl. dazu Tabelle XIII: Gliederung der Beschäftigten und Erwerbstätigen der Stadt Schwäb. Hall nach Wirtschaftsbereichen 1958

2) Vgl. dazu Tabelle XIV: Gliederung der in der Stadt Schwäb. Hall beschäftigten und erwerbstätigen Personen.

3) H. Hölzer: "Was kostet ein Bausparvertrag?" in: Der Volkswirt, Nr. 40, 1961, S. 2086

Der Tätigkeitsbereich der Banken und Sparkassen Schwäb. Halls geht über den üblichen zetralörtlichen Rahmen nicht hinaus. Die Stadt verfügt über eine gut entwickelte Kreissparkasse mit ca. 40 Beschäftigten, eine Landwirtschafts- und Volksbank und verschiedene Filialbanken; auch eine Zweigstelle der Landeszentralbank ist am Ort. Im Versicherungswesen sind, von den Kranken- und Sozialversicherungsträgern abgesehen, nur kleine Agenturen vorhanden. Soweit diese Institutionen für das Umland tätig sind, werden sie bei der Schätzung der Einnahmen Schwäb. Halls aus zentralen Leistungen erfasst.

Die Bausparkasse ist dagegen voll zu den Ferndienstleistungen zu rechnen. Nach den Ergebnissen der Lohn- und Gehaltsstrukturerhebung von 1957 [1] bringen wir für die männlichen Arbeitnehmer ein durchschnittliches Monatsgehalt von 600 DM und für die weiblichen ein solches von 300 DM in Ansatz. Die Personaleinkünfte betragen danach im Jahr zusammen ca. 4,2 Mio DM. Die sonstigen fundamentalen Einnahmen, die über die Bausparkasse nach Schwäb. Hall fliessen, sind verhältnismässig niedrig anzusetzen, da nur in geringem Maße Vorleistungen aus der Stadt in Anspruch genommen werden, so z.B. für Bauinvestitionen, Reparaturen, Büroausstattung, Kraftfahrzeuge etc. Diese Beträge dürften im Jahresdurchschnitt 10 % der Personaleinkünfte kaum übersteigen und ca. o,4 Mio DM betragen. Die fundamentalen Einnahmen der Stadt Schwäb. Hall aus der Bausparkasse können somit auf ca. 4,6 Mio DM geschätzt werden.

3.238 Verkehrsunternehmen, Spedition

In Schwäb. Hall sind 12 Fuhrunternehmen mit ca. 22 Beschäftigten ansässig. Das gesamte private Verkehrsgewerbe umfasst 73 Beschäftigte und insgesamt 103 Erwerbstätige.[2] Hier geht es darum, nur die Verkehrsleistungen zu erfassen, die von den Verkehrsunternehmen der Stadt über die Kreisgrenze hinaus erbracht werden. Deshalb sind für uns nur diese 12 genannten Fuhrunternehmen von Interesse, wogegen die übrigen Betriebe, insbesondere die Omnibusunternehmen bei der Ermittlung der Einnahmen aus zentralen Leistungen mit erfasst werden. Die fundamentalen Einnahmen aus den 12 Fuhrunternehmen können in folgender Weise geschätzt werden. Ausgehend von einem durchschnittlichen Jahreslohn von 5 000 DM ergeben sich ca. 110 000 DM Personalkosten, die sonstigen fundamentalen Einnahmen können mit knapp 40 % der Lohnsumme angenommen werden und betragen somit

1) Vgl. dazu Statistik von Bad.-Württ. Bd. 57

2) Vgl. dazu Tabelle XIV: Gliederung der in der Stadt Schwäb. Hall beschäftigten und erwerbstätigen Personen.

ca. 40 000 DM. Die fundamentalen Einnahmen betragen also zusammen ca. 0,15 Mio DM. Die Dienststellen der Bundespost und der Bundesbahn zählen, soweit sie für die Stadt selbst tätig sind, zu den Derivativen. Die Dienste, die für den Kreis erbracht werden, werden bei den zentralen Leistungen für das Umland mit erfasst.

3.24 Zentrale Leistungen für das Umland

3.241 Probleme und Möglichkeiten der Ermittlung zentralörtlicher Leistungen

Die zentralen Leistungen, die von den verschiedenen Wirtschaftsbereichen einer Stadt erbracht werden, lassen sich nach Art und Reichweite nur sehr schwer erfassen. Die auf diese Weise in eine Stadt fliessenden Einnahmen können nicht direkt ermittelt werden. Um die Zusammenhänge, insbesondere auch quantitativ in den Griff zu bekommen, sind Hilfskonstruktionen zu bilden und Richtzahlen zu verwenden. Je genauer die strukturellen Verhältnisse bekannt sind, desto besser können derartige Richtzahlen angewandt werden. Bei den vorangegangenen Analysen war deshalb das Bestreben darauf gerichtet, die wesentlichen Strukturzüge so umfassend herauszuarbeiten, wie es die vorhandenen und zusätzlich gewonnenen Unterlagen überhaupt zuliessen. Der Umfang der zentralörtlichen Leistungen für ein bestimmtes Gebiet hängt davon ab, wie groß dort die fundamentalen Einnahmen sind und welcher Anteil davon für zentrale Leistungen ausgegeben wird.[1] Die zentralen Leistungen tragen in einem grösseren Raum weitgehend derivativen Charakter, da sie in den Verwendungsbereich fundamentaler Einnahmen fallen. Für eine Stadt sind sie jedoch im Rahmen der kleinräumigen Funktionsteilung weitgehend fundamental.[2] Wenn die Summe der zentralen Einnahmen insgesamt ermittelt ist, lässt sich der Teil, der davon zentralen Leistungsträgern zufliesst über die "zentrale Verwendungsquote" berechnen. G. Isenberg hat solche Verwendungsquoten für die verschiedenen fundamentalen Wirtschaftsbereiche anhand von Haushaltsrechnungen, Kosten-Strukturuntersuchungen, Umsatzzahlen etc. ermittelt.[3] In diesem Zusammenhang ist auch die Frage zu erörtern, ob Quoten, Durchschnittswerte etc,

---

1) Für die Inanspruchnahme zentraler Leistungsträger und damit für die "zentrale Verwendungsquote" ist auch die soziale Schichtung der Stadt und ihres Umlandes von Bedeutung. Der negative Ausleseprozess, der vielfach mit der Abwanderung aus wirtschaftlich schwach entwickelten Gebieten verbunden ist (sozialer Erosion) und die dadurch hervorgerufene Umschichtung, führen auf diese Weise auch zu nachteiligen ökonomischen Auswirkungen.
Vgl. dazu Teil B, Absohnitt 3.

2) Hier zeigt sich, wie bereits in Abschnitt 1.71 dargelegt wurde, daß für die Entwicklung der zentralen Leistungsträger einer Stadt die wirtschaftliche Struktur und Leistungskraft des Umlandes von entscheidender Bedeutung ist.

3) Vgl. dazu G. Isenberg: "Existenzgrundlagen der Stadt", vervielfält. Manuskript, Köln 1957, S. 22 f.

die anhand von repräsentativen Erhebungen auf Landes- oder Bundesebene gewonnen wurden, für regionale Berechnungen überhaupt angewandt werden können. Es zeigt sich jedoch an vielerlei Beispielen, daß derartige Quoten heute räumlich weitgehend nivelliert sind, sodaß ihre Anwendung bei diesen Berechnungen, wo es in erster Linie darum geht, die Grössenordnungen zu bestimmen, angebracht erscheint. Gunzert schreibt hierzu u.a.: "Es ist aber anzunehmen, daß durch die infolgedessen notwendige Übernahme dieser Bundesquoten, die Individualität regionaler Berechnungen kaum beeinträchtigt wird." [1]

Das Ausmaß, in welchem einem Ort auf diese Weise Einnahmen zufliessen, hängt davon ab, in wieweit er mit zentralen Leistungsträgern ausgestattet ist. Die zentralen Einnahmen verteilen sich nach dem jeweiligen Zentralitätsgrad auf verschiedene Orte. Je nachdem, welchen Zentralitätsgrad ein Ort für ein bestimmtes Gebiet aufweist, strömen ihm zentrale Einnahmen von dort zu. G. Isenberg entwickelte für derartige Zurechnungen sog. "Stufenquoten".[2] Für ihre Anwendung ist es jedoch erforderlich, ein Stufungssystem zu entwickeln, dem die Quoten als sog. "Stufenrichtzahlen" zugeordnet werden können. Die Berechnungen für eine Stadt hängen dann davon ab, welcher Stufe sie zuzurechnen ist. G. Isenberg bildet dafür vier Zentralitätsstufen, indem er den Stufenaufbau Gemeinde - Kreis - Regierungsbezirk - Land - Bund bzw. Vertreter - Bezirksvertreter - Sitz des Versands oder Einzelhandel - Verteilergroßhandel - Zentrallager etc. in eine räumliche Gliederung übertrug.[3] Schwäb. Hall kann danach ziemlich eindeutig der Stufe II zugerechnet werden. Als Kreisstadt eines grösseren Kreises mit zentralen Dienstleistungen höheren Grades. Es steht dabei als Zentrum des Kreises nicht in Konkurrenz mit anderen Orten, mit denen es Funktionen teilen müsste. Der Unterschied gegenüber den nächst grösseren Orten des Kreises ist, wie bereits gezeigt wurde, hier weit ausgeprägter als in den übrigen Kreisen des hohenloher Raumes.[4]

3.242 Abgrenzung des Ausstrahlungsbereiches

Wie bereits in Abschnitt 1.72 ausgeführt wurde, ist der zentralörtliche Einflußbereich von Schwäb. Hall etwa mit dem Kreis identisch. Als Umland, für das Schwäb. Hall als Zentrum der Stufe II zentrale Leistungen erbringt

1) Vgl. dazu Sonderheft 3 der Statistischen Monatsberichte des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt, 1955, S. 13

2) Vgl. dazu G. Isenberg: "Existenzgrundlagen der Stadt", vervielfält. Manuskript, Köln 1957, S. 22 und 24

3) ebenda S. 28

4) Vgl. dazu den Abschnitt 2.1: Die Lage im grösseren Raum

können wir unseren Berechnungen deshalb den Kreis Schwäb. Hall zugrunde legen. Schwäb. Hall nimmt aber auch gleichzeitig Aufgaben des sog. kleinen Zentrums der Stufe I für den engeren Umkreis wahr. Bei diesen Leistungen steht Schwäb. Hall in Konkurrenz zu den kleinen Zentren des Kreises. Hier ist der eigentliche Einflußbereich von Schwäb. Hall auf die nähere Umgebung beschränkt. Um das Ineinandergreifen der verschiedenen zentralen Leistungen niederen Grades überschauen zu können, wurde die Ausstattung der grösseren Orte des Kreise mit zentralen Leistungsträgern eingehend analysiert. Da außer der Kenntnis der Verkehrsverflechtung und der jeweiligen Ausstattung der zentralen Orte mit zentralen Leistungsträgern keine näheren Angaben über die tatsächliche Verflechtung vorliegen, konnte die Abgrenzung des engeren Einflußbereichs von Schwäb. Hall nur verhältnismässig grob vorgenommen werden. Zum engeren Umland, für das Schwäb. Hall auch zentrale Leistungen niederen Ranges erbringt, rechnen wir danach: Gelbingen, Gailenkirchen, Untermünkheim, Michelfeld, Uttenhofen, Michelbach, Weckrieden, Tüngental und Bibersfeld. Die Landesplanungsstelle beim bad.-württ. Innenministerium hat für die Zentralorte sog. "Nahbereiche" ausgewiesen.[1] Da hierbei in erster Linie der Anteil der Industriebeschäftigten als Abgrenzungsmerkmal verwendet wurde , wir aber den engeren Einflußbereich von Schwäb. Hall zu erfassen suchen, indem die Stadt zentrale Funktionen der Stufe I und II wahrnimmt, weichen wir bei unserer Abgrenzung von dem für Schwäb. Hall ausgewiesenen Nachbereich in einigen Punkten ab.

Wie bereits erörtert, wird der Gesamtumfang der zentralen Leistungen für das Umland durch dessen wirtschaftliche Leistungskraft bestimmt. Diese kommt in der Nettoleistung der verschiedenen fundamentalen Leistungsträger zum Ausdruck. Es gilt also, für das Umland zunächst dieselben Untersuchungen der fundamentalen Wirtschaftsbereiche durchzuführen, wie es für die Stadt Schwäb. Hall geschehen ist. Wie die Voruntersuchungen der strukturellen Zusammenhänge zeigen, können wir uns dabei auf die Landwirtschaft, die Industrie, die Auspendler und den Fremdenverkehr beschränken. Da die

---

1) In einem Exposé der Landesplanungsstelle über den Kreis Schwäb. Hall vom Oktober 1960 wird der "Nahbereich" wie folgt umschrieben, (S.14): "das sind die Gemeinden, die verkehrsmässig und oft auch baulich eng an den Zentralort angeschlossen sind, sie haben in der Regel einen hohen Anteil an nichtlandwirtschaftlicher Bevölkerung."

Vgl. dazu die Kreiskarte in Abschnitt 2.1

verschiedenen Einnahmeströme, die von den fundamentalen Wirtschaftsbereichen des Kreises nach Schwäb. Hall hereinströmen, nicht direkt erfassbar sind, bringen wir die von G. Isenberg entwickelten Richtzahlen in entsprechender Abwandlung nach den Ergebnissen unserer Einzeluntersuchungen zur Anwendung.[1)]

.243 Zentrale Leistungen für den Kreis entsprechend der Zentralitätsstufe II

Die Verhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft des Kreises können folgendermassen umrissen werden: Die landwirtschaftliche Betriebsgrössenstruktur und die Höhe und Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion sind im Vergleich zum Kreis Biberach und dem Landesdurchschnitt aus Tabelle XIX ersichtlich.[2)] Darüber hinaus seien folgende Strukturmerkmale erwähnt: Im Kreis Schwäb. Hall gibt es vor allem Muschelkalk- und Lettenkohle-Formationen; im Südwesten des Kreises überwiegen die Keuperlagen des Schwäbischen Waldes. Die natürlichen Anbaubedingungen sind daher im Kreis sehr unterschiedlich. Für unsere Zwecke genügt es jedoch, wenn wir uns mit Durchschnittszahlen begnügen. Die Bodenklimazahlen liegen zwischen 40 und 49. Der Kreis Schwäb. Hall hat den höchsten Grünlandanteil aller hohenloher Kreise mit über 50 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche und umgekehrt, den geringsten Ackeranteil mit ca. 48 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Sonderkulturen gibt es kaum. Der Kreis zeichnet sich vor allem durch eine ausgeprägte Viehhaltung aus. Er steht mit der Tierhaltung bei einer durchschnittlichen Dichte von ca. 115 Großvieheinheiten je 100 ha an der Spitze des ganzen hohenloher Raumes. Der Anteil der Milchkühe am gesamten Rindviehbestand beträgt etwa 44 %. Die Milchleistung je Kuh liegt etwa bei 2 642, in Nordwürtt. bei 2 770 und in Bad.-Württ. bei 2 716. 1939 lag sie noch über dem Landesdurchschnitt, sie konnte aber bis 1958 nur um 16,2 % gesteigert werden, gegenüber 31,7% im Landesdurchschnitt.[3)] Bei der Schweinezucht vollziehen sich strukturelle Änderungen. Da die "schwäb. hällische Rasse" für die heutigen Nachfrageverhältnisse zu fett ist, erfolgt die Umstellung auf holländische Rassen. Auf den Ferkelmärkten im Kreis Schwäb. Hall werden im Jahr ca. 1 Mio DM umgeschlagen. Die Schweinemärkte von Schwäb. Hall sind dabei von besonderer Bedeutung. In den meisten Gemeinden des Kreises stammen etwa

1) Vgl. dazu G. Isenberg: "Existenzgrundlagen der Stadt", vervielfält. Manuskr., Köln 1957, S. 32 f.

2) Vgl. dazu Tabelle XIX: Landwirtschaftliche Strukturziffern für den Kreis Schwäb. Hall

3) Vgl. dazu H. Wirth: "Die Entwicklung der Landwirtschaft in Bad.-Württ. Dargestellt aufgrund der amtlichen Statistik der letzten 75 Jahre." in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Bad.-Württ., 5. Jahrg. 1. Heft, Stuttg. 1960, und
Institut für Raumforschung: Kreismappe

80 % der landwirtschaftlichen Einnahmen aus der Viehzucht. Die Mechanisierung der Landwirtschaft ist im Kreis relativ gut entwickelt. Das Genossenschaftswesen ist allgemein verbreitet. Im ganzen Kreis Schwäb. Hall herrscht die geschlossene Vererbung vor, lediglich in 5 Gemeinden gibt es Mischformen.[1] Für die Flurbereinigung sind durch die Alleinerbensitte günstige Voraussetzungen gegeben. Sie ist in etwa 10 Gemeinden des Kreises durchgeführt. Aussiedlungen sind dabei kaum notwendig, da die Bauweise allgemein aufgelockert ist. Die flurbereinigten Betriebe bewirtschaften in der Regel etwa 15 ha. Nach einer Karte des Statistischen Landesamtes über Betriebsertrag und Betriebseinkommen je ha Kulturfläche weist der Kreis Schwäb. Hall mit die niedersten Werte auf. Der Betriebsertrag je ha liegt hier zwischen 500 und 750 DM, teilweise sogar unter 500 DM. Das Betriebseinkommen liegt in der Regel zwischen 230 und 350 DM. Der Kreis Schwäb. Hall hat damit die niedersten Werte des hohenloher Raumes und liegt unter den Ziffern des oberschwäbischen Agrargebietes.[2] Der Leistungs- und der Verwendungsbereich sind in der Land- und Forstwirtschaft besonders eng miteinander verwoben. Wir betrachten daher im Hinblick auf die Inanspruchnahme zentraler Leistungen beide zusammen und wählen als Ausgangsgrösse die Marktleistung d.h. den baren Verkaufserlös einschliesslich der Vorleistungen. Angesichts der oben skizzierten natürlichen und strukturellen Verhältnisse gehen wir bei unseren Schätzungen von einer durchschnittlichen Marktleistung der Landwirtschaft des Kreises von ca. 800 DM je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche aus. Bei der forstwirtschaftlich genutzten Fläche kann eine Marktleistung von 350 DM/ha angenommen werden. Es werden hier die jeweiligen Flächen des Kreises ohne Schwäb. Hall zugrunde gelegt. Nach überschlägigen Schätzungen gleichen sich die Ein- und Ausmärkerflächen auf Kreisebene in etwa aus, sodaß sie nicht gesondert berücksichtigt werden müssen. Ausgehend von einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von ca. 33 300 ha ergeben sich bei einem Hektarsatz von 800 DM ca. 26,6 Mio DM. Für die forstwirtschaftliche Fläche von ca. 15 700 ha können wir bei einem Hektarsatz von 350 DM ca. 5,5 Mio DM in Ansatz bringen; zusammen also ca. 32 Mio DM. Da die Mechanisierung der Landwirtschaft

---

1) Vgl. dazu H. Röhm: "Die Vererbung des landwirtschaftlichen Grundeigentums in Baden-Württemberg", Selbstverlag der Bundesanstalt für Landeskunde, Remagen 1957.

2) Vgl. dazu Karte: "Betriebsertrag und Betriebseinkommen je ha Kulturfläche in Bad.-Württ.", dargestellt aufgrund der Einheitsbewertung und Intensitätsstufe der Betriebsorganisation (Wertzahlen). Beilage zu: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Bad.-Württ., 5. Jahrg. 1. Heft, Stuttgart 1960

im Kreis bereits fortgeschritten ist, kann als zentrale Verwendungsquote der Richtsatz von 45,5 % angenommen werden, das sind 14,5 Mio DM. Der Anteil der Stadt Schwäb. Hall an dieser Summe wird über die Stufenrichtzahl für einen Zentralort der Stufe II ermittelt, der Satz von 36 % kann dabei voll in Ansatz gebracht werden, sodaß sich die Summe der zentralen Einnahmen der Stadt Schwäb. Hall aus der Landwirtschaft des Kreises auf ca. 5,2 Mio DM beläuft.

Nach den Enquête-Aufbereitungen hatte die Industrie des Kreises (ohne die Stadt Schwäb. Hall) 1958 ca. 1 900 Beschäftigte. Bringen wir darauf die für den gesamten Kreis für das Jahr 1958 ausgewiesene Lohn- und Gehaltssumme pro Industriebeschäftigten in Ansatz, so lassen sich die Lohn- und Gehaltseinkünfte auf ca. 8,36 Mio DM beziffern. Die sonstigen fundamentalen Einnahmen aus der Industrie des Kreises dürften 30 % der Lohn- und Gehaltssumme, somit also ca. 2,5 Mio DM nicht überschreiten. Die gesamten fundamentalen Einnahmen aus der Industrie des Kreises belaufen sich also auf ca. 11 Mio DM. Die zentrale Verwendungsquote für Schwäb. Hall kann mit dem bei der Industrie üblichen Satz von 40 % angenommen werden, das ergibt ca. 4,4 Mio DM. Bei einer Stufenquote von 34 % belaufen sich die zentralen Einnahmen der Stadt Schwäb. Hall aus der Industrie des Kreises auf ca. 1,5 Mio DM.

Eine weitere fundamentale Erwerbsquelle der Einwohner des Kreises Schwäb. Hall (ohne die Stadt) sind die außerhalb ihrer Gemeinden liegenden Arbeitsplätze, die von Auspendlern eingenommen werden: so vor allem in der Stadt Schwäb. Hall, die bei diesen Untersuchungen vom Kreis getrennt zu betrachten ist und in den umliegenden Landkreisen und Städten. Wir wählen als Grundlage unserer Ermittlungen die Gesamtzahl der Auspendler, nicht den Auspendlerüberschuß, weil anzunehmen ist, daß alle im Kreis wohnhaften Familien und Arbeitskräfte zentrale Dienste in Schwäb. Hall in Anspruch nehmen. Dies mag bei Auspendlern in andere Zentren von ähnlichem oder höherem Zentralitätsgrad wie Schwäb. Hall nicht immer der Fall sein. Wenn sie trotzdem mit einbezogen werden, so wird dies auf der anderen Seite dadurch ausgeglichen, daß Einpendler nach Schwäb. Hall, die von außerhalb des Kreises kommen, bei der Berechnung der zentralen Leistungen der Stadt nach aussen nicht berücksichtigt werden, obwohl sie in der Regel ebenfalls zentrale Leistungen in Schwäb. Hall in Anspruch nehmen. 1959 zählte der Kreis Schwäb. Hall (ohne die Stadt) 5 339 Auspendler. Der Auspendlerüberschuß betrug 3 413.[1] Soweit die Auspendler in der Stadt

1) Vgl. dazu die Pendlerzahlen für Kreis und Stadt Schwäb. Hall in den Tabellen VI und VII.

Schwäb. Hall beschäftigt sind, werden ihre Einkünfte von den dort entstandenen fundamentalen Einnahmen abgezogen. Hier werden diese Einkünfte als fundamentale Einnahmen für Schwäb. Hall insoweit berücksichtigt, als sie über die Inanspruchnahme zentraler Leistungen dort verbleiben. Als durchschnittliches Jahreseinkommen nehmen wir die durchschnittliche Lohn- und Gehaltssumme der Industriebeschäfitgten für 1958 in Höhe von ca. 4 400 DM. Die Gesamteinkünfte der Auspendler belaufen sich dann auf ca. 23,5 Mio DM. Die Quote für zentrale Einnahmen ist auch hier mit 30 % anzusetzen, das gibt 7,0 Mio DM. Bei der Stufenquote von 34 % ergeben sich schliesslich 2,4 Mio DM fundamentale Einnahmen der Stadt Schwäb. Hall durch die Darbietung zentraler Dienste für die Einwohner des Kreises, die außerhalb des Kreisgebietes beschäftigt sind.

Die Fremdübernachtungen im Kreis (ohne die Stadt) beliefen sich im Jahr 1958 auf ca. 35 000. Rechnen wir einschl. des Tagessatzes 25 DM, da die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Kreisgemeinden länger ist als in der Stadt Schwäb. Hall, dann ergeben sich 875 000 DM.[1] Auf Schwäb. Hall entfallen davon für die Inanspruchnahme zentraler Dienste ca. o,2 Mio DM.

Fassen wir die fundamentalen Einnahmen zusammen, die der Stadt Schwäb. Hall für zentrale Leistungen aus dem Kreis 1958 entsprechend der Zentralitätsstufe II zugeflossen sind:

Aus der Land- und Forstwirtschaft	ca. 5,2 Mio DM
" " Industrie	ca. 1,5 Mio DM
Von den Auspendlern des Kreises	ca. 2,4 Mio DM
Über den Fremdenverk. " "	ca. 0,2 Mio DM
zusammen also	ca. 9,3 Mio DM

3.244 Zentrale Leistungen der Stadt Schwäb. Hall für die nähere Umgebung entsprechend der Zentralitätsstufe I.

Wie bereits dargelegt, erbringt Schwäb. Hall für die Gemeinden der näheren Umgebung auch die Leistungen eines Zentrums niederen Ranges. Die dadurch in die Stadt fliessenden Einnahmen werden im folgenden gesondert ermittelt.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche der Gemeinden der näheren Umgebung von Schwäb. Hall, wie sie bereits in Abschnitt 3.242 aufgezählt wurde, beträgt ca. 6 840 ha. die forstwirtschaftliche Fläche ca. 3 200 ha. Wir

1) Vgl. dazu Tabelle XVIII: Daten über den Fremdenverkehr in Schwäb. Hall.

bringen hier dieselben durchschnittlichen Marktleistungen in Ansatz, wie wir sie für den gesamten Kreis verwendet haben. Danach belaufen sich die Einnahmen der Landwirtschaft auf ca. 5,4 Mio DM und die aus der Forstwirtschaft auf ca. 1,1 Mio DM, zusammen also ca. 6,5 Mio DM. Bei einer zentralen Verwendungsquote von 45,5 % sind es zusammen ca. 2,9 Mio DM, davon entfallen auf Schwäb. Hall nach der Stufenquote für ein niederes Zentrum 33 % das sind ca. 1 Mio DM.

Die Gemeinden, die wir zum engeren Ausstrahlungsbereich von Schwäb. Hall rechnen, sind industriell schwach entwickelt. Lediglich Michelbach hat in grösserem Umfang Industrie. Insgesamt gibt es in diesem Gebiet ca. 300 industrielle Arbeitsplätze. Bei einer durchschnittlichen Lohn- und Gehaltssumme von jährlich 4 400 DM ergeben sich ca. 1,32 Mio DM; die sonstigen fundamentalen Einnahmen der Industrie sind auch hier mit 30 % der Lohn- und Gehaltssumme anzunehmen, das sind 0,39 Mio DM. Die fundamentalen Einnahmen der Kreisgemeinden aus der Industrie belaufen sich dann zusammen auf 1,71 Mio DM. Die zentrale Verwendungsquote beträgt 40 %, das ergibt o,68 Mio DM. Darauf entfallen nach der Stufenquote auf Schwäb. Hall 30 %, das sind 0,2 Mio DM.

Die Gesamtzahl der Auspendler belief sich 1959 im engeren Umland von Schwäb. Hall (ohne die Stadt) auf 2 000 Personen. Hier gilt in übertragenem Sinne dasselbe, was bereits bei der Berechnung der Auspendlereinkünfte des gesamten Kreises gesagt wurde. Die Gesamteinkünfte belaufen sich auf ca. 8,8 Mio DM. Die zentrale Verwendungsquote beträgt 30 %, das ergibt 2,64 Mio DM, davon entfallen auf Schwäb. Hall entsprechend der Stufenquote 30 %, das sind o,8 Mio DM.

Die gesamten fundamentalen Einnahmen der Stadt Schwäb. Hall aus Leistungen niederer Zentralität für das nähere Umland betragen somit:

Aus der Land- und Forstwirtschaft	ca. 1 Mio DM
" " Industrie	ca. o,2 Mio DM
über Auspendler	ca. o,8 Mio DM
zusammen also	ca. 2,0 Mio DM

Als Ergebnis können wir festhalten, daß der Stadt Schwäb. Hall aus zentralen Leistungen für die Umgebung entsprechend den Zentralitätsstufen I und II fundamentale Einnahmen von insgesamt ca. 11,3 Mio DM im Jahre 1958 zugeflossen sind.

3.25 Land- und Forstwirtschaft

Die land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche der in der Stadt Schwäb. Hall ansässigen landwirtschaftlichen Betriebe deckt sich nicht mit der auf der städtischen Markung ausgewiesenen land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche. Über das Ausmärkerwesen besteht eine enge Verzahnung mit den umliegenden Gemeinden. Da für unsere Berechnungen die Einnahmen von Interesse sind, die aus der land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung in Schwäb. Hall entstehen, ist bei unseren Berechnungen die Nutzfläche der in Schwäb. Hall ansässigen Betriebe zugrunde zu legen. Anhand der Enquête-Unterlagen konnten die Flächen nach Betrieben zusammengestellt werden. Die Bodenbewirtschaftung spielt natürlich in einer Stadt nur eine untergeordnete Rolle. Die daraus fliessenden Einnahmen stellen aber einen Teil der fundamentalen Einnahmen dar und sind deshalb bei diesen mit zu berücksichtigen. Da Lohnsummen hier keine brauchbare Ausgangsbasis darstellen, sind andere Richtzahlen zugrunde zu legen. Es gilt dabei, die Nettoeinnahmen der Landwirtschaft Schwäb. Halls nach Abzug der Roh- und Hilfsstoffe und der sonstigen betrieblichen Vorleistungen zu erfassen. Schwäb. Hall zählte 1958 ohne Vororte insgesamt 21 landwirtschaftliche Betriebe mit zusammen 375,6 ha landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) und 2,5 ha Wald. Es waren dort 43 fremde Arbeitskräfte und 21 mithelfende Familienangehörige beschäftigt. Im Vorort Hessental waren es 38 landwirtschaftliche Betriebe mit 383,2 ha LN und 46,6 ha Wald, 15 fremde Arbeitskräfte und 30 mithelfende Familienangehörige waren dort beschäftigt. Der Vorort Steinbach zählte 7 landwirtschaftliche Betriebe mit 62 ha LN und o,5 ha Wald. Es waren dort 8 mithelfende Familienangehörige beschäftigt. Für Schwäb. Hall mit seinen Vororten zusammen ergaben sich somit insgesamt 66 landwirtschaftliche Betriebe mit 820,8 ha LN und 49,6 ha Wald. Sie beschäftigten zusammen 117 fremde Arbeitskräfte und Familienangehörige. Die durchschnittliche Betriebsgrösse belief sich auf ca. 4 ha LN. In Schwäb. Hall selbst handelte es sich dabei vorwiegend um grössere Betriebe. In den Vororten Hessental und Steinbach waren es dagegen vorwiegend Kleinbetriebe mit 10 und weniger ha.[1] Ausgehend von den natürlichen Anbaubedingungen, der Art der Bodennutzung und den Betriebserträgen, wie sie in Abschnitt 3.243 für den Kreis erörtert wurden, bringen wir in Anlehnung an die von G. Isenberg genannten Richtzahlen als Nettoleistung, einschl. des Eigenverbrauchs DM 900 je ha LN in Ansatz.[2] Dabei wurde berücksichtigt

1) Vgl. dazu Tabelle XIX: Landwirtschaftliche Strukturziffern für den Kreis Schwäb. Hall.

2) Vgl. dazu G. Isenberg: "Existenzgrundlagen der Stadt", vervielfält. Manuskript, Köln 1957, S. 24

daß unter anderem ein großer Saatzuchtbetrieb mit über 70 ha und 2 Geflügelzuchtbetriebe in Schwäb. Hall ansässig sind. Bei einer LN von ca. 820 ha ergeben sich fundamentale Einnahmen von ca. 756 000 DM. Bei einer durchschnittlichen Nettoleistung von 350 DM je ha erbringt die forstwirtschaftliche Nutzfläche fundamentale Einnahmen in Höhe von 17 400 DM. Die gesamten fundamentalen Einnahmen der Stadt Schwäb. Hall aus ihrer Land- und Forstwirtschaft betragen somit ca. 0,8 Mio DM.

3.26 Gegenwertlose Fernbezüge

Hier geht es um die Erfassung der Einnahmenströme, denen in dem untersuchten Zeitraum keine Gegenleistungen gegenüberstehen, d.h. um Ansprüche aus früheren Leistungen bzw. um Ansprüche aus der herrschenden Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung, wie z.B. Zinsen, Dividenden, Renten, Pensionen etc. Auch Zahlungen des Finanzausgleichs gehören hierher,[1] ebenso einmalige Zuflüsse durch grössere öffentliche Investitionen. Die dafür erforderlichen Beträge werden innerhalb einer Volkswirtschaft als Erträge des Produktionsprozesses oder als Beiträge zur Rentenversicherung oder als Steuerzahlungen aufgebracht. Auf die Wirtschaft einer Stadt übertragen bedeutet dies: in den Unternehmen der Stadt werden Zinsen und Dividenden erwirtschaftet, welche den jeweiligen Eigentümern und Kapitalbesitzern zufliessen; es werden Renten, Versicherungsbeiträge und Steuern an die zentralen Kassen bezahlt; gleichzeitig erhalten die Beziehungsberechtigten Renten und Pensionszahlungen, ferner erfolgen Finanzausgleichszahlungen und die in der Stadt tätigen Staatsbediensteten werden entlohnt. Für die Berechnung der fundamentalen Einnahmen einer Stadt sind diese Zahlungsströme erst dann von Bedeutung, wenn die Beträge, die auf diese Weise in die Stadt hinein- oder aus ihr herausfliessen, nach der einen oder anderen Seite differieren.[2] Die jeweiligen Differenzbeträge sind dabei, wie beim Pendlerverkehr entweder den Fundamentalen zuzurechnen oder von ihnen abzuziehen, denn es handelt sich hierbei ebenfalls um Einnahmenströme, welche die Existenzgrundlage einer Stadt erweitern oder vermindern. Man kann in diesem Fall von passiver Wertschöpfung im Gegensatz zur aktiven Wertschöpfung in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen einer Stadt sprechen. Die verschiedenen Zahlungsströme, die auf diese Weise in eine Stadt hinein- oder aus ihr herausfliessen, lassen sich nicht direkt ermitteln, wir können darauf nur indirekt Schlüsse ziehen über die Anteile

---

1) Vgl. dazu Teil C, Abschnitt 2

2) Vgl. dazu G. Isenberg: "Existenzgrundlagen der Stadt", vervielfält. Manuskript, Köln 1957, S. 57

der Rentner, Pensionäre und Kapitaleigner an der Gesamtbevölkerung, ferner durch eine Analyse der Einkommenssteuerstatistik und der Finanzausgleichszahlungen. Eine Gegenüberstellung der Einkünfte je Einwohner aus Kapitalvermögen zeigt, daß die für Schwäb. Hall ausgewiesenen Durchschnittswerte genau dem Landesdurchschnitt entsprechen.[1] Die Besitzer der Schwäb. Haller Unternehmen sind weitgehend am Ort ansässig. Die Enquête weist ca. 75 Familien mit ca. 95 Personen auf, die von Kapital- und Zinseinnahmen leben. Umgekehrt sind aus dem umliegenden Gebiet nur wenige Industrielle in Schwäb. Hall wohnhaft. An Zinsen, Dividenden u.ä. ist also bei Schwäb. Hall weder ein Nettozufluß noch ein Nettoabfluß zu berücksichtigen. Schwäb. Hall weist weder nach der Volks- und Berufszählung von 1950 noch nach neueren Vergleichen anhand der Enquête-Unterlagen und den Erhebungen der Arbeitsämter, gemessen an Städten ähnlicher Grösse bzw. am Landes- oder Bundesdurchschnitt, einen überdurchschnittlichen Besatz an Rentnern und Pensionären auf. Vergleiche mit den übrigen Gemeinden des Kreises würden hier ein falsches Bild ergeben, da es in ländlichen Gebieten mit überwiegend agrarischer Bevölkerung bekanntlich kaum Rentner und Pensionäre gibt. Die Beitragszahlungen und der Empfang von Renten und Pensionen werden sich in Schwäb. Hall etwa die Waage halten und es gibt deshalb in diesem Bereich per Saldo keinen nennenswerten Zu- oder Abfluß fundamentaler Einnahmen. Eine andere Situation ergibt sich bei den Finanzzuweisungen an die Stadt Schwäb. Hall. Sie betrugen im Rechnungsjahr 1958/59 ca. 0,7 Mio DM. Davon dürften 0,6 Mio DM über die von der Schwäb. Haller Wirtschaft anteilmässig aufgebrachten Steuerleistungen hinausgehen. Sie sind daher bei unseren Schätzungen als Nettozufluß mit fundamentalem Charakter zu berücksichtigen.

3.27 Das Abströmen fundamentaler Einnahmen über den Einpendlerüberschuß

Wie die Analyse der Pendlerbilanz zeigt, bot Schwäb. Hall 1959 Arbeitsplätze für 3 566 auswärtige Arbeitskräfte, davon für 3 132 Arbeitskräfte aus dem Kreis Schwäb. Hall und 434 von außerhalb des Kreises; gleichzeitig haben 687 Haller Einwohner einen Arbeitsplatz außerhalb der Stadt.[2] Es fliessen also fundamentale Einnahmenströme über die Pendlerverflechtung herein und hinaus. Auch hierbei ist lediglich der Saldo zwischen beiden Strömen von Bedeutung. Schwäb. Hall hatte 1959 einen Einpendler-

1) Vgl. dazu Tabelle X: Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1955 und der Einkommensteuerstatistik 1954 für den Kreis Schwäb. Hall

2) Vgl. dazu Abschnitt 2.43

-überschuß von 2 879 Arbeitskräften. Die Analyse der Verteilung der Einpendler auf die verschiedenen Wirtschaftszweige zeigt, daß etwa 25 % davon auf den derivativen Wirtschaftsbereich der Stadt entfallen. Sie beziehen ihre Einkünfte also nicht aus den fundamentalen Einnahmen der Stadt und sind deshalb hier nicht in Abzug zu bringen. Vermindern wir den Einpendlerüberschuß um 25 %, so verbleiben noch 2 160 Einpendler, deren Einkünfte von den fundamentalen Einnahmen abzuziehen sind. Da die Einpendler in Schwäb. Hall, wie bereits erwähnt, vorwiegend in der Industrie tätig sind, wählen wir als durchschnittliches Jahreseinkommen für 1958 die aus der Industrieberichterstattung errechnete durchschnittliche Lohn- und Gehaltssumme von DM 4 400. Es ergibt sich dann ein Betrag von 9,5 Mio DM, um den sich die fundamentalen Einnahmen der Stadt vermindern und der deshalb bei der Summe der fundamentalen Wertschöpfung in Abzug zu bringen ist. Ein Teil dieser aus der Stadt hinausfliessenden Einnahmen kommt der Schwäb. Haller Wirtschaft über die Inanspruchnahme zentraler Leistungen wieder zugute. Das wurde bei den Berechnungen der zentralen Leistungen für das Umland bereits berücksichtigt.[1)]

---

1) Als Beispiel dafür, daß diesen Einkäufen am Arbeitsort eine erhebliche Bedeutung beizumessen ist, seien die Ergebnisse einer Befragung der Auspendler verschiedener Gemeinden in der Umgebung von Darmstadt wiedergegeben

Einkäufe am Arbeitsort:	häufig	selten	nein	keine Antwort
männl. Auspendler	25	21	24	30
weibl. "	27	20	13	40

gekauft werden vor allem:	Textilien	Lebensmittel	alles	Sonstiges
männl. Auspendler	35	36	12	17
weibl. "	44	29	9	18

Es kaufen danach annähernd die Hälfte der Pendler am Arbeitsort und zwar insbesondere Textilien und Lebensmittel.

G. Ipsen: "Standort und Wohnort", Forschungsberichte des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums Nordrh.-Westfalen, Bd. 365, Köln und Opladen 1957, S. 191/192

3.28 Zusammenfassende Betrachtung der wirtschaftlichen Grundlagen der Stadt Schwäb. Hall

Fassen wir die räumliche Wertschöpfung der fundamentalen Wirtschaftsbereiche der Stadt Schwäb. Hall für 1958 zusammen:

		Räumliche Wertschöpfung der fundamentalen Wirtschaftsbereiche 1958:	
		in Mio DM:	in %:
1. Industrie		21,3	40,8
2. Baugewerbe		3,1	5,9
3. Ferndienstleistungen			
a) Öffentliche Dienstleistungen und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse, soweit über die Kreisgrenze hinausreichend, ohne Diakonissenanstalt und US-Streitkräfte	1,3		
b) Fremdenverkehr	1,0		
c) Diakonissenanstalt	3,2		
d) US-Streitkräfte (Hessental)	4,9		
e) Bausparkasse	4,6		
f) Verkehr, Spedition	0,1		
		15,1	28,9
4. Zentrale Dienstleistungen für das Umland		11,3	21,6
5. Land- und Forstwirtschaft		0,8	1,5
6. Gegenwertlose Fernbezüge (passive Wertschöpfung)		0,6	1,3
Gesamtbetrag der fundamentalen Wertschöpfung		52,2 Mio DM	1)

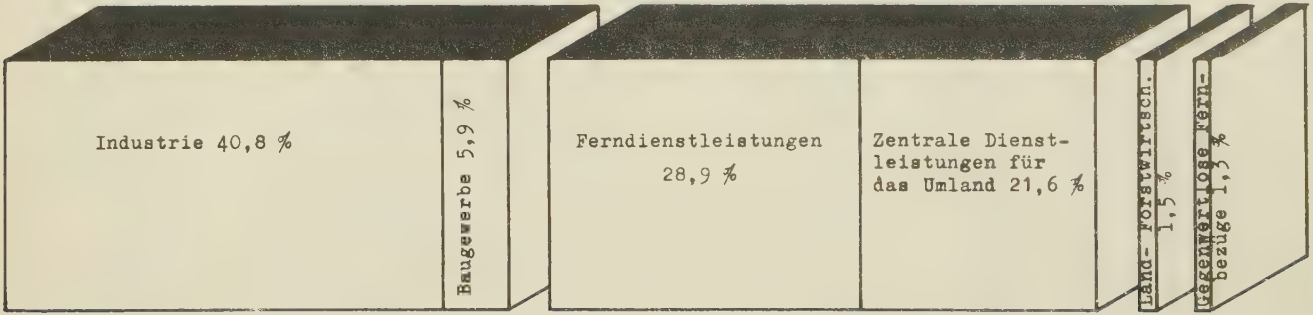
(einschließlich der Leistungen der Einpendler)

Die Zusammenstellung zeigt, welche Bedeutung den verschiedenen Wirtschaftsbereichen als Erwerbsgrundlage der Schwäb. Haller Bevölkerung zukommt. Anknüpfend an die grundsätzlichen Erörterungen in Abschnitt 1.51 sei noch einmal darauf hingewiesen, daß es sich bei diesen Wirtschaftsbereichen und ihrer Wertschöpfung ausschliesslich um die Fundamentalen (Fernbedarfstätigen) handelt, durch die Einnahmen in die Stadt strömen und damit auch Erwerbsgrundlagen für die derivativen (nahbedarfstätigen) Wirtschaftszweige geschaffen werden.

1) Vgl. dazu das beiliegende Schaubild

Die Gliederung der räumlichen Wertschöpfung in der Stadt Schwäb. Hall im Jahre 1958

(ohne Berücksichtigung der über den Einpendler-Überschuß abströmenden Beträge)



Angesichts der verschiedenen Schätzungen, mit deren Hilfe die Lücken im Unterlagenmaterial zu schliessen waren, kann es sich bei diesen Zahlen nur um Annäherungswerte handeln. Die Aussagekraft der gewonnenen Ergebnisse dürfte dadurch aber kaum beeinträchtigt werden, da es hier vor allem darauf ankam, die verschiedenen fundamentalen Wirtschaftsbereiche einer Stadt vergleichbar nebeneinander zu stellen und daraus die Grundlagen ihrer Wirtschaftskraft und gleichzeitig die Ausgangsposition für die weitere Entwicklung zu ermitteln.

Als wesentlichstes Ergebnis ist festzuhalten, daß über 50 % der fundamentalen Wertschöpfung in Schwäb. Hall aus dem Dienstleistungsbereich stammen. Obwohl die Derivativen, die fast ausschliesslich dem Dienstleistungsbereich angehören, in dieser Zusammenstellung nicht enthalten sind. Aus diesen Zahlen kann, trotz fehlender Vergleichsmöglichkeiten, gefolgert werden, daß Schwäb. Hall einen für seine Größe und Lage überdurchschnittlich stark entwickelten Dienstleistungsbereich aufweist, wogegen die Industrie, die in vielen württembergischen Städten ähnlicher Größe mit Abstand die wichtigste wirtschaftliche Grundlage bildet, vergleichsweise zurückblieb. Die verschiedenen Ferndienstleistungszweige die gegenüber der Industrie oft zu gering geschätzt werden, weil sie nach den herkömmlichen Unterlagen nicht ohne weiteres zu erfassen sind, treten sehr deutlich hervor und bildeten die Grundlage dafür, daß Schwäb. Hall, im Gegensatz zu den übrigen hohenloher Kreisstädten, über die durchschnittliche Größe eines Zentralortes in einem wirtschaftlich schwach entwickelten Gebiet hinauswachsen konnte. Insbesondere die Bausparkasse, die evang. Diakonissenanstalt und die US-Streitkräfte sind wesentliche Komponenten des Schwäb. Haller Wirtschaftslebens. Auch das fernbedarfstätige Baugewerbe ist hier stark entwickelt. Die erhebliche wirtschaftliche Bedeutung der zentralen Dienstleistungen für das Umland kommt ebenfalls zum Ausdruck

Unter dem Gesichtspunkt der Vielseitigkeit und Krisenfestigkeit weist die Wirtschaft der Stadt Schwäb. Hall, wie die Berechnungen zeigen, ein günstiges Bild auf. Die Schwäb. Haller Wirtschaftskraft ruht auf mehreren, ähnlich starken Säulen, nämlich der Industrie und dem Baugewerbe, den Ferndienstleistungen und den zentralen Dienstleistungen für das Umland. Diese drei Hauptgruppen der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen der Schwäb. Haller Bevölkerung sind auch in sich, wie die Einzelanalysen gezeigt haben, vielseitig strukturiert. Mit ihren Entwicklungsmöglichkeiten werden wir uns in Teil D, Abschnitt 4.3 und 4.4 beschäftigen.

Wie bereits in Abschnitt 1.54 erörtert wurde, wird der Tätigkeitsbereich der derivativen Wirtschaftszweige einer Stadt durch die Wertschöpfung der Fundamentalen bestimmt. Wir wollen uns mit den derivativen Wirtschaftszweigen hier nicht näher beschäftigen. Ihre Wertschöpfung soll lediglich grob geschätzt werden, um einen Überblick über die gesamte räumliche Wertschöpfung in Schwäb. Hall zu gewinnen; dies kann nur in Form eines pauschalen Zuschlages zur fundamentalen Wertschöpfung erfolgen. In Abschnitt 1.544 wurde anhand einer Berechnung der multiplikativen Einkommenswirkung fundamentaler Einnahmen auf die Derivativen eine Zuschlagsziffer von ca. 82 % ermittelt. Für Schwäb. Hall können aufgrund seiner Grösse und Struktur etwa 75 % in Ansatz gebracht werden, das sind ca. 39 Mio DM. Die gesamte räumliche Wertschöpfung in Schwäb. Hall betrug somit 1958 etwa 91,2 Mio DM.

Da Schwäb. Hall einen Einpendlerüberschuß aufweist, müssen von der gesamten Wertschöpfung die Beträge in Abzug gebracht werden, die über die Einpendler aus der Stadt hinausfliessen und somit die in der Stadt wirksamen Einnahmen vermindern. Wie in Abschnitt 3.27 berechnet wurde, fliessen als Pendlereinkommen ca. 9,5 Mio DM der fundamentalen Wertschöpfung aus Schwäb. Hall ab. Der Einnahmeausfall für die derivativen Wirtschaftszweige muß dabei mit in Abzug gebracht werden, das ergibt, unter Berücksichtigung der multiplikativen Wirkung, ca. 7,2 Mio DM. Der Abfluß fundamentaler Einnahmen über den Einpendlerüberschuß beläuft sich somit auf ca. 16,7 Mio DM. Die Einkäufe der Schwäb. Haller Einpendler in der Stadt und ihre Inanspruchnahme zentraler Dienstleistungen wurden bereits bei der Ermittlung der fundamentalen Einnahmen erfasst, sodaß hier der Einnahmeneffekt für die Derivativen voll in Abzug zu bringen ist, um eine Doppelberechnung zu vermeiden. Kürzen wir die in der Stadt erzielte Wertschöpfung um den auf die Einpendler entfallenden Betrag, so beläuft sich die gesamte, räumliche Wertschöpfung der Einwohnerschaft von Schwäb. Hall im Jahre 1958 auf ca. 74,5 Mio DM.

Eine Überprüfung dieser Summe konnte anhand der Nettoberechnungen für den Kreis in Verbindung mit den Bevölkerungs-, Beschäftigten- und Umsatzzahlen vorgenommen werden. Die durchgeführten Vergleiche gaben zu keiner Korrektur Anlaß.

Teil B: Soziale Schichtung und Veränderungstendenzen bei räumlicher Mobilität

1. Vorbemerkung

Die wirtschaftliche Struktur einer Stadt und ihre Entwicklung finden ihren Niederschlag im sozialen Schichtungsgefüge der Bevölkerung und in dessen Veränderungstendenzen.[1] In einer kleineren Stadt wie Schwäb. Hall treten diese Zusammenhänge, im Gegensatz zu Großstädten und Ballungsräumen, klarer zutage und spielen auch im Bewußtsein des einzelnen Menschen eine grössere Rolle. Das Bild einer Stadt wäre daher nur unvollständig gezeichnet, würde man in eine solche Untersuchung nicht auch eine Betrachtung der sozialen Wirklichkeit mit einbeziehen. "Sie ergänzt die Analyse der wirtschaftlichen Grundlagen, weil sie deren soziales Gewicht verdeutlicht.[2]" Die Kenntnis der sozialen Gliederung einer Stadt ist, insbesondere für die verschiedenen kommunalpolitischen Maßnahmen und Entscheidungen von Bedeutung. Sie ist zu beachten bei Erörterungen über die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten, über den Ansatz besonderer Fördermaßnahmen, über Art und Umfang der verschiedenen Einrichtungen der Infrastruktur etc. Es gilt dabei auch, die Probleme und Wechselwirkungen aufzuzeigen, die sich aus den großräumigen Tendenzen für die soziale Struktur der einzelnen Orte ergeben. Dieser weite Themenkreis kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht in voller Breite untersucht werden. Wir wollen uns darauf beschränken, einige wesentliche Erscheinungen herauszuarbeiten. Entsprechend der dargelegten Aufgabenstellung gliedern sich die Ausführungen dieses Kapitels in zwei Abschnitte: Zunächst ist ein Abriss der sozialen Struktur zu gewinnen (statische Analyse), dann sind die sozialen Bewegungsvorgänge, wie sie sich in enger Wechselbeziehung zur Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung vollziehen, in die Untersuchung mit einzubeziehen (dynamische Analyse).

2. Analyse der sozialen Struktur

2.1 Einige begriffliche Erörterungen

Begriffe sind wichtige Werkzeuge des wissenschaftlichen Erkennens sozialer Verhältnisse. Von Wiese spricht im Vorwort zu "Gesellschaftliche Stände und Klassen" von "der großen Aussprache über die sozialen Klassen, die

1) "Der soziale Inhalt des Gemeindeorganismus ... ist in vielfältiger Weise von den bereits besprochenen Faktoren ökonomischer und allgemein institutioneller Art bedingt. Sie bilden das Netz kausaler Beziehungsfelder."
N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln u. Opladen 1960, S. 117

2) ebenda, S. 119

seit Ende des 2. Weltkrieges im In- und Ausland wieder in Gang gekommen sei"[1]. Sie ist bisher noch nicht zum Abschluß gekommen und nach wie vor besteht eine ausgeprägte "Sprachenverwirrung", die eine Verständigung sehr erschwert. Bevor wir an eine Analyse der sozialen Schichtung in Schwäb.Hall herangehen, erscheint deshalb eine kurze Erörterung der Frage erforderlich, welche Begriffe dabei zweckmäßigerweise zu verwenden sind[2]. Bei der Lektüre der einschlägigen Literatur kristallisiert sich die Frage heraus, ob die bislang vielfach verwendeten Bezeichnungen "Stand" und "Klasse" heute noch zur Kennzeichnung sozialer Gruppen geeignet erscheinen. Diese Problematik wurde anhand der Äußerungen und Definitionen von Th. Geiger, F.Marbach, Karl Marx, L.v.Wiese, Max Weber, Götz Briefs, P.Mombert, J.Wernicke eingehend erörtert; wir wollen uns hier darauf beschränken, die Ergebnisse dieser Untersuchungen kurz zu umreißen.

Zum Begriff "Stand" bzw. "Mittelstand" ist danach folgendes zu bemerken: In den ersten Phasen der Industrialisierung bestand eine mittlere Schicht, in der noch vielfach ständische Züge weiterlebten. Vorwiegend zusammengesetzt aus Handwerkern, Handel- und Gewerbetreibenden, Freischaffenden und Bauern bildete sie eine in sich weitgehend homogene, gegenüber den extrem gegensätzlichen Klassen des Früh- und Hochkapitalismus verhältnismäßig leicht abgrenzbare Gruppe, auf welche die Bezeichnung Mittelstand zutraf. Die ursprüngliche Struktur des Mittelstandes wurde durch die Industrialisierung jedoch in zunehmendem Maße verändert. In den mittleren Lagen der neuen gesellschaftlichen Struktur bildeten sich verschiedenartige Gruppierungen, von einem homogenen, klar abgrenzbaren Mittelstand kann deshalb

---

1) L.v.Wiese: "Gesellschaftliche Stände und Klassen", München 1950.

2) "In Auseinandersetzung mit einem der zeitlichen Veränderungen unterworfenen Gegenstände wird man stets in der Gefahr schweben, daß die eines überlieferten Begriffsgefüges sich bedienende Auffassung neu aufgetretene Züge im Gesamtbild verwische und überkleistere und so den Zugang zu wirklichkeitsadäquater Erkenntnis versperre".
Th. Geiger: "Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel" S.145.

"Vom Standpunkt eines bestimmten Problems aus muß man an die in seinem Bereich aufzustellenden Begriffe also in erster Linie mit Kategorien wie zweckmässig und unzweckmässig, brauchbar und unbrauchbar herantreten. Es ist dabei natürlich notwendig, daß der Begriff, so weit ist, daß er alle Erscheinungen, welche aus sachlichen Gründen mit umfaßt werden sollen, auch einschließt".
Hauptprobleme der Soziologie - Erinnerungsgabe für Max Weber, Band II München-Leipzig 1923. Paul Mombert: "Zum Wesen der sozialen Klassen", S.244.

heute nicht mehr gesprochen werden. Die gegenwärtige Gesellschaftsstruktur wird von einem breiten Band mittlerer Schichten durchzogen, die Übergänge an den Grenzen sind fließend. In einzelnen Schichten wie etwa den Bauern oder Handwerkern sind teilweise heute noch ständische Züge lebendig. Bezeichnungen wie Bauernstand oder handwerklicher Berufsstand erscheinen dort noch angebracht. In einem Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums über die Lage der Mittelschichten wird der Begriff Mittelstand auf "die mittleren und kleinen selbständigen Existenzen in Handwerk, Handel, Gewerbe u.Landwirtschaft u. in den freien Berufen" bezogen.[1] Aber auch hier machen sich in zunehmendem Maße Veränderungstendenzen bemerkbar. Trotz dieser Entwicklung wurde der Begriff Mittelstand bis heute vielfach in allgemeiner Form verwendet, meist als Schlagwort, gelegentlich auch in wissenschaftlichem Rahmen. Die verschiedenen Mittelstandsdefinitionen zeigen jedoch, daß man dabei der neuen Situation nicht Herr werden konnte: exakte Abgrenzungsmerkmale ließen sich nicht finden und es bestehen vielfach unterschiedliche Auffassungen über wesentliche Merkmale. Die Verschiedenartigkeit der Bevölkerungsgruppen, die man erfassen will, kommt in sehr allgemein gehaltenen, summarischen Umschreibungen zum Ausdruck. Wir ziehen aus dieser Analyse den Schluß, daß man heute nicht mehr allgemein vom Mittelstand als einer homogenen, soziologischen Gruppe sprechen kann und daß der Begriff deshalb in der Gegenwart nicht mehr angewandt werden sollte. Neuerdings befasst sich auch das Institut für Mittelstandsforschung Köln-Bonn mit dem Mittelstandsbegriff. Ergebnisse seiner Untersuchungen liegen noch nicht vor.

Beschäftigen wir uns nun mit dem Klassenbegriff: Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse brachte, im Gegensatz zur Marx'schen Prognose, eine weitgehende Nivellierung der ursprünglichen Klassengegensätze mit sich. Grundsätzliche Unterschiede, wie etwa das Verhältnis zu den Produktionsmitteln werden heute durch andere Schichtungslinien überdeckt, denen nur noch graduelle Verschiedenheiten zugrunde liegen. Ein schicksalsgemeinschaftliches Verhaftetsein in eine unerträgliche Soziallage gibt es bei den am Produktionsprozeß Beteiligten nicht mehr. Es trifft aber teilweise noch zu auf die durch den Krieg "deklassierten" Bevölkerungskreise, die nicht mehr arbeitsfähig sind. Die aus den besonderen Verhältnissen des Frühindustrialismus erwachsenden subjektiven Einstellungen, Leitbilder oder Ideologien veränderten sich inzwischen, wenn auch in evolutionärer Weise.[2] Es gibt heute keine gemeinsamen Leitbilder weiter Arbeitnehmerkreise mehr, dagegen aber gegensätzliche Einstellungen etwa zwischen Angestellten und Arbeitern oder auch innerhalb beider Gruppierungen. Es fehlt insbesondere eine "durch den Wirtschaftsstandort bedingte totale Gesellschafts-

1) Dtsch.Bundestag: 3.Wahlperiode, Drucks.2012. Der Bundesminister f.Wirtsch.: Bericht über die Lage der Mittelschichten, S.6

2) Vgl.dazu:J.C.Papalekas:"Wandlungen im Baugesetz der industriellen Gesellsch" in: Institut Internat.d.Sociologie: Akten des XVIII Internat.Soziologenkongresses, S.200 f., Meisenheim 1961

haltung"[1], die die herrschende Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft verneint. Der Begriff der "Klasse" in der von Marx oder in Anlehnung an ihn definierten Weise kann deshalb zur Bezeichnung bestimmter Schichten der Gegenwart nicht verwendet werden[2].

Wir wählen denBegriff "soziale Schicht" als allgemeinere (auch farblosere) Kategorie, etwa in dem Sinne, wie Geiger die Begriffe "soziale Klasse" oder "soziale Schicht" definiert als "diejenigen Kategorien von Gesellschaftsmitgliedern, die kraft ungefähr gleichartiger Lebensumstände eine annähernd gleichartige Stellung in der organisierten Gesellschaft einnehmen"[3]. Es soll damit den Erscheinungen Rechnung getragen werden, daß institutionelle oder "eherne" wirtschaftliche Schranken zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht mehr bestehen, die einzelnen Schichten in sich nur teilweise homogen sind, die Grenzen zwischen den Schichten nicht scharf gezogen werden können und das gesamte Schichtgefüge in dauernder Bewegung ist[4][5].

2.2 Methodische Probleme einer Schichtanalyse

Die Aufgabe der Untersuchungen dieses Abschnittes ist es, "den gegliederten Aufbau der wirtschaftenden Bevölkerung als Gegenbild des Wirtschaftsgefüges" von Schwäb. Hall zu analysieren[6]. Wir können davon ausgehen,

---

1) Th. Geiger: "Die soziale Schichtung des deutschen Volkes", in: Soziologische Gegenwartsfragen, Heft 1, Stuttgart 1932, S. 108.

2) "Klasse", "soziale Klasse" oder "Gesellschaftsklasse" werden heute noch vielfach in erweiterter allgemeiner Form angewandt.

3) Th.Geiger: "Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel", Köln-Hagen 1949, S.30.
Vgl. dazu auch L.v.Wiese: "Klasse und Stand", HdSW, 6.Bd.1959, S.3.
Vgl. dazu auch R. Mayntz: "Gedanken und Ergebnisse zur empirischen Feststellung sozialer Schichten"Kölner Zeitschrift für Soziologie u. Sozialpsychologie, 1.Sonderheft, S.82.
und E. Reigrotzki: "Sozialstruktur I: "Soziale Schichtung" Aufsatz im HdSW, 9.Bd. S.78 f.

4) "Die Schichten lassen sich wegen der Vielfältigkeit der Merkmale nicht streng abgrenzen, im Gegensatz zu den Ständen der früheren Zeit, wo die Zugehörigkeit zu einem Stand an bestimmte Voraussetzungen gebunden war".
G.Isenberg: "Eingliederung der Flüchtlinge und soziale Umschichtung", vervielfält. Manuskript, Bonn 1951, S. 2.

5) Vgl. dazu: Deutscher Bundestag. 3. Wahlperiode, Drucksache 2012. Der Bundesminister für Wirtschaft: Bericht über die Lage der Mittelschichten, S.6u.7

6) Th.Geiger: "Die soziale Schichtung des deutschenVolkes", in: Soziolog.Gegenwartsfragen, Heft 1, Stuttgart 1932, S. 4.

daß die ökonomischen Verhältnisse heute den bedeutendsten Einfluß auf die Schichtstruktur ausüben. Geiger spricht in diesem Zusammenhang von einer "wirtschaftsbestimmt geschichteten Gesellschaft"[1]. Als wesentlichste ökonomisch objektive Merkmale sind zu nennen: Stellung im Berufsleben, Höhe und Art des Einkommens und des Vermögens etc. Auf sie wollen wir unsere Untersuchungen beschränken. Subjektive Merkmale wie z.B. typische Mentalitäten, Traditionen, Anschauungen etc. bleiben dabei zunächst außer acht. Im methodischen Ansatz lehnen wir uns an Th. Geiger an.

Es soll versucht werden, die Schwäb.Haller Bevölkerung in eine Ober-, Mittel- und Grundschicht zu gliedern. Die Anwendung der verschiedenen Merkmale wird auch in wesentlichem Maße durch das vorhandene Unterlagenmaterial bestimmt, das in diesem Bereich nur sehr spärlich ist. Die amtliche Statistik liefert als Merkmale für die Sozialstruktur lediglich die Gliederung der Wohnbevölkerung und der Erwerbspersonen nach der Stellung im Beruf. Lenort verweist zutreffend auf "die Diskrepanz zwischen der anspruchsvollen Bezeichnung "Daten der Sozialstruktur" und den dürftigen Merkmalen, die von der amtlichen Statistik damit gemeint sind"[2]. Diese Zahlen werden nur im 10-jährigen Turnus der Volks- und Berufszählungen erhoben. Die Ergebnisse werden nur nach Kreisen veröffentlicht.Die Zahlen von 1950 sind angesichts der inzwischen eingetretenen vielfältigen Veränderungen nicht mehr verwertbar.Die vorliegenden Untersuchungen bauen sich daher ausschließlich auf den Erhebungslisten der Enquête von 1958 auf. Die Gliederung nach sozialen Merkmalen geschieht hier in ähnlicher Weise wie bei der amtlichen Statistik. Um zu zweckmässigen Abgrenzungen zu gelangen, war es notwendig, eigene Aufbereitungen und Auszählungen vorzunehmen.[3]

---

1) Th.Geiger: "Die soziale Schichtung des deutschen Volkes", in: Soziolog. Gegenwartsfragen, Heft 1, Stuttgart 1932,S. 8.
Vgl. dazu auch L.v.Wiese: "Gesellschaftliche Stände u. Klassen", München 1950, S. 11 u.S. 42.

2) N.J.Lenort: "Strukturforschung u. Gemeindeplanung", Köln u.Opladen 1960, S.120.

3) "Da die Statistik ja traditioneller Weise und aus guten Gründen anders gruppiert, hat man den Bestand der gesuchten Sozialschichten jeweils erst zu gewinnen und das Verfahren ist dabei grundsätzlich so, daß er aus denTeilgruppen, die die Statistik auszusondern gestattet, summativ zusammengesetzt werden muß".
Institut für Raumforschung: "Ausschuß zur Erforschung der deutschen Sozialstruktur, Arbeitstagung in Remagen am 6.12.1950, Protokoll.
Vgl. dazu auch H. Linde: "Raumforschung u. Soziologie", in: Raumforschung u.Raumordnung, Heft 4, 1950,S. 193.

Als principum divisionis bieten die Enquête-Unterlagen im wesentlichen nur die Berufsstellung des Haushaltsvorstandes. Die Familienmitglieder wurden entsprechend eingestuft, wobei die Schichtüberschneidungen, die sich vielfach innerhalb einer Familie darbieten, außer acht blieben. Eine Überprüfung der Möglichkeiten, daraus eine dreistufige Schichtgliederung abzuleiten, zeigte jedoch, daß damit über eine Aneinanderreihung der verschiedenen selbständigen und unselbständigen Berufsgruppen vielfach nicht hinauszukommen ist, da eine Rangliste nach dem Qualifikationsgrad der verschiedenen Berufe und Tätigkeiten nicht aufgestellt werden kann. Es war daher erforderlich, das jeweilige Einkommensniveau in die Betrachtung mit einzubeziehen. Hier können Schwellenwerte gebildet werden, nach denen sich die verschiedenartigen Berufsgruppen leichter zusammenfassen lassen. Durch diese Erweiterung der Analysen stellte sich die zusätzliche Aufgabe, das durchschnittliche Einkommensniveau der verschiedenen Berufs- und Tätigkeitsgruppen zu ermitteln.[1] Als Schwelle zwischen der Grund- und Mittelschicht wurde ein monatliches Einkommen um 500 bis 600 DM angenommen, die Abgrenzung zwischen Mittel- und Oberschicht erfolgte bei einem Monatseinkommen um 1500-1700 DM. Im Rahmen eines soziologischen Untersuchung in Stuttgart wurden die Haushaltseinkommen und die eigene Schichtzuordnung repräsentativ befragter Einwohner einander gegenübergestellt. Die unseren Analysen zugrundegelegten Schwellenwerte wurden dort weitgehend bestätigt: zu den sog. "einfachen Leuten" rechnete sich in Stuttgart ein großer Teil der Personen, deren Nettoeinkommen unter 500 DM lag; erst in der Gruppe über 1500 DM zählte sich ein größerer Teil der Befragten zur Oberschicht.[2]

Die verschiedenen Hilfskonstruktionen, die zur Erlangung geeigneter Differenzierungen angewandt wurden, werden hier nur andeutungsweise wiedergegeben, um den Zusammenhang der Darstellungen nicht zu stören. Bei Grenzfällen wurde u.a. berücksichtigt, ob die betreffende Familie ein Eigenheim besitzt bzw. ob die Ehefrau berufstätig ist. Besonders aufschlussreich wären auch hier Vergleiche, dazu bieten sich jedoch keine Möglichkeiten, da die unseren Untersuchungen zugrundeliegende Enquête für andere Städte ähnlicher Größe nicht durchgeführt wurde. Anhand der vorhandenen Unterlagen könnte noch eine Fülle soziologischer Einzelfragen untersucht werden, was jedoch über dem Rahmen dieser Arbeit hinausführen würde.

---

1) Bei repräsentativen Befragungen Stuttgarter Einwohner wurde u.a. auch ermittelt, zu welcher Schicht sich die einzelnen zählen; dabei ergab sich eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der beruflichen Stellung bzw. dem Einkommensniveau und der jeweiligen Schicht, der sich die Befragten zuordneten. Vgl.dazu M.Irle: "Gemeindesoziologische Untersuchungen zur Ballung Stuttgart", Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 42, Bad Godesberg 1960, S.9

2) Ebenda S.9

2.3 Die soziale Schichtung der Schwäb.Haller Bevölkerung

2.31 Schichtanalyse der Unselbständigen

2.311 Allgemeine Probleme der Aufgliederung

Der Aufbau der unseren Untersuchungen zugrunde liegenden Enquête erfolgte bei den Unselbständigen nach der Einteilung in Beamte, Angestellte, Facharbeiter und Hilfsarbeiter. Es handelt sich hierbei um Gruppen, die in sich vielfältig gegliedert sind und sich teilweise nur schwach voneinander abheben bzw. sich überschneiden. Eine Untersuchung der Lohnstatistik zeigt dies am Merkmal der Einkommenshöhe sehr deutlich. Im Hinblick auf eine Schichtgliederung der Schwäb.Haller Bevölkerung ergibt sich daher die Aufgabe, diese Gruppen auf ihre Homogenität und auf ihre gegenseitige Abgrenzung hin zu untersuchen. Bei den Beamten, ist eine Aufgliederung verhältnismäßig leicht.Die jeweilige Stellung ist in den Erhebungsbogen genau verzeichnet, so daß ohne weiteres eine Zuordnung zum mittleren, mittleren gehobenen und höheren Dienst möglich ist. Ein weiterer Vorteil ergibt sich dabei, daß Berufsstellung und Einkommenshöhe hier etwa identisch sind.Weit schwieriger ist ein entsprechendes Vorgehen bei den Angestellten und Arbeitern. Als geeignete Unterlage für eine schärfere Aufteilung erweist sich hier die Verdienststatistik. Die Löhne und Gehälter werden dabei für die Arbeiter und Angestellten nach Leistungsgruppen getrennt ausgewiesen; bei den Arbeitern wird nach drei und bei den Angestellten nach fünf Leistungsgruppen aufgegliedert[1]. Die für die Zuordnung der verschiedenen Leistungsgruppen entwickelten "Anweisungen" stellen für unsere Untersuchungen eine wesentliche Hilfe dar[2]. Als weiteres Hilfsmittel kann auf das "Verzeichnis der in der Bundesrepublik anerkannten Lehr- und Anlernberufe" zurückgegriffen werden[3].

2.312 Gliederung der Beamten

Eine Schichtgliederung läßt sich bei dieser Gruppe, wie bereits angedeutet, verhältnismäßig leicht gewinnen. Zu den Beamten werden hier auch die im öffentlichen Dienst angestellten Hochschulabsolventen gerechnet.Anhand der

---

1) Vgl. dazu: "Statistik von Bad.-Württ." Bd. 57 und "Wirtschaft und Statistik" Hefte 6 u.9, 1959.

2) Vgl. dazu: Statistisches Berichte des Statistischen Landesamtes Bad.-Württ. Reihe Sozialstatistik.

3) Herausgeg. vomBundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Abt. Statistik.

in den Erhebungsbogen verzeichneten Berufsangaben wurde folgende Aufgliederung getroffen:

Beamte des höheren Dienstes und öffentliche Angestellte in ähnlicher Position (Direktoren);

davon gesondert: Beamte in gehobener Position (ab Oberregierungsrat);

Beamte des mittleren gehobenen Dienstes;

Beamte des mittleren Dienstes;

übrige Beamte.

Die höheren Beamten in leitender Position und die Direktoren öffentl.Unternehmen können der Oberschicht zugerechnet werden, das sind zus. mit den Angehörigen 96 Schwäb.Haller Einwohner = 4% der zur Beamtenschaft zählenden Bevölkerung, 73% der Beamten werden zur Mittelschicht gerechnet, und zwar die übrigen höheren Beamten, die mittleren gehobenen Beamten und die mittleren Beamten, einschließlich der Angehörigen sind das 1902 Einwohner. Die restlichen 23 % der Beamtenschaft werden zur Grundschicht gezählt. Zusammen mit den Angehörigen umfaßt diese Gruppe etwa 597 Einwohner. Es wurde davon ausgegangen, daß diese Beamten von einem großen Teil der Angestellten und auch der Facharbeiter nach der Qualifikation der Tätigkeit und nach der Höhe des Einkommensniveaus übertroffen werden. Ferner wurde berücksichtigt, daß sich durch den weiteren Ausbau der Sozialversicherung und des Arbeitsrechts die Unterschiede zwischen Beamten, Arbeitern und Angestellten erheblich vermindert haben.

2.313 Gliederung der Angestellten

Die Angestelltenschaft ist heute als besonders vielfältig strukturierte und sehr heterogene Gruppe anzusehen. Marbach bemerkt in diesem Zusammenhang: "Das Arbeitsverhältnis der Angestellten ist im Guten wie im Schlechten weit variationsreicher als dasjenige der Lohnarbeiterschaft"[1]. Diese Vielgestaltigkeit fand auch in der Aufgliederung der amtlichen Statistik

---

1) F.Marbach: "Theorie des Mittelstandes", Bern 1942,S. 377.
"Insgesamt bilden die Angestellten keine Schicht für sich. Zu groß sind die Unterschiede zwischen den beinahe 5 Millionen Gehaltsempfängern, zu weit die Abstände des Einkommens und des Prestiges, der Ausbildung und des Einflusses im Betrieb, des Selbstverständnisses und der Herkunft,um eine soziale Einheit entstehen zu lassen".

H. Pross: "Bürgerliche Gesellschaft ohne Bürger. Die soziale Schichtung in der Bundesrepublik", in: Der Volkswirt, Nr. 23, 1960,S. 1070.

nach Leistungsgruppen ihren Niederschlag. Es werden dort für die Angestellten fünf Leistungsgruppen gebildet, während man sich bei den Arbeitern mit drei begnügte. Die Verdienststatistik der Angestellten läßt bei sämtlichen Wirtschaftsabteilungen besonders hohe Verdienstunterschiede zwischen den Leistungsgruppen IV und III und II erkennen[1]. Ein Vergleich der Definitionen dieser Leistungsgruppen mit den Berufsbezeichnungen der Angestellten, die in den zur Verfügung stehenden Unterlagen angegeben sind zeigt jedoch, daß eine auch nur annähernd exakte Zuordnung der Angestellten entsprechend den Umschreibungen dieser Leistungsgruppen nicht möglich ist. Es mußte also nach anderenWegen einer Abgrenzung gesucht werden. Wir gingen davon aus, daß die Mehrzahl der Angestellten heute zur Mittelschicht gehört und versuchten nun durch Abgrenzung nach oben und nach unten die Gruppen zu eliminieren, die der Ober- bzw.Grundschicht zuzurechnen sind. Zunächst zu der Abgrenzung nach oben: In der Leistungsgruppe I der Statistik werden die "Angestellten in leitender Stellung mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis"[2] und hohen Gehältern zusammengefaßt. Es handelt sich hierbei um einen Personenkreis, der der Oberschicht zuzurechnen ist. Eine Durchsicht der Enquête-Unterlagen zeigte jedoch, daß bei den Angestellten nur in verhältnismäßig wenigen Fällen auf eine solche Stellung geschlossen werden kann. Bei der Schwäb. Haller Industrie treten sie kaum in Erscheinung, handelt es sich doch hier weitgehend um Familienbetriebe schwäbischen Musters, bei denen die leitenden Angestellten in der Regel Mitinhaber sind und somit bei den Unternehmern mit ausgewiesen werden. Bei den Ferndienstleistungsunternehmen weisen einige Angestellte eine leitende Stellung auf. Auch die Ergebnisse des Mikrozensus von 1957 zeigen für das Bundesgebiet, daß die Leistungsgruppe I nur etwa 7,4% der gesamten Angestelltenschaft umfasst.[3] Verschiedene Direktoren halbstaatlicher Unternehmen wurden bei den Beamten mit erfasst und dort zur Oberschicht mitgerechnet.

Bei der Abgrenzung nach unten ergaben sich vielerlei Probleme, insbesondere im Hinblick auf Überschneidungen mit der Arbeiterschaft. Es waren daher eingehende Analysen erforderlich, wobei unter anderem berücksichtigt wurde: die Verteilung der Angestellten nach Branchen, die verschiedenen Tätigkeits-

---

1) Vgl. dazu: Statisiches Berichte des Stat.Landesamtes Bad.-Württ. Reihe Sozialstatistik.

2) "Wirtschaft und Statistik" Heft 9, 1959, S. 478.

3) Ebenda S. 478/479.

merkmale im Vergleich mit den Arbeitern, die Entwicklungstendenzen etc. Dadurch konnte eine Zuordnung zu den entsprechenden Leistungsgruppen der amtlichen Statistik erreicht werden. Die weiteren Analysen ergaben, daß die Angestellten, deren Tätigkeit den Leistungsgruppen IV und V entspricht, der Grundschicht zuzurechnen sind.

Nach diesen Einzeluntersuchungen ergibt sich folgendes Gesamtergebnis: 15 % der zur Angestelltenschaft rechnenden Einwohner Schwäb.Halls sind der Grundschicht zuzurechnen. Die übrigen 83,3 % entfallen auf die Mittelschicht und 1,3 % auf die Oberschicht.Nach absoluten Zahlen gehören von den rd. 4.425 Schwäb.Haller Einwohnern, die zur Angestelltenschaft zu rechnen sind, 668 zur Grundschicht, 3.698 zur Mittelschicht und 59 zur Oberschicht.

2.314 Gliederung der Arbeiter

Die für eine Gliederung der Arbeiterschaft erforderlichen Voruntersuchungen wurden anhand der Lohnstatistiken und der bereits erwähnten Lohn- und Gehaltsstrukturerhebung von 1957 (Mikrozensus) durchgeführt. Es wurden dabei ferner die Lohngruppenverzeichnisse der Tarifverträge berücksichtigt, in welchen die verschiedenen Tätigkeiten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen nach dem Leistungsgrad und damit auch nach der Einkommenshöhe gruppiert werden. Die Untersuchungen ergaben, daß die Arbeiterschaft nach der Art der Tätigkeit und nach dem jeweiligen Lohnniveau in einem sehr engen Bereich konzentriert ist. Es bieten sich deshalb nur schwache Ansatzpunkte für eine exakte Aufgliederung in Einzelgruppen mit größerer Homogenität.Die Aufteilung der amtlichen Statistik in drei Gruppen läßt eine breite Mittelgruppe erkennen, die sowohl Elementen der Facharbeiter als auch der Hilfsarbeiter in sich trägt und insbesondere die Unterschiede im Lohnniveau zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern erheblich zurückdrängt. Es wird dabei mehr und mehr verwischt, ob der eine angelernte Tätigkeit ausübende Arbeiter vorher einer Facharbeiterausbildung absolviert hat oder nicht. Im Zuge der weiteren technischen Entwicklung zeichnet sich eine wachsende Nivellierung der Tätigkeiten ab[1]. Die

1) Durch eine Zusatzerhebung zur Wohnungsstatistik 1956/57 wurden auf repräsentativer Ebene die durchschnittlichen Haushaltseinkommen ermittelt. Dabei ergab sich, daß 71 % aller Arbeitnehmer Mehrpersonenhaushalte einschl. der mitverdienenden Familienangehörigen i.J. 1957 ein monatliches Einkommen zwischen 300 und 700 DM netto bezogen.

./.

Unterschiede im Lohnniveau zwischen den verschiedenen Leistungsgruppen der Arbeiter sind wesentlich geringer als bei den Angestellten. Dies gilt insbesondere für die in Schwäb.Hall vorwiegend vertretenen Wirtschaftszweige. Eine, gegenüber den Verhältnissen bei den Angestellten günstigere Möglichkeit der Zuordnung bietet hier das amtliche Verzeichnis der in der Bundesrepublik anerkannten Lehr- und Anlernberufe. Da sich jedoch bei den Enquête-Angaben deutlich die Tendenz zeigte, den gelernten Beruf zu nennen, ohne dabei die Art der tatsächlichen Beschäftigung zu berücksichtigen, konnte auch auf diesem Wege die gewünschte Differenzierung nicht erzielt werden. Mit Hilfe einer kombinierten Analyse anhand der Tätigkeitsmerkmale, der jeweiligen Branchen und der dazugehörigen durchschnittlichen Lohnhöhen konnten schließlich die angelernten Arbeitskräfte in etwa ermittelt und zusammen mit den Hilfsarbeitern der Grundschicht zugerechnet werden.

Nach der dabei gewonnenen Abgrenzung können rd. 70 % der Schwäb.Haller Arbeiterschaft als Hilfsarbeiter und als angelernte Arbeiter zur Grundschicht gezählt werden. Übertragen wir nun die gewonnen Relationen auf die Gesamtzahl der zur Arbeiterschaft zählenden Bevölkerung, so kann als Ergebnis festgehalten werden, daß 5 287 Personen der Schwäb.Haller Arbeiterbevölkerung zur Grundschicht und 2 267 zur Mittelschicht zu rechnen sind.

2.32 Schichtanalyse der Selbständigen

2.321 Selbständige Unternehmer, Gewerbetreibende, freie Berufe, Handwerker, Händler

Bei dieser Gruppe der Selbständigen konnte die jeweilige Größe ihres Betriebes anhand der Beschäftigtenzahlen ungefähr ermittelt werden. Die Stadtverwaltung stellte ferner von den Handwerkern und Händlern, bei denen

---

./. "Die starke Konzentration der Arbeitnehmerhaushalte in einer schmalen Einkommensschicht, die unter einem bestimmten Gesichtspunkt auch als Einkommensnivellierung bezeichnet werden kann, tritt bei einem Vergleich mit der Einkommensschichtung in den USA besonders auffällig vor Augen".

E.Knechtel: "Einkommensschichtung und Eigentumspolitik", in: Der Volkswirt, Nr.32, 1960, S. 1746.

die Verhältnisse nicht klar zu erkennen waren, Unterlagen über den jeweiligen Gewerbeertrag zur Verfügung, so daß auch hier eine verhältnismäßig genaue Zuordnung erfolgen konnte. Von erheblicher Bedeutung erschien auch die Frage, inwieweit Hausbesitz vorhanden war. Die Untersuchungen ergaben, daß für die Oberschicht lediglich einige Ind.-Unternehmer und deren Angehörige infrage kommen. Bedeutendere Großhandelsunternehmen sind, wie bereits die wirtschaftl. Analyse gezeigt hat, nicht am Ort. Ein größeres privates Einzelhandelsunternehmen gibt es ebenfalls nicht. Für die Abgrenzung nach oben wurde bei den in Frage kommenden Ind.-Unternehmen eine Beschäftigtenzahl von etwa 50 angenommen, ferner wurde berücksichtigt, inwieweit der Kapitalbesitz und die Unternehmerfunktionen aufgeteilt sind. Danach ergab sich, daß insgesamt etwa 148 zur Unternehmerschaft zählende Schwäb.Haller Einwohner der Oberschicht zugerechnet werden können, das sind 4,5% der zu den selbständigen Erwerbstätigen gehörenden Schwäb.Haller Einwohner.[1] Die Unternehmer kleinerer Ind.-Betriebe, des Großhandels und die freien Berufe konnten alle der Mittelschicht zugeordnet werden. Es handelt sich dabei um etwa 176 zu Großhandels-u.kleineren Ind.-Unternehmern zählenden Einwohner und um 575 Angehörige freier Berufe. Bei den Handwerkern und Einzelhändlern war es erforderlich, auch nach unten abzugrenzen. Eine Zurechnung zur Grundschicht erfolgt bei den Handwerkern und Einzelhändlern, die keine Beschäftigten hatten und nach den Unterlagen über die Gewerbesteuer einen geringen Gewerbeertrag aufwiesen.[2] Unter diesen Gesichtspunkten wurden etwa 248 der zum Handwerk zählenden Einwohnerschaft und rd. 210 der dem Einzelhandel angehörigen Einwohner zur Grundschicht gezählt. 520 der zu den Einzelhandels-u.Dienstleistungsbetrieben und 779 der zum Handwerk zählenden Schwäb.Haller Einwohner wurden der Mittelschicht zugerechnet.[3]

2.322 Landwirtschaftliche Betriebe

Als Gliederungsmaßstab für die Zuordnung der landwirtschaftlichen Familien wählten wir die landw.Nutzfläche der Betriebe. Da Betriebe

---

1) In dem Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums über die Lage der Mittelschichten werden folgende Abgrenzungskriterien genannt: Für Großunternehmen: mehr als 500 Besch., über 15 Mio.DM Jahresumsatz, mehrere Betriebsstätten. Für Kleinbetriebe: Bis zu einem Besch., Jahresumsatz unter 10.000,-DM, nicht die einzige Erwerbsquelle des Inhabers etc. Deutscher Bundestag, 3.Wahlperiode, Drucksache 2012, S.9

2) H.Pross sieht die "proletaroiden" Existenzen ebenfalls in den "Alleinmeistern im Handwerk" und den "mit bescheidenen Mitteln und ohne Helfer arbeitenden Einzelhändlern".
Vgl. dazu H.Pross:"Bürgerliche Gesellschaft ohne Bürger. Die soziale Schichtung in der Bundesrepublik", in:Der Volkswirt Nr.23,1960,S.1070.

3) Vgl.dazu F.Marbach: "Theorie des Mittelstandes", Bern 1942, S.85/86. Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforsch.Berlin erzielten 1955 nur 28% der Handwerksbetriebe ein Bruttojahreseinkommen von mehr als 10.000 DM. Vgl.Deutsch.Inst.f.Wirtsch.forsch.:"Die Einkommensschichtung in der Bundesrepublik", Berlin 1957, Tab.192.

gleicher Arealgröße je nach der Bewirtschaftungsart und Bodenbonität ein recht unterschiedliches materielles Wohlstandsniveau ermöglichen, wurden die natürlichen Erzeugungsbedingungen und die Art der Bodennutzung in die Analyse mit einbezogen. Als Grenzwerte wurden dabei nach unten 12 bis 15 ha und nach oben ca. 50 ha angenommen. Eine dementsprechende Zurechnung der Familien ergab, daß 10 Einwohner der landwirtschaftlichen Bevölkerung von Schwäb.Hall zur Oberschicht, 140 Einwohner zur Mittelschicht und 180 Einwohner zur Grundschicht gezählt werden konnen.

2.323 Selbständige Berufslose

Nach den Enquête-Unterlagen betrug der Anteil der selbständigen Berufslosen (Rentner, Pensionäre etc.) einschl. der dazugehörigen Familienmitglieder, 1958 rd. 15 % der Schwäb.Haller Bevölkerung. Aus den bereits dargelegten Gründen stehen für eine Beurteilung erforderliche Vergleichszahlen aus anderen Städten ähnlicher Größe nicht zur Verfügung. Werfen wir einen Blick auf die Kreisergebnisse von 1950: der Kreis Schwäb.hall wies damals einen Anteil selbständiger Berufsloser mit Angehörigen von 16,6 % der Wohnbevölkerung auf, im Kreise Crailsheim waren es 16,1 %, im Kreis Künzelsau 16,9 %, im Kreis Biberach 15,1 % und im Landesdurchschnitt 15,4 %. Es kann immerhin auch aus diesen Zahlen geschlossen werden, daß Schwäb.Hall nicht, wie es bei einer alten, unzerstörten Stadt erwartet werden könnte, mit Rentnern etc. übersetzt ist. Der Rentneranteil in Schwäb.Hall liegt zwar gegenüber den Kreisgemeinden, die bei der Enquête ebenfalls alle erfaßt wurden, etwas höher. Daraus kann jedoch nicht auf eine überdurchschnittliche Rentnerdichte geschlossen werden, wie es gelegentlich geschieht, da vorwiegend agrarisch strukturierte Gemeinden kaum Rentner aufweisen.[1] Eine Schichtgliederung ließ sich hier verhältnismäßig leicht vornehmen, da bei den Erhebungen der Enquête scharf getrennt wurde zwischen Rentnern, Pensionären und Beziehern von Pacht-, Miet- und Zinseinkommen. Auch die Frage des Hausbesitzes dürfte hier von Bedeutung sein. Die Analyse ergab, daß die Rentnerfamilien fast ausschließlich der Grundschicht zuzurechnen sind, das entspricht etwa 2.234 Einwohnern = 69 % der zu den selbständigen Berufslosen zählenden Einwohnerschaft. Die gehobenen Pensionäre und Bezieher von Pacht-, Miet-, Zinseinnahmen zählen zusammen mit den Angehörigen etwa 980 Personen, das sind = 31 % der zu den selbständigen Berufslosen zählenden Einwohner. Sie werden zur Mittelschicht gerechnet.

1) Vgl. dazu Teil A, Abschnitt 3.26

2.33 Ergebnisse: Soziale Schichtung und Bevölkerungsstruktur nach Berufsgruppen

Fassen wir die Ergebnisse der Untersuchungen zusammen:

Die Schwäb. Haller Oberschicht umfasst etwa 313 Personen = 1,5 % der Einwohnerschaft. Sie gliedert sich in:

Unternehmer	: 148	Einwohner
Landwirtschaft	: 10	"
Beamte u. Angestellte im öffentlichen Dienst	: 96	"
Angestellte in der Privatwirtschaft	: 59	"

Zur Mittelschicht zählen insgesamt etwa 11 037 Personen = 53 % der Einwohnerschaft. Sie gliedert sich in:

Selbständige	: 2 050	Einwohner = 9,9 %		
		darunter:	Industrie, Gewerbe, Großhandel	: 176
			Einzelhandel und Dienstleistg.	: 520
			Handwerk	: 779
			freie Berufe	: 575
Landwirtschaft	: 140	Einwohner = 0,7 %		
Selbständige Berufslose	: 980	" = 4,7 %		
		darunter:	von Miet- und Zinseinnahmen lebend	: 92
			Pensionäre	: 888
Beamte	: 1 902	Einwohner = 9,2 %		
		darunter:	höhere Beamte	: 371
			mittl.gehob.Beamte	: 675
			mittlere Beamte	: 856
Angestellte	: 3 698	Einwohner = 17,8 %		
Arbeiter (Facharbeiter):	2 267	Einwohner = 10,7 %		

Zur Grundschicht sind insgesamt etwa 9 424 Schwäb.Haller Einwohner zu rechnen, das sind 45,5 % der Einwohnerschaft. Sie setzt sich zusammen aus:

Selbständige	: 458	Einwohner = 2,2 %		
		darunter:	Handwerk (1-Mann-Betriebe)	: 248
			Einzelhandel und Dienstleistungen (Kleinbetriebe)	: 210
Landwirtschaft	: 180	Einwohner = 0,9 %		
Selbständige Berufslose(Rentner,Fürsorgeempf.):	2234	Einwohner = 10,7 %		

Beamte	:	597 Einwohner	= 2,8 %
Angestellte	:	668 "	= 3,2 %
Arbeiter (Hilfsarbeiter u. angelernte Arb.)		5287 "	= 25,7 %

Bei dieser Schichtanalyse, die aus den Ergebnissen der Enquête vom Mai 1958 aufgebaut wurde, wurden insgesamt 20 774 Schwäb. Haller Einwohner erfasst; dies entspricht etwa dem Bevölkerungsstand der Stadt Mitte 1958. Weitere Merkmale wie Nebenerwerb, erwerbstätige Familienangehörige und sonstige Einnahmen (Mieten, Zinsen, Renten etc.) wurden in der Enquête ebenfalls erfasst. Verschiedene Anzeichen deuten jedoch darauf hin, daß die entsprechenden Angaben sehr lückenhaft sind. Sie wurden deshalb nur in Zweifelsfällen in die Schichtanalyse mit einbezogen. Eine grobe Auswertung dieser Merkmale läßt erkennen,daß bei ihrer konsequenten Miteinbeziehung eine Gruppe von Hilfsarbeitern der Mittelschicht zugerechnet werden könnte,wogegen bei den Angestellten ein größerer Teil als es hier geschehen ist,der Grundschicht zuzurechnen wäre.Insgesamt gesehen rücken die Schichten dadurch enger aneinander. In dem folgenden Schaubild ist die Gliederung der Schwäb. Haller Einwohnerschaft nach sozialen Schichten der Gliederung nach Berufsgruppen gegenübergestellt.

Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß es sich angesichts fehlender Vergleichsmöglichkeiten und des Mangels an methodischen Vorarbeiten nur um einen Versuch handeln kann, die sozialen Tatbestände in eine kommunale Analyse mit einzubeziehen.[1][4] Es wurden in Deutschland seit Kriegsende kaum Schichtanalysen von Städten durchgeführt.[2] Die richtungweisende Arbei von Geiger über "Soziale Umschichtungen in einer dänischen Mittelstadt" (Aarhus) fand bisher keine Fortsetzung.[3] Es zeigt sich noch eine große

---

1) H.Linde bemerkt in diesem Zusammenhang: "Deduktiv anwendbares systematisches Wissen hat die Soziologie aufgrund ihrer inneren disziplinären Widersprüche kaum zu bieten." H.Linde: "Raumforsch. u. Soziologie", in: Raumforsch. - 25 Jahre Raumforsch. in Deutschl., Bremen-Horn 1960, S. 68

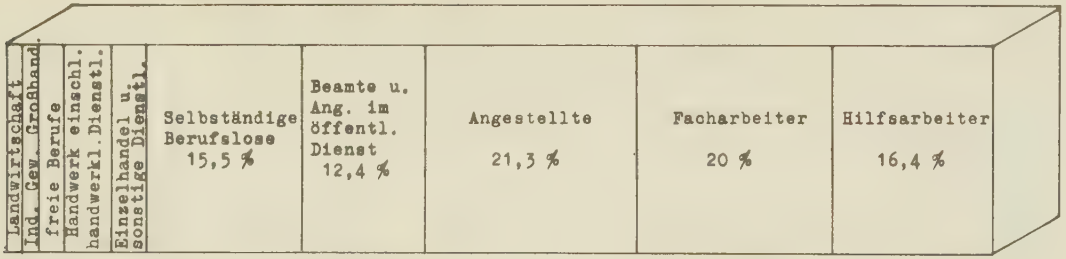
2) Es kann hier lediglich die Arbeit von R. Mayntz: "Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde", Schriftenreihe des UNESCO-Instituts für Sozialwissenschaften Bd. 6,Köln 1958, genannt werden. Am Beispiel von Euskirchen untersucht die Verfasserin insbes. die berufliche Struktur und Mobilität. Auch die soziale Schichtung wird erörtert, ohne daß aber eine quantitative Darstellung der Schichtstruktur gegeben wird.

3) Vgl. dazu Th.Geiger:"Soziale Umschichtungen in einer dänischen Mittelstadt", Aarhus 1951

4) M.Peschlow schreibt in ähnlicher Weise:" Für die vergleichende Betrachtung der Selbstverwalt.körperschaften als soziologischer Gebilde hat die Soziologie sich erst in neurer Zeit zu interessieren begonnen. Es fehlt deshalb noch an allgemein anerkannten methodischen Grundlagen." M.Peschlow:"Die soziolog.Struktur der Landkreise in der Statistik", in: Die Landkreise in der Bundesrepublik, Stuttg. 1955, S.49

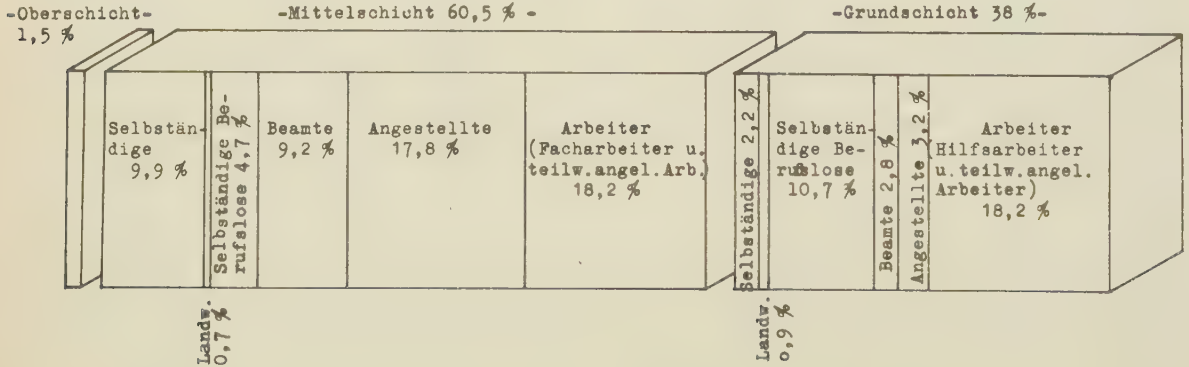
Gliederung der Schwäbisch Haller Einwohnerschaft

nach Berufsgruppen:



Selbständige zus. 14,4%

nach sozialen Schichten:



Lücke in diesem Bereich der Kommunalforschung. In einer Abhandlung über das gegenwärtige Verhältnis von Raumordnung und Soziologie bermerkt H. Linde u.a.: "Obwohl die jüngere Soziologie in Deutschland sich nicht mehr als eine Wissenschaft der reinen zwischenmenschlichen Beziehungen im Sinne L.v.Wieses begreift, sondern sieht, wie entscheidend die Ordnung der Gesellschaft durch Sachen und Sachzusammenhänge vermittelt und vorgezeichnet ist, glaubt sie nicht, daß gerade die Bearbeitung von Standortfragen zur Festigung ihrer fachwissenschaftlichen Autonomie Wesentliches beitragen kann."[1] Er verweist dabei insbesondere auf die breite empirische Sozialforschung in den USA. Als einzige Vergleichsmöglichkeit steht uns der von G. Isenberg in einer Arbeit über "Eingliederung der Flüchtlinge und soziale Umschichtung" gegebene Abriss der sozialen Schichtung der Familien im Bundesgebiet einschl. Westberlin für das Jahr 1949 im Vergleich zur Vorkriegszeit (1936/37) zur Verfügung.[2] Er kam dabei zu folgenden Ergebnissen:

	1936/37:	1949:
Oberschicht	2 %	1 %
Mittelschicht	33 %	25 %
Grundschicht mit Rückhalt (Haus- und Grundbesitz)	42 %	26 %
ohne Rückhalt	23 %	48 %

Stellen wir diese Zahlen der für Schwäb. Hall ermittelten Schichtgliederung gegenüber, so tritt insbesondere die breite Schwäb. Haller Mittelschicht mit 60,5 % hervor. Selbst wenn man berücksichtigt, daß sich das Schichtgefüge in der Bundesrepublik während der letzten 10 Jahre erheblich zugunsten der Mittelschicht verschoben hat, kann die dominierende Stellung der Mittelschicht als soziales Strukturmerkmal der Stadt Schwäb. Hall angesehen werden. Die Ursache dafür liegt vor allem im stark entwickelten Dienstleistungsbereich. Die Facharbeiter, die heute in vielen Orten die große neue Gruppe der Mittelschicht darstellen, bilden in Schwäb. Hall nur etwas mehr als ein Viertel der Mittelschicht. Vergleiche mit Städten wie Nürtingen, Backnang, Aalen etc. würden die relativ geringe Bedeutung der Schwäb. Haller Industriearbeiterschaft im Rahmen der Sozialstruktur der Stadt deutlich erkennen lassen. Die Selbständigen, Beamten und Angestellten sind die tragende Gruppe der breiten Schwäb. Haller Mittelschicht und

---

1) H. Linde: "Raumforschung und Soziologie", in: Raumforschung - 25 Jahre Raumforschung in Deutschland, Bremen-Horn 1960, S. 68

2) G. Isenberg: "Eingliederung der Flüchtlinge und soziale Umschichtung", vervielfält. Manuskript, Bonn 1951

prägen damit gleichzeitig die soziale Struktur der Stadt. Zur verhältnismässig kleinen Oberschicht ist zu bemerken, daß sich in der Stadt keine in privater Hand befindlichen Großunternehmen befinden, und daß auch die Zahl der Mittelbetriebe klein ist. Ein Anteil der Oberschicht von 1,5 - 2,5 % an der Gesamtbevölkerung kann bei Städten wie Schwäb. Hall als normal angesehen werden.

Ziehen wir bei den verschiedenen sozialen Gruppen typische subjektive Merkmale wie Verhaltensweisen und Anschauungen mit in Betracht, so können daraus Folgerungen gezogen werden, die für die weitere Entwicklung von Schwäb. Hall von wesentlicher Bedeutung sind und die insbesondere bei der kommunalen Entwicklungsplanung zu beachten sind, sei es beim Bau neuer öffentlicher Anlagen wie z.B. höheren Schulen oder Theatern, bei denen es vor allem auf eine richtige Dimensionierung ankommt oder bei der städtebaulichen Konzeption allgemein.[1] Die breite Schwäb. Haller Mittelschicht bietet günstige Voraussetzungen für eine Intensivierung des kulturellen Lebens. Die Aufnahmefähigkeit der Schwäb. Haller Einwohner wird in diesem Bereich im Vergleich zu anderen Städten bisher nur teilweise befriedigt.[2] Bei den Maßnahmen zur Hebung des Niveaus zur Infrastruktur sollten deshalb vor allem auch die kulturellen Einrichtungen berücksichtigt werden.[3] Für den Fremdenverkehr und den wieder zu begründenden Kurbetrieb ist die breite Mittelschicht ebenfalls von Bedeutung. Die Stadt weist von ihrer sozialen Struktur her auch günstige Voraussetzungen für eine Ausdehnung der Ferndienstleistungszweige auf.[4] Sie unterscheidet sich dabei sehr wesentlich von ausgeprägten Industrieorten, in denen Bevölkerungsstruktur und Mentalität einer solchen Entwicklung vielfach im Wege stehen.

---

1) Vgl. dazu: H.Bausinger, M.Braun, H.Schwedt: "Neue Siedlungen", volkskundlich - soziologische Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts, Tübingen, Stuttg. 1959. Es wird dort u.a. das Gemeinschaftsleben in der Rollhof- und in der Heimbachsiedlung in Schwäb. Hall analysiert.

A.Stöckli: "Die Stadt. Ihr Wesen und ihre Problematik. Eine soziologische und städtebauliche Betrachtung", Köln-Deutz, 1954

O.Schmidt: "Städtebau im gesellschaftlichen Bewußtsein", Schriften des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Heft 18, Köln 1958

2) Wir wählen diese Formulierung, in der die Bevölkerung als passiver und die Stadtverwaltung als aktiver Teil erscheinen bewußt, weil u.E. gerade hierin eine wichtige kommunale Gestaltungsaufgabe liegt.

3) Vgl. dazu Teil C Abschnitt 3. und Teil D, Abschnitt 4.31

4) Man kann dies auch, wie es H.Hammer ausdrückt, "wirtschaftspsychologische Mentalität" nennen. Vgl. dazu H.Hammer: "Die Renaissance des Marktplatzes", in: Der Volkswirt Nr. 43, 1961, S. 2181

Die soziale Schichtung einer Stadt findet auch ihren Niederschlag im politischen Bereich.[1] Es ergeben sich dabei vielfältige Zusammenhänge, die in wissenschaftlichen Analysen bisher kaum berücksichtigt wurden, obwohl die Praxis ihre Bedeutung immer wieder von neuem unterstreicht. Aus den durch wirtschaftliche und soziale Faktoren geprägten Meinungen und Anschauungen der verschiedenen Bevölkerungsschichten können wesentliche Bestimmungsgründe der politischen Willensbildung abgeleitet werden. Es lassen sich daraus Folgerungen ziehen auf die politischen Wirkkräfte, die auf die weitere Entwicklung einen bedeutsamen Einfluß ausüben und es kann damit ein wesentlicher Beitrag zur Versachlichung der Kommunalpolitik geleistet werden. Im Gegensatz zu der Notwendigkeit von Ideologien im grossen politischen Rahmen kommt ihnen im kommunalen Bereich eine geringere Bedeutung zu und es besteht gerade dort vielfach die Gefahr, daß sie zu Vorurteilen und Ressentiments entarten. Die Förderung einer sachlich-nüchternen Atmosphäre durch wissenschaftliche Vorarbeiten erscheint deshalb geboten. Es würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen, diese Fragen weiter zu vertiefen. Wir begnügen uns hier mit einigen Hinweisen. Die durch eine breite Mittelschicht geprägte Sozialstruktur der Stadt Schwäb. Hall findet ihren Niederschlag in einem bürgerlich-konservativ ausgerichteten politischen Bewußtsein.

Obwohl die Stadt, in der einst Johannes Brenz, der spätere Reformator der Universität Tübingen, wirkte, auch heute noch evanglisch geprägt ist, hat hier die CDU relativ mehr Anhang als in den evang.Städten ähnlicher Größe im Raum Stuttg.oder in Hessen.Auch die FDP verfügt,ähnlich wie in Heilbronn über eine größere Anhängerschaft und die SPD sieht sich bei ihren Bemühungen um eine Ausweitung zur Volkspartei, wobei sie schon mancherorts Erfolge erzielen konnte, engeren Grenzen gegenüber.

---

1) Vgl. dazu G. Franz: "Die Ergebnisse der politischen Wahlen als Quelle der politischen Soziologie, am Beispiel Niedersachsens", in: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Band I: Raum und Gesellschaft, Bremen-Horn 1950, S. 101 f.

3. Die sozialen Bewegungsvorgänge

3.1 Räumliche und soziale Mobilität

Bei dem im vorhergehenden Abschnitt angestellten Versuch, die Schichtgliederung der Schwäb. Haller Bevölkerung zu umreißen, handelte es sich um eine Zustandsbetrachtung einer in dauernder Veränderung befindlichen Gesellschaft. "Jeder einzelne Faktor, der die Bedeutung eines zentralen Ortes mitbewirkt... ist einer dauernden Änderung unterworfen"[1]. "Der Zeitablauf bildet somit eine wesentliche Dimension der gesellschaftlichen Wirklichkeit"[2]. Eine dynamische Betrachtungsweise der sozialen Bewegungsvorgänge ist deshalb in Ergänzung der Strukturanalyse erforderlich.

So wie das soziale Schichtgefüge einer Stadt in erster Linie durch die jeweilige Wirtschaftsstruktur geprägt wird, vollziehen sich die Veränderungen der Sozialstruktur entsprechend der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Orten sehr verschiedenartig. "Wirtschaftsexpansion und Sozialgefüge stehen in unlösbarem Zusammenhang"[3]. Es geht im Rahmen dieser Arbeit dabei besonders um die, mit der räumlich-geographischen Bewegung verbundene soziale Mobilität. Bei der sozialen Mobilität kann man trennen zwischen Veränderungen des Schichtgefüges und individuellen Veränderungen des Platzes in einem gleichbleibenden Schichtgefüge[4]. Da aber eine berufliche Veränderung nicht immer mit einer Veränderung der sozialen Stellung verbunden ist, sind, um der Realität gerecht zu werden, drei Vorgänge zu unterscheiden, die in vielfältiger Kombination auftreten: räumliche Wanderung,

---

1) W. Christaller: "Die zentralen Orte in Süddeutschland", Jena 1933, S. 86.

2) Th.Geiger: "Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln-Hagen 1949, S. 150.

3) N.J. Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Koln u.Opladen 1960,S. 196.

4) Vgl. dazu Th.Geiger: "Soziale Umschichtung einer dänischen Mittelstadt", Aarhus 1951.
und Adolf Weber : Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 1953, S. 120,
ferner Ernst Eisendraht: Sozialstruktur II: "Sozialer Aufstieg und Abstieg im HdSW. 9.Bd., S. 587 f.

berufliche Wanderung und soziale Wanderung[1]. In stärker industrialisierten Gebieten und Städten mit einer breiten wirtschaftlichen Basis gehen solche Strukturverschiebungen ziemlich kontinuierlich, ohne größere Umstellungsschwierigkeiten für den Einzelnen vor sich. Es bestehen günstige Möglichkeiten, einem Abgleiten im Schichtgefüge durch Wechsel des Berufs oder der Tätigkeit zu entgehen. Unter der Vielzahl der vorhandenen Arbeitsplätze kann verhältnismäßig leicht eine passende Beschäftigung gefunden werden. Schwieriger liegen dagegen die Verhältnisse in wirtschaftlich schwach entwickelten Gebieten. Werden im Zuge der Entwicklung die dort dominierenden Wirtschaftszweige oder Berufsgruppen zurückgedrängt, soführt dies zu erheblichen Umstellungsschwierigkeiten, insbesondere, wenn aufsteigende Wirtschaftszweige in dem betreffenden Ort selbst oder in der näheren Umgebung nur schwach vertreten sind. Die Gefahr, bei diesen Veränderungen im Schichtgefüge abzusinken bzw. nicht aufsteigen zu können, ist dort sehr groß. In solchen Gegenden kann ein Absinken im Sozialgefüge vielfach nur durch Ortswechsel verhindert werden: man pendelt über längere Entfernungen zum Arbeitsplatz oder zieht in Gebiete mit höherer wirtschaftlicher Aktivität. Es zeigt sich also, daß mit der räumlichen Bewegung jeweils auch eine soziale Bewegung in der verschiedensten Weise verbunden ist.

3.2 Zur Frage einer sozialen Erosion

Im Rahmen dieser Vorgänge stellt sich als wichtigste Frage, inwieweit mit der Abwanderung aus wirtschaftlich schwach entwickelten Gebieten ein Ausleseprozeß verbunden ist, der zu einer sozialen Erosion in den Abwanderungsgebieten führt. In einer Stadt wie Schwäb. Hall bietet sich hier ein vielfältiges Geflecht von Wechselbeziehungen. Es kann angenommen werden, daß Schwäb. Hall Vorwärtsstrebende aus der Umgebung anzieht und

---

1) Vgl. dazu: "E. Wilke: "Von der raumgebundenen menschlichen Arbeitskraft", Jena 1937, S. 275. Mit diesen Problemen beschäftigten sich auch:
K. Utermann: "Forschungsprobelme einer Gemeindeuntersuchung im nördlichen Ruhrgebiet", in: Soziologie der Gemeinde, Sonderheft 1 der Kölner Zeitschrift für Soziologie u. Sozialpsychologie 1956, S. 117 f.
Dietrich von Oppen: "Soziale Mobilität u. Stabilität in einer Stadt des Ruhrgebiets", vgl. die Besprechung in der Zeitschr. für die gesamte Staatswissenschaft, 112. Bd. 4. Heft, 1956, S. 685-719.

gleichzeitig aber auch qualifizierte Kräfte an grössere Zentren und Ballungsräume abgibt. Die Fragestellung lautet hier also: Wie weit kann Schwäb. Hall die aus dem Kreis abströmenden qualifizierten Kräfte an sich ziehen, so daß sie dem Gebiet insgesamt erhalten bleiben bzw. in welchem Maße ziehen sie direkt in größere Zentren ? Hat Schwäb.Hall selbst gegenüber diesen Städten einen beträchtlichen Verlust qualifizierter Kräfte zu verzeichnen ? Eine besondere Schwierigkeit bei der Durchführung der Analysen besteht darin, daß die Merkmale eines negativen Ausleseprozesses nicht direkt erfaßbar sind, so daß nur anhand verschiedener Indizien darauf geschlossen werden kann. Als Unterlagen zur Untersuchung dieser Vorgänge in Schwäb.Hall standen uns lediglich die Erhebungsbogen der Enquête zur Verfügung. Da es sich hierbei, wie schon erwähnt, um eine statische Untersuchung handelt, können daraus nur teilweise dynamische Zusammenhänge herausgearbeitet werden. Ein solches Unterfangen würde jedoch eine umfangreiche Zählarbeit erfordern, die nur durchgeführt werden kann, wenn einige Hilfskräfte zur Verfügung stehen. Wir müssen uns hier neben einigen grundsätzlichen Erörterungen mit einer Darstellung der anhand der Enquête-Unterlagen durchführbaren Analyse begnügen. Versuchsweise wurden bei den Schwäb.Haller Auspendlern einige Untersuchungen vorgenommen, deren Ergebnisse im Anschluß daran kurz wiedergegeben werden.

Es wurden bereits auf verschiedenen Wegen Untersuchungen über die soziale Erosion angestellt. Man gelangte dabei meist zu dem Ergebnis, daß mit einer größeren Abwanderungsbewegung gleichzeitig auch ein für das Abwanderungsgebiet negativer Ausleseprozeß eintritt, d.h. die Besseren ziehen weg[1]. Für den hohenloher Raum liegen keine Untersuchun-

---

1) Bereits im vergangenen Jahrhundert untersuchte Ammon die Zuwanderer nach Karlsruhe unter dem Gesichtspunkt ihrer Leistungsqualifikation. Von den Zugewanderten gehörten 82 % zu den unteren, 14 % zur mittleren und 4 % zur oberen Schicht. In der dritten Generation entfielen von diesen Familien bereits 40 % auf die untere, 35 % auf die mittlere, und 25 % auf die obere Schicht. Ammon zog daraus die Folgerung, daß vor allem Begabte und Leistungsfähige nach Karlsruhe zugezogen waren. Es handelt sich hierbei um eine andere Klassifizierung, die sich mit der oben angegebenen Schichtgliederung nicht deckt. Vgl. dazu O. Ammon: "Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen", Jena 1895, S. 145; zitiert nach E. Willeke: "Von der raumgebundenen menschlichen Arbeitskraft", Jena 1937, S. 295.

H. Quehl und J. Schmidt kommen in ihren Abhandlungen: "Zur Abwanderung

./.

gen vor, es kann jedoch angenommen werden, daß auch hier diese Tendenzen wirksam sind. Die Abwanderung qualifizierter Kräfte kann aber nicht schlechthin als negative Erscheinung angesehen werden. Die in den größeren Zentren Ansässigen mit ihren behördlichen und industriellen Spitzeninstitutionen haben einen hohen Bedarf an solchen Kräften und können ihnen auch die gewünschten Entwicklungschancen bieten. Diese Vorgänge erscheinen erst dann bedenklich, wenn es dadurch zu größeren Verzerrungen kommt. Eine der wesentlichsten Ursachen des qualitativen Auslese prozesses ist in der engen Berufswahlbasis in ländlichen Gegenden zu sehen[1]. Als weiterer Faktor sind insbesondere die besseren Ausbildungsmöglichkeiten zu nennen, die in ländlichen Gebieten wie die übrigen kulturellen Einrichtungen nur verhältnismäßig schwach entwickelt sind. Bei stärkerer Durchdringung mit Einrichtungen der Infrastruktur ergibt sich dort sogleich das Problem eines zu geringen Auslastungsgrades. Wir werden uns damit näher in Teil C beschäftigen. Die schwerwiegendste Problematik dieser qualitativen Wanderungsauslese besteht darin, daß die einheimische Bevölkerung aber dadurch gerade die qualifizierten Kräfte verliert, die die Voraussetzung für eine stärkere wirtschaftliche Entfaltung darstellen.

./. der Begabten aus dem Dorfe bzw. "über die Beziehungen zwischen Landflucht und Intelligenz" ebenfalls zu dem Ergebnis, daß den Abwanderungsgebieten die leistungsfähigsten Bevölkerungsteile verlorengehen. Speidel sieht dies bei Untersuchungen in drei mittelbadischen Gemeinden ebenfalls bestätigt.
H. Quehl: "Zur Abwanderung der Begabten aus dem Dorfe", in: Volk und Rasse 1936, S. 378.
J. Schmidt: "Über die Beziehungen zwischen Landflucht und Intelligenz" in: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie, Heft 2/3, 1938, S. 358.
W.U. Speidel: "Die Bodenverbundenheit als kritisches Phänomen der Familie der Sozialverfassung; Diss. Hohenh. 1955, S. 84/85.
Vgl. dazu auch R. Harnisch: "Zur Frage der Abwanderung und Siebung", in: Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik, 1942, 12. Jahrg. S. 50/51 und
vgl. dazu ferner:
P. Quante: "Die Abwanderung vom Lande und das Goltz'sche Gesetz", in: Schmollers Jahrbücher für Gesetzgeb., Verwalt. u. Volkswirtsch. im Deutschen Reiche, 55. Jahrg. 1931, S. 14.
K.V. Müller: "Typen des sozialen Verhaltens und ihre Standorte", in: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Bd. I: Raum und Gesellschaft, Bremen-Horn, 1950, S. 45 f.

1) Vgl. dazu E. Wilcke: "Von der raumgebundenen menschlichen Arbeitskraft", Jena 1937 S. 292, ferner
F. Lenz: "Menschliche Auslese u. Rassenhygiene" (Eugenik) München 1931, S. 212.

Dies gilt für sämtliche Wirtschaftsbereiche, auch für die Landwirtschaft[1]. Es hängt letztlich von der Struktur der Teilarbeitsmärkte ab, ob die Wanderungsdynamik, die der modernen Wirtschaftsentwicklung innewohnt, zu solchen einseitigen Verzerrungen führt, oder in einem gewissen Gleichgewicht verläuft[2]. Wilbrandt billigt diesen Wanderungsbewegungen nur dann eine positive Funktion zu, wenn die menschenabgebenden Teilmärkte ebenfalls über eine relativ günstige wirtschaftliche und soziale Lage verfügen, die einem wahllosen Abwandern entgegenwirken und wenn auf der anderen Seite die diesen abgebenden Märkten gegenüberstehenden Aufnahmebezirke kein allzu sprunghaftes Wachstum zeigen und in ihrer Beschäftigungslage durchsichtig bleiben[3]. Diese Forderung wird bei den Wanderungsbewegungen im hohenloher Raum und beispielsweise in der Stuttgarter Ballung kaum erfüllt. Wir werden uns in späteren Kapiteln noch damit zu beschäftigen haben, daß eine weite Streuung der Industrie in ländlichen Gegenden nicht zweckmässig ist. Für die sozialen Vorgänge bedeutet dies, daß mit der Aufgabe der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit auch in vielen Fällen ein Ortswechsel verbunden sein wird, und hier kommt es darauf an, inwieweit in solchenGegenden Zentren sich entwickelt haben, die auf die aufstrebenden Kräfte eine Anziehungskraft auszuüben vermögen, so daß sie der Gegend erhalten bleiben und zur Verstärkung der Wirtschaftskraft und zur Verbesserung der Sozialstruktur beitragen. Damit zeigt sich, welche Bedeutung die Entwicklung zentraler Orte wie Schwäb. Hall auch im Hinblick auf die Erhaltung einer gesunden Sozialstruktur für das Umland hat.

---

1) So schreibt J. Müller u.a.: "Der Bauer muß ein denkender Mensch sein oder er kann nicht mehr Bauer sein".
J. Müller: "Ein deutsches Bauerndorf im Umbruch der Zeit, Sulztal in Mainfranken", Würzburg 1939, S. 127.
Vgl. dazu auch P. Hesse: "Grundprobleme der Agrarverfassung", Stuttgart 1949, S. 242.

2) Vgl. dazu auch: E. Preiser: "Die württ. Wirtschaft als Vorbild", Stuttgart 1937, Abschnitt: Soziale Schichtung und Raumordnung, S. 79 f.

3) E. Wilbrandt: "Von der raumgebundenen menschlichen Arbeitskraft", Jena 1937, S. 286/287.

Wenden wir uns nun den für Schwäb. Hall durchführbaren Analysen zu: Für sämtliche Orte des Kreises Schwäb. Hall liegen Listen vor über die seit 1945 Weggezogenen, untergliedert nach Zielort, Beruf, Alter und Familiengröße. Der Beruf ist jeweils für die Zeit vor dem Wegzug angegeben, so daß der soziale Wechsel dabei nicht direkt erfaßt werden kann. Entsprechende Zusammenstellungen über die Zugezogenen liegen nicht vor. Von der Stadt Schwäb. Hall ausgehend wäre hier vor allem zu untersuchen: Wie verteilen sich die Zielorte der fortgezogenen Familien nach Ballungsgebieten, zentralen Orten etc.? Wie ist ihre berufsmäßige Gliederung, jeweils aufgegliedert nach den verschiedenen Arten von Zielorten? Altersstruktur ? etc.

Für die Gemeinden des Kreises Schwäb. Hall kann dieselbe Analyse durchgeführt werden, wobei jeweils zu differenzieren wäre, wer von den Wegziehenden nach Stuttgart ging.

Eine begrenzte Möglichkeit, räumliche und soziale Mobilität im Zusammenhang zu untersuchen, bietet die im Rahmen der Enquête vorgenommene Einbeziehung ehemaliger Familienangehöriger nach Beruf und jeweiligem Wohnort in die Erhebung. Es kann somit der Frage nachgegangen werden: Was war der Vater ? Was ist der Sohn bzw. die Tochter ? Wo ist er/sie jetzt tätig ? Diese Analyse kann für die Stadt Schwäb. Hall und für die Gemeinden des Kreises durchgeführt werden. In ähnlicher Weise läßt sich dies auch für die in Ausbildung befindlichen Familienangehörigen tun, der künftige Arbeitsort ist dabei allerdings noch unsicher. Einschränkend ist jedoch zu bemerken, daß bei den vorhandenen Unterlagen jeweils nur ein Ortswechsel festgestellt werden kann. Inwieweit sich etwa die Wanderungsbewegung in die Ballungsräume in Etappen vollzieht, läßt sich nicht ermitteln. Die mehrfach geäußerte Auffassung, daß Städte wie Schwäb. Hall im Rahmen der Ballungstendenzen eine solche Etappe des Zuzugs vom Land in die großen Zentren darstellen, kann deshalb nicht überprüft werden[1]. Ebenso kann der Frage nicht weiter nachgegangen werden, inwieweit die vom Lande Zugewanderten ihr städtisches Dasein in den unteren Schichten der Stadtbevölkerung beginnen und inwieweit sich beim Generationswechsel ein Übergang in höhere Schichten vollzieht.

---

1) Th. Geiger schreibt u.a.: "Ein erheblicher Teil der Bewegung vom Lande zur Stadt scheint in der Weise vor sich zu gehen, daß zunächst eine Umsiedlung nach der kleinen Provinzstadt und von dort nach der größeren Stadt erfolgt".
Th. Geiger: "Soziale Umschichtungen in einer dänischen Mittelstadt" Aarhus 1951, S. 103.

Sehr aufschlußreich wäre es, wenn über die Meldebehörden eine Befragung der Wegziehenden durchgeführt werden könnte, wobei die jeweiligen Gründe der Abwanderung zu ermitteln wären, wie etwa kein Arbeitsplatz, kein geeigneter Arbeitsplatz, weite Pendelwege und hohe Fahrtkosten, Drang zum städtischen Leben,Infrastruktur etc.

Hier einige Ergebnisse der Strukturanalyse Schwäb. Haller Auspendler:
Bei den Schwäb. Haller Auspendlern,insbesondere den Fernpendlern handelt es sich vorwiegend um Jugendliche, die noch in der Familie leben. Damit wird eine allgemeine Erscheinung bestätigt, die bei Untersuchungen von Gemeinden in der Umgebung von Darmstadt und einer repräsentativen Befragung Stuttgarter Einpendler ebenfalls zutage trat. Bei den Schwäb. Haller Fernpendlern handelte es sich vor allem um Angestellte und Facharbeiter; bei den Nahpendlern vorwiegend um Hilfsarbeiter und Facharbeiter. Nach der absoluten Zahl bilden die Angestellten die größte Gruppe der Auspendler aus Schwäb.Hall, dicht gefolgt von den Facharbeitern. Nach dem Anteil der Auspendler an der jeweiligen Gesamtzahl der einzelnen Berufsgruppen liegen die Facharbeiter an der Spitze.Es kann danach festgestellt werden, daß es sich bei den Schwäb.Haller Auspendlern vorwiegend um leistungsfähige und qualifizierte Arbeitskräfte handelt (vorwiegend jüngere Angestellte und Facharbeiter), die Schwäb.Hall insbesondere nach Stuttgart abgibt. Die Angestellten unter den Fernpendlern sind zu rd. 90 % in der Industrie tätig. Auch hierin spiegelt sich der geringe Industrialisierungsgrad von Schwäb. Hall wider.

3.3 Trend zur ungegliederten Massengesellschaft ?

Bei der Erörterung der einseitigen räumlichen Bevölkerungskonzentration wird vielfach die Frage angeschnitten, inwieweit mit der Abwanderung von ländlichen Gebieten in größere Zentren und Ballungsräume ein Wechsel von einer festen Gemeinschaft in eine unübersichtliche labile Massengesellschaft verbunden ist. Auch hierbei handelt es sich um ein soziales Problem der räumlichen Mobilität, das eine Erörterung verdient.

Hinsichtlich der Unterscheidung zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft liefert die von Tönnies bereits 1887 formulierte Umschreibung auch heute noch eine brauchbare Abgrenzung. Danach sind Gemeinschaften "dauerndes und echtes Zusammenleben, sie entspringen aus einem gemeinsamen Wesens-

-willen". [1] Die Gesellschaft bezeichnet er demgegenüber als "vorübergehendes, scheinbares Zusammenleben". [2]

Diese Probleme müssen im Zusammenhang mit der industriellen Entwicklung gesehen werden. Die wachsende Arbeitsteilung und industrielle Massenproduktion ermöglichte auf der einen Seite eine ungeahnte Steigerung des materiellen Wohlstandes, veränderte aber gleichzeitig die Wirtschafts- und Sozialstruktur in vielfältiger Weise. Dieser Umwandlungsprozess machte sich in allen Wirtschafts- und Sozialbereichen bemerkbar, wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht.[3] Es ist heute allgemein bekannt, daß es in den größeren Städten und Ballungsgebieten ein Gemeinschaftsleben in dem von Tönnies umschriebenen Sinne nicht mehr gibt. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß auch die ländlichen Gebiete von der modernen Wirtschaftsentwicklung nicht unberührt geblieben sind. Das Dorf früherer Epochen, das Max Weber als einen "typischen Nachbarschaftsverband", mit einem "Aufeinanderangewiesensein in der Not" charakterisierte [4], gehört weitgehend der Vergangenheit an. Der ehemals feste Sippenverband ist Auflösungstendenzen unterworfen. Die Bewegungsvorgänge, die

---

1) Als "urtümliche Gemeinschaften" bezeichnet Tönnies die Familie, weiter gezogene Gemeinschaften sieht er in der Verwandtschaft, Nachbarschaft etc.
Vgl. dazu Ferdinand Tönnies: "Gemeinschaft und Gesellschaft", Leipzig 1887, S.100

2) Ebenda, S.100.

3) Geiger bemerkt dazu treffend: "Es ist nun aber zu bedenken, daß die Gesellschaft seit dem Durchbruch des Industrialismus von tiefer Unrast ergriffen ist". "Man hat daher geradezu die Struktur der modernen Gesellschaft selbst als dynamisch bezeichnet - im Gegensatz zu den von Traditionen beherrschten stationären Gesellschaften".
Th.Geiger: "Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel", Köln-Hagen 1949, S.152 und 156.

4) Max Weber: "Grundriß der Sozialökonomik", Tübingen 1947, S.198.

durch die Industrialisierung ländlicher Gebiete bzw. durch die Abwanderung aus anderen Räumen hervorgerufen werden, führen zu einer Auflösung ehemals dörflicher Gemeinschaften. Auch die wachsende Rationalisierung und Hofaussiedlungen in der Landwirtschaft wirken in dieser Richtung. Die bislang festen Bindungen familiärer Lebens- und Gefahrengemeinschaften werden auch hier in wachsendem Maße durch die anonyme, staatliche geregelte Krankheits- und Alterssicherung verdrängt. [1)]

Wir können aus diesen Überlegungen die Folgerung ziehen, daß hinsichtlich der Auflösung ursprünglicher Gemeinschaftsformen zwischen dem ländlichen und dem städtischen Bereich kein grundsätzlicher, sondern nur ein gradueller Unterschied besteht. Hier wie dort befindet sich die ursprüngliche Gesellschaftsform im Umbruch. Man kann deshalb nicht ohne weiteres davon sprechen, daß bei den gegenwärtigen Wanderungsbewegungen die Menschen aus der Geborgenheit der dörflichen Gemeinschaft in die unstrukturierte städtische Massengesellschaft überwechselt. Es kommt hier sehr wesentlich darauf an, wie groß die Städte bzw. Ballungsräume sind und welche Struktur sie aufweisen. Allgemeine Aussagen lassen sich darüber kaum machen. Es kann jedoch gesagt werden, daß die großen Ballungszentren der Bundesrepublik weitgehend unstrukturiert sind und in ihrem ungegliederten Wachstum die Entfaltung eines neuen städtischen Gemeinschaftslebens kaum ermöglichen[2)]. Es ist anzunehmen, daß der sog. Verstädterungsprozess weiter fortschreiten wird. Entscheidend ist dabei, wie sich diese Entwicklung vollzieht, ob es dabei zur überdimensionalen

---

1) Vgl. dazu H. Morgen: "Das Dorf im Wandel seiner Sozialstruktur und seiner soziologischen Bindungen", in: Akademie für Raumforschung u. Landesplanung: Raumforschung - 25 Jahre Raumforschung in Deutschland, Bremen-Horn 1960, S. 383 f.

2) Wenn Irle aus soziologischen Untersuchungen der Stuttgarter Bevölkerung u.a. die Erkenntnis gewinnt, "daß Zuwanderer aus kleineren Gemeinden durch ihre Migration in ein Stadium der Labilität und Desorientierung geraten", da sie "ein wohlstrukturiertes und gewohntes soziales System verlassen, und in eine neue kommunale Gesellschaft eintreten, die ihnen vorerst fremd und unstrukturiert ist", so kann dies in gewisser Hinsicht als Beispiel einer solchen Fehlentwicklung angesehen werden. Vgl. dazu M. Irle: "Gemeindesoziologische Untersuchungen zur Ballung Stuttgart", Mitteilung aus dem Institut f. Raumforschung, Heft 42.

Konzentration in einigen Ballungsräumen kommt oder ob sich ein verhältnismäßig dichtes Netz mittlerer und kleinerer Zentren in entsprechender Abstufung herausbildet, was z.B. in Hohenlohe noch weitgehend fehlt.[1] Solche mittleren und kleineren Zentren bieten gute Voraussetzungen dafür, die Erfordernisse wirtschaftlicher Rationalität und sozialer Gliederung im Rahmen der modernen Wirtschaftsentwicklung in Einklang zu bringen. Die gemeinschaftlichen Bindungen ökonomischer Art werden aber auch hier nicht mehr die Bedeutung haben wie ehedem. Es ließen sich u.E. dabei aber "übersichtliche Gemeinschaften" bilden, von denen Schelsky sagt, daß sie die "Quellen geistiger und sozialer Kultur seien"[2]. Vielleicht ist die Bildung eines neuen Gemeinschaftsgefühles auf diese Weise möglich.

Eine empirische Untersuchung dieser Zusammenhänge und Probleme, wie sie sich etwa bei der Abwanderung aus hohenloher Landgemeinden oder Schwäb. Hall in den Stuttgarter Ballungsraum ergeben, kann nur über breit angelegte Spezialerhebungen und Befragungen erfolgen. Neben der Erörterung der grundsätzlichen Problematik begnügen wir uns hier mit einer vergleichenden Gegenüberstellung der Familiengrößen bzw. des Zusammenlebens in Familien zwischen Schwäb. Hall und Stuttgart, um zuuntersuchen, ob und welche Unterschiede hinsichtlich der Bedeutung der "ursprünglichen Gemeinschaftsform" Familie zwischen einer Kreistadt wie Schwäb. Hall und der Stuttgarter Ballung bestehen. Es handelt sich dabei um eine statische Analyse, aus der jedoch Schlüsse gezogen werden können auf die Veränderungen im Gemeinschaftsleben, die mit dem Zuzug in die Großstadt vielfach verbunden sind. Die Untersuchungen werden anhand der Wohnungsstatistik 1956/57 durchgeführt[3].

---

1) Vgl. dazu W.Schneider: "Überall ist Babylon -Die Stadt als Schicksal des Menschen", Düsseldorf 1960.
Göderitz -Rainer -Hoffmann: "Die gegliederte und aufgelockerte Stadt", Tübingen 1957.
R.Neutra: "Wenn wir weiterleben wollen", Hamburg 1956.
F.Bülow:" Zum Wiederaufbau Berlins, Gedanken zur Gestaltung einer Weltstadt", in:Raumforsch. u.Raumordn.Heft 4,1958,S.2oo f.

2) H.Schelsky: "Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart", Dortmund 1953.

3) Statistik von Bad.-Württ. Bad.44:"Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57, II.Teil, Stuttgart 1959.
"Wohnpartei" wird dabei wie folgt definiert:"Wohnpartei ist jede Personengemeinschaft, die eine gemeinsame Hauswirtschaft führt, d.h. ihre Lebensbedürfnisse gemeinsam finanziert u.insbesondere zusammen wohnt. Als Wohnpartei wird auch jede für sich allein wirtschaftende Einzelperson angesehen".

Die Verteilung der Wohnparteien läßt folgende Unterschiede erkennen:

+ In Stuttgart dominieren die 1-Personen-Wohnparteien mit rd. 29 % aller Wohnparteien gefolgt von den 2-Personen-Wohnparteien mit rd. 26 %. Die Alleinstehenden und die kleinen Familien liegen also weit an der Spitze. Allein 57 % der Stuttgarter Einwohner leben in Ein- bis Drei-Personen-Wohnparteien.

+ In Schwäb. Hall weisen die 2-Personen-Wohnparteien mit rd. 22 % aller Wohnparteien die größte Häufigkeit auf. Danach kommen in geringem Abstand die 1-Personen-Wohnparteien mit knapp 22 % und die 3-Personen-Wohnparteien mit 20 %. Auf die 1 -Personen-Wohnparteien entfallen jedoch nur rd. 7 % der Einwohner im Gegensatz zu rd. 12 % in Stuttgart.

+ Die Gruppe der 4- und Mehrpersonen-Wohnparteien umfaßt in Schwäb. Hall 34 % aller Wohnparteien, in Stuttgart dagegen nur 24 %. Rund 58 % der Schwäb. Haller Einwohner leben in diesen Familien mit 4 und mehr Personen. Dies entspricht etwa dem Anteil der Stuttgarter Bevölkerung, der in 1 -bis 3-Personen-Wohnparteien lebt.

Als Ergebnis können wir festhalten, daß in Stuttgart die Bevölkerung in eine Vielzahl kleiner Wohnparteien aufgegliedert ist, d.h. Alleinstehende und 2-Personen-Haushalte bilden die überwiegende Mehrzahl. Für die dort lebenden Menschen ist also eine soziale Gruppierung und Bindung nach größeren Familien in den meisten Fällen nicht gegeben[1].

---

1) In den vergangenen Jahren entspann sich eine lebhafte Diskussion über die Einsamkeit des in der Menschenkonzentration lebenden Großstädters. Wir können uns den verschiedenen Erörterungen hier nicht weiter zuwenden. Es sei nur erwähnt, daß sich insbesondere Schelsky sehr energisch gegen die Zivilisations- und Großstadtkritiker und deren Begriffsapparat von der Atomisierung, Vermassung, Anonymität und Einsamkeit des Großstadtmenschen wehrt.
Vgl. dazu:
H.Schelsky: "Ist der Großstädter wirklich einsam?", in: Offene Welt, 1956, Nr.44, S.326 f und in
Magnum 1956, Nr. 9.
Vgl. dazu ferner:
H.P.Barhdt: "Die moderne Großstadt - Soziologische Untersuchungen zum Städtebau", Hamburg 1961 (Rohwolts deutsche Enzyklopädie, Bd.127)
D.Riesman: "Die einsame Masse", Hamburg 1958.
R.Mackensen,
J.C.Papalekas, E.Pfeil: "Daseinsformen der Großstadt. Typische Formen sozialer Existenz in Stadtmitte, Vorstadt und Gürtel der industriellen Großstadt", Tübingen 1959.
E.Pfeil:"Themen der Großstadtforschung", in: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd.I: Raum und Gesellschaft, Bremen-Horn 1950, S. 105 f.

In Schwäb.Hall leben dagegen die meisten Einwohner in größeren Familien, woraus in der Regel entsprechende persönliche Bindungen abzuleiten sind. Nur etwa 1/5 der Einwohnerschaft sind dort Alleinstehende oder leben in 2-Personen-Haushalten.Der Familie kommt hier als sozialem Bindeglied noch eine weit größere Bedeutung zu als in Stuttgart. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, daß 15 % der Befragten Stuttgarter Einpendler familiäre Bindungen als wesentlichen Faktor für das Verbleiben am bisherigen Wohnort nannten[1]. In Ergänzung dazu seien einige typische Veränderungen des Sozialgefüges bei wachsender Stadtgröße angeführt, wie sie N.J. Lenort sehr treffend aus amerikanischen Untersuchungen zitiert:

+ zunehmende Differenzierung,
+ größere Abhängigkeit des Einzelnen von vielen, geringere Abhängigkeit von bestimmten Personen,
+ Kontakt mit immer mehr Personen, aber engere Verbindung nur noch mit einem immer geringeren Anteil von ihnen und auch dann immer weniger intime Kontakte,
+ die unpersönliche, oberflächlichen und vorübergehenden Kontakte überwiegen,
+ wachsende Freiheit der persönlichen Sphäre; die Kontrollen durch intime Gruppen (Familie usw.) verlieren an Bedeutung,
+ der Einzelne schließt sich an zahlreiche Gruppen an, fühlt sich aber mit keiner völlig verknüpft. 2)

---

1) M.Irle: "Gemeindesoziologische Untersuchungen zur Ballung Stuttgart", Mitteilungen aus dem Inst.f.Raumforsch., Heft 42, S. 58.

2) N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln u.Opladen 1960, S.196.

Teil C: Die Bedeutung der Kommunalfinanzen

Dem kommunalwirtschaftlichen Bereich kommt im Hinblick auf die Stellung und die Entwicklungsmöglichkeiten einer Stadt eine wachsende Bedeutung zu. Bei der allgemeinen Wohlstandsentwicklung werden die öffentlichen Einrichtungen der Infrastruktur[1], wie sie bei der gegenwärtigen Finanzverfassung insbesondere von den Gemeinden zu erbringen sind, ein immer wichtigerer Faktor eines Wirtschafts- und Sozialstandorts. "Wir können ganz allgemein von einer Tendenz der steigenden Bedeutung der öffentlichen Grundeinrichtungen sprechen, die sich dann auch auf die Bevölkerungsverteilung nachhaltig auswirkt."[2] Die Kommunal-Einnahmen einerseits, die jeweilige Ausstattung mit Einrichtungen der Infrastruktur und die Erschliessungsleistungen etc. andererseits, stehen in enger Wechselwirkung zur jeweiligen wirtschaftlichen Situation einer Gemeinde. Sie sind gleichzeitig Folge und Voraussetzung der bisherigen und der weiteren Entwicklung. Es erscheint deshalb angezeigt, diese Zusammenhänge in ihrer grundsätzlichen Problematik und in ihrer speziellen Auswirkung auf Schwäb. Hall zu erörtern.

1. Die Gewerbesteuer als wichtigste kommunale Einnahmequelle und die daraus resultierenden Unterschiede der kommunalen Leistungskraft

1.1 Der wachsende Anteil der Gewerbesteuer am kommunalen Steueraufkommen

Nach der 1955 erfolgten Änderung von Artikel 106 des Grundgesetzes steht den Gemeinden das gesamte Aufkommen aus den Realsteuern zu. Sie

---

1) Der Begriff Infrastruktur stammt aus dem Gebrauch der amerikanischen Militärs. Es werden darunter in der jetzigen Verwendungsform die öffentlichen Grundeinrichtungen im Verkehrswesen, im Bereich der Erziehung und Kultur, der Wasser- und Energieversorgung, für Sport und Gesundheit, im sozialen Bereich und für das allgemeine öffentliche Leben verstanden. Eine exakte Abgrenzung des Begriffes, was dazu zu rechnen ist, in welcher Ausstattung etc. wurde bisher nicht getroffen. Wir verwenden ihn als Sammelbezeichnung für die aufgezählten Einrichtungen.

2) G. Isenberg: "Regionale Wohlstandsunterschiede, Finanzausgleich und Raumordnung", in: Finanzarchiv, Neue Folge, Bd. 17, Heft 1, Tübingen 1956, S. 67.

erhalten außerdem einen von der jeweiligen Landesgesetzgebung zu bestimmenden Hundertsatz des Aufkommens an Ländersteuern. Daneben haben die Gemeinden das Recht, verschiedene kleinere Steuern zu erheben wie Vergnügungs-, Getränke-, Hunde-, Jagd-, Bürger- und Schankerlaubnissteuer, sowie Zuschläge zur Grunderwerbssteuer.

Im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte steigerte sich der Anteil der Gewerbesteuer am kommunalen Steueraufkommen immer mehr. Heute stellt sie bei einem Anteil von etwa 80 % mit Abstand die wichtigste kommunale Einnahmequelle dar und wurde damit zum Rückgrat der Gemeindefinanzen[1]. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die strukturellen Verschiebungen im kommunalen Steueraufkommen.

Prozentuale Gliederung des Gemeindesteueraufkommens 1913 bis 1955 in Deutschland

	Gewerbesteuer	Grundsteuer	sonstige Steuern
1913	10,7	25,0	64,3
1925	14,7	15,8	69,5
1929	18,6	18,9	62,5
1937	36,0	29,8	34,2
1949	44,4	45,4	10,2
1952	63,1	28,3	8,6
1954	66,3	25,5	8,2
1955	67,9	24,8	7,3
1960	77	17	6

2)

"Diese einseitige Ausrichtung auf die Gewerbesteuer-Einnahmen bringt zwangsläufig eine Starrheit in das kommunale Finanzsystem. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben sind die Gemeinden unbedingt auf diese Einnahmen angewiesen und bei wachsenden Ausgaben gezwungen, durch Industrieansiedlung neue Gewerbesteuerquellen zu erschließen"[3]. Der Anteil der Gewerbesteuer am

1) Mit einem Gesamtaufkommen von rd. 7 Mrd. DM war die Gewerbesteuer 1960 die drittgrößte Steuer im Bundesgebiet.

2) Zusammengestellt nach Tabellen in: H.Wöber: "Die raumordnungspolitische Bedeutung der Gewerbesteuer". Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung Heft 39, Bad Godesberg 1958,S. 4 u.5.

3) Institut für Mittelstandsforschung volkswirtschafl.Abteilung: "Die Begünstigung der Konzentration durch die kommunale Wirtschaftsförderung". Als Manuskript vervielfältigt, Bonn 1959, S. 29. Vgl. dazu auch H. Bohmann:"Das Gemeindefinanzsystem", Köln 1956 (Neue Schriften des DeutschenStädtetages, H. 2).

gesamten Steueraufkommen ist in den einzelnen Städten und Gemeinden sehr unterschiedlich, je nachdem, inwieweit Unternehmungen am Ort ansässig sind. Damit ist auch eine jeweils sehr verschiedenartige kommunale Finanzbasis gegeben. Mit der wachsenden Bedeutung der Gewerbesteuer als Einnahmequelle verstärkten sich die Unterschiede zwischen der Steuer-Kraft der kommunalen Gebietskörperschaften verschiedener Struktur und es zeigt sich in zunehmendem Maße, daß die unterschiedlichen Möglichkeiten zur Darbietung kommunaler Leistungen die Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung in räumlicher Hinsicht einseitig beeinflussen.

1.2 Die Auswirkungen auf die Steuerkraft der Stadt Schwäbisch Hall

Einen Überblick über das Steueraufkommen in Schwäb.Hall im Vergleich zu anderen württ.Städten gibt Tab.XX.[1] Daraus geht deutlich hervor, daß das Gewerbesteueraufkommen in Schwäb.Hall erheblich niedriger ist, als in den wirtschaftlich stärker entwickelten Städten ähnlicher Größe. In Nürtingen, das eine geringere Einwohnerzahl aufweis als Schwäb.Hall, war beispielsweise 1958/59 das Gewerbesteueraufkommen fast doppelt so hoch. Auch das gleich große Biberach a.d.R. hatte erheblich höhere Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Im hohenloher Raum lag Schwäb.Hall absolut wie relativ (Gewerbesteueraufkommen je Einwohner) an der Spitze. Obwohl Schwäb.Hall während der vergangenen Jahre eine günstige Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens zu verzeichnen hatte, die Gewerbesteuereinnahmen überschritten inzwischen die 4 Mio.-Grenze [2], dürfte es in der Zwischenzeit jedoch hinsichtlich des Gewerbesteueraufkommens je Einwohner von Künzelsau, das eine sehr schnelle Zunahme der Industrie aufzuweisen hat, überholt worden sein.

---

1) Vgl.dazu Tabelle XX:"Das Realsteueraufkommen in Schwäb.Hall im Vergleich mit württ.Städten ähnlicher Größe und mit größeren Gemeinden des Kreises".

2) In dem am 31.3.1960 endenden Rechnungsjahr setzte sich das Steueraufkommen von Schwäb.Hall wie folgt zusammen:

Grundsteuer A:	45.260.--
Grundsteuer B:	484.861.--
Gewerbesteuer:	4.051.657.--
Gew.steuer-Ausgl.zuschüsse empfangen:	11.735.--
geleistet:	129.249.--
Kinosteuer	70.065.--
übrige Vergnügungssteuer	17.618.--
Hundesteuer	16.779.--
Brutto-Steuer-Einnahmen:	4.686.240.--
Für eigene Rechnung verbleib. Rechn.betrag nach Abzug der Ausgleichszahlungen:	4.368.434.--

Da vielfach die Auffassung besteht, daß das Gewerbesteueraufkommen einer Stadt fast ausschließlich von ihrem Ind.-Grad abhängt, wurde das Gewerbest.aufkommen der verschiedenen Wirtschaftsbereiche der Stadt Schwäb.Hall analysiert. Die prozentuale Aufgliederung des Gewerbest.aufkommens nach Wirtschaftsbereichen ergibt folgendes Bild:

	1954:	1959:
Industrie:	31,6	33,4
Baugewerbe:	6,0	6,2
Handwerk:	7,0	4,3
Stadtwerke:	1,0	1,0
Banken etc.:	24,6	33,3
Handel:	22,8	16,5
Dienstleistungsbetriebe:	7,0	5,3

Es zeigt sich, daß mit rd. 55% mehr als die Hälfte des Schwäb.Haller Gewerbest.aufkommens aus dem Dienstleistungsbereich stammt, owohl die neben der Bausparkasse wichtigsten Ferndienstleistungsträger, die Diakonissenanstalt und die US-Streitkräfte keine Gewerbesteuer zahlen. Deutlich ist zu erkennen, daß das Anwachsen des gesamten Gewerbest.aufkommens in wesentlichem Maße durch die Expansion der Bausparkasse, dem wichtigsten Gewerbest.-zahler der Stadt Schwäb.Hall, beeinflußt wurde.

Beziehen wir das Gewerbest.aufkommen der verschiedenen Wirtschaftsbereiche auf ihre Besch.zahl, so zeigt sich, daß die Dienstleistungszweige ein erheblich höheres Gewerbest.aufkommen je Besch. erbringen, als Industrie und Baugewerbe. Im einzelnen konnten folgende Zahlen ermittelt werden:

Gewerbest.aufk. je Beschäft. 1959:	
Industrie	315.--
Baugewerbe	140.--
Banken etc.	1.170.--
Handel	650.--
Dienstleistungsbetriebe	480.--

Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Gewerbest.aufkommen der nahbedarfstätigen Dienstleistungszweige letztlich auch von einem großen Teil der Industrie abhängt, da, wie in Teil A dargelegt wurde, der Erwerbsspielraum der Nahbedarfstätigen durch den Umfang der Fernbedarfstätigen bestimmt wird. Es zeigt sich aber sehr deutlich, daß die Ferndienstleistungen, denen grundsätzlich die gleiche wirtschaftliche Bedeutung zukommt, wie der Industrie, ein relativ höheres Gewerbest.aufkommen erbringen. Der Unterschied ist so groß, daß selbst unter Berücksichtigung besonderer Verhältnisse in Schwäb. Hall diese Aussage verallgemeinert werden kann. Es besteht also unter dem Gesichtspunkt einer Steigerung des Gewerbest.aufkommens für die Gemeinden keine Veranlassung, mit allen Mitteln eine starkere Industrialisierung zu betreiben, wenn beispielsweise günstige Möglichkeiten für eine Ausweitung der Ferndienstleistungen bestehen. Berechnen wir für die bei der Diakonissenanstalt und den US-Streitkräften beschäftigten Arbeitskräfte einen durchschnittlichen Satz an Gewerbesteuer, so zeigt sich, daß das gesamte Gewerbest.aufk.

dann erheblich höher liegen würde, und sich kaum von anderen Städten mit ähnlicher Wirtschaftskraft, die jedoch vorwiegend Industrie besitzen, unterscheiden würde. Das geringere Gewerbest.aufkommen in Schwäb.Hall gegenüber Städten ähnlicher Größe rührt also nicht daher, daß hier mehr Dienstleistgn. und dort mehr Industrie ansässig sind, sondern ist darauf zurückzuführen, daß in Schwäb.Hall zwei wichtige Ferndienstleistungsträger keine Gew.steuer zahlen und Schwäb.Hall insgesamt nicht so stark wirtschaftlich entwickelt ist als jene Städte.

Es sei hier auch erwähnt, daß sich die von der Bundesregierung vorgesehene Verdreifachung des Freibetrages bei der Gewerbeertragssteuer von DM 2400.-- auf DM 7200.--, wenn der Gewerbeertrag DM 50.000.-- nicht übersteigt, auf die Gemeinden sehr unterschiedlich auswirken wird.[1)]

Im Gegensatz zur Gewerbesteuer hat das Grundsteueraufkommen in Schw.Hall eine etwas größere Bedeutung als in den übrigen Städten ähnlicher Größe; es war 1958/59 z.B. höher als in Nürtingen.[2)] Ein Ausgleich für das relativ niedrige Gewerbest.aufkommen ist dadurch jedoch nicht gegeben.

Vergleichen wir schließlich die Realsteuerkraft je Einwohner zwischen den einzelnen Städten, so zeigt sich, daß Schwäb.Hall 1958/59 mit DM 130.-- zwar vor den übrigen hohenloher Kreisstädten lag, wobei der Abstand gegenüber Mergentheim und Künzelsau allerdings nur sehr klein ist. Gegenüber den anderen württ.Städten ähnlicher Größe ist aber ein erheblicher Unterschied zu erkennen, der in der Zwischenzeit kaum zurückgegangen sein dürfte. Nürtingen hatte 1958/59 eine Realsteuerkraft von DM 222.- je Einwohner, Biberach 187.-, u. Waiblingen DM 155.- [3)]. Diese Vergleiche lassen erkennen, daß das gegenwärtige, durch die Gewerbesteuer geprägte kommunale Steuersystem für Schwäb.Hall verhältnismäßig ungünstig ist.

---

1) G.Zeitel bemerkt in diesem Zusammenhang:"Die Unzulänglichkeit der Realsteuergarantie liegt vor allem darin begründet, daß der Bund durch die ihm zustehende Gesetzgebungshoheit den Einnahmefluß aus diesen Abgaben ohne Mitwirkung und ausreichenden Schutz für die betroffenen Gemeinden begrenzen kann - und dies wiederholt getan hat."
G.Zeitel:"Die zweckmäßige Struktur des kommunalen Steuersystems", Referat, gehalten auf der Tagung des Finanzwissenschaftl.Ausschusses der Gesellsch.f.Wirtsch.-u.Sozialwissenschaft. am 25.4.1961 in Würzburg, vervielfält.Manuskr.S.31.

2) Vgl.dazu Tab.XX:"Das Realsteueraufkommen von Schwäb.Hall im Vergleich mit württ.Städten ähnlicher Größe und mit größeren Gemeinden des Kreises."

3) Ebenda.

1.3 Der Gewerbesteuerausgleich

Die Gewerbesteuer fließt jeweils den Gemeinden zu, in denen die Betriebe ansässig sind. Um den Wohn — gemeinden, derenAuspendler in den Betriebsgemeinden an der Aufbringung der Gewerbesteuer beteiligt sind, einen Ausgleich zur Bestreitung des kommunalen Aufwandes zu verschaffen, der durch die Wohngebiete entsteht, erhalten sie einen Anteil am Gewerbesteueraufkommen. Seit 1.4.1961 werden in Baden-Württemberg den Wohngemeinden jährlich DM 100.- je Auspendler bezahlt, soweit dieser in einer Branche tätig ist, die Gewerbesteuer abführt; vorher waren es DM 75.-. Nach verschiedenen Untersuchungen kann das Gewerbesteueraufkommen je Arbeitnehmer heute auf jährlich etwa DM 400.- geschätzt werden. Selbst wenn wir in Betracht ziehen, daß die Erschließungskosten und die Folgelasten für Industriebetriebe vergleichsweise höher sind als für Wohnungen, so ergibt sich bei einer Spanne bei etwa 1:4 ein Vorteil für die Industriegemeinden[1)2)]. Es ist ferner zu beachten, daß die Gewerbesteuer in der Regel überwälzt wird und in den Warenpreisen einkalkuliert ist. Sie wird von den Konsumenten insgesamt getragen, also auch von denjenigen, die in schwach industrialisierten Orten wohnen. Soweit die Gewerbesteuereinnahmen in den Industrieorten als Äquivalent für die mit der jeweiligen Betriebsstätte direkt zusammenhängenden kommunalen Aufwendungen dienen, sind sie für den Betrieb mit Recht als Kostenfaktor anzusehen, der in den Preis eingeht und von allen Konsumenten zu tragen ist. Werden mit den Gewerbesteuereinnahmen aber auch kulturelle und soziale Einrichtungen etc. für die Allgemeinheit geschaffen, wie es vielfach geschieht, so kann man von einer Benachteiligung der Bevölkerung in den übrigen Orten sprechen, die das Gewerbesteueraufkommen der Industriegemeinden über den Preis mitbezahlt haben, aber nicht in den Genuß der damit für die Bevölkerung geschaffenen Einrichtungen kommen.

---

1) "Gegenwärtig bereichern sich sowohl Betriebe wie auch Betriebsgemeinden - die Ballungsräume im allgemeinen - durch die Beschäftigung auswärtiger Arbeiter und Angestellter auf Kosten der Wohnsitzgemeinden". Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung: "Kommunalsteuern und Siedlungsstruktur", Köln 1958, S. 76.

2) "Insgesamt werden durch Ausgleichsmaßnahmen auf gemeindlicher Ebene die Unterschiede zwischen Finanzkraft und Finanzbedarf nur zu einem kleinen Teil ausgeglichen". W. Albers: "Finanzausgleich" Aufsatz im HdSW, 35, Lieferg.1961, S.570.

Eine Lösung dieses Problems wird dadurch erschwert, daß es kaum möglich ist, einigermaßen exakt zu berechnen, welcher Anteil des Gewerbesteueraufkommens von den Industriegemeinden für zusätzliche kommunale Aufwendungen erforderlich ist und inwieweit über kommunale Einrichtungen Leistungen an Einpendler aus den Wohngemeinden erbracht werden. Dies ist in jedem einzelnen Fall verschieden und kann nicht in ein Schema gefaßt werden. Bei zentralen Orten wie Schwäb. Hall, die einen Einpendler-Überschuß aufweisen und gleichzeitig für ein größeres Umland zentrale Dienstleistungen erbringen, dürfte die Diskrepanz zwischen Gewerbesteueraufkommen und Gewerbesteuerausgleich gerechtfertigter sein, da darin auch ein Äquivalent für die erbrachten Leistungen an das Umland, die sich quantitativ nur teilweise erfassen lassen, zu sehen ist. Nach der Erhöhung des Ausgleichssatzes wird Schwäb. Hall per Saldo etwa 150.000.- DM jährlich an Auspendler-Gemeinden zu zahlen haben[1]. Allgemein ist jedoch festzustellen, daß die jetzige Regelung insgesamt gesehen einer ausgewogenen Siedlungsstruktur entgegenwirkt und einer Reform bedarf. "Solange die an sich gebotene Funktionsteilung in zusammengehörenden Wirtschaftsräumen zu finanziellen Nachteilen der Wohngemeinden führt, findet die Planverwirklichung in solchen sozial-ökonomischen Kleinräumen enge Grenzen"[1].

---

1) N.J. Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplan", Köln u.Opladen, 1960, S. 22.
Vgl. dazu auch Teil A, Abschnitt 2.43 :Die Pendlerbilanz von Schwäb. Hall.

2. Die staatlichen Finanzzuweisungen

2.1 Die raumordnerische Bedeutung des öffentlichen Finanzausgleichs

In dem Aufsatz "Regionale Wohlstandsunterschiede, Finanzausgleich und Raumordnung" zeigt G. Isenberg auf, welche Bedeutung der öffentliche Finanzausgleich hinsichtlich einer gewissen Angleichung des Wohlstandsniveaus zwischen wirtschaftlich verschieden entwickelten Gebieten hat[1]. Er zieht daraus die Folgerung: "Der Finanzausgleich steht demnach unter den raumbedeutsamen Maßnahmen an erster Stelle" [2].

Der kommunale Finanzausgleich in Form des Gewerbesteuerausgleichs oder des vertikalen Finanzausgleichs zwischen Ländern und Gemeinden ist dabei nur einer der finanziellen Ausgleichsvorgänge innerhalb und zwischen den Gebietskörperschaften. Über den Bundeshaushalt erfolgt ein regionaler Ausgleich, indem die räumliche Verteilung der Sozialleistungen, der Zahlung von Beamtengehältern, der Durchführung von Investitionen etc. von dem jeweiligen Steueraufkommen in den einzelnen Gebieten abweicht. Dasselbe geschieht über die Länderhaushalte; der horizontale Ausgleich zwischen den Bundesländern kommt dabei noch hinzu. Der räumliche Effekt der durch die Einnahmen und Ausgabengestaltung von Bund und Ländern erzielt wird ist im Grunde eine Nebenerscheinung der Maßnahmen, die auf eine Erfüllbarkeit der öffentlichen Aufgaben und auf ein Funktionieren des Staatsapparates gerichtet sind. Er wurde in seiner tatsächlichen Bedeutung vielfach noch nicht erkannt. Bei den Zahlungen von Gemeinden zu Gemeinde tritt dagegen die räumliche Wirkung von Ausgleichszahlungen klarer zutage.

---

1) G. Isenberg: "Regionale Wohlstandsunterschiede, Finanzausgleich und Raumordnung", in: Finanzarchiv, N.F., Bd. 17, Heft 1, Tübingen 1956.

2) Ebenda, S. 95.
G. Isenberg schreibt dazu ferner: "Der Vorstellung, die räumliche Ordnung der Wirtschaft ließe sich aus den natürlich-technisch-historischen Standortverhältnissen erklären, soll, in Vorwegnahme der Ergebnisse unserer Betrachtung, die folgende Behauptung gegenübergestellt werden: unter den gegenwärtigen Verhältnissen wird die räumliche Ordnung -neben den Standortbedingungen - in einem Ausmaß, das kaum unterschätzt werden kann, durch die ausgleichende Tätigkeit des Staates bestimmt. Die ausgleichende Tätigkeit findet ihren Niederschlag im Finanzausgleich".
G. Isenberg: "Finanzausgleich und Raumordnung", in: Raumforschung - 25 Jahre Raumforschung in Deutschland. Herausgeg. von der Ak. f. Raumforsch. u. Landespl., Hannover, Bremen 1960, S. 476.

Bei den Finanzausgleichszahlungen der Gebietskörperschaften ist ferner zu berücksichtigen, daß die tatsächliche Einkommenswirkung für die Bevölkerung eines bestimmten Gebietes oder einer Stadt größer ist als der ursprüngliche Ausgleichsbetrag. Wie bereits in dem Abschnitt über die räumlich-funktionale Analyse dargestellt wurde, stellen Finanzzuweisungen in direkter Form, wie sie z.B. die Gemeinden erhalten, oder in indirekter Form, wenn in eine Stadt z.B. mehr Länder- oder Bundesmittel fließen als dort an Steuern oder Abgaben aufgebracht wurden, für eine Stadt fundamentale Einnahmen dar[1]. Von ihnen geht über die Weiterverausgabung an derivative Wirtschaftszweige eine multiplikative Wirkung aus, die den tatsächlichen Einnahmenzuwachs solcher Zahlungsströme auf über 50 % steigern kann. Umgekehrt ist in den Orten und Gebieten, in denen mehr Mittel an die Gebietskörperschaften abgeführt werden, als von dort wieder an die private Wirtschaft zurückfließen, der eigentliche Einnahmenentzug größer als der ursprüngliche Differenzbetrag (negative Multiplikatorwirkung). G. Isenberg zieht daraus die Folgerung: "Insgesamt wirkt der Finanzausgleich in hohem Maße dezentralisierend, mittelbar, indem er der Bevölkerung in Gebieten Existenzmöglichkeiten gibt, die sonst mangels Erwerbsmöglichkeiten eine große Abwanderung aufweisen würden und unmittelbar dadurch, daß er den Empfangsgebieten eine Ausstattung mit öffentlichen Einrichtungen ermöglicht, die zur Hebung des Standards in der Landwirtschaft und zur Verbesserung der Voraussetzungen für denAnsatz von Industriebetrieben wesentlich beitragen kann"[2]. M. Peschlow führt dazu ergänzend aus: "Erst das Vorhandensein von Kanalisation, Gas, Wasser und Elektrizitätsversorgung sowie günstiger Verkehrsverhältnisse und von kommunaleigenem Baugelände geben der freien Wirtschaft einen Anreiz, einen bestimmten kommunalpolitischen Raum als Lebens- und Wirtschaftsraum zu wählen und ihn dafür zu erschließen"[3]. Ohne derartige Ausgleichsvorgänge im Rahmen der öffentlichen Finanzwirtschaft wären die Unter-

---

1) Vgl. dazu Teil A Abschnitt 1.8:"Die Ermittlung der Wirtschaftskraft einer Stadt nach der räumlich-funktionalen Verflechtung".

2) G.Isenberg: "Finanzausgleich u.Raumordnung", in: Raumforsch. -25 Jahre Raumforschung in Deutschland, herausgeg. von der Ak.f.Raumforsch. u. Landesplanung, Bremen 1960,S. 486.

3) M.Peschlow: "Die öffentlichen Finanzen im kommunalen Raum als Raumordnungsfaktor", ebenda S. 506.

schiede bei den Erwerbsmöglichkeiten und in der Ausstattung mit öffentlichen Einrichtungen zwischen dem Hohenloher Raum und dem wirtschaftlich stärker entwickelten Neckar-Gebiet noch ausgeprägter und die Abwanderung hätte einen größeren Umfang angenommen.

Beim vertikalen Finanzausgleich zwischen den Ländern und Gemeinden zeigt sich aber auch eine Problematik, die besonders hier ausgeprägt zutage tritt, und jweils nur im Wege eines so oder so gearteten Kompromisses gelöst werden kann. Nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten sollten sich Leistung und Gegenleistung jeweils ausgleichen. Das dem Förderalismus zugehörige Subsidiaritätsprinzip sieht vor,daß die jeweiligen Aufgaben der Gebietskörperschaften aus eigener Kraft zu bestreiten sind. Würde diesen föderalistischen Grundsätzen in vollem Maße Rechnung getragen, so würden sich die Verhältnisse in wirtschaftlich schwach entwickelten Orten und Gebieten mit relativ geringem Steueraufkommen immer mehr verschlechtern. Unzureichende kommunale Leistungen oder erhebliche Steuererhöhungen wären die Folge und würden die Abwanderungstendenzen beträchtlich verstärken. Ferner ist zu berücksichtigen, "daß damit auch die Einheitlichkeit der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse, wie sie im Grundgesetz eines sozialen Rechtsstaates verlangt wird, in Frage gestellt würde"[1]. Das föderalistische Prinzip gerät also in gewisser Hinsicht in Kollision mit den Zielsetzungen einer gesunden räumlichen Wirtschafts- und Sozialstruktur. Es bleibt hier nur der mittlere Weg einer teilweisen Angleichung der Kommunalfinanzen, wobei die Finanzautarkie und die Finanzautonomie der Gemeinden in mehr oder minder starkem Maße geschmälert werden[2]. Ohne derartige Ausgleichsvorgänge im Rahmen der öffentlichen Finanzwirtschaft wären die Unterschiede zwischen dem Hohenloher Raum und beispielsweise dem Neckargebiet erheblich ausgeprägter.

---

1) G.Isenberg: "Finanzausgleich u. Raumordnung", in: Raumforschung - 25 Jahre Raumforsch. in Deutschland, herausgegeb. von der Ak.f.Raumforsch. u.Landesplanung, Bremen 1960, S. 481.

2) "Je mehr ihre finanzielle Eigenständigkeit beschnitten, je abhängiger sie von staatlichen Schlüsselzuweisungen wird, desto kleiner wird der Spielraum der eigenen Entscheidungsfreiheit ....
Jede Reform der Gemeindefinanzen schließt deshalb neben dem rein materiellen auch ein staatspolitisches Problem ein".

L. Schröder: "Gemeinden in Bedrängnis", in: Der Volkswirt, Nr. 45 1960, S. 2 451.

2.2 Der mangelnde Ausgleichseffekt des gegenwärtigen Zuweisungssystems und seine Auswirkungen auf Schwäb. Hall

Neben den Gewerbesteuerausgleichszahlungen, die zwischen den Gemeinden auf horizontaler Ebene durchgeführt werden, erfolgen, wie bereits erwähnt, besondere vertikale Finanzzuweisungen der Länder an die Gemeinden[1]. Auch hierbei handelt es sich um kommunale Ausgleichszahlungen; sie stellen jedoch bei der gegenwärtigen Regelung im Prinzip nur eine einseitige Form des Ausgleichs dar: die Finanzkraft der steuerschwachen Gemeinden wird angehoben, ohne daß die überdurchschnittliche Finanzkraft von Industrieorten abgeschöpft würde. Die Bandbreite der Streuung der kommunalen Finanzkraft verengt sich dadurch also nur von unten her[2]. Um eine stärkere Ausgleichswirkung zu erzielen, wurde daher verschiedentlich vorgeschlagen, die positiven Zuweisungen der Länder an finanzschwache Gemeinden durch "negative" Zuweisungen von den finanzstarken Gemeinden an die Länder zu ergänzen[3]. Eine solche Regelung würde vielfältige Probleme aufwerfen, da es hierbei auch notwendig wäre, die den tatsächlichen Finanzbedarf überschreitende Finanzkraft exakt zu ermitteln. Die Schwierigkeit liegt einmal darin, daß der Finanzbedarf der einzelnen Orte, jeweils geprägt durch Lage und Struktur sehr unterschiedlich ist und in einem Berechnungsschema kaum erfaßt werden kann. Hinzu kommt, daß bei einem solchen Verfahren mit starken Widerständen der abgabepflichtigen Gemeinden zu rechnen wäre[4].

---

1) Die Gemeinden haben durch Art. 106 GG zwar einen Anspruch auf Beteiligung an den Steuereinnahmen der Länder erhalten. Es steht den Ländern jedoch frei, von welchen Steuern sie den Gemeinden Anteile gewähren und wie hoch sie diese bemessen wollen.

2) Vgl. dazu K.A. Hermann: "Problematik und Technik der Finanzzuweisungen" Referat, dem wiss. Beirat beim Bundesfinanzministerium am 19.7.1958 erstattet. vervielfält. Manuskr. S. 11.

3) Vgl. dazu W. Albers: "Möglichkeiten für eine Verbesserung der Finanzlage der Gemeinden durch eine gleichmäßigere Verteilung der Finanzmasse", Referat vor dem wiss. Beirat beim Bundesfinanzministerium am 19.7.1958.

4) Vgl. dazu H. Wöber: "Die raumordnungspolitische Bedeutung der Gewerbesteuer". Mitt. aus dem IfR. Heft 39, 1958, S. 6 u. S. 29 u. W. Albers: "Finanzausgleich" Aufsatz im HdSW, 35. Lieferg. 1961, S. 554.

Es erscheint auch fraglich, ob eine derartige Erweiterung des gegenwärtigen Zuweisungssystems angestrebt werden soll, solange die Ausgleichsmöglichkeiten, die das "einseitige" System bietet, bisher nur teilweise wahrgenommen werden. Der horizontale Ausgleichseffekt der staatlichen Finanzzuweisungen wird einmal dadurch eingeschränkt, daß neben den allgemeinen Finanzzuweisungen, die die Unterschiede zwischen den Gemeinden vermindern, auch in beträchtlichem Maße zweckgebundene Finanzausgleichsleistungen erfolgen, die weitgehend unabhängig von der tatsächlichen Finanzkraft der jeweiligen Gemeinden gewährt werden[1]. Die bereits bestehenden Unterschiede werden dadurch eher noch verschärft, besonders dann, wenn eine Eigenbeteiligung der Gemeinden an zu fördernden Projekten gefordert wird, was finanzschwachen Gemeinden vielfach nicht möglich ist.

In Baden-Württemberg haben diese zweckgebundenen Zuweisungen im Gegensatz zu den übrigen Bundesländern einen relativ geringen Umfang, so daß hier der Ausgleichseffekt auf diese Weise kaum gemindert wird[2]. Die Verteilung der allgemeinen Finanzzuweisungen wird aber in einer von den übrigen Bundesländern abweichenden Form vorgenommen, wobei der horizontale Effekt ebenfalls erheblich eingeschränkt wird. Im Gegensatz zur sonst geübten Verteilung ausschließlich nach der mangelnden Steuerkraft wird in Bad.-Württ. nur die Hälfte der sog. Schlüsselmasse nach dem Finanzbedarf, d.h. nach der Differenz zwischen der Bedarfsmeßzahl und der Steuermeßzahl den Gemeinden zugewiesen[3]. Die andere Hälfte wird nach der Einwohnerzahl

---

1) "Bei den zweckgebundenen Zuweisungen ergibt sich umgekehrt der Nachteil, daß bei überdurchschnittlich hohen Ausgaben Gemeinden Zuweisungen erhalten können, auch wenn ihre Finanzkraft zur Finanzierung ausreicht, während bei unter dem Durchschnitt liegenden Ausgaben auch für solche Gemeinden kein Anspruch auf Zuweisungen besteht, deren Finanzkraft so niedrig ist, daß sie nicht einmal die Finanzierung dieser Aufgaben gestattet".
W.Albers:"Finanzausgleich" Aufsatz im HdSW, 35.Lieferg.1961, S.570.

2) Vgl. dazu K.A. Herrmann: "Problematik und Technik der Finanzzuweisungen" Referat, dem wiss.Beirat beim Bundesfinanzministerium am 17.9.1958 erstattet, vervielfält. Manuskr.S. 15.

3) Als Indizien für denBedarf werden insbesondere die Zusammensetzung der Bevölkerung, ihre Zu- oder Abnahme, die jeweilige Lage des Ortes etc. herangezogen.
"Die Verteilung der Hälfte der Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden nach der Einwohnerzahl ist eine Art der Verteilung, die nur in unserem Lande gebräuchlich ist".
K. Pröhner:"Der Finanzausgleich in Bad.-Württ.",Stuttgart 1958,S.52.

verteilt. Dabei werden mit steigender Einwohnerzahl bestimmte Zuschläge gewährt, um einen Ausgleich dafür zu schaffen, daß bei dem Wachstum der Gemeinden die Kommunallasten progressiv wachsen[1]. Man geht dabei von den sog. "veredelten Einwohnerzahlen" aus. Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern erhalten die 1,2-fache Einwohnerzahl angerechnet, Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern erhalten für diejenigen Einwohner, die 10.000 übersteigen das 1,5-fache[2]. Dies wirkt sich in der Weise aus, daß wenn eine Gemeinde von 2.000 Einwohnern DM 10.- je Einwohner erhält, daß dann auf eine Gemeinde mit 20.000 Einwohner DM 13.30 und auf eine Großstadt mit 500.000 Einwohnern rd. DM 15.- je Einwohner entfallen.

Es wird also die jeweilige Größe der Gemeinde in verstärkter Weise als Zurechnungsgrundlage herangezogen, wobei die tatsächliche Steuerkraft völlig unberücksichtigt bleibt. Dies hat zur Folge, daß durch diese Zuweisungen die vorhandenen Steuerkraftunterschiede nur teilweise verringert werden, größtenteils aber erhalten bleiben bzw. sogar eine Erhöhung erfahren. Die horizontal ausgleichende Wirkung der Zuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft, unabhängig von der jeweiligen Ortsgröße, wird dadurch eingeschränkt. Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium nimmt dazu in dem Gutachten "Zur gegenwärtigen Problematik der Gemeindefinanzen" wie folgt Stellung : " Trotz des hohen Verbundsatzes in Bad.-Württ. ist die Wirkung des horizontalen Ausgleichs zwischen den Gemeinden unbefriedigend, weil ein großer Teil der Ausgleichsmasse als Kopfbetrag und nicht nach der Finanzkraft der Gemeinde verteilt wird. Eine Verbesserung des Finanzausgleichs wäre in der Weise möglich, daß die gesamten allgemeinen Finanzzuweisungen nach der negativen Steuerkraft der Gemeinden verteilt werden. Auf diese Weise würde verhindert werden, daß Gemeinden mit überdurchschnittlicher Steuerkraft auch noch überdurchschnittlich hohe Ausgleichsleistungen erhalten"[3].

---

1) W. Albers: "Möglichkeiten für eine Verbesserung der Finanzlage der Gemeinden durch eine gleichmässigere Verteilung der vorhandenen Finanzmasse", Ref. vor dem wiss. Beirat des Bundesfinanzministeriums am 19.7.1958, S. 3 und die Ausführungen über Gemeindegröße und kommunale Ausgaben je Kopf der Einwohner in Abschnitt 2.3.

2) Vgl. dazu K. Fröhner: "Der Finanzausgleich in Bad.-Württ.", Stuttgart 1958, S. 53.

3) Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesfinanzministerium : "Zur gegenwärtigen Problematik der Gemeindefinanzen", Gutachten vom 11.7.1959, S. 15.

Die erheblichen Unterschiede der Realsteuerkraft, die auch nach der Durchführung des Gewerbesteuerausgleichs vorhanden sind, werden bei den Zuweisungen nach der veredelten Einwohnerzahl nicht berücksichtigt. Der Erscheinung des progressiv wachsenden Finanzbedarfs bei steigender Einwohnerzahl wird deshalb im Grunde nur teilweise Rechnung getragen, da die bestehenden Unterschiede der Finanzkraft bei gleichgrossen Gemeinden kaum vermindert werden.

Zentralorte wie Schwäb. Hall würden erst dann die gewünschte Stärkung erfahren, wenn der Gesichtspunkt der progressiv steigenden Kommunallasten bei den Finanzzuweisungen auch in der Weise Berücksichtung fände, daß Gemeinden gleicher Größe in ihrer Finanzkraft einander angeglichen werden, wobei die relativ höheren kommunalen Folgelasten in Industrieorten besonders berücksichtigt werden könnten. Es ist insbesonders zu beachten, daß je nach dem Grad der Zentralität von den Zentralorten Leistungen für eine nähere oder weitere Umgebung zu erbringen sind, unabhängig davon, wie hoch der jeweilige Industrialisierungsgrad ist und über welches Gewerbesteueraufkommen sie verfügen. Die Erfüllung dieser Aufgaben wird bei der bestehenden Regelung kaum berücksichtigt und den einzelnen Orten von staatlicher Seite in sehr unterschiedlicher Weise erleichtert. So ist z.B. ein entsprechender Ausbau der Infrastruktur in Schwäb. Hall für einen weit grösseren Raum von Bedeutung als etwa in dem stärker industrialisierten Nürtingen, und obwohl letzteres eine erheblich höhere Realsteuerkraft aufweist, erhalten beide Orte etwa die gleiche Summe aufgrund der "veredelten Einwohnerzahl".[1] Ab 1.1.1962 wir die veredelte Einwohnerzahl als Zuweisungsschlüssel für staatliche Finanzzuweisungen in Baden-Württemberg abgeschafft.

2.3 Die raumordnerische Problematik der progressiv steigenden Kommunallasten in Ballungsräumen und in Abwanderungsgebieten

Die Berücksichtigung der progressiv steigenden Kommunallasten bei wachsender Einwohnerzahl im Rahmen der staatlichen Finanzzuweisungen beinhaltet

---

1) Vgl. dazu Tabelle XXI: Die Auswirkungen staatlicher Finanzzuweisungen auf die kommunale Finanzkraft

unter raumordnerischen Gesichtspunkten besondere Probleme.
Der Gedanke, den mittleren und größeren Städten, die eine Volkswirtschaft unbedingt benötigt und die im Rahmen der modernen Wirtschaftsentwicklung eine zunehmende Bedeutung erlangt haben, einen Teil ihrer überdurchschnittlichen Lasten abzunehmen, ist nicht von der Hand zu weisen. Aber selbst wenn die Mängel, wie sie bei diesem Zuweisungssystem zur Zeit in Baden-Württemberg bestehen, behoben würden und die jeweilige Realsteuerkraft bei den Zuweisungen Berücksichtigung fände, stellt sich auf der anderen Seite die Frage, ob dabei nicht Regulativkräfte ihrer Wirkung beraubt werden, die verhindern, daß sich die Städte zügellos über die Grenzen der Wirtschaftlichkeit hinaus ausbreiten[1]. Auch beim Wachstum der Städte und Ballungsräume kann angenommen werden, daß es einen Bereich optimaler Größen gibt. Wird er überschritten, so entstehen zusätzliche Kosten und auch Unannehmlichkeiten der Lebensführung, die nicht ohne weiteres in Geld auszudrücken sind[2]. Es ist dabei allerdings zu beachten, daß sich die Frage nach der optimalen Größe in jeder Stadt entsprechend ihrer Struktur und Lage jeweils in einer anderen Weise stellt.

Untersuchungen zur Ermittlung der Wechselbeziehungen zwischen Gemeindegröße und den kommunalen Ausgaben je Kopf der Einwohner wurden bereits in größerem Umfang angestellt. Dabei zeigte es sich, daß die Ausgabenprogression bei zunehmender Gemeindegröße nicht kontinuierlich verläuft, sondern Kostensprünge und Regressionszonen aufweist. Diese Erscheinung ist darauf zurückzuführen, daß die wirtschaftlich zweckmässigen Größen-

---

1) W.Albers weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Zubilligung eines höheren Finanzbedarfs pro Kopf mit zunehmender Einwohnerzahl eine Abweichung von der optimalen Standort- und Wohnsitzverteilung bedeutet.
Vgl.W. Albers: "Möglichkeiten für eine Verbesserung der Finanzlage der Gemeinden durch eine gleichmäßigere Verteilung der vorhandenen Finanzmasse" Ref. vor dem wiss. Beirat des Bundesfinanzministeriums am 19.7.1958, S. 3.

2) Vgl. dazu: E. Pfeil :"Neue Städte auch in Deutschland", (Schriften des Instituts für Wohnungsrecht und Wohnungswirtschaft an der Universität Köln, Heft 3), Göttingen 1954, S. 44 f.
M.Wagner :"Wirtschaftlicher Städtebau", Stuttgart 1951.

ordnungen der einzelnen kommunalen Einrichtungen wie z. B. Versorgungsunternehmen, Krankenhäuser, Theater etc., deren Kapazität der jeweiligen Gemeindegröße anzupassen ist, sehr verschieden sind, so daß das Wachstum einer Gemeinde bei diesen Anlagen zu sehr unterschiedlichen Kostensteigerungen führt. Wir wollen uns hier mit diesen allgemeinen Feststellungen begnügen und auf eine Erörterung der Einzelergebnisse verzichten[1]. Für Schwäb.Hall mag jedoch von Interesse sein,daß hinsichtlich der Ausgabenprogression für Gemeinden bis zu 30.000 Einwohner die günstigsten Werte ermittelt wurden. "Die Häufung der geringsten Belastung je Einwohner im Bereich der Gemeinden bis zu 30.000 Einwohner aber läßt vermuten, daß sich größere Gemeinden der Progressionstendenz nicht in entscheidendem Ausmaß entziehen können"[2].

Neben zentralen Einrichtungen und Leistungen, die je nach Lage der Stadt eventuell auch einem größeren Umland zugute kommen wie z.B. Schulen, Krankenhäuser, Theater etc., werden dort in steigendem Maße Aufwendungen notwendig, die durch den Ballungsvorgang entstehen."Schließlich erfordert die Deckung gleicher Bedürfnisse zum Teil in größeren Gemeinden auch erheblich höhere Kosten je Einwohner"[3].

---

1) Vgl. dazu N.J. Lenort :"Wirtschaftliche Überlegungen zur kommunalen Entwicklungsplanung", Köln 1958 (Schriften des deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung., Heft 29).

F.Rechenberg: "Die günstige Stadtgröße", Diss. Berlin 1936.
F.Rechenberg: "Einmaleins der Siedlung", Berlin 1940.

2) N.J. Lenort :"Strukturforschung und Gemeindeplan", Köln u. Opladen 1960, S. 200.

3) W. Albers: "Finanzausgleich", Aufsatz im HdSW, 35. Liefer.1961, S.569. Vgl. dazu auch:
M. Groll: "Gemeindegröße und vorkommende Ausgabenpositionen" in: Informationen des IfR, Heft 22, 1956.

M. Groll: "Ausgabengestaltung und Gemeindegröße. Ein Beitrag zur Beurteilung des kommunalen Verwaltungsaufwandes bei verschiedenen Ausgabetypen", in: Veröffentlichungen aus dem IfR, Heft 38, 1958.

H. Evers: "Gemeindegröße und Verwaltungsaufwand", in: Informationen des IfR, Nr. 7, 1957.

Es gelingt in den Ballungsgebieten trotz vieler Maßnahmen nur noch in unzureichender Weise, der wachsenden Verkehrtsnot Herr zu werden. Mögliche Straßenverbreiterungen wurden in der Regel bereits vorgenommen. Eine Beseitigung der chaotischen Zustände in den Hauptverkehrszeiten ist selbst durch den Bau kostspieliger Spezialbauten wie Unterführungen, mehrgeschossiger Verkehrswege, Parkhäuser, U-Bahnen etc. nicht möglich. Die dabei entstehenden Kosten betragen ein Vielfaches der Aufwendungen für einfache Straßenbauten, mit denen bei einer ausgeglicheneren räumlichen Struktur vielfach auszukommen wäre[1]. Es erhebt sich allgemein die Frage, ob die Verkehrsprobleme in Ballungsgebieten überhaupt noch zu lösen sind. Ähnliches gilt auch im Hinblick auf die zunehmende Luftverschmutzung. In Ballungsgebieten sind weit umfangreichere Maßnahmen notwendig, um die Rauch- und Rußbelästigung auf ein erträgliches Maß zu reduzieren als in kleineren und mittleren Zentren, da dort die natürlichen Reinigungskräfte noch wirksam sind[2]. Lenort faßt diese Probleme in dem Satz zusammen: "Die Funktionsfähigkeit wachsender Großstädte ist nur mit immer komplizierteren Methoden, mit höherwertigen Einrichtungen, mit teureren Anpassungen an den Bedarf aufrecht zu erhalten. Die Kostensprünge vergrößern sich"[3]. Es handelt sich also um Ballungsmehrkosten. Wenn von den Kommunalverwaltungen trotzdem unbekümmert eine weitere Expansion gefördert wird, so scheint dabei auch die stille Hoffnung mitzuspielen, mit Hilfe der "öffentlichen Meinung" (die Masse Mensch ist ja dort konzentriert) zusätzliche staatliche Hilfe zu erlangen, wenn die Schwierigkeiten immer größer werden. Eine Realisierung des Vorschlages von W. Albers, eine

1) Vgl. dazu den allerdings umstrittenen Aufsatz von G. Müller: "Wer bezahlt den Verkehrsausbau in den Großstädten?" in: Informationen des IfR., Nr. 8, 1961, S. 189 f.
Der von H. Hammer hinsichtlich der Losung der Parkplatzschwierigkeiten zum Ausdruck gebrachte Optimismus erscheint nicht sehr wirklichkeitsnah. Vgl. dazu H. Hammer :"Mehr Parkraum für die City", in: Der Volkswirt, Nr. 43 , 1961, S. 2181 f.

2) Vgl. dazu Diss. Stell: "Bedeutung und Funktion industrieller Raumordnung im Zeichen der Lösungsversuche zur Reinhaltung der Luft in Industriegebieten", Tübingen, wirtschaftswissenschaftl. Diss. 1960.

3) N.J. Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln u. Opladen 1960, S. 222.

Finanzierung zusätzlicher kommunaler Ausgaben, die auf Agglomerationsnachteilen beruhen, über staatliche Zuweisungen dadurch zu vermeiden, daß die Finanzzuweisungen je Einwohner bei wachsender Gemeindegröße jeweils niedriger gehalten werden als die tatsächlichen Mehrausgaben, erscheint bei den gegebenen Verhältnissen als wünschenswert.[1] Er dürfte sich aber aus praktischen und politischen Gründen kaum realisieren lassen.

Zeigen sich in Ballungsräumen die Schwierigkeiten einer Überbeanspruchung kommunaler Einrichtungen und unzureichender Kapazitäten, so treten in den wirtschaftlich schwach entwickelten und dünn besiedelten Agrargebieten teilweise die entgegengesetzten Probleme auf. Bei der relativ geringen kommunalen Finanzkraft der kleineren Zentren und Gemeinden jener Räume ist es sehr schwer, dort neue Einrichtungen der Infrastruktur zu schaffen. Gelingt es aber z.B. mit staatlicher Hilfe solche Investitionen durchzuführen, so haben sie dort nur einen geringen Auslastungsgrad und erweisen sich als unwirtschaftlich. Besondere Probleme ergeben sich daraus in Gebieten, die ihren agrarischen Charakter weiterhin beibehalten. Bei einer zunehmenden Mechanisierung der Landwirtschaft, die unter Rentabilitätsgesichtspunkten dringend erforderlich ist, kann dort mit einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von nur etwa 30 Menschen je qkm gerechnet werden. Gleichzeitig erfordert aber der Maschineneinsatz ein gut ausgebautes Wege- und Straßennetz und Anlagen der Energieversorgung, die auch Spitzenbelastungen gewachsen sind. Daraus ergibt sich, daß der jeweiligen Bevölkerungsdichte und damit der Bevölkerungsverteilung unter finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten eine erhebliche Bedeutung zukommt. Wird die Bevölkerungsdichte geringer, so nimmt die Belastung, die die öffentlichen Grundeinrichtungen verursachen, pro Einwohner zu. Will man die Infrastruktur in diesen Gebieten in etwa dem allgemeinen Niveau angleichen, so entstehen überdurchschnittliche Kosten, die von der jeweiligen Bevölkerung allein nicht getragen werden können und über einen umfangreichen Finanzausgleich von der Allgemeinheit aufzubringen sind.[2] Der tatsächliche Umfang der Mehrkosten hängt davon ab, inwieweit man die ländlichen Einrichtungen den städtischen Verhältnissen anpassen will. Als Leitbild für eine bessere Ausstattung der Landgemeinden mit Einrichtungen der Infrastruktur dürfen jedoch nicht die städtischen Verhältnisse herangezogen werden. Vieles ist hier nicht in dem Maße erforderlich wie dort und vieles kann hier im Zuge der Selbsthilfe weit einfacher und billiger gemacht werden als in den Städten. In den ländlichen Gegenden sollte u.E. insbesondere das Ausbildungs- und Gesundheitswesen verbessert werden.

---

1) W.Albers:"Finanzausgleich",Aufsatz im HDSW, 35.Lieferung 1961, S.574.

2) Vgl.dazu auch Götz Briefs:"Revierbildung und provinziale Streuung der Industrie ", in: Archiv f.Soz.Wissenschaft u.Soz.Politik Bd.67,1932,S.38.

Geschieht dies nicht, so wird ein erhebliches Gefälle gegenüber den dichter besiedelten Gebieten entstehen. Bei der allgemeinen Transparenz und den wachsenden Vergleichsmöglichkeiten angesichts der Massenkommunikationsmittel und insbesondere auch bei der Pendelwanderung, wird die Abwanderung über den Grad hinaus weitergehen, der unter Rentabilitätsgründen der Infrastruktur erforderlich ist und es entsteht die Gefahr, daß ganze Landstriche entvölkert werden, bzw. daß nur noch diejenigen zurückbleiben, die sich aus geistigen oder physischen Gründen die Abwanderungen nicht zutrauen und früher oder später der öffentlichen Unterstützung bedürfen. Frankreich bietet in dieser Hinsicht viele traurige Beispiele. Es stellt sich also die jeweils negative Vorzeichen aufweisende Alternative, entweder die Bevölkerung in den schwach besiedelten Gebieten dadurch zu halten, daß die überdurchschnittlich hohen Aufwendungen für die Anlage und den laufenden Unterhalt der öffentlichen Einrichtungen von der Allgemeinheit getragen werden oder eine völlige Abwanderung in Kauf zu nehmen ist, was letzlich einer politischen Entscheidung bedarf. Neben der Frage der Mindestgröße landwirtschaftlicher Betriebe gibt es also auch das Problem der Mindestgröße von Landgemeinden. Es läßt sich durch finanzpolitische Maßnahmen allein nicht lösen. Die Erhaltung bzw. Herbeiführung einer räumlichen Ordnung ist dafür eine unumgängliche Voraussetzung; wobei insbesondere darauf hinzuwirken ist, daß durch die Entwicklung von mittleren und kleineren Zentren in den bisherigen Agrargebieten, die weiterhin besiedelt bleiben sollen, zentrale Einrichtungen und Dienstleistungen in erreichbarer Nähe dargeboten werden, damit der ländlichen Bevölkerung der Zugang dazu ebenfalls ermöglicht wird.

Die Bundesrepublik ist insgesamt gesehen dicht genug besiedelt, um einer weit entwickelten Infrastruktur den erforderlichen Auslastungsgrad zu sichern. Es kommt nur auf eine sinnvolle Verteilung der Wirtschaft und der Bevölkerung an. Eine Unterstützung der kleineren Landgemeinden durch Staatszuweisungen wird dabei auch weiterhin nicht zu umgehen sein. Es erscheint notwendig, in besonderen Untersuchungen Richt- und Grenzwerte über eine zweckmäßige Dimensionierung öffentlicher Einrichtungen und den erforderlichen Auslastungsgrad zu erarbeiten. Erst dann können Strukturpolitik und Landesplanung in wirksamer Weise diesen Zusammenhängen Rechnung tragen. Derartige Arbeiten sind teilweise schon im Gange, Ergebnisse liegen noch nicht vor. Im Zuge des wachsenden Wohlstandes werden die dargelegten Probleme sowohl in den Ballungsräumen als auch in den Abwanderungsgebieten zunehmen. Es wird sich immer deutlicher zeigen, daß eine rationelle Anlage und eine genügende Auslastung öffentl.Einrichtungen in entscheidendem Maße von der räuml.Siedlungsstruktur abhängen, sowohl Ballungen als auch kleine Gemeinden erweisen sich immer

mehr als unwirtschaftlich. Ungeachtet dessen, zu welchen Ergebnissen spezielle Untersuchungen für einzelne Gebiete gelangen, kann es allgemein als zweckmässig gelten, die staatlichen Finanzzuweisungen in erster Linie auf die Förderung eines dichteren Netzes mittlerer und kleinerer Zentren abzustellen. Für das hohenloher Gebiet erscheint dies von großer Bedeutung. Schwäb. Hall kommt dabei eine Schlüsselstellung zu.

2.4 Die Schlüsselzuweisungen nach dem Finanzbedarf

Die Schlüsselzuweisungen nach dem Finanzbedarf lassen gegenüber den bisher erörterten Zuweisungen eine günstige schwerpunktmäßige Aufteilung erkennen[1]. Schwäb. Hall und Crailsheim erhalten auf diesem Wege von den zum Vergleich herangezogenen Städten die höchsten Zuweisungen, wogegen z.B. Nürtingen, Geislingen oder Biberach leer ausgehen. Bei diesen Städten überschreitet die Steuerkraftmeßzahl die Bedarfsmeßzahl nicht zuletzt auch wegen der Finanzzuweisungen nach der veredelten Einwohnerzahl. In Nürtingen, Biberach und Göppingen ist selbst die Realsteuerkraft schon höher als die Bedarfsmeßzahl.

Durch diese Zuweisungen wird eine Angleichung der kommunalen Finanzkraft in der unter räumlichen Gesichtspunkten erwünschten Richtung erzielt. Ein Vergleich der Steuerkraftsumme je Einwohner zwischen den einzelnen Städten zeigt jedoch, daß die Unterschiede in der Realsteuerkraft, die durch die Finanzzuweisungen nach der Bevölkerungszahl weitgehend erhalten blieben, bzw. verstärkt wurden, dadurch nur in begrenztem Maße vermindert wurden.[3] Schwäb. Hall hat von den hohenloher Kreisstädten die relativ höchste Steuerkraftsumme, es bleibt aber auch hier trotz der Finanzausgleichszahlungen ein beachtenswerter Unterschied gegenüber den wirtschaftlich stärker entwickelten Orten ähnlicher Größe wie Nürtingen, Biberach oder Waiblingen bestehen[2]. Im Haushaltsplan des Landes Baden-Württemberg für 1962 ist eine beträchtliche Steigerung der Finanzzuweisungen an die Gemeinden vorgesehen. Dabei sollen die finanzschwachen Gemeinden in stärkerem Maße als bisher berücksichtigt werden. Für Schwäb.Hall ist dadurch eine Besserstellung beim vertikalen Finanzausgleich zu erwarten.

---

1) Vgl. dazu Tabelle XXI: "Die Auswirkungen staatlicher Finanzzuweisungen auf die kommunale Finanzkraft".

2) Ebenda.

3) G. Zeitel bemerkt dazu treffend: "Die Ausgleichsmaßnahmen, deren Problematik durch die Unterschiede in der Finanzkraft der Länder noch akzentuiert wird, erfolgen gegenwärtig auf der Grundlage eines immer undurchsichtiger und fragwürdiger werdenden Schlüsselbundverfahrens."
G. Zeitel: "Die zweckmäßige Struktur des kommunalen Steuersystems", Referat, gehalten auf der Tagung des Finanzwiss. Ausschusses der Gesellsch. f. Wirtsch. u. Soz. wiss., vervielfält. Manuskr. S. 12

2.5 Staatsbeiträge im Rahmen des Förderprogramms Hohenlohe

Der Stadt Schwäb. Hall flossen während der vergangenen Jahre auch Landesmittel aus dem Förderprogramm Hohenlohe zu. Dabei handelte es sich um DM 867.000.- an Beiträgen und DM 240.000.- an Darlehen, die der Stadt insbesondere für den Schlachthofneubau, Kanalisation, Erschließung von Industriegelände, Neufassung der Heilquelle etc. zur Verfügung gestellt wurden[1].

2.6 Die Wirkungen der räumlichen Ausgleichsvorgänge im Rahmen der öffentlichen Finanzwirtschaft

Betrachten wir die Wirkungen der räumlichen Ausgangsvorgänge im Rahmen der öffentlichen Finanzwirtschaft für Schwäb. Hall im Zusammenhang:

+ Die gegenwärtige Regelung des Gewerbesteuerausgleichs bringt für Schwäb. Hall als Einpendlerzentrum gewisse Vorteile.

+ Das Aufkommen an Bundes- und Landessteuern in Schwäb. Hall liegt unter den Beträgen, die aus dem Landes- und Bundeshaushalt auf den verschiedenen Wegen wieder dorthin fließen, so daß dadurch für Schwäb. Hall wie für das hohenloher Gebiet eine zusätzliche fundamentale Einnahmenwirkung entsteht; dies kommt auch bei der Berechnung der räumlichen Wertschöpfung zum Ausdruck [2].

+ Die jetzige Handhabung des vertikalen Finanzausgleichs zwischen Land und Gemeinden benachteiligt finanzschwache Zentralorte wie Schwäb. Hall in erheblichem Maße gegenüber den stärker industrialisierten und weniger mit öffentlichen Diensten ausgestatteten Orten, die über ein sehr hohes Gewerbesteueraufkommen verfügen.

+ Zusammenfassend kann mit K.A. Herrmann festgestellt werden, "daß aber auch nach Berücksichtigung aller Formen des Finanzausgleichs der Gegensatz zwischen reichen und armen Gemeinden erheblich bleibt"[3].

---

1) Stadtverwaltung Schwäb. Hall: "Aufgaben der Stadt Schwäb. Hall, dargestellt für den Besuch der Staatsregierung in Schwäb. Hall am 14.11. 1960", S. 14.

2) Vgl. dazu Teil A, Abschnitt 3.26: Gegenwertlose Fernbezüge.

3) K.A. Herrmann: "Problematik und Technik der Finanzzuweisungen", Ref. vor dem wiss. Beirat beim Bundesfinanzministerium am 19.7.1958, erstattet, S. 7.

5. Schuldenstand und kommunale Investitionsaufgaben in Schwäb. Hall

Vergleichen wir den Schuldenstand der Stadt Schwäb. Hall mit dem anderer württ. Städte ähnlicher Größe, so zeigt sich, daß Schwäb. Hall sowohl absolut als auch relativ mit 288.- DM je Einwohner zu den stark verschuldeten Kreisstädten seiner Größenklasse zählt [1]. Auch die übrigen Hohenloher Kreisstädte weisen einen hohen Schuldenstand auf, wobei Crailsheim mit rd. 350.- DM je Einwohner und Öhringen mit rd. 327.- DM je Einwohner Schwäb. Hall sogar noch übertreffen. Schwäb. Hall liegt mit seiner Verschuldung erheblich über dem Durchschnittssatz kreisangehöriger Gemeinden über 20.000 Einwohner in Nord-Württemberg mit rd. 239.- DM je Einwohner, aber knapp unter dem Landesdurchschnitt dieser Gemeindegruppe mit 297.- DM je Einwohner.Dies ist darauf zurückzuführen, daß insbesondere in Nord- und Südbaden die Gemeinden dieser Größenklasse ebenfalls sehr stark verschuldet sind. Der Schuldenstand von Nürtingen, das, wie bereits dargestellt, über ein sehr hohes Gewerbesteueraufkommen verfügt, beträgt mit rd. 62.- DM je Einwohner nur etwa 1/4 des Schuldenstandes von Schwäb. Hall. Aufschlußreich ist auch der Vergleich mit Biberach, das eine ähnliche Stellung als Kreisstadt innehat wie Schwäb. Hall, die Verschuldung ist dort mit rd. 173.- DM je Einwohner ebenfalls kleiner[2].

1960 erreichte der Schuldenstand von Schwäb. Hall rd. 6 Mio DM. Nach dem Planansatz wird 1961 der Betrag von rd. 9 Mio DM erreicht werden, davon werden nach Angaben der Stadtverwaltung rd. 5,5 Mio DM auf unrentierliche Investitionen entfallen. "Die Stadt hat damit rechnerisch die Verschuldungsgrenze beinahe erreicht.Der gesamte Schuldendienst nimmt 12,2 % des Haushaltsvolumens ein".[3] Der Haushalt erfährt durch diese unrentierlichen Investitionen, die keine Zins- und Tilgungsbeträge erbringen, eine erhebliche Belastung und der Spielraum für weitere

---

1) Vgl. dazu Tabelle XXIV: Gesamtverschuldung und Art der Schulden.

2) Ebenda.

3) Stadtverwaltung Schwäb. Hall: "Aufgaben der Stadt Schwäb. Hall, dargestellt für den Besuch der Staatsregierung in Schwäb. Hall am 14.11.1960", S. 14.

unrentierliche Investitionen verengt sich immer mehr[1].

Der Schuldenstand einer Stadt darf jedoch nicht isoliert betrachtet werden. Es kommt darauf an, welche Steuerkraft dem gegenübersteht und in welchem Maße es dabei gelang, die erforderlichen Investitionen durchzuführen. Ein hoher Schuldenstand muß nämlich nicht unbedingt als Zeichen einer ungünstigen kommunalen Finanzlage angesehen werden, es macht sich gelegentlich auch die Erscheinung bemerkbar, daß Haushaltsüberschüsse verhältnismäßig wohlhabender Städte die Ursache weiterer Kreditaufnahmen bilden, wenn die Stadtkämmerer dabei kalkulieren, in welchem Maße damit ein Zins- und Tilgungsdienst bestritten werden kann. In Tabelle XXII wurden Steuerkraft und Gesamtverschuldung einander gegenübergestellt. Hier kommt die schwierige Finanzlage der Stadt Schwäb. Hall erst richtig zum Ausdruck. Ende des Rechnungsjahres 1959 betrug hier die Gesamtverschuldung rd. 183 % der Steuerkraftsumme, in Nürtingen rd. 27 % und in Biberach rd. 90 %. Trotz der hohen Verschuldung von rd. 404.-DM je Einwohner bleibt Heilbronn dank seiner hohen Steuerkraft mit rd. 171 % unter Schwäb. Hall.[2].

Werfen wir einen Blick auf den Verwendungszweck der bisher aufgenommenen Schulden der Stadt Schwäb. Hall, so sind bis 1960 folgende Schwerpunkte zu erkennen:[3]

Stadtentwässerung:	1,5 Mio	DM
Schulen	1,1 "	"
Gas-u.Wasserversorg.	1,4 "	"
Verkehrsbauten	0,7 "	"

---

1) Vgl. dazu :"Wiss. Beirat beim Bundesfinanzministerium, Gutachten "Zur gegenwärtigen Problematik der Gemeindefinanzen" vom 11.7.1959. Seite 8:Abschnitt 8: "Verschuldungsstand der Gemeinden"
" 9: "Rentable und unrentable Investitionen"
" 10: "Anleihen für unrentable Investitionen".
Vgl. ferner: "Die lebendige Gemeinde". Heft 10, Heilbronn 1959,S.194: "Besorgniserregende Verschuldungen der Gemeinden" und "Finanzpolitische Grundsätze des deutschen Gemeindestages", Bad Godesberg 1959, S. 16: "Nur ein schwaches Viertel der Neuverschuldung diente dem rentierlichen Investitionsbedarf gemeindlicher Wirtschaftsunternehmen, größtenteils der Versorgung mit Wasser, Gas und Elektrizität".

2) Vgl. dazu Tabelle XXII: Die Gesamtverschuldung im Vergleich zur Steuerkraftsumme.

3) Stadtverwaltung Schwäb. Hall: "Aufgaben der Stadt Schwäb. Hall dargestellt für den Besuch der Staatsregierung in Schwäb. Hall am 14.11.196(S.7f.
Die bisherigen Schwerpunkte kommunaler Investitionen und die noch erforderlichen Maßnahmen lassen sich aus der Tabelle XXIII : Der

./.

Die anstehenden Investitionsaufgaben konnten bisher nur teilweise gelöst werden. Schwäb. Hall besitzt z.B. noch keine Stadthalle und kein Hallenschwimmbad. Die Stadt hat in der Treppe von St. Michael eine einmalige Kulisse für Freilichtspiele, es fehlen jedoch günstige Voraussetzungen für Theatergastspiele in geschlossenen Räumen, für Kunstausstellungen etc. Schwäb. Hall bietet als Ganzes einen ausgezeichneten kulturellen Rahmen, der durch eine vorbildliche Restaurierung alter Gebäude und durch die Vermeidung störender Veränderungen wie Leuchtreklame etc. an Schönheit und Geschlossenheit noch gewonnen hat. Es fehlen aber weitgehend die Anlagen, die diesen Rahmen ausfüllen. Allgemein ist zu beobachten, daß noch weitgehend Unklarheit darüber besteht, wie die kulturellen Einrichtungen für ein kleineres Zentrum auszugestalten und zu dimensionieren sind. Es gibt noch kein richtungweisendes Vorbild. Es fehlen insbesondere die neueren Bedarfsgrößen, die dem engeren Maßstab kleinerer Zentren gerecht werden, die bescheidener sein müssen als in großen Städten und doch hohe Gebrauchswerte beinhalten sollen. Dabei kann es sich nicht um eine verkleinerte Ausgabe der Einrichtungen großer Zentren handeln. Es muß etwas Neues gefunden werden, an das man sich insbesondere auch durch Klärung der damit zusammenhängenden kommunalwirtschaftlichen und städtebaulichen Fragen herantasten muß. Als besonders vordringlich ist der Bau einer neuen Stadthalle mit Ausstellungsräumen anzusprechen. Wie bereits dargelegt wurde,[1] bietet die soziale Schichtung der Schwäb. Haller Bevölkerung günstige Voraussetzungen für eine Intensivierung des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens. An guten Gastspielensembles, Orchestern, Wanderausstellungen etc. fehlt es nicht. Der Schlüssel zur Wahrnehmung dieser Möglichkeiten liegt daher vornehmlich in der Schaffung geeigneter Räumlichkeiten. Als Beispiel dafür kann auf Heilbronn verwiesen werden. Seit dem Neubau der Festhalle ist dort die Zahl kultureller und gesellschaftlicher Veranstaltungen sprunghaft angestiegen und allen Unkenrufen zum Trotz ging die Bevölkerung dabei mit.

./. Verwendungszweck der zwischen 1948 und 1960 aufgenommenen Neuschulden, ersehen. Dort ist die Verwendung der Schulden prozentual aufgegliedert und mit den kreisangehörigen Gemeinden in Nord-Württemberg in Vergleich gesetzt. Die umfangreichen Erschließungsleistungen und die noch erforderlichen Schulbauten sind daraus ebenfalls zu ersehen.

1) Vgl. dazu Teil B, Abschnitt 2.33.

Selbst wenn die Investitionen des "gehobenen Bedarfs" außer acht bleiben, steht Schwäb. Hall vor einer Fülle noch nicht gelöster Probleme. Es ist eine allgemeine Erscheinung, daß in den nicht kriegszerstörten Städten jetzt immer dringlicher Maßnahmen erforderlich werden, die bisher aufgeschoben wurden und die in den ehemals zerstörten Städten im Rahmen des Wiederaufbaus bereits durchgeführt sind. Dies betrifft insbesondere die Altstadt-Sanierung, verbunden mit einer dringenden Verbesserung des Verkehrsnetzes, der Anlage von Parkplätzen etc.[1] Schwäb. Hall sieht sich hierbei angesichts der ungünstigen topographischen Lage des alten Stadtgebietes eingezwängt in das enge Kocher-Tal, besonderen Schwierigkeiten gegenüber[2]. Erschwerend wirkt dabei die notwendige Rücksichtnahme auf das alte Stadtbild und die Baudenkmäler. Verschiedene Industrieverlagerungen werden nicht zu umgehen sein. Von Seiten der Stadtverwaltung wird dazu bemerkt: "Die dringend notwendige Entflechtung hat hier nicht nur komplexen, sondern explosiven Charakter"[3]. Die hierfür notwendigen Kosten werden auf rd. 8 Mio DM beziffert.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß der notwendige Finanzbedarf für die einzelnen Städte und Gemeinden sehr verschieden ist. Dabei erscheint es erforderlich, die Bezeichnung "notwendiger Finanzbedarf" näher zu umreißen, da hier ein erheblicher Ermessensspielraum vorhanden ist. Unter räumlich-strukturellen Gesichtspunkten umfaßt der notwendige Finanzbedarf von Schwäb. Hall kommunale Ausgaben, die bei einer möglichst wirtschaftlichen Politik anfallen, die darauf hinzielt, die Stadt in die Lage zu versetzen, die Aufgaben eines wirtschaftlichen und kulturellen Zentrums des engeren Umlandes und des weiteren hohenloher Raumes zu erfüllen. Die Maßnahmen können sich dabei nicht nur darauf beschränken, vorhandene Notstände zu beheben, sondern es sind auch die Voraussetzungen für die weitere Entwicklung zu schaffen. Freilich besteht hinsichtlich Umfang und Qualität der Einrichtungen ein Spielraum. Als Maßstab wäre hierbei jeweils das mittlere Niveau zu wählen.

---

1) Nach einer neuen Regelung erhalten Gemeinden bis zu 50.000 Einwohner die Ortsdurchfahrten vom Bund bezahlt.

2) "Der Konfirmationsanzug, welcher der mittelalterlichen Stadt angemessen war, wurde fortgesetzt geflickt und gefleckt. Dem Wachstum hält er plötzlich nicht mehr stand". Aufgaben der Stadt Schwäb. Hall, dargestellt für den Besuch der Staatsregierung in Schwäb. Hall am 14.11.1960", S. 7.

3) Ebenda, S. 16.

Erhebliche Aufwendungen erfordern auch die anstehenden Schulneubauten in Schwäb. Hall; die Baukosten werden mit ca. 6,2 Mio DM angesetzt. Werden die Kosten für die geplanten Sportstätten, die Abwasserbeseitigung, die Erschließungsleistungen und den Bau eines Solbadhotels, einer Viehversteigerungshalle und die Neuanlage eines Friedhofs hinzugerechnet, so ergibt sich nach den Berechnungen der Stadtverwaltung eine Summe von 26,3 Mio DM. Selbst wenn mit Eigenkapital und Beiträgen des Staates und des Kreises ca. 12,5 Mio DM finanziert werden könnten, würde sich durch die dabei erforderliche Schuldaufnahme der jetzige Schuldenstand verdoppeln[1]. Es zeigt sich also deutlich, wie sehr Schwäb. Hall auf höhere kommunale Einnahmen angewiesen ist, um die Grundlagen für seine weitere Entwicklung zu schaffen. Gleichzeitig ist aber auch zu erkennen, wie wichtig die Untersuchung der mutmaßlichen Entwicklungstendenzen ist, um diese kostspieligen und meist unkorrigierbaren Investitionen richtig zu dimensionieren.

Es wäre u. E. auch zu prüfen, ob nicht ein öffentliches Kreditinstitut, ähnlich der Landeskreditanstalten zur Gewährung niederverzinslicher oder zinsloser Darlehen für bestimmte kommunale Entwicklungsprojekte geschaffen werden sollte. Vielleicht könnte diese Aufgabe auch von den Landeskreditanstalten wahrgenommen werden, deren Arbeit durch Verminderung der Staatsdarlehen für den Wohnungsbau zurückgeht.

Es ist schon an verschiedenen Stellen dieser Untersuchung angeklungen und es besteht weitgehende Einmütigkeit darüber, daß der "Ballungstendenz im großen nur durch eine Konzentration im kleinen entgegengewirkt werden kann. Nur dadurch kann die Konkurrenz mit den hochwertigen Einrichtungen der Ballung aufgenommen werden"[2].

---

1) Aufgaben der Stadt Schwäb. Hall, dargestellt für den Besuch der Staatsregierung in Schwäb. Hall am 14.11.1960", S. 15.
Vgl. dazu auch Tabelle XXIV: Gesamtverschuldung und Art der Schulden.

2) G. Isenberg: "Raumordnung und Gemeinden" Vortrag auf der Hauptversammlung des deutschen Gemeindetages am 25./26.4.1960 in Wolfach, gedruckt. Manuskr. S. 6.

"Der Abwanderung in die Großstädte wird man besser dadurch begegnen können, daß geeignete wirtschaftliche Schwerpunkte geschaffen werden, welche die so attraktiv erscheinenden, kulturellen, zivilisatorischen und sozialen Angebote der Großstädte bereitstellen".
E. Jansen: "Regionale Lohnunterschiede und industrielle Standortwahl", in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 3/4, 1957, S. 182.

./.

Den Kommunalfinanzen kommt hierbei, wie gezeigt wurde, eine zentrale Funktion zu, denn von ihnen ist es abhängig, inwieweit die kommunalen Leistungen erbracht werden können, die eine Stadt erst zum Zentrum machen und die notwendige Grundlage schaffen für die Entfaltung privater Initiative[1]. Sollen auch die Kommunalwirtschaften ein regulativer Faktor im Sinne einer Konzentration im kleinen werden, dann ist eine Reform des gegenwärtigen Finanzsystems unerläßlich. Ob dies über eine Umverteilung der kommunalen Finanzmasse oder über eine Erhöhung derselben zu erfolgen hat, sei zunächst dahingestellt. Jedenfalls ist dabei die Finanzkraft der mittleren und kleineren Zentren wie Schwäb. Hall und anderer hohenloher Orte zu stärken, die bei der derzeitigen Regelung des kommunalen Finanzsystems und bei dem gegenwärtigen System der staatlichen Finanzzuweisungen zu kurz kommen, was sich darin äußert, daß viele kommunale Leistungen der entsprechenden Nachfrage weit nachhinken.

./. Auch Wöber weist auf die Bedeutung der Mittel- und Kleinstädte hin: "Es gilt diesen Komunen ausreichende Lebensgrundlagen zu geben und zwar, je weiter sie von den Industrierevieren entfernt liegen, in desto größerem Umfange".

H. Wöber: "Die raumordnungspolitische Bedeutung der Gewerbesteuer", Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 39, 1958, S. 31.

1) "Ein gewisser zeitlicher Vorsprung der technischen Entwicklung in den großenStädten vor der kleinerer Städte ... könnte zu der irrigen Meinung verführen, solche hygienischen und technischen Einrichtungen seien Vorrecht der großen Städte im Gegensatz zu den kleineren, während diese Einrichtungen in Wirklichkeit von der Größe der Gemeinden ganz unabhängig sind, ja manche Bequemlichkeiten auf dem Dorfe und in der Kleinstadt oft sogar auf sparsamere Weise geschaffen werden können".
Göderitz-Rainer-Hoffmann: "Die gegliederte und aufgelockerte Stadt", Tübingen, 1957, S. 18.

4. Der Wettbewerb der Gemeinden um Industrieansiedlung

4.1 Siedlungsstrukturelle und gemeindewirtschaftliche Probleme kommunaler Industrieansiedlungspolitik

Das durch die Dominanz der Gewerbesteuer geprägte kommunale Finanzsystem schuf eine einseitige Interessenlage der Gemeinden, möglichst viele Gewerbesteuerzahler in ihrem Bereich anzusiedeln. In dem Bemühen um Industriebetriebe entstand geradezu ein Wettbewerb zwischen den Kommunen, wobei freilich auch außerökonomische Gründe wie Prestigedenken etc., eine gewisse Bedeutung erlangten[1]. Das Institut für Mittelstandsforschung bemerkt dazu: "Der Wettbewerb der Gemeinden um die Industrieansiedlung und die gegenseitige Abwerbung von Betrieben hat inzwischen ein Ausmaß erreicht, das eine genaue Enquête über die einzelnen Fördermaßnahmen notwendig machen würde"[2]. Es wird bei diesem Vorgehen in vielen Fällen keine Rücksicht auf die jeweiligen finanziellen Möglichkeiten und auf die räumliche Wirtschaftsstruktur genommen. Neben den eigentlichen Standortsfaktoren natürlicher und gesellschaftlicher Art entstand dadurch ein weiterer Faktor, der für die jeweilige Industrieansiedlung teilweise erhebliche Bedeutung erlangte.

Trotz der Bestimmungen in den Gemeindeordnungen und in der Steuergesetzgebung haben die Kommunen einen beträchtlichen Spielraum, Industriebetrieben, deren Ansiedlung gewünscht wird, ein besonderes Entgegenkommen zu zeigen. Gelegentlich werden dabei auch die Grenzen der Zulässigkeit überschritten. Von den verschiedenen Möglichkeiten der Gemeinden in ihrem Bereich standortsbestimmende Maßnahmen zu ergreifen, seien die wichtigsten kurz aufgeführt. Das Institut für Mittelstandsforschung hat die kommunalen Maßnahmen zur Industrieförderung in drei Gruppen zusammen-

---

1) "Großstädte und Ballungsräume wachsen ja nicht aus der Erde, unschuldig und über Nacht wie das Schneeglöcklein im Frühling. Sie wurden und werden vielmehr gemacht: von ehrgeizigen Oberbürgermeistern (das Ansehen des Oberbürgermeisters richtet sich oft nach der Größe seiner Stadt) von ehrgeizigen Wirtschaftsreferenten (die einmal Oberbürgermeister werden wollen)".
Leitartikel von Heddy Neumeister in der F.A.Z. vom 21.2.1961.
Es wird in diesem Zusammenhang auch vielfach darauf hingewiesen, daß die Gehälter der Bürgermeister und Oberbürgermeister nach der Einwohnerzahl gestaffelt sind.

2) Institut für Mittelstandsforschung, volkswirtsch. Abteilung: "Die Begünstigung der Konzentration durch die kommunale Wirtschaftsförderung", als Manuskr. vervielfältigt, Bonn 1959, S. 8.

gefaßt:

1. Bereitstellung von Grund und Boden, einschließlich Erschließungsmaßnahmen, Straßen- Wegebau etc.
2. Befriedigung des Kapitalbedarfs durch Kredite zu besonderen Bedingungen, Bürgschaften etc.
3. Sonstige Vergünstigungen:
   Steuererlaß oder Stundung von Steuern
   Sondertarife für Versorgungsleistungen
   Vergabe öffentlicher Aufträge
   Wohnungsbau für Arbeiter und Angestellte der Unternehmen
   Berufsschulen und Ausbildungsstätten 1)

Diese Maßnahmen gelangen in verschiedener Kombination und in verschiedener Häufigkeit zur Anwendung. Sehr oft wird als Anreiz Baugelände zur Verfügung gestellt und erschlossen. Die verschiedenen Arten der Kapitalhilfe erscheinen besonders problematisch, weil hier die einseitige wettbewerbsverzerrende Wirkung sehr ausgeprägt ist. Diese Problematik wird im nächsten Abschnitt näher untersucht. Sehr häufig erfolgt auch die Gewährung von Steuervergünstigungen. Die gesetzlichen Bestimmungen werden gerade hier oft umgangen und die kommunalen Aufsichtsbehörden werden vielfach gezwungen, einzugreifen 2). Die Gewährung von Sondertarifen für Versorgungsleistungen kann verhältnismäßig leicht durchgeführt werden, da die kommunalen Versorgungsunternehmen in der Regel eine monopolistische Stellung in einem bestimmten Gebiet innehaben. Angesichts des gegenseitigen Wettbewerbs zwischen den Gemeinden haben größere Firmen eine starke Verhandlungsbasis, die oft in sehr weitgehenden Forderungen zum Ausdruck kommt 3).

---

1) Institut für Mittelstandsforschung, volkswirtsch. Abteilung: "Die Begünstigung der Konzentration durch die kommunale Wirtschaftsförderung", als Manuskript vervielfältigt, Bonn 1959, S. 9.

2) Vgl. dazu H.W. Reinhold: "Kommunale Steuergeschenke unzulässig", in: Der Volkswirt, Nr.45, 1959, S. 2426 f.
und H. Wöber: "Die raumordnungspolitische Bedeutung der Gewerbesteuer", Mitteilg. aus dem IfR, Heft 39, 1958, S. 20.

3) Das Institut für Mittelstandsforschung, Volkswirtschaftliche Abteilung, veröffentlichte einen 20 Punkte umfassenden Fragebogen, den eine Firma an verschiedene Gemeinden versandt hat.
Inst. f. Mittelstandsforschg, Volkswirtschaftliche Abt. : "Die Begünstigung der Konzentration durch die kommunale Wirtschaftsförderung", Bonn 1959, S. 22 f.

Bei diesem Wettbewerb um die Industrieansiedlung ist die Ausgangsbasis der einzelnen Gemeinden und damit auch die Möglichkeit, die verschiedenen Maßnahmen zur Anwendung zu bringen, sehr unterschiedlich. Orte, die bereits Industrie haben, sind in der Lage, entsprechende Fördermaßnahmen weit intensiver einzusetzen als z.B. die verhältnismäßig industrieschwachen Zentralorte im Hohenloher Raum[1]. "Von diesem finanzpolitischen Faktor der Verwendungswirkung geht ein circulus vitiosus aus" [2].

"In diesem Mechanismus werden die Schwachen relativ immer schwächer, die Starken stärker, aber im Zweifel dieses Vorteils nicht froh, weil die Folgelasten neue Finanzierungslücken aufreißen"[3]. Die räumliche Wirtschaftsstruktur wird dadurch in zunehmendem Maße verzerrt, da marktwirtschaftliche Regulativkräfte durch eine Verfälschung des der privatwirtschaftlichen Standortswahl der Unternehmer zugrunde liegenden Kostenvergleichs verschiedener Standorte ihrer Wirkung beraubt werden. Auf diese schwerwiegenden Auswirkungen hat Götz Briefs bereits vor über 25 Jahren hingewiesen: "Würden diese Kosten, die letzthin aus der privatwirtschaftlichen Entscheidung der Unternehmungen erwachsen, nicht von einem dritten Kostenträger übernommen oder mitgetragen, sondern wären sie von den Unternehmungen selbst zu tragen, so würde mancher Konzentrationsvorgang, der jetzt zweckmässig erscheint, sich als wirtschaftlich unzweckmäßig herausstellen und also unterbleiben".[4] Schwäb. Hall betrieb mit Energie die Erschließung geeigneten Industriegeländes und konnte dadurch

---

1) "Die gegenseitige Abwerbung von Betrieben kann im größeren Umfang nur von reichen Gemeinden durchgeführt werden, ... Durch ihre günstige finanzielle Position können daher verhältnismäßig reiche Gemeinden, Industriestädte also, den Unternehmern stärker ins Gewicht fallende Standortvorteile bieten als die finanzschwachen Kommunen". Inst. f. Mittelstandsforsch., Volkswirtsch. Abt.: "Die Begünstigung der Konzentration durch die kommunale Wirtschaftsförderung, Bonn 1959, S. 4/5.

2) H. Wöber: "Die raumordnungspolitische Bedeutung der Gewerbesteuer", Mitteilungen aus dem IfR, Heft 39, 1958, S. 34.

3) N.J. Lenort: "Kommunalsteuern und Siedlungsstruktur", Aufsatz in: "Neue Heimat", Hamburg, Juli 1959, S. 20-26.

4) Goetz Briefs: "Revierbildung und provinzielle Streuung der Industrie", in: Archiv f. Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik Nr. 1, 1932, S. 39.

einige Erfolge erzielen. Dies gelang jedoch nur unter Inanspruchnahme von Krediten, die in beträchtlichem Maße zu der hohen Gesamtverschuldung von Schwäb. Hall beitrugen[1].

Besonders schwerwiegend sind die Auswirkungen eines Wettbewerbs der Gemeinden um Industrieansiedlungen, wenn es sich bei den geförderten Neuansiedlungen nicht um Erweiterungen handelt, sondern wenn dabei ein Betrieb verlegt wird. In der vom Wegzug betroffenen Gemeinde vermindert sich dadurch die Finanzkraft. Die Folge ist, daß die kommunalen Leistungen einzuschränken sind, oder daß, sofern noch Industrie vorhanden ist, die Möglichkeiten, die Hebesätze anzuheben, voll ausgeschöpft werden müssen, wovon ohnehin nur eine geringe Verbesserung der Haushaltslage zu erwarten ist[2]. Beide Alternativen bergen aber die Gefahr in sich, daß die Industrialisierung weiter zurückgeht, indem noch ansässige Industriebetriebe ebenfalls abwandern bzw. keine neuen Betriebe angesiedelt werden können.Die Entwicklung seit Kriegsende ist ohnehin durch eine erhebliche Diskrepanz zwischen den umfangreichen privaten Investitionen und den dahinter herhinkenden öffentlichen Investitionen gekennzeichnet. Die Möglichkeiten, durch öffentliche Investitionen eine räumliche Auflockerung zu erzielen, waren dabei verhältnismäßig gering. Wie oben dargelegt, wurde die räumliche Verteilung der privaten Investitionen noch dazuhin von den Gemeinden vielfach siedlungsstrukturell falsch gelenkt, indem raumwirtschaftliche Kostenfaktoren den Betrieben nicht angelastet wurden, so daß wirtschaftliche Regulativkräfte einer strukturell günstigen Standortwahl teilweise ihrer Wirkungskraft beraubt wurden. Eine Änderung der gegenwärtigen Lage,wie sie Wöber vorschlägt, "daß durch industrielle Dezentralisierung eine andere regionale Verteilung der Besteuerungsgrundlagen anzustreben ist, so daß eine bessere Streuung

---

1) Vgl. dazu Tabelle XXIII: "Der Verwendungszweck der zwischen 1948 und 1960 aufgenommenen Neuschulden".

2) Bad Friedrichshall im Kreis Heilbronn stellt in dieser Hinsicht ein Beispiel dar. Über die Haushaltsberatungen wird in der Heilbronner Stimme Nr. 146 vom 30.6.1959 S. 4 berichtet :"die rückläufige Entwicklung der Stadtfinanzen steht hauptsächlich im Zusammenhang mit dem stetigen Absinken der Gewerbesteuer. Es erscheint aussichtslos, diesen Einnahmeausfall nur durch die Erhöhung der eigenen Einnahmequellen ausgleichen zu können".

des Gewerbesteueraufkommens eintritt"[1], würde jedoch u.E. das Problem am falschen Punkt angehen. Es erscheint unklar, wie in einer Marktwirtschaft eine industrielle Dezentralisierung gegen ein in anderer Richtung wirkendes kommunales Finanzsystem erreicht werden soll. Diese Problematik dürfte sich nur über eine Änderung der Kommunalfinanzen lösen lassen.

Neben den vielfältigen wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die im Verlauf fortschreitender Ballungstendenzen aufgeworfen werden, wirkt sich die durch das kommunale Finanzsystem geförderte Entwicklung auch im kommunalwirtschaftlichem Bereich selbst aus und führt dort , wie bereits angedeutet, zu wachsenden Schwierigkeiten. Bei dem hektischen Streben nach weiterer Industrieansiedlung werden von den Gemeinden kaum exakte Berechnungen darüber angestellt, welche Auswirkungen dies auf die kommunale Finanzlage nach sich ziehen wird. Es zeigt sich vielfach die Situation, daß dem Industriebetrieb, der scharf kalkuliert und genau weiß, welche Vor- und Nachteile ihm erwachsen, wenn er da oder dort ansiedelt und was ihm bestimmte kommunale Vergünstigungen einbringen, auf der anderen Seite die Gemeinden ohne entsprechende Kalkulationen hinsichtlich der Industriefolgelasten (social costs) und der sonstigen Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen gegenüberstehen[2]. Man ist in den Gemeindeverwaltungen vielfach geneigt, zusehr die zu erwartenden Einnahmen ins Auge zu fassen ohne die entstehenden Folgekosten in entsprechender Weise zu würdigen. So kommt es dazu, daß eine Industrieansiedlung häufig auch dann gefördert wird, wenn sie kommunalwirtschaftlich ungün-

---

1) Vgl. dazu H. Wöber: "Die raumordnungspolitische Bedeutung der Gewerbesteuer", Mitteilungen aus dem Inst. f.Raumforsch., Heft 39, 1958, S.32.

2) Vgl. dazu M.Groll: "Industriefolgelasten", in: Informationen des IfR, Heft 4/5,1958, S. 85 f.
W.Kapp: "Volkswirtschafliche Kosten der Privatwirtschaft", Tübingen 1958.
W. Kapp: "Sozialkosten", Aufsatz im HdSW, Göttingen 1956.
Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau u.Raumplanung:"Kommunalsteuern u. Siedlungsstruktur", 1958, thesenartige Zusammenfassung Abschn. 11.
F.J. Hessing: "Social Costs bei Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung", in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 1, 1961, S. 12-20.

stig ist[1]. Wenn mit der Möglichkeit finanzieller Nachteile mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit zu rechnen ist, sieht man einen Ausweg gelegentlich auch darin, die erhöhten Aufwendungen, die, wie bereits dargelegt, teilweise private Betriebskosten sein müßten, mindestens vorübergehend auf die übrigen Steuerzahler abzuwälzen[2]. Es sei freilich nicht behauptet, daß die Unternehmer unter räumlichen Gesichtspunkten allgemein richtig kalkulieren. Manches deutet darauf hin, daß bei der Standortwahl, oft nur die kurzfristigen, durch kommunale Vergünstigungen künstlich gesenkten Betriebskosten kalkuliert werden, wobei langfristige Überlegungen hinsichtlich der wachsenden Aufwendungen bei zunehmender Ballung, z.B. bei Betriebserweiterungen, oder wegen zunehmender Verkehrserschwerung oder über durchschnittlich steigender Löhne etc. weitgehend außer acht bleiben.

Bei diesen Verhältnissen ist allerdings zu berücksichtigen, daß es sehr schwierig ist, die kommunalwirtschaftlichen Auswirkungen einer Industrieansiedlung abzuschätzen, da viele Faktoren, die dabei eine wesentliche Rolle spielen, nicht exakt erfaßbar sind[3] Es gibt in der Bundesrepublik bisher keine zusammenfassenden methodischen Ansätze zur Untersuchung dieser Wechselbeziehungen.[4] In den USA ist dieser Forschungszweig dagegen schon weiterentwickelt. Erschwerend kommt hinzu, daß sich derartige

---

1) "Am gefährlichsten scheint aber die immer wieder festzustellende Nachläßigkeit zu sein, mit der die unvermeidlichen Folgeleistungen jeder Industrieansiedlung behandelt werden. Daran sollte aber die Vertretbarkeit der strukturverändernden Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung geprüft werden".
N.J. Lenort: "Kommunalsteuern und Siedlungsstruktur", Aufs. in: "Neue Heimat", Hamburg, Juni 1959, S. 2o-26.

2) "Bei der gegenwärtigen Abhängigkeit der Gemeinden vom Gewerbesteueraufkommen, sind diese jedoch vielfach bereit, ansiedlungswilligen Unternehmern, diese Lasten abzunehmen und sie über Steuer-, Gebühren- und Beitragserhöhungen auf die Allgemeinheit abzuwälzen".
E.Dittrich: "Über den Begriff social costs", in Inform. des IfR. Heft 19,1956, S. 480.

3) Vgl. dazu auch die Ausführungen in Abschnitt 2.3

4) So berichtet z.B. Evers über eine Analyse der Haushaltspläne der Stadt Wetzlar im Hinblick auf die Zusammenhänge zwischen industrieller Expansion, Bevölkerungszunahme und Ausweitung des öffentlichen Haushalts: "Bei dieser Untersuchung bestand jedoch Klarheit darüber, daß eine einwandfreie Auflösung der einzelnen Haushaltspositionen in allgemeine Ausgaben, Wiederaufbau, Nachholaufwand, Wachstumsaufwand und Industriefolgelasten im gegenwärtigen Stadium der Forschung nicht

./.

Berechnungen auf eine längere Entwicklung beziehen müssen, derenBestimmungsfaktoren in ihrer speziellen Auswirkung auf die jeweiligen Verhältnisse einer Stadt nur schwer abgeschätzt werden können. Da ist zunächst die Unsicherheit, wie sich der jeweilige Betrieb bei der weiteren konjunkturellen und strukturellen Entwicklung halten wird. Ferner die Frage nach den entstehenden Industriefolgelasten, die ebenfalls nur schwer zu ermitteln sind. Die kommunalwirtschaftlichen Aufwendungen sind sehr unterschiedlich, je nachdem ob eine dichte Bebauung mit großen Wohnblocks oder eine aufgelockerte Bauweise erfolgt, in welchem Maße Grünland und Anlagen für Spiel und Sport eingeplant werden und wie die topographischen Verhältnisse sind. In neuen britischen Siedlungen und Städten nehmen z.B. öffentliche Anlagen, Erholungsflächen und Ladenzentren eine fast ebenso große Fläche ein wie die gesamten dazugehörigen Wohngebiete. Als variable Größe bei Berechnungen über die kommunalen Lasten ist auch der Zeitpunkt anzusehen, zu dem die entsprechenden Folgeleistungen zu erbringen sind. Die Gemeinden haben einen gewissen zeitlichen Spielraum, wann sie die notwendig werdenden neuen Straßen oder sonstigen Einrichtungen der Infrastruktur bauen wollen. Die direkte Beziehung zwischen kommunalen Einnahmen und Ausgaben wird dadurch zeitlich etwas verwischt. Eine weitere Ursache der Industrieansiedlungspolitik, selbst wenn dadurch kein Einnahmeüberschuß erzielt wird, dürfte auch darin liegen, daß durch das zusätzliche Gewerbesteueraufkommen die kommunale Manövriermasse erhöht wird und ein größerer finanzieller Bewegungsspielraum entsteht, der es ermöglicht, eine Industrieförderung zu betreiben, auch wenn viele kommunalwirtschaftliche Probleme noch nicht gelöst sind.

Auch die positiven Auswirkungen einer verstärkten Industrialisierung und Entwicklung der übrigen Wirtschaftsbereiche lassen sich nur teilweise überschauen. Untersuchungen ergaben,daß die Steigerung der kommunalen Einnahmen je Einwohner bei wachsender Gemeindegröße fast ausschließlich durch den progressiven Trend der Gewerbesteuer verursacht werden, d.h. sie hängen also in entscheidendem Maße von der industriellen Entwicklung

---

./. ohne weiteres möglich sein werde".
H.Evers: "Überlegungen zur quantitativen Ermittlung von social costs" in: IFR, Raumforschung und Raumordnung, Heft 3, 1958, S.156.

ab[1]. Eine annähernd genaue Fixierung der durch eine zusätzliche Industrialisierung zu erwartenden Mehreinnahmen, einschließlich der durch die wirtschaftliche Belebung des Ortes indirekt herbeigeführten Steigerung des Gewerbesteueraufkommens, konnte bisher nicht erreicht werden. Werden neu angesiedelten Industriebetrieben bestimmte Vergünstigungen eingeräumt, so werden derartige Kalkulationen noch komplizierter[2].

Trotz aller damit verbundener Schwierigkeiten erscheint es dringend geboten, gewisse Kalkulationsschemen zu entwickeln, die es den Gemeinden erleichtern, die voraussichtlichen Auswirkungen von Industrieansiedlungen und eines weiteren Wachstums auf die Gemeindefinanzen überschlägig zu berechnen. Neben der Kenntnis der Steuerergiebigkeit der örtlichen Wirtschaftsgrundlagen ist es dabei auch aufgrund repräsentativer Erhebungen erforderlich, Richtwerte zu ermitteln, wobei allerdings einschränkend zu bemerken ist, daß die jeweiligen Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden sehr unterschiedlich sind und im Gegensatz zu makroökonomischen Berechnungen die Verwendung von Durchschnittsziffern nur in begrenztem Rahmen zulassen[3]. Dennoch dürfte es aber möglich sein, gewisse Kalkulationen durchzuführen. Es erscheint dabei angebracht, die voraussichtli-

---

1) Entsprechende Analysen wurden vom Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung durchgeführt.
Vgl. dazu N.J. Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln u.Opladen 1960, S. 203 f. Der Autor weist dort u.a. darauf hin, "daß bei Gemeinden der Größenklasse 20 - 50.000 Einwohner eine sprunghafte Steigerung der Einnahmen einsetzt. Diese Gemeindegröße stellt sozusagen die Schwelle zum "Industrieklima" dar, das als Voraussetzung hoher Gewerbesteuereinnahmen angesehen werden muß".

2) Lenort stellt in diesem Zusammenhang fest: "Auf diesem Bereich der vorbereitenden Untersuchungen dürften noch die wohl schwerwiegendsten Lücken der Methodenlehre kommunaler Entwicklungsplanung bestehen". N.J. Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln u.Opladen, 1960, S. 115.

3) "Angesichts eines reichen Maßes vielfältig zugeordneter Strukturelemente ist es nicht übertrieben, von der Individualität der kommunalen Wirtschaft zu sprechen".
H.Wöber: "Die raumordnungspolitische Bedeutung der Gewerbesteuer". Mitt. aus dem IfR, Heft 39, 1958, S. 6.
Vgl. dazu auch F. Terhalle: "Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden", Berlin 1948, S. 5.

chen Auswirkungen nach ihrem Minimum und Maximum abzugrenzen. Zur Erfassung der indirekten Auswirkungen von Industrieansiedlungen über die Vermehrung der nahbedarfstätigen Wirtschaftsbereiche und im Hinblick darauf, wo die Gewinne und Lohnzahlungen hinfließen etc., bietet die Methode der räumlich-funktionalen Analyse eine günstige Handhabe.[1] Es sind schon verschiedene Einnahmen -Ausgaben-Rechnungen zur wirtschaftlichen Fundierung von Entwicklungsplanungen angestellt worden, die jedoch noch weitgehend als lückenhaft anzusehen sind. Lenort wendet sich u.a. dagegen,darin bereits eine "kommunale Bilanz" zu sehen, wie es z.B. Pohl bezeichnet [2]. Auch in diesem Bereich ist man in den USA methodisch bereits weiter und es wäre zu überprüfen, inwieweit die dort erprobten Berechnungsverfahren nicht auch auf deutsche Verhältnisse angewandt werden könnten[3].

Mit einiger Sicherheit kann angenommen werden, daß die ballungsfördernde und wettbewerbsverzerrende Wirkung des gegenwärtigen kommunalen Finanzsystems erheblich gemildert würde, wenn auch kommunalwirtschaftlich in stärkerem Maße kalkuliert würde, so daß die Nominalbetrachtung des Steueraufkommens durch eine wirklichkeitsnähere Kalkulation der gesamten Auswirkungen, einschließlich eventueller Schmälerungen der Einnahmen durch Stundung oder Erlaß von Steuern oder besonderen Vorleistungen ersetzt

---

1) Vgl. dazu auch Teil A, Abschn. 1.5:"Die Ermittlung der Wirtschaftskraft einer Stadt nach der räumlich-funktionalen Verflechtung".

2) Vgl. dazu: N.J. Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln u.Opladen, 1960,S. 224.
R.Gunzert: "Die Messung von social costs als statistisches Problem", in: Verband Deutscher Städtestatistiker. Bericht über die 57.Tagung in Nürnberg, 1957, S. 63.
P. Pohl: "Wirtschaftlichkeit im Siedlungsbau, Social costs bei unterschiedlichen Bebauungsweisen", Mitteil. aus dem IfR, Heft 4o, Bad Godesberg, 1959,S. 132.

3) Vgl. dazu W. Isard u.R.E. Coughlin:"Municipal costs and revenues resulting from community growth", Wellesley 1957 und H.Weichmann u. C. Wawrczek:"Neuordnung der öffentlichen Haushalte", Hamburg 1952.

würden[1]. Lenort stellt dazu fest: "Solange Entwicklungsrechnungen fehlen, kommen wir über grobe - und nicht immer zutreffende - Schätzungen des Gesamterfolges, des Saldos aus erhofften Einnahmesteierungen und erzwungenen Ausgabenerhöhungen nicht hinaus"[2].

4.2 Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen kommunaler Wirtschaftsförderung

Neben den Auswirkungen auf die räumliche Verteilung der Wirtschaft wirft die Förderung der Industrieansiedlung durch ihre Wirkung auf die Wettbewerbsverhältnisse innerhalb und zwischen den Branchen vielerlei Fragen auf. Ein besonderes Gebiet im Rahmen dieser Problematik untersuchte das Institut für Mittelstandsforschung in der Arbeit: "Die Begünstigung der Konzentration durch die kommunale Wirtschaftsförderung"[3]. Die Frage der Konzentration bezieht sich hierbei auf die Ausbreitung der Großunternehmen. Ein eindeutiges Ergebnis konnte bei dieser Untersuchung nicht erzielt werden. Es wird darauf hingewiesen, daß das komplexe Erscheinungsbild des Konzentrationsvorganges von einer solchen Vielzahl von Ursachen abhängig sei, daß sich die Auswirkungen der einzelnen Ursachen nicht exakt feststellen ließen[4]. Aus den Analysen konnte aber immerhin die Erkenntnis gewonnen werden, "daß die Wirtschaftsförderung der Kommunen in vielen Fällen die Konzentration begünstigt und damit den Leistungswettbewerb auf den einzelnen Märkten einschränkt. Das Prinzip der gleichen Start- und Wettbewerbsbedingungen wird durch die hohen Kostenvorteile aufgehoben"[5].

---

1) "Die künftige Raumentwicklung wird entscheidend bestimmt von den Möglichkeiten der Gemeinden in ihren Gebieten öffentliche und private Investitionen zu koordinieren. Davon hängt insbesondere ab, inwieweit der industrielle Fortschritt der allseitigen Vervollkommnung der Lebensbedingungen aller Staatsbürger nutzbar gemacht werden kann". Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau u. Raumplanung "Kommunalsteuern und Siedlungsstruktur", Köln 1958, thesenartige Zusammenfassung Nr. 2.

2) N. J. Lenort: " Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln u. Opladen, 1960, S. 232/33.

3) Institut für Mittelstandsforschung volksw. Abteilung: "Die Begünstigung der Konzentration durch die kommunale Wirtschaftsförderung", vervielfältigtes Manuskr., Bonn 1959.

4) Ebenda, S. 33.

5) Ebenda, S. 35.

Die wettbewerbsverzerrende Wirkung tritt dadurch ein, daß nur ganz bestimmten Unternehmen die Förderung zugute kommt. Sie beschränkt sich einmal vor allem auf die expandierenden Wirtschaftszweige, die ihre Kapazitäten weiter ausdehnen wollen und dort in erster Linie auf die größeren Unternehmen, die in der Lage sind, umfangreichere Projekte zu starten und damit den Gemeinden gegenüber attraktiver erscheinen. Die Bevorzugung solcher Firmen bewirkt gleichzeitig eine relative Verschlechterung der Wettbewerbslage anderer Unternehmen. Auch die strukturelle Gliederung nach Branchen kann verzerrt werden. Bei der Förderung von Großbetrieben tritt die Möglichkeit hinzu, daß dadurch Tendenzen zu einer beherrschenden Marktstellung unterstützt werden[1]. Auch auf dem Arbeitsmarkt können in direkter oder indirekter Weise Verzerrungen hervorgerufen werden, wenn durch besondere kommunale Leistungen Arbeitnehmer einer bestimmten Unternehmung begünstigt werden oder wenn eine neuangesiedelte Unternehmung durch außerordentlich günstige Angebote aus einem bereits angespannten Arbeitsmarkt Arbeitskräfte an sich zu ziehen sucht etc. Eine weitere Benachteiligung der rezessiven Industriezweige und der schwächeren Unternehmungen, die nicht erweitern können, besteht darin, daß ihre Zahlungen an Gewerbesteuer die Gemeinden erst in die Lage versetzen, neuansiedelnden Betrieben besondere Vorteile zu gewähren, so daß sie über ihre Steuerzahlung indirekt die Konkurrenz stärken, sei es innerhalb derselben Branche oder am Arbeitsmarkt.

Bei diesen Fördermaßnahmen besteht ferner die Gefahr, daß vorhandene Anlagen nicht voll ausgenutzt werden, weil besondere Vergünstigungen zu vorzeitiger Neuanlage reizen, so daß volkswirtschaftliches Vermögen vergeudet wird. Schließlich sei auch darauf hingewiesen, daß durch die kommunale Förderung Unternehmen dazu verleitet werden können, zu expan-

---

1) "Die Kostenvorteile, die den geförderten Unternehmungen durch die weitgehenden Starthilfen entstehen, sowie die teilweise Ausschaltung des Risikos, begünstigen eine Ausdehnung der Kapazität und des Marktanteils dieser Unternehmen. Diese Vergrösserung der Betriebseinheit hat ihren Ursprung nicht in der natürlichen Erhöhung des Betriebsoptimums im Zuge des wirtschaftlichen Fortschritts, der technischen Entwicklung und der Rationalisierung, sondern ist durch wirtschaftspolitische Maßnahmen künstlich herbeigeführt worden".
Institut für Mittelstandsforsch. volksw. Abt.: "Die Begünstigung der Konzentration durch die kommunale Wirtschaftsförderung", vervielfält. Manuskr., Bonn 1959, S. 34.

dieren und ihre Kapazitäten in einer Weise zu erweitern, wie es den Marktverhältnissen nicht entspricht und wie es bei echten Kosten nicht geschehen wäre. Solche Firmen können in Schwierigkeiten geraten, wenn die kommunalen Vergünstigungen vorzeitig aufhören, weil eine Gemeinde dazu nicht mehr in der Lage ist bzw. wenn die kommunalen Aufsichtsbehörden eingreifen[1]. Man kann allgemein sagen, daß private Investitionen, die nur um augenblicklicher von den Gemeinden eingeräumter Vorteile willen vorgenommen werden, stets die Gefahr von Kapitalfehlleitungen in sich bergen. Derartige kurzfristige Sondervorteile entsprechen weder den langfristigen Interessen der Betriebe noch denen der Gemeinde.

Das Institut für Mittelstandsforschung gibt zu erwägen, ob gegen die wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen kommunaler Industrieförderung nicht durch ein Verbot der Diskriminierung eingegriffen werden sollte. Eine Diskriminierung ist nach Auffassung des Instituts für Mittelstandsforschung aber erst dann gegeben, wenn bestimmten Unternehmen bei der Ansiedlung Vorteile eingeräumt werden und anderen keine[2]. Nach den oben dargelegten Gesichtspunkten ist unseres Erachtens aber auch dann von einer Diskriminierung zu sprechen, wenn neu ansiedelnde Betriebe gegenüber bereits ansässigen besondere Vergünstigungen erhalten. Diese Probleme durch Verbotsvorschriften lösen zu wollen, erscheint u.E. kaum möglich. Wollte man diesen Weg beschreiten, so müßten die diskriminierenden Maßnahmen genau umrissen und abgegrenzt werden, was zu vielerlei Streitfragen führen würde, Kontrollorgane müßten geschaffen werden etc. Als eigentliche Lösung kommt auch hier nur eine Änderung des kommunalen Finanzsystems in der Weise in Frage, daß das fiskalische Interesse der Gemeinden, das der Gewährung derartiger Vergünstigungen zugrunde liegt, erheblich vermindert oder überhaupt aufgehoben wird. Verbotsmaßnahmen wären dann überflüssig.

---

1) "Die Gefahr einer falschen Standortwahl zieht jedoch herauf, wenn bei den industrieanwerbenden Gemeinden die Hoffnung auf langfristig erhöhte Gewerbesteuereinnahmen zu Versprechungen an die ansiedlungswilligen Betriebe verleitet, die auf die Dauer nicht gehalten werden können". K.W. Reinhold: "Kommunale Steuergeschenke unzulässig", in: Der Volkswirt, Nr.45, 1959, S. 2426.

2) "In unseremFall ist in den Vergünstigungen, die die Gemeinden einzelnen Betrieben bei ihrer Ansiedlung gewähren, dann eine Diskriminierung zu sehen, wenn anderen Unternehmen bei der Ansiedlung diese Vorteile nicht eingeräumt werden. .... EinenAusweg könnte ein allgemeines Verbot der Diskriminierung darstellen".
Institut für Mittelstandsforsch., volksw.Abt.: "DieBegünstigung der Konzentration durch die kommunale Wirtschaftsförderung",vervielfält. Manuskript, Bonn 1959,S. 43.

Ähnliche Probleme, wie sie hier erörtert wurden, wirft auch die staatliche Industrie- und Gewerbeförderung auf. Soweit diese Förderungsmaßnahmen unter regionalen Gesichtspunkten erfolgen, indem sie sich auf die sog. "strukturschwachen Landesteile" wie z.B. das Förderprogramm Hohenlohe oder auf bestimmte Schwerpunktgemeinden und Zentralorte, wie z.B. Tauberbischofsheim beziehen, sind diese Maßnahmen im Gegensatz zur kommunalen Industrieförderung unter räumlich-strukturellen Gesichtspunkten positiv zu beurteilen. Aber auch hier werden teilweise Wettbewerbsverzerrungen hervorgerufen. Bei der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt sind die expandierenden Industriezweige ohnehin bestrebt, durch die Schaffung von Zweigwerken in ländlichen Gegenden zusätzliche Arbeitskräfte zu bekommen. Durch die Unterstützung der öffentlichen Hand werden diese Bemühungen erleichtert, wobei die Rentabilität jener Unternehmungen verbessert wird. Auch hier ergibt sich dieselbe Situation wie bei der kommunalen Wirtschaftsförderung, daß rezessive Industriezweige und schwächere Unternehmen, die nicht erweitern, durch ihre Steuerzahlungen indirekt die Konkurrenz fördern. Gerechtfertigt erscheinen derartige Fördermaßnahmen nur dann zu sein, wenn die Umsiedlung von Unternehmen der Branchen unterstützt wird, die gezwungen sind, die Ballungsräume wegen des zu hohen Lohnniveaus zu verlassen oder wenn es sich um echte Neugründungen handelt. Die staatliche Wirtschaftsförderung wird aber nur zum Teil unter regionalen Gesichtspunkten gewährt, so daß die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen hervorgerufen wird, ohne daß damit irgendwelche Ziele hinsichtlich einer besseren regionalen Wirtschaftsstruktur erreicht werden.

Es erscheint u.E. notwendig, die staatliche Wirtschaftsförderung in der Weise umzugestalten, daß damit ein Effekt hinsichtlich einer besseren räumlichen Wirtschafts- und Sozialstruktur erzielt wird, ohne daß dabei einseitige Begünstigungen oder Wettbewerbsverzerrungen eintreten. Ein Weg, der diesen Gesichtspunkten gerecht würde, dürfte darin liegen, die staatlichen Maßnahmen, die bisher in vielfältiger Weise angewandt werden, auf die Förderung der Infrastruktur zu konzentrieren.[1] Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß sich ein weiteres Voranschreiten der Ballungstendenzen nur dann vermeiden läßt, wenn ein Netz gut entwickelter Zentralorte vorhanden ist, das sich über das ganze Land erstreckt und auch in ländlichen Gegenden eine Mindestausstattung an Einrichtungen der Infrastruktur in

1) Im Jahresbericht 1960/61 des Landesverb.d.Bad.Württ.Industrie wird dazu festgestellt: "Sehr viel unmittelbarer ist dagegen der Einfluß auf das ind. Wachstum im Raum durch Maßnahmen, die nicht so sehr das Kostengefüge bei einer Niederlassung in dem zu besiedelnden Gebiet als vielmehr dieses Gebiet selbst verändern. Hierbei handelt es sich zu allererst um die Infrastruktur." Jahresbericht 1960/61, S.12

erreichbarer Nähe entstehen läßt[1]. Die staatliche Förderung sollte in den Orten schwerpunktmässig ansetzen, denen unter diesen Gesichtspunkten eine besondere Bedeutung zukommt. Die Auswahl wäre dabei von der Landesplanungsbehörde nach eingehenden Voruntersuchungen zu treffen[2]. Nach den Ergebnissen unserer Untersuchungen ist Schwäb. Hall eine solcher Zentralort, der in dieser Weise zu fördern wäre. Eine nach diesen Gesichtspunkten gestaltete staatliche Regionalförderung hätte eine breitere Basis und käme der Wirtschaft und der Bevölkerung allgemein zugute. Sie wäre einfacher zu handhaben und übersichtlicher als das Nebeneinander verschiedener Fördermaßnahmen. Für eine weitere Industrialisierung würden dadurch günstige Voraussetzungen geschaffen,da das Industrieklima eines Ortes bei wachsendem Wohlstand in zunehmendem Maße von der jeweiligen Ausstattung mit Einrichtungen der Infrastruktur und den eng damit verbundenen kulturellen und sozialen Standortfaktoren abhängig ist. Wettbewerbsverzerrende Eingriffe in das marktwirtschaftliche Geschehen wären dann ausgeschlossen und die staatlichen Fördermaßnahmen würden sich in einem Bereich bewegen, der in unseremWirtschaftssystem ohnehin der öffentlichen Hand vorbehalten ist. In dieser Weise umgestaltete regionale Fördermaßnahmen des Staates können nur bei einer engenZusammenarbeit der Gebietskörperschaften die gewünschte Wirkung herbeiführen. Sie erscheinen deshalb nur dann realisierbar, wenn gleichzeitig durch eine Reform des kommunalen Finanzsystems die einseitige Interessenlage der Gemeinden an Gewerbesteuerzahlern aufgehoben wird.

---

1) "Der Gesichtspunkt,daß heute der Bürger, gleich in welcher Gemeinde er wohnt, bestimmte Mindestanforderungen an das Vorhandensein von öffentlichen Einrichtungen stellen kann,ist nicht zu widerlegen". K. Fröhner:" Kein Geld für die Gemeinden?" in: "Die lebendige Gemeinde", Heft 11, Heilbronn 1959, S.212.

2) "Die zur Standortberatung und Raumordnung berufene Instanz sollte ihre vornehmste Aufgabe darin sehen, den Bedarfsträgern aufgrund eines objektiven Befundes die Folgen regional wirksamer Entscheidungen vorzustellen. Etwa nur zu Lasten der Allgemeinheit durchführbare Fehlentscheidungen sollte sie durch Darstellung besserer Lösungen vermeiden helfen. Die hierfür erforderlichen Kriterien zu präzisieren liegt im Zuge der modernen Regionalforschung und ihrer vielversprechenden Methodik".
J.Esenwein-Rothe: "Raumordnung und marktwirtschaftliche Selbstkoordination", in: Jahrb. für Nationalökonomie und Statistik,Bd. 169, Stuttgart, 1958,S. 426.

5. Vorschläge und Möglichkeiten einer Reform des kommunalen Finanzsystems

Die Untersuchungen der vorhergehenden Abschnitte zeigten, daß das gegenwärtige kommunale Finanzsystem vielerlei Mängel aufweist und insbesondere die räumliche Wirtschafts- und Sozialstruktur negativ beeinflußt. Diese Problematik tritt immer offensichtlicher zutage und es wird in zunehmendem Maße die Forderung erhoben, das kommunale Steuersystem mehr nach ordnungspolitischen Gesichtspunkten umzugestalten.[1] Unter räumlichen Aspekten erscheint es am wichtigsten, das kommunale Steuersystem so abzuändern, daß alle Gemeinden in etwa gleicher Weise in die Lage versetzt werden, die ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Insbesondere gilt es, die ballungsfördernde Wirkung der Gewerbesteuer zu neutralisieren, d.h. die gegenwärtige Abhängigkeit der Gemeindefinanzen von der jeweiligen Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur zu verringern und das einseitige Interesse der Gemeinden an der Standortwahl der Unternehmungen aufzuheben. Die vielfältigen Fragen und Aufgaben, die eine Änderung des kommunalen Finanzsystems mit sich bringt, können hier nicht in voller Breite erörtert werden. Wir beschränken uns auf die Analyse verschiedener Lösungsmöglichkeiten, die insbesondere unter räumlichen Gesichtspunkten bedeutsam erscheinen. Dabei ist neben den verschiedenen positiven und negativen Merkmalen der einzelnen Steuern vor allem auch ihr quantitatives Gewicht und die Gliederung des gesamten Steuerbuketts zu beachten.

---

1) "Auch am Beispiel der Gewerbesteuer zeigt sich, daß die Gemeinden als unterste und schwächste Ebene zum Schuttabladeplatz für veraltete und im allgemeinen wenig ergiebige und entwicklungsfähige Steuern geworden sind. Die geringe Ergiebigkeit trifft zwar auf die Gewerbesteuer nicht zu, jedoch ist ihre quantitative Entwicklung sehr stark von der Unergiebigkeit der übrigen gemeindeeigenen Steuern bestimmt worden!"

W.Albers: "Die Gewerbesteuer", Referat dem wissenschaftl. Beirat beim Bundesfinanzministerium am 14./15.11. 1958 erstattet, Anlage 3 zum Protokoll, S. 3.

"Es ist deshalb höchste Zeit, daß neben fiskalischen, volks- und betriebswirtschaftlichen, konjunktur- und sozialpolitischen Erwägungen auch die räumlichen Merkmale des sozialen Lebens berücksichtigt werden, wenn es um die Beurteilung finanz- und steuerpolitischer Maßnahmen geht. Weder die räumliche Verteilung der Wohn- und Arbeitsstätten noch die Folgen dieser Verteilung für den Lebensstandard des Einzelnen und den Standort der Gemeinden sind fatalistisch hinzunehmen. Sie sind gestaltbar und fordern in der sozialen Marktwirtschaft die gestaltende Einflußnahme geradezu heraus."

N.J.Lenort: "Kommunalsteuern und Siedlungsstruktur", Aufsatz in: "Neue Heimat", Hamburg, Juli 1959, S. 2026

Vgl. dazu auch: Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung: "Kommunalsteuern und Siedlungsstruktur", Köln 1958,S.62 f.

In der schon Jahre andauernden Diskussion um eine Reform des kommunalen Finanzsystems werden der jeweiligen Interessenlage entsprechend verschiedene Auffassungen vertreten. Die steuerschwachen Orte verlangen mehr Mittel, die Orte mit hohem Steueraufkommen wollen unter keinen Umständen auf einen Teil ihrer bisherigen Haushaltseinnahmen verzichten und von seiten des Bundes wird die Auffassung vertreten, daß die kommunale Finanzmasse ausreiche und daß nur eine Umverteilung erforderlich sei. Diese Einstellung kommt auch in dem Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium "Zur gegenwärtigen Problematik der Gemeindefinanzen", vom 11.7.1959 zum Ausdruck. Der Schwerpunkt der dort gemachten Vorschläge liegt in einem verstärkten Ausbau des horizontalen Finanzausgleichs zwischen den Gemeinden.[1] In ähnlicher Weise argumentiert Staatssekretär Hettlage vom Bundesfinanzministerium: "Das zentrale Problem der gesamten Gemeindefinanzwirtschaft liegt auf absehbare Zeit nicht mehr in erster Linie darin, daß die Deckungsmittel dem wachsenden Bedarf nur unzureichend folgen, sondern darin, daß die ständig wachsende Gemeindefinanzmasse sehr ungleichmässig und unzureichend auf die einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände verteilt ist".[2] Von 1955 bis 1961 stiegen die Steuereinnahmen des Bundes um 68 %, die der Gemeinden um 90 % und die der Länder um 130 %.[3] Dem kann allerdings von seiten der Gemeinden entgegengehalten werden, daß im Zuge der Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung und der allgemeinen Wohlstandssteigerung den Gemeinden in erhöhtem Maße umfangreiche unrentierliche Investitionsaufgaben erwachsen und daß die Zahl der Gemeinden, denen es wegen Erreichens der Verschuldungsgrenze nicht mehr möglich ist, die erforderlichen Investitionen in vollem Maße durchzuführen, wie z.B. Schwäb. Hall von Jahr zu Jahr wächst, wogegen die Verschuldung der Länder und insbesondere die des Bundes weit geringer ist. Es geht also um die Frage, ob die gesamten öffentlichen Einnahmen der Aufgabenverteilung entsprechend richtig auf die drei Gebietskörperschaften verteilt sind; eine Zielsetzung, die in einem föderalistischen Staat wohl nie ganz gelöst werden kann.[4] Das föderalistische Prinzip ver-

---

1) Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesfinanzministerium: "Zur gegenwärtigen Problematik der Gemeindefinanzen", Gutachten vom 11.7.1959 S.18 f.

2) K.M.Hettlage: "Gemeindefinanzreform 1962?", in: Der Volkswirt Nr.4, 1961, S. 134

3) Auch das Aufkommen an Gemeindesteuern steigt wie die Einnahmen der Länder etwas stärker als das Bruttosozialprodukt. Nach einer Vorausschätzung des Bundesfinanzministeriums wird das Bruttosoz.prod. von 1960-1965 um 22%, das Steueraufkommen der Gemeinden um 23,5% anwachsen.

Vgl. dazu: "Bruttosoz-prod. u. Aufkommen an Gemeindesteuern in den Jahren 1960-1965", Anlage 6 zum Protokoll über die Arbeitstagung des wiss. Beirats beim Bundesfinanzministerium am 9./10.1.1959

4) "Eine Crux ist die Finanzverfassung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden". Bundesfinanzminister Etzel in der 149. Sitzung des Bundestages.

-langt eine weitgehende Finanzautonomie der Gebietskörperschaften. In der Bundesrepublik wird dieser Forderung zur Zeit durch das sog. "gebundene Trennsystem" Rechnung getragen,[1] in dessen Rahmen den Gemeinden die Realsteuern als wichtigste Einnahmequelle zugewiesen sind. Es kann nicht erwartet werden, daß sich die Ergiebigkeit der den verschiedenen Gebietskörperschaften zustehenden Steuerquellen jeweils parallel zu ihrem Finanzbedarf entwickelt. Zwangsläufig ergibt sich daraus eine unterschiedliche Beanspruchung der Finanzkraft. Obwohl das Gewerbesteueraufkommen erheblich gestiegen ist und ferner zu berücksichtigen ist, daß sich der jeweilige Finanzbedarf kaum exakt messen lässt, kann festgestellt werden, daß von den drei Gebietskörperschaften die Gemeindehaushalte in vielen Fällen im Vergleich zu ihren Einnahmen die stärkste Belastung aufweisen. Durch die staatlichen Finanzzuweisungen werden diese Schwierigkeiten nur teilweise gemildert. Die Forderung, bei einer Finanzreform die kommunale Finanzmasse nicht nur umzuverteilen sondern auch zu erhöhen, etwa zu Lasten der Länder, erscheint deshalb gerechtfertigt. Auch unter raumordnerischen Gesichtspunkten erscheint dies günstig, da der unter diesem Aspekt besonders wichtige horizontale Finanzausgleich zwischen den Gemeinden dadurch ebenfalls erleichtert würde.

Die Gewerbesteuer ist die einzige kommunale Einnahmequelle, deren Aufkommenssteigerung die Entwicklung des Sozialprodukts übertroffen hat, allerdings mit einer, wie in den vorhergehenden Abschnitten gezeigt wurde, regional sehr unterschiedlichen Streuung. Die kommunalen Einnahmen wurden dadurch auch in wachsendem Maße konjunkturempfindlich, zwar etwas schwächer als die Einnahmen der Länder aber stärker als die des Bundes, was bei der geringen Eignung der Gemeinden für eine fiscal-policy als Nachteil zu betrachten ist.[2] Die raumordnerische Problematik der Gewerbesteuer wurde bereits eingehend erörtert und es ist als eine der wesentlichsten Aufgaben einer kommunalen Finanzreform anzusehen, diese negativen Wirkungen aufzuheben.[3] Eine vollständige Auflösung der Gewerbesteuer,

---

1) W.Albers: "Finanzausgleich", Aufsatz im HdSW, 35. Lieferg. 1961,S.558

2) Die konjunkturelle Elastizität der einzelnen Steuern wird ermittelt, indem die jeweilige relative Aufkommensänderung mit den relativen Änderungen des Sozialprodukts verglichen wird. Nach Angaben von W.Albers beträgt der Elastizitätskoeffizient, der insbesondere durch die Einkommensteuer geprägten Ländersteuern 1,4, derjenige der Gemeinden wegen der hohen Elastizität der Gewerbesteuer 1,3 und derjenige des Bundes nur 1,1
Vgl. dazu W.Albers: "Finanzausgleich",Aufsatz im HdSW, 35. Lieferg. 1961, S. 555

3) Vgl. dazu die Abschnitte 1.1 - 1.3

wie es G.Zeitel vorschlägt,[1] erscheint u.E. unter räumlich-strukturellen Gesichtspunkten nicht unbedingt erforderlich. Die Gewerbesteuer müßte in diesem Fall durch neue Gemeindesteuern oder durch staatliche Finanzzuweisungen ersetzt werden, beides Alternativen, die, wie die folgenden Erörterungen zeigen werden, ihrerseits wieder vielerlei Probleme aufwerfen, insbesondere weil dabei sehr hohe Beträge erzielt werden müssen, um das gegenwärtige Gewerbesteueraufkommen von rd. 8 Mrd. DM zu kompensieren. Die schädlichen Auswirkungen der Gewerbesteuer auf die räumliche Wirtschaftsstruktur würden u.E. weitgehend eliminiert, wenn sie in ihrem Aufkommen um etwa 30-50 % verringert würde. Unter räumlich-strukturellen Gesichtspunkten wäre es dabei vorteilhaft, die Bemessungsgrundlage so abzuändern, daß das Äquivalenzprinzip stärker in den Vordergrund tritt. Im Gegensatz zu der Ausgestaltung der Bundes- und Landessteuern, wo das Leistungsprinzip auch weiterhin dominierend sein wird, sollte u.E. auf kommunaler Ebene die Verursachung öffentlicher Lasten in stärkerem Maße als Grundlage der Besteuerung herangezogen werden. H.Haller vertritt ebenfalls die Auffassung, daß das Äquivalenzprinzig insbesondere auf Gemeindeebene stärker als bisher verwirklicht werden sollte.[2] Es ist wohl

---

1) G.Zeitel: "Die zweckmäßige Struktur des kommunalen Steuersystems", Referat, gehalten auf der Tagung des Finanzwissenschaftlichen Ausschusses der Gesellschaft für Wirtschafts-u.Sozialwissenschaften am 25.4.1961 in Würzburg, vervielfält.Manuskript S.16

2) Er schreibt dazu u.a.: "Die Tendenz, die aus den staatlichen Leistungen erwachsenden Kosten möglichst auf die Allgemeinheit umzulegen und sie ausschließlich mit nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip erhobenen Abgaben zu finanzieren, ist sehr gefährlich .... Eine Ausdehnung des vom Äquivalenzprinzig beherrschten Bereichs in sinnvoller Weise dürfte ein erstrebenswertes Ziel sein, vor allem unter dem Gesichtspunkt, uferlose Ausgabenwünsche einzudämmen. Man müßte unter diesem Aspekt die Haushalte, insbesondere die der Länder und Gemeinden, einmal gründlich durchleuchten. Es dürfte sich dann zeigen, daß noch manche Möglichkeit einer sinnvollen Anwendung des Äquivalenzprinzips ungenutzt ist."

H.Haller: "Die Bedeutung des Äquivalenzprinzips für die öffentliche Finanzwirtschaft", in: Finanzarchiv N.F., Bd.21, Heft 2, Tübingen 1961, S.260.

einzuräumen, daß dies nicht exakt durchgeführt werden kann, es ließe sich dadurch aber trotzdem ein engerer Zusammenhang zwischen der Entstehung kommunaler Lasten und dem Aufkommen an Steuern und damit eine bessere Übereinstimmung zwischen den kommunalen Ausgaben und Einnahmen herbeiführen. Die Gemeinden wären dann in der Lage, die jeweiligen kommunalwirtschaftlichen Auswirkungen eines weiteren Wachstums und insbesondere neuer Industrieansiedlungen besser zu überblicken. Bei der Grundsteuer kommt das Äquivalenzprinzip verhältnismäßig stark zum Ausdruck, obwohl auch hier durch Vergünstigungen etc. verschiedene Einschränkungen erfolgten.[1] Bei der Gewerbesteuer ist in ihrer gegenwärtigen Form das Äquivalenzprinzip dagegen kaum vorhanden. "Mit der Äquivalenztheorie läßt sich die Gewerbesteuer ... nicht rechtfertigen. Abgesehen davon, daß die aus ihr resultierende Steuerlastverteilung keineswegs der Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen durch die Steuerzahler entspricht, das Äquivalenzprinzip bei ihr also nicht verwirklicht ist."[2] Die Gewerbesteuer knüpft heute in erster Linie an den Ertrag an. Das Aufkommen wird also weitgehend durch die Zufälligkeiten der jeweiligen Gewinnerzielung bestimmt, die mit der Entstehung kommunaler Lasten überhaupt nicht im Zusammenhang stehen. Der Gewerbeertrag ist

---

1) G.Zeitel, der das Äquivalenzprinzip grundsätzlich ablehnt, räumt ebenfalls ein, daß bei der Grundsteuer eine engere Wechselbeziehung zwischen den kommunalen Erträgen und Lasten zu konstatieren sei.

Vgl.dazu G.Zeitel: "Die zweckmäßige Struktur des kommunalen Steuersystems", Referat, gehalten auf der Tagung des Finanzwissenschaftl. Ausschusses der Gesellschaft für Wirtschafts-und Sozialwissenschaft am 25.4.1961 in Würzburg, vervielfält.Manuskr. S. 18.

2) W.Albers: "Die Gewerbesteuer", Referat, gehalten vor dem wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium am 14./15.11.1958, Anl.3 zum Protokoll, S. 3.

deshalb als Kriterium der Wechselwirkungen zwischen Industrie und Gemeindewirtschaft nicht geeignet. Eine Verbesserung wäre möglich, wenn die Kapitalausstattung die ebenfalls Bestandteil der Gewerbesteuer ist u. die Lohnsumme, die z.Zt. nur bei der teilweise erhobenen Lohnsummensteuer als Bemessungsgrundlage dient, zu den entscheidenen Anknüpfungspunkten gemacht würden. Diese Größen stehen in weit engerer Beziehnung zu der Verursachung kommunaler Lasten als der Gewinn. Durch eine solche Änderung würde auch gleichzeitig die Konjunkturabhängigkeit des Gewerbesteueraufkommens vermindert.

Eine direkte Beteiligung der Gemeinden an der Lohn- und Einkommensteuer u.zwar nicht als staatlicher Überweisungssteuer, sondern entsprechend dem jeweiligen örtlichen Aufkommen erscheint u.E. als Ergänzung wünschenswert, wenn die Gewerbesteuer eingeschränkt wird. Die durch die Gewerbesteuer hervorgerufene Interessenlage an der Ansiedlung von Unternehmungen würde auf diese Weise gemindert u. auf der anderen Seite würde die Anlage von Wohnvierteln für die Gemeinden atraktiver gemacht. Eine sinnvolle räumliche Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Orten entsprechend ihrer jeweiligen natürlichen Vorzüge könnte dadurch gefördert werden, wobei allerdings die gegenwärtige Konjunkturabhängigkeit des kommunalen Steueraufkommens erhalben bliebe. Der beträchtliche Unterschied zwischen den kommunalen Einnahmen und Aufwendungen für Wohngebiete kommt auch in zunehmendem Maße darin zum Ausdruck, daß die Gemeinden, die ihnen durch das Bundesbaugesetz gegebene Möglichkeit bis zu 90% des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes auf die Grundstückseigentümer abzuwälzen, in zunehmendem Maße wahrnehmen.[1)]

In ähnlicher Weise würde auch eine Erhöhung der Grundsteuer wirken. Über die Notwendigkeit einer Erhöhung der Grundsteuer besteht eine weitgehende Einmütigkeit. Auch vom wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium wird eine Erhöhung der Grundsteuer und ihre Einbeziehung in den zwischengemeindlichen Finanzausgleich empfohlen.[2)] Nach Auffassung von Staatssekretär Hettlage sollte die Grundsteuer im Bundesdruchschnitt etwa 1/3 der Gemeindesteuereinnahmen erreichen.[3)] Ihr Aufkommen müßte also gegenüber dem jetzigen Stand etwa verdoppelt werden. Die Grundsteuer wurde durch vielerlei Bewertungs- und Befreiungsregelungen unter ihrer Ertragsmöglichkeit gehalten u. eine Erhöhung dürfte sich siedlungs-

---

1) Vgl.dazu: E.Rösch-Saffran:"Die Erschließungskosten f.Bauland", in der Frankf.Allgemeinen Zeitung v.24.11.61
2) Vgl.dazu: Wiss.Beirat b.Bundesfinanzmin.: "Zur gegenwärtigen Problematik der Gemeindefinanzen", Gutachten v.11.7.59, S.18/19
3) K.M.Hettlage: "Gemeindefinanzreform 1962?", in: Der Volkswirt,Nr.4, 1961, S.136

-strukturell günstig auswirken.[1] Hinzu kommt, daß damit ein weiterer Kreis von Bürgern erfasst wird, als bei der Gewerbesteuer u. daß sie konjunkturunabhängig ist. Es erscheint jedoch fraglich, ob sich eine beträchtliche Erhöhung in naher Zukunft realisieren läßt, da die bei der Grundsteuer B vorgesehene Überwälzung auf die Mieter bei den im Rahmen der Mietfreigabe ohnehin steigenden Mieten auf erheblichen Widerstand stoßen dürfte.[2] Durch Ablauf der 10-jährigen Grundsteuervergünstigungen wird sich das Aufkommen der Grundsteuer B in den nächsten Jahren ohnehin steigern. Eine Neufestsetzung der Einheitswerte, die immer noch auf 1935 bezogen sind, würde die Ergiebigkeit der Grundsteuer ebenfalls erheblich ansteigen lassen. Nach groben Schätzungen ist daraus ein Mehraufkommen von etwa 1 Mrd. DM zu erwarten. Darauf drängt insbesondere der Deutsche Gemeindetag.[3]

Der Vorschlag, die bereits realisierte Beteiligung der Gemeinden am Aufkommen der Kfz.-Steuer der Länder durch eine Beteiligung am Mineralöl-Steueraufkommen des Bundes zu ergänzen, erscheint unter räumlichen Gesichtspunkten ebenfalls wünschenswert, da die Gemeinden erhebliche Verkehrsleistungen zu erbringen haben. Es erscheint ferner angebracht, den Gemeinden künftighin das Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer völlig zu überlassen. Die daraus entstehenden Mehreinnahmen können auf einige 100 Mio. DM geschätzt werden.

Neben einer Erhöhung der Beträge, die aus bereits bestehenden Steuern den Gemeinden zufliessen, erfordert die vorgeschlagene Einschränkung des Gewerbesteuervolumens sehr wahrscheinlich die Einführung neuer Steuern. Diese Aufgabe stellt sich in verstärktem Maße, wenn die Gewerbesteuer völlig aufgelöst werden sollte.

Die allgemeine Einführung einer Bürgersteuer, wie sie in manchen Orten bereits erhoben wird, dürfte nur als Ergänzungsmöglichkeit, nicht aber als Ersatzlösung in Frage kommen. Bei einem festen pro-Kopf-Satz stehen einer stärkeren Ausschöpfung insbesondere distributive Gesichtspunkte entgegen. Eine unterschiedliche Festsetzung der Erhebungssätze nach dem jeweiligen Finanzbedarf der einzelnen Gemeinden würde ein Gefälle

---

1) In einer Veröffentlichung des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau u. Raumplanung wird mit Recht darauf hingewiesen, daß "die erstarrte u. sehr unergiebig gewordene Grundbesteuerung über ihren Einfluß auf die private Investitionstätigkeit mittelbar aber deutlich zur Verstärkung der Ballungstendenzen beiträgt."
Dtsch. Verb. f. Wohn.-Wesen, Städtebau u. Raumplan.: "Kommunalsteuern und Siedlungsstruktur", Köln 1958, Thesenartige Zus.fass. Nr. 12.

2.) Vgl. dazu W. Scheel: "Gemeindefinanzreform bleibt umstritten - Grundsteuererhöhung gerät mit der Mietenreform in Konkurrenz", in: Der Volkswirt Nr. 47, 1959, S. 2511 f.

3) Vgl. dazu: Dtsch. Gemeindetag: "Finanzpolit. Grundsätze d. Dtsch. Gemeindetages", Bad Godesberg 1959, S. 19

entstehen lassen, das die räumliche Bewegung von Bevölkerung und Wirtschaft in unerwünschtem Sinne beeinflussen würde.

Als Ersatz für die Gewerbesteuer schlägt G.Zeitel die Einführung einer Kleinhandels- bzw. Kleingewerbeumsatzsteuer als gemeindeeigener Steuer vor.[1] Steuerpflichtige Tatbestände wären dabei alle Lieferungen und Leistungen von Unternehmern an die Endverbraucher, es würde sich also um eine einphasige Umsatzsteuer handeln. Da die Unternehmungen, die direkte Leistungen an den Konsumenten erbringen, räumlich gleichmäßiger gestreut sind, als die Produktionsbetriebe, können die räumlich-strukturellen Auswirkungen einer solchen Steuer allgemein als günstig angesehen werden, und es würde sich dadurch eine Verbesserung gegenüber den bisherigen Verhältnissen ergeben. Die Auswirkungen in den einzelnen Gemeinden hängen davon ab, in welcher Relation Produktionsbetriebe und nahbedarfstätige Wirtschaftszweige zueinander stehen. Wie die Analyse der wirtschaftlichen Struktur gezeigt hat, sind diejenigen Wirtschaftszweige, die Leistungen direkt an die Konsumenten erbringen, in Schwäb. Hall verhältnismäßig stark entwickelt.[2] Schwäb.Hall ist der bedeutenste Zentralort im hohenloher Raum und steht bei der Darbietung zentraler Dienstleistungen nicht in direkter Konkurrenz zu einem größeren Zentrum, obwohl die wachsende Anziehungskraft von Stuttgart für Käufe des gehobenen Bedarfs nicht übersehen werden darf.[3] Auf der anderen Seite bezieht die Stadt aus dem verhältnismäßig schwach entwickelten Produktionsbereich nur einen relativ bescheidenen Gewerbesteuerbetrag. Fassen wir diese Gesichtspunkte zusammen, so kann daraus gefolgert werden, daß die Finanzkraft der Stadt Schwäb.Hall durch die Einführung einer Kleinhandelsumsatzsteuer gegenüber den jetzigen Verhältnissen sehr wahrscheinlich verbessert würde, auch wenn die Erträge aus der Umsatzbesteuerung der Bausparkasse ähnlich wie bei Versandhäusern ihrem Tätigkeitsbereich entsprechend teilweise an andere Gemeinden abzuführen wären.Ausgesprochene Industrieorte, die im engeren Einflußbereich einer Großstadt liegen, wie z.B. Sindelfingen werden bei einer solchen Reform dagegen erhebliche Einbußen erleiden. Eine Verbesserung der Finanzlage der kleineren Gemeinden kann von der Einführung dieser Steuer allerdings nicht erwartet werden,

---

1) Vgl.dazu G.Zeitel: "Die zweckmäßige Struktur des kommunalen Steuersystems", Referat, gehalten auf der Tagung des Finanzwiss.Ausschußes der Gesellsch.f.Wirtsch.u.Sozialwiss. am 25.4.61 i.Würzburg, vervielfält.Manuskr. S.24 f.

2) Vgl.dazu: Teil A,Abschnitte 3.23 u.3.24

3) Vgl.dazu: Teil D,Abschnitt 4.34

da dort die Einkäufe unter dem Einfluß der grösseren Zentren und der Versandgeschäfte eine rückläufige Tendenz aufweisen und kleinere Produktionsbetriebe, die nicht direkt für den Endverbrauch arbeiten, künftig keine Steuer mehr erbringen würden. Verstärkte staatliche Finanzzuweisungen wären daher nicht zu umgehen. Die Einführung einer Kleinhandelsumsatzsteuer kann nur erfolgen, wenn die gegenwärtige Umsatzsteuer in eine Wertschöfungssteuer umgewandelt wird. Da bei der Kleinhandelsumsatzsteuer verhältnismässig hohe Beträge an einer Stelle erhoben werden müssten, ist nicht sicher, ob die Überwälzung immer gelingen wird. Für den Handel würde sich dadurch auch organisatorisch eine Mehrbelastung ergeben. Bei der Neueinführung besteht ferner die Gefahr partieller Preiserhöhungen. Die erforderliche räumliche Aufgliederung überregionaler Ferndienstleistungen würde erhebliche Aufwendungen mit sich bringen und dürfte auf beträchtlichen Widerstand stossen.

Eine grundsätzliche Alternative zu den verschiedenen Möglichkeiten einer Umgestaltung des Systems gemeindeeigener Steuern stellt die Einführung staatlicher Finanzzuweisungen als Haupteinnahmequelle der Gemeinden dar. Es ist dabei im Grunde gleichgültig, ob weiterhin eine ergiebige Gemeindesteuer erhoben wird, deren Aufkommen in einer zentralen Kasse zusammengefasst und verteilt wird, oder ob die Kommunalsteuern weitgehend aufgehoben werden und die Finanzzuweisungen aus erhöhten Länder- oder Bundessteuern gespeist werden. Die räumlich-strukturellen Auswirkungen einer derartigen Neuordnung des kommunalen Finanzsystems hängen von der Gestaltung des Verteilungsschlüssels ab. Es ist wohl anzunehmen, daß ein Zuweisungssystem entwickelt werden kann, das strukturellen Erfordernissen weit eher gerecht wird als der gegenwärtige Verteilungsmodus. Diese Möglichkeiten dürfen jedoch nicht überschätzt werden, da über wesentliche Bezugsgrössen wie z.B. die Abhängigkeit der kommunalen Aufwendungen von der jeweiligen Gemeindegrösse und Wirtschaftsstruktur noch weitgehend Unklarheit besteht.[1] Es ist ferner zu befürchten, daß bei der Ausarbeitung eines Verteilungsschlüssels die Interessenstandpunkte in den Vordergrund treten, sodaß wissenschaftlich erarbeitete Vorschläge nur teilweise zur Anwendung gebracht würden. Diese Gefahr besteht umsomehr, da es einen objektiven Verteilungsschlüssel nicht gibt und daher mit dauernden Auseinandersetzungen um die Bemessung der Anteile zu rechnen wäre. Eine solche Regelung erscheint auch unter bundesstaatlichen Gesichtspunkten kaum durchführbar,

1) Vgl. dazu die Abschnitte 2.2 und 2.3

da dadurch das Prinzip der Finanzhoheit und der Selbstverwaltung erheblich eingeschränkt würde. Die Gemeinden würden auf diese Weise zu "Spesenkörperschaften" von Bund und Ländern degradiert.[1)]

Auf staatliche Finanzzuweisungen als Ergänzung zum kommunalen Steueraufkommen kann u.E. aber auch in Zukunft nicht verzichtet werden. Sie sollten jedoch ausschliesslich auf die Gemeinden beschränkt werden, die nicht in der Lage sind die erforderlichen Aufwendungen aus eigenen Steuereinnahmen zu decken. Die vorangegangene Erörterung der verschiedenen Möglichkeiten einer Änderung des kommunalen Steuersystems hat ergeben, daß es kaum möglich sein wird, die kleineren, vorwiegend agrarisch strukturierten Gemeinden finanzwirtschaftlich auf eigene Füsse zu stellen. Dies zeigt sich sehr deutlich beim gegenwärtigen Gewerbesteueraufkommen, auch durch die Einführung einer Kleinhandelsumsatzsteuer könnte dieses Problem, wie bereits dargelegt wurde, nicht gelöst werden. Die Möglichkeiten für eine Erhöhung der Grundsteuer sind dort ebenfalls begrenzt, da dadurch die Rentabilität der ohnehin schon in beträchtlichem Maße subventionierten Landwirtschaft geschmälert würde. Ähnliches gilt für die Erhöhung bzw. Neueinführung einer Bürgersteuer. Bei einem Ausbleiben staatlicher Finanzzuweisungen würde sich dort die Gefahr verstärken, daß der Abwanderungsprozess beträchtlich zunimmt und daß ganze Landstriche entvölkert würden. Die staatlichen Finanzzuweisungen sollten deshalb künftighin auf eine gezielte Unterstützung dieser Gemeinden begrenzt werden.

Lenort schlägt zur Lösung der gegenwärtigen Probleme eine Einnahmenpoolung in Gemeindeverbänden und eine gemeinsame Lösung der kommunalen Aufgaben vor. Er verweist darauf, daß man sich in den USA bemühe, die zunächst für statistische Zwecke gebildeten "Metropolitan Areas" zu Gemeindeverbänden neuen Typs zu machen, in denen die Gemeinden bei weiterer

---

1) G. Zeitel bemerkt dazu: "Aus der in der Bundesrepublik angestrebten und zum Teil verfassungsmässig geregelten demokratischen, föderativen und sozialen Staatsstruktur lässt sich als Norm ableiten, daß die einzelnen Gebietskörperschaften unter Berücksichtigung ihrer anderen Deckungsmittel steuerlich so zu stellen sind, daß ihnen auf längere Sicht ein Spielraum autonomer Entscheidungen verbleibt.

G. Zeitel: "Die zweckmässige Struktur des kommunalen Steuersystems", Referat, gehalten auf der Tagung des Finanzwiss. Ausschusses der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften am 25.4.1961 in Würzburg, vervielfält. Manuskript S. 6

rechtlicher Selbständigkeit einen gemeinsamen Entwicklungsplan aufstellen und durchführen.[1] Er schlägt für die Bundesrepublik derartige Gemeindeverbände, gegliedert nach sozialökonomischen Raumeinheiten, vor. Als wesentliches Zielt sieht er dabei eine sinnvolle Zuordnung von Wohn- und Arbeitsstätten, eine zweckmässige Anlage der Verkehrsadern, der kommunalen Einrichtungen etc.[2] Eine solche Reform würde zweifellos viele der anstehenden Fragen lösen. Es ergeben sich dabei aber auch erhebliche Schwierigkeiten: welche Gemeinden sollen sich zusammenschliessen? Wie soll räumlich abgegrenzt werden? etc. Bilden steuerschwache Gemeinden einen Verband, dann ergeben sich daraus keine günstigeren Möglichkeiten, die anstehenden Aufgaben zu lösen. Sind Gemeinden mit hohem und niedrigem Steueraufkommen gemischt, dann besteht jeweils die Gefahr, daß die finanzstärkeren Gemeinden ihre Absichten durchsetzen. Die Erfahrungen auf dem kommunalen Sektor während der vergangenen Jahren, wo das föderalistische Prinzip durch egozentrische Verhaltensweise nur allzuoft strapa-ziert wurde, lassen die Durchführbarkeit eines solchen Projekts kaum als möglich erscheinen. Die institutionelle Lösung eines Problems, dessen Ursachen in der divergierenden Interessenlage der Gemeinden liegen, erscheint irreal. Wir halten diesen Vorschlag nicht dafür geeignet, die negativen Auswirkungen des gegenwärtigen Finanzsystems auf die räumliche Wirtschafts- und Sozialstruktur zu beheben, er erscheint aber dafür angebracht, um nach einer kommunalen Finanzreform, bei der erst die Grundlagen für die Durchführbarkeit solcher Gemeindeverbände zu schaffen sind, eine enge kommunale Zusammenarbeit zu fördern.

Ziehen wir die Folgerungen aus den Erörterungen dieses Abschnittes, so können unter räumlich-strukturellen Gesichtspunkten neben einer allgemeinen Erhöhung des kommunalen Einnahmeplafonds folgende Veränderungen der Gemeindesteuern als wünschenswert bezeichnet werden. Wir begnügen uns dabei mit einer Aufzählung der verschiedenen Änderungsmöglichkeiten. Die Frage der jeweiligen quantitativen Bemessung bzw. Ergiebigkeit der verschiedenen Steuern und einer zweckmässigen Kombination zu einem Steuerbukett bleibt dabei offen.

---

1) N.J.Lenort: "Kommunalsteuern und Siedlungsstruktur", Aufsatz in: "Neue Heimat", Juli 1959, S. 20-26.

Vgl. dazu auch Teil A, Abschnitt 1.72

2) ebenda

Im Einzelnen sind zu nennen:

+ Erhöhung des Grundsteueraufkommens
+ Reduzierung der Gewerbesteuersätze und gleichzeitige Umgestaltung der Gewerbesteuer in der Weise, daß Lohnsumme und Kapitalausstattung gegenüber dem Gewerbeertrag die primäre Bemssungsgrundlage bilden.
+ Beteiligung der Gemeinden an dem im Ort erzielten Lohn- und Einkommensteueraufkommen als teilweiser Ersatz und Ergänzung der Gewerbesteuer.
+ Einführung einer Kleinhandelsumsatzsteuer zur Besteuerung des Endkonsums als teilweiser oder vollständiger Ersatz der Gewerbesteuer.
+ Beteiligung der Gemeinden am Mineralölsteueraufkommen.
+ Umwandlung der Grunderwerbssteuer zu einer gemeindeeigenen Steuer.
+ Einführung einer Bürgersteuer als Ergänzung der übrigen Gemeindesteuern.
+ Begrenzung der staatlichen Finanzzuweisungen auf finanzschwache Gemeinden.

Abschliessend ist zu bemerken, daß die Untersuchungen dieses Abschnittes in verschiedenen Zusammenhängen gezeigt haben, daß eine enge Wechselwirkung zwischen der Situation der Kommunalfinanzen und der räumlichen Verteilung und Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft besteht. Eine nachhaltige Lösung der Probleme im kommunalwirtschaftlichen Bereich ist nur im Rahmen weitreichender Bemühungen um die Herbeiführung einer räumlichen Ordnung möglich. Auf der anderen Seite können Verzerrungen in der räumlichen Wirtschafts- und Sozialstruktur in Zukunft nur dann vermieden werden, wenn das gegenwärtige kommunale Finanz-system den räumlich strukturellen Erfordernissen angepasst wird.[1] Landesplanerische Maßnahmen, staatliche Strukturpolitik und eine Reform des kommunalen Finanzsystems müssen daher aufeinander abgestimmt werden, um zu einer Lösung der anstehenden Probleme zu gelangen und ein gesundes Wachstum von Zentralorten wie Schwäb. Hall, deren Entwicklung eine wesentliche Voraussetzung für eine ausgeglichenere räumliche Struktur darstellt, zu ermöglichen.

---

1) "Die Durchsetzung siedlungspolitischer Grundsätze muß im kommunalen Bereich beginnen, sind doch die Wechselbeziehungen zwischen Gemeindehaushalt und örtlicher wie regionaler Siedlungsstruktur als eine wichtige Ursache der gegenwärtigen Mängel des Siedlungsgefüges anzusehen."

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung: "Kommunalsteuern und Siedlungsstruktur", Köln 1958, thesenartige Zusammenfassung Nr. 8.

Teil D: Zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten aus gesamtwirtschaftlicher Schau

1. Aufgabenstellung und Problematik einer Vorausschau auf die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten einer Stadt.

Die kommunale Planung muß in die Zukunft gerichtet sein. Durch die Dimensionierung neuer Einrichtungen, die stadtplanerische Konzeption und durch die Flächennutzungs- und Bauleitpläne wird der Rahmen gesetzt für die weitere Entwicklung einer Stadt. Um die Entwicklung in richtiger Weise zu fördern und in geordnete Bahnen zu lenken, muß über die Stadtgrenzen hinaus Ausschau gehalten werden, wie die allgemeinen Entwicklungstendenzen in Wirtschaft und Technik verlaufen und welche Möglichkeiten sich dabei für eine Stadt unter Berücksichtigung ihrer besonderen Verhältnisse ergeben. Eine möglichst eingehende Beschäftigung mit den mutmaßlichen Entwicklungsaussichten ist insbesondere auch deshalb sehr wichtig, weil nachträgliche Änderungen der Stadtplanung in der Regel nicht mehr möglich sind. "Die Unwiderruflichkeit der städtebaulichen Planungen ist Grund genug für die Notwendigkeit, sich mit besonderer Sorgfalt um die Prognose für die Entwicklung der Stadt zu bemühen."[1] Im letzten Teil dieser Arbeit soll daher, gewissermaßen als Fazit der vorangegangenen Analysen, der Versuch unternommen werden, die Entwicklungsmöglichkeiten von Schwäb. Hall zu umreissen. Es öffnet sich hier ein weites Feld vielfältiger Zusammenhänge, die bisher nur teilweise wissenschaftlich untersucht wurden. Eine Durchdringung des vielschichtigen Prozesses der kommunalen Dynamik und ihrer Teilvorgänge würde eine Arbeit für sich ergeben. Wir müssen uns darauf beschränken, die wesentlichen Zusammenhänge herauszuarbeiten und die daraus für Schwäb. Hall sich ergebenden Möglichkeiten aufzuzeigen. Dabei ist vom großräumigen Sozial- und Wirtschaftsgefüge und seinen Bestimmungsfaktoren auszugehen.[2]

Bei derartigen, in die Zukunft gerichteten Überlegungen, muß scharf getrennt werden zwischen dem, was unter bestimmten Gesichtspunkten als erwünscht erscheinen mag und dem, was unter Berücksichtigung der allgemeinen Entwicklungstendenzen und der verschiedenen Faktoren als wahrscheinlich erreichbar anzusehen ist. Die weitere Entwicklung hängt sowohl von

---

1) G. Isenberg: "Die Existenzgrundlagen von Heidelberg - Gutachten über Tragfähigkeit und Prognose", erstattet im Auftrag der Stadt Heidelberg, 1955

2) "Tatsächlich ist die Dynamik der konkreten Gemeinden in ihrer Intensität bestimmt durch das großräumige Sozial- und Wirtschaftsgefüge." N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung" Köln und Opladen, 1960, S. 212

der Bevölkerung, ihren Veränderungstendenzen und ihrer Verhaltensweise als auch von der Wirtschaft ab. Beide stehen dabei in enger Wechselwirkung zueinander. "Die Eigendynamik der Bevölkerungsentwicklung beruht auf biologischen, sozialen und ökonomischen Faktoren, die untereinander verwoben sind. Die wirtschaftlichen Vorgänge aber unterliegen ihrerseits einer Eigendynamik, die auch, aber nicht nur auf sozialen Komponenten beruht."[1] Die nicht voraussehbaren politischen Entwicklungen bleiben hier außer acht. Bei den folgenden Erörterungen gilt es daher in Betracht zu ziehen:

+ Die vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten und ihre Struktur.[2] Welche der ansässigen Wirtschaftszweige bieten einen Ansatz für eine weitere Expansion aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung? In welchen Wirtschaftszweigen ergeben sich Chancen einer Neu-entwicklung?
+ Die Geburtenquote in Stadt und Umland; die Tendenzen der Wanderungsbewegung; die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik und die Wanderungsbilanz gegenüber dem Ausland.

Wie bereits in verschiedenen Abschnitten dieser Arbeit gezeigt wurde, ist unter den Gesichtspunkten der Raumordnung ein weiteres Wachstum der Stadt Schwäb. Hall wünschenswert. Der wirtschaftliche Fortschritt und die damit verbundene Wohlstandsentwicklung hängen in den Teilgebieten einer Volkswirtschaft immer mehr davon ab, in wieweit sich dort Zentralorte als Kristallisationspunkte herausbilden, die gut ausgestattet sind mit Einrichtungen der Infrastruktur, vielseitigen Erwerbsmöglichkeiten, Qualität und große Auswahl im Warenangebot bieten und von einem weiteren Umland aus leicht erreichbar sind.[3] Es wurde schon darauf hingewiesen, daß Schwäb. Hall in dieser Hinsicht für das wirtschaftlich zurückgebliebende hohenloher Land eine entscheidende Stellung innehat. Die Bedeutung der Infrastruktur wurde bereits in Teil C dargelegt. Hier sei außerdem darauf hingewiesen, daß Schwäb. Hall bei der weiteren Wirtschafts- und Wohlstandsentwicklung die Aufgabe zufällt, neue, nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze für einen Teil der jetzt noch in der Agrarwirtschaft des Umlandes tätigen Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Diese Aufgabe konnte bisher nur zum Teil erfüllt werden, was in der Abwanderungsbewegung und im Auspendlerüberschuß des Kreises zum Ausdruck kommt. Es wurde bereits er-

1) N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln und Opladen 1960, S. 151

2) Der Begriff Erwerbsmöglichkeit ist hier in dem Sinne aufzufassen, daß durch das dabei zu erzielende Einkommen ein dem jeweiligen Niveau entsprechender Lebensstandard möglich ist.

3) Vgl. dazu: A. Lösch "Die räumliche Ordnung der Wirtschaft", Jena 1944 und E. Egner "Wirtschaftliche Raumordnung", Bremen-Horn 1950

-wähnt, daß in Abwanderungsgebieten die Bevölkerungsdichte ein gewisses Mindestmaß nicht unterschreiten darf, sonst werden die Lebensbedingungen für die zurückbleibenden Einwohner immer mehr beeinträchtigt, sodaß auch sie, früher oder später, spätestens beim Generationswechsel, abwandern. Um das zu verhindern, müssen Arbeitsplätze in erreichbarer Entfernung zur Verfügung stehen. Dies braucht und kann nicht in jedem Dorf sein. Aus bereits dargelegten Gründen ist eine Konzentration in kleineren und mittleren Zentren anzustreben. Schwäb. Hall ist beim jetzigen Stand der Motorisierung und verhältnismässig günstigen Bahnverbindungen von den Kreisgemeinden aus leicht zu erreichen.

2. Die Bedeutung der räumlich-funktionalen Analyse für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklungsaussichten.

In Teil A dieser Arbeit wurde die Methode der räumlich-funktionalen Analyse in statischer Weise zur Kennzeichnung der Wirtschaftsbereiche zur Anwendung gebracht, durch die Geld in die Stadt hereinfliesst und damit ihre Wirtschaftskraft begründet wird.[1] Wir sehen uns in diesem Abschnitt der Fragestellung dynamischer Art gegenüber, auf welchen Branchen die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt aufbauen kann und welche Bevölkerungsentwicklung dabei als wahrscheinlich anzusehen ist. Die räumlich-funktionale Analyse zeigt, daß als Träger der weiteren Entwicklung nur die den inneren Kreislauf speisenden fundamentalen Wirtschaftszweige in Frage kommen, die die Wirtschaft einer Stadt mit der übrigen Wirtschaft verbinden. Die Lösung des Problems einer wirtschaftlichen Prognose ist damit jedoch nur vorbereitet. Keineswegs alle fernbedarfstätigen (fundamentalen) Wirtschaftszweige kommen für eine Erweiterung in Betracht. Ferner ist zu beachten, daß die Grenze zwischen Fern- und Nahbedarfstätigen im Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung fortwährend Änderungen unterworfen ist. Es bedarf also zunächst einer makroökonomischen Analyse der voraussichtlichen strukturellen Verschiebungen im Verlauf der weiteren Entwicklung. Aufgrund der speziellen Verhältnisse, die eine Stadt und ihr Umland aufweisen, können dann Folgerungen gezogen werden, in welchen Branchen eine Expansion wahrscheinlich und eine weitere Entwicklung besonders förderungswürdig erscheint.[2] "Die permanente Bewegung in den materiellen Grundlagen der Gemeinde und das Nebeneinander von Wachstum und Rückgang in der gleichen Zeit verpflichtet in besonderer Weise, sich nicht nur über die tra-

1) Vgl. dazu Teil A: Die wirtschaftliche Situation von Schwäb. Hall

2) Lenort weist besonders darauf hin, "daß die gesamtwirtschaftliche Dynamik wertvolle Rückschlüsse auf Bedenklichkeit oder Unbedenklichkeit der örtlichen Wirtschaftsentwicklung zulässt."
N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung" Köln und Opladen 1960, S. 179

-genden Wirtschaftszweige des Gemeinwesens, sondern auch über deren regionale, nationale und schliesslich europäische Zukunftsaussichten zu unterrichten, um nötigenfalls rechtzeitig für einen Ausgleich sorgen zu können."[1] Dabei ist zu beachten, daß die Tendenzen im größeren Wirtschaftsraum nicht ohne weiteres auf eine Stadt übertragen werden können. Entsprechend der jeweiligen Struktur treten sie dort verstärkt oder abgeschwächt auf.

In Deutschland wurden die Möglichkeiten, die räumlich-funktionale Analysen für die Ausarbeitung von kommunalen Entwicklungsplänen bieten, bisher noch kaum erkannt und nutzbar gemacht. In Schweden hat man dagegen, auf diesem System aufbauend, schon während des zweiten Weltkrieges Stadtentwicklungspläne erarbeitet. William-Olsson hat bei der Untersuchung der zukünftigen Entwicklung Stockholms die Wirtschaft der Stadt in "Eigen- und Tauschproduktion" aufgeteilt.[2] F. Forbat gliederte bei der Ausarbeitung von Stadtentwicklungsplänen für drei schwedische Städte im gleichen Sinne in einen "stadtbildenden" und einen "stadtversorgenden" Sektor. Es handelte sich dabei um Untersuchungen, die 1943 in Skovde (ca. 14 700 Einwohner), 1944 in Kristinehamn (ca. 15 200 Einw.) und 1946 in Landskrona (ca. 23 600 Einw.) durchgeführt wurden.[3]

Grundtendenzen gesamtwirtschaftlicher Strukturveränderungen bei steigendem Wohlstand

Wie bereits in Teil A erwähnt wurde,[4] hat sich Jean Fourastié in dem 1949 erschienen Buch: "Le grand espoir du XX^{e} siècle" mit den Fragen gesamtwirtschaftlicher Strukturveränderungen im Rahmen der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung beschäftigt.[5] Er geht bei seinen Überlegungen von den verschiedenen Möglichkeiten der einzelnen Wirtschaftsbereiche zu weiteren Produktivitätssteigerungen und von den künftigen Absatzchancen aus und gliedert die Wirtschaft unter diesen Gesichtspunkten in drei Gruppen.

---

1) N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung" Köln und Opladen 1960, S. 180

2) W. William-Olsson: "Stockholms framtida utveckling", Stockholm 1941

3) Fred Forbat: "Untersuchungen über den Lokalisierungsmultiplikator" in Raumforschung und Raumordnung, Heft 2, 1953, S. 98 f.

Er führt dazu aus: "Schliesslich muß auch jede Bevölkerungsprognose in unseren Stadtentwicklungsplänen auf das Verhältnis aufgebaut werden, das zwischen den Erwerbstätigen in den "stadtbildenden" Wirtschaftszweigen und der Gesamtbevölkerung besteht."
ebenda S. 97

4) Vgl. dazu Teil A, Abschnitt 1.552

5) Deutsche Ausgabe: "Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts" Köln-Deutz, 1954

Zum primären Wirtschaftsbereich rechnet er die Wirtschaftszweige mit mittelmässigem technischen Fortschritt, die sich bei steigendem Wohlstand am ersten einer Sättigung des Verbrauchs gegenüber sehen.[1] Es handelt sich dabei vor allem um die landwirtschaftliche Erzeugung. Dem Nahrungsmittelverbrauch sind durch die begrenzte menschliche Aufnahmefähigkeit bestimmte Schranken gesetzt. Die Nachfrageelastizität ist dadurch gering und es zeigt sich die Tendenz, daß bei steigendem Wohlstand der Anteil der Nahrungsmittelausgaben an den gesamten Verbrauchsausgaben zurückgeht. Nur durch eine verstärkte Veredelungsproduktion über Geflügel, Viehzucht und Sonderkulturen ist eine gewisse Ausweitung des Absatzes bei gleichbleibendem Kalorienbedarf möglich, da dadurch der Veredelungskoeffizient Wert:Cal gesteigert wird. Aus dieser Situation heraus ergibt sich, daß bei wachsender Technisierung in der Landwirtschaft die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, die zur Ernährung der Bevölkerung eines Landes erforderlich ist, notwendigerweise zurückgehen muß. Dieser Rückgang ist auch deshalb erforderlich, weil die landwirtschaftliche Bevölkerung nur dann an der allgemeinen Wohlstandssteigerung teilhaben kann, wenn bei durchschnittlich gleichbleibenden Preisen je landwirtschaftliche Arbeitskraft mehr erzeugt und verkauft wird. Dies lässt sich bei den begrenzten Absatzmöglichkeiten nur über eine Verringerung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte erreichen.[2] Hinzu kommt, daß sich das Ertragsgesetz in der Landwirtschaft weit stärker bemerkbar macht als in der Industrie. Die im Zuge der Mechanisierung und Wohlstandsentwicklung eintretende Bedarfsausweitung der Landwirtschaft liefert gleichzeitig anderen Wirtschaftsbereichen als Zulieferer etc. neue Erwerbsmöglichkeiten. Die unter moralischen, soziologischen und anderen Gesichtspunkten vielfach missgedeutete und beanstandete Abwanderung aus der Landwirtschaft hat hierin ihre klare ökonomische Begründung. Wie weit damit ein Ortswechsel verbunden ist, hängt davon ab, ob in der näheren Umgebung neue, nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze gefunden werden können. Fehlen derartige Erwerbsmöglichkeiten und lassen sich Arbeitsplätze über eine tragbare Entfernung im Pendlerverkehr nicht erreichen, so ist ein weiteres Verbleiben am bisherigen Wohnort unter Beibehaltung der landwirtschaftlichen Tätigkeit mit einem relativen und je nach Lage der Dinge, auch absoluten Rückgang des Lebensstandards verbunden.

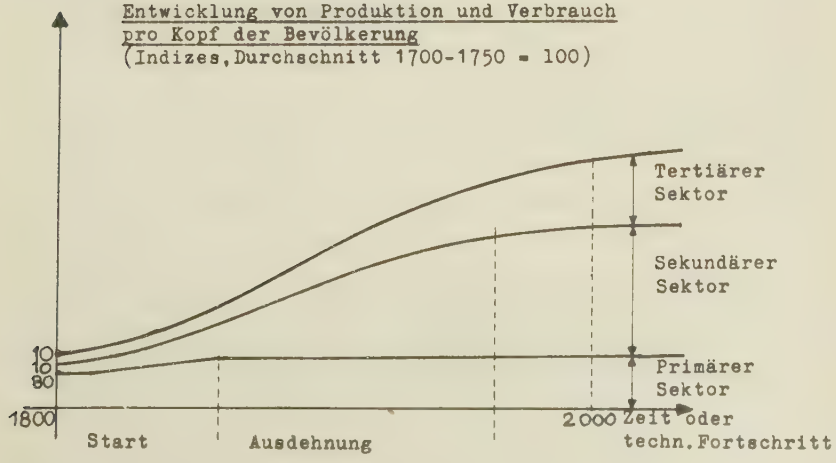
1) Jean Fourastié: "Die große Hoffnung des 20. Jahrunderts", Köln-Deutz, 1954, S. 30

2) Vgl. dazu G. Isenberg: "Die Stellung der Agrargebiete im Prozess der Wohlstandssteigerung", in: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. IX: Raum und Landwirtschaft I, Bremen-Horn 1958, S. 123 f.

Zum sekundären Wirtschaftsbereich zählen die Wirtschaftszweige mit grossem technischen Fortschritt, bei denen eine Bedarfssättigung erst verhältnismässig spät eintritt. Hierbei handelt es sich in erster Linie um die industrielle Produktion. Wie die tägliche Erfahrung zeigt, gibt es dafür eine Fülle von Absatzmöglichkeiten und einen großen Spielraum zusätzlicher Bedarfsweckung. "Folglich war die Begrenzung der Produktion durch die Ansprüche des Verbrauchs in der Industrie bisher weit weniger eindeutig als in der Landwirtschaft, Die Kurve steigt also lange Zeit hindurch sehr steil an. Trotzdem müssen wir auch für die sekundären Güter einen Zeitpunkt der Sättigung annehmen." [1)]

Der tertiäre Wirtschaftsbereich umfasst alle die Zweige, die nur einen geringen technischen Fortschritt zu verzeichnen haben und bei denen eine Sättigung des Bedarfs nicht eintritt. Hierbei ist insbesondere die Zeit als wesentlichste Komponente des menschlichen Wirtschaftens zu berücksichtigen. "Mit dem durchschnittlichen Reichtum des Menschen steigt auch sein Bedarf an Dienstleistungen, weil er nach einem Kompromiß zwischen den ihm angebotenen Freuden aller Art und der ihm zur Verfügung stehenden Zeit sucht. Sekundärer Verbrauch erfordert Zeit, tertiärer Verbrauch spart Zeit.[2)]

Das folgende Schaubild verdeutlicht die strukturellen Verschiebungen bei wachsender Gesamtleistung einer Volkswirtschaft.[3)] (Fußnoten siehe S. 204)



In den USA, die in dieser Entwicklung voranschreiten, waren nach Angaben von Fourastié um das Jahr 1950 bereits 50 % der aktiven Bevölkerung im tertiären Sektor tätig. Er hält eine weitere Erhöhung bis auf 80 % für möglich.[1] Der technische Fortschritt und die damit verbundene Wohlstandssteigerung ziehen also erhebliche Verschiebungen der Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur nach sich, die die fachliche Gliederung der Gesamtwirtschaft nachhaltig verändern. Die Wirtschaft einer Stadt kann im Verlauf dieser Strukturveränderungen Rückschläge erleiden oder expandieren, je nachdem wie sie gegliedert ist und wie sie sich den allgemeinen Veränderungstendenzen anpassen kann.

G. Isenberg hat bereits 1932 auf diese gesamtwirtschaftlichen Strukturverschiebungen hingewiesen.[2] Im Rahmen einer Untersuchung über die internationalen Unterschiede der Produktionsbedingungen gliederte er die Waren- und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft in drei Gruppen: a, b, c, im Sinne von Agrarprodukten, Industrieerzeugnissen und Dienstleistungen bzw. Erzeugnissen des gehobenen Bedarfs. Er führte dazu aus, daß umso mehr Mittel für die Produktion und den Verbrauch von weniger dringlichen Gütern zur Verfügung stehen, je günstiger die Produktionsbedingungen eines Landes sind.[3] Daraus zog er die Folgerungen, daß in wohlhabenden Ländern der Verbrauch der Waren b und c höher ist als in armen Ländern und daß dort mehr Arbeitskräfte in den Wirtschaftszweigen beschäftigt sind, die den Warengruppen b und c entsprechen, wogegen in den armen Ländern die Mehrzahl der Erwerbstätigen zur Beschaffung der lebensnotwendigen Güter arbeitet.[4] Über die weitere Entwicklung schrieb er: "Im (reichen) Lande A werden die Arbeitskräfte im Wirtschaftszweig a (= Landwirtschaft) zurückgehen, da für die Produktion der benötigten Mengen, deren Absatz nur

---

Fußnoten von S. 203:

1)Jean Fourastié: "Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts" Köln-Deutz 1954, S. 270

2)ebenda S. 275

3)Dargestellt nach einem Schaubild in: "Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts", S. 270

---

1)Jean Fourastié: "Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts" Köln-Deutz, 1954, S. 227

2)G. Isenberg: "Die Produktionsbedingungen als Bestimmungsgrund für die internationalen Unterschiede des Lohn- und Preisniveaus", Tübinger wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen 3. Folge, Stuttgart 1933

3)ebenda S. 53

4)ebenda S. 53/54

in ganz geringem Maße steigerungsfähig ist, weniger Arbeitskräfte benötigt werden. Im Wirtschaftszweig b (= Industrie) werden die bisherigen Arbeitskräfte infolge der tecnnischen Verbesserungen eine grössere Menge von Waren produzieren können, die bei der großen Elastizität der Nachfrage nach Industrieprodukten auch absetzbar ist. Es hängt von dem Grad der Elastizität ab, ob der Wirtschaftszweig b noch weitere Arbeitskräfte über den bisherigen Stand hinaus aufnimmt. Wahrscheinlich wird ein großer Teil der aus dem Wirtschaftszweig a freigesetzten Arbeitskräfte von dem Wirtschaftszweig c aufgenommen werden." [1]

Es kann damit gerechnet werden, daß es im Verlauf der nächsten Jahre möglich sein wird, detaillierte Vorausschätzungen über die strukturelle Entwicklung der Volkswirtschaft anzustellen. Dies wird auch für die kommunale Entwicklungsplanung Fortschritte bringen, da dann konkretere Anhaltspunkte über die voraussichtlichen Entwicklungstendenzen zur Verfügung stehen werden als bisher. In diesem Zusammenhang ist auf die im Auftrag der Hohen Behörde der Montanunion von einer Sachverständigengruppe erstellte Arbeit: "Methoden zur Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung auf lange Sicht", zu verweisen.[2] Der Stand der wissenschaftlichen Arbeit auf diesem Gebiet, wie er in dem Bericht zur Darstellung gelangt ist, lässt erhoffen, daß bald praktische Erfolge sichtbar werden.[3]

4. Die Chancen der Stadt Schwäb. Hall im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

4.1 Allgemeine Gesichtspunkte

4.11 Folgerungen aus den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen für die nah- und fernbedarfstätigen Wirtschaftszweige.

In diesem Abschnitt sollen die Folgerungen gezogen werden, die sich aus den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen für die verschiedenen fernbedarfstätigen (fundamentalen) und nahbedarfstätigen (derivativen) Wirtschaftszweigen ergeben. Zunächst zu den Fernbedarfstätigen: Die Landwirtschaft wird in der Bundesrepublik relativ weiter an Bedeutung verlieren. Der Anteil der landwirtschaftlichen Wertschöpfung am gesamten Sozialprodukt und der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamt-

1) G. Isenberg: "Die Produktionsbedingungen als Bestimmungsgrund für die internationalen Unterschiede des Lohn- und Preisniveaus", Tübinger wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen 3. Folge, Stuttgart 1933, S.54

2) Vgl. dazu: "Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Statistische Informationen 1960, Nr. 6

3) Im Vorwort des Berichtes wird u.a. darauf hingewiesen, "daß die wissenschaftlichen Untersuchungen auf dem Gebiet der langfristigen Vorausschätzungen seit einigen Jahren sehr lebhaft sind".
Statistisches Amt der Europäischen Gemeinsdaften: "Methoden zur Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung auf lange Sicht".
Statistische Informationen 1960, Nr. 6, S. 571

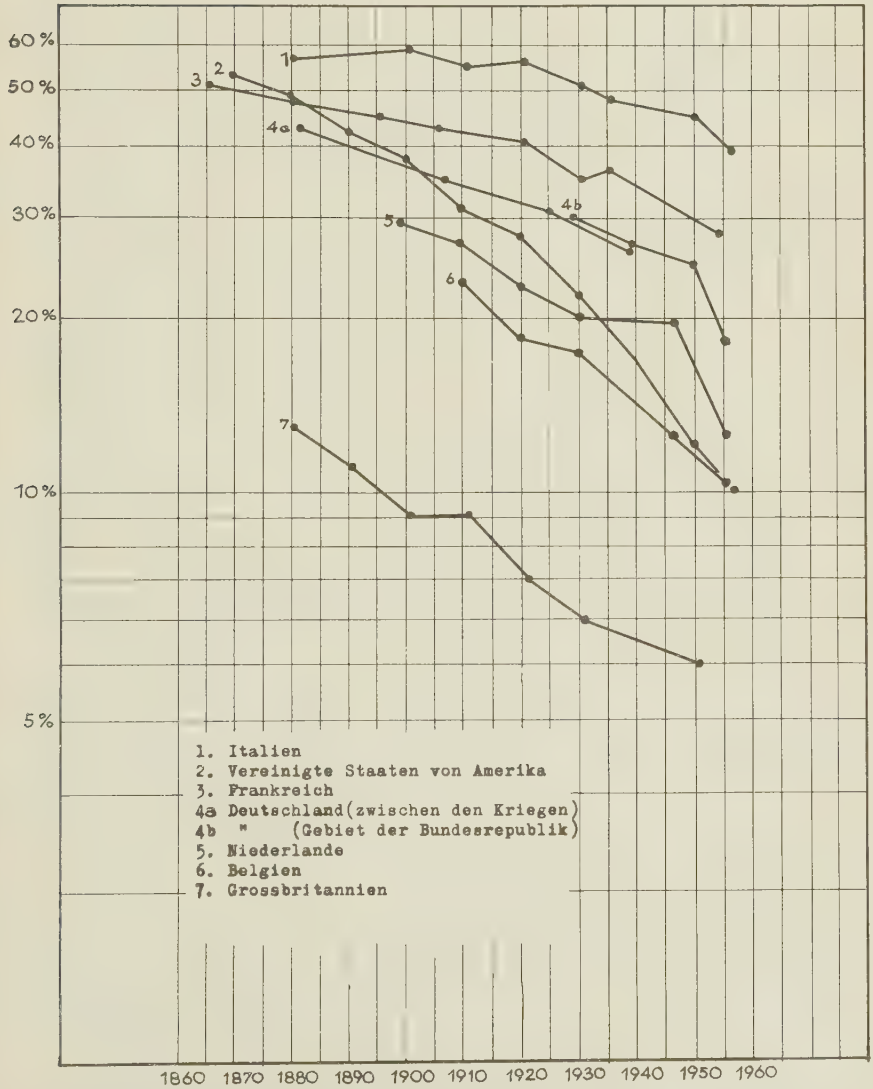
-bevölkerung werden noch mehr zurückgehen.[1] Für Schwäb. Hall ist dieser Vorgang angesichts seines agrarischen Umlandes von erheblicher Bedeutung. Die Erörterungen zeigten ferner, daß die Industrie, insbesondere auf lange Sicht, nicht die ausschliessliche Bedeutung für den Wohlstand und die Entwicklung einer Stadt hat, wie es gegenwärtig, vor allem unter dem Eindruck des Gewerbesteuer-Aufkommens vielfach gesehen wird. Stagnationserscheinungen im industriellen Bereich, wie sie teilweise in den USA auftreten, sind in der Bundesrepublik vorläufig nicht zu erwarten. Der Lieferbedarf der Entwicklungsländer wird auch fernerhin einen guten Absatz für industrielle Produkte sichern und die Beschäftigtenzahl in der Industrie wird aller Wahrscheinlichkeit nach weiter zunehmen, wenn auch nicht mehr in dem Tempo wie bisher. Schwäb. Hall, dessen industrieller Bereich bisher noch verhältnismässig schwach entwickelt ist, hat also nach den allgemeinen Tendenzen Chancen für eine stärkere Industrialisierung. Die allgemeinen Ausweitungstendenzen des Dienstleistungsbereichs wirken sich sowohl bei den fundamentalen Ferndienstleistungen als auch bei den derivativen Nahdienstleistungen aus.[2] Dabei ist die Tendenz zu einer räumlichen Konzentration in grösseren und kleineren Zentren zu erkennen, was u.a. auch als einer der Gründe für die zunehmenden Verstädterungserscheinungen anzusehen ist. Auch bei den Dienstleistungen kann rationalisiert werden, wenn auch nicht in dem Maße wie im Produktionsbereich. Der steigende Bedarf an Service ruft deshalb keinen proportional dazu steigenden Arbeitskräftebedarf hervor. Trotzdem eröffnet sich hier bei einer fortschreitenden Wohlstandesentwicklung ein weites Feld zusätzlicher Erwerbsmöglichkeiten. Der Dienstleistungsbereich ist in Schwäb. Hall bereits gut entwickelt, und es zeigen sich verschiedene Ansätze für eine weitere Expansion, die in Abschnitt 4.3 näher untersucht werden.

Auch bei den nahbedarfstätigen derivativen Wirtschaftszweigen vollziehen sich Änderungen. Wie bei den grundsätzlichen Erörterungen bereits dargelegt wurde, ist die Zurechnung der Dienstleistungen zu den Fundamentalen oder Derivativen weitgehend von den jeweiligen räumlichen Beziehungen abhängig. In der Umgebung von Schwäb. Hall befindet sich kein Ort mit höhe-

1) Vgl. dazu das Schaubild: Entwicklung des Anteils der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in den westeuropäischen Ländern und in den USA.

2) In den USA wurden bereits Untersuchungen über diese Entwicklung durchgeführt, dabei ergab sich, daß auf eine Zunahme von 100 Industriearbeitsplätzen in 10 Jahren 174 zusätzliche Arbeitsplätze im nahbedarfstätigen Dienstleistungsgewerbe entfielen.
Vgl. dazu: N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln und Opladen 1960, S. 194

Entwicklung des Anteils der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in den westeuropäischen Ländern und in den USA.



Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Statistische Informationen Nr. 6, 1960

-rem Zentralitätsgrad. Die wachsende Verwendungsquote der fundamentalen Einnahmen der Schwäb. Haller Wirtschaft für Dienstleistungen, wie sie aufgrund der oben skizzierten Entwicklungstendenzen zu erwarten ist, kommt dadurch in vollem Maße dem, in diesem Fall derivativen Dienstleistungsbereich der Stadt zugute und schafft hier zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten. Es vergrössern sich in Schwäb. Hall also die innerörtlichen Verwendungsquoten und damit der innere Wirtschaftskreislauf. Gleichzeitig werden aber bei der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung verschiedene derivative Wirtschaftszweige, insbesondere im Handwerk durch die industrielle Produktion zurückgedrängt. Auch bei dem bisher zu einem großen Teil nahbedarfstätigen Bauhandwerk machen sich in jüngster Zeit - im Vergleich zu anderen Ländern und anderen Produktionszweigen, zwar verhältnismässig spät - Tendenzen bemerkbar, einen grösseren Teil des Herstellungsprozesses in Fabriken zu verlegen, wo sich weit mehr Möglichkeiten zur Rationalisierung bieten als an der Baustelle. Die Vorfertigung der verschiedenen Bauelemente wird auch in der Bundesrepublik in zunehmendem Maße erweitert und die in anderen Industrieländern längst geübte Herstellung von Fertighäusern gewinnt an Bedeutung. Die weitgehend nahbedarfstätigen Leistungen an der Baustelle werden in steigendem Maße durch fernbedarfstätige industrielle Produktion ersetzt.[1] Es kann, insgesamt gesehen, jedoch angenommen werden, daß in einer Stadt wie Schwäb. Hall der Zuwachs im derivativen Dienstleistungsbereich die Rückgänge im derivativen Handwerk überwiegen wird.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß sich im Zuge der weiteren Entwicklung erhebliche Strukturverschiebungen sowohl im Bereich der Fernbedarfstätigen (Fundamentalen) als auch der Nahbedarfstätigen (Derivativen) ergeben werden. Gleichzeitig verändert sich die Relation Fundamentale zu Derivative zugunsten der Derivativen und es ist anzunehmen, daß bei der weiteren Entwicklung der Dienstleistungen die Relation zwischen beiden auf 1:2 anwachsen wird. Diese Vorgänge ändern jedoch grundsätzlich nichts daran, daß die fundamentalen Wirtschaftsbereiche weiterhin für die Wirtschaft einer Stadt von erstrangiger Bedeutung bleiben, denn durch sie fliessen, wie bereits erwähnt, die Einnahmen herein, die den inneren Kreislauf speisen.

1) Die Fertighausindustrie in der Bundesrepublik besteht bisher nur aus kleineren Betrieben mit einem jährlichen Produktionsvolumen zwischen 50 und 300 Einheiten. Die Rationalisierungsmöglichkeiten wurden bisher nur teilweise genutzt, dies wird erst bei grösseren Serien möglich sein. Zusammen mit den Importen kann bisher nur knapp 1 % des Wohnungsbedarfs durch Fertighäuser gedeckt werden. Viele Anzeichen deuten jedoch darauf hin, daß durch die Ausweitung der Importe und durch die Steigerung der inländischen Produktion in naher Zukunft eine beträchtliche Ausweitung des Angebots von Fertighäusern zu erwarten ist.

4.12 Vielseitigkeit und Krisenfestigkeit als Leitgedanken einer strukturellen Gliederung

In Teil A Abschnitt 1.562 wurde bereits darauf hingewiesen, daß sich die Frage nach der Vielseitigkeit und Krisenfestigkeit der Wirtschaft einer Stadt nur auf die Fernbedarfstätigen beziehen kann, denn sie stellen das Verbindungsglied zu der Gesamtwirtschaft dar und die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt hängt davon ab, wie sich die konjunkturellen und strukturellen Veränderungen der Gesamtwirtschaft darauf auswirken[1]. Die Nahbedarfstätigen, die immer eine verhältnismässig große Vielseitigkeit aufweisen, sind in ihrer Tätigkeit von den Fernbedarfstätigen abhängig, sie werden von konjunkturellen Schwankungen und strukturellen Veränderungen über jene indirekt betroffen.
Bei der wachsenden Arbeitsteilung im Zuge des technischen Fortschritts ist für den kleinen räumlichen Ausschnitt, den eine Stadt innerhalb einer Volkswirtschaft darstellt, eine Vielseitigkeit der fernbedarfstätigen Erwerbsgrundlagen nur begrenzt möglich.[2] Trotzdem ist dies als ein Gesichtspunkt zu betrachten, der bei Erörterungen über die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt Beachtung verdient. Das Merkmal der Vielseitigkeit ist unter zwei Gesichtspunkten zu betrachten: zunächst im Hinblick auf die Zusammensetzung der fernbedarfstätigen Wirtschaftsbereichs in produzierendes Gewerbe und Ferndienstleistungen einschl. zentraler Dienstleistungen, ferner im Hinblick auf die Gliederung dieser beiden Wirtschaftsbereiche. Dabei ist zu berücksichtigen, daß eine Monostruktur auch über eine Zuliefer-Verflechtung möglich ist. Wie die Strukturanalyse in Teil A gezeigt hat, weist die Wirtsdhaft der Stadt Schwäb. Hall ein verhältnismäßig hohes Maß an Vielseitigkeit auf, sowohl was die Relation

---

1) "Je verschiedenartiger die wirtschaftlichen Existenzgrundlagen der Bevölkerung, umso eher besteht die Aussicht, daß nicht schon durch das Auftreten partieller Störungen des Wirtschaftslebens ganze Städte oder Landschaften sich in Notstandsgebiete verwandeln, die den Staat vor schwer lösbare Aufgaben stellen".
E.Egner: "Wirtschaftliche Raumordnung", Bremen-Horn 1950, S.51.

2) "Wir müssen uns also hier wohl schon mit der an sich schmerzlichen Feststellung abfinden, daß in bestimmten Teilen des Wirtschaftsraumes die zweifellos unerwünschte strukturelle Einseitigkeit als unabwendbar anzusehen ist".
C. Thalheim: "Ballung und Dezentralisation der Industrie als Problem der Raumforschung und Raumordnung", in: Raumforschung und Raumordnung Heft 1/2, 1943, S. 11

Industrie zu Ferndienstleistungen anbetrifft als auch im Hinblick auf die jeweilige strukturelle Gliederung beider Wirtschaftsbereiche[1]. Schwäb. Hall unterscheidet sich dadurch in günstiger Weise von vielen industriell sehr einseitig strukturierten Orten in Baden-Württemberg, wie z.B. auf der Schwäbischen Alb oder im Wiesetal, wo die Textilindustrie in weitem Abstand die wichtigste Branche darstellt. Ein hervorragendes Beispiel dafür bietet Tailfingen. Für Schramberg und Schwenningen gilt ähnliches im Hinblick auf Uhren und Feinmechanik. Angesichts der vielseitigen Struktur der Schwäb.Haller Wirtschaft braucht bei der weiteren Entwicklung der Stadt das Moment der Krisenanfälligkeit wegen zu großer Einseitigkeit vorläufig nicht beachtet werden. Einer weiteren Entwicklung der Wirtschaftszweige, bei denen Schwäb. Hall günstige Voraussetzungen aufweisen kann, sind daher unter diesem Gesichtspunkt keine Bedenken entgegenzusetzen.

4.13 Faktoren des Wirtschafts- und des Sozialstandorts und die Wirksamkeit räumlicher Regulativkräfte

Die Auswirkungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf die einzelnen Regionalwirtschaften hängen davon ab, in welcher Weise die verschiedenen Standortfaktoren wirksam sind[2]. Für Schwäb. Hall, das während der vergangenen Jahrzehnte hinter der Entwicklung der Industrieorte und der Ballungsräume zurückblieb, stellt sich dabei die Frage, inwieweit es an der in den vorhergehenden Abschnitten skizzierten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung teilhaben kann. In unserem Wirtschaftssystem hängt dies vor allem davon ab, in welcher Weise marktwirtschaftliche Regulativkräfte räumlich-strukturell wirksam werden, d.h. den weiteren Ballungstendenzen entgegenwirken und auch Städten wie Schwäb. Hall neue Chancen für die Erweiterung ihrer Erwerbsmöglichkeiten eröffnen.

---

1) Vgl. dazu Teil A,Abschnitt 3.28.

2) Alfred Weber definiert den Begriff Standortfaktor als" einen seiner Art nach scharf abgegrenzten Vorteil, der für eine wirtschaftliche Tätigkeit dann eintritt, wenn sie sich an einen bestimmten Ort, oder auch generell an Plätzen bestimmter Art vollzieht".
Alfred Weber: "Über den Standort der Industrien, 1.Teil: Reine Theorie des Standorts", Tübingen 1922, S. 16.

Die Standortfaktoren haben sich im Verlauf der durch einen schnellen technischen Fortschritt geprägten wirtschaftlichen Entwicklung erheblich verändert. Die zwingenden sachlichen Momente, wie z.B. die Rohstoffgrundlagen verloren an Bedeutung und gesellschaftliche und kulturelle Faktoren kamen neu hinzu. Diese Entwicklung wurde verstärkt durch die Ausdehnung und Intensivierung des Verkehrs. Die Wahlmöglichkeiten bei der Entscheidung über einen Standort nahmen dadurch zu. Auf die von E.Dittrich entwickelten Kreise unterschiedlicher Standortverhältnisse angewandt, bei denen er unterscheidet zwischen: Kreis I: Standortoptimum
Kreis II: günstig
" III: gleichgültig
" IV: feindlich
" V: unmöglich 1)

bedeutet dies, daß vor allem die Kreise II und III an Bedeutung gewannen. Der Spielraum für Standortentscheidungen nach irrationalen und außerökonomischen Gründen wurde dadurch ebenfalls größer[2].

Bei wachsendem Wohlstand und bei Vollbeschäftigung sind im Hinblick auf die räumliche Verhaltensweise der Bevölkerung neben dem Arbeitsplatz mehr und mehr auch die Faktoren zu beachten, die den Lebensraum und die Lebensgestaltung beeinflussen. Bereits in der Einleitung wurde darauf hingewiesen, daß man neben dem Wirtschaftsstandort unter diesen Gesichtspunkten auch von einem Sozialstandort sprechen kann. Im Gegensatz zu den wesentlichen Merkmalen eines guten Wirtschaftsstandortes, die weitgehend bekannt sind, bestehen über die Ausstattung eines Sozialstandortes noch weitgehend unklare Vorstellungen und entgegengesetzte Auffassungen. Dies rührt insbesondere daher, daß die Qualitäten eines Sozialstandorts in weit größerem Maße als die eines Wirtschaftsstandorts von subjektiven Faktoren abhängig sind, wogegen der letztere in erster Linie durch objektive Faktoren bestimmt wird, die letztlich immer auf die Rentabilität hinauslaufen.

---

1) E.Dittrich: "Unternehmerpersönlichkeit und Standortbestimmung", in: Raumforschung u.Raumordnung, Heft 1/2 1943, S. 49 f.

2) Vgl. dazu auch C.Thalheim: "Ballung und Dezentralisation der Industrie als Problem der Raumforschung und Raumordnung", in: Raumforschung u. Raumordnung, Heft 1/2, 1943, S. 4.
Mellerowicz weist darauf hin, daß auch die industrielle Standortwahl wegen der zahlreichen variablen und unwägbaren irrationalen Motive nur von wenigen Betrieben aufgrund betriebswirtschaftlicher Erwägungen getroffen werde.
Mellerowicz: "Betriebswirtschaftslehre der Industrie", Freiburg 1957.

Es wäre für Landesplanung und Städtebau von großem Nutzen, wenn auch in diesem Bereich eine größere Klarheit bzw. ein Leitbild erarbeitet werden könnte. Diese Fragen boten bisher Anlaß zu vielerlei Behauptungen und Gegenbehauptungen, ohne daß entsprechende Begründungen gegeben werden konnten. Es kommt unseres Erachtens vor allem darauf an, die Einstellung der Bevölkerung zu den verschiedenen Fragen genauer zu erforschen. Die geäußerten Meinungen dürfen freilich nicht als einziges Maß der Dinge angesehen werden und es ist vor allem sehr kritisch zu prüfen, inwieweit es sich dabei um irreale Wunschbilder handelt, die außerhalb des Erreichbaren liegen.

Bevor wir uns inden folgenden Abschnitten mit den Entwicklungsmöglichkeiter in den verschiedenen Schwäb. Haller Wirtschaftszweigen im einzelnen beschäftigen werden, sollen zunächst die räumlich relevanten Zusammenhänge des Arbeitsmarktes erörtert werden, da hier die Faktoren des Wirtschafts- und des Sozialstandorts besonders eng ineinandergreifen und insbesondere in der Gegenwart einen bedeutsamen Einfluß auf die räumlich-strukturelle Entwicklung ausüben. Kreisstädte wie Schwäb. Hall stehen dabei in Konkurrenz zu den größeren Städten und den Ballungsräumen, denn ihre weitere Entwicklung hängt davon ab, ob sich das wirtschaftliche Wachstum auch fernerhin dort konzentriert oder ob es ihnen gelingt, eine stärkere Anziehungskraft auszuüben. Eine Konkurrenzlage zu den größeren Gemeinden der Umgebung ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht gegeben. Diese sind sowohl als Wirtschafts- wie als Sozialstandort im Zusammenhang mit ihrer Kreisstadt zu sehen. Schwäb. Hall steht heute, was seine Attraktivität im Hinblick auf Unternehmer und Arbeitnehmer betrifft, vor allem in Konkurrenz mit wirtschaftlich stärker entwickelten Kreisstädten in der weiteren Umgebung, mit größeren Zentren wie Heilbronn und insbesondere mit dem Stuttgarter Ballungsraum.

4.14 Bestimmungsfaktoren der regionalen Arbeitsmärkte

4.141 Die Bedeutung der Arbeitskraftreserven

Die Frage nach Arbeitskraftreserven stellt sich für eine Stadt wie Schwäb. Hall in doppelter Weise: Auf der einen Seite wollen ansiedlungswillige Unternehmer wissen, mit wieviel Arbeitskräften sie rechnen können. Dieser Faktor gewinnt bei der gegenwärtigen Entwicklung immer mehr an Bedeutung, nachdem zu beobachten ist, daß die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften in Ballungsräumen nicht nur dazu führt, daß dort Neuanlagen von Fertigungsbetrieben unterbleiben, sondern auch in wachsendem Maße zu Verlagerungen zwingt.[2] Die Knappheit an Arbeitskräften hat die Dezentralisierung der Industrie während der vergangenen Jahre schon erheblich begünstigt[1]. Auf der anderen Seite ist abzuschätzen, wieviel Arbeitskräfte aus der Umgebung einen Arbeitsplatz in Industrie und Gewerbe benötigen, damit sie nicht zu einer Abwanderung in die Ballungsräume oder zu langen Pendelwegen gezwungen sind.

Die Arbeitslosenquote weist beim jetzigen Stand der Vollbeschäftigung regional nur sehr geringe Unterschiede auf. Arbeitskraftreserven können auf diese Weise höchstens noch saisonal in geringem Umfang ermittelt werden. Die Arbeitslosenquote des Arbeitsamts Schwäb.Hall ist heute so niedrig, wie in anderen Gegenden des Landes.Die ehemals durch Übersetzung mit Flüchtlingen hervorgerufene strukturelle Arbeitslosigkeit im hohenloher Raum ist längst beseitigt. Aus dieser Situation geht deutlich hervor, daß die gegenwärtige Problematik regionaler Unterschiede in der Wirtschaftskraft und der daraus resultierenden Bevölkerungskonzentration in den Aktivräumen nicht mehr davon herrührt, daß hier Arbeitsplätze zu bekommen sind und dort nicht.Dem höheren Wohlstandsniveau entsprechend liegen die regionalen Unterschiede heute vorwiegend in der Art der Beschäftigung und in den dabei zu erzielenden Einkünften. Von dieser Entwicklung werden vor allem ehemals Selbständige in Landwirtschaft und Handwerk betroffen, die sich nicht arbeitslos

1) Vgl.dazu E.Imhoff:"Dezentralisation der Beschäftigung durch Verknappung der Arbeitskraft",in:Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung,Essen,Heft 4/5,1956,S.101-110

2) Fast alle größeren Stuttgarter Industrieunternehmen sowohl der Textilbranche als auch der verschiedenen Metallverarb.zweige schufen sich in den letzten Jahren Zweigbetriebe in wirtschaftlich schwächer entwickelten Gebieten,um eine Verminderung der Zahl der Arbeitskräfte in den Stuttgarter Betrieben auszugleichen,bzw.eine weitere Expansion zu ermöglichen.Vgl.dazu:Arbeitsamt Stuttg.:10.Jahresbericht 1959,S.89 f.

Am 31.3.1961 waren im Arbeitsamtsbezirk Stuttg.31 000 ausländische Arbeitskräfte beschäftigt = 7% sämtlicher Arbeitnehmer.Am 31.7.1959 waren es dagegen nur rd. 9 000.

melden, meistens auch nicht im eigentlichen Sinne arbeitslos werden, aber in ihrem Einkommensniveau immer mehr hinter der allgemeinen Entwicklung herhinken und dadurch früher oder später gezwungen werden, eine andere Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Auch die Zahl der Auspendler einer Gemeinde oder ein Auspendlerüberschuß, wie ihn der Kreis Schwäb. Hall aufweist, kann nur bedingt als Arbeitskraftreserve für neu ansiedelnde Unternehmen betrachtet werden. Bei den Auspendlern handelt es sich zu einem großen Teil um Fachkräfte, die auf eine bestimmte Tätigkeit spezialisiert sind und sich nicht ohne weiteres bereitfinden, ihren bisherigen Arbeitsplatz aufzugeben. Die Hilfskräfte werden in der Regel eher zu einem Wechsel bereit sein, aber auch dies dürfte sich nur sehr langsam vollziehen, so daß eine neuansiedelnde Unternehmung nur sehr begrenzt und erst auf längere Frist mit dem bisherigen Auspendlern rechnen kann.

Als eigentliche Arbeitskraftreserve kommen nur die sogen. "stillen Arbeitskraftreserven", die übersetzte Landwirtschaft und in der Stadt ein übersetztes Handwerk oder Handelsgewerbe in Betracht. Nach Schätzungen der Landesplanungsstelle kann der landwirtschaftliche Arbeitskräfte-Überschuß im Kreis Schwäb.Hall auf etwa 2000 Personen beziffert werden.[1] Nach den Analysen der Landesplanungsstelle sind Handel und Handwerk im Kreis Schwäb.Hall nicht übersetzt[2]. Eine Untersuchung der Einzelhandels- und Handwerksbetriebe anhand des Gewerbeertrags läßt erkennen, daß eine größere Zahl davon nur verhältnismässig niedrige Einkommen erzielt, so daß auch hier mit einem Überbesatz zu rechnen ist, obwohl die Geschäftsdichte nicht über dem Durchschnitt liegt. Eine teilweise Auflösung dieser Betriebe ist in absehbarer Zeit zu erwarten. Arbeitskräfte werden dadurch aber kaum freigesetzt, da es sich dabei meist um ältere Leute handelt, die vielfach allein ihre Betriebe führen. Ein weiteres Problem

---

1) Landesplanungsstelle beim bad.-württ. Innenministerium: "Der Kreis Schwäb.Hall", Oktober 1960, S. 10.
In diesem Zusammenhang bietet auch ein Vergleich der Arbeitnehmerquote einige Anhaltspunkte (Arbeitnehmerquote = unselbständige Erwerbspersonen in % der Wohnbevölkerung). Sie betrug am 30.9.1950 im Kreis Schwäb.Hall 25,3 % gegenüber 32,3 % im Landesdurchschnitt und am 30.9. 1956 30 % gegenüber 38,5 % im Landesdurchschnitt.
Berechnet nach Angaben des Arbeitsamtes Schwäb.Hall.

2) Landesplanungsstelle beim bad.-württ.Innenministerium: "Enquête- Aufbereitung Tab.V b: "Bevölkerungsstruktur mit Tragfähigkeit-u.Stellenbilanz."

ergibt sich daraus, daß selbst dann, wenn die Zahl der überschüssigen Arbeitskräfte in etwa ermittelt wurde, noch nicht gesagt werden kann, wann diese Arbeitskräfte bereit sind, ihre bisherige Tätigkeit aufzugeben. Nach rein ökonomischen Gesichtspunkten ließe sich der Zeitpunkt eines Wechsels zwar ziemlich genau ermitteln, aber in der Realität hängt es jeweils von der Mentalität ab, wann sich der Einzelne den Notwendigkeiten fügt. Es ist auch zu berücksichtigen, daß während der vergangenen Jahre bereits eine größere Zahl von Arbeitskräften die Landwirtschaft bereits verlassen hat und daß auch die industrielle Entwicklung in verschiedenen Gemeinden des Kreises fortschreitet[1].

4.142 Weibliche Arbeitskraftreserven

Die Frage nach weiblichen Arbeitskräften verdient eine besondere Erörterung, da aus dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand und der allgemeinen Beschäftigungslage eines Gebietes nicht ohne weiteres abgeleitet werden kann, inwieweit sich dies auch in einem hohen Grad der Frauenbeschäftigung äußert. So war z.B. im Ruhrgebiet die Frauenbeschäftigung bislang weit weniger ausgeprägt als in anderen, wirtschaftlich schwächer entwickelten Gegenden, da die Schwerindustrie kaum geeignete Arbeitsplätze für Frauen anzubieten hatte. Anhand der Zahl der weiblichen Arbeitslosen können noch weniger Rückschlüsse auf eine evtl. Arbeitskraftreserve gezogen werden als bei den Männern. Die Notwendigkeit zu arbeiten ist insbesondere bei den verheirateten Frauen vielfach nicht zwingend. Da der Wohnsitz in erster Linie nach dem Arbeitsort des Mannes gewählt wird und verheiratete Frauen in der Regel nur verhältnismäßig kurze Pendelwege auf sich nehmen können, hängt der Grad der Frauenbeschäftigung vor allem auch davon ab, ob in erreichbarer Nähe geeignete Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.[2] Die Arbeitsaufnahme wird vielfach erst durch günstige Arbeitsmöglichkeiten gelöst. Um ein Bild über den Umfang der weiblichen Arbeitskraftreserven zu gewinnen, ist es notwendig, das Problem von der anderen Seite anzupacken und zu fragen, wieviel Frauen bereits beschäftigt sind. Wir errechnen dafür den Grad der Frauenbeschäftigung als Prozentsatz sämtlicher Frauen. Nach Unterlagen des Arbeitsamtes Schwäb. Hall standen 1958 im gesamten Kreis Schwäb.Hall rd. 21 % der Frauen in einem Beschäftigten-

1) Vgl. dazu Teil A, Abschnitt 3.212.

2) Vgl.dazu: Arbeitsamt Stuttg.: 10.Jahresbericht 1959, S.68

verhältnis, in der Stadt Schwäb. Hall waren es rd. 27 % und im Landesdurchschnitt von Baden-Württemberg ebenfalls rd. 27 %. Angesichts der Tatsache, daß Baden-Württemberg das Bundesland mit dem höchsten Anteil von weiblichen Arbeitskräften ist, kann aus diesem Vergleich geschlossen werden, daß im Raum Schwäb. Hall keine überdurchschnittlichen Reserven vorhanden sind. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß eine große Zahl von Frauen und Mädchen in den verschiedenen Dienstleistungsbranchen der Stadt beschäftigt sind, und daß die im Kreis ansässigen Industriebetriebe einen sehr hohen Anteil beschäftigter Frauen aufweisen.[1] Es kann damit gerechnet werden, daß in Schwäb. Hall bei günstigen Beschäftigungsmöglichkeiten eine größere Anzahl von Hausfrauen, die bisher nicht berufstätig waren und jüngere weibliche Arbeitskräfte, die bisher verhältnismässig niedrig bezahlte Tätigkeiten ausübten, zu bekommen sind. Im Landkreis setzt sich die weibliche Arbeitskraftreserve vorwiegend aus mithelfenden Familienangehörigen in landwirtschaftlichen Betrieben zusammen.

Betrachten wir die Frauenbeschäftigung unter dem Gesichtspunkt, wie groß die Einwohnerzahl ist, die in einer Stadt aufgrund der vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten leben kann, so zeigt sich, daß zusätzliche Arbeitsplätze für weibliche Arbeitskräfte im Gegensatz zu den Arbeitsplätzen für Männer, die Basis für die wirtschaftlich tragbare Bevölkerung einer Stadt nur teilweise erweitern. Bei den berufstätigen Frauen handelt es sich zum größten Teil um Alleinstehende oder um Ehefrauen. Im ersten Fall haben sie mit ihrem Einkommen nur sich selbst zu versorgen, im zweiten Fall stellt es eine zusätzliche Familieneinnahme dar. Bezeichnen wir als Familienkoeffizient die Zahl der zu versorgenden Angehörigen pro Erwerbsperson, so können wir den Familienkoeffizienten einer Stadt folgendermaßen umschreiben:

$$K_s = \frac{B}{E} \quad \begin{matrix}(\text{Bevölkerung}) \\ (\text{Erwerbstätige})\end{matrix} \qquad 2)$$

---

1) Vgl. dazu Teil A, Abschnitt 3.213

2) Vgl. dazu F. Forbat: "Untersuchungen über den Lokalisierungsmultiplikator", in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 2, 1953, S. 98 f.

Erhöht sich die Zahl weiblicher Berufstätiger,indem Frauen, die bisher schon am Ort wohnhaft waren, eine Tätigkeit aufnehmen, so steigt E und K_s wird kleiner, d.h. die zusätzlichen Einkünfte verteilen sich auf die bisherige Einwohnerzahl und ermöglichen einen größeren Wohlstand. Die andere Möglichkeit, daß damit mehr Einwohner als bisher bei gleichem Wohlstand in der Stadt leben können, tritt nicht ein. Ziehen alleinstehende weibliche Arbeitskräfte von auswärts zu,so steigen B und E in gleicher Weise und K_s wird ebenfalls kleiner. Der Spielraum der wirtschaftlich tragbaren Bevölkerung erhöht sich bei zunehmender Beschäftigung von Frauen aber indirekt, indem durch die zusätzlichen fundamentalen Einnahmen erweiterte Erwerbsmöglichkeiten im derivativen Bereich ,auch für männliche Arbeitskräfte, entstehen.

4.143 Die Qualifikation der Arbeitskräfte

Durch den technischen Fortschritt wird das Arbeitskräfteproblem neben einer quantitativen immer mehr zu einer qualitativen Frage.Die Qualität der Arbeitskräfte stellt insbesondere für die Branchen mit einem hohen Automatisierungsgrad wie z.B. die höheren Veredelungsstufen der Investitionsgüterindustrie einen Standortfaktor dar, der immer mehr an Bedeutung gewinnt. Solche Betriebe sind in starkem Maße auf einen Stamm qualifizierter Fachkräfte und auf Ausbildungsmöglichkeiten, die ihren besonderen Bedürfnissen entsprechen, angewiesen.Sie werden ihre Standorte in den Industriezentren selbst bei wachsenden Schwierigkeiten kaum verlassen und kommen für eine Ansiedlung in bisher schwach industrialisierten Orten weniger in Frage als arbeitsintensive Fertigungsbetriebe. Die technische Entwicklung schafft auf der anderen Seite aber auch in zunehmendem Maße Arbeitsplätze für eine angelernte Tätigkeit und verdrängt immer mehr die bisher typische Hilfs_ oder Facharbeiterbeschäftigung. Anlernzeiten von einigen Monaten genügen vielfach, um bislang ungeschulte Kräfte in den Produktionsprozess einglieden zu können. Für wirtschaftlich schwach entwickelte Gebiete, deren Arbeitskraftreserve sich fast ausschließlich aus ungeschulten Personen zusammensetzt, bieten sich dadurch Chancen.Es muß allerdings beachtet werden,

daß die Überführung einer größeren Zahl landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in Industriebetriebe zunächst vielfach Schwierigkeiten aufwirft, weil der Arbeitsrhythmus der Indusirie von dem der Landwirtschaft völlig verschieden ist. Die Unternehmen, die als erste Produktionsstätten in ländlichen Gebieten errichten, haben daher zunächst Pionierarbeit zu leisten und es dauert geraume Zeit, bis sich die Produktion dort rentabel gestaltet. In Schwäb. Hall machen sich auch im Hinblick auf diese Frage die Vorteile eines Zentralortes bemerkbar. Als ehemalige Reichsstadt weist es eine alte handwerkliche Tradition auf. Die Betriebe der Stadt bilden jedes Jahr eine größere Zahl von Lehrlingen aus, und eine neue großzügig angelegte Gewerbeschule bildet den Rahmen für eine gute Fachausbildung, Trotzdem wird es auch hier für neuansiedelnde Betriebe notwendig sein, erhebliche Aufwendungen für eine betriebliche Ausbildung, teils zum Anlernen und teils zum Umschulen zu erbringen[1].

144 Regionale Lohn- und Gehaltsunterschiede

Einen weiteren Faktor, der sowohl die räumliche Bewegung der Arbeitskräfte als auch die Disposition der Unternehmer bei der Standortwahl beeinflußt, stellen die regionalen Lohn- und Gehaltsunterschiede dar[2]. Das gegenwärtige Gefälle bei den Nominallöhnen ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Da ist zunächst die Ortsklasseneinteilung in den Tarifverträgen der Sozialpartner zu nennen. Die Regelungen sind hierbei in den einzelnen Branchen und bei Arbeitern und Angestellten sehr unterschiedlich. So werden z.B. bei den Bauarbeiterlöhnen 5 Ortsklassen mit Unterschieden bis zu 18 % gebildet. Bei der Textil- und Bekleidungsindustrie sind es dagegen nur zwei Ortsklassen mit Unterschieden um etwa 5 %. Hierfür gibt es noch weitere Beispiele[3].

---

1) Vgl. dazu H. Dörpmund: "Die Mittel der Industrie-Standortlenkung und die Grenzen ihrer Anwendbarkeit", Bremen Horn 1957, S.66/67.

2) Vgl. dazu H. Giersch: "Probleme regionaler Einkommensverteilung". Schriftenreihe des Vereins für Sozialpolitik, "Probleme des räumlichen Gleichgewichts in der Wirtschaftswissenschaft", Berlin 1959, S.85 f.

3) Vgl. dazu: Zentraler Lohntarifvertrag für das Baugewerbe in Nord-Württemberg, Süd-Württemberg u. Nordbaden.
und Lohnvereinbarung für den Bereich des Verbandes der südwestdeutschen Textilindustrie e.V.

Regionale Lohnunterschiede größeren Ausmaßes entstehen jedoch durch die Angebot- Nachfrageverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. In bes. Firmentarifverträgen (zwischen Unternehmer und Gewerkschaft)und Haustarifverträgen (zwischen Betrieb und Betriebsrat) gestehen vor allem die Firmen in grösseren Städten und in Ballungsräumen Lohnerhöhungen zu, die über die allgemeinen Tarifverträge hinausgehen, um eine Abwerbung von Arbeitskräften zu verhindern bzw. einen Anreiz für weitere Arbeitskräfte zu geben. Schließlich seien auch die zusätzlichen Sozialleistungen erwähnt, die in ähnlicher Weise gewährt werden, wie z.B. Essensverbilligung, zusätzliche Altersversorgung, Fahrtkostenzuschüsse etc. Man kann sie teilweise als betriebliche Ballungskosten bezeichnen. Hinzu kommt, daß in Ballungsgebieten fast immer einige Großbetriebe ansässig sind, die zu zusätzlichen Leistungen weit eher in der Lage sind wie Klein- und Mittelbetriebe. E. Jansen geht sogar soweit zu behaupten: "Ein wesentlicher Grund für das Phänomen der regionalen Lohnunterschiede dürfte in der Tatsache zu suchen sein, daß die Höhe des Arbeitseinkommens weitgehend von der Betriebsgröße abhängig ist"[1]. Er bezieht sich dabei auf Untersuchungen des Statistischen Landesamtes von Rheinland-Pfalz. Insgesamt gesehen kann gesagt werden, daß die freien betrieblichen Vereinbarungen die räumlich nivellierende Wirkung der Tarifverträge weitgehend wieder aufheben und bedeutsame Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Standorten hervorrufen.

Neben diesen regionalen Lohn- und Gehaltsunterschieden, wie sie innerhalb derselben Branche auftreten, sind die Lohnunterschiede zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen eine weitere Ursache des regionalen Lohngefälles. Es sei dabei auf die unterschiedliche Bedeutung der Löhne und Gehälter als Kostenfaktor und auf die durch die jeweiligen Marktverhältnisse geprägte Rentabilitätslage der einzelnen Unternehmen verwiesen. Neben den rohstofforientierten Industriegruppen, die von vornherein an bestimmte Standorte gebunden sind, haben vor allem die lohnintensiven Fertigungszweige, die nur zu einem geringen Teil besser bezahlte qualifizierte Fachkräfte benötigen, kleinere Zentren bei der

---

1) Vgl. dazu E. Jansen: "Regionale Lohnunterschiede und industrielle Standortwahl in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 3/4 1957, S.182.

Standortwahl bevorzugt. Diese Tendenz war schon in früheren Jahren zu beobachten und hat sich angesichts der zunehmenden Verknappung der Arbeitskräfte seit Mitte der 50er Jahre wieder verstärkt. So wurden u.a. die Betriebe der Textil- und Bekleidungsindustrie weitgehend aus den Ballungszentren hinausgedrängt. In Stuttgart war dies beispielsweise während der vergangenen Jahre deutlich zu beobachten[1]. Wäre es nicht gelungen, eine große Zahl von Fremdarbeitern zu bekommen, dann hätte der Arbeitskräftemangel in den Ballungsgebieten noch umfangreichere Formen angenommen und mehr Betriebe wären gezwungen gewesen, große Teile ihrer Produktion in Gebiete zu verlegen, die noch über Arbeitskraftreserven verfügen.

Die doppelte Funktion des Lohnes als Kostenfaktor und als Einkommensquelle führt in ihrer räumlichen Auswirkung zu einer gegensätzlichen kausalen Verflechtung: Je stärker das regionale Lohngefälle ist, desto eher werden Betriebe in kleinere Zentren verlagert bzw. werden Neugründungen dort durchgeführt. Auf der anderen Seite streben aber dann umso mehr Arbeitskräfte in die Ballungsräume. Bei dieser Situation ist zu beachten, daß der größte Teil der Arbeitnehmer nominal denkt und Vergleiche hinsichtlich der Höhe des Reallohnes kaum anstellt, obwohl sich gerade darin die allgemeinen wirtschaftlichen Lebensbedingungen eines Sozialstandortes ausdrücken[2]. Angesichts dieser Verhaltensweise der Arbeitnehmer ist damit zu rechnen, daß das höhere Lohn- und Gehaltsniveau in den Ballungsräumen weiterhin eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft auf Arbeitskräfte in ländlichen Gegenden ausübt und

---

1) Vgl. dazu auch den Aufsatz "Lohnorientierter Standort" in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 24.4.1957, in dem berichtet wird, daß ein Spinnereiunternehmen, das seit 2 Generationen in der Umgebung von Mönchen-Gladbach ansässig war, seine Produktion teilweise in die Pfalz verlagerte, da ihm die besser zahlende Metallindustrie in zunehmendem Maße Arbeitskräfte abzog.

2) "Besonders kommt die mangelnde regulative Funktion des Lohnes darin zum Ausdruck, daß sich die Arbeitskräfte selbst keineswegs allein von rein ökonomischen Überlegungen leiten lassen".
E. Wilcke: "Von der raumgebundenen menschlichen Arbeitskraft", Jena 1937, S. 279.
"Eine wesentliche Schwierigkeit ... ergibt sich daraus, daß der durchschnittliche Arbeitnehmer nur auf nominelle Lohnänderungen reagiert".
H. Dörpmund: "Die Mittel der Industrie-Standortlenkung und die Grenze ihrer Anwendbarkeit", Bremen-Horn, S. 61.

daher ballungsfördernd wirkt[1]. Den in umgekehrter Richtung verlaufenden Auswirkungen auf die Verhaltensweise der Unternehmer kann nicht die gleiche Bedeutung beigemessen werden. Hierbei ist insbesondere die bereits erörterte fachliche Qualifikation der Arbeitskräfte zu beachten, die es viele Unternehmer geraten erscheinen läßt, lieber an geschultes Personal höhere Löhne zu zahlen, als das Risiko fehlerhafter Arbeit auf sich zu nehmen. Es werden deshalb weiterhin die Branchen mit relativ niedrigem Lohnniveau sein, die vorzugsweise Standorte außerhalb der Ballungsräume aufsuchen. Hinzu kommen bei der gegenwärtigen Knappheit an Arbeitskräften die Firmen, die in den Ballungsräumen selbst bei hohem Lohnniveau nicht mehr genügend Arbeitskräfte finden können.

Entscheidend für die jeweilige Wirkungsweise sind die tatsächlichen regionalen Lohn- und Gehaltsunterschiede. Die Ermittlung regionaler Lohn- und Gehaltsunterschiede ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden und bei den gegenwärtig zur Verfügung stehenden Unterlagen nur begrenzt möglich. Verschiedene Gegenüberstellungen, die anhand der Lohn- und Einkommensteuerstatistik und der Industrieberichterstattung durchgeführt wurden, ergaben, daß das durchschnittliche Lohn- und Gehaltsniveau im Kreis Schwäb.Hall in den vergangenen Jahren um etwa 20-25 % niedriger lag als im Ballungsraum Stuttgart[2]. Für die Stadt Schwäb.Hall kann die Differenz gegenüber Stuttgart auf 15-20 % geschätzt werden. Es stellt sich also für viele Arbeitnehmer im Raum Schwäb.Hall die Alternative, Bodenständigkeit unter Inkaufnahme eines niedrigeren Lohnes oder räumliche Mobilität, um bessere Entlohnungschancen wahrzunehmen. Wir begnügen uns hier mit der Feststellung, daß die Unterschiede im Lohn- und Gehaltsniveau zwischen Schwäb. Hall und Stuttgart groß genug erscheinen, um nach höherem Einkommen strebende Arbeitskräfte in der einen Richtung und lohnempfindliche Unternehmen in der anderen Richtung zu bewegen.

---

1) "Es hat sich gezeigt, daß die Arbeitskräfte die Neigung haben, von den Märkten niederen Lohneinkommens zu den Märkten höheren Lohneinkommens zu wandern, ohne daß damit allerdings bereits irgendwie die Gewähr eines optimalen Arbeitsausgleiches gegeben ist". E.Willeke: "Von der raumgebundenen menschlichen Arbeitskraft", Jena 1937, S.279.

2) Vgl. dazu: Statistik von Bad.-Württ. Bd.57,"Die Verdienste der Arbeiter und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft in Bad.-Württ." und Statistik von Bad.-Württ. Bd.60 u.66 "Ergebnisse der Industrieberichterstattung 1958 u.1959.

Neben den Lohn- und Gehaltsunterschieden ist zu beachten, daß die Agglomerationsgebiete auch durch die Vielzahl und Verschiedenartigkeit der vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten durch die damit verbundenen Gelegenheiten den Arbeitsplatz oder den Beruf zu wechseln und durch bessere Aufstiegsmöglichkeiten eine erhebliche Anziehungskraft auf die Arbeitskräfte ausüben. Umfangreichere Einrichtungen der Infrastruktur, bessere Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinder und kulturelle Faktoren sind in diesem Zusammenhang auch zu nennen. E. Pfeil bemerkt dazu:"Nur Städte mit einem entwickelten kulturellen Leben, mit Ausbildungsmöglichkeiten aller Art, halten die geistig beweglichen Naturen fest. .... Die Abwanderung zur Großstadt nahm ja nur deshalb solches Ausmaß an, weil das Leben in den kleineren Städten stagnierte, nicht lockte und lohnte" [1].

4.145 Regionale Unterschiede der Lebenshaltungskosten und der Wohnverhältnisse

In vorhergehenden Abschnitt wurde bereits darauf hingewiesen, daß Nominalbetrachtungen gegenüber Reallohnvergleichen bei der Bevölkerung heute weitgehend im Vordergrund stehen. Trotzdem verdient auch die Frage eine Untersuchung, ob und inwieweit regionale Unterschiede in den Lebenshaltungskosten und in den Wohnverhältnissen bestehen und damit die räumliche Bewegung der Bevölkerung beeinflussen.[2] Der Ansatz liegt hier bei den Arbeitskräften in ihrer Eigenschaft als Konsumenten. Wir stellen ebenfalls wieder Vergleiche zwischen Schwäb. Hall und Stuttgart an. Auch in diesem Bereich zeigt es sich, daß die Durchführung regionaler Vergleiche vielfältige Probleme aufwirft und man ist dabei insgesamt gesehen noch zu keinem voll befriedigenden Ergebnis gelangt[3] Eine

---

1) E.Pfeil:"Neue Städte auch in Deutschland",(Schriften des Instituts für Wohnungsrecht und Wohnungswirtschaft an der Universität Köln, Heft 3), Göttingen 1954, S.49.

2) Die Lebenshaltungskosten sind gegenüber dem Preisbegriff als übergeordneter Begriff aufzufassen. Die Ermittlung von Preisen erweist sich dann als eine Vor- oder Teilarbeit, um zu Erkenntnissen über die Lebenshaltungskosten zu gelangen.
Vgl. dazu H.Evers: "Zur Ermittlung regionaler Unterschiede der Lebenshaltungskosten", in Raumforsch.u.Raumordnung,15.Jahrg. 1957,Heft 1,S.16.

3) Vgl. dazu H.Schneider:"Das Problem des zwischenörtlichen Preisvergleiches und die Streuung der Einzelhandelspreise in Bad.-Württ." in Jahrbücher f.Statistik u.Landeskunde,Heft 1,1957, S.13 f.
H.Evers:"Zur Ermittlung regionaler Unterschiede der Lebenshaltungskosten",in Raumforsch.u.Raumordn. Heft 1,1957, S.16.
B.Gleitze: "Methodik des regionalen Lebenshaltungskostenvergleichs", in:Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung,1951, S.41.

wesentliche Schwierigkeit besteht unter anderem darin, daß es kaum gelingt, die Vergleiche auf Waren derselben Art und Qualität zu beziehen. Dies ist insofern von Bedeutung, als in ländlichen Gebieten und in Großstädten Waren unterschiedlicher Eleganz und Aufmachung angeboten werden[1]. Ferner sei auch auf die örtlichen Unterschiede der Verbrauchsgewohnheiten hingewiesen, "sofern diese in beachtlichem Umfang vorhanden sind, ist das methodische Hantieren mit einem einheitlichen Bedarfsschema kaum vertretbar"[2]. Der großstädtische Bürger muß allgemein mit höheren Ausgaben rechnen als die Einwohner kleinerer Städte oder ländlicher Gebiete, das bedeutet, daß die regionalen Preisunterschiede für die Konsumenten verschiedenartig ins Gewicht fallen.

Da nur sehr spärliche Unterlagen zur Verfügung stehen, müssen wir uns auch hier auf einige globale Vergleiche beschränken. Vom Statistischen Bundesamt wurde eine Zusammenstellung der monatlichen Aufwandssummen für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushaltungen in verschiedenen Orten des Bundesgebietes nach dem Preisstand März-April 1956 zur Verfügung gestellt. Für verschiedene bad.-württ. Städte konnten daraus folgende Zahlen entnommen werden:

Stuttgart:	359.07	Schwäb.Hall:	335.10
Mannheim:	347.22	Biberach:	322.46
Heilbronn:	341.53	Mergentheim:	328.24
Tübingen:	345.96	Mosbach:	331.43

Die Aufwandssumme war danach in Schwäb. Hall um knapp 7 % geringer als in Stuttgart.

Anhand unveröffentlichter Aufbereitungsbogen der Abteilung Preisstatistik des Statistischen Landesamtes wurden die durchschnittlichen Preise der verschiedenen Verbrauchsgütergruppen in Schwäb. Hall und Stuttgart verglichen. Durch die Gegenüberstellung der Zahlen von 1953 und 1959 konnten auch die Veränderungstendenzen ermittelt werden. Die angestellten Berechnungen ergaben bei den Nahrungsmittelpreisen folgende Unterschiede:

---

1) Vgl. dazu: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Bad.-Württ. - Sozialstatistik -Monatsstatistik der Einzelhandelspreise Nov.1959 S. 1.

2) H.Evers: "Zur Ermittlung regionaler Unterschiede der Lebenshaltungskosten", in Raumforsch.u.Raumordn. Heft 1,1957, S.18.
Vgl. dazu auch: P.W. Meyer: "Regionale Verbrauchsstrukturen", in: Forschungs- u. Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung u.Landesplanung,Bd.I: Raum und Gesellschaft,Bremen-Horn,1950, S.95 f.

(jeweils in % der Stuttgarter Preise)

	Preisunterschiede am 15.9.1953:	Preisunterschiede am 15.9.1959:
Frischgemüse	14 %	5 %
Frischobst	23 %	10 %
Brot, Nährmittel, Hülsenfrüchte	7 %	2 %
Fische	7 %	10 %
Fleisch, Fleischwaren	4 %	1 %
Speisefette	0	+ 1 %
Milch, Milchprodukte	0	5 %
Eier	4 %	9 %

Wenn bei dieser Gegenüberstellung auch verschiedene Fehlerquellen, Zufallsschwankungen etc. in Betracht zu ziehen sind, so zeigen sie doch in etwa eine Übereinstimmung mit den vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Aufwendungen für die Lebenshaltung. Es läßt sich ferner die Tendenz zu einer regionalen Angleichung des Preisniveaus erkennen. Bei den Warengruppen Bekleidung und Hausrat konnten keine Vergleiche zwischen Schwäb.Hall und Suttgart durchgeführt werden. Ersatzweise vorgenommene Gegenüberstellungen zeigten jedoch, daß hierbei kaum regionale Preisunterschiede bestehen.

Trotz der unzureichenden Unterlagen, die eingehendere Untersuchungen nicht zuließen, kann festgestellt werden, daß die regionalen Unterschiede im Preisniveau (ohne Mieten) verhältnismäßig gering sind, so daß davon eine regulierende, den Zuzug in die Ballungsräume bremsende Wirkung nicht ausgeht. Dies dürfte auch für die Zukunft so bleiben. Dabei sind folgende Gesichtspunkte zu beachten. Die Preise zahlreicher Waren sind gebunden. Die Menschenzusammenballungen ermöglichen den größeren Geschäften Masseneinkauf und Massenabsatz. Diese Vorteile kommen dem Konsumenten in niedrigeren Preisen zugute. In den größeren Städten ist das Angebot weit reichhaltiger sowohl preislich wie qualitätsmässig. Bei steigendem Wohlstand dürfte dies immer mehr an Bedeutung gewinnen, so wird z.B. aus Schwäb. Hall berichtet, daß größere Einkäufe teilweise in Stuttgart getätigt werden. Es sind dort Kaufhäuser vorhanden, die billige Einkaufsmöglichkeiten bieten und Spezialgeschäfte mit reicher Auswahl. Wie es von den Geschäften mittlerer Größe, wie sie sich vorwiegend in kleineren Zentren befinden, weder nach der einen noch nach der anderen Seite geboten werden kann. Hinzu kommt, daß der Wettbewerb zwischen den Einzelhandelsgeschäften in den Ballungsräumen in der Regel größer ist. Der größere Absatz in den Großstädten führt dazu, daß Obst und Gemüse dort vielfach

billiger und frischer zu kaufen sind als in ländlichen Gegenden. Direktkäufe bei den Erzeugern zu loco-Hof-Preisen gehen dort ohnehin immer mehr zurück[1)]

Angesichts der wachsenden Verkehrsnot ist es jedoch nicht ausgeschlossen, daß es auf lange Sicht teilweise zu Verlagerungen der Einkaufszentren kommen wird[2)].

Bei den bisherigen Erörterungen blieben die regionalen Unterschiede im Mietpreisnieveau außer acht, sie sollen nun getrennt untersucht werden. Verschiedene Vergleiche, die anhand der Ergebnisse der Wohnungszählung 1956/57 und nach Angaben des Statistischen Landesamtes, Abteilung Preisstatistik durchgeführt wurden, ergeben zwischen Schwäb.Hall und Stuttgart einen durchschnittlichen Unterschied im Mietpreisniveau zwischen 25 und 30 %. Es ist dabei vor allem darauf hinzuweisen, daß durch die Reglementierung des Wohnungsmarktes die regionalen Unterschiede im Mietniveau künstlich verringert wurden, wodurch marktwirtschaftliche Regulativkräfte weitgehend außer Kraft gesetzt wurden. Bei den Alt- und Neubauwohnungen wurde durch den Mietstop die 1936 bestehende Relation zwischen Stadt und Land bis in die jüngste Vergangenheit weitgehend erhalten, obwohl sich die Angebot-Nachfrage-Verhältnisse insbesondere auch im Zuge der wirtschaftlichen Umstrukturierung völlig verändert hatten. Der Übergang zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen in der Wohnungswirtschaft wäre heute leichter durchzuführen, wenn die Mietpreisbestimmungen während der letzten 10 Jahre räumlich elastischer gehandhabt worden wären. Ganz allgemein ist in diesem Zusammenhang zu bemerken, daß "die Kunst des Abbaues zwangswirtschaftlicher Regelungen ... schwieriger ist, als die der Einführung von Zwangswirtschaft"[3)].

---

1) Vgl.dazu G.Isenberg: "Lebenshaltungskosten auf dem Lande im Unterschied zur Stadt", vervielfält.Manuskr. S.4.

2) "Das City-Geschäft der Zukunft verlangt nach einem eigenen Parkplatz. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß die zunehmende Zahl der Autofahrer den Geschäftszentren der Großstädte als Kunde erhalten werden kann, wenn ihnen keine adäquaten Parkmöglichkeiten geboten werden".
Vgl. dazu: H.Hammer: "Mehr Parkraum für die City", in: Der Volkswirt, Nr.40,1961, S.2074 f.
Vgl. dazu auch den Aufsatz desselben Verfassers: "Die Renaissance des Marktplatzes", in: Der Volkswirt. Nr.43,1961,S.2181 f. Er beschäftigt sich hier mit der Frage der shopping-centers.
Vgl. dazu ferner: Akademie für Raumforschung u.Landesplanung Hannover: Forschung-u.Sitzungsberichte, Bd.XII,Raum u.Verkehr 4:Verkehrsprobleme im Ballungsräumen,Bremen-Horn 1959.

3) E.Weisser: "Vorgutachten zu den Fragen der Gestaltung der Preise für Wohnungsnutzung in einer künftigen normalisierten Wohnungswirtschaft", vervielfält.Manuskr. S. 9.

Bei den öffentlich geförderten Neustbauwohnungen werden die regionalen Mietunterschiede durch die Mietpreisbindung künstlich nivelliert. Lediglich bei den frei finanzierten Neustbauwohnungen kommt das Mietgefälle, wie es sich aus den Angebot-Nachfrage-Verhaltnissen ergibt, voll zum Ausdruck. Da keine gesonderten Statistiken darüber vorliegen, lassen sich die tatsächlichen Unterschiede hier nicht nachweisen. Die Art der Wohnungsbewirtschaftung begünstigte bisher sehr stark das Wohnen in Ballungsgebieten, indem die Mieten dort gegenüber einem marktwirtschaftlich gebildeten Mietniveau relativ am niedrigsten gehalten wurden. Der Zuzug in die Agglomerationsräume wurde dadurch zusätzlich gefördert und es wurde ein Bedarf geweckt, der bei den bestehenden Mietpreisen nie voll befriedigt werden kann. "Solange aber diese Mieten künstlich niedrig gehalten werden, kann kein Menschden wahren Bedarfabschätzen... je billiger die Wohnungen, desto größer der Wohnungsbedarf "[1]. Die bisherige Niedrighaltung des Mitniveaus in den Ballungsräumen ist auch noch in einem anderen Zusammenhang zu sehen. Neben der von kommunaler Seite vielfach geübten Industrieförderung wurde durch die bisherige Mietpolitik die industrielle Expansion in den Ballungsräumen indirekt gefördert.

In diesem Zusammenhang soll auch kurz die Frage erörtert werden, inwieweit von einer freien Wohnungswirtschaft eine ausgleichendere Wirkung auf die räumlichen Konzentrationstendenzen zu erwarten ist. Unter rein ökonomischen Gesichtspunkten kann angenommen werden, daß sich nach dem Prinzip der Knappheit auch in der Wohnungswirtschaft eine Ordnung herausbilden wird, wobei das Mietgefälle zwischen Ballungsräumen und kleineren Zentren ausgeprägter sein wird als bisher. Bei den Bodenpreisen ist dies schon eingetreten, bei den Mieten wird es erst in einigen Jahren voll zum Ausdruck kommen. Es ist jedoch zu beachten, daß der Wohnungsmarkt eine Reihe von Besonderheiten aufweist. Dabei sind vor allem zu nennen: eine Zersplitterung in unübersichtliche regionale Teilmärkte, mangelnde Markttransparenz und verhältnismäßig geringe Elastizität von Angebot und Nachfrage. Hinzu kommt, daß in diesem Wirtschaftsbereich ökonomische Überlegungen, sozialpolitische Gesichtspunkte und subjektive Gerechtigkeitsvorstellungen besonders

---

1) Jürgen Eick: "Wie lange sind noch Wohnungen knapp ?" Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.4.59.

eng ineinandergreifen und bei der Bewertung einer Wohnung in verschiedener Weise zum Ausdruck kommen[1]. Im Wettbewerb um die Inanspruchnahme des Bodens kommt in den Ballungsräumen der Wohnungsbau gegenüber Industrie und Gewerbe weit weniger zum Zuge. Diese Situation wird sich bei weiterer Verknappung des Bodens noch verschärfen, so daß die räumlich regulative Wirkung der Bodenpreise nur ziemlich einseitig auf den Wohnungsbau wirkt, wogegen Industrie und Gewerbe größere Möglichkeiten haben. Eine solche Entwicklung läßt die Zahl der Pendler zwangsläufig ansteigen. Die praktische Durchführbarkeit der im Rahmen der gegenwärtigen Wohnungspolitik mit erheblichen öffentlichen Mitteln angestrebten Streuung des Eigentums an Wohnungen (2.Wohnungsbaugesetz) ist regional sehr unterschiedlich.Es ist allgemein bekannt, daß in den Großstädten und Ballungsräumen nur ein sehr kleiner Teil der Arbeitnehmer jemals die Chance hat, ein eigenes Haus zu erwerben oder in einem kleineren Gebäude mit Garten zu wohnen[2][3]. In den folgenden Ausführungen sollen die tatsächlichen Unterschiede in der Streuung von Eigenheimen,wie sie zwischen Schwäb. Hall als kleinerem Zentrum und dem Ballungsraum Stuttgart bestehen, kurz dargestellt werden. Die Untersuchungen wurden anhand der Wohnungszählung 1956/57 durchgeführt. In Schwäb. Hall waren danach rd. 30 % der Wohnparteien Eigentümerwohnparteien und umfaßten rd. 34 % der Einwohnerschaft. In Stuttgart betrug der Anteil der Eigentümer-Wohnparteien dagegen nur rd. 16 % mit rd. 18 % der gesamten Einwohnerzahl. Bei den Hauptmiet- und

---

1) "Die Herkunft der heutigen Ordnung der Wohnungswirtschaft aus außergewöhnlichen kriegswirtschaftlichen Verhältnissen und die damals unvermeidliche Ausdehnung der staatlichen Maßnahmen der sozialpolitisch orientierten Zwangswirtschaft auf dem gesamten Bereich der Wohnungswirtschaft haben es bisher sehr erschwert, daß sich das Denken der bisher überwiegend sozialpolitisch orientierten Wohnungspolitiker zu einer echt volkswirtschaftlichen Orientierung weiterentwickelt".
E.Weisser: "Vorgutachten zu den Fragen der Gestaltung der Preise für Wohnungsnutzung in einer künftigen normalisierten Wohnungswirtschaft. Vervielfält.Manusk.(ohne Datum) S.3
"Das alles zeigt bereits, daß gewichtige Gründe den Bereich der Wohnungswirtschaft von anderen Wirtschaftszweigen abheben und man kann nicht die gleichen Reaktionen der Anbieter und Nachfrager auf diesem Markt erwarten, wie es etwa in anderen Wirtschaftsbereichen der Fall ist".
Jürgen Heuer: "Was bedeutet Marktwirtschaft im Wohnungswesen?" in:Der Volkswirt,Beilage zu Heft 15,1960: Wohnungswirtschaft an der Wende, S.6.

2) J.Heuer versuchte, die Vorteile des Eigenheims im Hinblick auf die drei Produktionsfaktoren darzulegen.Vgl. dazu J.Heuer:"Das Eigenheim in der Volkswirtschaft", in:Wirtschaftsdienst,34.Jahrg.,1954,Heft 7,S.369-372.

3) Das Arbeitsamt Stuttg. weist ausdrücklich darauf hin, daß der Zuzug von Arb.kräften durch die angespannten Verhältnisse auf dem Wohnmarkt sehr erschwert wird.
Vgl.dazu: Arbeitsamt Stuttg.: Jahresbericht 1960, S.115

Untermietparteien lag dagegen der Anteil in Stuttgart mit 58 % und 27 % jeweils höher als in Schwäb. Hall, wo die entsprechenden Anteile 27 % und 20 % betrugen[1]. Sehr aufschlußreich ist es auch, die Familiengröße in die Betrachtung mit einzubeziehen. In Schwäb. Hall waren mit rd. 45 % fast die Hälfte der Eigentümerwohnparteien Familien mit 4 und mehr Personen. Sie umfaßten 66 % der in eigenen Wohnungen lebenden Menschen Schwäb.Halls. Umgekehrt setzten sich in Stuttgart die Eigentümer-Wohnparteien mit 47,2 % fast zur Hälfte aus Einzelpersonen und 2-Personen-Familien zusammen. Den höchsten Anteil hatte in Stuttgart mit rd. 31 % aller Eigentümerwohnparteien die Gruppe der 2-Personenfamilien, in Schwäb. Hall dagegen die Gruppe der 5- und Mehrpersonenfamilien mit rd. 26 %. Diese Gegenüberstellungen lassen deutlich erkennen, daß in Schwäb. Hall die Chancen zu einem Eigenheim zu kommen, weit großer sind als in Stuttgart[2].

Es sei auch darauf hingewiesen, daß auch durch den Verkauf von bundeseigenem Baugelande die Ziele einer weiten Streuung von Eigenheimen nicht zu erreichen sind und daß dies nur langfristig im Rahmen einer sinnvollen Raumordnung, die einseitigen Ballungstendenzen entgegenwirkt, möglich ist. E. Gaßner verweist in diesem Zusammenhang speziell auf die Entwicklung zentraler Orte wie Schwäb.Hall: "Dort ist noch Land, preiswertes Land, und dort ist noch die vielleicht letzte Gelegenheit, soziale Wohnlandschaften zu schaffen im Sinne der Verbindung weiter Kreise des Volkes mit dem Grund und Boden. Dazu bedarf es einer großräumlichen Konzeption... Industriestandortpolitik, Verkehrspolitik und Wohnungspolitik müssen Hand in Hand gehen"[3].

---

1) Statistik von Bad.-Württ. Bd.44, Wohnungszählung 1956/57, S.V.

2) Vgl. dazu auch: Göderitz-Rainer-Hoffmann: "Die gegliederte und aufgelockerte Stadt", S. 13:
"Seither ist der Arbeitnehmer in den großen Städten vom Bodenbesitz so gut wie ausgeschlossen...."

3) E. Gaßner :"Einfamilienhaus und Ortsplanung ", in: Die Volksheimstätte" 9.Jahrg. 1957, Heft 1, S. 3-7.

Schließlich stellt sich die Frage, wie steht die Bevölkerung dazu ? Strebt sie überhaupt in stärkerem Maße nach dem Eigenheim oder ist sie mit den Wohnverhältnissen, wie sie Ballungsräume zwangsläufig für viele mit sich bringen, zufrieden ? Nach den von M.Irle veröffentlichten Ergebnissen dieser Befragung möchte die Mehrzahl der Stuttgarter Einpendler auf die besseren Wohnverhältnisse am jetzigen Wohnort nicht verzichten und lieber dort oder in der Nähe arbeiten. Ein großer Teil der Stuttgarter Einwohner (58 %) möchte am liebsten in einem alleinstehenden Familienhaus wohnen. Zählen wir die Wünsche nach einem Einfamilienreihenhaus bzw. 2-Familienhaus hinzu, so ergibt sich, daß 82 % der Stuttgarter Einwohner diese Art von Wohnen vorziehen würden[1]. 1956 verfügten jedoch nur 24 % der Stuttgarter Wohnparteien über derartige Wohnungen. Die Ergebnisse dieser Befragungen wären aufschlußreicher, wenn bei der Fragestellung die ökonomischen Zusammenhänge stärker berücksichtigt worden wären. Die Frage, wer in Stuttgart in einem Einfamilienhaus wohnen möchte, darf nicht isoliert gestellt werden, sondern es kommt auf die Alternativen an, wie sie sich in der Realität bieten.Als Beispiel sei genannt: entweder in Stuttgart in guter Wohnlage wohnen, mit kurzem Weg zu einem günstigen Arbeitsplatz, verbunden mit einer sehr hohen Einkommensbelastung, oder in einem kleineren Ort in ähnlicher Weise wohnen mit ungünstigeren Arbeitsbedingungen bzw. längerem Anmarschwegen - bei geringerer Einkommensbelastung etc.

4.146 Zusammenfassende Betrachtung

Fassen wir die Ergebnisse dieser Untersuchungen des Arbeitsmarktes unter räumlichen Gesichtspunkten zusammen, so ergibt sich kein eindeutiges Bild: Sowohl für Arbeitnehmer wie für Unternehmer sind einerseits Faktoren von Bedeutung, die eine Stadt wie Schwäb.Hall gegenüber größeren Zentren und Ballungsräumen wie etwa Stuttgart auszeichnen; andererseits sprechen aber

---

1) Vgl. dazu M.Irle: "Gemeindesoziologische Untersuchung zur Ballung Stuttgart",Mitteil. aus dem IfR. Heft 42.
"Die Wohnrealität und die subjektive Vorstellung über richtiges Wohnen stimmen weitgehend nicht überein. Die wirklichen Gegebenheiten werden nur von einer kleinen Minderheit akzeptiert... die meisten Personen wohnen in Stuttgart zentraler, städtischer und noch ausgeprägter in wohnungsreicheren Häusern als sie zu wohnen wünschen".
Ebenda, S. 23.

auch verschiedene Gesichtspunkte für die größeren Städte und Agglomerationsgebiete.

Von den Arbeitnehmern ausgehend hat Schwäb.Hall gegenüber Stuttgart folgende Vorteile zu bieten:

+ niedrigeres Mietniveau
  meist ruhigeres , naturnahes Wohnen in kleinern Gebäuden
+ günstigere Baulandpreise
+ gesündere Luft, weniger Verkehr
+ kürzerer Weg zum Arbeitsplatz.

Die Vorteile Stuttgarts sind dagegen:

+ höheres Lohn- und Gehaltsniveau
+ bessere Aufstiegsmöglichkeiten
+ bei nur geringfügig höherem Preisniveau als in Schwäb.Hall größere Auswahlmöglichkeiten, sowohl hinsichtlich Qualität und Eleganz als auch hinsichtlich billiger Massenartikel

Von den Unternehmern aus gesehen ergeben sich jeweils folgende arbeitsmarktlichen Vorteile:

in Schwäb.Hall: + Arbeitskraftreserven,insbesondere im Umland
+ niedrigeres Lohn- und Gehaltsniveau

in Stuttgart: + größeres Reservoir an qualifizierten, erfahrenen Arbeitskräften

Es ist nicht möglich, die verschiedenen Faktoren nach ihrer Bedeutung und nach ihrem materiellen Gewicht zu klassifizieren und gegeneinander zu stellen. Dies wäre auch ohne größeren Erkenntniswert, denn bei den jeweiligen Entscheidungen der Unternehmer und Arbeitnehmer treten sie nie isoliert, sondern jeweils im Rahmen sehr unterschiedlicher Datenkonstellationen auf.

4.2 Die Entwicklungsmöglichkeiten im industriellen Bereich

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß bei den gegebenen Verhältnissen in Schwäbisch Hall eine weitere Zunahme der Industrie als wünschenswert anzusehen ist. Wie steht es aber um die tatsächlichen Möglichkeiten einer industriellen Erweiterung? In einer Marktwirtschaft hängt dies von der individuellen Entscheidung der Unternehmer und der Verhaltensweise der Arbeitskräfte ab. Vielerlei Gesichtspunkte sind dabei von Bedeutung. Eine Antwort auf die gestellte Frage läßt sich deshalb nur in der Weise geben, daß die wesentlichen Faktoren, die eine Industrieansiedlung außerhalb von Ballungsgebieten beeinflußen, im Hinblick auf ihre jeweilige Auswirkung für Schwäbisch Hall untersucht werden. Die Verhältnisse am Arbeitsmarkt wurden bereits im vorhergehenden Abschnitt analysiert, so daß wir uns hier auf die übrigen Faktoren beschränken können.

4.21 Faktoren, die eine Dezentralisierung begünstigen

Verschiedene Standortfaktoren begünstigen in der Gegenwart eine dezentralisierte Anlage von Industriebetrieben. Die fortschreitende Technik macht, wie bereits erwähnt, die verschiedenen Produktionsvorgänge vom Standort der Rohstoffe immer unabhängiger. Durch die Elektrifizierung wurde die Abhängigkeit vom Standort der Energielager weitgehend aufgehoben. Diese Entwicklung wird fortgesetzt durch Pipelines und Ferngasleitungen. Der allgemein steigende Wasserbedarf führt in zunehmendem Maße zu regionalen Verknappungserscheinungen, die insbesondere in Ballungsräumen auftreten und dort nur mit sehr hohem Aufwand zu lösen sind, z.B. Bodenseewasserleitung nach Stuttgart. Die Ausweitung des Kraftfahrzeugverkehrs ermöglichte eine Erschließung des flachen Landes abseits von Eisenbahn und Wasserstraßen. Die Entfernungsstaffeln der Bundesbahn wirken ebenfalls dezentralisierend. Dabei handelt es sich jedoch im Grund um ein zweischneidiges Schwert, denn die Bildung von Entfernungsstaffeln zwingt andererseits zu einem höheren Gesamtniveau der Tarife, was ihre räumlich-strukturelle Wirkung teilweise wieder aufhebt.[1] Diese Entwicklung ist auch für Schwäb.Hall von Bedeutung,

---

[1] Vgl. dazu N.Kloten: "Die Eisenbahntarife im Güterverkehr. Versuch einer theroretischen Grundlegung," Basel, Tübingen 1959 (Veröffentlich. der List-Gesellschaft e.V., Bd.13)

P.Schulz-Kiesow: "Eisenbahngütertarifpolitik u.Raumordnung, entwickelt am Beispiel Thüringens", Leipzig 1939.

" "Die Eisenbahngütertarifpolitik in ihrer Wirkung auf den industriellen Standort u. die Raumordnung," Heidelberg 1940.

P.Helfrich: "Über die Gleichheit der Verkehrstarife im Raum", in:Raumforsch. - 25 Jahre Raumforsch. in Deutschl., Bremen-Horn 1960,S.44 f.

da der hohenloher Raum über keine eigenen Energielager verfügt und bei der Verkehrsentwicklung bisher im Nachteil war.[1]

Ein weiterer Gesichtspunkt, der in zunehmendem Maße Beachtung verdient, ist die wachsende Flächenextensivität der industriellen Produktion. Der bei fortschreitender Arbeitszerlegung und Automatisierung ständig zunehmende Flächenbedarf je Arbeitskraft führt bei der Geländeknappheit in den Ballungsgebieten in zunehmendem Maße zu Schwierigkeiten, die sich u.a. darin äußern, daß eine organische Erweitarung am bisherigen Sitz der Unternehmung vielfach nicht mehr möglich ist, weil kein freies Gelände zur Verfügung steht und daß die rapid ansteigenden Grundstückspreise die Rentabilität belasten. Die Knappheit wird durch die Gelände-Vorratspolitik, wie sie viele Firmen während der vergangenen Jahre betrieben haben, noch verstärkt. Es sind vielfach harte Auseinandersetzungen um Erweiterungsgelände zwischen den Unternehmungen zu beobachten. Viele Firmen sehen sich dadurch veranlasst, Standorte aufzusuchen, die eine ungehinderte flächenmäßige Entwicklung zulassen. Es ist daher erforderlich, daß kleinere Zentren wie Schwäb.Hall, in denen eine weitere Industriealisierung angestrebt wird, großzügig Industriegelände ausweisen. Nach Angaben von Debrunner und Blankhart ist z.Zt. mit einem durchschnittlichen Flächenbedarf pro Beschäftigten in Industrie und Handwerk von 71 m² zu rechnen. Besonders flächenextensiv sind die Industrien der Steine u. Erden mit 360 m², die Holzverarbeitung mit 240 m², das Baugewerbe mit 130 m² und die chem.Industrie mit 126 m². Die arbeitsintensive Textilindustrie und die Metallverarbeitung weisen dagegen den relativ geringsten Flächendarf mit 45 bzw. 55 m² auf.[2] In diesem Zusammenhang ist auch der Großhandel zu nennen, der nach obigen Angaben einen Flächenbedarf von 173 m² pro Beschäftigten hat. Wachsende Sortimente vergrößern hier den Flächenbedarf sehr schnell u. drängen die Unternehmen aus den größeren Zentren hinaus. Die Stadt Schwäb.Hall ging bei der Ausweisung von Industriegelände von einem durchschnittlichen Flächenbedarf je Beschäftigten (einschl.Parkgelände etc.) von 150 m² aus.[3] Unter den gegebenen Umständen erscheint dieser Ansatz ausreichend.

---

1) Vgl. dazu: "Standortwahl u. Industrieförderung", Schriften des Deutschen Verbandes für Wohn.Wesen, Städtebau u. Raumplanung, H.35, Köln 1958, S.11, "Die Standortberatung in der Bundesrepublik", ebenda H.28
H.U.Meyer-Lindemann: "Typologie der Theorien des Industriestandortes, 3. Teil: Die Theorie als Grundlage für eine Ind.standortpolitik", Bremen-Horn, 1951, S.191 f.

2) Debrunner u.Blankhart, Zürich: "Industrieplanung", in: Bauen + Wohnen, H.5 1959, S.165.
Vgl. dazu auch N.J.Lenort: "Strukturforsch.u. Gemeindeplanung", S. 195.

3) Stadtverwaltung Schwäb.Hall: "Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan der Stadt Schwäb.Hall," aufgestellt im August 1959, S.5

4.22 Die ballungsfördernde Wirkung der Fühlungsvorteile

Bei der zunehmenden Verfeinerung und Kompliziertheit der Produktion und der wachsenden Bedeutung der verschiedenen Dienstleistungstätigkeiten und Organisationsfragen gewinnen Kommunikationsmöglichkeiten und gesellschaftliche Faktoren gegenüber den sachlichen Produktionsfaktoren immer mehr an Bedeutung. Auf diesen Vorgang hat v.Beckerath bereits 1930 hingewiesen: "In diesem Punkte geht die Theorie des Standortes in eine soziologische Theorie der modernen Gesellschaft über." [1] Man spricht in diesem Zusammenhang heute allgemein von den sog. Fühlungsvorteilen. C.Thalheim hat diesen Begriff zunächst in einem engeren Sinne verwendet und darauf hingewiesen, daß der Standort einer Unternehmung für die Zuliefer- und Weiterbearbeitungsbetriebe zusätzliche Standortvorteile bietet und daß diese umgekehrt weitere Betriebe der Branche des Ursprungswerks anziehen. [2] In der heutigen Verwendungsweise wird der Begriff Fühlungsvorteile weiter gefasst. Neben den Beziehungen zu Zuliefer- und Weiterverarbeitungsbetrieben setzt er folgende Einrichtungen voraus:

Öffentliche Behörden
Gerichte
Rechts-u.Steuerberatung
Prüfungseinrichtungen
Banken, Kapitalversorgung [3]
Transportunternehmen, Bundesbahn
Vertriebs- und Bezugsunternehmen, Ausbildungs- u. Informationswesen
sonstige Einrichtungen der Infrastruktur [5]

In den Ballungsräumen bieten sich diese Vorteile in konzentrierter Weise dar. Sie üben dadurch auf viele Unternehmen eine Sogwirkung aus. Firmen, die sehr kontaktempfindlich sind, werden deshalb weiterhin die Ballungsräume bevorzugen. [4] Es ist ferner damit zu rechnen, daß die Verwaltungsspitzen größerer Unternehmen dort bleiben, auch wenn ein Teil der Produktion in andere Orte verlagert wird. Bei der Industrieansiedlung außerhalb der Ballungsräume bewirkt der Faktor Fühlungsvorteile eine vorwiegend punktuelle Standortwahl, d.h. eine verstreute Industrieansiedlung in länd-

1) H.v.Beckerath:"Der moderne Industrialismus", Jena 1930, S.138

2) C.Thalheim:"Ballung u.Dezentralisierung der Industrie als Problem der Raumforsch.u.Raumordnung", in: Raumforsch.u.Raumordnung, H.1/2 1943,S.6 Vgl. dazu auch K.Rössle:"Das Betriebsgrößenproblem in seiner Bedeutung für die industrielle Ballung u.Dezentralisation", ebenda S.45 f.

3) Die Erscheinung, daß die Zinssätze außerhalb der größeren Zentren höher liegen, auf die A.Lösch an Hand eines New Yorker Beispiels hinweist, zeigt sich in der Bundesrepublik nicht. Aber es bestehen trotzdem Vorteile in den Zentren, was die Auswahl und die Schnelligkeit der Kreditgewährung betrifft. Vgl. dazu:"A.Lösch:"Die räumliche Ordnung der Wirtschaft", Jena 1944, S.328

4) Vgl. dazu Teil C, Abschn.4.

5) Der Anteil der eine höhere Schule besuchenden Jugendlichen ist im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart erheblich höher als im Landesdurchschnitt. Vgl. dazu Jahresbericht 1959 des Arbeitsamtes Stuttgart, S. 168

-lichen Gegenden wird nicht eintreten. Die gegenwärtig zu beobachtende weite Streuung von Filialbetrieben in kleinen Gemeinden zur Ausschöpfung der vorhandenen Arbeitskraftreserven darf darüber nicht hinwegtäuschen. Sie ist größtenteils nur vorübergehender Natur. Aus diesen Zusammenhängen geht hervor, daß die wirtschaftliche Weiterentwicklung bisheriger Agrargebiete auf längere Sicht nur über kleinere u. mittlere Zentren erfolgen kann, durch die das Umland in den Entwicklungsprozess mit einbezogen wird.[1] Auch in solchen Zentren mittleren Ranges können sich eigenständige Fühlungsvorteile herausbilden.[2] Schwäb.Hall bietet hierzu von allen hohenloher Zentralorten die besten Voraussetzungen. Seine Ausstattung mit öffentlichen Behörden, Gerichten, Schulen etc. wurde bereits in Teil A erörtert. Ein Industrieklima ist teilweise schon vorhanden,

4.23 Folgerungen hinsichtlich der weiteren industriellen Entwicklung in Schwäb.Hall

Eine weitere industrielle Ausdehnung in Schwäb.Hall hängt einerseits davon ab, wie sich die bereits in der Stadt ansässigen Industriebetriebe entwickeln. Sie wird andererseits aber auch in anderem Maße dadurch bestimmt, in welchem Umfang es zu Neuansiedlungen kommt. Fassen wir die Ergebnisse der vorangegangenen Erörterungen zusammen, so kann festgestellt werden, daß Schwäb.Hall eine Reihe von Voraussetzungen aufweist, die eine weitere Industrialisierung begünstigen:

+ Die Stadt ist über Schiene u. Straße leicht erreichbar.
+ Das Umland weist noch Arbeitskraftreserven auf (etwa 2000 Personen), die im Verlauf der nächsten Jahre für eine industrielle Beschäftigung größtenteils zur Verfügung stehen werden.
+ Verschiedene Industrieunternehmen sind schon in Schwäb.Hall ansässig, Ausbildungsmöglichkeiten für Fachkräfte sind ebenfalls vorhanden,
+ Das durchschnittliche Lohn-u.Gehaltsniveau ist niedriger als in den Ballungsräumen (gegenüber Stuttg. beträgt der Unterschied 10-20 %)
+ Schwäb.Hall verfügt über eine Reihe von Fühlungsvorteilen, die es insbesondere gegenüber hohenloher Kreisstädten hervorheben.
+ Zusammen mit seiner Umgebung bietet Schwäb.Hall gegenüber den Ballungsräumen ein niedrigeres Mietniveau und günstigere Wohnverhältnisse.
+ Es verfügt über ausreichendes Industriegelände.

---

1) Vgl. dazu:"Standortwahl u.Industrieförderung", Schriften des Deutschen Verbandes für Wohn.Wesen, Städtebau u.Raumplanung, H.35, Köln 1958,S.11

2) "Heute wissen wir, daß jede wirtschaftliche u. kulturelle Weiterentwicklung nur durch das Zusammenwirken vieler Menschen und ihrer Fähigkeiten, durch Arbeitsteilung u.Verkehr entstehen kann, daß Spitzenleistungen stets weitgehender Auslese u. damit auch großer Städte bedürfen, Daß zu diesem Zweck allerdings Riesenstädte der heutigen Ausmaße nötig sind, ist bisher weder erwiesen noch wahrscheinlich." Göderitz-Rainer-Hoffmann:"Die gegliederte u. aufgelockerte Stadt", Tübingen 1957

Gleichzeitig zeigt sich aber auch, daß die grösseren Zentren und die Ballungsräume weiterhin eine beträchtliche Anziehungskraft auf Industriebetriebe und Arbeitskräfte ausüben. Die Chancen für eine industrielle Expansion der Orte, die bei der bisherigen Entwicklung des Industrialisierungsprozesses zurückgeblieben sind, dürfen deshalb nicht überschätzt werden. Es sollte künftighin noch mehr Wert auf eine verstärkte Ausbildung der Arbeitskräftegelegt werden und zwar nicht nur bei der heranwachsenden Jugend, sondern auch bei den älteren ungelernten Arbeitskräften, die vor allem aus der Landwirtschaft kommen; damit könnte das Standortklima für arbeitsorientierte Industriezweige verbessert werden. Dieser Aufgabe sollte in Zentralorten, die noch inmitten eines landwirtschaftlichen Gebietes liegen, allgemein mehr Beachtung geschenkt werden. Man kann dafür nicht das bei der Jugendausbildung erprobte System in Anwendung bringen, sondern muß einen neuen Stil finden, bei dem, insbesondere auch die psychologischen Hemmungen, die hier im Wege stehen, mit berücksichtigt werden. Bei diesen Ausbildungsmaßnahmen handelt es sich freilich nur zum Teil um eine kommunale Aufgabe. Daher sollte die regionale Entwicklungsförderung des Bundes und der Länder künftighin mehr darauf abheben, wobei verschiedene Wege beschritten werden können, so z.B. Ausbildung in Kursen unter staatlicher Regie oder Unterstützung der öffentlichen Hand für Unternehmen, die es selbst durchführen. Das gilt für Industrie- wie für Dienstleistungsunternehmen. Derartige Maßnahmen können als Teil der Förderung der Infra-Struktur in wirtschaftlich schwach entwickelten Gebieten angesehen werden, wie wir sie in Teil C, Abschnitt 4.2 als Hauptansatzpunkt staatlicher Entwicklungsmaßnahmen empfohlen haben.

Im Hinblick auf eine Industrieansiedlungspolitik ist aber auch zu beachten, daß sich Schwäb. Hall bereits als Zentrum für Ferndienstleistungen und zentrale Dienste herausgebildet hat. Es sollte deshalb ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet werden, daß die Entwicklungsmöglichkeiten in diesem Bereich bei einer industriellen Ausweitung nicht geschmälert werden. Angesichts seiner besonderen Struktur wäre es verfehlt, wollte Schwäb. Hall in seiner Industrieansiedlungspolitik den Industrieorten der Schwäb. Alb oder der Umgebung von Stuttgart nacheifern, deren Gesicht vielfach durch die Nüchternheit industrieller Produktion gekennzeichnet ist und die kaum Voraussetzungen für eine stärkere Entwicklung anderer Wirtschaftsbereiche aufweisen. Auch die gegenwärtige Regelung des kommunalen Finanzsystems, bei der die Industrieorte begünstigt werden, sollte bei derartigen Entscheidungen nicht zu hoch bewertet werden, da begründete Aussichten dafür bestehen, daß in absehbarer Zeit die längst überfällige Reform des kommunalen Finanzsystems durchgeführt wird.

Für die weitere Entwicklung der bereits ansässigen Industrie ist neben den schon erörterten Faktoren insbesondere ihre branchenmässige Gliederung von Bedeutung. Dabei kommt es vor allem darauf an, ob die in Schwäb. Hall vorwiegend vertetenen Zweige bei der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bevorzugt oder benachteiligt sind. Um darüber Aufschluß zu erhalten, ist es erforderlich, die bereits durchgeführten Analysen der Schwäb. Haller Industrie um eine Untersuchung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten zu erweitern.[1] Wir greifen dabei zunächst auf eine Ausarbeitung von J. Griesmeier zurück.[2] Er bildete unter dem Gesichtspunkt der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten 2 Gruppen von Industrieunternehmen. Zu den modernen, neuzeitlichen Industriezweigen, die im industriellen Trend die größten Fortschritte zu berzeichnen haben und weiterhin haben werden, zählt er den Fahrzeugbau, die Elektrotechnik, die Metallverarbeitung allgemein, insbesondere den Maschinenbau, die Chemie und Kunststoffverarbeitung; zu den sog. alteingesessenen Industriezweigen, die in ihrer Entwicklung zurückblieben, rechnet er vor allem die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Ledererzeugung und Lederverarbeitung und die Papiererzeugung und -Verarbeitung. Der Holzverarbeitung räumt J. Griesmeier eine mittlere Stellung ein, da sie für beide Gruppen produziert. In ähnlicher Weise ist wohl auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie zu betrachten. In der genannten Untersuchung wurden die Anteile der beiden Gruppen an der Gesamtzahl der Industriebeschäftigten für 1959 und die jeweilige Entwicklung von 1953-59 berechnet. Dabei wurden die Kreise als räumliche Einheiten zugrundegelegt. Da die branchenmässige Gliederung der Stadt Schwäb. Hall von der des gesamten Kreises kaum abweicht, können wir die Ergebnisse auch auf die Stadt Schwäb. Hall beziehen.

Alteingesessene und neuzeitliche Industriegruppen

Kreise	Anteil an der Gesamtzahl der Industriebeschäftigten des Kreises, 1959 in %		Zu- oder Abnahme 1953/59 in %	
	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 1	Gruppe 2
Schwäb. Hall	10,6	33,2	- 8,4	+ 91,5
Crailsheim	35,5	16,7	+ 78,2	+383,1
Mergentheim	13,5	23,0	- 16,3	+ 77,4
Künzelsau	25,3	25,4	+ 68,5	+228,1
Öhringen	11,4	49,5	+ 4,5	+ 95,3
Bad.-Württ.	19,7	43,6	+ 7,2	+ 60,1

3)

Gruppe 1 = alteingesessene Industriezweige, dafür wurden als repräsentativ ausgewählt: Textilind. Bekleidungsind., Papierverarbeitung und -Erzeugung.

Gruppe 2 = neuzeitliche Industriezweige, dafür wurden als repräsentativ ausgewählt: Maschinenbau, Eisen- Metallwarenindustrie Fahrzeugbau, Elektrotechnik

Fußnoten s. Seite 236

Wie die Tabelle zeigt, kommt die Gliederung der Schwäb. Haller Industrie in "alteingesessene" und "neuzeitliche" Industriegruppen ähnlich wie im Kreis Öhringen, dem Landesdurchschnitt ziemlich nahe. Von 1953-59 vollzog sich eine relativ stärkere Entwicklung hin zu den "neuzeitlichen" Industriegruppen als im Landesdurchschnitt. Die in Schwäb. Hall verhältnismässig stark entwickelten Industriegruppen Holzverarbeitung und Nahrungs- und Genußmittelherstellung hatten während jener Zeit zwar relativ hohe aber absolut gesehen, geringe Zunahmen zu verzeichnen. Das geht auch aus der Entwicklung der ind. Nettoproduktion hervor.[1] Von diesen Firmen kann in den nächsten Jahren nur ein mässiges Wachstum erwartet werden, das nicht dazu ausreicht, den industriellen Rückstand aufzuholen. Vor allem im Hinblick auf die weitere Entwicklung des der Holzverarbeitung angehörenden größten Schwäb. Haller Industrieunternehmens zeigen sich verschiedene Unsicherheitsfaktoren, die vor allem davon herrühren, daß Holz als Packmaterial vielfach durch Kunststoffe verdrängt wird und die Firma in ihrem Absatz weitgehend von der chemischen Industrie abhängig ist. Eine Änderung des Produktionsprogramms wird hier im Verlauf der weiteren Entwicklung kaum zu umgehen sein. Auch im Bereich der chemischen Industrie und der Kunststoffverarbeitung dürfte bei der derzeitigen Produktionsstruktur nur bei einem Betrieb eine stärkere Expansion möglich sein. Von den in Schwäb. Hall ansässigen Branchen kann lediglich bei der Eisen- und Metallverarbeitung einschl. der Elektrotechnik eine beträchtliche Ausweitung erwartet werden. Das sollen die folgenden Zahlenangaben unterstreichen. Die Bruttoumsätze stiegen in diesen Branchen zwischen 1952-58 in Bad.-Württ um etwa 100 %, bei der Elektrotechnik sogar um 173 % gegenüber einer durchschnittlichen Steigerung der gesamten ind. Bruttoumsätze um 80 %. Nach den Beschäftigten-Zahlen betrugen die Steigerungen im Maschinenbau ca. 53 %, in der Elektrotechnik ca. 104 % und im Fahrzeugbau ca. 37 % gegenüber einer durchschnittlichen Steigerung der gesamten Industrie von ca. 36 %.[2]

Fußnoten von Seite 235

1) Vgl. dazu Teil A, Abschnitt 3.21
2) Vgl. dazu: Institut für südwestdeutsche Wirtschaftsforschung: "Strukturelle Wandlungen der gewerblichen Wirtschaft des Landes Bad.-Württ." 1960, S. 78 f.
3) Institut für südwestdeutsche Wirtschaftsforschung: ebenda S. 97

---

1) Vgl. dazu: Institut für südwestdeutsche Wirtschaftsforschung: ebenda S.51
2) ebenda S. 11

Es muß besonders darauf hingewiesen werden, daß es sich bei diesen Erörterungen um mutmaßliche Erwägungen handeln kann, da die Struktur und die besonderen Verhältnisse der einzelnen Unternehmen, die Person des Unternehmers etc. für die weitere Entwicklung ebenfalls von größter Bedeutung sind. Dies fällt insbesondere bei kleinräumigen Betrachtungen wie z.B. der Industrie einer Stadt ins Gewicht. Aufgrund dieser Faktoren sind deshalb bei den einzelnen Firmen Entwicklungen möglich, die den allgemeinen Tendenzen entgegenlaufen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Schwäb. Haller Industrie aufgrund ihrer branchenmässigen Gliederung Voraussetzungen dafür bietet, daß die Stadt an der weiteren industriellen Entwicklung, die sich künftig etwas verlangsamen wird, in etwa durchschnittlicher Weise Anteil haben wird. Ein Aufholen des bisherigen Rückstandes in der industriellen Entwicklung dürfte nur möglich sein, wenn einige neue Betriebe angesiedelt werden können.

Bei den Vorausschätzungen für die Gestaltung des Flächennutzungsplanes hat die Stadtverwaltung Schwäb. Hall, ausgehend von der voraussichtlichen Bevölkerungsentwicklung bis 1978 einen Mehrbedarf von ca. 1300 industriellen Arbeitsplätzen angenommen.[1] Daraus ist zu ersehen, daß an eine überhastete, mit allen Mitteln zu fördernde industrielle Expansion nicht gedacht ist. Diese Richtzahl dürfte nach unseren Ermittlungen die Untergrenze der wahrscheinlichen Entwicklung darstellen. Nach der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung der Stadt, der voraussichtlichen Zunahme des Einpendlerstromes aus dem Landkreis und der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte kann vom Faktor Arbeitskräfte her gesehen bis 1980 mit einer Ausdehnung der Industriearbeitsplätze um 1000 bis 1500 gerechnet werden.

4.3 Entwicklungsmöglichkeiten bei den Ferndienstleistungen

Die Analysen in Teil A haben gezeigt, daß die Ferndienstleistungen in Schwäb. Hall sehr stark entwickelt sind. Schwäb. Hall verfügt hier über günstige Voraussetzungen. Es hat eine günstige Lage zum Stuttgarter Ballungsraum aufzuweisen, Ausbildungsstätten und ein kulturelles Milieu sind vorhanden. Auch die nicht zu unterschätzende soziale Struktur der Einwohnerschaft erscheint dafür geeignet.[2] Nachdem die Erörterungen zu Beginn dieses Kapitels erkennen liessen, daß der Dienstleistungssektor bei der weiteren Wohlstandsentwicklung die relativ größten Ex-

1) Vgl. dazu: "Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan der Stadt Schwäb. Hall", Aufgestellt im Aug. 1959, S. 5/6

2) Vgl. dazu Teil B

-pansionsmöglichkeiten aufweist, sollte Schwäb. Hall die Chancen, die es hier besitzt, wahrnehmen. In den folgenden Abschnitten werden verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt und Vorschläge unterbreitet.

4.31 Ausweitung des Fremdenverkehrs und des Kurbetriebs

Nachdem durch die Kriegsereignisse viele alte Städte zerstört wurden, hat sich der Seltenheitswert des alten Stadtbildes von Schwäb. Hall noch erhöht.[1] Die Pflege der alten Häuserfassaden - Verzicht auf Leuchtreklame und Wiederherstellung alter Fachwerkfronten - wie sie heute mit großer Sorgfalt betrieben wird, ist einer Ausweitung des Fremdenverkehrs sehr förderlich. Dies ist auch deshalb bedeutsam, da der Fremdenverkehr allgemein als ausdehnungsfähig zu bezeichnen ist, weil bei wachsendem Wohlstand die Mehreinkünfte weiter Bevölkerungskreise zu einem beträchtlichen Teil für Reisen ausgegeben werden. Bei der zunehmenden Motorisierung dürfte für Städte wie Schwäb. Hall insbesondere auch der Tagesverkehr ansteigen. Bei derartigen Überlegungen ist zu beachten, daß eine Intensivierung des Fremdenverkehrs und des Erholungsbetriebs nicht ohne weiteres mit den Zielsetzung einer weiteren Industrialisierung in Einklang gebracht werden kann. Die topographischen Verhältnisse in Schwäb. Hall, die kommunalwirtschaftlich einen erheblichen Mehraufwand verursachen, erweisen sich in diesem Falle als günstig und ermöglichen die Anlage von Industriebetrieben und neuen Wohngebieten ohne daß dadurch der für den Fremdenverkehr besonders wichtige Gesamteindruck der Altstadt und des umliegenden Grünlandes gestört würde. Wie die Untersuchungen in Teil A ergaben, ist die Belegungsdichte der Schwäb. Haller Hotels bisher sehr niedrig.[2] Da Schwäb. Hall und sein Umland vielerlei Reize für den Fremdenverkehr zu bieten haben, dürfte eine Ursache der unzureichenden Auslastung der vorhandenen Übernachtungskapazitäten darin zu sehen sein, daß es kaum über Hotels verfügt, die bei gestiegenen Ansprüchen hinsichtlich Lage und Komfort den Aufgaben eines Funktionsträgers des Fremdenverkehrs gerecht werden. Es fehlt auch an geeigneten Konferenzzimmern und Sälen für Tagungen, Lehrgänge und sonstige Veranstaltungen. Das Fehlen einer neuen, vielseitig verwendbaren Stadthalle macht sich hier ebenfalls bemerkbar.[3] Verschiedene Beherbergungsbetriebe werden bei der weiteren Wohlstandsentwicklung kaum noch für Übernachtungen in Frage kommen. Eine wesentliche Steigerung

---

1) Vgl. dazu E. Krüger: "Schwäb. Hall. Ein Gang durch Geschichte und Kunst", Schwäb. Hall 1953

2) Vgl. dazu Teil A, Abschnitt 3.233

3) Vgl. dazu Teil C, Abschnitt 3.

des Übernachtungsverkehrs und eine Verlängerung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer kann u.E. nur erreicht werden, wenn am Rande der Stadt in ruhiger Lage ein neues Hotel gebaut wird, da Dauergäste eine Randlage vorziehen und Tagungen etc. dort ungestörter durchgeführt werden können. Bei den ungünstigen Rentabilitätsverhältnissen im Hotelgewerbe dürfte es zur Zeit allerdings nicht leicht sein, dafür Kapitalgeber zu finden, zumal damit zu rechnen ist, daß der Auslastungsgrad eines solchen Hotels erst nach einer Anlaufzeit zufriedenstellend sein wird. Allgemein ist zu erwarten, daß sich die Leistungen des Hotelgewerbes im Zuge einer Anpassung der Rentabilität an andere Wirtschaftszweige in naher Zukunft erheblich verteuern werden. Es ist erstaunlich, daß sich angesichts der bereits Jahre dauernden Schwierigkeiten nicht schon in stärkerem Maße eine Reaktion in Form von Betriebsschliessungen oder Preiserhöhungen bemerkbar gemacht hat. Angesichts dieser Situation erlangt der Beherbergungsbetrieb im Nebenerwerb eine wachsende Bedeutung. Hierfür kommen vor allem die landschaftlich schön gelegenen Orte in der näheren und weiteren Umgebung von Schwäb. Hall in Betracht. Die vorwiegend auf Viehzucht ausgerichtete Landwirtschaft des Kreises bietet mit ihren weiten Wiesen- und Weideflächen und mit ihren schönen Waldgebieten, im Gegensatz zu der Nüchternheit und Enge intensiver landwirtschaftlicher Bodennutzung, gute Möglichkeiten zum Wandern und zur Erholung. Eine weitere Chance für eine Zunahme des Fremdenverkehrs dürfte darin zu sehen sein, daß der Raum Schwäb. Hall von Stuttgart aus leicht erreichbar ist.[1] Die Fremdenverkehrswerbung sollte schwerpunktmäßig darauf ausgerichtet werden.

Schwäb. Hall sollte insbesondere auch die Möglichkeiten, die der sog. Haalquell bietet, nützen, und den Kurbetrieb wieder aufnehmen. Dies hängt davon ab, in wieweit es gelingt, die erforderlichen Anlagen zu schaffen. Das jetzige Solbadhotel ist den heutigen Anforderungen nicht mehr gewachsen. Der Bau einer neuen Kuranlage ist erforderlich. Die Stadtverwaltung sollte ihre diesbezüglichen Bemühungen weiter fortsetzen. Es wird wohl kaum zu umgehen sein, ein solches Vorhaben in enger Verbindung mit einem Sozialversicherungsträger oder mit einem Großunternehmen durchzuführen, die sich an den Baukosten beteiligen und eine ganzjährige Belegung gewährleisten. Die gelegentlich geäusserte Meinung, daß dadurch ein Kurort zum "Arme-Leute-Bad" degradiert werde, gilt u.E. nicht mehr. Auch Kurgäste der Sozialversicherung haben heute ein beachtliches Ausgabevolumen und, was besonders wichtig ist, sie sind das ganze Jahr über da,

1) Vgl. dazu R. Klöpper: "Das Erholungswesen als Bestandteil der Raumordnung und als Aufgabe der Raumforschung", in: Raumforschung u. Raumordnung, Heft 4, 1955, S. 213

besuchen Gaststätten und stellen auch außerhalb der Saison ein Stammpublikum für Veranstaltungen der verschiedensten Art dar; nicht zuletzt ziehen sie auch Verwandte und Bekannte als Besucher in die Stadt. Als Beispiel sei das viel kleinere Bad Rappenau genannt, das fast nur Sozialgäste beherbergt. Es wird dort das ganze Jahr hindurch ein Veranstaltungsprogramm mit kulturellem Niveau durchgeführt, wie es in einem Ort dieser Grösse sonst nicht möglich ist. Der geplante Neubau eines Solbadhotels wird sich auf den Schwäb. Haller Fremdenverkehr günstig auswirken.

4.32 Die weitere Entwicklung der Bausparkasse und der Diakonissenanstalt

Es ist als sehr günstiger Umstand zu werten, daß Schwäb. Hall in der Bausparkasse und in der Diakonissenanstalt zwei bedeutsame Ferndienstleistungsunternehmen besitzt. Die Bausparkasse ist inzwischen zum größten Schwäb. Haller Unternehmen angewachsen und es erhebt sich damit auch die Frage, in wieweit die Stadt dadurch in eine gefährliche Abhängigkeit von einer bestimmten Branche geraten ist. Versch. Gesichtspunkte deuten darauf hin, daß bei der gegenwärtigen Wohlstandsentwicklung die Bausparkasse zumindest in naher Zukunft weiterhin eine günstige Entwicklung nehmen wird. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die schnelle Ausweitung des Bausparvolumens während der letzten Jahre zu einem nicht unerheblichen Teil auf die massive Begünstigung durch Prämien und Steuererleichterungen von seiten des Staates zurückzuführen ist. Bei dem für die mittleren Einkommensschichten besonders ungünstigen Progressionsverlauf der Einkommensteuer, zählt vor allem in diesen Bevölkerungskreisen der Abschluß eines Bausparvertrages heute zu den üblichen Anpassungsreaktionen. Bei einer Aufhebung dieser Vergünstigungen ist deshalb mit einem erheblichen Rückgang zu rechnen. Ein solcher Schritt ist aber in nächster Zeit kaum zu erwarten, da eine plötzliche Einschränkung des aufgeblähten Bausparvolumens vielfältige Probleme aufwirft. Auch hier zeigt sich die allgemeine Erscheinung, daß einmal eingeräumte Vergünstigungen nur sehr schwer wieder rückgängig gemacht werden können. Unabhängig von dieser unsicheren Hochkonjunktur der Bausparkassen dürfte jedoch der weitverbreitete Wunsch nach einem Eigenheim weiterhin eine ausreichende Tätigkeitsgrundlage für die Bausparkassen bilden. Als Motor einer kräftigen Weiterentwicklung der Schwäb. Haller Wirtschaft kommt die Bausparkasse auf längere Sicht aber kaum in Frage.

Obwohl die Diakonissenanstalt kein Erwerbsunternehmen im eigentlichen Sinne darstellt, darf sie als Wirtschaftsfaktor der Stadt nicht unterschätzt werden.[1)] Das Vorhandensein eines gut ausgebauten Krankenhauses

---

1) Vgl. dazu Teil A, Abschnitt 3.225

muß auch in dem Zusammenhang gesehen werden, daß das Krankenhauswesen in der Bundesrepublik weitgehend unterentwickelt ist und daß sich hierbei insbesondere in den Ballungsräumen Engpässe, ja geradezu Notstandserscheinungen zeigen. Die Diakonissenanstalt ist daher als wesentlicher Standortfaktor für Industrie und Dienstleistungen anzusehen, der auch bei einem weiteren Wachstum von Schwäb. Hall eine gute Krankenversorgung gewährleisten wird.

4.33 Die Stationierung von US-Streitkräften

Es wurde bereits dargelegt, daß die im Ortsteil Hessental stationierten US-Streitkräfte neben der Bausparkasse und der Diakonissenanstalt den wichtigsten Träger von Ferndienstleistungen darstellen.[1] Die daraus nach Schwäb. Hall fliessenden fundamentalen Einnahmen erreichen fast 10% der gesamten Wertschöpfung. Dieser Anteil ist, wie ein Vergleich mit Heidelberg zeigt, als verhältnismässig hoch anzusehen. In der mit US-Personal sehr stark belegten Neckarstadt beträgt der Anteil der dadurch in die Stadt fliessenden fundamentalen Einnahmen etwa 17 % der Wertschöpfung.[2] Diese Einnahmen sind mit einer erheblichen Unsicherheit verbunden, denn die Anwesenheit der US-Streitkräfte hängt von vielerlei politischen und strategischen Faktoren ab, die nicht zu übersehen sind. Für die Schwäb. Haller Stadtplanung ergibt sich das besondere Problem, daß das von den US-Streitkräften in Anspruch genommene Gelände ähnlich wie das Dr. Franck'sche Hofgut ein Fremdkörper im natürlichen Erweiterungsgebiet der Stadt darstellt. Die wegen des Flugplatzes ausgesprochenen Baubeschränkungen verstärken die Schwierigkeiten. Sollten die US-Streitkräfte ihren Standort verlegen, so wird sich die Stadtverwaltung wohl bemühen, eines weitere militärische Benützung dieses Geländes zu verhindern. Bei einem solchen Ansinnen muß jedoch in Betracht gezogen werden, daß dadurch ca. 10 % der Schwäb. Haller Erwerbsgrundlagen entfallen und durch zusätzliche Industrie oder Ferndienstleistungen ersetzt werden müssen, wenn die Wirtschaftskraft der Stadt dadurch keine Einbuße erleiden soll.

4.34 Intensivierung zentraler Handelsfunktionen

Aus den Strukturanalysen in Teil A ging hervor, daß die Schwäb. Haller Handels- u. Gewerbebetriebe nicht in dem Maße vom Umland frequentiert werden, wie

1) Vgl. dazu Teil A, Abschnitt 3.28

2) Vgl. dazu G. Isenberg: "Die Existenzgrundlagen von Heidelberg", Gutachten erstattet im Auftrag der Stadt Heidelberg, 1955, S. 39

es bei der Stellung Schwäb.Halls als größtem hohenloher Zentralort möglich erscheint.[1] Es sollte deshalb eine Erweiterung der Handels- und Dienstleistungsfunktionen der Stadt angestrebt werden, um zusätzliche Käuferschichten aus der engeren und weiteren Umgebung heranzuziehen und zu verhindern, daß Schwäb.Haller Einwohner in stärkerem Maße in größeren Zentren einkaufen. Dies gilt umso mehr, da durch die wachsende Motorisierung die Konsumenten unabhängiger von den ortsansässigen bzw. nahegelegenen Geschäften werden. Auch in Hinblick auf die etwaige Einführung einer Kleinhandelsumsatzsteuer erscheint dies von Bedeutung.[2] In einer Marktwirtschaft hängt die Intensivierung zentraler Handels- und Dienstleistungsfunktionen von der Privatinitiative ab. Eine Stadtverwaltung kann jedoch mittelbar darauf Einfluß nehmen, indem sie durch stadtplanerische Maßnahmen Möglichkeiten zur Erweiterung bzw. zur Neuanlage von Geschäften an geeigneten Plätzen schafft und durch eine entsprechende Verkehrsplanung fördert, so z.B. durch Anlage von Parkplätzen, Freihaltung der Ladenstraßen vom Durchgangsverkehr etc. Auch im hohenloher Raum wächst der Wohlstand und Schwäb.Hall sollte sich darauf einrichten, um seine Chancen nicht zu vergeben.[3]

Von erheblicher Bedeutung, insbesondere hinsichtlich der Ausstrahlung auf das Umland, ist das Vorhandensein eines größeren Kaufhauses. Die vielfach geäußerte Befürchtung, daß dadurch der Einzelhandel Nachteile erleide, ist ein Trugschluss. Da ein attraktives Kaufhaus viele Käufer von auswärts anlockt, werden auch für die Fachgeschäfte neue Käuferkreise herangezogen. Derartige spezialisierte Einzelhandelsgeschäfte mit einem umfangreichen Sortiment und persönlich-individueller Bedienung bilden eine günstige Ergänzung zu Kaufhäusern. Dies zeigte sich während der vergangenen Jahre in zunehmendem Maße und kommt in vielen Städten bereits darin zum Ausdruck, daß der Geschäftswert, der bei den Kaufhäusern gelegenen Straßen beträchtlich

---

1) Vgl.dazu Teil A, Abschnitt 3.224

2) Vgl.dazu Teil C, Abschnitt 5

3) Vgl.dazu die "Übersicht über die festgestellten Attraktivkräfte der Handelszentren", die O.Boustedt in dem Aufsatz: "Die Abgrenzung von städtischen Marktgebieten" in Raumforsch.u.Raumordn. Heft 3, 1959, S.155/156 gibt.

zunimmt. Das Vorhandensein eines Kaufhauses ist auch als wirksames Gegengewicht gegenüber dem wachsenden Versandhandel anzusehen. Schwäb.Hall verfügt bereits über ein kleineres Kaufhaus, aber es zeigt sich, daß es bisher keine merkliche Anziehungskraft auf die weitere Umgebung auszuüben vermochte. Bei der Auswahl eines geeigneten Platzes für ein Kaufhaus sind folgende Gesichtspunkte zu beachten: Es soll für die aus der Umgebung kommenden Käufer leicht erreichbar sein, also in der Nähe des Bahnhofs und der Omnibushaltestellen liegen und Parkmöglichkeiten bieten. Gleichzeitig soll es auch von den Bewohnern der Stadt und der Vororte ohne großen Zeitaufwand aufgesucht werden können, es ist daher eine zentrale Lage innerhalb von Schwäb.Hall vorzusehen. Die eigentliche Altstadt dürfte dafür nicht infrage kommen. Es wäre ein Standort am Rande der Altstadt auf der westlichen Kocherseite in der Nähe des Bahnhofs zu erwägen. Eine Beeinträchtigung des altertümlichen Stadtbildes durch einen modern angelegten Großbau ist dabei nicht zu befürchten. Es muß aber auch erwähnt werden, daß die soziale Schichtung der Schwäb.Haller Bevölkerung und die daraus zu folgernde konservative Verhaltensweise darauf hindeuten, daß ein größerer Teil der städtischen Einwohnerschaft Vorbehalte gegenüber Einkäufen in einem "Warenhaus" hat, die wahrscheinlich erst nach einer gewissen Anlaufzeit und durch eine darauf ausgerichtete Werbung überwunden werden können.

4.35 Wohnsitz von Rentnern und Pensionären

Eine besondere Erörterung der Frage des Alterssitzes von Rentnern und Pensionären erscheint deshalb angebracht, weil die Bevölkerung der Bundesrepublik durch die Folgen des 2.Weltkrieges und wegen der relativ geringen Geburtenquote überaltert ist. Die Zahl der Rentner und Pensionäre ist schon heute verhältnismäßig hoch und wird noch weiter zunehmen. In demselben Maße steigt auch der Umfang des Einkommensstromes, der diesem Bevölkerungskreis zufließt. Regionalwirtschaftlich ist dieser Vorgang von besonderer Bedeutung, denn die von der Gesamtwirtschaft aufgebrachten Beträge kommen vor allem den Gebieten und Städten zugute, in

denen die Rentner und Pensionäre ansässig sind. Die Mietfreigabe und die damit verbundene Erhöhung der Altbaumieten wird viele Rentner und Pensionäre dazu drängen, die Ballungsräume zu verlassen und kleinere Städte aufzusuchen, wobei allerdings auch mit erheblichen Widerständen zu rechnen ist, die vertraute Umgebung zu verlassen. Unabhängig davon ist in der Bundesrepublik bereits zu beobachten, daß gehobene Pensionäre in wachsendem Maße nach ruhigen landschaftlich schönen Gegenden streben, in deren Nähe sich ein kultureller Mittelpunkt befindet. Derartige Wohnsitzveränderungen gehen in der Regel sehr lautlos vor sich und werden in ihrer Bedeutung deshalb erst spät erkannt. Die Bestrebungen traten sehr deutlich zutage, als nach der Ankündigung des Wohnungsbauministeriums, der Bund werde eigenes Gelände für Wohnbauten zu Vorzugspreisen verkaufen, die OFD Freiburg mit Anträgen auf Kauf von Bauplätzen in der weiteren Umgebung der Stadt geradezu überhäuft wurde. Aus diesen Vorgängen lassen sich zwar nicht ohne weiteres Schlüsse auf Schwäb. Hall und das hohenloher Land ziehen aber auch hier bieten sich vielerlei Anziehungspunkte für Ruheständler. Es fehlt wohl das grössere kulturelle Zentrum, dafür sind in diesem Raum kleinere kulturelle Stätten reich gestreut und üben eine beträchtliche Anziehungskraft aus. Eine günstige Voraussetzung bietet auch hier die Nähe des Stuttgarter Ballungsraumes und des dicht besiedelten Neckargebietes. Viele Stuttgarter und Heilbronner Geschäftsleute haben bereits Wochenendhäuser im Mainhardter Wald. Es kann angenommen werden, daß sich mindestens ein Teil von ihnen dort auch zur Ruhe setzen bzw. die meiste Zeit des Jahres dort verbringen wird. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Bevölkerungskreise direkt nach Schwäb. Hall zuziehen werden. Sie werden auch weiterhin die umliegenden, waldreichen Gegenden bevorzugen. Es fliessen aber auch auf diese Weise zusätzliche Einnahmen nach Schwäb. Hall und erhöhen die Erwerbsgrundlagen der Stadt. Es ist abschliessend darauf hinzuweisen, daß ein hoher Anteil von Rentnern und Pensionären an der Gesamtbevölkerung einer Stadt nur dann als negative Erscheinung zu betrachten ist, wenn er von der Abwanderung der Jüngeren oder einer geringen Geburtenquote verursacht ist. Der Zuzug von Rentnern und Pensionären ist jedoch als positive Erscheinung anzusehen.

4 <u>Die Landwirtschaft des Umlandes und ihre Probleme</u>

Die weitere Entwicklung von Schwäb. Hall als Zentralort eines vorwiegend agrarischen Umlandes wird auch in beträchtlichem Maße von den allgemeinen Veränderungen in der Landwirtschaft bestimmt. Wir müssen uns deshalb mit diesen Problemen ebenfalls beschäftigen, obwohl der Agrarbereich im Rahmen der Wirtschaft der Stadt nur von untergeordneter Bedeutung ist. Unter rein ökonomischen Gesichtspunkten müsste die landwirtschaftliche Bevölkerung in der Bundesrepublik erheblich stärker zurückgehen als es bisher geschehen ist. Es sind dafür folgende Gründe maßgebend:

+ Gegenüber Industrie und Gewerbe bestehen beträchtliche Produktivitätsunterschiede. Die Grenzproduktivitäten der Landwirtschaft und der Industrie sind in der Bundesrepublik von einer Übereinstimmung, wie es nach theoretischen Überlegungen zu erwarten wäre, weit entfernt.

+ Viele Außenhandelspartner weisen in der landwirtschaftlichen Erzeugung komparative Kostenvorteile gegenüber der Bundesrepublik auf.

+ Die Bundesrepublik weist als hochindustrialisiertes Land einen umfangreichen Export an industriellen Erzeugnissen in wirtschaftlich schwach entwickelte Länder auf. Diese können ihrerseits fast nur landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe exportieren. Dadurch entsteht ein Import-Druck an landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Durch die gegenwärtige Marktordnung und die Außenhandelspolitik der Bundesrepublik wird die Landwirtschaft erheblich gestützt. Strukturell - gesellschaftliche Gesichtspunkte und teilweise auch Autarkiebestrebungen sind dafür Gründe, denen eine Berechtigung nicht abgestritten werden kann. Im Rahmen des "Grünen Planes" wird gleichzeitig mit erheblichem öffentlichen Aufwand eine Verbesserung der Agrarstruktur und eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität gefördert. Durch diese Maßnahmen wird verhindert, daß die landwirtschaftliche Erzeugung in manchen Gebieten überhaupt stillgelegt werden muß und daß sich ganze Landstriche entvölkern. Der Anteil der Landwirtschaft am gesamten Volkseinkommen wird jedoch bei fortschreitender Entwicklung weiter zurückgehen und die Abwanderung aus der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit, wie sie schon seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts im Gange ist, und durch die beiden Weltkriege lediglich unterbrochen wurde, wird vorläufig weitergehen.[1] Es sind hierbei insbesondere auch die Auswirkungen zu beachten, die die Schaffung der EWG nach sich ziehen wird. Unabhängig davon, welche Form die vorgesehene landwirtschaftliche Martkordnung der EWG im einzelnen erhalten wird, ist jetzt schon als sicher anzunehmen. daß eine Angleichung der garantierten Mindestpreise und die Schaffung gleicher Absatzmöglichkeiten im ganzen EWG-Gebiet herbeigeführt wird. Die natürlichen Vorteile, die Frankreich und Italien insbesondere beim Getreidebau und bei den Sonderkulturen aufweisen, werden sich dann bei uns mehr bemerkbar machen und erfordern eine verstärkte Rationalisierung, bei der zusätzliche

---

1) Einen zusammenhängenden Überblick über die verschiedenen Probleme und Zusammenhänge der Abwanderung in der Landwirtschaft in Bad.-Württ. gibt H. Wirth in dem Aufsatz: "Die Abwanderung aus der Landwirtschaft in Bad.-Württ, Umfang, Ursachen und Wirkungen." in: Jahrbücher für Stat. u. Landeskunde für Bad.-Württ., herausgeg. vom Stat. Landesamt. 2. Jahrg., 2.Heft, Stuttg. 1956, S. 119 f

Vgl. dazu auch W. Kahler: "Das Agrarproblem in den Industrieländern. Ein Beitrag zur agrarpolitischen Diskussion der Gegenwart", Göttingen 1958

landwirtschaftliche Arbeitskräfte freigesetzt werden.[1]

Die landwirtschaftliche Struktur des Kreises Schwäb. Hall ist gekennzeichnet durch ein starkes Hervortreten der Vieh-Wirtschaft.[2] Der Kreis Schwäb. Hall steht dabei neben dem Kreis Öhringen auch im engeren hohenloher Raum an der Spitze. Im Vergleich zu den übrigen landwirtschaftlichen Erzeugungsarten hat die Rindfleischproduktion der Bundesrepublik in der EWG die relativ besten Chancen, sodaß der Landwirtschaft des Kreises unter diesem Gesichtspunkt eine verhältnismässig günstige Prognose gestellt werden kann. Wegen der klimatischen Bedingungen ist im hohenloher Gebiet die landwirtschaftliche Erzeugung im Gegensatz zum Neckarraum auf wenige Sparten begrenzt und bietet günstige Voraussetzungen für einen verstärkten Maschineneinsatz. Im Kreis Schwäb. Hall herrscht die geschlossene Vererbung vor. Die Zersplitterung in Kleinbetriebe ist dabei nicht so ausgeprägt wir in Realteilungsgebieten. Es müssen aber auch die natürlichen Ertragsbedingungen mit in Betracht gezogen werden. Unter Berücksichtigung der Bodenklimazahlen und der Art der Bodennutzung ist die Untergrenze für einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb in diesem Raum mit etwa 15-20 ha anzusetzen.[3] Nach diesem Richtsatz wiesen bei der Betriebsgrössenstruktur des Jahres 1958 etwa 60-70 % der landwirtschaftlichen Betriebe eine Größe auf, die für ein Familieneinkommen, das dem allgemeinen Niveau entsprechen soll, nicht ausreicht.[4] Selbst wenn wir annehmen, daß etwa die Hälfte davon bereits Nebenerwerbsstellen sind, verbleibt eine beträchtliche Zahl von Betrieben, die entweder durch Auflösung anderer Betriebe zu lebensfähigen Familienbetrieben aufgestockt werden müssen bzw. bei denen der Haupt- oder Nebenerwerb künftig in anderen Wirtschaftsbereichen zu suchen sein wird.[5] Dieser Änderungsprozess, der im Rahmen des Grünen Planes gefördert wird, ist bereits in vollem Gange. Nach Berechnungen der Landesplanungsstelle bei bad.-württ. Innenministerium beträgt der latente

---

1) Nach Berechnungen von G. Isenberg verfügt Frankreich über eine Agrarkapazität, die etwa 3 x so hoch ist als die in der Bundesrepublik und bisher nur halb so stark ausgenützt wurde. Vgl. dazu G. Isenberg: "Die Stellung der Landwirtschaft in der Volkwirtschaft der EWG-Länder" in: Forsch.-u. Sitzungsberichte der Akad. f. Raumforsch. u. Landesplanung, Bd. XI: Die Landwirtschaft in der EWG, S. 1 f.

2) Vgl. dazu die Darstellungen bei der Berechnung der räumlichen Wertschöfung in der Landwirtschaft in Teil A. Abschn. 3.233

3) Vgl. dazu H. Scholz: "Untersuchungen zum Problem der landwirtschaftl. Grenzbetriebe, Methoden der Abgrenzung, Wirtschaftsweise u. Verflechtung mit anderen Berufsgruppen", Diss. Hohenheim 1957

4) Vgl. dazu Teil A, Abschnitt 3.233

5) Vgl. dazu U. Planck: "Nachwuchslose u. auslaufende Betriebe - Untersuchungen zum Problem des Betriebsnachwuchses in den landw. Betrieben des Kreises Crailsheim". Arbeit aus dem Inst. f. Agrarpolitik u. Ernähr. wirtsch. an der Landw. Hochschule Hohenheim 1952

Arbeitskräfteüberschuß der Landwirtschaft des Kreises Schwäb. Hall, wie bereits erwähnt 1500-2000 Personen.[1] Wir wollen uns mit der Berechnungsmethode hier nicht näher Beschäftigen und diese Zahlen lediglich als Anhaltspunkte wiedergeben. Da die Landesplanungsstelle bei ihren Untersuchungen von einer Mindestbetriebsgrösse zwischen 10 und 15 ha ausging, dürfte die landwirtschaftliche Arbeitskraftreserve im Kreis Schwäb. Hall nach unseren Schätzungen nahe an 2000 Personen heranreichen.[2]

Die erforderliche Entlastung der Landwirtschaft durch Beschäftigung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in anderen Branchen kann dann leichter erreicht werden, wenn andere Arbeitsplätze in erreichbarer Nähe angeboten werden und die landwirtschaftlichen Familien mit der Frage einer Änderung der Erwerbstätigkeit nicht gleichzeitig auch vor die Alternative gestellt werden, in größere Zentren oder bereits überfüllte Ballungsräume umzusiedeln, was in der Regel auch mit einer höheren individuellen Krisenanfälligkeit verbunden ist, da der wirtschaftliche und soziale Rückhalt, den die ländliche Familienwirtschaft und der Grundbesitz vermitteln, dabei vielfach verlorengeht. Eine Abwanderung brächte, wie schon erwähnt, auch die Gefahr mit sich, daß bei einer zurückgehenden Bevölkerungsdichte die bestehenden Einrichtungen der Infrastruktur kaum aufrecht erhalten, bzw. der allgemeinen Entwicklung entsprechend erweitert werden könnten. Ein solcher Vorgang würde sich auf Schwäb. Hall negativ auswirken, weil dadurch der Erwerbsspielraum der Stadt bei den zentralen Diensten für das Umland verengt würde. Es ist aber auch zu beachten, daß bei der weiteren Mechanisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft die Vorleistungen aus dem nichtlandwirtschaftlichen Bereich zunehmen werden. Der Bedarf an Reparaturwerkstätten, Einkaufsmöglichkeiten für Betriebs-Hilfsstoffe, Einrichtungen zur Erleichterung des Absatzes etc., wird steigen.

---

1) Landesplanungsstelle beim bad.-württ. Innenministerium: "Der Kreis Schwäb. Hall", Oktober 1960, S. 10
In der Enquête-Aufbereitung: Bevölkerungsstruktur mit Tragfähigkeits- und Stellenbilanz für den Kreis Schwäb. Hall, Tab. Vb, wird die Arbeitskraftreserve genauer mit ca. 1700 angegeben. Vgl. dazu auch Abschnitt 4.141

2) In einer Untersuchung der landwirtschaftlichen Struktur im Landkreis Fritzlar-Homberg (Hessen) wurde die Zahl der durch die Verbesserung der Agrarstruktur und der durch die Mechanisierung freiwerdenden Arbeitskräfte jeweils getrennt berechnet. Dabei zeigte es sich, daß durch eine Änderung der Agrarstruktur bei weitem nicht soviel Arbeitskräfte freigesetzt werden können, wie durch eine stärkere Mechanisierung.
Vgl. dazu: Akad.f. Raumforsch. u. Landesplanung: "Entwicklungsmöglichkeiten von Bevölkerung und Wirtschaft im Landkreis Fritzlar-Homberg" Gutachten und:
G Kreher:"Leistungszahlen für Arbeitsvoranschläge", Heft 17 der Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für Landarbeit und Landtechnik, Stuttg. 1957

Schwäb. Hall als altem Marktort und Treffpunkt der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Umlandes bieten sich dabei neue Erwerbsmöglichkeiten.

5. Die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in Schwäb. Hall

Neben der Kenntnis der wirtschaftlichen Entwicklungsaussichten ist für die verschiedenen kommunalpolitischen Maßnahmen insbesondere auch eine Vorstellung über die mutmaßliche Bevölkerungsentwicklung zu gewinnen. Bei der Erarbeitung einer Bevölkerungsprognose kömmen je nach Art des Untersuchungsobjektes und der verfügbaren Unterlagen verschiedene Wege beschritten werden. Es bedarf deshalb zunächst einer Orientierung darüber, nach welchen Methoden bei der Stadt Schwäb. Hall vorgegangen werden kann.

5.1 Zur Frage des methodischen Ansatzes

Zwischen der wirtschaftlichen Entfaltung und der Bevölkerungsentwicklung einer Stadt besteht, wie bereits erwähnt wurde, eine enge Wechselwirkung. Es liegt deshalb nahe, Bevölkerungsprognosen aus einer Abschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung abzuleiten. Die nach räumlich-funktionalen Gesichtspunkten ermittelte räumliche Wertschöpfung, wie wir sie in Teil A für Schwäb. Hall ermittelt haben, bietet dafür günstige Ansatzpunkte. Es ist auch möglich, dabei von Schätzungen der künftigen Beschäftigtenzahlen auszugehen.[1] Wir haben auf eine quantifizierende Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung von Schwäb. Hall verzichtet, da uns die dafür zur Verfügung stehenden Unterlagen und Anhaltspunkte nicht ausreichend erschienen. Diese Methoden kommen deshalb hier nicht in Betracht. Es soll dagegen versucht werden, unter Berücksichtigung der wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Komponenten, wie sie bereits analysiert wurden und der verschiedenen Einzelvorgänge der Bevölkerungsentwicklung eine Prognose für Schwäb. Hall zu stellen. Wir werden dabei in etwa so verfahren, wie es van Beuren Stanbery unter Auswertung empirischer Forschungsergebnisse in den USA umrissen hat:[2]

---

1) Vgl. dazu A.M.Weimer und H.Hoyt: "Principles of Urban Real Estate", New York 1939, (zitiert nach N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln und Opladen 1960, S. 158)

Vgl. dazu ferner: F. Forbat: "Untersuchungen über den Lokalisierungsmultiplikator" in:Raumfoschung und Raumordnung, Heft 2, 1953, S.97-101

Vgl. dazu Teil D, Abschnitt 2.

2) Nach den Ausführungen von van Beuren Stanbery in:"Better Population forecasting for Areas and Communities", Washington, Government Printing Office 1952, IV, von N.J.Lenort interpretiert.
Vgl. dazu N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung" Köln und Opladen 1960, S. 160

+"Statistische Analyse der gemeindlichen Bevölkerungsentwicklung zurückliegender Zeiträume und Prüfung der Relationen zwischen der Bevölkerungsentwicklung des Wirtschaftsraumes und des Landes, zu denen die Gemeinde gehört." 1)

+"Ermittlung der wichtigsten Faktoren und Bedingungen, die das Bevölkerungswachstum der Gemeinde in der Vergangenheit entscheidend beeinflußt haben." 2)

+"Bewertung der wichtigsten Faktoren und Bedingungen, von denen angenommen werden darf, daß sie die Bevölkerungsentwicklung in dem Zeitraum entscheidend beeinflussen werden, für den die Prognose gestellt werden soll." 3)

+"Berechnung der maximalen und der minimalen Bevölkerungsentwicklung, die vernünftigerweise erwartet werden darf."

Da die vorbereitenden Analysen in den vorhergehenden Kapiteln der Arbeit bereits durchgeführt wurden, können wir uns deshalb, neben einer Erörterung der mutmaßlichen Bevölkerungsentwicklung im grösseren Raum der Bundesrepublik,damit begnügen, aus den vorliegenden Untersuchungen Folgerungen hinsichtlich der wahrscheinlichen Bevölkerungsentwicklung in Schwäb.Hall zu ziehen. Die bei den wirtschaftlichen Analysen gewonnenen Erkenntnisse dienen dabei vor allem dazu, Art und Umfang der zu erwartenden Wanderungsbewegung abzuschätzen.

5.2 Die großräumigen Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung

Um die Bevölkerungsentwicklung einer Stadt zu bestimmen, sind sowohl die großräumigen Tendenzen als auch die Bewegungen im näheren Umkreis zu berücksichtigen. Wir können diese Vorgänge in drei Bereiche aufgliedern:

+ Die Bevölkerungsentwicklung im grösseren Raum: EWG-Gebiet
+ Die Bevölkerungsbilanz der Bundesrepublik, dabei ist insbesondere der Zustrom von ausländischen Arbeitskräften und von Flüchtlingen aus Mitteldeutschland wesentlich.
+ Die Geburtenbilanz und Wanderungsbewegungen innerhalb des Landes
+ Die Geburtenbilanz und Wanderungsbewegung innerhalb der Stadt selbst und in ihrer Umgebung

Nach einer von der EWG veröffentlichten Vorausschätzung wird die Gesamtbevölkerung der EWG-Länder von 168,5 Mio 1960 auf 181,8 Mio 1970 steigen. In der Bundesrepublik ist weiterhin mit einer verhältnismässig geringen Geburtenquote zu rechnen, nach derselben Schätzung kann hier bis 1970 ein Geburtenüberschuß von 1,5 Mio und ein Wanderungsgewinn von 1,3 Mio angenommen werden.[5] Es ist anzunehmen, daß die regionalen Unterschiede der Geburtenhäufigkeit auch weiterhin bestehen bleiben, d.h. daß die Großstädte einen Sterbeüberschuß aufweisen und ihren Einwohnerstand nur durch Zuwanderung aus ländlichen Gegenden mit höheren Geburtenquoten erhalten bzw. erweitern können.[4] In dieser Situation liegt aber auch eine

1) Vgl. dazu Teil A, Abschnitte: 2.21, 2.23 und 2.3
2) Vgl. dazu Teil A, Abschnitte: 2.22 und 3.
3) Vgl. dazu Teil D, Abschnitte 4.1 - 4.4
4) "Die industrielle Agglomeration ist seit ihrem Entstehen hinsichtlich des Arbeitsvermögens ein Zuschußbetrieb". Ipsen weist in diesem Zusammenhang weiter darauf hin, daß nach der demographischen Prognose die

./.

Chance, eine weitere Verzerrung des räumlichen Siedlungsgefüges zu verhindern,wenn es den mittleren und kleineren Zentren,zu denen auch Schwäb.Hall zu rechnen ist,gelingt,künftig eine stärkere Anziehungskraft auszuüben. Gewissen Tendenzen in dieser Richtung zeigten sich bereits während der vergangenen Jahre,als gehobene Zentren wie Kassel oder Karlsruhe und mittlere Zentren,die relativ höchsten Wachstumsquoten zu verzeichnen hatten.Gleichzeitig wiesen aber auch die Randgebiete der Ballung eine beträchtliche Zunahme auf.Es werden dabei auch vielfältige städtebauliche Probleme aufgeworfen,da die Grünzonen,die das zu einem größeren Zentrum gehörende Bebauungsgebiet abgrenzen sollen,vielfach übersprungen werden,indem sich jenseits der Sperrzone weitere Ringe um die Zentren bilden.

Mit einem weiteren Anwachsen des Stromes ausländischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik ist zu rechnen.Die strukturelle Zusammensetzung nach Herkunftsländern wird sich wahrscheinlich verändern.Angesichts der wachsenden Beschäftigungsmöglichkeiten im eigenen Lande wird der Anteil der Italiener zurückgehen.Dagegen wird die Zahl der Arbeitskräfte,die im Rahmen der Entwicklungshilfe einige Jahre zur Ausbildung in der Bundesrepublik verbringen, noch zunehmen.Es ist auch zu erwarten,daß künftig,in stärkerem Maße als bisher,die Familien mitkommen werden.G.Isenberg schätzt,daß der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte einschl.der Angehörigen während der nächsten 20 Jahre in der Bundesrepublik einen Umfang bis zu maximal 10 Millionen Personen annehmen kann.Obwohl durch die Absperrmaßnahmen in Berlin der Zustrom von Flüchtlingen aus Mitteldeutschland fast ganz versiegt ist, befinden sich noch viele Flüchtlinge in Lagern oder sind provisorisch untergebracht. Sie haben vielfach noch keinen endgültigen Wohnsitz gefunden,sodaß ihre Wohnsitzwahl für viele Orte und Gebiete ebenfalls Bedeutung erlangen kann.

Innerhalb der Bundesrepublik machten sich während der letzten Jahre Tendenzen einer Nord-Süd-Wanderung bemerkbar,die die Bevölkerungszunahme in Bad.-Württ.zusätzlich steigerte aber bisher nur den wirtschaftlich stark entwickelten Gebieten zugute kam.Nach den vorherrschenden Tendenzen wird der hohenloher Raum auch weiterhin Menschen an die wirtschaftlichen Aktivräume abgeben. Das künftige Ausmaß der Abwanderung hängt vor allem

(Fortsetzung der Fußnoten von Seite 249)
Möglichkeit der Massenzuwanderungen in die Ballungen schon in den 60er Jahren dieses Jahrhunderts auslaufen wird.Es ist anzunehmen,daß dabei die Wanderungsbilanz der Bundesrepublik gegenüber dem Ausland und Mitteldeutschland außer acht blieb.
G.Ipsen:"Sozialfragen der industriellen Ballung" in:"Die industriellen Ballungsräume",Schriften des deutschen Verbandes für Wohnungswesen,Städtebau und Raumplanung, Heft XI, Köln 1955, S. 11
5) Vgl. dazu H. Blanpain: "Faktoren der Entwicklung der Erwerbsbevölkerung in den EWG-Ländern im Laufe der nächsten 10 Jahre", in:Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Statist.Inform.1961,Nr.3,S.284

davon ab, ob sich Schwerpunkte herausbilden können. Eine Rückwanderung aus den Ballungsräumen angesichts der dort zunehmenden Schwierigkeiten ist nicht zu erwarten. Derartige Bevölkerungsbewegungen kommen höchstens den Ballungsrändern zugute.

5.3 Versuch einer Vorausschau auf die Bevölkerungsentwicklung von Schwäb. Hall bis 1980

Vorausschätzungen der Bevölkerungsentwicklung werden heute in der Regel für 20 Jahre aufgestellt.[1] Eine solche Zeitspanne kann nach den bisherigen Erfahrungen, von außergewöhnlichen Vorgängen abgesehen, noch überschaut werden. Gleichzeitig ist sie lange genug, um als Richtschnur für langfristige Entscheidungen und Investitionen dienen zu können. Wir wollen abschliessend versuchen, aufgrund der durchgeführten Untersuchungen und der allgemeinen Tendenzen die mutmaßliche Bevölkerungsentwicklung von Schwäb. Hall bis 1980 zu umreissen. Von grossen Einfluß darauf ist, in wieweit die in den vorhergehenden Abschnitten erörterten wirtschaftlichen Möglichkeiten genützt werden können. Wir werden bei unseren Schätzungen von einer mittleren Entwicklung ausgehen. Nach den gegenwärtigen Tendenzen kann angenommen werden, daß die Geburtenquote im Kreis Schwäb. Hall etwa gleich bleiben bzw. gegenüber dem bisherigen Stand etwas zurückgehen wird. Im Kreisgebiet, ohne die Stadt Schwäb. Hall kann daher bis 1980 mit einem Geburtenüberschuß von etwa 3 500 bis 4 500 gerechnet werden. In Schwäb. Hall selbst mit einem solchen von etwa 1 500 bis 2000.[2] Im letzten Jahrzehnt hat Schwäb. Hall etwa ein Drittel der Bevölkerung, die aus dem Kreis abgewandert ist, aufgenommen.[3] Es ist auch weiterhin mit einem Wanderungsverlust der Kreisgemeinden zu rechnen. Im ungünstigen Falle wird er, wie bisher, den Geburtenüberschuß übertreffen, im günstigen Falle etwa gleichgroß oder etwas geringer sein. Es kann angenommen werden, daß vor allem bei einer stärkeren Abwanderung aus dem Kreisgebiet Schwäb. Hall mehr als ein Drittel der abwandernden Bevölkerung aufnehmen wird. Der dadurch entstehende Bevölkerungszuwachs der Stadt kann auf etwa 1 700 bis 2 300 Personen geschätzt werden. Die Zuwanderung aus den übrigen

1) Vgl. dazu auch A.Kühn: "Die mittlere Zukunft in der Raumforschung" in: Raumforschung _ 25 Jahre Raumforschung in Deutschland, Bremen-Horn 1960, S. 117 f.

Für detaillierte Entwicklungsprogramme empfiehlt Lenort einen Zeitraum zwischen 5-10 Jahren. Vgl. dazu: N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln und Opladen 1960, S. 238

2) Vgl. dazu Teil A, Abschnitt 2.3

3) ebenda

hohenloher Gebieten und der Zuzug von Flüchtlingen dürfte zwischen 400 und 800 Personen betragen. Die voraussichtliche Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften kann, zusammen mit den Angehörigen, auf 300 - 600 Personen veranschlagt werden. Fassen wir nun die verschiedenen Bewegungsvorgänge zusammen, so kommen wir, ausgehend von ca. 21 500 Einwohnern 1960 bis zum Jahre 1980 zu einer minimalen Zunahmen um etwa 4000 auf 25 500 Einwohner und zu einer maximalen Zunahme um etwa 5 500 auf 27 000 Einwohner.

Die Landesplanungsstelle beim Bad.-Württ. Innenministerium gelangte im Rahmen einer Vorausschätzung bei der die Wanderungsbilanz von Bad.-Württ. gegenüber anderen Gebieten außer acht blieb, für Schwäb. Hall bis 1980 zu einer Einwohnerzahl von 25 000.[1] Der Flächennutzungsplan der Stadt Schwäb. Hall, nach dem gegenwärtig gearbeitet wird, geht von einer Zunahme der Haller Einwohnerschaft bis 1978 auf ca. 25 000 aus.[2] Diese Vorausschätzungen entsprechen etwa dem bei unseren Berechnungen ermittelten Minimum. Die Flächenausweisung der Stadt wurde von vornherein großzügig gemessen, sodaß sie auch einer stärkeren Bevölkerungszunahme als der von der Stadtverwaltung ursprünglich angenommenen, etwa im Sinne unseres Maximums gerecht wird.

6. Die Gestaltung der künftigen Flächennutzung

Die Schätzungen über die voraussichtliche Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung sind mit den besonderen kommunalpolitischen Zielsetzungen zur kommunalen Entwicklungsplanung zusammenzufassen. Diese findet ihren räumlich-gestalterischen Niederschlag in den Flächennutzungsplänen, bei denen es darum geht, die weitere Rauminanspruchnahme durch Bevölkerungsentwicklung, industrieller Expansion und wachsendes Verkehrsaufkommen zu einer organischen Gesamtheit zusammenzufassen, wobei eine bestmögliche, kostensparende Kombination der kommunalen Einrichtungen anzustreben ist. Um aus den Vorausschätzungen der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung die erforderlichen Flächeninanspruchnahmen für die verschiedenen Zwecke wie Wohnungen und damit verbundene Folgeeinrichtungen, Industrie, Gewerbe, Verkehr, Erholung, öffentliche Bauten und Versorgungsanlagen zu ermitteln, bedarf es vielfältiger Untersuchungen und Berechnungen.[3]

1) Landesplanungsstelle beim Bad.-Württ. Innenministerium: "Baden-Württ., Alternativen der Bevölkerungsverteilung 1958 bis 1980 auf die Nahbereiche für 2 Varianten der Landesentwicklung".
2) Stadtverwaltung Schwäb. Hall: "Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan der Stadt Schwäb. Hall", aufgestellt im Aug. 1959, S. 3
3) "Richtwerte über die in geschlossenen Entwicklungsgebieten erforderlichen Folgeeinrichtungen erleichtern die vorausschauende Flächennutzungs- und Finanzplanung", Vgl. dazu N.J.Lenort: Strukturforsch. u. Gemeindeplanung", Köln u. Opladen, 1960, S. 233/234

Dafür konnten bisher noch keine allgemein anerkannten Regeln entwickelt werden, lediglich für Vorausberechnungen des Verkehrsvolumens steht eine Methode zur Verfügung, nach der heute überwiegend gearbeitet wird.[1)]

Es eröffnet sich hier ein weites Feld ungelöster Aufgaben, die nur in enger Zusammenarbeit zwischen Städteplanern und Kommunalwirtschaftlern bei genauer Kenntnis der besonderen Verhältnisse einer Stadt gemeistert werden können. Wir wollen darauf nicht näher eingehen, sondern uns mit diesen Ausblick auf die weiteren Zusammenhänge und Aufgaben, in welche die kommunalwirtschaftlichen Untersuchungen dieser Arbeit einmünden, begnügen.

---

1) Vgl. dazu J.W.Korte: "Grundlagen der Straßenverkehrsplanung in Stadt und Land", Wiesbaden-Berlin 1958, S. 161 f.

N.J.Lenort: "Strukturforschung und Gemeindeplanung" Köln und Opladen 1960, S. 172 f.

Tabelle I: Bevölkerungsentwicklung bis zum 2. Weltkrieg

Geborenenüberschuß und Wanderungsverlust im Jagstkreis 1856 - 1939:

Zeitspanne	Geborenenüberschuß - auf 1 000 der mittleren Bevölkerung -				Wanderungsgewinn oder -verlust - auf 1 000 der mittleren Bevölkerung -			
	Jagst-kreis	Neckar-kreis	Schwarzw.-kreis	Donau-kreis	Jagst-kreis	Neckar-kreis	Schwarzw.-kreis	Donau-kreis
1856/60	6,6	5,6	5,4	5,7	- 3,8	- 1,3	- 2,6	- 2,8
1861/65	8,8	11,0	11,1	6,7	- 4,8	- 2,6	- 7,7	- 2,7
1866/70	9,0	11,6	11,8	7,9	- 8,1	- 0,1	- 7,5	- 1,9
1871/75	11,1	12,3	11,3	8,7	- 7,5	2,0	- 7,7	- 2,9
1876/80	11,9	15,5	13,2	9,8	- 3,4	- 2,6	- 5,3	- 0,8
1881/85	10,4	12,5	11,3	9,0	-11,3	- 7,0	-10,1	- 5,7
1886/90	9,5	10,9	10,1	8,6	-10,4	- 2,9	- 7,5	- 3,7
1891/95	7,5	9,8	9,8	7,4	-10,0	- 0,6	- 7,3	- 3,9
1896/1900	11,2	13,1	13,4	11,0	-10,7	0,4	- 5,3	- 3,9
1901/05	11,6	13,3	14,5	11,5	- 8,7	3,5	- 2,6	- 1,4
1906/10	12,0	13,4	15,0	11,8	- 8,4	3,6	- 4,4	- 2,0
1910/25	5,0	4,1	5,4	5,2	- 4,4	2,6	- 2,5	- 2,3
1925/33	6,2	5,3	6,8	5,5	- 5,1	3,6	- 1,7	- 2,3
1933/39	7,5	7,5	8,0	7,5	- 3,1	11,2	- 0,9	3,8 1)

Bevölkerungsentwicklung der Stadt Schwäb. Hall 1952-1939 im Vergleich mit anderen württembergischen Städten ähnlicher Grösse:

Stadt:	1852	1871	1880	1900	1910	1925	1933	1939
Schw.Hall	7 035	7 793	9 222	9 225	9 321	8 978	11 239	14 964
Crailsheim	2 999	3 688	4 642	5 251	6 101	6 420	6 444	8 940
Mergenth.	2 856	3 713	4 445	4 372	4 747	5 430	6 191	7 674
Biberach	5 535	7 091	7 799	8 390	9 360	10 065	10 426	11 434
Ravensburg	5 312	7 666	9 383	13 453	15 594	17 012	18 930	21 614
Wangen	2 014	2 357	2 873	3 848	4 831	5 837	7 005	8 034
Backnang	4 457	4 472	5 536	7 650	8 676	8 811	10 069	11 601
Aalen	3 590	5 552	6 659	9 058	11 347	12 171	12 703	15 890
Schw.Gmünd	7 344	10 739	13 774	18 699	21 312	20 438	20 131	21 940
Göppingen	5 911	8 649	10 851	19 384	22 272	22 017	23 007	30 322
Geislingen	2 584	3 334	3 902	7 050	8 674	13 762	14 349	17 475
Kornwesth.	1 629	1 645	1 931	2 977	4 088	7 953	10 090	14 570
Heilbronn	13 687	18 955	24 446	37 891	42 688	45 520	60 308	77 569 2)

1) Zusammengestellt nach Tabellen in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Bad.-Württ., 1. Jahrg. 2. Heft, Stuttg. 1954, J. Griesmeier: "Die Entwicklung der Wirtschaft und der Bevölkerung von Baden und Württemberg im 19. u. 20. Jahrhundert", S. 142, 149, 150, 155 u. 171.

2) Zusammengestellt nach Angaben in: Statistisches Handbuch Bad.-Württ., 2. Ausgabe 1958, S. 25

Tabelle II: Die wirtschaftliche Entwicklung im Jagstkreis 1861 - 1939

Beschäftigtendichte 1861:

	auf 1000 der Bevölk. kommen Beschäft. in den Fabriken	im Handwerk	im Handel u. Verk.	insges.
Jagstkreis	41,8	71,5	15,8	129,1
Neckarkreis	49,2	85,0	20,4	154,6
Schwarzw.kr.	58,9	99,4	19,0	177,3
Donaukreis	56,4	85,4	17,8	159,6
Württemberg	51,7	85,6	18,4	155,7 1)

Stand des Gewerbelebens 1875:

	Beschäftigte insges.	auf 1000 Einw.	davon: Bergb., Ind. Handw. Baugew. Beschäft.	auf 1000 Einw.	Handel u. Verkehr Beschäft.	auf 1000 Einw.
Jagstkreis	51 128	128,1	44 916	112,4	6 096	15,3
Neckarkreis	94 300	163,7	77 139	133,9	16 669	28,9
Schwarzw.kr.	70 635	155,2	62 213	136,7	8 273	18,2
Donaukreis	71 922	160,9	61 691	138,0	9 974	22,3
Württemberg	287 985	153,4	245 959	131,0	41 012	21,8 2)

Gewerbliche Struktur 1907: 3) Beschäftigte auf 1000 Einwohner

	Jagstkreis	Neckarkreis	Schwarzw.kreis	Donaukreis
Gewerbe insges.(ohne Baugew.)	146,2	237,7	191,7	179,5
Bergb. Ind. Handw. " "	116,4	176,1	158,3	140,9
Metallverarbeitung	24,6	18,5	12,1	20,9
Masch,-Appar.-Fahrzeugbau	11,3	30,7	32,5	13,3
Textilindustrie	10,5	16,9	38,6	23,2
Papiererz.u.-verarbeitg.	1,7	6,4	4,7	5,9
Lederindustrie	2,6	5,7	3,2	3,0
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	12,2	16,0	18,6	15,2
Nahrungs- u.Genußmittelgew.	22,4	23,2	15,2	19,5
Bekleidungs-u.Reinigungsgew.	19,8	34,6	23,1	23,4
Handel u.Verk.(einschl.Gaststt.)	28,5	57,9	31,9	36,7

Gewerbliche Struktur 1939: 4) Beschäftigte auf 1000 Einwohner

	Jagstkreis	Neckarkreis	Schwarzw.kreis	Donaukreis
Eisen-Stahlgew.Halbzeug	7,2	6,6	1,4	4,3
Eisen-,Stahl-,Metallwaren	22,3	20,2	32,2	18,8
Maschinen-Stahl-Fahrz.bau	29,6	55,8	14,5	50,2
Elektrotechnik	5,5	26,9	5,8	3,8
Feinmechanik,Optik	4,9	6,3	41,9	4,0
chem. Industrie	2,0	5,2	1,7	2,4
Textilindustrie	23,4	22,7	67,7	29,3
Papierindustrie	3,3	5,6	8,0	7,5
Druck- u.Vervielfältig.gew.	1,8	5,6	2,0	2,9
Leder- u.Linoleumind.	7,3	5,0	4,3	3,9
Nahrungs-u.Genußmittelgew.	25,9	26,9	18,2	24,2
Bekleidungsgewerbe	24,9	26,4	31,6	22,5

Absatz- u. Nettoproduktionswerte 1936:

	Absatzwert - in 1000 RM -	Nettoprod.wert - in 1000 RM -
Jagstkreis:	290 182	150 765
davon: Landkrs.Heidenheim	90 902	48 713
" Backnang	64 537	29 603
" Aalen	55 631	30 460
Neckarkreis:	1 427 028	803 335
davon:Stadtkreis Stuttgart	755 373	437 283
Landeskomm.bez.Mannheim:	786 413	377 405
davon:Stadtkreis Mannheim	584 308	264 207 5)

Quelle: Jahrb. f. Stat. u. Landeskunde v. Bad.-Württ. 1. Jahrg. 2. Heft, Stuttg. 1954, J. Griesmeier: "Die Entwicklung der Wirtschaft und Bevölkerung von Baden und Württemberg im 19. u. 20. Jahrhundert."

1) S. 138
2) S. 140
3) S. 153
4) S. 163
5) S. 162

Tabelle III: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsdichte im hohenloher Raum 1939, 1950, 1955 und 1959 im Vergleich mit anderen württembergischen Landkreisen

Kreise:	17.5.1939		13.9.1950		1.1.1955		31.12.1959	
	Bevölkerungs-stand	Einwohner je qkm	Bevölkerungs-stand	Einwohner je qkm	Bevölkerungs-stand	Einwohner je qkm	Bevölkerungs-stand	Einwohner je qkm
Schwäb. Hall	42 980	75,6	56 674	99,7	57 036	100,4	58 938	103,7
Crailsheim	51 435	67,1	62 290	81,3	62 117	81,0	63 753	83,2
Mergentheim	31 165	65,8	41 819	88,2	39 995	84,4	40 050	84,5
Künzelsau	21 867	63,9	30 432	89,0	29 848	87,3	30 884	90,3
Öhringen	30 247	76,1	42 021	105,7	41 212	103,7	43 208	108,7
Hohenloher Kreise zusammen	177 694	69,7	233 236	92,8	230 208	90,3	236 833	94,1
Biberach	74 553	72,8	89 397	87,3	92 037	89,8	97 535	95,2
Ehingen	32 616	64,2	39 469	77,7	40 577	79,9	42 922	84,5
Ravensburg	77 100	108,8	90 924	128,3	98 395	138,8	103 399	145,9
Saulgau	51 138	69,0	61 361	82,7	62 271	84,0	65 402	88,2
Wangen	53 063	71,7	64 740	87,4	67 541	91,2	69 340	93,6
Aalen	85 048	78,8	125 018	116,7	129 490	120,0	139 258	129,1
Backnang	53 990	91,6	76 063	129,1	80 620	136,8	86 827	147,4
Göppingen	121 824	199,6	169 836	278,3	183 756	301,1	197 330	322,8
Heidenheim	62 482	100,1	101 847	147,2	100 685	161,4	101 955	176,2
Nürtingen	73 572	193,3	107 535	282,6	114 758	301,5	126 110	331,7
Schwäb. Gmünd	60 888	132,6	88 390	192,5	92 220	200,8	98 762	215,0
Waiblingen	100 297	231,4	141 269	325,9	156 237	360,5	182 424	420,9
Nord-Württ.	1 945 550	183,9	2 440 066	230,6	2 676 805	253,0	2 946 139	178,5
Bad.-Württ.	5 446 889	153,2	6 430 225	179,9	7 008 139	196,0	7 560 698	211,5

Quelle: Statistisches Handbuch Baden-Württemberg, 2.Ausgabe 1958, S. 26/27
Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 18, S. 3 und Bd. 68, S. 11

Tabelle IV: Die Bevölkerungsbewegung im hohenloher Raum 1939 - 1950 und 1950 - 1957

Kreise	Bevölk.Stand 1939	Wanderungsbeweg. 1939-50 absolut	in %	Geburten-Überschuß 1939-50	Bevölk.Stand 1950	Wanderungsbeweg. 1950-57 absolut	in %	Geburten-Überschuß 1950-57	Bevölk.Stand 31.12.1957
Schwäb.Hall	42 980	12 905	30,0	779	56 674	- 1795	- 3,8	2 754	57 633
Crailsheim	51 435	10 241	19,9	584	62 290	- 3083	- 5,0	3 094	62 301
Mergentheim	31 165	10 230	32,8	394	41 819	- 4889	-11,7	2 114	39 044
Künzelsau	21 867	8 319	38,5	246	30 432	- 2146	- 7,1	1 589	29 875
Öhringen	30 247	11 296	37,3	478	42 021	- 2590	- 6,2	2 245	41 676
hohenloher Kreise zus.	177 694	52 991	29,3	2481	233 236	-14503	- 6,2	11 796	230 529
Aalen	85 048	35 891	42,2	4979	125 918	528	0,4	8 998	135 444
Backnang	53 990	21 061	39,0	1012	76 063	3426	4,5	3 920	83 409
Heidenheim	62 482	26 359	42,2	3006	91 847	8844	9,6	5 311	106 002
Nürtingen	73 572	31 763	40,9	2200	107 535	7733	7,2	5 491	120 759
Gmünd,Schwäb.	60 888	24 718	40,6	2784	88 390	3114	3,5	4 288	95 792
Biberach	74 553	13 747	18,4	1097	89 397	- 752	o,8	6 320	94 965
Ehingen	32 616	6 230	19,1	623	39 469	- 758	1,9	2 590	41 301
Ravensburg	77 451	11 282	14,6	2586	91 319	4177	4,6	4 871	99 972
Saulgau	51 138	9 884	19,3	339	61 361	- 1135	1,8	3 724	63 950
Wangen	52 712	9 570	18,2	2063	64 345	- 1083	1,7	4 242	67 899
Nordwürttemberg.	1942 341	452 430 [1]	23,3	40554	2 435 325	283 583	11,6	112 301	2 835 950

Quelle: Statistisches Handbuch Bad.-Württ., 2. Ausgabe 1958, S. 26/27
Statistik von Bad.-Württ., Bd. 68,"Amtliches Gemeindeverzeichnis Bad.-Württ. 1960", S. 11 und unveröffentlichte Bevölkerungs-Statistiken des Statistischen Landesamtes

1) Die Zahlen über die natürl. und die Wanderungsbewegungen von 1939-50 weisen teilweise kleinere Ungenauigkeiten auf, die jedoch nicht ins Gewicht fallen.

Tabelle V: Die Bevölkerungsentwicklung in Schwäb. Hall im Vergleich mit anderen württ. Städten ähnlicher Größe

Stadt:	17.5.1939	13.9.1950	Bevölker.Bewegung 1939 - 1950 absolut	in %	1.1.1955	31.12.1959	Bevölkerungsbewegung 1950 - 1959 absolut	in %
Schwäb. Hall	14 973	19 266	4 293	28,7	19 524	21 458	2 192	11,4
Crailsheim	10 977	10 133	- 844	- 7,7	12 487	14 143	4 010	39,6
Mergentheim	7 674	10 184	2 510	32,7	11 301	11 309	1 125	11,0
Künzelsau	3 869	6 236	2 367	61,2	6 993	7 663	1 427	22,9
Öhringen	4 582	7 475	2 893	63,1	7 507	9 561	2 086	27,9
Biberach	11 434	14 984	3 550	33,0	17 296	20 264	5 280	35,2
Ehingen	5 764	7 787	2 023	35,1	8 499	9 663	1 876	24,1
Ravensburg	21 614	25 889	4 275	19,8	28 966	30 822	4 933	19,1
Saulgau	5 666	7 594	1 928	34,0	8 411	9 222	1 628	21,4
Wangen	8034	10 507	2 473	40,7	11 897	12 788	2 281	21,7
Backnang	12 564	18 189	5 625	44,7	21 269	22 685	4 496	24,2
Kirchheim/T	13 260	20 138	6 878	51,9	21 515	23 865	3 737	18,5
Nürtingen	10 532	16 921	6 389	60,7	18 711	19 790	2 869	16,95
Waiblingen	10 829	16 000	5 171	47,8	18 197	21 232	5 232	32,7
Geislingen	17 475	22 535	5 060	29,0	23 836	25 194	2 659	11,8

Zusammengestellt und berechnet nach: Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 18, S. 8 f. und Bd. 68, S. 16 f.

Tabelle VI: Die Entwicklung des Pendlerverkehrs von 1955 - 1959 nach Kreisen

Kreise:	- 20.9.1955 -				- 20.9.1957 -					- 21.9.1959 -				
	Ein-pendler	Aus-pendler	Ein- bzw. Aus-pendlerübersch. absol.	auf 100 Einw.	Ein-pendler	Aus-pendler	Ein- bzw. Aus-pendlerübersch. absol.	auf 100 Einw.	Veränderung 1955/57	Ein-pendler	Aus-pendler	Ein- bzw. Aus-pendlerübersch. absol.	auf 100 Einw.	Veränderung 1957/59
Schw.Hall	4 414	4 588	- 174	- 0,3	5 001	5 704	- 703	- 1,2	+ 529	5 492	6 026	- 534	- 0,9	- 169
Crailsheim	3 330	4 313	- 983	- 1,6	4 320	5 140	- 820	- 1,3	- 163	4 570	5 826	-1256	- 2,0	+ 436
Mergentheim	3 187	2 527	+ 660	+ 1,6	3 698	2 931	+ 767	+ 1,9	+ 107	4 342	3 146	+1196	+ 3,0	+ 429
Künzelsau	2 499	2 153	+ 346	+ 1,1	3 145	2 496	+ 649	+ 2,2	+ 303	3 590	2 888	+ 702	+ 2,3	+ 53
Öhringen	3 349	4 929	-1580	- 3,8	3 524	5 286	-1 762	- 4,2	+ 182	3 708	5 706	-1998	- 4,6	+ 236
Biberach	6 785	8 003	-1218	- 1,3	7 938	9 255	-1 317	- 1,4	+ 99	8 923	10 155	-1232	- 1,2	- 85
Ehingen	2 251	3 677	-1426	- 3,5	2 564	4 210	-1 646	- 3,9	+ 220	2 627	4 427	-1800	- 4,2	+ 154
Ravensburg	8 372	8 563	- 191	- 0,2	9 991	10 021	- 30	0,0	- 161	10 559	10 511	+ 48	0,0	- 78
Saulgau	4 350	5 219	- 869	- 1,4	5 031	5 650	- 619	- 0,9	- 250	5 325	6 251	- 926	- 1,4	+ 307
Wangen	2 866	3 105	- 239	- 0,3	3 820	3 926	- 106	- 0,2	- 133	3 815	4 420	- 605	- 0,9	+ 499
Aalen	18 289	18 807	- 518	- 0,4	20 414	21 063	- 649	- 0,5	+ 131	20 740	21 491	- 751	- 0,5	+ 102
Backnang	7 661	12 796	-5135	- 6,3	8 113	13 869	-5 756	- 6,9	+ 621	8 378	14 419	-6041	- 7,0	+ 285
Waiblingen	20 175	37 352	-17177	-10,8	23 865	42 405	-18540	-10,9	+1363	26 229	44 909	-18680	-10,3	+ 140
Schw.Gmünd	13 060	14 610	-1550	- 1,7	14 084	15 603	-1 519	- 1,6	- 31	13 675	15 204	-1529	- 1,4	+ 10
Nürtingen	16 212	22 848	-6636	- 5,8	18 361	24 899	-6 538	- 5,4	- 98	19 129	25 786	-6657	- 5,3	+ 119

Zusammengestellt und berechnet nach Unterlagen der Landesplanungsbehörden bei den Regierungspräsidien Nord- und Süd-Württemberg.

Tabelle VII: Die Entwicklung des Pendlerverkehrs der Stadt Schwäb. Hall von 1955 bis 1959 im Vergleich mit anderen württembergischen Städten

Stadt:	- 20.9.1955 -				- 20.9. 1957 -					- 21.9.1959 -				
	Einpendler	Auspendler	Ein-bzw. Auspendlerübersch. absol.	Ein-bzw. Auspendlerübersch. auf 100 Einw.	Einpendler	Auspendler	Ein-bzw. Auspendlerübersch. absol.	Ein-bzw. Auspendlerübersch. auf 100 Einw.	Veränderung 1955/57	Einpendler	Auspendler	Ein-bzw. Auspendlerübersch. absol.	Ein-bzw. Auspendlerübersch. auf 100 Einw.	Veränderung 1957/59
Schwäb. Hall	2 965	349	+2 616	12,3	3 344	792	+2 552	11,9	- 64	3 566	687	+2 879	13,5	+ 327
Crailsheim	2 140	216	+1 924	13,7	2 859	393	+2 466	17,6	+ 542	3 008	454	+2 554	18,2	+ 88
Mergentheim	2 415	124	+2 291	19,9	2 793	278	+2 515	22,8	+ 224	3 298	113	+3 185	27,7	+ 670
Künzelsau	985	259	+ 726	9,5	1 281	267	+1 014	13,3	+ 288	1 600	256	+1 344	17,8	+ 330
Biberach	3 685	108	+3 577	20,1	4 619	134	+4 485	23,3	+ 908	5 267	195	+5 072	24,8	+ 587
Ehingen	918	354	+ 564	6,6	1 017	403	+ 614	6,8	+ 50	1 003	530	+ 473	4,9	- 141
Ravensburg	4 113	1 658	+2 455	8,4	5 063	1 799	+3 264	11,0	+ 809	5 506	1 807	+3 699	12,0	+ 435
Saulgau	1 094	63	+1 031	12,2	1 320	99	+1 221	13,8	+ 190	1 532	202	+1 330	14,4	+ 109
Wangen	1 093	69	+1 024	8,6	1 435	197	+1 238	9,1	+ 214	1 477	226	+1 251	9,8	+ 13
Backnang	3 728	2 055	+1 673	7,4	4 141	2 291	+1 850	9,1	+ 177	4 327	2 372	+1 955	8,6	+ 105
Kirchheim/T.	3 965	1 721	+2 244	9,5	4 356	2 287	+2 069	8,7	- 175	4 783	2 439	+2 344	10,0	+ 275
Nürtingen	5 164	1 934	+3 230	16,4	6 025	2 041	+3 984	20,2	+ 754	6 073	2 090	+3 983	20,2	- 1
Waiblingen	3 408	4 084	- 676	-3,2	4 689	4 374	+ 314	1,5	+ 991	5 038	4 938	+ 100	0,5	- 214
Geislingen	3 900	1 616	+2 284	9,0	4 978	1 460	+3 518	13,9	+1234	5 110	1 612	+3 498	13,8	- 19

Zusammengestellt und berechnet nach Unterlagen der Landesplanungsbehörden bei den Regierungspräsidien Nord- und Südwürttemberg.

Tabelle VIII: Die Gliederung des Netto-Inlandprodukts und die Leistungswerte der Kreise für 1955

Kreise:	Nettoinlandprodukt insgesamt in Mio DM	davon: Land-u. Forstwirtschaft in Mio DM	in %	Bergbau, Energie verarb. Gewerbe Baugewerbe in Mio DM	in%	Handel, Verk.-wesen, Banken Versicherg. Gaststätten in Mio DM	in %	Staat, Wohn.-Vermietung, sonst. Dienstleist. in Mio DM	in %	Leistungswerte: je Kopf der Wohnbevölk. in DM	in % des Landesdurchschnitt insges.	ohne Stgt. u. Mannh.	Leistungswert je Kopf der davon abhängig. Bevölkerung in DM
Schw. Hall	131	35	26	50	39	25	19	21	16	2 276	81,0	89,8	2 289
Crailsheim	119	42	35	35	30	24	20	18	15	1 913	68,1	75,5	1 969
Mergentheim	83	26	31	27	32	15	19	15	18	2 093	74,5	82,7	2 032
Künzelsau	70	19	27	30	43	12	17	9	13	2 360	84,0	93,2	2 311
Öhringen	82	26	32	33	40	13	16	10	12	1 991	70,9	78,7	2 138
Hohenloher Kreise zus.	485	148	30,5	175	36	89	18,5	73	15	2 103	74,8	83,0	--
Biberach	218	70	32	93	42	28	13	27	12	2 356	83,9	93,0	2 414
Ehingen	88	31	35	34	39	10	12	13	14	2 152	76,6	84,9	2 297
Ravensburg	231	40	18	107	46	48	21	36	15	2 344	83,4	92,5	2 352
Saulgau	137	41	30	54	40	23	16	19	14	2 203	78,4	86,9	2 260
Wangen	156	52	34	63	40	22	14	19	12	2 302	81,2	90,8	2 316
Bad.-Württ.	19 883	1 930	10	10 766	54	4 255	21	2 932	15	2 809	100	110,8	--
Bad.-Württ. ohne Stuttg. u. Mannheim	15 707	1 894	12	8 653	55	2 841	18	2 319	15	2 533	90	100	--

Zusammengestellt und berechnet nach Angaben in: Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 48, Stuttgart 1958

Tabellen IX/1: Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1958 - ohne Landwirtschaft und Unternehmen unter DM 8 000.-- jährl.

Kreise:	Gesamtumsatz		davon: produzierendes Gewerbe zusammen		darunter: Industrie		Dienstleist.(Tertiäre)zusammen		darunter: Großhandel		darunter: Einzelhandel	
	in 1000 DM	in DM je Einw.	in 1000 DM	in DM je Einw.	in 1000 DM	in DM je Einw.	in 1000 DM	in DM je Einw.	in 1000 DM	in DM je Einw.	in 1000 DM	in DM je Einw.
Schwäb.Hall	329 378	5 707	189 292	3 279	143 683	2 489	139 265	2 413	51 313	889	50 902	882
Crailsheim	281 220	4 500	160 950	2 575	112 026	1 792	118 062	1 889	51 491	824	41 923	671
Mergentheim	226 870	5 761	109 781	2 787	67 495	1 714	116 123	2 948	52 225	1 326	30 195	766
Künzelsau	174 808	5 817	88 901	2 958	69 765	2 322	84 945	2 826	56 592	1 883	18 695	622
Öhringen	190 380	4 547	102 482	2 448	68 789	1 643	85 265	2 036	33 704	805	35 807	855
hohenloher Kreise zus.	1 202 656	5 195	651 406	2 809	461 758	1 994	543 660	2 348	245 325	1 059	177 522	767
Biberach	595 468	6 235	390 608	4 089	310 547	3 251	200 216	2 096	96 014	1 005	59 985	628
Ehingen	193 121	4 650	111 863	2 693	79 714	1 919	78 692	1 895	28 575	688	22 669	546
Ravensburg	829 945	8 227	492 654	4 884	392 596	3 892	328 155	3 253	138 361	1 372	125 296	1 242
Saulgau	392 249	6 097	252 338	3 922	184 212	2 863	128 947	2 004	52 305	813	43 711	679
Wangen	397 063	5 816	216 549	3 366	139 562	2 044	176 696	2 588	80 907	1 185	59 444	871
Bad.-Württ.	74 690 418	10 138	45713 885	6 204	37866 303	5 139	28500 626	3 868	13 717 605	1 862	8 692 178	1 179
Bad.-Württ. ohne Stuttg. u.Mannheim	51 625 972	8 000	33087 875	5 128	26379 554	4 088	18130 872	2 809	7 285 932	1 129	6 703 989	1 038

Zusammengestellt und berechnet nach Angaben in: Statistische Monatshefte des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Nr. 1, 1960, S. 2 f.

Tabelle IX/2: Aufgliederung der Umsätze im Bereich "Sonstige Dienstleistungen" (=Dienstleistungen ohne Groß- und Einzelhandel) 1958

	Sonstige Dienstleist.insges.		davon: Geld- Vers.wesen u.Übrg.Handelsgew.		Private Dienstleistungen		darunter: Gaststätten		öffentl.Dienstl. u.Dienstl.im öffentl.Interes.		darunter: freie Berufe		Verkehrsgewerbe ohne Bundesbahn und Post	
	in 1000 DM	in DM je Einw.	in 1000 DM	in DM je Einw.	in 1000 DM	in DM je Einw.	in 1000 DM	in DM je Einw.	in 1000 DM	in DM je Einw.	in 1000 DM	in DM je Einw.	in 1000 DM	in DM je Einw.
Kreis Schw.Hall	37 050	642	4 382	74	10 935	189	7 863	136	13 394	232	4 158	72	9 021	156
Bad.-Württ.	6 090 843	826	1 591 000	216	2,305 000	313	1560 000	212	1204 000	163	722 000	98	991 000	134
Bad.-Württ. ohne Stgt. u.Mannheim	4 140 951	652	754 890	117	1 830 949	284	1302 862	202	927 811	144	662 106	102	634 814	99

Die Entwicklung im Dienstleistungsbereich von 1954 - 1958

Die Entwicklung der Umsätze von 1954-1958 in % von 1954			
Kreise:	Großhandel	Einzelhandel	sonstige Dienstleistungen
Schwäb.Hall	+ 19,6	+ 50,1	+ 56,5
Crailsheim	+ 77,0	+ 42,5	+ 49,1
Mergentheim	+ 35,6	+ 36,7	+ 60,5
Künzelsau	- 17,9	+ 38,5	+ 70,2
Öhringen	+ 38,7	+ 43,8	+ 56,4
Biberach	+ 28,3	+ 57,1	+ 68,1
Ehingen	+ 36,8	+ 40,1	+136,2
Ravensburg	+ 59,5	+ 56,8	+ 62,9
Saulgau	+ 21,6	+ 51,7	+ 58,9
Wangen	+ 51,5	+ 44,2	+ 39,6
Bad.-Württ.	+ 34,2	+ 52,2	+ 57,5

Zusammengestellt und berechnet nach Angaben in: Statistische Monatshefte des Stat.Landesamtes Bad.-Württ., Nr. 1,1960 u.Nr.9,1956 u. Institut f.Südwestd. Wirtsch.forsch.: Strukturelle Wandlungen d. gewerbl.Wirtsch. des Landes Bad.-Württ./ Stuttgart 1960

Tabelle X: Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1955 und der Einkommensteuerstatistik 1954 für den Kreis Schwäb. Hall

	Anzahl der Steuerpflichtigen	Gesamtbetrag der Löhne bzw. Einkünfte in 1000 DM
Lohnsteuerpflichtige 1955 mit einem Bruttolohn von DM 8 400.- u.mehr	653	7 324
Einkommensteuerpflichtige 1954 mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von DM 8 000.-- - DM 50 000.-- 1)	789	11 394
Einkommensteuerpflichtige 1954 mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von DM 50 000.-- u. mehr 1)	29	2 226
	Anzahl der Fälle 2)	**Beträge in 1 000 DM**
Einkünfte vor Abzug der ausgeglichenen Verluste	6 870	27 463
davon aus:		
selbständiger Arbeit	227	2 054
nichtselbständiger Arbeit	936	4 797
Kapitalvermögen	544	628
Vermietung und Verpachtung	1 090	780
Übrigem 3)	4 073	19 204

Nach einer Sonderaufbereitung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Abt. Finanzstatistik

1) Nach Abzug der ausgeglichenen Verluste
2) Die Zahl der Fälle ist größer als die der Steuerpflichtigen, da sich das Einkommen eines Steuerpflichtigen aus mehreren Einkunftsarten zusammensetzen kann.
3) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb und sonstige Einkünfte

Tabelle XI/1: Die Entwicklung der Beschäftigtenstruktur von 1952-1958 in den Arbeitsamtsbezirken Schwäb. Hall und Tauberbischofsheim

	Arbeitsamtsbezirk Schwäb. Hall 1)					Arbeitsamtsbezirk Tauberbischofsheim 2)				
	Sept. 1952 Beschäftigte		Sept. 1958 Beschäftigte		Veränderung 1952-1958	Sept. 1952 Beschäftigte		Sept. 1958 Beschäftigte		Veränderung 1952-1958
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut
Land- Forstwirtsch.	9 803	20,3	7 083	10,9	- 2 720	2 337	11,9	2 583	7,8	+ 246
Steine, Erden, Energie	1 948	4,1	2 147	3,3	+ 199	1 145	5,8	1 281	4,2	+ 136
Eisen- Metallverarb.	5 178	10,8	10 612	16,4	+ 5 434	1 983	10,1	3 430	10,4	+ 1 447
davon: Eisen- Metallwar.	1 665	3,5	2 763	9,3	+ 1 098	714	3,6	934	2,8	+ 220
Maschinen, Fahrz.	2 198	4,5	4 907	7,6	+ 2 709	924	4,7	1 525	4,6	+ 601
Elektrotechnik	822	1,7	2 250	3,5	+ 1 368	215	1,1	848	2,6	+ 533
Feinmech. Optik	318	0,7	562	0,9	+ 244	78	0,4	87	0,3	+ 9
Sonstige Verarbeitung	10 372	21,5	16 947	26,2	+ 6 575	4 390	22,4	8 457	25,6	+ 4 067
davon: Textil-Bekleidg.	1 926	4,0	2 921	4,5	+ 995	321	1,6	1 813	5,5	+ 492
Holzverarbeitung	2 901	6,0	4 449	7,0	+ 1 548	1 957	9,9	2 342	7,1	+ 385
Nahr. mittelind.	1 908	4,0	2 600	4,0	+ 692	782	4,0	1 120	3,4	+ 338
Bau-u. Bauhilfsgewerbe	6 620	13,8	8 696	13,5	+ 2 076	4 182	21,3	4 852	14,7	+ 670
Handel, Geld-Versich. wes.	2 702	5,6	5 078	7,9	+ 2 376	1 073	5,5	2 681	8,1	+ 1 608
davon: Handel	2 135	4,4	3 547	4,3	+ 1 412	865	4,4	2 237	6,8	+ 1 372
Geld- Bankwesen	567	1,2	1 531	2,4	+ 964	208	1,1	444	1,3	+ 236
Private Dienstleistg.	2 802	5,8	3 261	5,1	+ 459	224	1,1	2 702	8,2	+ 2 478
davon: Gaststättenwesen	472	1,0	711	1,1	+ 239	74	3,8	963	2,9	+ 889
Verkehrswesen	2 514	5,2	3 181	4,9	+ 667	1 699	8,7	2 094	6,3	+ 395
Öffentl. Dienstleistg. u. Dienstl. i. off. Interesse	6 231	13,0	7 572	11,7	+ 1 341	2 558	13,1	4 921	14,9	+ 2 363
davon: Krankenpflege	1 240	2,6	1 401	2,2	+ 161	264	1,3	1 694	5,1	+ 1 430
zusammen	48 170	100	64 577	100	-16 407	19 591	100	33 001	100	+13 410

Abschriften aus der Beschäftigten-Statistik des Landesarbeitsamtes Bad.-Württ.

1) Der Arbeitsamtsbezirk Schwäb. Hall umfasst die Kreise Schwäb. Hall, Crailsheim, Künzelsau, Öhringen und 13 Gemeinden des Kreises Backnang.

2) Der Arbeitsamtsbezirk Tauberbischofsheim umfasst die Kreise Tauberbischofsheim und Mergentheim

Tabelle XI/2: Die Entwicklung der Beschäftigtenstruktur von 1952-1958 im Arbeitsamtsbezirk Biberach und im Landesdurchschnitt von Baden-Württemberg.

	Arbeitsamtsbezirk Biberach 1)					Baden-Württemberg				
	Sept. 1952 Beschäftigte		Sept. 1958 Beschäftigte		Veränderung 1952-1958	Sept. 1952 Beschäftigte		Sept. 1958 Beschäftigte		Veränderung 1952-1958
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut
Land- Forstwirtsch.	3 607	15,6	4 373	10,6	+ 766	106 976	4,7	86 331	3,2	- 20 645
Steine, Erden, Energie	2 139	9,2	2 431	5,8	+ 292	61 066	2,7	69 039	2,5	+ 7 973
Eisen- Metallverarb.	3 724	16,1	8 913	21,1	+ 5 189	487 398	21,6	744 184	26,2	+ 256 786
davon: Eisen- Metallwaren	693	3,0	2 617	6,2	+ 924	80 241	3,6	119 158	4,1	+ 38 917
Maschinen, Fahrzeuge	2 513	10,9	4 350	10,3	+ 1 837	238 363	10,6	354 541	12,5	+ 116 178
Elektrotechnik	198	0,9	841	1,1	+ 643	82 095	3,7	154 312	5,4	+ 72 217
Feinmech., Optik	202	0,9	952	2,3	+ 750	58 167	2,6	79 968	2,8	+ 21 801
Sonstige Verarbeitung	5 059	21,9	10 898	25,8	+ 5 839	620 007	27,5	725 035	25,3	+ 105 030
davon: Textil, Bekleidg.	702	3,0	4 069	9,6	+ 3 367	161 046	7,2	181 107	6,4	+ 20 061
Holzverarbeitung	1 955	8,4	2 326	5,5	+ 371	90 610	4,0	95 325	3,4	+ 4 715
Nahrungsmittelind.	1 195	5,1	1 847	4,4	+ 652	107 883	5,4	119 405	4,2	+ 11 522
Bau- u. Bauhilfsgewerbe	4 118	17,8	5 378	12,7	+ 1 260	219 119	9,8	278 334	9,8	+ 59 215
Handel, Geld- Versich. wes.	897	3,9	2 663	6,3	+ 1 766	197 085	8,8	308 480	10,8	+ 111 395
davon: Handel	699	3,0	2 240	5,4	+ 1 541	161 765	7,2	256 247	9,0	+ 94 482
Geld- Bankwesen	198	0,8	423	1,0	+ 225	35 320	1,6	32 233	1,8	+ 16 913
Private Dienstleistg.	178	0,7	2 287	5,4	+ 2 109	141 085	6,3	176 598	6,2	+ 35 513
davon: Gaststättenwesen	19	o,1	341	0,9	+ 3 222	32 605	1,4	52 973	1,9	+ 20 368
Verkehrswesen	1 073	4,6	1 347	3,2	+ 274	132 305	5,9	141 366	5,0	+ 9 061
Öffentl. Dienstleistg. u.										
Dienstl. i. öff. Interesse	2 342	10,1	3 927	9,3	+ 1 585	286 791	12,7	307 528	10,8	+ 20 737
davon: Krankenpflege	192	0,8	689	1,6	+ 497	41 519	1,8	53 694	1,9	+ 12 175
zusammen	23 137	100	42 217	100	+19 080	2 251 832	100	2 836 897	100	+ 585 065

Abschriften aus der Beschäftigten-Statistik des Landesarbeitsamtes Bad.-Württ.

1) Der Arbeitsamtsbezirk Biberach umfaßt die Kreise Biberach und Ehingen

Tabelle XII: Beschäftigtenstruktur in den Nebenstellenbezirken des Arbeitsamtes Schwäb.Hall am 30.9.1957

	Arbeitsamtsbezirk Schwäb.Hall insgesamt	davon: Nebenstellenbezirke 1)					
		Schwäb. Hall	Blaufelden	Crailsheim	Gaildorf	Künzelsau	Öhringen
Land- Forstwirtsch.	7 629	1 956	1 539	733	675	1 098	1 628
Bergbau, Steine Erden	2 151	496	289	381	95	308	582
Eisen-Metallwirtsch.	9 790	2 280	713	1 147	1 139	1 711	2 800
davon:							
Eisen- Metallwaren	2 606	468	196	101	307	173	1 361
Masch., Appar., Fahrz.	4 083	1 054	418	567	383	492	1 169
Elektrotechnik	1 930	565	46	165	432	571	151
Sonstige Verarbeitung	16 968	4 105	1 525	2 245	2 804	3 259	3 030
davon:							
Textilien, Bekleidung	5 190	1 020	622	772	1 320	966	490
Bau, Ausbau	8 266	2 576	1 100	1 433	732	887	1 538
Handel-Geld-Versich.	4 647	1 845	352	775	284	573	818
priv. Dienstleistg.	3 253	1 052	363	548	266	436	588
Verkehrswesen	3 034	680	277	1 056	205	287	529
öffentl. Dienstleistg.	7 317	2 731	758	1 522	462	898	946
darunter: Verwaltung	3 227	1 062	355	661	212	451	486
ausländ. Verteidig.	652	334	17	265	8	15	13
zusammen	63 055	17 721	6 916	9 840	6 662	9 457	12 459

Zusammengestellt nach der Beschäft.-Statistik des Landesarbeitsamtes.

1) Umfang der Nebenstellenbezirke: Schwäb.Hall = Kreis Schwäb. Hall, Blaufelden = nördl.Teil des Kreises Crailsheim, - Crailsheim = südl. Teil des Kreises Crailsheim, - Gaildorf = 13 Gemeinden des Kreises Backnang - Künzelsau = Kreis Künzelsau - Öhringen = Kreis Öhringen.

Tabelle XIII: Gliederung der Beschäftigten und Erwerbstätigen der Stadt Schwäb.Hall nach Wirtschaftsbereichen - 1958 -

	Stadt Schwäb.Hall Erwerbstätige absol.	in %	Beschäftigte absol.	in %	Arbeitsamtsbez. Schw.Hall Beschäft. in %	Arbeitsamtsbez. Biberach Beschäft. in %	Baden-Württemberg Beschäft. in %
Land- Forstwirtsch. Gärtnerei	216	1,9	143	1,3	10,9	10,6	3,2
Steine,Erden,Energ.	119	1	118	1,1	3,3	5,8	2,5
Eisen,Metallerz. -verarbeitung	1602	14,1	1562	14,8	16,4	21,1	26,2
Sonst.Verarbeit.	2312	20,3	2147	20,4	26,2	25,8	25,3
Bau- Bauhilfsgewerbe	1620	14,2	1493	14,2	13,5	12,7	9,8
produz.Bereich zusammen	5869	51,5	5463	51,8	70,3	76,0	67,0
Handel,Geld-Versich.wesen	1953	17,2	1715	16,3	7,9	6,3	10,8
Private Dienstleistungen	426	3,7	349	3,3	5,1	5,4	6,2
Verkehrswesen	366	3,2	336	3,2	4,9	3,2	5,0
Öffentl.Dienstl. u.Dienstl.i.öff. Interesse	2772	24,3	2675	25,4	11,7	9,3	10,8
Dienstleistungsbereich zus.	5517	48,4	5075	48,2	29,6	24,2	32,8
insgesamt	11 386	100	10 538	100	100	100	100

Die Struktur der Tertiären Wirtschaftsbereiche der Stadt Schwäb. Hall

	Beschäft. absolut	in % sämtl. Beschäft.		Beschäft. absolut	in % sämtl. Beschäft.
Handel,Geld-Versich.wesen	1 715	16,3	Verkehrswesen	336	3,2
davon:			davon:		
Einzelhandel	583	5,5	Bundespost	216	2,1
Großhandel	217	2,1	Bundesbahn	47	0,4
Handel zus.	800	7,6	Fuhrgewerbe	73	0,7
Geld- Bankwesen	896	8,4	Öffentl.Dienstl.u.		
Priv.Dienstleist.	349	3,3	Dienstl.i.öffentl.		
davon:			Interesse	2675	25,4
Gaststättenwesen	90	0,9	davon:		
Friseurgewerbe	61	0,6	Sozialversicherung	52	0,5
fotogr.Gewerbe	18	0.2	Verwaltung	979	9,3
Wäscherei,Färberei	47	0,4	ausländ.Streitkr.	437	4,1
			Bildungswesen	154	1,5
			Krankenpflege	1012	9,6

Aufbereitet und berechnet nach der Enquête vom Mai 1958

Vergleiche mit anderen Städten ähnlicher Größe können nicht vorgenommen werden, da die Enquête-Unterlagen nur für Schwäb.Hall vorliegen.

Tabelle XIV: Gliederung der in der Stadt Schwäb. Hall beschäftigten und erwerbstätigen Personen

Wirtschaftsbereiche	Beschäft. insgesamt	davon: männlich absolut	männlich in %	weiblich absolut	weiblich in %	Gliederg. nach d. Wohnort in Schwäb. Hall wohnhaft absolut	wohnhaft in %	Einpendler absolut	Einpendler in %	Inhaber Selbst. etc.	Beschäftigte u. Selbständige = Erwerbstätige
Landwirtschaft, Gärtnerei	143	79	55,2	64	44,8	138	96,5	5	3,5	73	216
Steine, Erden, Energie	118	114	96,5	4	3,5	74	62,7	44	27,3	1	119
Eisen- Metallverarbeitg.	1 562	1 299	82,7	263	17,3	70	64,5	692	35,5	40	1 602
Sonst. Verarbeitg.	2 147	1 268	58,8	879	41,2	1 342	62,2	805	27,8	165	2 312
davon: Industrie	1 872	1 117	59,7	755	40,3	1 137	60,7	735	39,3	27	1 899
Handwerk	275	151	54,9	124	45,1	205	74,5	70	25,5	138	413
Baugewerbe	1 493	1 440	96,6	53	3,4	982	65,8	511	34,2	127	1 620
davon: größere Bauunternehmungen	1 017	986	97	31	3	659	64,7	358	35,3	9	1 026
Handel, Geld-, Versicherungswesen	1 715	779	45,4	936	54,6	1 228	71,5	487	27,8	238	1 953
davon: Handel	800	323	40,4	477	59,6	587	73,4	213	26,6	180	980
Geld- Bankwesen (incl. Bausparkasse)	896	450	50,2	446	49,8	626	69,9	270	30,1	-	896
private Dienstleistg.	349	52	14,9	297	85,1	324	92,7	25	7,3	77	426
Verkehrswesen	336	253	75,3	83	24,7	215	63,9	121	36,0	30	366
Öffentl. Dienstleist. u. Dienstleist. i. öffentl. Interesse	2 675	1 454	50,6	1 221	49,4	2 317	86,6	358	13,3	97	2 772
davon: Krankenpflege Ärzte etc.	1 012	183	18,1	829	81,9	946	93,5	66	6,6	50	1 062
zusammen	10 538	6 738	67	3 800	33	7 490	71	3 048	29	848	11 386

Aufbereitet und berechnet nach den Erhebungsbogen der Enquête vom Mai 1958

Tabelle XV: Industrielle Intensität

Die Entwicklung der Industriebeschäftigtendichte in der Stadt Schwäb.Hall von 1956 - 1959 im Vergleich mit anderen württembergischen Städten und Gemeinden des Kreises Schwäb. Hall

- Industriebeschäftigte je 100 Einwohner -

Stadt:	1956:	1957:	1958:	1959:	1956-59: in % v. 1956
Schwäb. Hall	16,0	14,9	14,9	14,1	- 1,9
Crailsheim	14,7	20,0	19,3	19,4	+ 4,7
Mergentheim	15,2	18,0	15,9	17,3	+ 2,1
Künzelsau	21,2	24,6	24,9	27,3	+ 6,1
Öhringen	23,7	22,9	22,3	23,0	- 0,7
Aalen	23,7	25,8	25,3	25,2	+ 1,5
Backnang	32,6	34,4	34,2	34,4	+ 1,8
Kirchheim/T.	28,8	31,6	32,6	32,1	+ 3,3
Nürtingen	37,7	43,5	42,7	42,5	+ 4,8
Waiblingen	24,4	30,0	25,3	23,8	- 0,6
Leonberg	14,7	18,4	20,2	21,8	+ 7,1
Gemeinden im Krs. Schw.Hall					
Schwäb. Hall	16,0	14,9	14,9	14,1	- 1,9
Westheim	25,7	25,7	26,5	27,0	+ 1,3
Vellberg	23,6	17,6	17,1	17,2	- 6,4
Michelbach	8,7	18,4	18,3	19,5	+ 10,8
Mainhardt	6,9	10,9	9,0	15,1	+ 8,2
Ilshofen	8,6	6,7	11,5	15,0	+ 6,4 1)

Die Entwicklung der Industriebeschäftigung in den hohenloher Kreisen von 1953/58

Kreise	Zunahme der Indunstriebesch. in % von 1953	Zunahme der Industriebesch.dichte in % von 1953	Zunahme der Wohnbevölkerung in % von 1953
Schwäb. Hall	49,5	46,5	2,1
Crailsheim	53,9	52,5	0,9
Mergentheim	28,9	32,4	- 2,6
Künzelsau	76,7	75,6	0,6
Öhringen	50,6	48,9	1,1
Nordwürttemberg	33,6	19,7	11,5
Baden-Württemberg	30,3	19,8	8,8 2)

1) Zusammengestellt nach Unterlagen des Reg.Präs. Nord-Württ.,Referat Landesplanung

2) Zusammengestellt nach Angaben in:"Strukturelle Wandlungen der gewerblichen Wirtschaft des Landes Bad.-Württ.", veröffentlicht vom Institut für südwestdeutsche Wirtschaftsforschung, Stuttgart 1960, S. 96

Tabelle XVI: Industrielle Struktur

Die branchenmässige Gliederung der Industrie 1958 in der Stadt Schwäb. Hall und im Kreis Schwäb. Hall im Vergleich zum Landesdurchschnitt von Baden-Württemberg. 1)

	Stadt Schwäb. Hall		Kreis Schwäb. Hall insges.		Kreis Schwäb. Hall ohne Stadt	Kreis Biberach		Bad.-Württ.
	absolut	in %	absolut	in %		absolut	in %	in %
Industriebeschäftigte insgesamt	3 453	100	5 347	100	1 893	11 585	100	100
davon: Steine, Erden, Glas etc.	116	3,4	330	6,2	214	331	2,9	3,4
Maschinenbau u. sonstige Metallverarbeitung	1 482	43	1 998	37,5	516	5 134	43,4	51
Chemie, Kunststoffe	66	2	304	5,7	238	.	.	5
Sägerei, Holzverarbeitung	869	25	1 500	28,0	631	1 197	10,3	5
Papiererzeugung, -Verarbeitung Druck	133	3,8	165	3,1	32	137	1,2	5,6
Textil - Bekleidung	402	11,6	588	11,0	186	2 175	18,6	17
Nahrungs-, Genußmittel	386	11,2	462	8,7	76	800	6,9	6

Die industrielle Struktur im hohenloher Raum 1936 und 1956 2)

Industriegruppen	Juni 1936 Industriebeschäftigte absolut	in %	Juni 1956 Industriebeschäftigte absolut	in %
Eisen - Metall	1 707	27	6 736	35,8
Textil - Bekleidung	372	6	3 442	18,3
Holzbe- u. -Verarbeitung	1 469	23	3 101	16,5
Steine - Erden	1 012	16	1 406	7,7
Chemie - Kunststoffe	-	-	1 436	7,7
Nahrungs- Genußmittel	906	15	1 162	6,3
sonst. Industriegruppen	811	13	1 524	8,7

1) Zusammengestellt nach Angaben in Statistik von Bad.-Württ. Bd. 60, S.64/65 und nach aufbereiteten Zahlen der Enquête vom Mai 1958

2) Zusammengestellt nach Angaben in: "Gutachten über die bad.-württ. Nordostgebiete", erstellt im Auftrag des Wirtschaftsministeriums von Bad.-Württ. von Prof. Ellinghaus

Tabelle XVII: Die handwerkliche Struktur im Kreis Schwäb. Hall

Kreise:	Zahl der Betriebe	Handwerksdichte 1956: Beschäftigtenzahl	Beschäft. pro Betr.	Betriebe je 1000 Einwohner	Beschäft. je 1000 Einwohner	Industriebesch. je 100 Handw.besch.	Umsätze des Handwerks 1958 (ohne handwerkl. Dienstleistungen): Steuerpflichtige	Umsätze in 1000 DM	Umsätze je Einw. in DM
Schwäb. Hall	1 285	5 596	4,4	22,2	96,9	90,1	498	39 650	695
Crailsheim	1 527	4 853	3,2	24,4	77,6	67,6	597	41 472	674
Mergentheim	923	3 900	4,2	23,1	98,0	66,35	431	37 090	946
Künzelsau	745	2 107	2,8	24,8	70,2	188,7	258	16 433	550
Öhringen	980	3 105	3,2	23,4	74,4	123,8	419	30 064	701
Backnang	1 789	6 326	3,5	21,6	76,6	207,8	771	67 379	822
Aalen	2 511	10 621	4,2	18,9	80,3	234,2	1 069	102 813	777
Waiblingen	3 232	14 626	4,5	19,5	88,4	186,9	1 604	190 829	1 168
Nürtingen	2 718	9 970	3,7	22,8	84,0	271,8	1 315	119 824	1 021
Nordwürtt.	53 962	246 023	4,6	19,3	88,2	227,8	25 410	2 686 964	971
Bad.-Württ.	135 952	601 749	4,5	18,8	84,4	208,2	65 326	6 454 340	906

Die branchenmässige Gliederung des Handwerks im Kreis Schwäb. Hall 1949 und 1956

	Beschäftigte 1949	Beschäftigte 1956	Veränder. absol.	Veränder. in %
Nahrungsmittel	510	642	+ 132	+ 26
darunter: Bäcker	280	295	+ 15	+ 5,5
Metzger	132	218	+ 86	+ 65
Bekleidung,Textilien, Leder	955	645	- 310	- 32,5
darunter: Schneider	452	300	- 152	- 33,5
Schuhmacher	255	149	- 106	- 41,5
Eisen- Metallverarbeitung	597	948	+ 351	+ 59
Holzverarbeitung	622	443	- 179	- 29
Gesundheitswes., Körperpflege	177	229	+ 52	+ 29,5
darunter: Friseure	124	163	+ 39	+ 31,5
Papier,Keramik	59	94	+ 35	+ 59,5
Bauhandwerk	1 894	2 595	+ 701	+ 37

Zusammengestellt nach Angaben in: Statistik von Bad.-Württ., Bd. 51
und Statistische Monatshefte des Statistischen Landesamtes von Bad.-Württ., Nr. 1, 1960

Tabelle XVIII: Daten über den Fremdenverkehr in Schwäb. Hall

-Fremdübernachtungen-

	Winterhalbjahr 58/59	Sommerhalbjahr 1959	Winter- u. Sommerhalbjahr zus.	je Einwohner	Relation Sommer- zu Winterhalbj.	Auslastg.der Bettenkapazität 1956/57 in %	durchschnittl. Übernachtungszahl pro Gast 1956/57
Schwäb. Hall	17 272	33 928	51 200	2,4	2:1	12,0 Wi.h. 21,5 So.h.	1,7 2,1
Crailsheim	13 126	13 791	26 917	1,9	1:1	18,1 Wi.h. 20,2 Solh.	1,7 1,6
Mergentheim	337 045	610 691	947 736	84,0	2:1	24,2 Wi.h. 47,8 So.h.	16,1 16,8
Künzelsau	6 806	10 445	17 251	2,3	1,7:1	10,7 Wi.h. 16,2 So.h.	1,4 1,5
Öhringen	4 550	6 566	11 116	1,2	1,4:1	13,9 Wi.h. 15,5 So.h.	1,6 1,7
Mainhardt	4 806	20 309	25 115	18,3	4:1	6,4 Wi.h. 35,9 So.h.	4,3 7,4
Vellberg	1 688	3 260	4 948	3,1	2:1	6,0 Wi.h. 12,6 So.h.	6,6 6,0
Aalen	13 046	13 678	26 724	o,8	1:1		
Backnang	7 577	9 066	16 643	0,7	1,2:1		
Kirchheim	5 798	25 660	31 458	1,3	4:1		
Nürtingen	4 593	6 519	11 112	0,5	1,4:1		
Waiblingen	9 568	10 668	20 236	0,9	1:1		
Biberach	30 485	43 941	74 426	3,6	1,4:1		

Die Entwicklung des Fremdenverkehrs in der Stadt Schwäb. Hall-

	Fremdenmeldungen ins.	davon Ausländer	Fremdenübernachtg. insges.	davon Ausländer	Zahl der Betriebe	Zahl der Zimmer	Zahl der Betten	Betten bei Privaten	Zahl der Betten insges.	Auslast. der Bettenkapaz.	durchschn. Übernachtungszahl
Winterhalbj.56/57	11 195	813	19 416	1 289	21	rd.	rd.	40-50	rd.	12,0	1,7
Sommerhalbj.1957	16 400	2 523	34 708	5 755	21	235	400		450	21,5	2,1
Winterhalbj.58/59	8 881	677	17 272	1 060	"	"	"	"	"	10	1,9
Sommerhalbj. 1959	15 776	2 358	33 928	5 791	"	"	"	"	"	21	2,1

Zusammengestellt nach Unterlagen der Fremdenverkehrsstatistik des Stat. Landesamtes, ergänzt durch Befragungen.

Tabelle XIX: Landwirtschaftliche Strukturziffern für den Kreis Schwäb. Hall

-Landwirtschaftliche Betriebsgrössenstruktur 1958 -

	Betriebe mit LN insgesamt		davon entfallen auf Grössenklassen nach der LN:											
	Zahl der Betriebe	LN in ha	0,5 - 2 ha Betr.	LN	2 - 5 ha Betr.	LN	5 - 7,5 ha Betr.	LN	7,5 - 10 ha Betr.	LN	10 - 50 ha Betr.	LN	50 ha u. mehr Betr.	LN
Kreis Schw.Hall														
Zahlen absolut	4 170	34 177	711	744	1 028	3 609	759	4 703	462	3 995	1 203	20 500	7	626
Verteilung der Betriebe in %	100	-	17,0	-	24,2	-	18,2	-	11,0	-	28,8	-	0,8	-
Kreis Biberach														
Zahlen absolut	6 957	67 655	810	865	1 489	5 416	1326	8230	908	7 895	2 398	43 025	26	2 234
Verteilung der Betriebe in %	100	-	11,6	-	21,4	-	19,1	-	13,1	-	34,5	-	0,4	-
Nordwürtt.														
Verteilung der Betriebe in %	100	-	38,0	-	27,9	-	13,1	-	7,8	-	13,8	-	0,3	-
Bad.-Württ.														
Verteilung der Betriebe in %	100	-	37,8	-	29,8	-	12,8	-	7,4	-	12,1	-	0,2	-

-Bruttoproduktion je ha LN im Wirtschaftsjahr 1956/57 -

	Brutto-Bodenproduktion -je ha LN-		Tierische Produktion -je ha LN-		Bruttoproduktion insgesamt -je ha LN-	
	in dz GE	in DM	in dz GE	in DM	in dz GE	in DM
Kreis Schw.Hall	32,3	982	27,6	1 206	59,9	2 188
Kreis Biberach	30,8	944	31,9	1 329	62,7	2 273
Nordwürtt.	36,9	1 282	24,6	1 059	61,5	2 341
Bad.-Württ.	33,7	1 169	24,1	1 030	57,8	2 199

Zusammengestellt nach Angaben in Jahrbücher für Statistik u. Landeskunde des Statistischen Landesamtes Bad.-Württ., 5. Jahrg. 1960, 1. Heft, S. 79 u. S. 106

Tabelle XX: Das Realsteueraufkommen in Schwäb. Hall im Vergleich mit württ. Städten ähnlicher Größe und mit größeren Gemeinden des Kreises

(nach den Berechnungsunterlagen des zwischengemeindlichen Finanzausgleichs für das Rechnungsjahr 1959)

- in DM -

Stadt:	Grundsteuer	Gewerbesteuer			Realsteuerkraft 1)	
	Meßbeträge am 15.11.58 x Hebesatz 150 %	Meßbeträge x Hebesatz 290 %	Gewerbesteuer-ausgleich 1957	Gewerbesteuer-aufkommen je Einwohner	absolut	je Einwohner
Schwäb.Hall	464 210	2 427 692	- 148 797	116	2 743 105	130
Crailsheim	236 598	1 121 584	- 121 692	83	1 236 490	91
Mergentheim	323 034	1 229 084	- 158 350	113	1 393 768	125
Künzelsau	148 910	800 845	- 51 375	113	898 480	121
Biberach	528 774	3 373 918	- 254 212	175	3 648 480	187
Backnang	534 105	2 785 018	- 128 059	129	3 191 064	146
Kirchheim/T.	560 675	3 109 331	- 152 814	136	3 517 192	152
Nürtingen	442 913	4 129 455	- 260 621	215	4 311 747	222
Waiblingen	450 920	2 688 941	- 13 926	135	3 125 935	155
Geislingen	583 989	3 419 489	- 228 514	140	3 774 964	153
Göppingen	1 455 804	8 740 820	- 567 315	184	9 629 309	195
Gemeinden des Krs.Schw.Hall						
Westheim	28 044	140 984	---	86	169 028	104
Ilshofen	27 731	74 510	+ 1 575	63	103 816	88
Obersontheim	24 380	64 743	+ 163	44	89 286	60
Mainhardt	34 331	67 747	+ 1 350	51	103 428	78

Zusammengestellt nach Angaben in Berechnungsbogen des Statistischen Landesamtes Bad.-Württ. Abteilung Finanzstatistik

1) Summe der Meßbeträge, vervielfacht mit dem landesdurchschnittlichen Hebesatz

Tabelle XXI: Die Auswirkungen staatlicher Finanzzuweisungen auf die kommunale Finanzkraft

(nach den Berechnungsunterlagen des zwischengemeindlichen Finanzausgleichs für das Rechn.jahr 1959)

- in DM -

Stadt:	Realsteuerkraft absolut	Realsteuerkraft je Einw.	Finanzzuweisungen 1957, nach §10,Abs.1 b F.A.G.	Steuerkraftmeßzahl (Realsteuerkraft + Finanzzuweisungen) absolut	Steuerkraftmeßzahl (Realsteuerkraft + Finanzzuweisungen) je Einw.	volle Schlüsselzahl § 10 Abs. 1 a F.A.G.	Steuerkraftsumme (Sollziffer) absolut	Steuerkraftsumme (Sollziffer) je Einw.
Schwäb. Hall	2 743 105	130	265 302	3 008 407	142	486 842	3 329 763	160
Crailsheim	1 236 490	91	155 434	1 391 924	103	801 488	1 609 317	119
Mergentheim	1 393 768	125	132 930	1 526 698	137	267 697	1 642 177	148
Künzelsau	898 480	121	81 868	980 348	132	256 681	1 098 626	148
Biberach	3 648 480	187	225 233	3 873 713	199	-	3 873 713	199
Backnang	3 191 064	146	286 143	3 477 207	159	321 502	3 576 693	163
Kirchheim/T.	3 517 192	152	297 107	3 814 299	165	189 849	4 053 141	175
Nürtingen	4 311 747	222	250 965	4 562 712	235	-	4 613 466	238
Waiblingen	3 125 935	155	243 502	3 369 437	167	129 337	3 567 726	178
Geislingen	3 774 964	153	323 610	4 098 574	166	-	4 317 057	175
Göppingen	9 629 309	195	686 448	10 315 757	208	-	10 333 364	216

Zusammengestellt nach Angaben in Berechnungsbogen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Abt. Finanzstatistik

Tabelle XXII: Die Gesamtverschuldung im Vergleich zur Steuerkraftsumme

Stadt:	Steuerkraftsumme 1959 (Ist-Ziffern) 1)	Gesamtverschuldg.am 31.3.1960	Verschuldg. ohne wirtschaftliche Unternehm. u.ohne Wohn.bau	Gesamtverschuld. in % der Steuerkraftsumme	Verschuldg. ohne wirtschaftl. Unternehmg u. ohne Wohnbau in % d. Steuerkraftsumme
	je Einwohner in DM				
Schwäb.Hall	158,07	288,45	220,84	182,48	139,71
Crailsheim	118,12	349,59	240,64	295,96	203,73
Mergentheim	143,35	181,53	153,95	126,63	107,39
Biberach/R.	192,91	172,77	98,17	89,56	50,89
Backnang	159,39	269,37	200,21	170,07	126,40
Kirchheim/Teck	171,52	113,08	73,84	65,93	43,05
Nürtingen	153,21	61,96	44,40	26,34	18,88
Waiblingen	169,92	124,32	58,49	73,16	34,42
Geislingen	171,92	203,67	166,90	118,47	97,08
Heilbronn	237,34	404,31	270,66	170,35	114,04
Stuttgart	258,08	492,14	167,93	190,69	65,07

Quelle: Statistik von Baden-Württemberg Bd. 75, S. 94
1) In der Steuerkraftsumme sind die staatlichen Finanzzuweisungen enthalten.

Tabelle XXIII: Der Verwendungszweck der zwischen 1948 und 1960 aufgenommenen Neuschulden

- in 1000 DM -

	Stadt Schwäb. Hall		Kreis Schwäb. Hall		Nord-Württ. kreisangeh. Gemeinden über 10 000 Einwohner		Stadtkreis Heilbronn	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Neuschulden (ohne Kassenkredite)	6 076	100	11 488	100	355 438	100	33 856	100
davon:								
Schulen	1 076	17	2 343	20	84 519	23	6 869	20
Gesundheits- und Jugendpflege	--	-	65	o,5	8 886	2,5	6 880	20
Bau- und Wohnungswesen	885	14	1 936	16	64 817	18	4 066	12
darunter:								
weitergeg. Darl. f. Wohnungsbau	--	-	17	0,2	4 986	1,5	2 102	6
eig. Wohnungsbau	42	o,5	179	1,4	15 012	4,5	774	2
Straßen, Wege, Brükken, sonst. Tiefbau	843	13,5	1 654	14,4	38 033	11	1 094	4
Öffentl. Einrichtungen u. Wirtschaftsförderung	2 271	37	3 680	32	78 034	22	6 493	19
wirtschaftl. Unternehmen	1 382	23	2 292	20	72 086	20,5	8 210	24
darunter:								
Versorg. u. Verkehrsunternehmen	1 332	22	2 227	19	69 184	19	6 115	19

Zusammengestellt nach Angaben in: Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 75, S. 80/81
und Erhebungsbogen des Statistischen Landesamtes von Baden-Württemberg
Abteilung Finanzstatistik

Tabelle XXIV: Gesamtverschuldung und Art der Schulden

Stadt:	Gesamtschuld am 31.3.1960		Art der Schulden - in 1 000 DM -		
	insgesamt in 1000 DM	in DM je Einwohner	Kreditmarkt	Schulden aus öffentl. Sondermitteln	Schulden bei Gebietskörperschaften
Schwäb. Hall	6 976	288,45	5 375	--	701
Crailsheim	4 763	349,59	3 081	50	1 632
Mergentheim	2 080	181,53	1 538	268	273
Künzelsau	1 797	235,27	1 350	--	446
Öhringen	3 045	326,49	2 110	165	378
Biberach	3 469	172,77	2 482	237	750
Backnang	6 983	269,37	4 537	21	1 519
Kirchheim/T.	2 672	113,08	2 484	146	41
Nürtingen	1 215	61,96	916	125	174
Waiblingen	2 610	124,32	1 345	67	1 199
Geislingen	5 114	203,67	4 647	23	404
Heilbronn	34 114	404,31	23 146	45 269	3 251
Stuttgart	308 119	492,14	238 643	7 460	24 199
kreisangehör. Gemeinden mit 20 000 u. mehr Einwohner in Bad.-Württ.		196,65			
kreisangehör. Gemeinden mit 20 000 u. mehr Einwohner in Nord-Württ.		238,92			
kreisangehör. Gemeinden mit 10 -20 000 Einwohner in Bad.-Württ.		245,72			
kreisangehör. Gemeinden mit 10 -20 000 Einwohner in Nord-Württ.		260,42			

Zusammengestellt nach Angaben in:
Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 75, S. 48 f. und S. 14 f.

I

Literaturverzeichnis

Da sich die vorliegenden Untersuchungen auf 4 Arbeitsgebiete erstrecken, erschien es zweckmäßig die verwendete Literatur jeweils gesondert aufzuführen.

Literatur zu Teil A und zur Einleitung

Arbeitsamt Schwäb.Hall : Strukturbericht 1959

Arbeitsamt Stuttgart : Jahresberichte 1959 und 1960

B.Barfod :"Örtliche wirtschaftl.Auswirkungen einer großräumigen ind.Unternehmung", veröffentl.durch: The Economic Research Department of Aarhus Oliefabrik,Dänem.

W.Bosch :"Die wirtschaftl.Existenzgrundlagen der Wiesbadener Bevölkerung", Gutacht.d.Forsch.inst.f.Wirtsch.politik an der Universität Mainz, 1952

O.Boustedt :"Neue Wege der regionalen Gliederung der Statistik der USA", in:Allgem.Statist.Archiv, 1950

Boustedt-Ranz :"Regionale Struktur-u.Wirtschaftsforschung",(Veröffentl.d.Akad.f.Raumforsch.u.Landesplanung, Abhandl., Bd.33), Bremen-Horn 1957

W.Christaller :"Die zentralen Orte in Süddeutschland", Jena 1933

Deutscher Verb.f.Wohn.-wesen,Städteb.u.Raumplan. :"Raumordnung und Wirtschaftpolitik", Schriftenreihe Heft 27, Köln 1957

E.Dittrich :"Stadt-Umland eine Aufgabe der Raumpolitik", in: Vorträge des Inst.f.Raumforschung, Nr.5

H.Ellinghaus :"Gutachten über die bad.-württ.Nordostgebiete", erstellt im Auftrag des Wirtschaftsministeriums von Baden-Württ., Hohenheim 1957

H.A.Finke :"Soziale Gemeindetypen", in: Zeitschrift für Raumforsch., 1950, Sonderheft

E.Fischer :"Neuere Ergebnisse der Sozialproduktsberechnungen für die Stadt Frankfurt/M", Sonderheft 12 der Stat.Monatsber., Frankf., 22.Jahrg., 1960

J.Fourastié :"Die große Hoffnung des 20.Jahrhunderts",Köln-Deutz, 1954

Gesellschaft für Konsumforschg., Nürnberg :"Kaufkraftkarte 1960, Absatz-Kennziff.d.Stadt-u. Landkreise in den Bundesländern",Nürnberg 1959

Göderitz-Rainer-Hoffmann :"Die gegliederte u.aufgelockerte Stadt", Tübing.1957

R.Gradmann :"Das ländliche Siedlungswesen des Königreichs Württ. in: Forschungen zur deutschen Landes-u.Volkskunde, 29.Band, Stuttg.1913

H.D.Griesau :"Die Isenberg'sche Tragfähigkeitsforschung", in: Berichte über Landw., Bd.32, H.1,S.1 f. Hambg.1954

J.Griesmeier :"Berechnung wirtschaftlicher Leistungswerte für kleinere Gebietseinheiten" in: Allgemeines Statist. Archiv, 39.Band, 1955, Heft 1

R. Gunzert : "Das Sozialprodukt der Stadt Frankfurt/M im Jahre 1954", Sonderheft 4 der Statistischen Monatsberichte, Frankfurt/M, 17. Jahrg. 1955

" : "Das Sozialprodukt der Stadt Frankfurt/M 1950-1953", Sonderheft 3 der Statistischen Monatsberichte, Frankfurt/M, 17.Jahrg. 1955

W.Hallbauer : "Strukturwandel in Stadt und Umland", Veröffentl. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Bd. 34, Bremen-Horn 1958

Th.Hartmann : "Die alte Reichsstadt in der Gegenwart" in: "800 Jahre Schwäb. Hall", Stuttg. 1956

Hess.Ministerium des Innern - Landesplanung : "Methoden zur Abgrenzung des Stadt-Umlandes nach Merkmalen des Kfz-Verkehrs und der Pendelwanderung" in: Archiv für Raumforsch. in Hessen,1959

A. Hettner : "Die wirtschaftlichen Typen der Aussiedlungen" in: Geograph.Zeitschrift, Jahrg. 8, 1902

G.J.Hile W.Stolper : "Regional Economic Development in the United States" in:Weltwirschaftl. Archiv, Bd. 69, 1952, Nr. 1

F.Hoffmann : "Die "State Economic Areas" der USA, ein Versuch zur Gliederung von Verwaltungsbezirken nach funktionalen Gesichtspunkten" in: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 12, 1954

W.Hüfner : "Wirtschaftliche Gemeindetypen" in: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. III: "Raum u. Wirtschaft", 1952 S. 43 f.

F.Huttenlocher : "Funktionale Siedlungstypen" in: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 7, 1949

" : "Bad.-Württ. Kleine geographische Landeskunde", (Schriftenreihe der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Bad.-Württ., Heft 2) Karlsruhe 1960

Institut für südwestdeutsche Wirtschaftsforschung : "Strukturelle Wandlungen der gewerblichen Wirtschaft des Landes Bad.-Württ. insbes. in den Fördergebieten seit 1952 unter Berücksichtigung der Fördermaßnahmen des Landes" Stuttgart 1960

Institut für Raumforschung : "Zur Frage regionaler Wirtschaftspolitik", Denkschrift, Bad Godesberg 1954

G.Ipsen : "Bevölkerungslehre", Artikel im Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums Bd. 1, Breslau 1933

J. Henry : "Die Wohnsiedlung und ihre Beziehungen zum Arbeitsort", in: Bauen + Wohnen, Heft 3, 1959, S. 99 f.

G.Ipsen : "Sozialfragen der industriellen Ballung" in: Die industriellen Ballungsräume, Schriften des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Köln 1955, Heft XI

" : "Stadt IV: Neuzeit", Aufsatz im HdSW, 9.Bd. 1956

" : "Standort und Wohnort", Forschungsberichte des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums Nordrhein-Westfalen, Nr. 365, Köln u. Opladen 1957

M.Irle : "Gemeindesoziologische Untersuchungen zur Ballung Stuttgart", Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 42, Bad Godesberg 1960

W.Isard : "Interregional and Regional Input-Output-Analysis. A Model of Space Economy" in: "The Review of Economics and Statistics", Bd. 33, 1951

G.Isenberg : "Die Produktionsbedingungen als Bestimmungsgrund für die internationalen Unterschiede des Lohn- und Preisniveaus", Tübinger wirtschaftswissenschaftl. Abhandlungen, 3. Folge, Stuttgart 1933

" : "Was verdienen unsere deutschen Großstadt-Einwohner?" in: Die Werbung, 1939, S. 1289-1297

" : "Tragfähigkeit und Wirtschaftsstruktur",Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 22, Bremen-Horn 1953

" : "Die Existenzgrundlagen von Heidelberg",Gutachten erstattet im Auftrag der Stadt Heidelberg, 1955

" : "Die Existenzgrundlagen der Stadt", vervielfält. Manuskript, Köln 1957

" : "Die Ballungsgebiete in der Bundesrepublik" Vorträge des Instituts für Raumforschung Nr. 6, Bad Godesberg 1957

" : "Entfernungsaufwand im Personenverkehr und Raumordnung im Ballungsgebiet", in: Forschungs- u. Sitzungsberichte der Akademie für Raumforsch. u. Landesplanung, Bd. XII, Raum u. Verkehr 4, Bremen-Horn 1959, S. 7 f.

G.Keil : "Entwicklungstendenzen der Siedlungsstruktur in ländlichen Räumen", in: Raumforschung - 25 Jahre Raumforschung in Deutschland, Bremen-Horn 1960, S. 267 f.

G.Kessler : "Die Aktivierung der Raumordnung" in: Der Betriebsberater, 1955

R.Klöpper : "Methoden zur Bestimmung der Zentralität von Sindelfingen" in: Geograph. Taschenbuch 1953

H.Koenig : "Beiträge zur Soziographie Münchens", bearbeitet im Wiederaufbaureferat der Landeshauptstadt München 1949/1950

R.König : "Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde" (Rowohlts deutsche Enzyklopädie, Bd. 79) Hamburg 1958

R.Krengel : "Volkswirtschaftliche Input-Output-Rechnung, Sozialprodukt, Beschäftigung und Produktivität, Einkommensverteilung und Einkommensschichtung in Westberlin", Berlin 1953

A.Kühn : "Conurbations in Großbritannien" in: Allgem. Statistisches Archiv, 1953

Landesplanungsstelle beim bad.-württ. Innenministerium : "Der Kreis Schwäb. Hall", 1960

" : "Strukturschwache Landesteile nach den Tendenzen der Bevölkerungsverteilung in Bad.-Württ," Gutachten, 1957

" : "Langfristige Entwicklungsplanung für die nordbadischen Sanierungsgebiete", (ohne Datum)

N.J.Lenort : "Strukturforschung und Gemeindeplanung" Köln u. Opladen, 1960

" : "Kommunalsteuern und Siedlungsstruktur", Aufsatz in "Neue Heimat" Monatshefte für neuzeitl. Wohnungsbau, Hamburg, Juli 1959

W.Leontief : "Interregional Theory" in: "Studies in the Structure of the American Economy", Oxford, University Press, 1953

" : "Einsatz-Ausstoß-Analyse", Aufsatz im HdSW 28. Lieferg.,1960

W.A.Lewis : "Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums", (übersetzt von G.v.Beckerath) Tübingen - Zürich 1956

H.Linde : "Grundfragen der Gemeindetypisierung" in: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung u. Landesplanung, Bd. III: "Raum u. Wirtschaft", 1952, S. 58 f.

W.Matti : "Der Haller Salzhandel im 17. u. 18. Jahrh." in: "800 Jahre Schwäb. Hall", Stuttg.1956

G.Mirabella C.Pinna : "Die strukturellen Wechselbeziehungen der sizilianischen Wirtschaft im Jahre 1958" in: Statistische Informationen des Statistischen Amtes der Europäischen GemeinschaftenNr. 2, Luxemburg 1961

W.Morgenroth : "Die Quellen des Münchener Wirtschaftslebens", Einzelschrift des Statistischen Amtes der Stadt München 1930

G.Müller : "Die Stadt- und Landkreise in der Statistik - Zugleich Erläuterungen zur Kreismappe des Instituts für Raumforschung, Bad Godesberg 1959

A. Mallebrein : "Die Landkreise im deutschen Fremdenverkehr", in: Die Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1955

H.Müller : "Schwäb. Hall - Zielstrebige Aufbauarbeit" in: Bad.-Württ. und seine Wirtschaft", Heidelberg 1955

E.Nau : "Haller Münzen und Medaillen", in: "800 Jahre Schwäb. Hall", Stuttgart 1956

Niedersächs. Amt für Landesplanung und Statistik : "Die regionalen Unterschiede der Wirtschaftskraft in Niedersachsen 1950", Hannover 1952

W.Neutz : "Die Wirtschaft im Raume Neckar-Hohenlohe-Franken" in: "Bad.-Württ.", Heft 9, Stuttg. 1958

E.Preiser : "Die württembergische Wirtschaft als Vorbild", Stuttgart 1937

H.Röhm: : "Die Vererbung des landwirtsch. Grundeigentums in Bad.-Württ.", Selbstverlag der Bundesanstalt für Landeskunde, Remagen 1957

K.Scharlau : "Bevölkerungswachstum u. Nahrungsmittelspielraum, Geschichte, Methoden, Probleme der Tragfähigkeitsuntersuchungen", Veröffentl. der Akademie für Raumforschung u. Landesplanung Bd. 24, Bremen-Horn 1953

E.Schneider : "Einführung in die Wirtschaftstheorie", 3.Teil, Tübingen 1955

" : "Nationale Buchführung und Nationalbudget" in: Wirtschaftsdienst, Juli 1949

H.J.Schneider : "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Raumforschung - ein Versuch zu einer Grundlegung" in: Raum und Wirtschaft" Bd. III. Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bremen-Horn 1952

F.Schumacher : "Vom Städtebau zur Landesplanung und Fragen städtebaulicher Gestaltung" (Archiv für Städtebau und Landesplanung Nr. 2) Tübingen 1951

M.Schwindt : "Typisierung der Gemeinden nach ihrer sozialen Struktur als geograph. Aufgabe" in: Berichte zur deutschen Landeskunde, 1958, Heft I.

K.Seiler
W.Hildebrandt : "Die Landflucht in Franken", Leipzig 1940

E.Seyfried : "Versuch einer planmässigen Wirtschaft und Siedlung in Württemberg", Heidelberg 1936

W.Sombart : "Der moderne Kapitalismus", 1.Buch: "Die vorkapitalistische Wirtschaft", München u. Leipzig 1928

H.Tessenow : "Die kleine und die große Stadt", München 1961

C.Thalheim : "Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre" in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1939

R.Vining : "The Region as a Concept in Business-Cycle Analysis", in: Econometrica, Bd. 14, Nr. 3,1946

H.Wagener : "Der sozialökonomische Charakter der landwirtsch. Betriebe und soziale Verhaltensweisen der Landbevölkerung in Gebieten mit verschiedenartigen Erbgewohnheiten", Diss. Hohenheim 1959

P.de Wolff
P.E.Venekamp : "On a System of Regional Social Accounts for the City of Amsterdam", vervielfält. Manuskript 1955, zitiert nach Boustedt-Ranz: "Regionale Struktur- u. Wirtschaftsforsch." Bremen-Horn 1957

G.Ziegler :"Geordneter Ausbau der Nordostgebiete Bad.-Württ." in:Das Beispiel,Ausg.Nordost-Württ.Darmstadt 1956

Statistisches Landesamt Bad.-Württ.
Jahrbücher für Statistik u.Landeskunde v.Bad.-Württ.:

J.Griesmeier : "Die Entwicklung der Wirtschaft und der Bevölkerung von Baden und Württ. im 19.u.20.Jahrh.", Heft 2, 1954

H.Wirth : "Die Entwicklung der Landwirtschaft in Bad.-Württ.,dargestellt aufgrund der amtl. Statistik der letzten 75 Jahre", Heft 1, 1960

Statistik von Bad.-Württ.:

Band 3 : "Gemeinde- und Kreisstatistik", Teil I u. Teil IV Stuttg.1952/53

Band 18 : "Amtliches Gemeindeverzeichnis Bad.-Württ." Stuttg. 1955

Band 48 : "Die Wirtschaftskraft des Landes Bad.-Württ. und seiner Stadt- u. Landkreise", Stuttg. 1958

Band 51 : "Gemeindestatistik Bad.-Württ. 1958", Stuttg.1958

Band 57 : "Die Verdienste der Arbeiter und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft in Bad.-Württ. - Ergebnisse der Lohnstrukturerhebung 1957," Stuttg. 1960

Band 60 : "Ergebnisse der Industrieberichterstattung 1958", Stuttg. 1959

Band 66 : "Ergebnisse der Industrieberichterstattung 1959", Stuttg. 1960

Band 68 : "Amtliches Gemeindeverzeichnis Bad.-Württ."1960", Stuttg. 1960

Statistisches Landesamt Bad.-Württ. : "Der Landkreis Crailsheim - Kreisbesohreibung", Stuttg. 1953

" : "Statistisches Handbuch Bad.-Württ.", 2.Ausg.1958

" : Statistische Monatshefte von Bad.-Württ.

" : Fremdenverkehrsstatistik

Statistisches Bundesamt	:	"Statistische Unterlagen zur Beurteilung der Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer", Wiesbaden 1960
" "	:	Die Ind.der BRD,Reihe 4,Heft 25,Stuttg.u.Mainz 1960
Landesarbeitsamt Bad.-Württt.	:	"Der Arbeitsmarkt in Bad.-Württ. Statistische Mitteilungen", Stuttg., versch. Jahrgänge
Reg.-Präs. Nordwürtt. Referat Landesplanung	:	"Die Entwicklung der Bevölkerung, der Arbeitsplätze in der Industrie und der Pendler", 1955-57 u. 1957-59
Reg.-Präs. Südwürtt. Referat Landesplanung	:	Pendlerstatistik
Institut für Raumforschung "Raumforsch. u. Raumordnung"		
O.Boustedt	:	"Die Stadt und ihr Umland", Heft 1, 1953
"	:	"Die Abgrenzung von städt.Marktgeb.",H.3, 1959
E.W.Buchholz	:	"Die Sozialplanung als eine Grundlage der Landesplanung", Heft 2/3, 1954
E.Dittrich	:	"Das Stadt-Umland-Verhältnis in seiner planerischen Problematik", Heft 2:3 1956
"	:	"Marktwirtschaft u. Raumordnung", Heft 1,1953
R.Klöpper	:	"Der Einzugsbereich einer Kreisstadt",H.2,1953
E.Lauschmann	:	"Standorttheorie u. Raumwirtschaftslehre in der neueren amerik. Literatur", Heft 1, 1958
G.Müller	:	"Zur Frage regionalstatistischer Analysen des Bundesgebietes", Heft 2, 1953
E.Ott	:	"Regionale Unterschiede der Kaufkraft",H.2,1957
C.Thalheim	:	"Marktkonforme Mittel der Raumordnung", Heft 4, 1954
Informationen des Instituts für Raumforschung	:	
O.Boustedt	:	"Aufgaben und Bedeutung der Industriestatistik für die regionale Wirtschaftsforschung", Heft 15,1957
Der Volkswirt Wirtschafts-u.Finanzzeitung		
F.Abb	:	"Handelndes Handwerk - fast ein Viertel des Umsatzes entfällt auf Handelstätigkeit", Nr. 39, 1961
H.Hölzer	:	"Was kostet ein Bausparvertrag?", Nr. 40,1961

Literatur zu Teil B:

O.Ammon : "Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen", Jena 1895

H.P.Bahrdt : "Die moderne Großstadt - Soziologische Untersuchungen zum Städtebau", Hamburg 1961 (Rowohlts deutsche Enzyklopädie, Bd. 127)

H.Bausinger
M.Braun
H.Schwedt : "Neue Siedlungen", Volkskundlich-soziologische Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts Tübingen, Stuttgart 1959

G.Briefs : "Das gewerbliche Proletariat", in: Grundriß der Sozialökonomik IX, 1926

W.Christaller : "Die zentralen Orte in Süddeutschland", Jena 1933

Deutscher Bundestag, 3.Wahlperiode : "Drucksache 2012. Der Bundesminister für Wirtschaft: Bericht über die Lage der Mittelschichten

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung : "Die Einkommensschichtung in der Bundesrepublik", Berlin 1957

E.Eisendraht : "Sozialstruktur II: "Sozialer Aufstieg und Abstieg", Aufsatz im HdSW, 9. Bd.

G.Franz : "Die Ergebnisse der politischen Wahlen als Quelle der politischen Soziologie, am Beispiel Niedersachsens", in: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. I: Raum und Gesellschaft, Bremen-Horn 1950 S. 101-105

Th.Geiger : "Die soziale Schichtung des deutschen Volkes" in: Soziolog. Gegenwartsfragen, Heft 1 Stuttg.1932

" : "Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel", Köln-Hagen 1949

" : "Soziale Umschichtungen in einer dänischen Mittelstadt", Aarhus 1951

Göderitz - Rainer-Hoffmann : "Die gegliederte und aufgelockerte Stadt", Tübingen 1957

R.Harnisch : "Zur Frage der Abwanderung und Siebung", in:Archiv für Bevölkerungswissenschaft u. Bevölkerungspolitik 1942

P.Hesse : "Grundprobleme der Agrarverfassung", Stuttg. 1949

M.Irle : "Gemeindesoziologische Untersuchungen zur Ballung Stuttgart", Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 42, Bad Godesberg 1960

G.Isenberg : "Eingliederung der Flüchtlinge und soziale Umschichtung", vervielfält. Manuskript, Bonn 1951

R. König : "Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde", (Rowohlts deutsche Enzyklopädie, Bd. 79) Hamburg 1958

O. Leimgruber : "Christliche Wirtschaftsordnung und Mittelstand", Luzern 1923

N.J. Lenort :" Strukturforschung u.Gemeindeplanung - Zur Methodenlehre der Kommunalpolitik", Köln u. Opladen 1960

F. Lenz : "Menschliche Auslese und Rassenhygiene (Eugenik), München 1931

H. Linde : "Raumforschung und Soziologie", in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: "Raumforschung -25 Jahre, Raumforschung in Deutschland", Bremen Horn 1960, S. 59-71

R. Mackensen
J.C.Papalekas
E.Pfeil : "Daseinsformen der Großstadt. Typische Formen sozialer Existenz in Stadtmitte, Vorstadt und Gürtel der industriellen Großstadt", Tübingen 1959

F. Marbach : "Theorie des Mittelstandes", Bern 1942

K. Marx : "Das Kapital" III, Berlin 1952

R. Mayntz : "Gedanken u.Ergebnisse zur empirischen Feststellung sozialer Schichten", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie u.Sozialpsychologie, 1.Sonderheft 1956

" : "Soziale Schichtung u. sozialer Wandel in einer Industriegemeinde".
Schriftenreihe des UNESCO-Instituts für Sozialwissenschaften, Bd.6, Köln 1958

P. Mombert : "Zum Wesen der sozialen Klassen", in: Hauptprobleme der Soziologie-Erinnerungsausgabe für Max Weber, Bd.II, München-Leipzig 1923

H. Morgen : "Das Dorf im Wandel seiner Sozialstruktur und seiner soziologischen Bindungen", in: Akademie für Raumforschung u.Landesplanung: "Raumforschung - 25 Jahre, Raumforschung in Deutschland", Bremen-Horn 1960, S. 383 - 395

K.V. Müller : "Typen des sozialen Verhaltens u.ihre Standorte", in: Forschungs- u.Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Band I: Raum und Gesellschaft, Bremen-Horn 1950, S. 45-53

J. Müller : "Ein deutsches Bauerndorf im Umbruch der Zeit, Sulztal in Mainfranken", Würzburg 1939

M. Peschlow : "Die soziologische Struktur der Landkreise in der Statistik", in: Die Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1955

R. Neutra : "Wenn wir weiterleben wollen", Hamburg 1956

E. Pfeil : "Themen der Großstadtforschung", in: Forschungs- u. Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Band I: Raum und Gesellschaft, Bremen-Horn 1950, S. 105 - 108

E.Preiser : "Die württembergische Wirtschaft als Vorbild", Stuttgart 1937

P. Quante : "Die Abwanderung vom Lande und das Goltz'sche Gesetz", in: Schmollers Jahrbücher für Gesetzgeb.,Verwaltung u. Volkswirtschaft im deutschen Reiche, 55.Jahrg.1931

H. Quehl : "Zur Abwanderung der Begabten aus dem Dorfe", in: Volk und Rasse, 1936

R. Reigrotzki : "Sozialstruktur I: "Soziale Schichtung", Aufsatz im HdSW, 9.Bd.

D. Riesmann : "Die einsame Masse", Hamburg 1958

H. Schelsky : "Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart", Dortmund 1953

" : "Ist der Großstädter wirklich einsam?" in: Offene Welt, 1956, Nr.44
und Magnum 1956 Nr. 9

J.Schmidt : "Über die Beziehungen zwischen Landflucht und Intelligenz" in: Archiv für Rassen- u. Gesellschaftsbiologie, Heft 2/3, 1938

O. Schmidt: : "Städtebau im gesellschaftlichen Bewußtsein", Schriften des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, u.Städtebau u.Raumplanung, Heft 18, Köln 1956

W. Schneider : "Überall ist Babylon -Die Stadt als Schicksal des Menschen", Düsseldorf 1960

W.U.Speidel : "Die Bodenverbundenheit als ein kritisches Phänomen der Familie und der Sozialverfassung. Dargestellt an 3 mittelbadischen Gemeinden". Diss. Hohenheim 1955

A. Stöckli : "Die Stadt. Ihr Wesen und ihre Problematik. Eine soziologische und städtebauliche Betrachtung", Köln-Deutz 1954

F. Tönnies : "Gemeinschaft u.Gesellschaft", Leipzig 1887

K.Utermann : "Forschungsprobleme einer Gemeindeuntersuchung im nördlichen Ruhrgebiet", in:Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1.Sonderheft, 1956

I.C. Papalekas : "Wandlungen im Baugesetz der industriellen Gesellschaft (Betrachtungen zum Auflösungsprozeß der Arbeiterklasse)" in: Akten des XVIII Internationalen Soziologenkongresses, Meisenheim 1961, S. 200 f.

Adolf Weber : "Allgemeine Volkswirtschaftslehre", Berlin 1953

Max Weber : "Grundriß der Sozialökonomik", Tübingen 1947

J. Wernicke : "Der Mittelstand und seine wirtschaftliche Lage", Leipzig 1909

L.v.Wiese : "Gesellschaftliche Stände und Klassen", München 1950

" : "Klasse und Stand", Aufsatz im HdSW, 6. Bd. 1959

E.Wilke : "Von der raumgebundenen menschlichen Arbeitskraft", Jena 1937

Institut für Raumforschung : Ausschuß zur Erforschung der deutschen Sozialstruktur, Arbeitstagung in Remagen am 6.12.1950 Protokoll

Institut für Raumforschung: Raumforschung und Raumordnung

H.Linde: : "Raumforschung und Soziologie", Heft 4, 1950

F.Bülow : "Zum Wiederaufbau Berlins, Gedanken zur Gestaltung einer Weltstadt", Heft 4, 1958

Der Volkswirt Wirtschafts- und Finanzzeitung

H.Pross : "Bürgerliche Gesellschaft ohne Bürger. Die soziale Schichtung in der Bundesrepublik", Nr. 32, 1960

H.Hammer : "Die Renaissance des Marktplatzes", Nr. 43, 1961

E.Knechtel : "Einkommensschichtung u. Eigentumspolitik", Nr. 32, 1960

Statistisches Landesamt Bad.-Württ. Stuttgart : Statistik von Bad.-Württ. Bd. 57: "Die Verdienste der Arbeiter und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft in Bad.-Württ. - Ergebnisse der Lohn- und Gehaltsstrukturerhebung 1957", Stuttgart 1960

Statistik von Bad.-Württ. Bd. 44: "Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57", II. Teil, Stuttgart 1959

Statistische Berichte - Reihe Sozialstatistik

Statistisches Bundesamt Wiesbaden : Wirtschaft und Statistik, Hefte 6 u. 9, 1959

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung : "Verzeichnis der in der Bundesrepublik anerkannten Lehr- und Anlernberufe".

Literatur zu Teil C

W. Albers: "Möglichkeiten für eine Verbesserung der Finanzlage der Gemeinden durch eine gleichmässigere Verteilung der vorhandenen Finanzmasse." Referat dem wiss. Beirat des Bundesfinanzministeriums am 19.7.1958 erstattet. Vervielfältigtes Manuskript

" : "Die Gewerbesteuer" Referat dem wiss. Beirat beim Bundesfinanzministerium am 14./15.11.1958 erstattet Anlage 3 zum Protokoll

" : "Finanzausgleich" Aufsatz im HdSW, 35. Lieferung, 1961

H. Bohmann : "Das Gemeindefinanzsystem", Köln 1956 (Neue Schriften des Deutschen Städtetages, Heft 2)

G. Briefs : "Revierbildung und provinziale Streuung der Industrie", in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Bd. 67, 1932

Deutscher Gemeindetag : "Finanzpolitische Grundsätzes des Deutschen Gemeindetages", Bad Godesberg 1959

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung : "Kommunalsteuern und Siedlungsstruktur", Köln 1958

J. Esenwein-Rothe : "Raumordnung und marktwirtschaftliche Selbstkoordination", in: "Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik", Band 169, Stuttg. 1958

K. Fröhner : "Der Finanzausgleich in Baden-Württemberg", Stuttgart 1958

" : "Kein Geld für die Gemeinden? in: Die lebendige Gemeinde, unabhängige Zeitschrift für das gemeindliche Ehrenamt und die bürgerschaftliche Selbstverwaltung, Heilbronn 1959, Heft 11

Göderitz-Rainer-Hoffmann : "Die gegliederte und aufgelockerte Stadt", Tübingen 1957

M. Groll : "Ausgabengestaltung und Gemeindegröße. Ein Beitrag zur Beurteilung des kommunalen Verwaltungsaufwandes bei verschiedenen Ausgabetypen." Veröffentlichungen aus dem Institut für Raumforschung. Heft 38, 1958

R. Gunzert	:	"Die Messung von social costs als statistisches Problem" in: Verband Deutscher Städtestatistiker. Bericht über die 57. Tagung in Nürnberg, 1957
K.A.Herrmann	:	"Problematik und Technik der Finanzzuweisungen" Referat dem wiss. Beirat beim Bundesfinanzministerium am 19.7.1958 erstattet. Vervielfält. Manuskript
"	:	"Der vertikale Ausgleich zwischen Land und Gemeinden", Referat dem wiss. Beirat beim Bundesfinanzministerium erstattet am 13.10.1958, vervielfält. Manuskript.
Institut für Mittelstandsforschung, volkswirtschaftl. Abteilung	:	"Die Begünstigung der Konzentration durch die kommunale Wirtschaftsförderung. Vervielfält. Manuskript, Bonn 1959
W.Isard und R.E. Coughlin	:	"Municipal costs and revenues resulting from community growth", Wellesley 1957
G. Isenberg	:	"Regionale Wohlstandsunterschiede, Finanzausgleich und Raumordnung" in: Finanzarchiv, N.F., Bd. 18, Heft 1, Tübingen 1956
"	:	"Finanzausgleich und Raumordnung" in: Raumforschung - 25 Jahre Raumforschung in Deutschland. Herausgeg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, Bremen 1960
"	:	"Raumordnung und Gemeinden", Vortrag auf der Hauptversammlung des Deutschen Gemeindetages am 25./26.4.1960 in Wolfach, gedrucktes Manuskript.
W. Kapp	:	"Sozialkosten", Aufsatz im HdSW, 1956
"	:	"Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft" Tübingen 1958
Landesplanungsstelle beim bad.-württ. Innenministerium	:	"Materialsammlung als Beitrag zur Frage der Bevölkerungsverteilung in Bad.-Württ." (ohne Datum)
Landesverband der Bad.-Württ.Industrie	:	Jahresbericht 1960/61
N.J.Lenort	:	"Wirtschaftliche Überlegungen zur kommunalen Entwicklungsplanung", Köln 1958 (Schriften des deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Heft 29)
"	:	"Kommunalsteuern und Siedlungsstruktur" Aufsatz in "Neue Heimat", Hamburg, Juli 1959 (Monatshefte für neuzeitl. Wohnungsbau)
"	:	"Strukturforschung und Gemeindeplanung", Köln und Opladen 1960
H.Haller	:	"Die Bedeutung des Äquivalenzprinzips für die öffentliche Finanzwirtschaft", in:Finanzarchiv N.F.,Bd. 21, Heft 2, Tübingen 1961

M.Peschlow : "Die öffentlichen Finanzen im kommunalen Raum als Raumordnungsfaktor" in: Raumforschung - 25 Jahre Raumforschung in Deutschland, herausgeg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, Bremen 1960

E. Pfeil : "Neue Städte auch in Deutschland" (Schriften des Instituts für Wohnungsrecht und Wohnungswirtschaft an der Universität Köln, Heft 3) Göttingen 1954

P.Pohl : "Wirtschaftlichkeit im Siedlungsbau. Social costs bei unterschiedlichen Bebauungsweisen" in: Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 40, Bad Godesberg 1959

E. Rechenberg : "Die günstigste Stadtgrösse", Diss., Berlin 1936

" : "Das Einmaleins der Siedlung - Richtzahlen für das Siedlungswesen", Berlin 1940

Stadtverwaltung Schwäb. Hall : "Aufgaben der Stadt Schwäb. Hall, dargestellt für den Besuch der Staatsregierung in Schwäb. Hall am 14.11.1960", vervielfält. Manuskript

K.W.Stell : "Bedeutung und Funktion industrieller Raumordnung im Zeichen der Lösungsversuche zur Reinhaltung der Luft in Industriegebieten", Tübinger wirtschaftswissenschaftl. Dissertation 1960

F.Terhalle : "Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden", Berlin 1948

M. Wagner : "Wirtschaftlicher Städtebau", Stuttgart 1951

H. Weichmann und C. Wawrczek : "Neuordnung der öffentlichen Haushalte", Hamburg 1952

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesfinanzministerium : "Zur gegenwärtigen Problematik der Gemeindefinanzen", Gutachten vom 11.7.1959

" : Protokoll über die Arbeitstagung am 9./10.1.1959

H. Wöber : "Die raumordnungspolitische Bedeutung der Gewerbesteuer", Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 39, Bad Godesberg 1958

Statistisches Landesamt Bad.-Württ. : Statistik von Bad.-Württ., Bd. 51: Gemeindestatistik Bad.-Württ. 1958

" : Statistische Berichte: Finanz- und Steuerstatist.

" : Abschriften aus Berechnungsbogen zur Ermittlung der Staatlichen Finanzzuweisungen und aus Listen über die Gemeindeschulden und ihre

G. Zeitel : "Die zweckmässige Struktur des kommunalen Steuersystems," Referat, gehalten auf der Tagung des finanzwissenschaftlichen Ausschusses der Gesellschaft für Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften am 25.4.1961 in Würzburg, vervielfältigtes Manuskript

Institut für Raumforschung: "Raumforschung und Raumordnung"

H.Evers : "Überlegungen zur quantitativen Ermittlung von social costs", Heft 3, 1958

F.J.Hessing : "Social costs bei Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung", Heft 1, 1961

E.Jansen : "Regionale Lohnunterschiede und industrielle Standortwahl", Heft 3/4, 1957

Informationen des Instituts für Raumforschung

E.Dittrich : "Über den Begriff social costs", Heft 19, 1956

H.Evers : "Gemeindegrösse und Verwaltungsaufwand", Heft 7, 1957

L.Frank : "Das Problem der Neuordnung des kommunalen Finanzsystems", Heft 20, 1957

M.Groll : "Gemeindegrösse und vorkommende Ausgabenpositionen" Heft 22, 1956

" : "Industriefolgelasten", Heft 4/5, 1958

G.Müller : "Wer bezahlt den Verkehrsausbau in den Großstädten?", Heft 8, 1961

Der Volkswirt Wirtschafts- und Finanzzeitung

H.Hammer : "Mehr Parkraum für die City", Nr. 43, 1961

K.M.Hettlage : "Gemeindefinanzreform 1962? Nr. 4, 1961

K.W.Reinhold : "Kommunale Steuergeschenke unzulässig", Nr. 45, 1959

W.Scheel : "Gemeindefinanzreform bleibt umstritten - Grundsteuererhöhung gerät mit der Mietenreform in Konkurrenz", Nr. 47, 1959

L.Schröder : "Gemeinden in Bedrängnis", Nr. 45, 1960

Frankfurter Allgemeine Zeitung

H.Neumeister : "Wie lange ist noch Bauland knapp?" Leitartikel vom 21.2.1961

E.Rösch-Saffran : "Die Erschließungskosten für Bauland" in der Nr. vom 24.11.1961

Literatur zu Teil D

Akademie für Raumforschung u. Landesplanung Hannover : "Entwicklungsmöglichkeiten von Bevölkerung und Wirtschaft im Landkreis Fritzlar-Homberg" Gutachten

" : "Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. XII, Raum und Verkehr 4: Verkehrsprobleme in Ballungsräumen. Bremen-Horn 1959

Arbeitsamt Stuttgart : Jahresberichte 1959 und 1960

H.v.Beckerath : "Der moderne Industrialismus", Jena 1930

Debrunner und Blankhart : "Industrieplanung", Aufsatz in: Bauen + Wohnen, 1959, Heft 5

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Köln : "Industrie aufs Land", (Veröffentl. Heft VIII) 1953

: "Die Standortberatung in der Bundesrepublik", (Veröffentl. Heft 28) 1958

" : "Standortwahl und Industrieförderung", (Veröffentl. Heft 35) 1958

H. Dörpmund : "Die Mittel der Industriestandortlenkung und die Grenzen ihrer Anwendbarkeit," Bremen-Horn 1950

E.Egner : "Wirtschaftliche Raumordnung", Bremen-Horn 1950

J.Fourastié : "Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts" Köln-Deutz 1954

E.Gassner : "Einfamilienhaus u. Ortsplanung" in: Die Volksheimstätte 1957, Heft 1

H.Giersch : "Probleme regionaler Einkommensverteilung", Schriftenreihe des Vereins für Sozialpolitik: Probleme des räumlichen Gleichgewichts in der Wirtschaftswissenschaft, Berlin 1959

B. Gleitze : "Methodik des regionalen Lebenshaltungskostenvergleichs", in:Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 1951

Göderitz-Rainer-Hoffmann : "Die gegliederte und aufgelockerte Stadt", Tübingen 1957

P.Helfrich : "Über die Gleichheit der Verkehrstarife" in: Raumforschung - 25 Jahre Raumforschung in Deutschland, Bremen-Horn 1960 S.449 f.

J.Heuer : "Das Eigenheim in der Volkswirtschaft" in: Wirtschaftsdienst 1954, Heft 7

E.Imhoff : " Dezentralisation der Beschäftigung durch Verknappung der Arbeitskraft" in: Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, Heft 4/5, 1956

Institut für südwestdeutsche Wirtschaftsforsch.: "Strukturelle Wandlungen der gewerblichen Wirtschaft des Landes Bad.-Württ. insbesondere in den Fördergebieten seit 1952 unter Berücksichtigung der Fördermaßnahmen des Landes", Stuttg. 1960

G.Ipsen : "Sozialfragen der industriellen Ballung", in: Die industriellen Ballungsräume, Schriften des deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau u. Raumplanung, Heft XI, Köln 1955

M.Irle : "Gemeindesoziologische Untersuchungen zur Ballung Stuttgart", Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 42, Bad Godesberg 1960

G.Isenberg : "Die Stellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft der EWG-Länder" in: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. XI: Die Landwirtschaft in der EWG, Bremen-Horn 1959

" : "Die Stellung der Agrargebiete im Prozeß der Wohlstandssteigerung", in Forsch.- u. Sitz.berichte der Akademie f. Raumforsch. u. Landesplanung, Bd. IX: Raum und Landwirtschaft, Landwirtsch. I, Bremen-Horn 1958

" : "Die Produktionsbedingungen als Bestimmungsgrund für die internationalen Unterschiede des Lohn- und Preisniveaus," Tübinger wirschaftswissenschaftl. Abhandl., 3.Folge, Stuttg. 1933

" : "Lebenshaltungskosten auf dem Lande im Unterschied zur Stadt", vervielfält. Manuskript

W.Kahler : "Das Agrarproblem in den Industrieländern. Ein Beitrag zur agrarpolitischen Diskussion der Gegenwart", Göttingen 1958

N.Kloten : "Die Eisenbahntarife im Güterverkehr. Versuch einer theoretischen Grundlegung", Basel, Tübingen 1959 (Veröffentlich. der List-Gesellschaft e.V. Bd.13)

I.W.Korte : "Grundlagen der Straßenverkehrsplanung in Stadt und Land", Wiesbaden-Berlin, 1958

G.Kreher : "Leistungszahlen für Arbeitsvoranschläge", Stgt. 1937 (Heft 17 der Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für Landarbeit und Landtechnik)

E.Krüger : "Schwäb. Hall. Ein Gang durch Geschichte und Kunst", Schwäb. Hall 1953

A.Kühn : "Die mittlere Zukunft in der Raumforschung" in: Raumforsch. - 25 Jahre Raumforschung in Deutschland, Bremen-Horn 1960, S. 117 f.

Landesplanungsstelle beim bad.-württ. Innenministerium : "Der Kreis Schwäb. Hall", 1960
Enquête-Aufbereitung: "Bevölkerungsstruktur mit Tragfähigkeits- und Stellenbilanz für den Kreis Schwäb. Hall."

" : "Bad.-Württ. Alternativen der Bevölkerungsverteilung 1958 bis 1980 auf die Nahbereiche für zwei Varianten der Landesentwicklung".

N.J.Lenort : "Strukturforschung und Gemeindeplanung - Zur Methodenlehre der Kommunalpolitik", Köln und Opladen 1960

A.Lösch : "Die räumliche Ordnung der Wirtschaft", Jena 1944

K.Mellerowicz : "Betriebswirtschaftslehre der Industrie", Freiburg 1957

P.W.Meyer : "Regionale Verbrauchsstrukturen" in: Forsch.- u. Sitzungsberichte der Akademie für Raumforsch. u. Landesplanung Bd. I: Raum u. Gesellschaft, Bremen-Horn 1950

H.U.Meyer - Lindemann : "Typologie der Theorien des Industriestandorts" Bremen-Horn 1951

E.Pfeil : "Neue Städte auch in Deutschland", (Schriften des Instituts für Wohnungsrecht u. Wohn.wirtschaft an der Universität Köln, Heft 3),Göttingen 1954

U.Planck : "Nachwuchslose und auslaufende Betriebe - Untersuch. zum Problem des Betriebsnachwuchses in den landwirtsch. Betrieben des Kreises Crailsheim" Hohenheim 1952

H.Scholz : "Untersuchungen zum Problem der landwirtsch. Grenzbetriebe. Methoden der Abgrenzungs Wirtschaftsweise und Verflechtung mit anderen Berufsgruppen", Diss. Hohenheim 1957

P.Schulz-Kiesow : "Eisenbahngütertarifpolitik u. Raumordnung, entwikkelt am Beispiel Thüringens," Leipzig 1939

" : "Die Eisenbahngütertarifpolitik in ihrer Wirkung auf den industriellen Standort u. die Raumordnung", Heidelberg 1940

Stadtverwaltung Schwäb. Hall : "Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan der Stadt Schwäb. Hall", aufgestellt im Aug. 1959

Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften : "Methoden zur Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung auf lange Sicht," in: Statistische Informationen Nr. 6, Luxemburg 1960

Alfred Weber : "Über den Standort der Industrien, 1. Teil: Reine Theorie des Standorts", Tübingen 1922

W.William-Olsson : "Stockholms framtida utveckling", Stockholm 1941

G.Weisser : "Vorgutachten zu den Fragen der Gestaltung der Preise für Wohnungsnutzung in einer künftigen normalisierten Wohnungswirtschaft", vervielfält.Manuskr.

E.Willeke : "Von der raumgebundenen menschlichen Arbeitskraft", Jena 1957

Statistisches Landesamt Bad.-Württ

Statistik von Bad.-Württ.

Band 44 : "Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57",Stgt.1958

Band 57 : "Die Verdienste der Arbeiter und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft in Bad.-Württ.", Stuttg. 1960

Band 60 : "Ergebnisse der Industrieberichterstatt.1958", 1959

Band 66 : "Ergebnisse der Ind.berichterstatt.1959",Stuttg.1960

Jahrbücher f.Statistik u.Landeskunde v. Bad.-Württ.

H.Schneider : "Das Problem des zwischenörtlichen Preisvergleiches und die Streuung der Einzelhandelspreise in Bad.-Württ.", Heft 1 1957

H.Wirth : "Die Abwanderung aus der Landwirtschaft in Bad.-Württ. Umfang, Ursachen und Wirkungen",Heft 2,1956

Stat.Landesamt v. Bad.-Württ. : Statistische Berichte:Sozialstatistik und Statistik der Einzelhandelspreise

Institut für Raumforschung "Raumforsch. und Raumordnung"

E.Dittrich : "Unternehmerpersönlichkeit und Standortbestimmung", Heft 1/2, 1943

H. Evers : "Zur Ermittlung regionaler Unterschiede der Lebenshaltungskosten", Heft 1, 1957

F.Forbat : "Untersuchungen über den Lokalisierungsmultiplikator' Heft 2, 1953

E.Jansen : "Regionale Lohnunterschiede und industrielle Standortwahl" Heft 3/4, 1957

R.Klöpper : "Das Erholungswesen als Bestandteil der Raumordnung und als Aufgabe der Raumforsch.", Heft 4, 1955

K.Rössle : "Das Betriebsgrössenproblem in seiner Bedeutung für die industrielle Ballung und Dezentralisation", Heft 1/2, 1943

C.Thalheim : "Ballung und Dezentralisation der Industrie als Problem d.Raumforsch.u.Raumordn.", Heft 1/2, 1943

Der Volkswirt
Wirtschafts- und
Finanzzeitung :

H.Hammer : "Mehr Parkraum für die City", Nr. 40, 1961

" : "Die Renaissance des Marktplatzes", Nr. 43, 1961

J.Heuer : "Was bedeutet Marktwirtschaft im Wohnungswesen?" Beilage zu Nr. 15, 1960

Frankfurter Allgemeine Zeitung : "Lohnorientierter Standort", in der Nr.v.24.4.1957

" "Wie lange sind noch Wohnungen knapp?", in der Nr. v. 4.4.1959

" "Falscher Baulandalarm" in der Nr. v. 21.2.1961

Lebenslauf

Am 8. Juli 1934 wurde ich als Sohn des Architekten Regierungsbaumeister Gustav Kistenmacher in Heilbronn geboren. Nach dem Besuch der Grundschule von 1941 bis 1945 wurde ich im Herbst 1945 in das Robert-Mayer-Gymnasium Heilbronn aufgenommen. Im Frühjahr 1954 legte ich an dieser Schule die Reifeprüfung ab.

Das Studium der Volkswirtschaft begann ich im Sommer 1954 an der Technischen Hochschule Stuttgart. Nach weiterem Studium in München und Tübingen legte ich im Herbst 1958 an der Universität Tübingen die Diplom-Prüfung für Volkswirte ab. Von 1956 bis 1959 war ich wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Besatzungsfragen in Tübingen. Seit 1960 bin ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Herrn Professor Dr. G. Isenberg tätig.

Gesamtherstellung: Paul Jllg, Photo-Offsetdruck, Stuttgart